

Faas | Huber | Krewel | Roßteutscher [Hrsg.]

Informationsflüsse, Wahlen und Demokratie

Festschrift für Rüdiger Schmitt-Beck



Nomos

Die Reihe
„Studien zur Wahl- und Einstellungsforschung“
wird herausgegeben von

Prof. Dr. Thorsten Faas,
Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Sigrid Roßteutscher,
Goethe-Universität Frankfurt a. M.

Prof. Dr. Rüdiger Schmitt-Beck,
Universität Mannheim

Band 35

Thorsten Faas | Sascha Huber
Mona Krewel | Sigrid Roßteutscher [Hrsg.]

Informationsflüsse, Wahlen und Demokratie

Festschrift für Rüdiger Schmitt-Beck



Nomos

Die Open-Access-Veröffentlichung dieses Titels wurde durch die Dachinitiative „Hochschule.digital Niedersachsen“ des Landes Niedersachsen ermöglicht.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

The Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available on the Internet at <http://dnb.d-nb.de>

ISBN 978-3-7560-0800-1 (Print)
978-3-7489-1555-3 (ePDF)

British Library Cataloguing-in-Publication Data

A catalogue record for this book is available from the British Library.

ISBN 978-3-7560-0800-1 (Print)
978-3-7489-1555-3 (ePDF)

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data

Faas, Thorsten | Huber, Sascha | Krewel, Mona | Roßteutscher, Sigrid
Informationsflüsse, Wahlen und Demokratie
Festschrift für Rüdiger Schmitt-Beck
Thorsten Faas | Sascha Huber | Mona Krewel | Sigrid Roßteutscher (Eds.)
633 pp.
Includes bibliographic references.

ISBN 978-3-7560-0800-1 (Print)
978-3-7489-1555-3 (ePDF)

1. Auflage 2023 | 1st Edition 2023

© Die Autor:innen | The Authors

Publiziert von | Published by
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung | Production of the printed version
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN 978-3-7560-0800-1 (Print)
ISBN 978-3-7489-1555-3 (ePDF)

DOI <https://doi.org/10.5771/9783748915553>



Online Version
Nomos eLibrary



This work is licensed under a Creative Commons Attribution 4.0 International License.

Inhaltsverzeichnis

Informationsflüsse, Wahlen und Demokratie:
Einleitung zur Festschrift für Rüdiger Schmitt-Beck 9
Thorsten Faas, Sascha Huber, Mona Krewel, Sigrid Rofsteutscher

Mediale und interpersonale Informationsflüsse und ihre Folgen

Political knowledge, media use and right-wing populist preferences 25
Sascha Huber, Anne Schäfer

„The Times They are A-changin“, lineare Trends oder Muster in der
Fernsehberichterstattung über KanzlerkandidatInnen 53
Mona Krewel, Ansgar Wolsing

Mirror, Mirror on the Wall:
How Social Projection and Social Sampling Interact in the
Formation of Public Opinion Perceptions 85
Simon Ellerbrock, Manuel Neumann

The Social Side of Immunization:
The Influence of Personal Social Networks on COVID-19
Vaccination in Romania 117
Oana Lup

How Race Affects Simply Having versus Actually Choosing:
Cross-Race Political Discussion Partners 137
*William P. Eveland, Jr., Osei Appiah, Jacob A. Long,
Steven B. Kleinman*

Change My View: Do Moral Appeals Facilitate Compromise? <i>Patrick W. Kraft</i>	169
---	-----

Kampagnen und Wahlkämpfe

KI und datengesteuerte Kampagnen: Eine Diskussion der Rolle generativer KI im politischen Wahlkampf <i>Philipp Darius, Andrea Römmele</i>	199
---	-----

Assessing the Electoral Payoffs of Partisan Mobilization in Adverse Contexts: A Field Experimental Study of the 2011 Spanish Local Elections <i>Laura Morales, Luis Ramiro, María Jiménez-Buedo</i>	213
--	-----

Partisan Intensification in Campaigns: Proof of Concept? <i>Richard Johnston</i>	247
---	-----

Education, political sophistication, cohesive policy signals and proximity voting: Do voters choose the party that reflects their interests? <i>Marc Debus</i>	269
---	-----

Party Contacts in Comparative Perspective <i>Paul A. Beck</i>	289
--	-----

Intermediäre Instanzen und institutioneller Kontext

Wissen die Eltern, was sie tun? Ein empirischer Beitrag zur möglichen Einführung eines Familienwahlrechts und seinen Folgen <i>Thorsten Faas, Sigrid Roßteutscher</i>	319
--	-----

Die Entzweigung der Siamesischen Zwillinge:
Politische Entfremdung und Mitgliederschwund deutscher
Gewerkschaften 355
Bernhard Ebbinghaus

Kontaminationseffekte bei Wahlfunktionen in Mischwahlsystemen 379
Thomas Bräuninger, Franz Urban Pappi

Liberalisierungspolitik in wirtschaftlich hochentwickelten
Demokratien:
Die Salienz eines politischen Themas als Reformbremse 413
Klaus Armingeon

Zivilgesellschaft und ehrenamtliches Engagement in Deutschland
und Südeuropa 427
Jan W. van Deth

Wahlen und Demokratie

“This is not what I expected”:
The Meaning of Democracy as Freedom in Post-Apartheid South
Africa 457
Katrin Voltmer

Electoral integrity and voting:
The interplay of individual perceptions and contextual conditions 485
Christian Schnaudt, Christof Wolf

Vertretungslücke, Rechtsextremismus und AfD-Wahl 513
Bernhard Weßels, Hans-Dieter Klingemann

Voting for the Populist Radical-Right in Austria and Germany:
A Comparative Analysis 533
Julia Partheymüller, Stefanie Walter

Inhaltsverzeichnis

The Relationship between Populist Attitudes and Antisemitism <i>Mark Peffley, Robert Rohrschneider</i>	559
Antisemitische Einstellungen in Deutschland: Eine Forschungsnotiz zu den Desiderata einstellungsbezogener Antisemitismus-Forschung <i>Stefan Liebig</i>	583
Politische Teilhabe als Treiber der Transformation: Zum Potential von Citizen Science für die Erforschung der „Nachfrage-Seite“ politischer Teilhabe und politischer Partizipation <i>Karl-Rudolf Korte, Kristina Weissenbach</i>	617
Autor:innen / List of Contributors	631

Informationsflüsse, Wahlen und Demokratie: Einleitung zur Festschrift für Rüdiger Schmitt-Beck

Thorsten Faas, Sascha Huber, Mona Krewel, Sigrid Roßteutscher

Wer Rüdiger Schmitt-Beck (für manche aka „Roger“, für andere aka „RSB“) als Wissenschaftler, aber auch als Mensch und Kollegen kennenlernen und auch ein Stück weit verstehen möchte, der muss nur seine Habilitationsschrift zur Hand nehmen: Hinter einem recht einfachen Titel – „Politische Kommunikation und Wählerverhalten: Ein internationaler Vergleich“ – verbergen sich 448 Seiten, unterteilt in elf Kapitel (untergliedert in vier Ebenen), zwei Anhänge und ein Literaturverzeichnis, das knapp 30 Seiten und darin, vor allem dank minimaler Schriftgröße, über 600 Titel umfasst. Und das ist, wie man der „Vorbemerkung“ entnehmen kann, „die gekürzte Fassung meiner im November 1999 von der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim angenommenen Habilitationsschrift“. „Titel“ hat bei dieser monumentalen Schrift aber noch eine weitere Bedeutung, denn auf dem Titelblatt des Buches findet man auf Wunsch des Verfassers ein Kunstwerk, nämlich das Bild „Circle of Autumn Winds“ von Richard Long. Die kleinen Pfeile, die die Richtung der Herbstwinde darstellen, spiegeln die Informationsflüsse wider, um die es – inspiriert durch John Zallers RAS-Modell (1993) – in der Schrift geht, wie sie wild um uns herum wehen – genau wie politische Informationen.

Reliabilitätstest? Jeder und jede, der/die schon einmal das Vergnügen hatte, im Schmitt-Beck'schen Büro zu Gast zu sein, erkennt ein Muster wieder: Überall Bücher und Texte – nebeneinander, übereinander. Regale, Hängeregistraturen und Mappen – alle jenseits der erlaubten Belastungsgrenze und doch wohl sortiert und für den Besitzer jederzeit auffindbar. Selten verlässt man dieses Büro ohne ein Buch oder einen Text, der „phps of interest“ sein könnte. Aber in diesem Büro gibt es noch mehr zu entdecken. Hier begegnet einem auch Kunst an den Wänden, teils aus fremder Feder, teils aus der Feder des Büroinhabers selbst. Wenn der frühere Papst einmal über sich sagte, er sei ein „einfacher Arbeiter im Weinberg des Herrn“, so ließe sich über Rüdiger Schmitt-Beck wohl sagen, es handele sich um einen akribischen, aber gleichwohl extrem produktiven und kreativen

Arbeiter im Weinberg der Wissenschaft – auch wenn es ihm wohl nie in den Sinn käme, sich selbst mit dem Papst zu vergleichen.

Diese Produktivität und Kreativität belegt auch ein Blick auf Lebenslauf und Publikationsverzeichnis von Rüdiger Schmitt-Beck. 1956 geboren und in der Pfalz aufgewachsen, studierte er nach seinem Abitur in Mannheim Soziologie, Psychologie und Politikwissenschaft – ein Studium, das er 1981 mit dem Diplom erfolgreich abschloss. Es folgten zwei Jahre Zivildienst, ehe er 1983 an die Universität Mannheim zurückkehrte, als Doktorand und wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Rudolf Wildenmann. Mit einer Arbeit zum Thema „Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland: Ursachen und Bedingungen der Mobilisierung einer neuen sozialen Bewegung“ – 1989 von der Universität Mannheim angenommen, 1990 veröffentlicht (allerdings mit nur 338 Seiten, nur 6 Kapiteln, nur 3 Gliederungsebenen, nur 27 Seiten Literaturverzeichnis, nur gut 500 Titeln, aber okay – es war auch „nur“ eine Dissertation) – wurde er zum Dr. phil. promoviert. Nach zwischenzeitlichen kurzen Abstechern an die Universität Heidelberg und zu den MediaPerspektiven kehrte er 1990 an die Universität Mannheim zurück, zunächst ans Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) und die dort angesiedelte und unter anderem von Max Kaase geleitete „Vergleichende Wahlstudie 1990“, anschließend ab 1995 an den Lehrstuhl für international vergleichende Sozialforschung bei Jan van Deth. Aus diesem Projekt ging auch die bereits erwähnte Habilitationsschrift hervor, mit Jan van Deth und Max Kaase als Betreuern.

2000 zog es Rüdiger Schmitt-Beck innerhalb der Mannheimer Quadrate schließlich ein paar Blocks weiter: Er wurde Wissenschaftlicher Leiter am Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), ehe er 2003 einen Ruf an die Universität Duisburg annahm, aus der kurz darauf die Universität Duisburg-Essen wurde, zunächst mit dem „Standort Duisburg“, später mit dem „Campus Duisburg“. An der dortigen Universität übernahm er die Leitung des Bereichs „Politik und Kommunikation“.¹ Einen Ruf an die Freie Universität Berlin (der allerdings mit einem Wechsel des Faches von der Politik- in die Publizistik- und Kommunikationswissenschaft verbunden gewesen wäre) lehnte er 2006 ab, um kurz darauf einen Ruf an

1 Wenn oben vom künstlerischen Interesse von Rüdiger Schmitt-Beck die Rede war, so muss an dieser Stelle auch die musikalische Dimension dieses Interesses erwähnt werden. In der Zeit „im Pott“ gehörte Rüdiger Schmitt-Beck zu den Stammgästen etwa der Ruhrtriennale. In der Erinnerung des Verfassers dieser Zeilen standen dabei Symphonien für drei Flugzeugturbinen und vier Laubbläser auf dem Programm, die nur Banausen mit „Lärm“ verwechseln und nicht als „neue Musik“ erkennen würden.

die Universität Mannheim auf den Lehrstuhl für Politikwissenschaft I – Politische Soziologie anzunehmen und damit die Nachfolge von Franz Urban Pappi zu übernehmen. Diesen Lehrstuhl bekleidete er bis jüngst ins Jahr 2023 hinein.

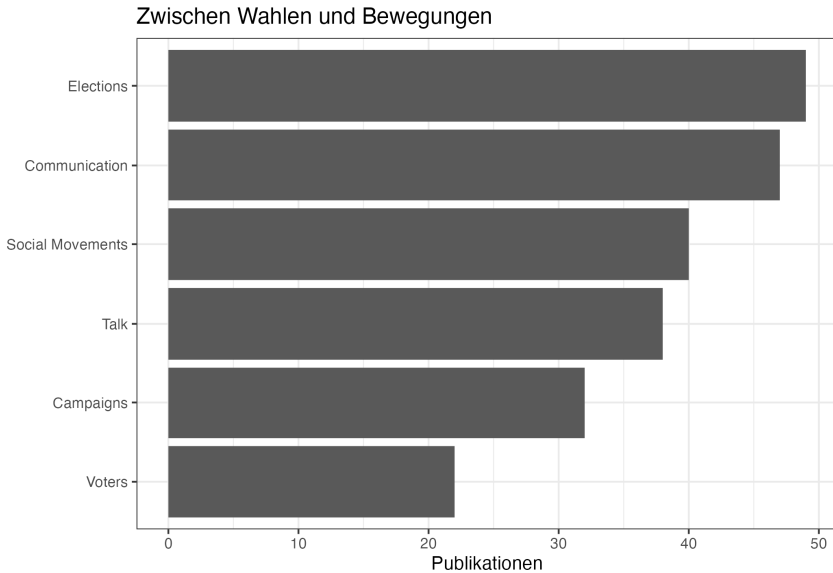
Nicht nur quantitativ arbeitende Menschen werden gerade gestutzt haben. 1956 geboren, bis 2023 den Lehrstuhl innegehabt? Ja – und das erklärt auch den Zeitpunkt des Erscheinens dieser Festschrift. Das Frühjahrs-/ Sommersemester 2023 markiert das Ausscheiden von Rüdiger Schmitt-Beck aus dem regulären Professorendienst. „Rente mit 67“ bedeutet es aber keineswegs, denn glücklicherweise bleibt er der Universität Mannheim und damit auch der einschlägigen Forschung in Deutschland als Seniorprofessor erhalten.

Aber nicht nur der Schmitt-Beck'sche Lebenslauf beeindruckt. Der wissenschaftliche Output seiner Karriere ist noch weit bemerkenswerter. Das Publikationsverzeichnis von Rüdiger Schmitt-Beck umfasst (zum Zeitpunkt des Verfassens dieser Einleitung) 228 Werke und eine erstaunliche Bandbreite. Nähert man sich der Liste qualitativ, so findet man als Ursprungswerk einen Beitrag aus dem Jahr 1983, gemeinsam mit Axel Bühler veröffentlicht im „Saeculum – Jahrbuch für Universalgeschichte“, „Über Michel Foucaults Methodologie der Ideengeschichte“. Die Jahre 1984 und 1985 dagegen waren anders akzentuiert, nämlich durch den Aufsatz „Die hessische Landtagswahl vom 25. September 1983: Neuordnung politischer Standorte nach der ‚Wende‘“ (1984), veröffentlicht in der Zeitschrift für Parlamentsfragen (gemeinsam mit Wilhelm P. Bürklin und Gerhard Franz), sowie das Werk „Vorwahl-Studie Niedersachsen – Tabellenband“ (1985, gemeinsam mit Rudolf Wildenmann und Matthias Jung), der allerdings nicht die Rezeption in der einschlägigen Forschung erfahren hat, die er sicherlich verdient hätte.

Mit $n=228$ Beiträgen liegt wahrlich genügend Material vor, um sich dem Oeuvre auch quantitativ nähern zu können. Abbildung 1 zeigt im ersten illustrativen Zugriff, welche (englischen) Wörter sich in den Titeln der Schmitt-Beck'schen Publikationen finden. Ergänzt man diese Betrachtung um ein *non-supervised topic model*², so stellt sich eine Lösung mit vier bis sechs Themen als optimal heraus, die wir anschließend anhand von Schlüsselbegriffen aus den Schmitt-Beck'schen Forschungsgebieten – Elections, Communication, Talk, Voters, Campaigns und Social Movements

2 Die Nicht-Überwachung hat dabei Anton Könneke übernommen, dem an dieser Stelle ein sehr herzlicher Dank gebührt!

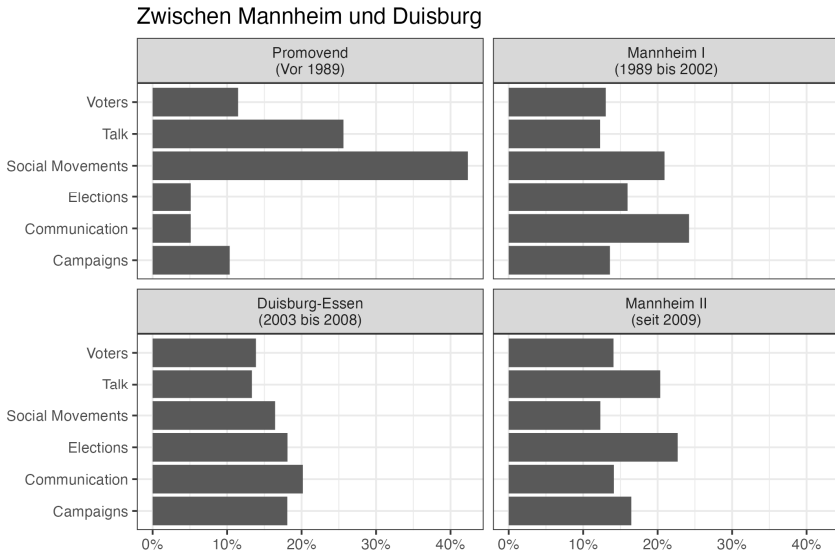
Abbildung 2: Themencluster in den Publikationstiteln von Rüdiger Schmitt-Beck auf Basis von semi-supervised topic models



Basis: Publikationstitel (ggf. übersetzt) von Rüdiger Schmitt-Beck

Differenziert man nun das Ganze nach den oben beschriebenen akademischen Stationen, so sind mit den jeweiligen Phasen und Stationen auch deutliche Schwerpunkte verbunden (siehe Abbildung 3). War die Promotionsphase noch durch einen deutlichen Schwerpunkt auf den (neuen) sozialen Bewegungen gekennzeichnet (der in besagter 338-seitiger Dissertation mündete), so verschiebt sich der Fokus in der Phase „Mannheim I“ (geprägt durch die Vergleichende Wahlstudie 1990 und die Habilitation) hin zur politischen Kommunikation. Während die Duisburger Phase viele verschiedene Themenbereiche abdeckte, war Mannheim II dann deutlich durch die Themen Wahlen (der *German Longitudinal Election Study* sei Dank) und Political Talk geprägt.

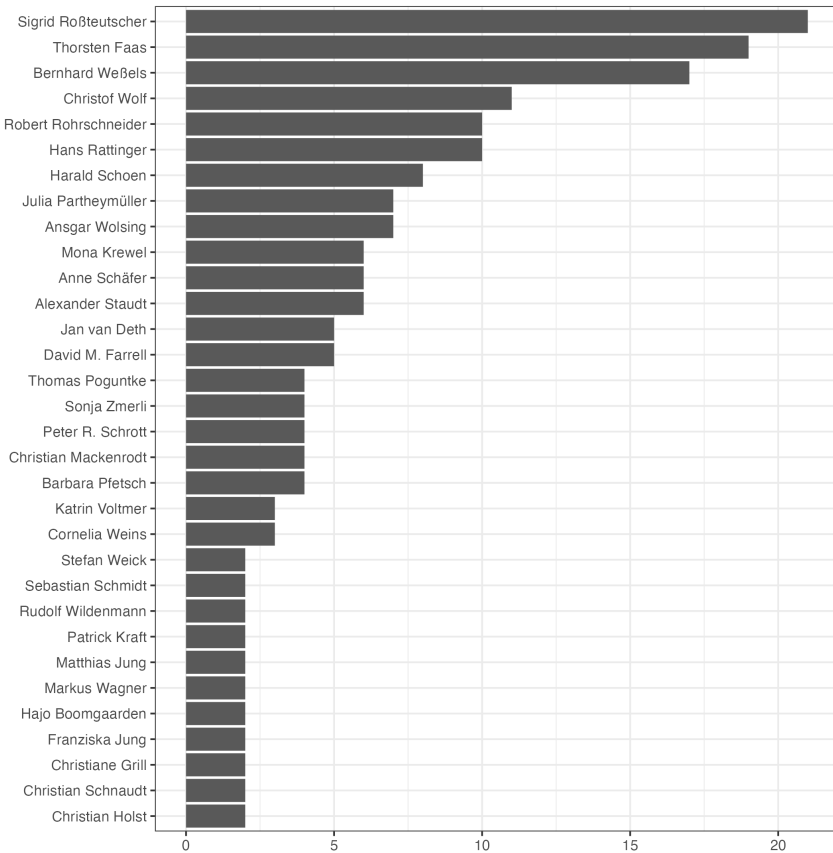
Abbildung 3: Themencluster in den Publikationstiteln von Rüdiger Schmitt-Beck auf Basis von semi-supervised topic models, nach akademischen Stationen



Basis: Publikationstitel (ggf. übersetzt) von Rüdiger Schmitt-Beck

Die überwältigende Mehrheit dieser Publikationen entstammt dabei aus Projektkontexten, viele davon DFG-gefördert, viele auch mit einem Fokus auf Infrastruktur und Datenbereitstellung, gerade auch für die Community insgesamt. Musikalisch könnten sich die „Fantastischen Vier“ (gemeint sind nicht die vier akademischen Stationen, sondern eine bekannte deutsche Hip-Hop-Band) davon sicherlich inspirieren lassen: ALLBUS, CNEP, CSES, DFG, DGfW, DVPW, GESIS, PVS sind nur einige Abkürzungen, die den nationalen und internationalen Weg von Rüdiger Schmitt-Beck in der und für die Wissenschaft geprägt haben. Exzellente Daten nicht nur für die eigene Arbeit, sondern auch für die wissenschaftliche Community zur Verfügung zu stellen, der Community aber auch Publikationsräume zu öffnen, ob als Redakteur der PVS oder Herausgeber des PVS-Sonderhefts „Wählen in Deutschland“ oder der „english books“ aus dem GLES-Kontext, dies alles zählte immer auch zu den Anliegen, die RSB mit vollem Einsatz verfolgte.³

Abbildung 4: Co-Autor:innen von Rüdiger Schmitt-Beck mit mindestens zwei gemeinsamen Werken



Basis: Publikationen von Rüdiger Schmitt-Beck

Wie sehr ihm der Austausch und das Arbeiten im Team mit Kolleg:innen aus dem In- und Ausland am Herzen liegt, auch das belegt ein Blick auf die

- 3 Was in der themenorientierten quantitativen Analyse der Publikationen ein wenig untergeht, ist die regionale Vielfalt der Schmitt-Beck'schen Publikationen: Von Analysen hessischer Landtagswahlen in der ZParl über Studien zu kommunaler Wahlbeteiligung in Duisburg und Demokratie- und Talk-Projekte in Mannheim und Baden-Württemberg bis hin zu nationalen und international vergleichenden Wahlstudien à la CNEP und CSES – *Rüdiger did them all!* Sich mit den jeweiligen Arbeitsorten – Duisburg, Mannheim – und

Publikationsliste. Viele Publikationen sind gemeinsam entstanden: 85 verschiedene Co-Autor:innen zieren die Liste; Abbildung 4 zeigt jene, die mindestens zwei Mal das Vergnügen hatten.

Und damit sind wir wieder bei der vorliegenden Festschrift angekommen. Denn viele Co-Autor:innen und Weggefährt:innen haben sich hier versammelt, um Rüdiger Schmitt-Beck und sein Werk zu ehren. Dass es gelungen ist, alle Stationen und Phasen des Schmitt-Beck'schen Schaffens abzubilden – Freund:innen und Kolleg:innen aus Mannheim, Duisburg und verschiedensten nationalen und internationalen Wahlstudien und Projektkontexten, Promovend:innen und Mitarbeiter:innen –, darauf sind wir ein bisschen stolz. Fast 700 Seiten haben alle gemeinsam gefüllt. Die Personen und ihre Beiträge, aber auch die Länge des Gesamtwerks spiegeln auf ihre Weise das Werk und den Einfluss von Rüdiger Schmitt-Beck in eindrucksvoller Weise wider.

Das Schmitt-Beck'sche Werk hatten wir oben in sechs Themen unterteilt: Elections, Communication, Talk, Voters, Campaigns und Social Movements. Wenig überraschend prägen diese Themen auch die Beiträge dieses Bandes: Mass mediale, aber auch interpersonale Kommunikation, Kampagnenkommunikation, intermediäre Instanzen, Wahlen und letztlich Demokratie. Wenn wir nun einen Blick auf die einzelnen Beiträge werfen, so ließe sich bei jedem problemlos eine Brücke zum Schmitt-Beck'schen Werk schlagen. Das wollen wir zwar nicht jedes Mal tun, aber doch einen Überblick über die versammelten Beiträge bieten:

Den ersten Teil der Festschrift zum Themenfeld „Mediale und interpersonale Informationsflüsse und ihre Folgen“ leiten Sascha Huber und Anne Schäfer ein. In ihrem Beitrag analysieren sie mit Hilfe von Daten der GLES der Jahre 2013, 2017 und 2021 das politische Wissen von Bürger:innen. Neben der Mediennutzung und kognitiven Prädispositionen nehmen sie vor allem die politischen Orientierungen der Bürger:innen in den Blick: Anhänger:innen der rechtspopulistischen AfD haben danach, so zeigt sich, ein substantiell geringeres Wissen der relativen Positionen der Parteien und Kandidat:innen. Dabei nimmt der Zusammenhang von Wissen und rechtspopulistischen Einstellungen bemerkenswerterweise über die Zeit hinweg noch zu.

Mona Krewel und Ansgar Wolsing befassen sich in ihrem Beitrag mit der Wahlkampfberichterstattung über Kanzlerkandidat:innen und suchen nach Trends in den Wahljahren von 2005 bis 2017. Basierend auf Medieninhalts-

den Menschen dort – in der Wissenschaft, aber auch der Stadt – auseinanderzusetzen, auch das gehörte und gehört für ihn selbstverständlich dazu.

analysen der GLES finden sie dabei keine Hinweise auf eine mögliche „Amerikanisierung“ der Wahlkampfberichterstattung, sondern vor allem stark ausgeprägte und stabile journalistische Berichterstattungsmuster und eine beachtliche Variabilität der Berichterstattung in Abhängigkeit vom jeweiligen Wahlkampfkontext.

Die folgenden Beiträge nehmen weniger massenmediale Kontexte, sondern vielmehr interpersonale Kommunikation einzelner Bürger:innen in den Blick. Simon Ellerbrock und Manuel Neumann untersuchen, wie Prozesse der sozialen Projektion und des *social sampling* miteinander interagieren, wenn Bürger:innen die öffentliche Meinung einschätzen. Dafür nutzen sie einen besonders geeigneten Datensatz, der auf eine von Rüdiger Schmitt-Beck konzipierte und realisierte Mannheimer Lokalstudie zurückgeht und wertvolle Informationen über die politischen Gespräche und Gesprächspartner:innen der Befragungspersonen enthält. Projektionseffekte werden nach ihren Ergebnissen dann am deutlichsten gesenkt, wenn es Meinungsunterschiede zu Bekannten und Arbeitskolleg:innen gibt.

Auch Oana Lup nimmt in ihrem Beitrag den Einfluss sozialer Netzwerke in den Blick. Sie analysiert, wie sich das Verhalten von Netzwerkpartner:innen auf die Impfbereitschaft gegen Covid-19 ausgewirkt hat. Während die meisten Studien zur Impfbereitschaft individuelle Faktoren analysieren, kann sie mit Hilfe einer repräsentativen Studie für Rumänien zeigen, dass auch Eigenschaften der Netzwerke einen systematischen Einfluss ausüben. Dabei spielen keineswegs nur die *strong ties* – Familie, Freunde – eine Rolle, sondern auch die *weak ties* zu Arbeitskolleg:innen.

Das Kapitel von William P. Eveland, Osei Appiah, Jacob A. Long und Steven B. Kleinman widmet sich ebenfalls Netzwerken persönlicher Gesprächspartner:innen. Allerdings liegt ihr Fokus auf der Selektion von Gesprächspartner:innen: Wie suchen sich weiße und schwarze US-Amerikaner:innen ihre Diskussionspartner:innen aus und welche Rolle spielt dabei die Hautfarbe? Ihre Ergebnisse zeigen, dass schwarze Respondent:innen zwar häufiger auch weiße Gesprächspartner:innen haben – in einer experimentell geschaffenen, hypothetischen Situation allerdings geben mehr weiße Respondent:innen an, eine Präferenz auch für schwarze Gesprächspartner:innen zu haben.

Die Verständigung zwischen Diskussionspartner:innen über ideologische Grenzen hinweg (bzw. das Ausbleiben davon) steht im Mittelpunkt des Beitrags von Patrick Kraft. Aufbauend auf Argumenten der Moralphychologie, wonach Kompromisse und Verständigung eher dann erreicht werden, wenn beide Seiten eine gemeinsame „moralische Sprache“ sprechen, untersucht er, inwieweit moralische Argumente Kompromisse fördern können.

Hierzu analysiert er eine ungewöhnliche, aber gleichwohl sehr geeignete Datenquelle, nämlich Diskussionen auf dem Online-Forum *Reddit*. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass gemeinsame moralische Grundlagen tatsächlich helfen können, eine starke politische Polarisierung in Diskussionen zu überwinden.

Der zweite Abschnitt der Festschrift widmet sich „Kampagnen und Wahlkämpfen“. Philipp Darius und Andrea Römmele nehmen in ihrem Kapitel die jüngsten Entwicklungen von generativen KI-Systemen zum Anlass, um deren mögliche Auswirkungen auf politische Kampagnen und demokratische Wahlen zu diskutieren. Einen besonderen Fokus legen sie dabei auf die vereinfachten Möglichkeiten, Falschinformationen zu generieren und kostengünstig in politischen Kampagnen einzusetzen.

Dagegen widmen sich Laura Morales, Luis Ramiro und María Jiménez-Buedo in ihrem Beitrag einem der ältesten Kampagneninstrumente, nämlich Tür-zu-Tür-Kampagnen. Sie präsentieren in ihrem Beitrag die Ergebnisse eines Feldexperiments zur Wählermobilisierung in Spanien. Dabei haben sie verschiedene Mobilisierungsstrategien der *Partido Socialista Obrero Español* (PSOE) analysiert. Während die vorhandene, zumeist US-amerikanische Literatur zu Mobilisierungskampagnen zeigt, dass persönliche Ansprachen deutlich effektiver sind als unpersönliche Formen der Ansprache, findet sich bei ihrer Studie in Spanien interessanterweise kein solches Muster. Die Autoren diskutieren mögliche kontextuelle Gründe für diesen Befund in ihrem Beitrag.

Der Beitrag von Richard Johnston greift in Thema und Datengrundlage ein Schmitt-Beck'sches Kernthema auf – Wahlkampfdynamik. Im Fokus steht die Frage nach möglichen Aktivierungen von grundlegenden Parteieinstellungen in Kampagnen. Hierfür analysiert er vergleichend Daten aus den USA, Kanada und Deutschland. Die Ergebnisse zeigen, dass sich viele der Erwartungen des Modells in allen drei Ländern bestätigen, gleichzeitig aber eine erhebliche und nicht mit offensichtlichen makroinstitutionellen Moderatoren zu erklärende Varianz zwischen einzelnen Wahlen und Ländern besteht.

Marc Debus geht der Frage nach, inwieweit Wähler:innen in Deutschland die Partei wählen, die ihnen auch ideologisch am nächsten ist. Anhand von GLES-Umfragedaten und Inhaltsanalysedaten zu Signalen, die Parteien zu ihren Positionen bei verschiedenen Sachfragen in Wahlkämpfen aussenden, analysiert er das Wahlverhalten bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013. Seine Befunde deuten darauf hin, dass politische Expertise und Bildung beim Einfluss der einfachen Links-Rechts-Dimension eine deutlich geringere Rolle

spielen als beim Einfluss der zwei Subdimensionen ökonomischer und gesellschaftlicher Sachfragen.

Das Kapitel von Paul Beck betrachtet in vergleichender Perspektive persönliche Kontakte von Parteien zu Wähler:innen in Wahlkampagnen. Der Beitrag nutzt das *Comparative National Elections Project* (CNEP) mit Umfragedaten zu 48 Wahlen im Zeitraum von 1992 bis 2020 und zeichnet ein differenziertes Bild von Parteikontakten sowohl zwischen einzelnen Wahlen als auch zwischen verschiedenen Ländern. Parteikontakte sind demnach deutlich häufiger in älteren Demokratien sowie in Ländern mit Einerwahlkreisen und Zweiparteiensystemen. Über alle Länder hinweg zeigt sich eine Konzentration der Parteikontakte auf Wähler:innen mit höherer Bildung, höherem Alter, häufigerer Mediennutzung, vielen Sozialkontakten und starken Parteibindungen.

Im dritten Teil der Festschrift stehen intermediäre Instanzen, aber auch der institutionelle Kontext, in dem Informationen fließen, im Fokus. Thorsten Faas und Sigrid Roßteutscher widmen sich in ihrem Beitrag einem originellen, aber umstrittenen Reformvorschlag zur Steigerung der Generationengerechtigkeit in einer alternden Gesellschaft, nämlich der Einführung eines Familienwahlrechts. Hier stünde allen Bürger:innen das Wahlrecht ab Geburt zu, würde aber bis zur Erreichung einer bestimmten Altersgrenze stellvertretend von den Eltern ausgeübt. Der Beitrag untersucht erstmals empirisch, wie Eltern mit diesen Kinderstimmen umgehen würden. Dabei zeigt sich, dass ungefähr ein Viertel der Eltern tatsächlich mit ihrer Kinderstimme anders abstimmen würde als mit ihrer eigenen, wobei aber die Parteien immer auch für die Eltern akzeptabel bleiben müssen.

Bernhard Ebbinghaus analysiert, ob die Bindung zwischen deutschen Gewerkschaften und linken Parteien unter Gewerkschaftsmitgliedern seit der Deutschen Einheit nachgelassen hat. Er untersucht die Mitgliedschaftstrends der deutschen Gewerkschaften und verwendet Allbus-Bevölkerungsumfragen für detaillierte Analysen zu Strukturen der Gewerkschaftsmitgliedschaft, politischer Bindung und gesellschaftspolitischen Einstellungsmustern. Seine Ergebnisse deuten sowohl auf eine Pluralisierung der Parteibindungen hin als auch auf eine Angleichung der Einstellungen von Gewerkschaftsmitgliedern und anderen Erwerbstätigen.

Das Kapitel von Thomas Bräuninger und Franz Urban Pappi untersucht das Wahlverhalten in gemischten Wahlsystemen, in denen Wähler:innen zwei Stimmen abgeben können – eine für Parteilisten und eine für einzelne Wahlkreiskandidat:innen. Sie argumentieren, dass Wähler:innen bei solchen Wahlen vor einem „Zwei-Güter-Wahl-Problem“ stehen und es so bei Indivi-

duen mit nicht-separablen Präferenzen zu sogenannten Kontaminationseffekten kommen kann. Ihre Analyse einer Wählerbefragung in zwei Wahlkreisen bei der Bundestagswahl 2013 legt nahe, dass Kontaminationseffekte im deutschen Mischwahlsystem häufig und substanziell sehr relevant sind.

Klaus Armingeon widmet sich der Welle von Liberalisierungsreformen, die seit den frühen 1980er Jahren in demokratischen Ländern mit Marktwirtschaften stattfand und mittlerweile wieder verebbt zu sein scheint. Der Beitrag geht der Frage nach, ob die parteipolitische Zusammensetzung der Regierung einen Unterschied für die Politikgestaltung im Bereich der Liberalisierung und De-Liberalisierung macht und ob dabei die Salienz des Themas relevant war. Dabei zeigt sich, dass linke Regierungen zögerlicher waren und dass liberalisierende Reformen insgesamt in geringerem Maße eingeführt wurden, wenn diese politisch sehr umstritten waren.

Die Entwicklung des ehrenamtlichen Engagements in Deutschland und Südeuropa steht im Mittelpunkt des Kapitels von Jan van Deth. Während ein allgemeiner Rückgang von Engagement in Vereinen und Verbänden sichtbar wird, scheint die Zivilgesellschaft nach seinen Befunden dennoch recht robust – auch während und nach der Weltwirtschaftskrise von 2008. Neue Formen des Engagements scheinen zudem die herkömmliche Kluft zwischen formellem und informellem Engagement in Teilen überbrücken zu können.

Der abschließende Teil der Festschrift ist dem weiten Feld von „Wahlen und Demokratie“ gewidmet. Katrin Voltmer analysiert in ihrer Studie das Verständnis von Demokratie in Südafrika. Mit Hilfe von qualitativen Interviews mit politischen Aktivist:innen im Jahr 2015 geht sie der Frage nach, was Demokratie für die Menschen bedeutet, die den Übergang vom Apartheid-Regime miterlebt haben. Ihre Ergebnisse zeigen, dass Demokratie sehr eng mit dem Wert der (hinzugewonnenen) Freiheit und ökonomischer Gleichheit verknüpft wird. Ein rein prozedurales Verständnis von Demokratie spielt dagegen eine deutlich geringere Rolle bei ihren Interviewpartnern.

Christian Schnaudt und Christof Wolf befassen sich mit dem Einfluss von Wahrnehmungen elektoraler Integrität auf die Beteiligung bei Wahlen und deren möglicher Moderation durch Kontextfaktoren. Hierfür analysieren sie einen umfangreichen Datensatz aus Umfragen sowohl des *World Values Survey* als auch des *European Values Study* mit insgesamt 75 Ländern im Zeitraum von 2011 bis 2021. Die Analysen zeigen, dass die Wahrnehmungen der Bürger:innen von zentraler Bedeutung sind. Interessanterweise ist das vor allem dann der Fall, wenn die tatsächliche Verfahrensqualität im Land vergleichsweise hoch ist.

Der Popularität der AfD und der Wahrnehmung einer möglichen Vertretungslücke widmet sich der Beitrag von Bernhard Weßels und Hans-Dieter Klingemann. Der Beitrag untersucht anhand von GLES-Daten, ob die These einer wahrgenommenen Vertretungslücke zur Erklärung der Erfolge der AfD bei den Wahlen 2013, 2017 und 2021 beitragen kann. Nach ihren Ergebnissen nehmen tatsächlich viele derjenigen Bürger:innen eine Vertretungslücke wahr, die bei ihren politischen Einstellungen und ideologischer Orientierung als konservativ bis rechts einzustufen sind.

Auch der Beitrag von Julia Partheymüller und Stefanie Walter widmet sich rechtspopulistischen Parteien und vergleicht das Wahlverhalten in Deutschland und Österreich bei den relativ zeitnahen Wahlen in beiden Ländern im Jahr 2017. Für beide Länder zeigen sich bei ihren Analysen deutliche Effekte von Einstellungen zur Migration und populistischer Orientierungen. Der Einfluss pessimistischer ökonomischer Einstellungen variiert dagegen zwischen den beiden Kontexten. Gleichzeitig wird die populistische Rechte in Österreich als weniger radikal wahrgenommen als in Deutschland.

Mark Peffley und Robert Rohrschneider gehen in ihrem Beitrag der Frage nach, ob es eine Beziehung zwischen populistischen und antisemitischen Einstellungen in der Bevölkerung gibt. Hierfür nutzen sie eine eigene Studie aus dem Jahr 2020 und finden einen deutlichen Zusammenhang zwischen Populismus und Antisemitismus. Der Zusammenhang bleibt dabei auch dann bestehen, wenn verschiedene mögliche Ursprünge dieses Zusammenhangs wie eine allgemeine kulturelle Orientierung oder Parteianhängerschaft betrachtet werden.

Ergänzt werden diese Befunde im folgenden Beitrag von Stefan Liebig. Er betrachtet antisemitische Einstellungen in Deutschland im Zeitraum zwischen 1996 und 2021 auf der Grundlage von Daten des ALLBUS. Nach seiner Konzeption und seinen Analysen sind antisemitische Einstellungen in Deutschland verbreiteter als in der Literatur angenommen, gleichzeitig gehen antisemitische Einstellungen der Bevölkerung aber etwas zurück. Als Trägergruppen identifizieren seine Analysen vor allem Personen, die vor 1945 geboren sind, Personen, die sich politisch rechts verorten, AfD-Anhänger:innen und Muslime. Auch unter Nicht-Wähler:innen ist Antisemitismus häufiger vertreten.

Karl-Rudolf Korte und Kristina Weissenbach befassen sich schließlich konzeptionell mit politischer Teilhabe und deren Rolle bei gesellschaftlichen und politischen Transformationsprozessen. Sie argumentieren, dass in Zeiten hohen Transformationsdrucks ein höherer Bedarf herrscht, Bürger:innen an gesellschaftlichen und politischen Prozessen teilhaben zu lassen, um Akzep-

tanz für Transformationen zu schaffen. Dabei fokussieren sie insbesondere auf das Konzept von „Citizen Science“ als ein Beispiel zusätzlicher Teilhabe und diskutieren dessen Potenzial.

Diese Festschrift in den Händen halten zu können, wäre ohne die Unterstützung zahlreicher Personen nicht vorstellbar gewesen. Ohne Beiträge keine Festschrift – daher gilt den Autor:innen ein großer Dank für ihre Beiträge, aber auch ihre Geduld und Kondition im Umgang mit den vielen Mails rund um ihre Texte. Auch ohne Verlag gäbe es keine Festschrift: Herzlichen Dank daher an den Nomos-Verlag, der auch für Rüdiger Schmitt-Beck über viele Jahre hinweg ein enger und guter Partner gewesen ist. Zu nennen sind hier insbesondere Beate Bernstein und Eduard Schwarzenberger. In Mannheim gebührt dem Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung sowie der Lorenz-von-Stein-Gesellschaft ein herzlicher Dank für die Unterstützung des Projekts. Die Prüfung und Finalisierung der Manuskripte wäre ohne die Unterstützung von Jan Langlitz und Maresa Bauer in Frankfurt, Yanick Gutheil in Mainz sowie Anton Könneke, Teresa Haußmann, Katrin Schmitz, Matthis Dumke, Luke Moldenhauer und Petra Lipski in Berlin nicht vorstellbar gewesen – auch Ihnen allen gebührt ein großes und herzliches Dankeschön. Und schließlich hätten wir ohne Ulrike Beck als Schaltzentrale im Hintergrund sicher keinen Termin für die Übergabe des Werks an ihren Gatten gefunden – auch viele weitere wichtige Informationen und Hinweise hätten uns nie erreicht, die aber für das Projekt unerlässlich waren. Danke!

Last but not least gilt natürlich: Ohne Rüdiger Schmitt-Beck gäbe es keine Festschrift für Rüdiger Schmitt-Beck. Was trivial klingt, ist es gar nicht: Denn ohne die Unterstützung von Rüdiger Schmitt-Beck gäbe es vieles von dem, was für diese Festschrift nötig gewesen ist, überhaupt nicht: Ob Daten, Titel, Input: Vieles davon gibt es nur, weil Rüdiger Schmitt-Beck dafür gesorgt oder zumindest hoch signifikant dazu beigetragen hat. Insofern ist diese Festschrift nur ein kleines Zeichen des Danks dafür an Dich, lieber Rüdiger. Klar ist aber auch: Wer Rüdiger Schmitt-Beck kennt, der weiß zu genau, dass ihm solche Zeilen eher unangenehm sind ... insofern belassen wir es dabei. Viel Spaß bei der Lektüre De(ine)r Festschrift!

Online Appendix – Abstracts der Beiträge (deutsch/englisch)

https://www.nomos-shop.de/shopfiles/anhang_978-3-7560-0800-1_mat_online_anhang.pdf.

Mediale und interpersonale Informationsflüsse und ihre Folgen

Political knowledge, media use and right-wing populist preferences

Sascha Huber, Anne Schäfer

1. Introduction

Ideally, voters should have some basic knowledge about their options in an election if they want to make choices signifying their political preferences (Dahl 1971). Election campaigns are times of intensified political debate and communication and constitute a particularly information-rich environment in which voters can acquire new knowledge about parties, candidates and their issue positions without too many costs. Even though it may not be too hard to learn about the political choices in times of election campaigns, voters differ sharply in their media use, their cognitive skills to process information, and their cognitive and motivational dispositions to acquire new knowledge, which will all lead to many voters not knowing very much about the positions of parties and candidates (cf. Eveland et al. 2005). In addition to these factors, political orientations of voters may constitute another dimension of explaining low levels of political knowledge. New research suggests that supporters of right-wing populist parties and candidates are often particularly less knowledgeable about politics and policies and more prone to conspiracy beliefs (e.g. Zhuravskaya et al. 2020). When right-wing leaders reject information from mainstream media, denigrate media reporting as inherently biased or even being part of a conspirative effort to mislead the public, and spread misinformation about other parties and candidates, it seems plausible that their supporters may follow their lead and de facto become less knowledgeable about politics over time.

In this study, we will examine the effects of different sets of factors – demographics, political interest, media use, and cognitive dispositions – on political knowledge of voters in Germany during the election campaigns of the last three federal elections in 2013, 2017, and 2021. In addition, we will examine whether political support of the right-wing party AfD adds to these factors in explaining different knowledge levels of the electorate. We further explore possible interactions of political orientations with the use of social media.

2. Theory and previous findings

2.1 Campaigns and political knowledge

Parties and candidates are running electoral campaigns in order to influence voters and gain as many votes as possible. They will present their positions as appealing as possible, the positions of other parties may be unfairly attacked, they will simplify some political issues, frame them in ways that they consider most useful or be purposefully ambiguous about them. Obviously, parties and candidates are not conducting electoral campaigns to provide voters with the most comprehensive and balanced information and to foster political learning and knowledge. Nevertheless, it seems by no means implausible that political competition and the sum of all parties' efforts to attract voters can lead to some political learning on the part of individual voters and an overall better-informed electorate at the end of an election campaign. From a normative standpoint of many democratic theories, citizens in representative democracies should at least know what kind of policies the various parties or candidates stand for (cf. Berelson 1952). Only then, it might be possible for citizens to "signify their preferences" (Dahl 1971: 2). Knowing what different parties or candidates stand for on the major issues of a polity therefore seems to be a prerequisite of meaningful democratic decisions (cf. Eveland et al. 2005). However, the literature on campaign effects and political knowledge paints a diverse picture of whether campaigns help voters learn about the issues at stake.

In the tradition of the early studies of the Columbia school, electoral campaigns have often been described as rather ineffective when it comes to changing voters' attitudes and attracting additional voters (Lazarsfeld et al. 1944). Instead, the major effects of election campaigns are seen in activating and strengthening political predispositions. More recent studies on the influence of campaigns largely confirm these "minimal effects" (Miller 1990; Farrell/Schmitt-Beck 2002). Moreover, studies have shown that voting models with only fundamental variables are pretty good in predicting actual voting behavior – relatively independent from the ups and downs of electoral campaigns (Finkel 1993; Campbell/Garand 1999).

Still, this does not necessarily imply that election campaigns are irrelevant for voters. In fact, the strong effects of fundamental variables may emerge because of the confrontation of political opponents and the political debate during election campaigns. Voters may need the additional information and the intensified political debate of election campaigns to relate their

own political views to the positions of parties and candidates. According to this view, quite a few citizens may not regularly follow politics. However, when elections are getting closer and citizens actually have a chance of influencing the political process, they may start thinking about various options and their political positions. Election campaigns may thus serve as “the most compelling incentive to think about government” (Riker 1986: 1). Generally, campaigns will offer a very good and partially even entertaining chance to get political information. In the most optimistic perspective, citizens will use that information to gain a better political understanding of what the various parties and candidates stand for and relate the issues of the campaign to their own political views. Campaigns may then lead to more “enlightened” voting decisions (Gelman/King 1993).

According to a more pessimistic view, campaigns are less useful and will hardly help voters to make up their minds. Some see electoral campaigns as a pure spectacle that lacks substantive political content (e.g. Perloff 1999). Then, they may offer “little, if any, information to the electorate (...) and (...) whatever information is disseminated by the campaign is distorted by the mass media and even ignored by voters” (Alvarez 1997: 7). There are indeed findings showing that parties and candidates are not always communicating their positions very clearly and deliberately choose a strategy of ambiguity (e.g. Shepsle 1972; Bartels 1988). Such a strategy of being unspecific and of leaving voters without clear signals can be potentially quite successful (e.g. Tomz/van Houweling 2009). At the same time, it is not clear whether the media will always communicate the political content of campaigns even if parties and candidates take distinct and discernible positions. Some authors argue that there is a decrease in reporting on substantive political issues and an increase in horse-race journalism concentrating on possible winners and losers (e.g. Sigelman/Bullock 1991). Others observe a stronger personalization (e.g. Poguntke/Webb 2005) and a greater focus on scandals and apolitical characteristics of candidates (e.g. Sabato et al. 2000). Finally, not all campaigns will be competitive and not all reporting on campaigns will be balanced. The less balanced and the less competitive a campaign the better the chances that one party will frame the political issues in a favorable way and possibly distort the perceptions and attitudes of voters. Instead of enlightening voters, campaigns may then rather confuse and even bias them (Zaller 1992; Lachat/Sciarini 2002).

It is therefore not obvious that election campaigns will really help voters to know more about politics and lead to better decision-making. Still, quite a few studies in the US have found evidence for an increase in polit-

ical knowledge during election campaigns (e.g. Berelson et al. 1954; Patterson/McClure 1976; Bartels 1993; Gelman/King 1993; Ansolabehere/Iyengar 1995). Some studies take a comparative perspective and examine what kind of election campaigns and institutional arrangements produce the biggest learning effects (Stevenson/Vavreck 2000; Arceneaux 2005; Fraile 2014).

In this study, we want to contribute to the growing literature and examine some individual conditions of political knowledge (see also Huber 2013). First, we will focus on the transmission of campaign information through mass media and some underlying cognitive dispositions of information processing. Secondly, we will look into voters with populist preferences in particular and investigate how such attitudes impact voters' knowledge about politics – while controlling for media use and individual cognitive differences. Finally, we will explore a possible interaction of right-wing populist attitudes and social media use.

2.2 Mass media and the transmission of political information

In mass democracies, voters won't be able to follow whole election campaigns in person. Thus, they won't receive most of the campaign information directly from parties or candidates. They will always depend on the mass media as the dominant mediator of this information (Graber 2004). Political knowledge, therefore, will not only depend on what kind of information parties and candidates provide and how competitive and balanced campaigns are on the party level. It will also depend on what is reported and how it is reported in the mass media. Different media outlets will vary on how much, how balanced, how comprehensive, and how accurate they report on campaigns and the various issues and messages. Thus, consumers of different media will encounter different information and different styles of presentation.

There are several studies showing that reading political articles in daily newspapers has a stronger effect on citizens' learning and knowledge than watching newscasts on TV (e.g. Patterson/McClure 1976; Weaver/Drew 1993; Druckman 2003; Fraile 2011). These findings of different media effects may be based on different logics of television and newspapers, with television being almost naturally more personalized and superficial (e.g. McAllister 2007; Chaffee/Kanihan 1997). However, there are also studies that found rather mixed results on the different effects exerted by television and newspapers (e.g. Brians/Wattenberg 1996). At the same time, experimental

studies found that it is not the medium itself that is responsible for varying learning effects but the transmitted information and the quality of journalistic reporting (Norris/Sanders 2003). Using survey data and measuring the content of various media reporting, Barabas and Jerit (2009) came to similar conclusions and found that the volume, breadth, and prominence of news media coverage can increase policy-specific knowledge. Differentiating between high (public television/broadsheets) and low (commercial broadcasts/tabloids) quality reporting in both television and press, de Vreese and Boomgarden (2006) found that it is rather the quality of the reporting than the medium that drives the levels of political knowledge. For our study in Germany, we expect a similar pattern. We presume greater knowledge among people who watch newscasts on public television than those who watch fewer substantial newscasts on commercial television. The same should be true for readers of high-quality broadsheets in comparison to readers of tabloids.

Research on the effects of social media use on political knowledge is less clear (Zhuravskaya et al. 2020). Some studies find no clear relationship between social media use and political knowledge (e.g. Lee/Xenos 2019; Bode 2016), while others find that – at least over time – social media use may erode political knowledge by exposing voters to less substantial information (Cacciatore et al. 2018). The use of social media for political information is very different from traditional media, as users can actively decide which sources to follow. On the other hand, algorithms may create additional “filter bubbles” of like-minded people causing some voters to be less critical of potential misinformation (e.g. Rhodes 2022). The overall effect of social media use may therefore not be straightforward, with some voters benefitting from its easily available information and other voters being hurt by its distractions and their specific bubbles of like-minded sources (Prior 2005).

2.3 Political interest, education, demographics

Obviously, political interest will play a major role in acquiring political knowledge. Politically interested voters will almost automatically have a greater political knowledge. But it is less clear whether politically interested voters will also pick up more additional information during election campaigns or whether people less interested will show the strongest learning effects. After all, campaigns may be occasions when uninterested voters

also deal with at least some politics. According to the hypothesis of the “knowledge gap”, the difference between politically informed and politically uninformed voters will get bigger the more information is available (Tichenor et al. 1970; Viswanath/Finnegan 1996). It should thus be the politically interested voters who disproportionately benefit from the information provided during election campaigns. The same argument may apply for education. It is to be expected that voters with higher education have a better knowledge of political parties and their positions at the end of an electoral campaign. According to the hypothesis of the “knowledge gap” it should be expected that better-educated voters will also learn more during campaigns.

Gender differences in political knowledge and political learning do not seem very plausible. Still, a large number of studies have found an effect of gender in multivariate analyses: women seem to have a systematically lower political knowledge (e.g. Delli Carpini/Keeter 1996; Verba et al. 1997; Frazer/Macdonald 2003; Fraile 2014). The differences are often considerable, but they may be reduced when taking into account that men tend to guess more on multiple-choice knowledge questions (e.g. Mondak/Anderson 2004), or when different types of knowledge questions are taken into account (e.g. Dolan 2011). According to these findings, a gender effect on knowledge also seems possible in our study.

Age should also matter: as for other indicators of political involvement, the effect should be curvilinear. Lower levels of knowledge and learning among the young and the very old should be observed due to high mobility levels during adolescence and physical hindrances and declining social contacts later in life (e.g. van Deth 2013: 147). There is less exposure to politically relevant information both due to a lack of available sources and motivation to follow electoral politics. People being employed are embedded in larger social networks outside their homes and more likely to get into contact with information about parties and the electoral context. They may therefore be more likely to acquire knowledge about issue positions and to learn during election campaigns.

2.4 Cognitive dispositions for information processing

Besides their interest and their resources to gather political information, voters will also differ sharply in their cognitive styles of processing this information. In psychology, three concepts have been found to be specific-

ally useful for capturing individual differences in information processing: *Need for cognition*, *need to evaluate*, and *need for cognitive closure*. *Need for cognition* aims at measuring the inclination of people to deal with new information. Cacioppo and Petty (1984: 306) define the concept as “an individual’s tendency to engage in and enjoy effortful cognitive endeavours”. More than 100 studies present a largely consistent picture: People with high levels make more sophisticated judgments, integrate more substantial information into their judgments, and are influenced by strong rather than weak arguments (for an overview, see Cacioppo et al. 1996). In contrast, people with low levels take less time to make a judgment, use simpler heuristics, and invest less thinking effort. Some recent studies also examined the particular effects of political information processing. Holbrook (2006), for instance, analyzed the US presidential election of 2000 and found a positive effect of *need for cognition* on the ability of respondents to assess the political positions of candidates. For our study on Germany, we also expect voters with a high *need for cognition* to know more about politics as they have a higher affinity to deal with new information and may also be more willing to process ambiguous and complex campaign information. Accordingly, we expect a positive effect of *need for cognition* on political knowledge.

Need to evaluate is another concept for describing cognitive dispositions and aims at measuring how opinionated people are and how likely they judge or evaluate various aspects of their lives and their environment – independent of the cognitive effort they take to form these judgments. The concept is based on the assumption that “individuals differ in the extent to which they chronically engage in evaluative responding” (Jarvis/Petty 1996: 172). People with a high *need to evaluate* form opinions on various objects in their environments more willingly and easily, they also express more assessing thoughts about relevant and irrelevant attitude objects (Jarvis/Petty 1996). Analyzing political decision-making, Bizer et al. (2004) found that voters with a high *need to evaluate* showed more projection effects when assessing political positions and relied more often on their party identification and emotional reactions when evaluating candidates. Holbrook (2006), however, found that voters with a high *need to evaluate* were a bit better able to categorize candidates ideologically. The evidence is thus mixed. For Germany, we still expect a rather negative effect of *need to evaluate*. As the German multi-party system is considerably more complex than the American two-party system, a simple projection of own political

judgments on the positions of positively evaluated parties should more often be misleading.

The measure of *need for cognitive closure* that was developed by Kruglanski et al. (1993) tries to capture a general aversion to ambiguity and uncertainty and a tendency towards firm and definitive answers to social circumstances. It is defined as an unspecific desire to get clear answers to a given problem as well as a tendency to think in simple and rigid cognitive structures and to reach unambiguous judgments on complex issues. Accordingly, voters with a high *need for cognitive closure* should be more likely to seal themselves off from new political information during election campaigns and stick to their already defined view of the world – even if the media or the election campaign provides contradictory information. Voters with a high *need for cognitive closure* try to maintain their perceptions of parties and candidates. Overall, a high *need for cognitive closure* clearly should have negative effects on political knowledge: voters being predominately motivated to maintain their worldview will probably be less knowledgeable about politics.

2.5 Right-wing populist support and political knowledge

Recent research suggests that political orientations may constitute another dimension that affects the political knowledge of citizens. If an important part of populist right-wing rhetoric and ideology consists of stating that “elites” systematically do not tell the truth, that they mislead the public, that “mainstream” media cannot be trusted, that only right-wing leaders tell the truth, supporters of populist right-wing parties and leaders may well become less knowledgeable about politics over time. Voters with right-wing preferences, for instance, believe more often in fake news (Baptista/Gradim 2022). Populist attitudes in general have been found to be strongly associated with beliefs in conspiracy theories (Castanho et al. 2017). For the US, there have been several studies investigating Trump supporters. It has been shown that voters with low political knowledge had significantly more sympathy for Trump, relied more heavily on their emotions, and were thus more trustful about statements made by Trump (Fording/Schram 2017). Trump supporters were also less aware of being misinformed and generally knew less about policies and politics (Milner 2020).

There is also some evidence for European countries.. For Denmark, Jordan (2022) investigated supporters of the Danish People’s party and

found that they are less politically knowledgeable – even when controlling for demographics and other political attitudes. Interestingly, some of these effects are attributed to a strategic issue blurring of the radical right with its voters engaging in more projection. Stanley and Czesnik (2021) studied voters in Poland and found a strong association between populist attitudes and low political knowledge. Examining populist party support in the 2019 Belgian election, Gallina et al. (2020) used the concept of political sophistication – consisting of political knowledge, participation, and interest – and found supporters of Vlaams Belang to be generally less sophisticated. Controlling for other factors, however, there was no direct effect of sophistication on populist vote choices. Van Kessel et al. (2021) differentiated political knowledge into three categories – informed, uninformed, and misinformed. In their comparative study of nine European countries, they found that voters of right-wing populist parties belonged more often to the category of being misinformed – that is they answered knowledge questions not with “don’t know” but with a wrong answer. This finding indicates that supporters of right-wing parties may indeed not only disregard “mainstream” information sources with a certain level of quality control, but turn to other less valid sources that tend to be available in a differentiated information environment and become misinformed. Westle (2020) studied German voters using the ALLBUS and found that political knowledge – measured on a rather comprehensive scale consisting of questions about institutions, policies, and politicians – was negatively associated with populist attitudes.

While most of these recent studies found substantial associations between political knowledge, conspiracy beliefs, and susceptibility to misinformation on the one hand and populist attitudes or support for right-wing populist parties and leaders on the other hand, the causality and direction of the relationship is far from being clear. It may be that voters who are generally more knowledgeable in the first place do not develop populist attitudes, see through the misinformation attempts of populist leaders, and hence do not support right-wing populist parties. Political knowledge may be a safeguard against populist support (e.g. Milner 2020; Westle 2020). Or, the direction may be the other way round: voters may be appealed by the rhetoric and ideology of right-wing populist parties and their leaders and hence disregard “mainstream” information as statements of perceived “elites”, turn to less qualitative information sources within their filter bubbles and therefore become misinformed and less knowledgeable about politics (e.g. Fording/Schram 2017; Baptista/Gradim 2022). Both directions seem theoretically plausible and may occur empirically. There is,

however, also the possibility that the association is just spurious and the result of omitted variables like demographics, political interest, media use or cognitive dispositions that may be related to both political knowledge and right-wing populist support. In our study, we are able to control rigorously for these factors and will examine whether political orientations independently contribute to the explanations of political knowledge. By studying not only cross-sectional knowledge but also *learning* during an election campaign, our analysis may also shed some light on the direction of the association.

2.6 Possible moderation of political orientations by media use and cognitive closure

In an explorative way, we are also looking into how political orientations are moderated by media use. We are focusing on one particularly interesting factor: social media use. One plausible mechanism of how support for the populist right is related to political knowledge could be that different social media use has different effects on voters with right-wing preferences. Given their potential skepticism about mainstream media and elites, supporters of the populist right might rely more heavily on social media to inform themselves about politics. Assuming that their social media filter bubble of like-minded peers and sources often provides less qualitative information (e.g. Alcott et al. 2019; Zhuravskaya et al. 2020), social media use could have a particularly strong negative effect on the political knowledge of right-wing supporters.

3. Data

For our analysis of political knowledge and political learning during election campaigns, we use three datasets collected around the three most recent German elections in 2013, 2017, and 2021. All three have been conducted as CATI rolling cross-section studies and included a post-election panel wave.¹ To measure our main dependent variable, political knowledge

1 GLES (2019). Rolling Cross-Section-Wahlkampfstudie mit Nachwahl-Panelwelle (GLES 2013). *GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5703 Datenfile Version 2.0.2*, <https://doi.org/10.4232/1.13214>.

(and as derivative political learning), we employ questions asking respondents to place the German parties (in 2013 and 2017) or candidates for the position of chancellor (in 2021) on different issue scales. We thus focus on citizens' perception of the supply side of politics. In 2013, the GLES (German Longitudinal Election Study) asked about the issue stances of the parties on a continuum between lowering taxes and decreasing social spending on the one end, and more social spending and tax increases on the other. We record whether respondents are able to correctly identify parties' relative issue positions as a dichotomous variable. Our measure focuses on whether respondents were able to correctly reproduce an overarching picture of the political space on relevant issues in order to help orient themselves in the world of politics and thus inform their choice on election day. We believe that such a general understanding of the relative locations of all major political contestants – a realistic map of the political – is an important prerequisite of well-informed electoral choices². At the same time, we are not too demanding on voters' ability to reproduce the German issue spaces, when even experts placed parties very close to each other on certain issues (Jolly et al. 2022). Regarding the tax issue in 2013, the economically liberal FDP has to be located to the right of the Christian Democrats (CDU) which should be placed to the right of both the Social Democrats (SPD) and the Greens. For the relative position of the Social Democrats and the Greens, the coding was generous: as both parties have rather similar positions (Jolly et al. 2022), voters were not expected to know the positions of these parties relative to each other. It was only important that both parties were placed to the left of the Christian Democrats. The German Left Party should then also be placed left to the Social Democrats and the Greens.³

For the 2017 election, the GLES did not ask about the taxes/spending positions but about issue stances on migration. We code respondents to be

GLES (2022). Rolling Cross-Section-Wahlkampfstudie mit Nachwahl-Panelwelle (GLES 2017). *GESIS, Köln. ZA6803 Datenfile Version 4.1.0*, <https://doi.org/10.4232/1.13948>;

GLES (2022). GLES Rolling Cross-Section 2021. *GESIS, Köln. ZA7703 Datenfile Version 2.0.0*, <https://doi.org/10.4232/1.13876>.

- 2 In our view, recording the proportion of correctly classified pairs of political contestants would not adequately capture this idea; e.g., “knowing a third” of how parties are located to each other on an issue space would still not provide useful orientation to signify one's preferences in an election.
- 3 The position of the AfD was not asked as the AfD was a new party and not yet very popular.

knowledgeable on that question if they place the AfD on the right to the CDU and the CDU to the right of the FDP and the SPD. On this issue dimension, we were generous about the relative positions of the FDP and the SPD, as both have similar centrist positions on this issue (Jolly et al. 2022). To be counted as knowledgeable about the migration issue, we accepted both: that the FDP was seen as being left of the SPD and that the FDP was seen as being right of the SPD – as long as both parties were placed left of the CDU. Finally, our last requirement was that the Greens were placed left of the SPD. The Left party was sending rather ambiguous signals about migration, and we found a particularly high variance of perceptions for our respondents. We therefore did not include the position of the comparatively small Left Party in our measurement.

For the 2021 election study, party positions were not asked but the positions of the three candidates for chancellor – Laschet for the CDU/CSU, Scholz for the SPD, and Baerbock for the Greens. As in 2013, respondents were asked about the candidates' positions on the taxes/spending issue. Respondents were classified as placing the three candidates correctly if they placed Laschet to the right of Scholz and Laschet to the right of Baerbock. As the positions of Scholz and Baerbock differed not too much, we were again generous about the placements of Scholz and Baerbock relatively to each other – as long as respondents placed Laschet to the right of both candidates, it did not matter whether they placed Baerbock to the left of Scholz or vice versa. These requirements for only three candidates were thus much easier than for the earlier elections.

In 2013, the GLES-RCS also asked respondents about their perceptions of party positions in the post-election panel wave. This allows us to also study political learning during the election campaign. It is also operationalized as a dichotomous variable: Changes from misperceived positions during the pre-election wave to correct positioning of parties in the post-election survey are assigned the value one (success). Those with an incorrect placement in both the pre- and post-election survey and those with a correct answer in the pre-election wave but misperceiving the positions after the election⁴ constitute the reference category. Respondents being able to correctly position the parties in both the pre- and post-election wave

4 In line with a more pessimistic view on election campaigns, these respondents did apparently not benefit from the intensified information environment of campaigns but were rather getting more confused. Obviously, another reason for voters' "unlearning" can be measurement error.

are excluded from the analyses – as there was no possibility of learning. Unfortunately, in 2017 and 2021 perceptions of issue positions were not asked in the post-election panel wave, leaving us with the 2013 study as the only data point to study learning during the campaign.

Following the theoretical discussion above, we included several predictors of political learning as independent variables. On the media side, we separate between print and audio-visual formats. Differences in the quality of journalistic reporting are taken into account by differentiating between public and commercial TV stations and high-quality and low-quality newspapers. Additionally, we included social media use for political information purposes in our analysis. For 2013 and 2017, our media variables record whether a respondent indicated to use the respective medium in the week prior to her interview. As the measurement of media consumption changed in the 2021 GLES, our media variables for that year record whether a respondent indicated to use the respective medium “most frequently”. The cognitive dispositions for information processing *need to evaluate*, *need for cognition*, and *need for cognitive closure* are single-item measures using five-point scales.⁵ For populist right-wing support, we simply used the rating of the AfD on an 11-point evaluation scale.

The multivariate models also include controls for political interest (1-5), education (1=A-level or higher), respondent’s age and age squared, gender (1=female), and the distinction between West and East Germany. All independent variables, except for the cognitive dispositions, which have only been asked in the post-election waves, are measured in the pre-election wave; models including cognitive dispositions thus have fewer respondents – only those having participated in both the pre- and post- election wave.

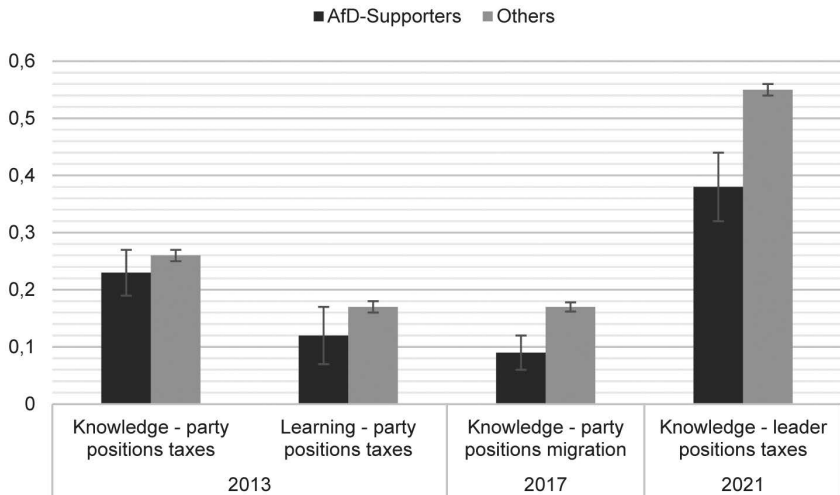
4. Results

Before we turn to examine the various factors explaining political knowledge in multivariate models, we take a brief look at the levels of knowledge and learning of AfD supporters and all other voters. Figure 1 shows the levels of knowledge and learning across the three elections that we study in this chapter. As we need to operationalize positional knowledge differently for each election, it is not surprising that the overall level of knowledge var-

5 In the 2021 GLES study, the wording of the item used for *need for cognitive closure* slightly changed.

ies quite substantially across the different studies. While about 25 percent of respondents met our criteria of placing the German parties correctly on a taxes-versus-welfare-spending dimension in 2013, the number of respondents who were able to do that on the migration issue which was asked in 2017 was only about 18 percent. In 2021, the GLES rolling cross-section did not ask about party positions but about the perceived positions of the three candidates for the position of chancellor of the CDU/CSU (Laschet), the SPD (Scholz) and the Greens (Baerbock). Obviously, it is easier to place only three candidates, which explains the relatively high numbers for political knowledge measured in 2021, again on the taxes-versus-welfare-spending dimension.

Figure 1: Knowledge, learning and support for the AfD



GLES Rolling Cross Sections. Share of respondents with and without knowledge about the issue space of party positions.

Table 1: Political knowledge and learning in 2013

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
	Political knowledge 2013			Learning during campaign 2013		
Rating AfD	-0.04** (0.01)	-0.03* (0.01)	-0.03* (0.02)	-0.04* (0.02)	-0.04* (0.02)	-0.04* (0.02)
<i>Sociodemographics</i>						
Education (high)	1.10** (0.07)	0.92** (0.07)	0.87** (0.08)	0.61** (0.10)	0.54** (0.10)	0.52** (0.11)
Political interest	0.60** (0.04)	0.55** (0.04)	0.56** (0.05)	0.33** (0.06)	0.31** (0.06)	0.31** (0.06)
Age	0.06** (0.01)	0.06** (0.01)	0.07** (0.02)	0.06** (0.02)	0.06** (0.02)	0.06** (0.02)
Age^2	-0.001** (0.000)	-0.001** (0.000)	-0.001** (0.000)	-0.001** (0.000)	-0.001** (0.000)	-0.001** (0.000)
Gender (female)	-0.67** (0.07)	-0.72** (0.07)	-0.70** (0.08)	-0.45** (0.10)	-0.46** (0.10)	-0.48** (0.10)
West Germany	0.08 (0.08)	-0.00 (0.08)	-0.03 (0.09)	0.34** (0.12)	0.31** (0.12)	0.29** (0.12)
<i>Media</i>						
Tabloid (BILD)		-0.43** (0.12)	-0.36* (0.14)		-0.14 (0.17)	-0.08 (0.17)
Quality newspaper		0.36** (0.09)	0.38** (0.11)		0.11 (0.15)	0.11 (0.14)
TV news: public		0.30** (0.09)	0.17 (0.11)		0.12 (0.14)	0.13 (0.14)
TV news: commercial		-0.74** (0.09)	-0.65** (0.11)		-0.36** (0.12)	-0.34** (0.13)
Social media use		0.02 (0.12)	0.12 (0.15)		-0.05 (0.20)	-0.01 (0.20)
<i>Cognitive dispositions</i>						
Need to evaluate			-0.12** (0.04)			-0.11* (0.05)
Need for cognition			0.10** (0.03)			0.08* (0.04)
Need for cognitive closure			-0.16** (0.04)			-0.13** (0.05)
Constant	-4.54** (0.33)	-4.29** (0.35)	-3.474** (0.466)	-4.37** (0.53)	-4.20** (0.55)	-3.71** (0.60)
Observations	5639	5639	3884	3246	3246	3156
McFadden Pseudo R ²	0.14	0.16	0.16	0.05	0.06	0.06

GLES Rolling Cross Section. Displayed are coefficients of logistic regressions.

All variables are transformed to an interval from 0 to 1. Standard errors in parentheses;

+ $p < 0.10$, * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$

The difference between AfD-supporters⁶ and others was not very big in 2013, but increased substantially over the course of the three elections. In 2017, only about nine percent of AfD-supporters could correctly place the parties on the migration issue, while 17 percent of the other respondents were able to do that. In 2021, about 38 percent of AfD-supporters and 55 percent of the other respondents could place the candidates on the spending vs taxes dimension. Even though the measures were differently for the various elections, these numbers suggest that the perceptions of voters of the populist right and other voters diverged over time and the knowledge about important policy positions of political actors were very unevenly distributed in 2017 and 2021. The measure of political learning during the campaign, which we could only obtain in 2013, indicates that AfD-supporters not only knew less about the political positions of parties but also that they were less likely to learn about these positions during the election campaign: about 17 percent of the other respondents who were not able to place the parties correctly in the pre-election survey were able to place them correctly in the post-election survey. Among the AfD-supporters, this was true for only about eleven percent.

These differences between AfD-supporters and other voters may be caused by several factors: different demographics, different political interest, varying media use or different cognitive dispositions for information processing, all of which have been shown to correlate with political knowledge. In a next step, we will therefore examine these factors in combination with AfD preferences. Table 1 shows the results of logistic regression models for political knowledge and political learning in 2013.

Model 1 of table 1 shows the expected strong effects of education and gender. Additionally, we find a curvilinear association of age: political knowledge generally increases the older voters are getting, but decreases again for very old voters. We find no significant effect for East and West Germany. Model 2 adds media usage of voters. Again, we find many of the expected effects: knowledge increases for respondents reading quality newspapers and watching TV news on public broadcasts and it decreases for respondents reading a tabloid and watching news on commercial TV stations. For social media use, we find no effect. Looking at the indicators

6 Our indicator for AfD-support here is based on party ratings for the AfD. To illustrate the descriptive results, we dichotomized support into two groups, those supporting the AfD (by giving the AfD a strong positive rating: +3, +4, +5 on the eleven-point scale ranging from -5 to +5) and all others not supporting the AfD.

for cognitive dispositions in model 3, all three have the expected effects. A high need to evaluate and a high need for cognitive closure both lead to less knowledge, whereas a high need for cognition leads to more political knowledge. Interestingly, the effect of the AfD rating is very similar in all three models. Although rather small, the effect does not seem to be substantially mediated by the additional factors in models 2 and 3. We are thus confident that populist attitudes do indeed have an independent effect on political knowledge. Turning to the models of campaign learning, we find that learning in the 2013 election campaign is positively associated with education, political interest, age, being male, and being a resident of West Germany. Interestingly, media usage is less important for learning effects than for pre-election knowledge. Cognitive dispositions also had the expected effects on learning: voters with a need for closure are less likely to learn new information, voters who like to think learn more, and voters with strong opinions on many issues learn less. On top of all these factors, we still find significant negative effects for the rating of the AfD in all three models: the more positive respondents view the AfD, the less likely they learn about the positions of the parties in the campaign.

Table 2 displays the results for political knowledge in 2017 and 2021. In 2017, political knowledge is again associated with education, political interest, being older (but not very old), being male, reading a quality newspaper, and watching the news on public broadcasts and not on commercial TV. For reading a tabloid and social media use, the East/West distinction, and cognitive dispositions we find no significant effects. The rating for the AfD had a rather strong negative effect in 2017. Again, we find no indication that this effect should be ascribed to demographics, interest, media use, or cognitive dispositions as we are controlling for these factors.

Results are very similar in 2021. In addition to the effects of education, interest, age, gender, quality newspapers, and public TV news, there is also a significant effect of the need for cognitive closure: voters with a higher need for closure are less knowledgeable about the positions of the three candidates for chancellor. Controlling for all these factors, we still find a significant effect of the AfD rating: the more positive the respondents view the AfD, the less knowledgeable they are about the candidate positions on the taxes vs. spending dimension.

Table 2: Political knowledge in 2017 and 2021

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
	Political knowledge 2017			Political knowledge 2021		
Rating AfD	-0.08** (0.01)	-0.07** (0.01)	-0.08** (0.02)	-0.10** (0.01)	-0.08** (0.01)	-0.06** (0.01)
<i>Sociodemographics</i>						
Education (high)	0.47** (0.07)	0.40** (0.07)	0.39** (0.09)	0.62** (0.05)	0.58** (0.05)	0.52** (0.07)
Political interest	0.36** (0.04)	0.32** (0.04)	0.27** (0.05)	0.52** (0.0302)	0.49** (0.03)	0.44** (0.04)
Age	0.05** (0.01)	0.06** (0.01)	0.07** (0.02)	0.04** (0.01)	0.04** (0.01)	0.03* (0.01)
Age^2	-0.001** (0.000)	-0.001** (0.000)	-0.001** (0.000)	-0.001** (0.000)	-0.001** (0.000)	-0.000** (0.000)
Gender (female)	-0.52** (0.07)	-0.50** (0.07)	-0.57** (0.09)	-0.50** (0.05)	-0.50** (0.05)	-0.47** (0.07)
West Germany	-0.03 (0.08)	-0.06 (0.08)	-0.068 (0.09)	0.23** (0.06)	0.19** (0.06)	0.10 (0.08)
<i>Media</i>						
Tabloid (BILD)		-0.11 (0.11)	0.05 (0.14)		0.11 (0.21)	0.23 (0.29)
Quality newspaper		0.33** (0.08)	0.35** (0.10)		0.32** (0.08)	0.32** (0.10)
TV news: public		0.18* (0.09)	0.06 (0.11)		0.36** (0.06)	0.27** (0.08)
TV news: commercial		-0.29** (0.09)	-0.25* (0.11)		-0.17 (0.14)	-0.17 (0.19)
Social media use		0.10 (0.10)	0.14 (0.12)		0.03 (0.06)	0.11 (0.08)
<i>Cognitive dispositions</i>						
Need to evaluate			0.02 (0.04)			-0.04 (0.03)
Need for cognition			0.04 (0.03)			0.00 (0.03)
Need for cognitive closure			-0.06 (0.04)			-0.14** (0.03)
Constant	-3.61** (0.32)	-3.71** (0.34)	-3.69** (0.51)	-2.63** (0.25)	-2.70** (0.26)	-1.49** (0.39)
Observations	7354	7354	4081	6895	6895	4268
McFadden Pseudo R ²	0.06	0.06	0.06	0.10	0.10	0.09

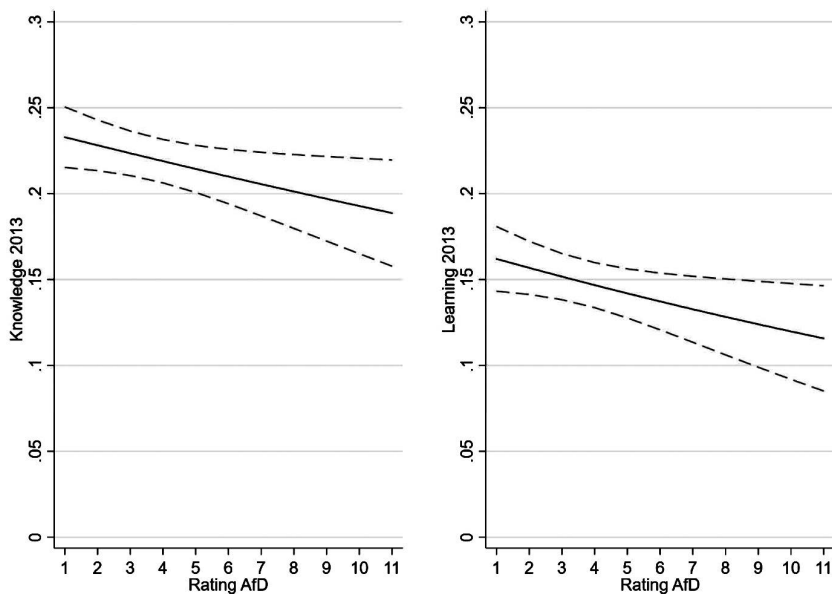
GLES Rolling Cross Sections. Displayed are coefficients of logistic regressions.

All variables are transformed to an interval from 0 to 1. Standard errors in parentheses; + $p < 0.10$, * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$

To get a better indication of the magnitude of the effects of right-wing preferences, figures 2 and 3 show the marginal effects of the AfD rating

on political knowledge and political learning across the three elections.⁷ Figure 2 indicates that for 2013 voters rating the AfD most negatively have a predicted probability of knowing about the relative party positions of about 0.23 and voters rating the AfD most positively have a predicted probability of about 0.18. The effect is similar in size for campaign learning: For those respondents rating the AfD lowest, the prediction of learning is 0.17 and for those rating the AfD highest, it is 0.12.

Figure 2: Marginal effects of right-wing support on knowledge and learning in 2013



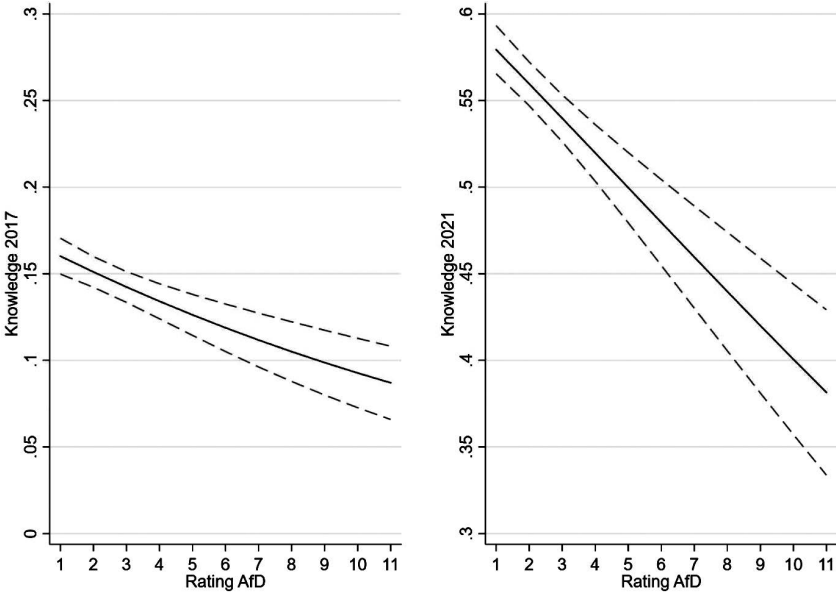
GLES Rolling Cross Section 2013. Predicted probabilities of knowledge and learning (based on models 2 and 5 of table 1).

As shown in figure 3, the magnitude of the effects was much bigger in 2017 and 2021. For 2017, the probability of knowing the relative party positions

7 The predictions are made based on models 2 and 5 of tables 1 and 2 – with other covariates fixed at their means. We chose models 2 and 5 here because they include all respondents of the pre-election wave. Models 3 and 6 which include only those respondents participating in both the pre-election and the post-election wave, however, show an almost identical picture.

on the migration issue decreases from 0.16 to 0.08 depending on the favorability of the AfD rating. For 2021, the probability of knowing the relative candidate positions on the taxes versus spending dimension decreases from 0.58 to 0.38. While the effects of the AfD rating were thus only modest in 2013, they were quite substantial in 2017 and 2021: in total, voters strongly favoring the AfD were only about half as knowledgeable as voters strongly opposing the AfD. Populist political orientations are thus rather strongly associated with citizens' knowledge of politics and their ability to reconstruct a realistic map of the political world. This holds true even when we control for a comprehensive set of other correlates of political knowledge. Political perceptions of right-wing voters were rather distorted – and became more so over the course of the three elections. One possible reason for that trend could be the development of the AfD: Throughout the three elections, the party became more extreme both in its anti-establishment rhetoric and its policies. Mirroring this development, its supporters may have turned away from mainstream politics.

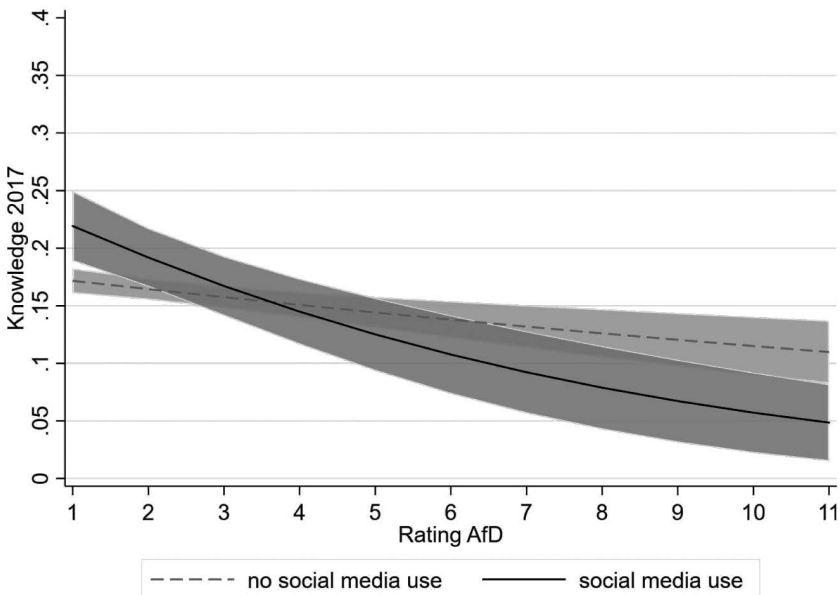
Figure 3: Marginal effects of right-wing support on knowledge in 2017 and 2021



GLES Rolling Cross Section 2017 and 2021. Predicted probabilities of knowledge (based on models 2 and 5 of table 2).

Finally, we take an exploratory look at the possible moderation of right-wing populist support by social media use and cognitive dispositions for closure. Figure 4 shows the effect of the rating of the AfD on political knowledge dependent on whether one uses social media for political information (the interaction effect was calculated based on model 2 in table 2 and is only shown graphically here). For 2017, we find a substantial moderation for social media use: support for the AfD had a much stronger negative effect for those using social media than for those using no social media. In contrast to the overall null effect of social media in 2017, shown in table 2, for voters with very positive views of the AfD, figure 4 shows negative effects of social media. Apparently, social media use had only negative effects in 2017 if voters had right-wing orientations. As we calculated the same interaction for 2013 and 2021 and found much smaller effects, this finding can only be interpreted as indicative of a possible moderation.

Figure 4: Interaction effects AfD rating and social media use on political knowledge



GLES Rolling Cross Section 2017. Interaction of AfD rating and social media on political knowledge.

5. Conclusion

If elections are supposed to be about the political direction of a country and about how important issues in a society are settled, it would be helpful for citizens to know about the various stances of parties and candidates in order to signify their preferences. In this study, we have examined such issue stance knowledge and its predictors for the German electorate in the last three federal elections. The analysis revealed that knowledge about the relative positions of parties on important issues like taxes and welfare or migration is very far from being a given. Many voters do not have this knowledge when they make up their minds before an election. Among the strongest factors in our analysis contributing to knowing about relative issue positions are education and political interest. Voters with more education and a stronger interest have more capacity and motivation to learn about issue positions of parties and candidates.

Information flows from mass media play another important role: reading quality newspapers and watching the news on public broadcasts increase knowledge, while watching the news on commercial TV channels decreases knowledge. These results are consistent in all three election studies. The findings on reading the German tabloid “Bild” are less consistent, a strong negative effect is only found for the 2013 federal election. Overall, our results on information flows are, however, very clear: even when controlling for demographics, interest, and education, consumption of high-quality media is quite beneficial for voters. Media content does matter. For social media use, we found no clear pattern. Given the potentially quite diverse nature of social media content, an overall measure of social media is probably too broad to capture important quality differences. Acquiring political knowledge also depends on cognitive dispositions of processing information. We found that looking at these individual differences may enhance explanations of political knowledge: voters with a high *need for cognition* tend to have more political knowledge and voters with a high *need for cognitive closure* as well as *need to evaluate* tend to know less. For the three elections, the effect of *need for cognitive closure* is most consistent: when voters mainly try to maintain a closed worldview, they are more likely to be ill-informed about the actual issue stances of parties and candidates.

It is quite remarkable that right-wing populist support adds to all these variables in explaining political knowledge. Even when we extensively control for interest, education, media use, and cognitive dispositions, right-wing preferences have a substantial negative effect on knowledge. The more

voters are in support of the AfD, the less they know. This finding contributes to the growing international literature on associations between right-wing populist attitudes and lower political knowledge (e.g. Zhuravskaya et al. 2020, Baptista/Gradim 2022). As discussed above, the literature so far is not that clear about the direction of the relationship. Both seem plausible: voters with little political knowledge may get more attracted by right-wing populist messages and actors. Supporting these parties and actors may also lead voters to trust their messages, disregarding other political information, and get less knowledgeable about politics over time. For our cross-sectional results, we cannot discern the direction either. Our results on learning in the 2013 election, however, point to some support of the second mechanism: Voters with preferences for the AfD learned less about the issue stances of parties during the election campaign than other voters, again extensively controlling for other contributing factors for learning. Apparently, it is not only that right-wing populist parties are more appealing to less knowledgeable voters, but also that those voters are getting relatively less knowledgeable – even when there is plenty of information during an election campaign. Both mechanisms together may lead to a vicious circle of right-wing populist parties and voters reinforcing their misconceptions and (wrong) perceptions about the political world, leaving right-wing supporters less and less knowledgeable about the options they are facing at election time. Interestingly, our results also show that the effect of right-wing political orientations increased over time. In 2021, differences between AfD supporters and others were much more pronounced than in 2013. As the AfD got more extreme over time, we found that its supporters also became less knowledgeable. Finally, we looked exploratively into possible moderation effects and found some evidence that the negative effects of right-wing preferences on political knowledge may be amplified by the use of social media. These findings are only a first step to understanding the mechanisms of how political orientations translate into different levels of political knowledge. Future research needs to look more thoroughly at these mechanisms.

If voters cannot differentiate between issue stances of parties and leaders and misconceive where they stand on important political issues, it becomes harder for them to make sense of elections, government formation, and policy decisions. Consequently, they might also get more frustrated with politics. Right-wing populists may use this development strategically and reinforce the feeling that other “mainstream” parties are all the same, blurring the differences of competitors and thereby fostering political ignorance

among their supporters. Voters not knowing what they do (cf. Schmitt-Beck 1993) cannot be good for democracies. And voters' perceptions and misperceptions of the political issue space drifting further apart – depending on the political orientations of voters – is probably not good news either.

References

- Allcott, Hunt, Matthew Gentzkow and Chuan Yu. (2019) Trends in the diffusion of misinformation on social media, in: *Research & Politics* 6(2).
- Alvarez, Richard M. (1997). *Information and elections*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Ansolabehere, Stephen and Shanto Iyengar (1995). *Going Negative: How Attack Ads Shrink and Polarize the Electorate*. New York: Free Press.
- Arceneaux, Kevin (2005). Do Campaigns Help Voters Learn? A Cross-National Analysis, in: *British Journal of Political Science* 36(1): 159-173.
- Baptista, Joao Pedro and Anabela Gradim (2022). Who Believes in Fake News? Identification of Political (A)Symmetries, in: *Social Sciences*, 11(460).
- Barabas, Jason and Jennifer Jerit (2009). Estimating the Causal Effects of Media Coverage on Policy-Specific Knowledge, in: *American Journal of Political Science* 53(1): 73-89.
- Bartels, Larry M. (1993). Messages Received: The Political Impact of Media Exposure, in: *American Political Science Review* 87(2): 267–85.
- Bartels, Larry. M. (1988). *Presidential primaries and the dynamics of public choice*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Berelson, Bernard R. (1952). Democratic Theory and Public Opinion, in: *Public Opinion Quarterly* 16(3): 313-330.
- Berelson, Bernard R., Paul F. Lazarsfeld and William N. McPhee (1954). *Voting: A Study of Opinion Formation in a Presidential Campaign*. Chicago: University of Chicago Press.
- Bizer, George Y., Jon A. Krosnick, Allyson L. Holbrook, Christian Wheeler, Derek D. Rucker and Richard E Petty (2004). The Impact of Personality on Cognitive, Behavioral, and Affective Political Processes: The Effect of Need to Evaluate, in: *Journal of Personality* 72(5): 995-1028.
- Bode, Leticia (2016) Political news in the news feed: Learning politics from social media, in: *Mass communication and society* 19(1): 24-48.
- Brians, Craig L. and Martin P. Wattenberg (1996). Campaign Issue Knowledge and Salience: Comparing Reception from TV Commercials, TV News, and Newspapers, in: *American Journal of Political Science* 40(1): 172–93.
- Cacciatore, M. A., S.K. Yeo, D. Scheufele, M. A. Xenos, D. Brossard and E.A. Corley (2018). Is Facebook making us dumber? Exploring social media use as a predictor of political knowledge, in: *Journalism & mass communication quarterly* 95(2): 404-424.
- Cacioppo, John T. and Richard E. Petty (1984). The efficient assessment of need for cognition, in: *Journal of Personality Assessment* 48(3): 306-307.

- Cacioppo, John T., Richard E. Petty, Jeffrey A. Feinstein and W. Blair Jarvis (1996). Dispositional differences in cognitive motivation: The life and times of individuals varying in need for cognition, in: *Psychological Bulletin* 119(2): 197–253.
- Campbell, James E. and James C. Garand (1999). *Before the Vote: Forecasting American National Elections*. California, Thousand Oaks: Sage Publications.
- Castanho Silva, Bruno, Federico Vegetti and Levente Littvay (2017) The elite is up to something: Exploring the between populism and belief in conspiracy theories, in: *Swiss political science review* 23(4): 423–443.
- Chaffee, Steven and Stacey F. Kanihan (1997). Learning about politics from the mass media, in: *Political Communication* 14(4): 421–430.
- Dahl, Robert A. (1971). *Polyarchy. Participation and Opposition*. New Haven: Yale University Press.
- De Vreese, Claes and Hajo G. Boomgaarden (2006). Media message flows and interpersonal communication – The conditional nature of effects on public opinion, in: *Communication Research* 33(1): 19–37.
- Delli Carpini, Michael X. and Scott Keeter (1996). *What Americans Know About Politics and Why It Matters*. New Haven: Yale University Press.
- Dolan, Kathleen (2011). Do Women and Men Know Different Things? Measuring Gender Differences in Political Knowledge, in: *The Journal of Politics* 73(1): 97–107.
- Druckman James N. (2003). Media Matter: How Newspapers and Television News Cover Campaigns and Influence Voters, in: *Political Communication* 22(4): 463–481.
- Eveland, William, Andrew F. Hayes, Dhavan V. Shah and Nojin Kwak (2005). Understanding the Relationship Between Communication and Political Knowledge: A Model Comparison Approach Using Panel Data, in: *Political Communication* 22(4): 423–446.
- Farrell, David M and Rüdiger Schmitt-Beck (2002). *Do Political Campaigns Matter? Campaign Effects in Elections and Referendums*. London: Routledge.
- Finkel, Steven E. (1993). Re-examining the “Minimal Effects” Model in Recent Presidential Campaigns, in: *Journal of Politics* 55(1): 1–21.
- Fording, Richard C. and Sanford F. Schram (2017) The cognitive and emotional sources of Trump support: The case of low-information voters, in: *New Political Science* 39(4): 670–686.
- Fraile, Marta (2011). Widening or reducing the knowledge gap? Testing the media effects on political knowledge in Spain (2004–2006), in: *International Journal of Press/Politics* 16(2): 163–184.
- Fraile, Marta (2014). Do information-rich contexts reduce knowledge inequalities? The contextual determinants of political knowledge in Europe, in: *Acta Politica* 48: 119–143.
- Frazer, Elizabeth and Kenneth Macdonald (2003). Sex Difference in Political Knowledge in Britain, in: *Political Studies* 51(1): 67–83.
- Gallina, Marta, Pierre Baudewyns and Jonas Lefevere (2020) Political Sophistication and Populist Party Support: The Case of PTB-PVDA and VB in the 2019 Belgian Elections, in: *Politics of the Low Countries* 2(2): 266–289.

- Gelman, Andrew and Gary King (1993). Why are American Presidential Election Campaign Polls So Variable When Votes Are So Predictable?, in: *British Journal of Political Science* 23(4): 409–51.
- Graber, Doris A. (2004). Mediated Politics and Citizenship in the Twenty-First Century, in: *Annual Review of Psychology* 55(1): 545–71.
- Holbrook, Thomas M. (2006). Cognitive Style and Political Learning in the 2000 U.S. Presidential Campaign, in: *Political Research Quarterly* 59: 343–352.
- Huber, Sascha. (2013). Politisches Lernen im Wahlkampf bei der Bundestagswahl 2009, in: Faas, Thorsten, Kai Arzheimer, Sigrid Roßteutscher and Bernhard Weißels (eds.). *Koalitionen, Kandidaten, Kommunikation. Analysen zur Bundestagswahl 2009*. Wiesbaden: Springer VS: 173–198.
- Jarvis, Blair and Richard Petty (1996). The need to evaluate, in: *Journal of Personality and Social Psychology* 70(1): 172–194.
- Jolly, Seth, et al. (2022) Chapel Hill expert survey trend file, 1999–2019, in: *Electoral Studies* 75(1): 102420.
- Jordan, Jason (2022). The strategic ambiguity of the radical right: A study of the Danish People's party, in: *Party Politics*, Online First, <https://doi.org/10.1177/13540688221136819>.
- Kruglanski, Arie, Donna M. Webster and Adena Klem (1993). Motivated resistance and openness to persuasion in the presence or absence of prior information, in: *Journal of Personality and Social Psychology* 65(5): 861–876.
- Lachat, Richard and Pascal Sciarini (2002). When do election campaigns matter, and to whom? Results from the 1999 Swiss election panel study, in: Farrell, David M and Rüdiger Schmitt-Beck (eds.). *Do Political Campaigns Matter? Campaign Effects in Elections and Referendums*. London: Routledge: 41–57.
- Lazarsfeld, Paul, Bernard Berelson and Hazel Gaudet (1944). *The People's Choice. How the Voter Makes Up his Mind in a Presidential Campaign*. New York: Columbia University Press.
- Lee, Sangwon and Michael Xenos (2019). Social distraction? Social media use and political knowledge in two US Presidential elections, in: *Computers in human behavior* 90(1): 18–25.
- McAllister, Ian (2007). The Personalization of Politics, in: Dalton, Russell J. and Hans-Dieter Klingemann (eds.). *Oxford Handbook of Political Behavior*. Oxford: Oxford University Press: 571–584.
- Miller, William L. (1990). *How Voters Change: The 1987 British Election Campaign in Perspective*. Oxford: Oxford University Press.
- Milner, Henry (2020). Populism and Political Knowledge: The United States in Comparative Perspective, in: *Politics and Governance* 8(1): 226–238.
- Mondak, Jeffrey and Mary R. Anderson (2004). The Knowledge Gap: A Reexamination of Gender-Based Differences in Political Knowledge, in: *Journal of Politics* 66(2): 492–512.
- Norris, Pippa and David Sanders (2003). Message or Medium? Campaign Learning During the 2001 British General Election, in: *Political Communication* 20(3): 233–62.

- Patterson, Thomas E. and Robert D. McClure (1976). *The Unseeing Eye: The Myth of Television Power in National Politics*. New York: Putnam.
- Perloff, Richard M. (1999). The Third-Person Effect: A Critical Review and Synthesis, in: *Media Psychology* 1(4): 353-378.
- Poguntke, Thomas and Paul Webb (2005). *The Presidentialization of Politics. A Comparative Study of Modern Democracies*. Oxford: Oxford University Press.
- Prior, Markus (2005). News vs. Entertainment: How Increasing Media Choice widens Gaps in Political Knowledge and Turnout, in: *American Journal of Political Science* 49(3): 557-592.
- Rhodes, Samuel C. (2022). Filter bubbles, echo chambers, and fake news: how social media conditions individuals to be less critical of political misinformation, in: *Political Communication* 39(1): 1-22.
- Riker, William H. (1986). *The Art of Political Manipulation*. New Haven: Yale University Press.
- Sabato, L. J., Mark Stencel and S. Robert Lichter (2000). *Peep show: Media and politics in an age of scandal*. Lanham, MD: Rowman & Littlefield.
- Schmitt-Beck, Rüdiger (1993) Denn sie wissen nicht, was sie tun... Zum Verständnis des Verfahrens der Bundestagswahl bei westdeutschen und ostdeutschen Wählern, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 24(3): 393-415.
- Schmitt-Beck Rüdiger (2002). *Politische Kommunikation und Wählerverhalten: Ein internationaler Vergleich*. Wiesbaden: Westdt. Verl.
- Shepsle, Kenneth A. (1972). The Strategy of Ambiguity: Uncertainty and Electoral Competition, in: *American Political Science Review* 66(2): 555-568.
- Sigelman, L. and David Bullock (1991). Candidates, issues, horse races, and hoopla: Presidential campaign coverage, 1888–1988, in: *American Politics Quarterly* 19(1): 5-32.
- Stanley, Ben and Mikołaj Cześnik (2021). Uninformed or informed populists? The relationship between political knowledge, socio-economic status and populist attitudes in Poland, in: *East European Politics* 38(1): 43-60.
- Stevenson, Randolph and Lynn Vavreck (2000). Does Campaign Length Matter? Testing for Cross-National Effects, in: *British Journal of Political Science* 30(2): 217-235.
- Tichenor, Philip, George A. Donohue and Calice A. Olien (1970). Mass Flow and Differential Growth in Knowledge, in: *Public Opinion Quarterly* 34(2): 149-170.
- Tomz, Michael and Robert P. van Houweling (2009). The Electoral Implications of Candidate Ambiguity, in: *American Political Science Review* 103(1): 83-98.
- van Deth, Jan W. 2013. *Comparative Politics: The Problem of Equivalence*. Colchester: ECPR Press.
- van Kessel, Stijn, Javier Sajuria and Steven M. van Hauwaert (2021). Informed, uninformed or misinformed? A cross-national analysis of populist party supporters across European democracies, in: *West European Politics*, 44(3): 585-610.
- Verba, Sidney, Nancy Burns and Kay Lehman Schlozman (1997). Knowing and Caring About Politics: Gender and Political Engagement, in: *Journal of Politics* 59(4): 1051-57.

- Viswanath, Kasisomayajula and John R. Finnegan (1996). The Knowledge Gap Hypothesis: Twenty-Five Years later, in: Brant Burleson (ed.). *Communication Yearbook*. Thousand Oaks: Sage: 187-227.
- Weaver, David. and Dan Drew (1993). Voter learning in the 1990 off-year election: Did the media matter?, in: *Journalism Quarterly* 70(2): 356–368.
- Westle, Bettina (2020) Schützt politisches Wissen vor Populismus?, in: Tausendpfund, Markus and Bettina Westle (eds.) *Politisches Wissen in Deutschland: Empirische Analysen mit dem ALLBUS 2018*. Springer VS: 199-244.
- Zaller, John R. (1992). *The Nature and Origins of Mass Opinion*. New York: Cambridge University Press.
- Zhuravskaya, Ekaterina, Maria Petrova and Ruben Enikolopov (2020). Political effects of the internet and social media, in: *Annual review of economics* 12(1): 415-438.

„The Times They are A-changin“, lineare Trends oder Muster in der Fernsehberichterstattung über KanzlerkandidatInnen

Mona Krewel, Ansgar Wolsing

1. Einleitung

In der Forschung zur politischen Kommunikation dominierte lange Zeit die Annahme linearer Trends in Wahlkämpfen über Zeit. Spätestens seit Gerhard Schröders KAMPA 1998 konnte man in den Medien, aber auch in politik- und kommunikationswissenschaftlichen Betrachtungen nach jeder Wahl lesen, dass Wahlkämpfe kontinuierlich amerikanischer oder moderner würden – sowohl auf Seiten der Parteien und der Medien als auch der WählerInnen. Schlagworte, die im Zuge dieser Wahlkampfdiagnosen hinsichtlich eines Wandels der Medienberichterstattung die Runde machten, waren neben den übergreifenden Thesen von einer Amerikanisierung bzw. Modernisierung des Wahlkampfs, vor allem eine Personalisierung einschließlich eines zunehmenden Horse-Racings zwischen den KandidatInnen bei gleichzeitiger Entpolitisierung der Berichterstattung. KandidatInnen würden im Vergleich zu Themen in den Medien zunehmend wichtiger und von JournalistInnen vor allem unter Einsatz von Sportvokabular direkt miteinander verglichen. Oft wurde auch eine wachsende Negativität der Wahlkampfberichterstattung diagnostiziert, die zumindest teilweise auf ein gestiegenes „Negative Campaigning“ auf Seiten der KandidatInnen und Parteien zurückgeführt wurde.

Hinsichtlich der oben genannten Annahmen, die sich zu einem nicht unerheblichen Teil auf eine Veränderung der Berichterstattung über KandidatInnen im Zeitverlauf beziehen, blieb es in der Wahlkampfforschung jedoch größtenteils bei ungeprüften Catch-All-Terms und Hypothesen, da einer schier endlosen Welle an Publikationen zu diesem Themen nur wenige longitudinale Medienuntersuchungen gegenüberstanden, die in der Lage gewesen wären, diese Trendthesen zu prüfen und die Berichterstattung über KanzlerkandidatInnen tatsächlich im Zeitverlauf zu betrachten. Die meisten Untersuchungen, die diese Schlagworte bemühten, beließen es bei der Betrachtung einzelner Wahlkämpfe. Marcinkowski (1996, S. 211) illustriert die Notwendigkeit von Vergleichen über Zeit dagegen treffend,

wenn er schreibt: „Obwohl viele ... Aussagen im beliebten Paradigma des ‚Immer-Mehrismus‘ formuliert werden und von daher grundsätzliche („historische“) Trends implizieren, wurden zu ihrer Illustration häufig Bestandsgrößen herangezogen. Für den wissenschaftlich exakten Nachweis von Strukturwandel benötigt man aber offensichtlich Fließgrößen, also Daten im Zeitreihenformat.“ Ähnlich formulierte Wilke (2000, S. 79): „Mehrere Bundestagswahlen in die Analyse einzubeziehen, das geschieht bisher nur in Ausnahmefällen.“

Zu den Ausnahmen, die Langzeituntersuchungen über KanzlerkandidatInnen in der Medienberichterstattung in deutschen Wahlkämpfen vorgelegt haben, müssen vor allem Leidecker-Sandmann et al. (2023) gezählt werden, die die Bundestagswahl 2021 im Spiegel von 72 Jahren Presseberichterstattung über KanzlerkandidatInnen analysieren und auf frühere Studien von Wilke und Leidecker (2010) bzw. Leidecker-Sandmann und Wilke (2015, 2016, 2019), ebenso wie Reinemann und Wilke (2000, 2007) bzw. Wilke und Reinemann (2001, 2003) rekurrieren. Aber auch Zeh et al. (2023) müssen hier erwähnt werden, welche die Fernsehberichterstattung über KanzlerkandidatInnen zur Bundestagswahl 2021 im Lichte ihrer seit den 1990er Jahren in leicht veränderter AutorInnenzusammensetzung und mit zum Teil variierender methodischer Herangehensweise durchgeführten inhaltsanalytischen Studien über KanzlerkandidatInnen im Fernsehen betrachten (zu den früheren Studien, aus denen diese Daten hervorgingen, obgleich nicht alle longitudinal, siehe vor allem Hagen et al. (1998), Schulz/Zeh (2003, 2004, 2006, 2010), Schulz et al. (1994), Zeh (2005), Zeh/Hopmann (2013), Zeh/Schulz (2005, 2015, 2019)). Schließlich müssen hier zudem Schäfer und Schmidt (2016) erwähnt werden, die sich zwar nicht auf KanzlerkandidatInnen im Speziellen konzentrieren und lediglich die Bundestagswahlen 2005 bis 2013 analysieren, allerdings explizit die These einer Amerikanisierung der Fernsehnachrichten im Untersuchungszeitraum prüfen.

In Anbetracht dieser überschaubaren Zahl von Studien bleibt jedoch fraglich, ob es tatsächlich langfristige partei-, rollen- und kandidatenübergreifende lineare Trends gibt oder ob die Wahlkampfberichterstattung vielmehr von stabilen Mustern geprägt ist, die beispielsweise auf die Parteizugehörigkeit der KanzlerkandidatInnen oder auch ihre Rolle als AmtsinhaberIn respektive HerausforderIn zurückzuführen sind. Oder ist es vielmehr so wie in Bob Dylans „The Times They are A-changin“, einem Song, in dem jede Zeile des Textes eine andere Geschichte erzählt, und sich die Wahlkampfberichterstattung von Wahlkampf zu Wahlkampf unterscheidet

und vor allem von den Kontextbedingungen und der Persönlichkeit der KandidatInnen bestimmt wird?

Im nachfolgenden Kapitel gehen wir dieser Frage basierend auf longitudinalen inhaltsanalytischen Daten zur Fernsehberichterstattung in den Wahlkämpfen zwischen 2005 und 2017 nach, die von Rüdiger Schmitt-Beck erhoben wurden und der gesamten Profession dankenswerterweise heute über GESIS uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Wir nutzen demnach dieselben Daten wie Schäfer und Schmidt (2016), erweitern die Zeitreihe jedoch um eine weitere Wahl und fokussieren uns im Speziellen auf die Berichterstattung über KanzlerkandidatInnen. Darüber hinaus geht es uns im Unterschied zu den vorgenannten AutorInnen nicht bloß um eine Prüfung der Amerikanisierungs- bzw. Modernisierungsthese. Stattdessen untersuchen wir die Frage, in welches der in der Politik- und Kommunikationswissenschaft gängigen Erklärungsmuster sich die Wahlkampfberichterstattung über KanzlerkandidatInnen am ehesten einordnen lässt:

- (a) das der linearen Trends im Sinne einer Amerikanisierung bzw. Modernisierung der Wahlkampfberichterstattung,
- (b) das der stabilen Muster, welche journalistische Selektionskriterien, Arbeitsroutinen und Heuristiken widerspiegeln (vor allem Parteienbias, Amtsinhaberbonus), oder
- (c) „The Times They are A-changin“, das unterstellt, dass jeder Wahlkampf anders ist und von Kontext und KandidatenInnenpersönlichkeiten geprägt wird?

2. Theoretischer Hintergrund: Lineare Trends, stabile Muster oder Kontextabhängigkeit in der Wahlkampfberichterstattung?

Entwicklungen in Wahlkämpfen über Zeit wurden zwischen Ende der 1990er Jahre und Mitte der 2010er Jahre vor allem unter den Schlagworten einer Amerikanisierung bzw. Modernisierung von Wahlkämpfen diskutiert (Krewel 2017, 2020). Mehrheitlich wurde Amerikanisierung dabei als die Annäherung außeramerikanischer Wahlkämpfe an Wahlkämpfe in den USA verstanden (Schoen 2005; Schulz 1997). Schnell zog der Begriff aber wissenschaftliche Kritik auf sich, vor allem, weil er die Ursachen der beobachteten Veränderungen nicht erfasse, da die Gründe für die konstatierten Entwicklungen in Parteienkampagnen, Wahlkampfberichterstattung und WählerInnenverhalten in außeramerikanischen Wahlkämpfen nicht in den USA zu sehen seien, sondern auf endogene Ursachen zurückzuführen wä-

ren. Hierbei handele es sich vor allem um einen gesellschaftlichen Wandel, der die USA lediglich früher erfasst habe, von dem letztlich aber alle modernen Gesellschaften betroffen seien (Schulz 1997). Der Auslöser für die beobachteten Veränderungen in Wahlkämpfen sei somit diesseits wie jenseits des Atlantiks derselbe: eine gesellschaftliche Modernisierung (Kamps 2000), weshalb man es in Anlehnung daran für gerechtfertigt hielt, von einer Modernisierung des Wahlkampfs zu sprechen (Krewel 2017, 2020), weil sich der Wahlkampf diesen Veränderungen letztlich bloß angepasst habe (Wagner 2005).

Unabhängig davon, welchem dieser beiden Begriffe man sich in dieser, die politische Kommunikationsforschung fast zwei Dekaden lang beschäftigenden Debatte, letztlich anschloss, konstatierten die meisten AutorInnen recht ähnliche Merkmale, die mit dieser Entwicklung einhergingen. Alle beschrieben langfristigen, linearen Trends die größtenteils auf das Suffix “-ierung” endeten und konsequenterweise empirisch somit nur in Langzeituntersuchungen untersucht werden können, da sie eine temporale Dimension beinhalten, wobei dies den nur einen einzigen Wahlkampf umfassenden Betrachtungen, die stets feststellten, dass der betreffende Wahlkampf noch amerikanischer oder moderner gewesen sei, jedoch keinen Abbruch tat.

Auf Seiten der Medienberichterstattung in Wahlkämpfen gehörte zu den konstatierten Veränderungen und Merkmalen einer Amerikanisierung bzw. Modernisierung vor allem eine Personalisierung (Radunski 1980, 1996; Schulz 1997; Clemens 1998; Müller 1999; Bieber 2000; Holtz-Bacha 2000; Kamps 2000; Marschall 2000; Meckel/Scholl 2000; Rössler/Meinzolt 2000; Strünck 2000; Geisler/Sarcinelli 2002; Holtz-Bacha 2002; Schoen 2005), welche als Konsequenz des Einzugs des Fernsehens in moderne Wahlkämpfe gesehen wurde. Das Fernsehen muss Themen visualisieren und dafür braucht es Köpfe. PolitikerInnen und insbesondere SpitzenkandidatInnen rücken somit in den Mittelpunkt der Wahlkampfberichterstattung (Schoen 2005).

Aus Sicht vieler AutorInnen ist die Personalisierung der Berichterstattung dabei eng mit einer Entpolitisierung verbunden (Schulz 1998), weil politische Inhalte hinter die KandidatInnen zurücktreten (Kamps 2000).

Eine besondere Form der Personalisierung stellt außerdem der KandidatInnenwettstreit oder das „Horse-Race“ dar (Schulz 1997; Weischenberg 1998; Müller 1999). Verstanden wird hierunter die Inszenierung des Wahlkampfs als Duell zwischen den beiden SpitzenkandidatInnen (Schulz 1997). Die Medien nutzen zunehmend Vokabular aus dem Sportbereich, um die Auseinandersetzung zwischen den KandidatInnen zu einem Kopf-

an-Kopf-Rennen zu stilisieren und auf diese Weise Spannung in ihre Berichterstattung über den Wahlkampf zu bringen (Plasser 2000).

Schließlich wird außerdem eine Zunahme der Negativität in der Wahlkampfberichterstattung vermutet, die sich aus einem steigenden „Negative Campaigning“ auf Seiten der politischen Akteure ergibt. Unter „Negative Campaigning“, das für die politischen Akteure vor allem den Zweck erfüllt, Aufmerksamkeit zu generieren (Holtz-Bacha 2001), werden dabei in der Regel alle Formen des Angriffs auf den politischen Gegner verstanden (Walter/Vliegenthart 2010). Da Negativität zudem einen Nachrichtenwert besitzt und die Medien bevorzugt über negative Ereignisse berichten (Galtung/Ruge 1965), spiegelt sich eine Zunahme des Angriffswahlkampfes in modernen Wahlkämpfen, auch in der Medienberichterstattung.

Neben den oben genannten Merkmalen gibt es eine Reihe weiterer Charakteristika, die mit der Amerikanisierung bzw. Modernisierung von Wahlkämpfen in Verbindung gebracht werden. Diese Merkmale sind jedoch stärker mit der Seite der politischen Akteure und den von ihnen geführten Kampagnen verbunden als mit der Seite der Medien, weshalb wir auf diese Veränderungen hier nicht weiter eingehen.

Auf der anderen Seite haben viele Untersuchungen der Medienberichterstattung in Wahlkämpfen im Gegensatz zu diesen mit der Amerikanisierungs- bzw. Modernisierungsthese verbundenen Wachstumstrends darüber hinaus wiederkehrende Muster in der Berichterstattung identifiziert. Hierzu muss vor allem der sogenannte Amtsbonus gezählt werden, der darin zum Ausdruck kommt, dass über AmtsinhaberInnen häufiger berichtet wird und sie somit generell sichtbarer in der Medienberichterstattung sind als HerausforderInnen. Der Amtsbonus resultiert dabei aus der Tatsache, dass JournalistInnen nicht über alles und jede und jeden in gleichem Maße berichten können, sondern gezwungen sind, Auswahlentscheidungen zu treffen. Diesen Auswahlentscheidungen liegen dabei die oben bereits erwähnten Nachrichtenwertfaktoren zugrunde und je mehr dieser Faktoren Themen oder KandidatInnen auf sich vereinen, desto größer sind die Chancen, dass über sie berichtet wird (Schulz 2015). Die Prominenz, welche sich im Amt des Bundeskanzlers bzw. der Bundeskanzlerin zum Ausdruck kommt, ist einer dieser Nachrichtenwertfaktoren und begünstigt damit AmtsinhaberInnen in der Berichterstattung (Galtung/Ruge 1965). Andere stabile Muster in der Berichterstattung könnten darüber hinaus in der unterschiedlichen Behandlung verschiedener Parteien bestehen und über bestimmte Parteien und ihre KandidatInnen könnte häufiger und möglicherweise auch vorteilhafter berichtet werden als über andere Partei-

en. Medienberichterstattung ist in diesem Sinne oftmals nicht wertfrei, sondern weist Verzerrungen zugunsten bestimmter politischer Akteure auf, die auch als Medienbias bezeichnet werden (Eberl 2020).

Schließlich haben einige Autoren darauf verwiesen, dass sich langfristige Trends in der Wahlkampfberichterstattung entgegen der Amerikanisierungs- und Modernisierungsthese nicht finden ließen und stattdessen jeder Wahlkampf anders sei. Dementsprechend schreiben beispielsweise Schäfer und Schmidt (2016, S.120): „Die Entwicklungen über die Wahlkämpfe hinweg deuten auf starke Einflüsse der Umstände der jeweiligen Kampagnen und des politischen Angebots auf die Fernsehberichterstattung. Eine Konzentration auf den Wettbewerbscharakter der Wahl findet statt, wenn diese als besonders spannend wahrgenommen wird. Eine personalisierte Darstellung ist wahrscheinlich, wenn sich die Kandidaten dazu eignen, weil sie beispielsweise schon in der Parteikampagne prominent hervorgehoben werden.“

3. *Datengrundlage und methodische Herangehensweise*

Dank einer extrem guten Datenlage für Deutschland können wir analysieren, ob sich tatsächlich so etwas wie langfristige kandidaten-, rollen-, und parteienübergreifende lineare Trends in der Fernsehberichterstattung über KanzlerkandidatInnen beobachten lassen, oder ob die Wahlkampfberichterstattung über KanzlerkandidatInnen eher vom Kontext einzelner Wahlen und KandidatenInnenpersönlichkeiten geprägt war. Es besteht zudem die Möglichkeit, dass die Wahlkampfberichterstattung in erster Linie Faktoren wie die Rolle der KandidatInnen als AmtsinhaberInnen versus HerausforderInnen genauso wie ihre Parteizugehörigkeiten widerspiegelt und kein lineares Wachstum bestimmter Charakteristika der Berichterstattung zeigt, die gemeinhin mit einer Modernisierung von Wahlkämpfen assoziiert werden. Vor allem rollen- und parteiegebundene Muster würden dafür sprechen, dass die Wahlkampfberichterstattung in erster Linie ein Spiegel weitgehend stabiler journalistischer Selektionskriterien, Heuristiken und Arbeitsroutinen ist.

Unsere Analyse stützt sich auf inhaltsanalytische Daten der Fernsehberichterstattung, die im Rahmen der durch die DFG geförderten Projekte „Kampagnendynamik – Mobilisierende und persuasive Effekte von Fernsehnachrichten auf Wähler während der Bundestagswahl 2005“ (Schmitt-Beck et al. 2010) und „German Longitudinal Election Study (GLES)“ (Roß-

teutscher et al. 2018; Rattinger et al. 2015, 2018) unter der Leitung von Rüdiger Schmitt-Beck an der Universität Mannheim durchgeführt wurden. Der Zeitraum, den diese inhaltsanalytischen Studien abdecken, erstreckt sich von 2005 bis 2017 und umfasst daher vier Bundestagswahlen, was es uns erlaubt, die Berichterstattung über KanzlerkandidatInnen in den deutschen Medien tatsächlich longitudinal zu untersuchen.

Die drei späteren inhaltsanalytischen Datensätze der GLES von 2009 bis 2017 weisen eine hohe inhaltliche Übereinstimmung hinsichtlich der erhobenen Variablen mit dem Datensatz des Kampagnendynamik-Projekts von 2005 auf, so dass wir diese für unsere Analysen kumulieren können. Alle vier Datensätze stellen Vollerhebungen der Hauptnachrichtensendungen der reichweitenstärksten deutschen Fernsehsender dar. Die Samples dieser Studien können daher als vergleichbar betrachtet werden. Die inkludierten Sender (ARD, ZDF, RTL und SAT.1) repräsentieren dabei zwei öffentlich-rechtliche und zwei private Fernsehsender. Basierend auf einer Vielzahl von inhaltsanalytischen Studien ist anzunehmen, dass sie zudem sämtliche politischen Tendenzen (links/rechts) in der Berichterstattung abdecken sollten und somit das volle publizistische Spektrum abbilden. Bei den analysierten Hauptnachrichtensendungen der jeweiligen Sender handelt es sich in allen Wahlkampfjahren um die Tagesschau (ARD), Heute (ZDF), RTL Aktuell (RTL) und SAT.1 Nachrichten (SAT.1). Im Bundestagswahlkampf 2005 betrug der Analysezeitraum 65 Tage vom 15.07.2005 bis zum 17.09.2005. In den Wahlkämpfen 2009, 2013 und 2017 wurden jeweils rund drei Monate ausgewertet: 2009 (28.06. bis 26.09.) und 2013 (23.06. bis 21.09.) waren es 91 Tage, 2017 89 Tage (27.06. bis 23.09.). Die unterschiedlich langen Zeiträume werden in den folgenden Analysen berücksichtigt. Dementsprechend wird der Analysezeitraum für aggregierte Betrachtungen über den gesamten Wahlkampf einheitlich für alle Jahre auf 65 Tage vor dem Wahltermin standardisiert. Für Zeitreihen innerhalb eines Wahlkampfs arbeiten wir mit dem jeweils verfügbaren Untersuchungszeitraum. Alle Variablen, die wir in unsere Analysen einschließen, wurden in mehreren Reliabilitätstests vor, während und bei Abschluss der Datenerhebung getestet. Auf der Grundlage der, in den Sozialwissenschaften üblichen, Schwellenwerte für Krippendorffs Alpha und Holsti wurden für alle im Folgenden verwendeten Variablen zufriedenstellende Werte erreicht. Die Anzahl an Fernsehberichten, die in den einzelnen Wahlkämpfen ausgewertet wurde, lag dabei 2005 bei $N = 876$, 2009 bei $N = 1.336$, 2013 bei $N = 1.060$ und 2017 bei einem N von 1.339.

Tabelle 1: Anzahl der Beiträge (jeweils gesamter Untersuchungszeitraum)

Umfang	2005, N = 876	2009, N = 1.336	2013, N = 1.060	2017, N = 1.339
Sendung				
Tagesschau	259	377	261	336
Heute	245	375	257	324
RTL aktuell	189	329	291	356
Sat.1 Nachrichten	183	255	251	323

Entsprechend unseres Fokus auf KanzlerkandidatInnen konzentrieren wir uns in unseren nachfolgenden Analysen ausschließlich auf die KandidatInnen von CDU/CSU und der SPD, da diese in den hier analysierten Wahlkämpfen die einzigen KandidatInnen mit realistischen Chancen auf das Kanzleramt waren und von ihren jeweiligen Parteien auch offiziell als KanzlerkandidatInnen nominiert wurden. Mit Blick auf das politische Personal bedeutet dies für die CDU/CSU, dass wir uns auf Angela Merkel fokussieren, die im gesamten Analysezeitraum von 2005 bis 2017 als Kanzlerkandidatin für die Union antrat. Auf Seiten der SPD wechselte das Personal im Untersuchungszeitraum hingegen, weshalb wir für das Jahr 2005 Gerhard Schröder als Spitzenkandidaten seiner Partei in unsere Analysen einschließen, während der SPD-Kandidat im Jahr 2009 Frank-Walter Steinmeier hieß. 2013 zog Peer Steinbrück für die SozialdemokratInnen ins Rennen und 2017 schließlich trat Martin Schulz für die SPD an. In diesem Sinne war Angela Merkel zwar eine Konstante über alle Wahljahre hinweg, trat aber in den hier betrachteten Wahlkämpfen sowohl als Herausforderin (2005) als auch als Amtsinhaberin (2009-2017) an, während die SPD mit Gerhard Schröder 2005 noch einen amtierenden Kanzler in den Wahlkampf schickte und mit seinen Nachfolgern zwischen 2009 und 2017 jeweils die Herausforderer stellte. Dementsprechend wird im Mittelpunkt unserer nachfolgenden Analysen die Frage stehen, ob die Muster der Fernsehberichterstattung über die KanzlerkandidatInnen langfristigen partei-, rollen- und kandidatenübergreifenden Trends im Sinne einer Modernisierung der Wahlkampfberichterstattung folgen. Hierfür würden stabile Muster über Zeit für sowohl die CDU/CSU-Kandidatin als auch die jeweiligen SPD-Kandidaten sprechen. Es könnte aber auch sein, dass stattdessen Parteilinien ausschlaggebend sind und sich langfristige Trends in der Berichterstattung vor allem zwischen der Unions-Kandidatin und den

verschiedenen SPD-Kandidaten abzeichnen, weil die Wahlkampfberichterstattung im Fernsehen möglicherweise von starken Biases geprägt ist. Dies wäre gegeben, wenn sich die Berichterstattung vor allem zwischen Angela Merkel auf der einen Seite und den SPD-Kandidaten auf der anderen Seite unterscheidet, aber zwischen den verschiedenen SPD-Kandidaten nicht groß variieren würde. Alternativ ließen sich Muster einer Berichterstattung über AmtsinhaberIn versus HerausforderIn vermuten. Dies wäre der Fall, wenn sich die Berichterstattung über Angela Merkel als Herausforderin im Jahr 2005 von der Berichterstattung über Merkel als Bundeskanzlerin in den anderen Wahljahren unterscheidet. Ähnlich wie die Berichterstattung über Merkel im Jahr 2005 mehr der Berichterstattung über die SPD-Kandidaten zwischen 2009 und 2017 gleichen sollte, sollte die Berichterstattung über Merkel zwischen 2009 und 2017 mehr der Berichterstattung über Gerhard Schröder im Jahr 2005 entsprechen. Zu guter Letzt bestünde die Möglichkeit, dass die Berichterstattung über KanzlerkandidatInnen überhaupt keinen erkennbaren Trends oder Mustern folgt und je nach Wahlkampfkontext und KandidatenInnenpersönlichkeit variiert. Wäre dies der Fall, sollte die Berichterstattung über Angela Merkel im Untersuchungszeitraum relativ konstant geblieben sein, da die CDU/CSU unverändert mit derselben Kandidatin ins Rennen gegangen ist, während die Berichterstattung über die wechselnden SPD-Kanzlerkandidaten stärker variieren würde.

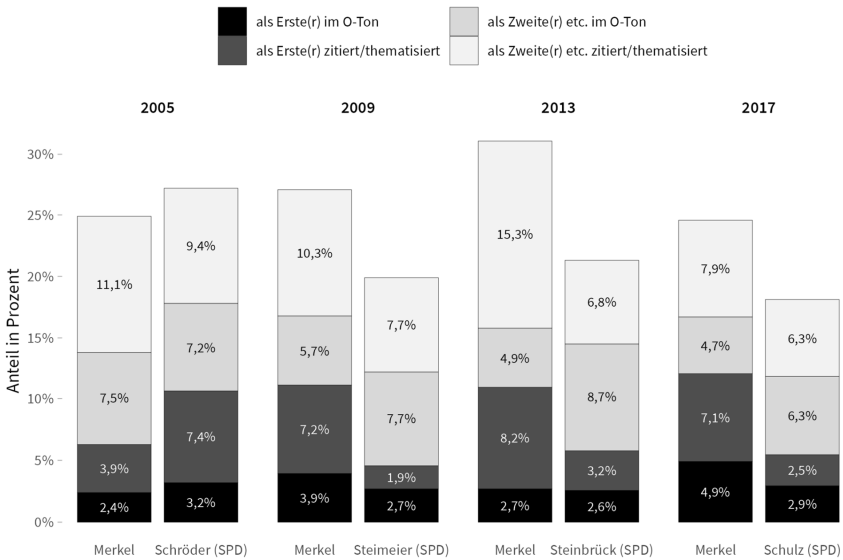
4. Ergebnisse

Abbildung 1 zeigt, in welcher Form und mit welchem Anteil die KanzlerkandidatInnen in der Fernsehberichterstattung in den Bundestagswahlkämpfen thematisiert wurden. In allen Wahlkämpfen kamen die jeweiligen AmtsinhaberInnen häufiger vor – also Schröder vor Merkel im Jahr 2005, sowie Merkel vor den jeweiligen Herausforderern der SPD ab 2009. Allerdings ist der Unterschied zwischen Schröder, der in 27 Prozent der Nachrichtenbeiträge erwähnt wurde, und Merkel (25 Prozent) geringer als zwischen Merkel und den SPD-Kanzlerkandidaten ab 2009: sie lag sieben Prozentpunkte vor Steinmeier, zehn Prozentpunkte vor Steinbrück, und ebenfalls sieben Prozentpunkte vor Schulz. Relativ betrachtet kam Merkel im Bundestagswahlkampf 2013 (242 Beiträge) in 48 Prozent mehr Fernsehnachrichtenbeiträgen als Steinbrück (166 Beiträge) vor. Dieses Muster spricht zum einen für den Amtsbonus, den viele inhaltsanalytische Studien für deutsche Medien immer wieder bestätigt haben: über amtierende Bun-

deskanzlerInnen wird häufiger berichtet. Gleichzeitig scheint Merkel aber einen noch größeren Amtsbonus zu genießen als die jeweiligen SPD-Kandidaten zwischen 2009 und 2017 und als Herausforderin im Jahr 2005 in ihrer medialen Sichtbarkeit in den Fernsehnachrichten näher an Gerhard Schröder zu liegen als es den späteren SPD-Kandidaten gelingt zu ihr aufzuschließen. Entsprechend unseren Hypothesen könnte dies auf einen gewissen Sichtbarkeitsbonus der CDU hindeuten. Dies ist aber nicht zwingend der Fall, da auch die lange Amtsdauer sowie die deutlich höhere Popularität Merkels gegenüber ihren Herausforderern in den Umfragen zu diesem Sichtbarkeitsvorsprung beigetragen haben dürften.

Auch die Reihenfolge, in der die KanzlerkandidatInnen in den Nachrichtenbeiträgen auftauchen, unterscheidet sich sowohl zwischen AmtsinhaberIn und HerausforderIn als auch zwischen Merkel und den jeweiligen SPD-Kanzlerkandidaten. In allen vier Bundestagswahlkämpfen wird die Amtsinhaberin bzw. der Amtsinhaber deutlich häufiger an erster Stelle genannt – entweder im O-Ton oder zitiert/thematisiert, was die Bedeutung des Amtes widerspiegeln dürfte und somit als Teil des Amtsbonus interpretiert werden kann. Besonders groß ist der Unterschied zwischen Merkel und ihren jeweiligen Herausforderern von der SPD in den Jahren 2009 (11,1 vs. 4,6 Prozent) und 2017 (12,0 vs. 5,4 Prozent). Es fällt auf, dass in den Wahlkämpfen 2009 und 2013 Steinmeier bzw. Steinbrück häufiger als Merkel im O-Ton in Nachrichtenbeiträgen auftauchen, während Schröder und Merkel 2005 sowie Merkel und Schulz 2017 etwa gleich häufig mit Wortbeiträgen vorkommen. In diesem Sinne scheint neben dem Amt auch die KandidatInnenpersönlichkeiten eine Rolle bei der Auswahl von O-Tönen durch die JournalistInnen gespielt zu haben oder mit anderen Worten: wer gute oder auch interessante O-Töne abliefern, wird von JournalistInnen wörtlich zitiert – unabhängig von seinem oder auch ihrem Amt. Ein linearer Trend in der Entwicklung von O-Tönen zwischen 2005 und 2017 ist hingegen nicht zu erkennen. Vielmehr scheint der Anteil an O-Tönen in allen Wahljahren relativ stabil zwischen 18 und 20 Prozent zu liegen. Insbesondere eine Zunahme von O-Tönen, die als Indikator für eine mögliche Personalisierung der Fernsehberichterstattung gedeutet werden könnte, lässt sich demnach hier nicht feststellen. Wenn überhaupt eine Tendenz erkennbar ist, dann handelt es sich eher um eine Abnahme als eine Zunahme von O-Tönen.

Abbildung 1: Anteil der KanzlerkandidatInnen an der Fernsehberichterstattung nach Form der Thematisierung (Zeitraum: 65 Tage vor der Bundestagswahl)



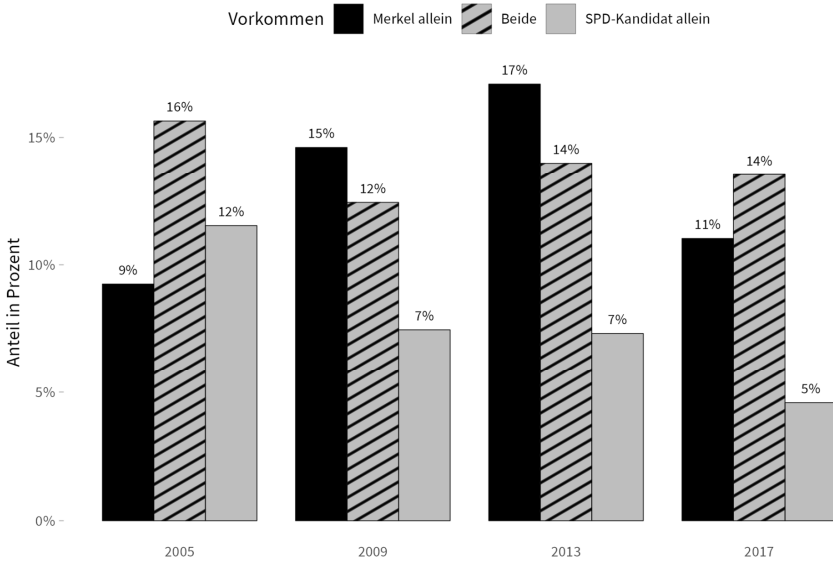
In welchem Umfang die KanzlerkandidatInnen gemeinsam oder einzeln Teil der TV-Berichterstattung waren, zeigt *Abbildung 2*. Betrachtet man zunächst die Berichterstattung ohne die jeweiligen KontrahentInnen, so war in allen vier Wahlkämpfen der/die AmtsinhaberIn häufiger ohne den/die Herausforderer bzw. die Herausforderin Teil der Berichterstattung als umgekehrt. In drei von vier Wahljahren lag der Anteil der Berichterstattung ohne den/die HerausforderIn sogar vor dem Anteil der Berichte, in denen beide KanzlerkandidatInnen vorkamen. Da es sich bei diesen Wahlkämpfen in allen drei Fällen um Wahlkämpfe mit Angela Merkel als amtierender Bundeskanzlerin handelt, kann an dieser Stelle konstatiert werden, dass zu dem journalistischen Selektionsmuster einer Präferenz für AmtsinhaberInnen eine spezielle Präferenz der JournalistInnen für Angela Merkel gegenüber einer ausgewogenen Berichterstattung hinzukommt. Im Wahlkampf 2005 hingegen, in dem Merkel noch als Herausforderin antrat, wurde ihr Schröder als Amtsinhaber zwar in der Berichterstattung vorgezogen, gegenüber den späteren Merkel-Jahren überwiegt hier aber klar die ausgewogene Berichterstattung, in der beide KandidatInnen vorkommen,

gegenüber einer vor allem auf Schröder fixierten Medienberichterstattung. Diese Präferenz der Fernsehsender für Merkel ist besonders sichtbar, wenn man sich vergegenwärtigt, dass der SPD-Kandidat Schulz 2017 in gerade einmal fünf Prozent der Nachrichtenbeiträge allein vorkam, ohne dass auch Merkel erwähnt wurde. 2005 wurden Schröder und Merkel dagegen mit rund 16 Prozent vergleichsweise häufig gemeinsam thematisiert.

Eine zunehmende Personalisierung der Berichterstattung ist ebenfalls nicht erkennbar. Allerdings scheint das Interesse an alleinigen Berichten über HerausforderInnen zwischen 2005 und 2017 zu sinken, was damit überlagert, dass das Interesse an Beiträgen allein über die SPD-Kandidaten, die in drei der vier Wahlkämpfe Herausforderer waren, abzunehmen scheint. Da aber gleichzeitig das Interesse an Merkel nicht kontinuierlich zunimmt und auch der Anteil der Berichterstattung über AmtsinhaberInnen nicht linear steigt, scheint es sich hier eher um ein Desinteresse der Medien an den jeweiligen SPD-Kandidaten zu handeln, das zwischen 2005 und 2017 zunimmt, als um einen zunehmenden Bias zugunsten der CDU/CDU oder des Kanzleramtes.

Gegen einen Personalisierungstrend spricht zudem, dass der Anteil an Fernsehberichten, in denen beide KandidatInnen vorkommen, im Untersuchungszeitraum ebenfalls nicht kontinuierlich wächst, da ein solches Wachstum auf eine verstärkte Horse-Race-Berichterstattung hindeuten würde. Stattdessen scheint vor allem das Jahr 2005 von Berichterstattung über den KandidatInnenwettstreit gekennzeichnet gewesen zu sein. Dies spricht eher für die Interpretation, dass jeder Wahlkampf anders ist und vor allem Besonderheiten des Wahlkampfs 2005 FernsehjournalistInnen zu einer Horse-Race-Berichterstattung veranlasst haben. Ruft man sich diesen Wahlkampf zurück in Erinnerung, so ergibt diese Lesart durchaus Sinn: 2005 hat Gerhard Schröder, dem zu Beginn des Wahlkampfs nach einer Serie von verlorenen Landtagswahlen, einem bewusst verlorenen Vertrauensvotum, und einer in Folge dessen vorgezogenen Bundestagswahl niemand eine ernsthafte Chance im Wahlkampf einräumte, eine bemerkenswerte Aufholjagd im Wahlkampf hingelegt (Schmitt-Beck/Faas 2006). In diesem Sinne dürfte Schröders politischer Überlebenskampf gegen Angela Merkel hier eine Berichterstattung im Sinne eines Kopf-an-Kopf-Rennens insbesondere in der finalen Phase des Wahlkampfs begünstigt haben.

Abbildung 2: Vorkommen der KanzlerkandidatInnen in Fernsachrichten-Beiträgen: alleiniges versus gemeinsames Vorkommen nach Bundestagswahlkampf (Zeitraum: 65 Tage vor der Bundestagswahl)

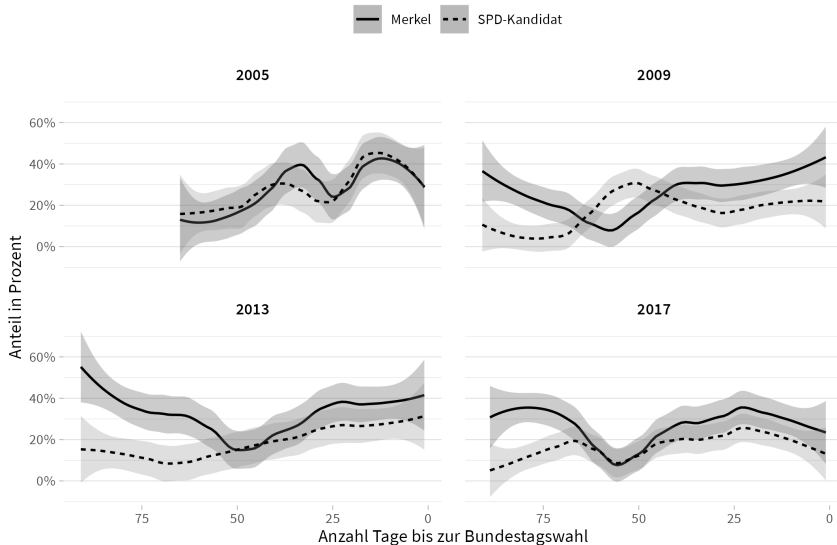


Betrachtet man das Vorkommen der KandidatInnen aufgeschlüsselt nach Fernsehsendern, lassen sich nur wenige bemerkenswerte Unterschiede in der Berichterstattung zwischen den Sendern ausmachen. Größtenteils bestätigt die Auswertung nach Sendern die senderübergreifenden Ergebnisse. So zeigen beispielsweise fast alle Sender eine Tendenz zu Berichten, in denen AmtsinhaberInnen ohne eine Gegenüberstellung mit ihren HerausforderInnen thematisiert werden. Die einzige Ausnahme stellt hier RTL 2005 dar, die – wenn auch in vernachlässigbarem Umfang – Berichten über Merkel ohne Schröder den Vorzug gegenüber Berichten über Schröder ohne Merkel gaben. Bemerkenswert scheint jedoch die Tatsache, dass die Privaten gegenüber den Öffentlich-Rechtlichen in allen Wahljahren eine stärkere Vorliebe für Berichte haben, in denen beide KandidatInnen vorkommen gegenüber Berichten, in denen nur einer der beiden KandidatInnen vorkommt. Bedenkt man, dass die Privatsender aufgrund ihres Finanzierungsmodells über Werbung zu einer stärkeren Publikumsorientierung gezwungen sind und demnach in der Regel in höherem Maße zu

unterhaltenden Inhalten tendieren, ist dieses Ergebnis durchaus plausibel. Es ist anzunehmen, dass sich hierin eine stärkere Tendenz zum unterhaltensamen Horse-Race-Coverage widerspiegelt, das den Wahlkampf in Form eines sportlichen Wettstreits der beiden KanzlerkandidatInnen schildert. Gleichzeitig offenbart dies nicht unbedingt auch eine stärkere Tendenz der privaten Sender zur ausgewogeneren Berichterstattung, wenn man sich die Unterschiede im Umfang der Berichterstattung über jeweils einen der beiden KandidatInnen alleine ansieht: In manchen Wahljahren fällt dieser Unterschied für die privaten Fernsehsender geringer aus, in anderen für die öffentlich-rechtlichen Anstalten. Ein linearer Wachstumstrend bezüglich eines Horse-Race-Coverage ist aber für keinen der hier untersuchten Sender erkennbar.

2005 war ein Kopf-an-Kopf-Rennen der KandidatInnen, in dem Merkel und Schröder nicht nur in den Umfragen, sondern auch in der Medienberichterstattung die meiste Zeit nahe beieinander lagen, wie *Abbildung 3* zeigt. Einen Ausreißer gibt es circa fünf Wochen vor dem Wahltermin, als Merkel ihr Kompetenzteam und dessen Mitglied Paul Kirchhof vorstellt. In diesem Zeitraum wird Merkel deutlich häufiger als Schröder thematisiert, wenn auch nicht unbedingt positiv, da Kirchhof sich schnell als einer der größten Fehler im Wahlkampf der CDU/CSU herausstellen sollte. Insgesamt spiegelt der Verlauf des Vorkommens von Schröder und Merkel in der Fernsehberichterstattung aber sicherlich vor allem das oben bereits thematisierte häufige gemeinsame Vorkommen der beiden KandidatInnen und den geringeren Unterschied im Umfang zwischen Berichten über jeweils nur einen der beiden KandidatInnen wider. Letzteres war demnach nicht nur in bestimmten Phasen des Wahlkampfs der Fall, sondern über den gesamten Zeitraum dieses extrem engen und spannenden Wahlkampfes hinweg.

Abbildung 3: Tägliche Vorkommen der KanzlerkandidatInnen im Laufe des Wahlkampfs (Werte geglättet mittels LOWESS¹, $bw = 0,5$, die Flächen zeigen das 95-Prozent-Konfidenzintervall)



In den Wahljahren 2009 bis 2017 hingegen dominierte Angela Merkel als Bundeskanzlerin die Berichterstattung über den gesamten Wahlkampf hinweg und war zu fast jedem Zeitpunkt der Kampagne deutlich sichtbarer als die jeweiligen SPD-Kandidaten. Ihre Herausforderer von der SPD konnten nur gelegentlich zu ihr aufschließen. Dass Sichtbarkeit dabei erneut nicht immer unbedingt positive Berichterstattung bedeutet, zeigt sich etwa

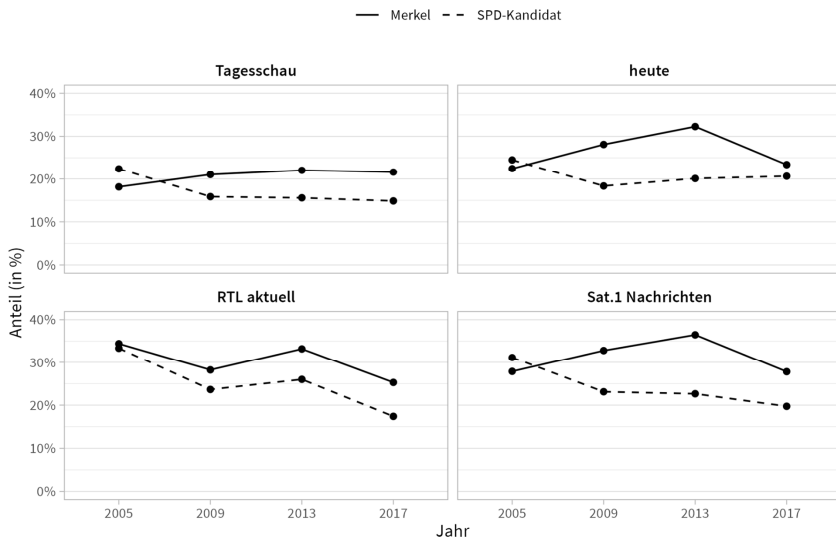
1 Wir verwenden hier das LOWESS-Glättungsverfahren („Locally Weighted Scatterplot Smoother“). Es berechnet für jeden einzelnen Datenpunkt einer Punktwolke eine lokale Regression, in die nur die „nächsten Nachbarn“ dieses Punktes eingehen. Für jeden Datenpunkt wird aus den beobachteten Punkten, welche diesen umgeben, ein Schätzwert ermittelt. Eine Gewichtungsfunktion sorgt dabei dafür, dass der Einfluss dieser Punkte mit zunehmender Distanz abnimmt; weiter entfernte Punkte determinieren dadurch den Schätzwert für einen Punkt schwächer als näher liegende. Dabei können verschiedene so genannte Bandbreiten gewählt werden. Die Entscheidung für eine bestimmte Bandbreite hängt von der inhaltlichen Fragestellung ab: Die Wahl einer großen Bandbreite nivelliert kurzfristige Schwankungen und zeigt somit eher die großen, langfristigen Trends in den Daten auf. Dagegen bleibt bei einer kleinen Bandbreite eine Sensitivität für kurzfristige Schwankungen bestehen. Wir wählen hier einen Mittelweg und verwenden durchgängig eine LOWESS-Bandbreite von 0,50.

daran, dass Frank-Walter Steinmeier 2009 rund neun Wochen vor der Wahl vermutlich nur aufgrund der sogenannten „Dienstwagenaffäre“ von Gesundheitsministerin Ulla Schmidt und der Frage, ob Schmidt Mitglied von Steinmeiers Schattenkabinett sein könne, häufiger als Merkel in Nachrichtenbeiträgen über deutsche Politik vorkam. Umgekehrt scheint Merkel 2013, die zu Beginn des Wahlkampfs in bis zur Hälfte der Nachrichtenbeiträge vorkam, die Berichterstattung vor allem aufgrund der NSA-Affäre in diesem Wahljahr dominiert zu haben: Durch die Veröffentlichung von Geheimdokumenten, die verschiedenen internationalen Medien vom Whistleblower Edward Snowden zugespielt worden waren, wurde die anlasslose Überwachung der weltweiten Kommunikation durch die US-amerikanische National Security Agency (NSA) bekannt. Auch in Deutschland wurden in großem Umfang Daten abgefangen. Nicht zuletzt aufgrund der bekannt gewordenen Überwachung des Handys der Bundeskanzlerin rückte Angela Merkel infolgedessen in den Mittelpunkt der Berichterstattung. Ein Trend zu einer zunehmenden Negativität im Wahlkampf wird aber nicht erkennbar, wobei weitere Analysen zum Tenor hier im Folgenden mehr Aufschluss geben werden. Für den Moment scheint es hingegen plausibel, dass die Sichtbarkeit der KandidatInnen im Wahlkampf maßgeblich von Nachrichtenwertfaktoren abhängt und Negativität ist bekanntermaßen ein solcher Nachrichtenwertfaktor (Galtung/Ruge 1965).

Aufgeschlüsselt nach Sendern (*Abbildung 4*) zeigt sich das gleiche Bild wie schon zuvor: Der Amtsinhaber bzw. die Amtsinhaberin ist in der Regel häufiger Gegenstand der Berichterstattung aller Hauptnachrichtensendungen, mit der bereits erwähnten Ausnahme, dass RTL im Jahr 2005 häufiger über Herausforderin Merkel berichtet als über den amtierenden Bundeskanzler Gerhard Schröder. Wie zuvor gezeigt, lagen die Anteile des SPD-Kanzlerkandidaten und der CDU-Kanzlerkandidatin an der Berichterstattung im Jahr 2005 am nächsten beieinander. In den folgenden Wahlkämpfen und bei allen anderen Sendern lag Merkel deutlich vor ihren Herausforderern von der SPD. Bei der Tagesschau liegen die Häufigkeiten, mit denen über AmtsinhaberIn und über HerausforderIn berichtet wurde, in allen vier Bundestagswahlkämpfen auf beinahe konstantem Niveau. Hier scheint in allen Jahren AmtsinhaberIn und HerausforderIn unabhängig von der Persönlichkeit der jeweiligen KandidatInnen in etwa der gleiche Umfang an Berichterstattung eingeräumt zu werden. Heute, RTL Aktuell und Sat.1 Nachrichten schwanken hingegen stärker von Wahlkampf zu

Wahlkampf hinsichtlich des Anteils an der Berichterstattung, den sie den verschiedenen KandidatInnen zukommen lassen.

Abbildung 4: Anteilige Vorkommen der KanzlerkandidatInnen in der Berichterstattung der TV-Hauptnachrichten mit Bezug auf deutsche Politik nach Sendern (Zeitraum: 65 Tage vor der Bundestagswahl)

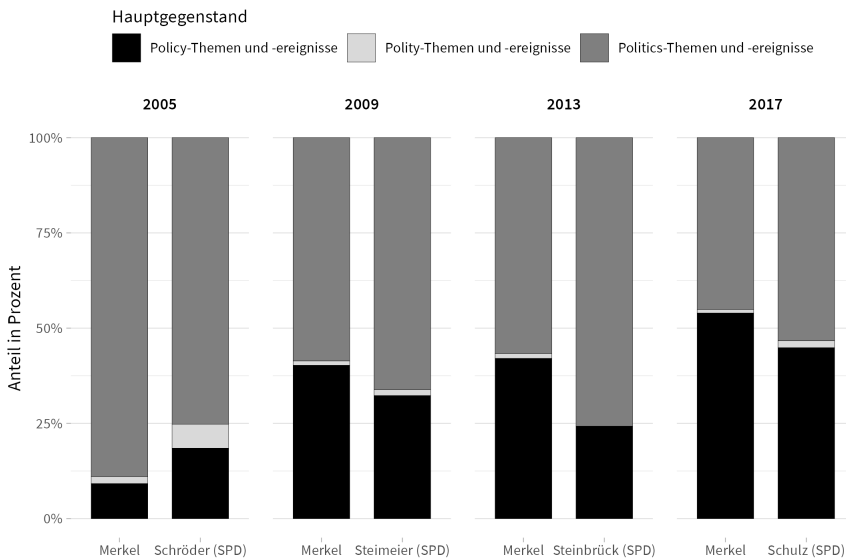


Neben der Frage der Sichtbarkeit der KandidatInnen in der Berichterstattung stellt sich die Frage, in welchem Kontext die KandidatInnen im Fernsehen thematisiert wurden. Welche Politikdimensionen spielten in der Berichterstattung eine Rolle? Um diese Frage beantworten zu können, machen wir Gebrauch von einer Codierung der Hauptthemen von Fernsehbeiträge in den hier verwendeten inhaltsanalytischen Studien, die Politik entlang der in der Politikwissenschaft einschlägigen Trichotomie von Politics (politische Prozesse, z.B. Wahlkampf), Policy (politische Inhalte, z.B. Arbeitsmarktpolitik) und Polity (politische Institutionen, z.B. der Deutsche Bundestag) klassifiziert.

Im Vergleich der Wahlkämpfe über Zeit (Abbildung 5) fällt vor allem auf, dass die Berichterstattung über Schröder und Merkel im Jahr 2005 besonders stark von Politics-Themen und -Ereignissen und damit von politischen Prozessen geprägt war. Politics-Themen machten 75 Prozent

der Berichterstattung über Schröder und gar 89 Prozent über Merkel aus. Dies ist nicht weiter verwunderlich, da – wie bereits mehrfach angedeutet – der Wahlkampf 2005 als ein besonders spannender galt und somit die Kampagne selbst und das zu erwartende knappe Finish der KandidatInnen einschließlich der Aufholjagd Schröders einen Großteil dieser Berichterstattung bedingt haben dürften. Darüber hinaus dürfte aber auch die Persönlichkeit des Kandidaten Gerhard Schröder - der stets als guter Wahlkämpfer galt, zwischen Wahlen aber nicht selten schwächelte - dazu beigetragen haben, dass die Politics-Dimension, und damit der Wahlkampf per se, eine besondere Aufmerksamkeit erfahren hat. Insofern zeigt sich auch hier, dass sich der Wahlkampf 2005 deutlich von den nachfolgenden Wahlkämpfen im Untersuchungszeitraum unterschied, was wiederum für die Vermutung spricht, dass man es entgegen der Amerikanisierungs- bzw. Modernisierungshypothese größtenteils nicht mit linearen Trends zu tun hat. Denn andernfalls müsste insbesondere die Politics-Dimension über Zeit im Sinne einer Entpolitisierung der Fernsehberichterstattung zunehmen, was hier eindeutig nicht der Fall ist.

Abbildung 5: Anteile der Politikdimensionen Politics, Policy, und Polity als Hauptgegenstand der TV-Berichterstattung nach Jahren (65 Tage vor der jeweiligen Wahl)

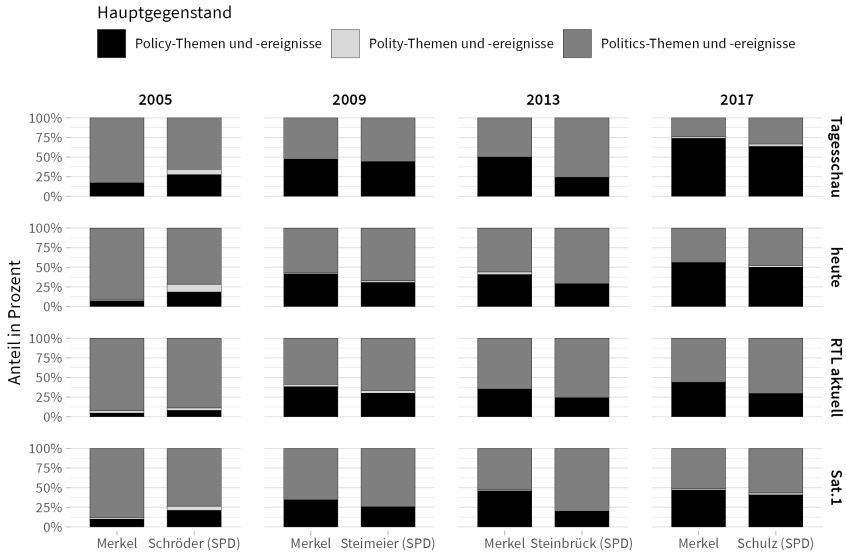


Es scheint sich hier zudem ein Muster zwischen AmtsinhaberInnen und HerausforderInnen abzuzeichnen. In diesem Sinne thematisierten JournalistInnen HerausforderInnen stärker im Kontext von Politics als AmtsinhaberInnen. Da es sich – wie bereits erwähnt – bei einem Großteil dessen, was unter Politics codiert wurde, um Berichte über die Wahlkampagnen der KandidatInnen handeln dürfte, ergibt es durchaus Sinn, dass HerausforderInnen stärker im Kontext von Politics thematisiert werden.

AmtsinhaberInnen hingegen sollten häufiger im Zusammenhang mit Policy, und damit politischen Inhalten, diskutiert werden, da sie die Politik eines Landes gestalten. Und tatsächlich zeigt sich für Angela Merkel, dass dies der Fall ist: Zwischen 2005 und 2017 kommt Merkel mit jedem Wahlkampf häufiger im Kontext von Fernsehberichten vor, deren Hauptgegenstand politische Inhalte sind. Gleichzeitig zeigt sich hieran, dass Angela Merkel im Lauf der Jahre offenbar an Format als Bundeskanzlerin gewonnen hat und immer stärker auch in Wahlkampfzeiten in der Rolle der Kanzlerin wahrgenommen und immer weniger als Wahlkämpferin thematisiert wird, je länger sie dieses Amt besetzt. Diese Zunahme von Policy-Themen in der Merkel-Berichterstattung spricht zudem dafür, dass Wahlkämpfe in den Merkel-Jahren im Gegensatz zur Amerikanisierungs- bzw. Modernisierungsthese nicht immer unpolitischer geworden sind.

Polity-Themen, und damit politische Institutionen und Normen, scheinen dagegen aus Sicht der FernsehjournalistInnen grundsätzlich ein zu vernachlässigendes Thema zu sein. Nur im Wahlkampf 2005 spielen Polity-Themen und -Ereignisse eine nennenswerte Rolle. Und dies hat auch einen Grund: die Berichterstattung wurde im Wahljahr 2005 zu einem nicht unerheblichen Teil durch Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die vorgezogene Neuwahl bestimmt, ebenso wie durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zugunsten der Neuwahl. Aufgrund der Frage der Verfassungsmäßigkeit der Neuwahl wurde im Wahlkampf 2005 somit im Zusammenhang mit den KanzlerkandidatInnen häufiger über Polity-Themen ($N = 15$) berichtet als in den folgenden drei Bundestagswahlkämpfen zusammen ($N = 10$). Eindeutige Unterschiede zwischen AmtshaberInnen und HerausforderInnen mit Bezug auf die Polity-Dimension lassen sich nicht erkennen. Es scheint sich vielmehr um eine Politikdimension zu handeln, die generell in der Fernsehberichterstattung nur selten aus dem Schatten tritt, und für die es im Sinne der „Jeder Wahlkampf ist anders“-Logik offenbar eines besonderen Kontextes bedarf, der dies auslöst.

Abbildung 6: Anteile der Politikdimensionen Politics, Policy, und Polity als Hauptgegenstand der TV-Berichterstattung nach Sendern und Jahren (Zeitraum: 65 Tage vor der Bundestagswahl)



Betrachtet man die Sender im Einzelnen (*Abbildung 6*), so zeigt sich ein weitgehend vergleichbares Muster, was den Anteil der Berichterstattung über Politics- und Policy-Themen im Zusammenhang mit Angela Merkel und den Kanzlerkandidaten der SPD betrifft. In der Tagesschau behandelte ein höherer Anteil der Beiträge über die KandidatInnen politische Inhalte als in den übrigen Nachrichtensendungen.

Abbildung 7 zeigt, wie sich die Häufigkeit von Politics-, Polity- und Policy-Themen in der Berichterstattung über die KanzlerkandidatInnen im Laufe des Wahlkampfes entwickelte. Je näher der Wahltermin rückte, und das sowohl für AmtsinhaberInnen als auch HerausforderInnen, desto mehr gewann die Berichterstattung über politische Prozesse und insbesondere den Wahlkampf selbst an Bedeutung. Typischerweise ging der Anstieg der Politics-Berichterstattung mit einem Rückgang der Thematisierung politischer Inhalte einher. Die Ausnahme bildet die Berichterstattung über Angela Merkel kurz vor der Bundestagswahl 2009. Diese Ausnahme lässt sich jedoch erklären: Wenige Tage vor dem Wahltermin fand der G20-Finanzgipfel in Pittsburgh statt, auf dem die Staatschefs der 20 größten Volks-

wirtschaften – darunter Bundeskanzlerin Merkel – über Antworten auf die globale Finanzkrise berieten. Das Gipfeltreffen stand unter großer medialer Beobachtung und dementsprechend häufig wurde auch über Angela Merkel im Zusammenhang mit politischen Inhalten berichtet. Insgesamt scheint somit interessanterweise - entgegen der Amerikanisierungs- bzw. Modernisierungsthese - zwar nicht die Berichterstattung über verschiedene Wahlen hinweg immer unpolitischer zu werden. Dies scheint aber durchaus innerhalb eines Wahlkampfes der Fall zu sein. Am Ende dominiert das Foto-Finish gegenüber den Inhalten.

Abbildung 7: Themenhäufigkeit Politics, Policy, Polity in der Berichterstattung über die KanzlerkandidatInnen im Wahlkampfverlauf nach Jahren (Werte geglättet mit LOWESS, $bw = 0,5$)

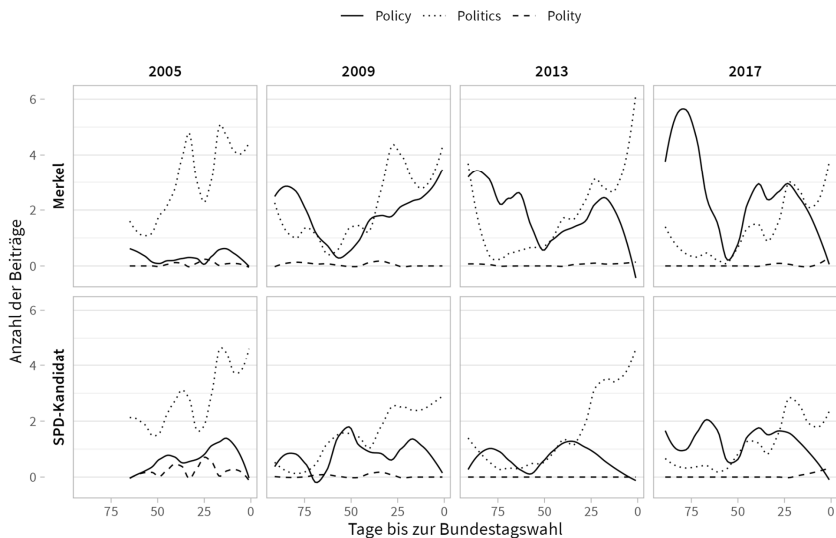
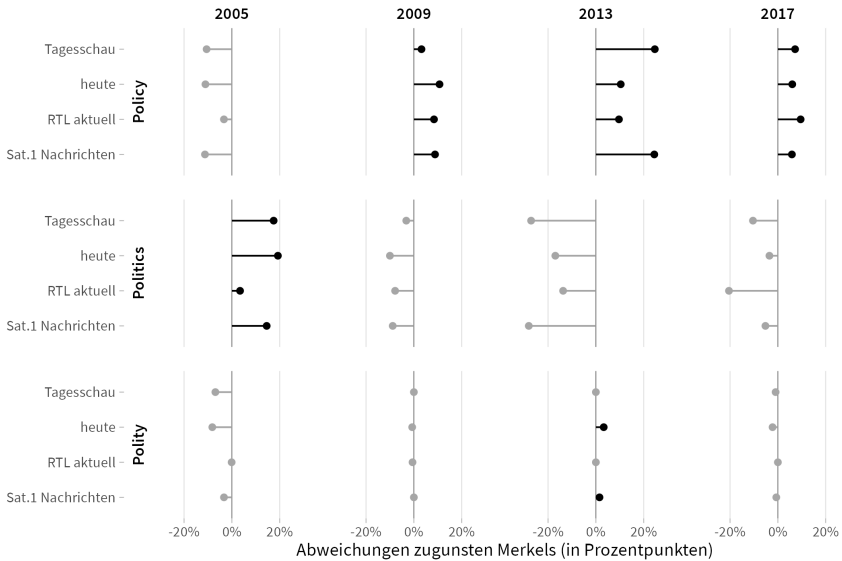


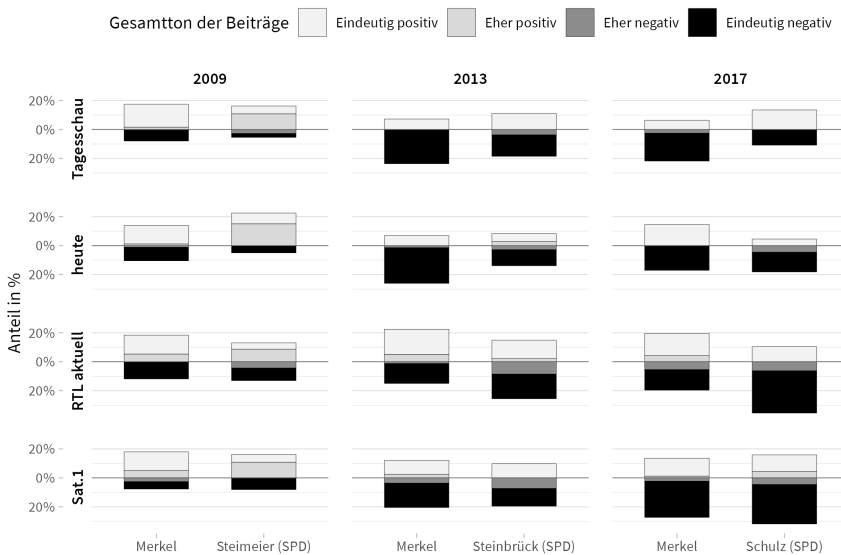
Abbildung 8: Abweichungen in der Gewichtung der Politikdimensionen in der Berichterstattung über die KanzlerkandidatInnen im Laufe des Wahlkampfs nach Sender (Zeitraum: 65 Tage vor der Bundestagswahl)



Bei welchen KandidatInnen sind Politics-Themen stärker gewichtet und bei welchen Policy-Themen? *Abbildung 8* zeigt, inwieweit sich die relative Gewichtung der Politikdimensionen in der Berichterstattung zwischen Merkel und den SPD-Kanzlerkandidaten unterscheidet. Positive Werte signalisieren eine höhere Gewichtung der jeweiligen Dimension zugunsten Merkels, negative Werte demgegenüber eine höhere Gewichtung zugunsten der SPD-Kandidaten. Die Grafik verdeutlicht, dass Politics-Themen bei den HerausforderInnen stärker gewichtet werden als bei den AmtsinhaberInnen. Dieses Muster besteht sowohl für Merkel als Herausforderin von Bundeskanzler Schröder als auch für die SPD-Kandidaten, die gegen AmtsinhaberIn Merkel antraten. Polity hingegen spielt erneut so gut wie keine Rolle in den Medien und wird nur in zwei von vier Wahlkämpfen im Kontext der Berichterstattung über die HerausforderInnen thematisiert. Während Trends sich hier also nicht bestätigen lassen, wird abermalig das langfristig stabile journalistische Muster eines unterschiedlichen Umgangs mit AmtsinhaberInnen und HerausforderInnen durch die JournalistInnen

erkennbar. Dies ist nicht weiter verwunderlich, da AmtsinhaberInnen mit der von ihnen zu verantwortenden Politik verknüpft sind und in deren Kontext thematisiert werden. Dagegen sind die politischen Vorschläge von HerausforderInnen zunächst einmal nur theoretisch von Bedeutung, da sie aktuell nicht umgesetzt werden können. Vor diesem Hintergrund ist auch die journalistische Tendenz, HerausforderInnen weniger im Kontext dieser Vorschläge zu diskutieren und mehr im Zusammenhang mit dem Wahlkampf und ihren Wahlchancen, durchaus nachvollziehbar.

Abbildung 9: Gesamttton der Beiträge – nach KanzlerkandidatIn, Jahr und Sender (Zeitraum: 65 Tage vor der Bundestagswahl)



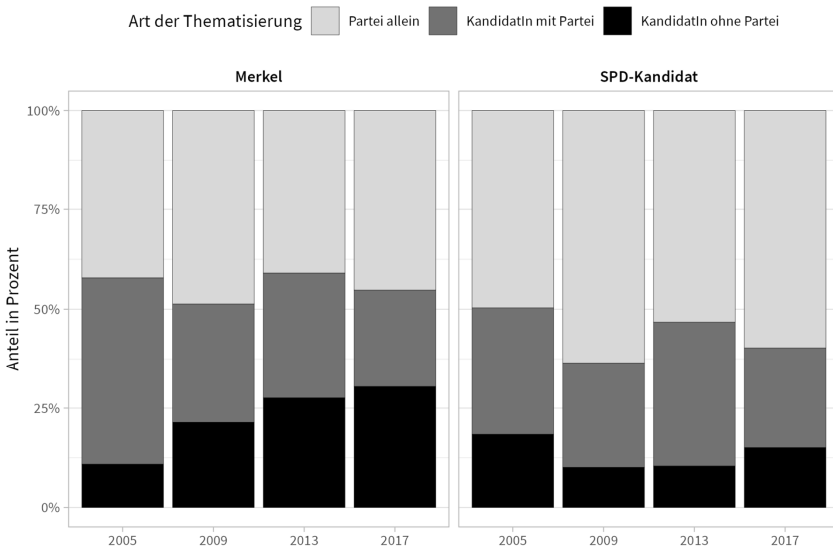
Hinsichtlich der Tonalität der Beiträge können wir hier nur drei Wahljahre darstellen, da sich die Skala und Codieranweisungen, wie Negativität zu codieren ist, zwischen der Kampagnendynamikstudie 2005 und den späteren GLES-Inhaltsanalysen stark unterscheiden. In *Abbildung 9* zeigt sich, dass die Berichterstattung 2009 sowohl für die CDU/CSU-Kandidatin als auch für den SPD-Kandidaten insgesamt über alle Sender hinweg in stärkerem Maße positiv war denn negativ. Die Unterschiede zwischen beiden KandidatInnen sind dabei eher gering, wobei Merkel allerdings in der Gunst der JournalistInnen leicht die Nase vorne hat und über die Kanzlerin nicht nur geringfügig häufiger positiv berichtet wird, sondern

die Beiträge auch häufiger eindeutig positiv sind. Im Falle von SPD-Kandidaten Frank-Walter Steinmeier hingegen handelt es sich dagegen häufiger nur um eher positive Fernsehberichte. Dieses Bild änderte sich 2013 jedoch deutlich: über beide KandidatInnen wird über alle Sender hinweg nun eindeutig häufiger negativ denn positiv berichtet. Die einzige Ausnahme stellt hier RTL Aktuell dar, die über Angela Merkel häufiger positiv als negativ berichten. Bei allen anderen Sendern kommt die Kandidatin der Unionsparteien dagegen im Vergleich sogar noch schlechter weg als der Herausforderer der SPD. 2017 schließlich ist das Bild weniger eindeutig. In zwei von vier Fernsehsendungen (Heute und Sat.1 Nachrichten) überwiegt eine negative Berichterstattung gegenüber einer positiven Berichterstattung im Falle beider KandidatInnen. In der Tagesschau hingegen wird über den SPD-Kandidaten Schulz positiver berichtet, während im Falle Merkels die negative Berichterstattung gegenüber einer positiven überwiegt. Bei RTL Aktuell hingegen ist die Berichterstattung über Merkel ausgeglichen und zu gleichen Anteilen positiv und negativ, wohingegen der SPD-Kandidat deutlich schlechter abschneidet. Es fällt somit schwer, im Wahljahr 2017 einen Bias in der Berichterstattung zugunsten eines der beiden KandidatInnen auszumachen. Ein eindeutiger Trend kann hier auch nicht erkannt werden. Zwar steigt die Negativität in zwei von drei Wahlkämpfen an, aber 2017 ist das Ergebnis bereits weniger eindeutig als 2013. Eine Bevorzugung nach Parteizugehörigkeit oder Rolle kann hier ebenfalls nicht festgestellt werden. Mal scheint Merkel leicht die Nase vorne zu haben, mal der SPD-Kandidat, mal ist das Bild gemischt. Hinzu kommt, dass beide Muster nicht sauber voneinander unterschieden werden können, da die SPD in allen der hier betrachteten Wahlkämpfe den Herausforderer stellt, während die CDU/CSU immer mit einer amtierenden Bundeskanzlerin den Wahlkampf bestreitet. Um beide Muster voneinander zu unterscheiden, müsste der Wahlkampf 2005 ebenfalls in die Analyse einbezogen werden, was hier – wie im Vorangegangenen geschildert – leider aufgrund der stark unterschiedlichen Messung des Beitragstensors in den verschiedenen Inhaltsanalysen nicht möglich ist.

Eine weitere Möglichkeit mit Hilfe der uns zur Verfügung stehenden inhaltsanalytischen Daten eine mögliche Personalisierung im Untersuchungszeitraum zu untersuchen, besteht darin, zu prüfen, ob die KandidatInnen allein, gemeinsam mit ihrer Partei oder aber die Partei allein in Fernsehbeiträgen thematisiert werden (*Abbildung 10*). Hier zeigt sich zunächst einmal klar, dass Deutschland eine parteienzentrierte und keine kandidatenzentrierte Demokratie wie beispielsweise die USA ist. Parteien stehen über den

gesamten hier betrachteten Zeitraum im Vordergrund der Berichterstattung und kommen deutlich häufiger alleine in Fernsehbeiträgen vor als KandidatInnen allein oder Parteien gemeinsam mit KandidatInnen.

Abbildung 10: Art der Thematisierung – KandidatIn alleine, Partei alleine oder KandidatIn und Partei gemeinsam² (Zeitraum: 65 Tage vor der Bundestagswahl)



Eine zunehmende Personalisierung der Berichterstattung, die darin zum Ausdruck kommen würde, dass KandidatInnen zwischen 2005 und 2017 zunehmend häufiger ohne ihre Parteien thematisiert würden, lässt sich hier außerdem nicht erkennen. Lediglich Angela Merkel kommt von Wahlkampf zu Wahlkampf häufiger ohne eine Erwähnung der CDU (bzw. der Union) in der Fernsehberichterstattung vor. Selbiges gilt jedoch nicht für die SPD-Kandidaten, deren Vorkommen ohne Partei zwischen den verschiedenen Wahljahren schwankt. Der Merkel-Effekt scheint hier außerdem noch stärker als das Muster, das AmtsinhaberInnen gegenüber HerausforderInnen begünstigt, da Merkel in allen Jahren in denen sie als Bundeskanzlerin in den Wahlkampf geht, deutlich häufiger ohne ihre

2 Im Falle von Angela Merkel wird sowohl die Thematisierung der CDU als auch der Union (aber nicht der CSU allein) als Nennung der Partei gewertet.

Partei thematisiert wird als Gerhard Schröder als Amtsinhaber im Wahlkampf 2005. Schon in ihrem ersten Wahlkampf als Amtsinhaberin überholt Merkel Schröder im Hinblick auf eine Berichterstattung ohne ihre Partei. Nichtsdestotrotz zeigt sich hier ein Amtsbonus. Auch Gerhard Schröder wurde 2005 häufiger alleine ohne seine Partei thematisiert als Herausforderin Merkel alleine ohne ihre Partei. BundeskanzlerInnen besitzen somit per se auch ohne ihre Parteien Nachrichtenwert (Galtung/Ruge 1965). Differenziert man nach Sendern, so zeichnen sich die öffentlich-rechtlichen Nachrichtensendungen durch einen geringeren Grad der Personalisierung aus als die Nachrichten der Privatsender. Bei Tagesschau und Heute fällt der Anteil von Berichten, in denen die Parteien ohne die KanzlerkandidatInnen thematisiert werden, höher aus.

5. Zusammenfassung und Fazit

Im vorangegangenen Kapitel sind wir der Frage nachgegangen, ob sich in deutschen Bundestagswahlkämpfen langfristige Trends oder zumindest wiederkehrende Muster in der Berichterstattung über KanzlerkandidatInnen aufzeigen lassen oder sich die Wahlkampfberichterstattung im Lichte des speziellen Kontextes einzelner Wahlen und KandidatenInnenpersönlichkeiten ständig verändert. Zu diesem Zweck haben wir inhaltsanalytische Daten zur Wahlkampfberichterstattung im deutschen Fernsehen im Zeitverlauf, die von Rüdiger Schmitt-Beck zwischen 2005 und 2017 erhoben wurden, untersucht.

Die Wahlkämpfe hatten eine Konstante: Für die CDU und CSU trat jedes Mal Angela Merkel an – und gewann für die Union auch jede Bundestagswahl zwischen 2005 und 2017. Unsere Ergebnisse zeigen, dass AmtsinhaberInnen generell häufiger in den Nachrichten präsent waren als ihre HerausfordererInnen. Dieser Amtsbonus war bei Angela Merkel in den Bundestagswahlkämpfen 2009 bis 2017 stärker ausgeprägt als bei Gerhard Schröder im Jahr 2005. Der Unterschied zwischen den AmtsinhaberInnen und den HerausfordererInnen zeigte sich auch in der Reihenfolge der Berichterstattung. AmtsinhaberInnen wurden häufiger an erster Stelle genannt, was auf die Bedeutung des Amtes hinweist und als Teil des Amtsbonus interpretiert werden kann. Die Berichterstattung über die KandidatInnen war über die Jahre hinweg unterschiedlich thematisch geprägt. Der Wahlkampf 2005 zeichnete sich durch eine starke Betonung von politischen Prozessen aus, was auf das enge Rennen zwischen den

KandidatInnen und die Aufholjagd von Gerhard Schröder hinweist. 2005 war auch der einzige Bundestagswahlkampf innerhalb des Zeitraums, den unsere Auswertung umfasst, in dem Polity-Themen und Polity-Ereignisse durch die Besonderheit der vorgezogenen Neuwahl einen relevanten Anteil an der Berichterstattung der Fernsehnachrichten hatten. In den folgenden Bundestagswahlkämpfen fällt der Anteil der Beiträge über Policy-Themen und -Ereignisse höher aus als 2005. Dies gilt besonders für Merkel: Sie kommt mit jedem Wahlkampf häufiger in Nachrichtenbeiträgen vor, deren Hauptgegenstand politische Inhalte sind. Die Zunahme von Policy-Themen in der Merkel-Berichterstattung spricht zudem gegen die These einer Entpolitisierung der Wahlkämpfe in den Merkel-Jahren. Während die Berichterstattung über AmtsinhaberInnen im Vergleich zu den HerausforderInnen stärker von Policy-Themen geprägt ist, werden HerausforderInnen relativ betrachtet häufiger in Beiträgen thematisiert, die einen Bezug zu politischen Prozessen und dem Wahlkampf aufweisen. Dieses Muster zeigt sich unabhängig von den jeweiligen Personen.

Unsere Befunde deuten außerdem auf eine Entwicklung hinsichtlich eines steigenden Anteils negativer Tonalität in der Berichterstattung über die KanzlerkandidatInnen hin. Um den sich abzeichnenden Trend zu bestätigen, wäre allerdings mindestens ein weiterer Messzeitpunkt notwendig, der uns aufgrund der unterschiedlichen Codierung des Gesamttons der Beiträge zwischen der Inhaltsanalyse 2005 einerseits und 2009 bis 2017 andererseits nicht zur Verfügung steht.

Unsere Analysen zeigen, dass sich nur wenige Anhaltspunkte für lineare Trends im Sinne einer Amerikanisierung bzw. Modernisierung der Wahlkampfberichterstattung im deutschen Fernsehen ausmachen lassen. Größtenteils orientiert sich die Berichterstattung an den Gegebenheiten der verschiedenen Wahlkämpfe und an den Persönlichkeiten der von den Parteien in das Rennen um das Kanzleramt geschickten KandidatInnen. Wenn sich Muster in der Berichterstattung erkennen lassen, dann resultieren diese vor allem aus journalistischen Selektionskriterien, Arbeitsroutinen und Heuristiken und spiegeln in erster Linie Nachrichtenwertfaktoren wider. Das Amt der KandidatInnen spielt dabei die größte Rolle für den Kontext, in dem die KandidatInnen thematisiert werden, aber auch für ihre Sichtbarkeit, was vor allem zu einem Amtsbonus für BundeskanzlerInnen in der Berichterstattung beiträgt. In diesem Sinne finden wir anstelle von linearen Trends eine Kombination aus stabilen journalistischen Berichterstattungsmustern und „The Times They are A-changin“.

Nicht zuletzt unterstreichen diese Ergebnisse die Bedeutung von Längsschnittstudien zur Überprüfung von Trendthesen. Umso größer ist der Verdienst der GLES, die Erforschung von Bundestagswahlen und -wahlkämpfen institutionalisiert zu haben, da auf diese Weise sichergestellt werden kann, dass Wahlstudien über längere Zeiträume hinweg konsistent und unabhängig von einzelnen ForscherInnenpersönlichkeiten durchgeführt werden. In diesem Zusammenhang ist es natürlich umso bedauernswerter, dass die GLES-Inhaltsanalysen mit dem Ende der DFG-Langfristförderung für die GLES im Nachgang der Bundestagswahl 2017 enden. Wenngleich es natürlich auch verständlich ist, dass mit der Ansiedlung der GLES als Infrastrukturprogramm beim GESIS-Leibniz Institut für Sozialwissenschaften eine Fokussierung auf das Umfrageprogramm der GLES einherging. Darüber haben die zwischen 2005 und 2017 durchgeführten Inhaltsanalysen, die im Rahmen dieses Beitrags ausgewertet wurden, zudem bereits einen großen Beitrag dazu geleistet, einige ungeprüfte Mythen der politischen Kommunikationsforschung wie die Amerikanisierung bzw. Modernisierung der Wahlkampfberichterstattung weiter zu entzaubern.

Literatur

- Bieber, Christoph (2000): Millenium-Campaigning. Der US-Präsidentenwahlkampf 2000 im Internet. In: Kamps, Klaus (Hrsg.): Trans-Atlantik – Trans-Portabel? Die Amerikanisierungsthese in der politischen Kommunikation, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 93-108. https://doi.org/10.1007/978-3-322-91627-3_5.
- Clemens, Detlev (1998): Wahlkampf im Internet. In: Gellner, Winand/Korff, Fritz von (Hrsg.): Demokratie und Internet, Baden-Baden: Nomos, 143-156.
- Eberl, Jakob Moritz (2020): Medienbias. In: Borucki, Isabelle, Kleinen-von Königslöw, Katherina, Marschall, Stefan, Zerback, Thomas (Hrsg.): Handbuch Politische Kommunikation. Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-26242-6_3 2-1.
- Galtung, Johan, Ruge, Marie Holmboe (1965): The structure of foreign news: The presentation of the Congo, Cuba and Cyprus crises in four Norwegian newspapers. In: Journal of Peace Research, (2), 64-91. <https://doi.org/10.1177/002234336500200104>.
- Geisler, Alexander/Sarcinelli, Ulrich (2002): Modernisierung von Wahlkämpfen und Modernisierung von Demokratie?. In: Dörner, Andreas/Vogt, Ludgera (Hrsg.): Wahl-Kämpfe. Betrachtungen über ein demokratisches Ritual, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 43-68.
- Hagen, Lutz M., Zeh, Reimar, Berens, Harald (1998): Kanzler und Kontrahent. In: Kamps, Klaus, Meckel, Miriam (Hrsg.): Fernsehnachrichten. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-663-07643-8_15.

- Holtz-Bacha, Christina (2000): Wahlkampf in Deutschland. Ein Fall bedingter Amerikanisierung. In: Kamps, Klaus (Hrsg.): Trans-Atlantik – Trans-Portabel? Die Amerikanisierungsthese in der politischen Kommunikation, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 43-56. https://doi.org/10.1007/978-3-322-91627-3_3.
- Holtz-Bacha, Christina, 2001: Negative Campaigning in Deutschland negativ aufgenommen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 32, 669-677. <http://www.jstor.org/stable/24232334>.
- Holtz-Bacha, Christina (2002): Parteien und Massenmedien im Wahlkampf, in: Alemann, Ulrich Von/Marschall, Stefan (Hrsg.): Parteien in der Mediendemokratie, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 42-56.
- Kamps, Klaus (2000): America ante portas? Grundzüge der Amerikanisierungsthese, in: Kamps, Klaus (Hrsg.): Trans-Atlantik – Trans-Portabel? Die Amerikanisierungsthese in der politischen Kommunikation, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 11-26. https://doi.org/10.1007/978-3-322-91627-3_1.
- Krewel, Mona (2017): Modernisierung deutscher Wahlkämpfe? Kampagnenkommunikation zwischen 1957 und 1965. Baden-Baden: Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783845260785>.
- Krewel, Mona (2020): Wahlkampf. In: Borucki, Isabelle, Kleinen-von Königslöw, Katharina, Marschall, Stefan, Zerback, Thomas (Hrsg.): Handbuch Politische Kommunikation. Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-26242-6_21-1.
- Leidecker, Melanie, Wilke, Jürgen (2015): Langweilig? Wieso langweilig?: Die Presseberichterstattung zur Bundestagswahl 2013 im Langzeitvergleich. In: Holtz-Bacha, C. (Hrsg.): Die Massenmedien im Wahlkampf. Springer VS, Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-06151-7_7.
- Leidecker-Sandmann, Melanie, Wilke, Jürgen (2016): Auf dem Weg zur Konvergenz?. In: Tenscher, Jens, Rußmann, Uta (Hrsg.): Vergleichende Wahlkampfforschung. Springer VS, Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-12977-4_7.
- Leidecker-Sandmann, Melanie, Wilke, Jürgen (2019): Aus dem Rahmen fallend oder eher „middle of the road“?. In: Holtz-Bacha, Christina (Hrsg.): Die (Massen-)Medien im Wahlkampf. Springer VS, Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-24824-6_9.
- Leidecker-Sandmann, Melanie, Schäfer-Hock, Christian, Wilke, Jürgen (2023): Ein Wahlkampf wie kein anderer?. In: Holtz-Bacha, Christina (Hrsg.): Die (Massen-)Medien im Wahlkampf. Springer VS, Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-38967-3_7.
- Marcinkowski, Frank (1996): Politikvermittlung durch das Fernsehen. Politiktheoretische und konzeptionelle Grundlagen der empirischen Forschung. In: Jarren, Otfried/ Schatz, Heribert/Weßler, Hartmut (Hrsg.): Medien und politischer Prozeß. Politische Öffentlichkeit und massenmediale Politikvermittlung im Wandel, Opladen: Westdeutscher Verlag, 201-212. https://doi.org/10.1007/978-3-322-91675-4_12.
- Marschall, Stefan (2000): Amerikanisierung parlamentarischer Öffentlichkeit? Kommunikative Modernisierungsprozesse zwischen Anpassung und Authentizität. In: Kamps, Klaus (Hrsg.): Trans-Atlantik – Trans-Portabel? Die Amerikanisierungsthese in der politischen Kommunikation, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 247-262. https://doi.org/10.1007/978-3-322-91627-3_12.

- Meckel, Miriam/Scholl, Armin (2000): „Amerika, Du hast es besser.“ Politik und Journalismus in den USA und in Deutschland. In: Kamps, Klaus (Hrsg.): *Trans-Atlantik – Trans-Portabel? Die Amerikanisierungsthese in der politischen Kommunikation*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 111-127. https://doi.org/10.1007/978-3-322-91627-3_6.
- Müller, Albrecht (1999): *Von der Parteiendemokratie zur Mediendemokratie. Beobachtungen zum Bundestagswahlkampf 1998 im Spiegel früherer Erfahrungen*, Opladen: Leske + Budrich.
- Plasser, Fritz (2000): 'Amerikanisierung' der Wahlkampfkommunikation in Westeuropa: Diskussions- und Forschungsstand. In: Bohrmann, Hans/Jarren, Otfried/Melischek, Gabriele/Seethaler, Josef (Hrsg.): *Wahlen und Politikvermittlung durch Massenmedien*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 49-67. https://doi.org/10.1007/978-3-322-89002-3_3.
- Radunski, Peter (1980): *Wahlkämpfe. Moderne Wahlkampfführung als politische Kommunikation*, München: Olzog.
- Radunski, Peter (1996): Politisches Kommunikationsmanagement. Die Amerikanisierung der Wahlkämpfe. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *Politik überzeugend vermitteln. Wahlkampfstrategien in Deutschland und den USA. Analysen und Bewertungen von Politikern, Journalisten und Experten*, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 33-52.
- Rattinger, Hans, Roßteutscher, Sigrid, Schmitt-Beck, Rüdiger, Weßels, Bernhard, Krewel, Mona (2015): *Campaign Media Content Analysis, TV*. GESIS Data Archive, Cologne. ZA5306 Data file Version 1.2.0, <https://doi.org/10.4232/1.12211>.
- Rattinger, Hans, Roßteutscher, Sigrid, Schmitt-Beck, Rüdiger, Schoen, Harald, Weßels, Bernhard, Wolf, Christof, Schäfer, Anne, Krewel, Mona, Schmidt, Sebastian (2018): *Campaign Media Content Analysis: TV (GLES 2013)*. GESIS Data Archive, Cologne. ZA5705 Data file Version 1.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.12173>.
- Reinemann, Carsten, Wilke, Jürgen (2000): *Kanzlerkandidaten in der Wahlkampfberichterstattung. Eine vergleichende Studie zu den Bundestagswahlen 1949-1998*. Köln u.a.: Böhlau.
- Reinemann, Carsten, Wilke, Jürgen (2007): *It's the Debates, Stupid! How the Introduction of Televised Debates Changed the Portrayal of Chancellor Candidates in the German Press, 1949—2005*. *Harvard International Journal of Press/Politics*, 12(4), 92–111. <https://doi.org/10.1177/1081180X07307185>.
- Rössler, Patrick, Meinzolt, Artur (2000): *Persönlichkeit erwünscht! Anmerkungen zur eigentümlichen Öffentlichkeit der deutschen Präsidentenwahl*. In: Kamps, Klaus (Hrsg.): *Trans-Atlantik – Trans-Portabel? Die Amerikanisierungsthese in der politischen Kommunikation*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 263-283. https://doi.org/10.1007/978-3-322-91627-3_13.
- Roßteutscher, Sigrid, Schmitt-Beck, Rüdiger, Schoen, Harald, Weßels, Bernhard, Wolf, Christof, Schackmann, Lena Marie, Krewel, Mona, Schäfer, Anne (2018): *Campaign Media Content Analysis, TV (GLES 2017)*. GESIS Data Archive, Cologne. ZA6808 Data file Version 1.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.13186>.

- Schäfer, Anne, Schmidt, Sebastian (2016): Dynamiken der Wahlkampfberichterstattung. Eine longitudinale Analyse der deutschen TV-Berichterstattung. *Publizistik*, 61, 105-122. <https://doi.org/10.1007/s11616-016-0259-7>.
- Schmitt-Beck, Rüdiger, Faas, Thorsten (2006): The Campaign and its Dynamics at the 2005 German General Election. *German Politics*, 15 (4), 393-419, <https://doi.org/10.1080/09644000601062535>.
- Schmitt-Beck, Rüdiger, Krewel, Mona, Wolsing, Ansgar (2010): Bundestagswahl 2005 Kampagnendynamik – Fernsehnachrichtenanalyse. *GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4997 Datenfile Version 1.0.0*, <https://doi.org/10.4232/1.4997>.
- Schoen, Harald (2005): Wahlkampfforschung. In: Falter, Jürgen W., Schoen, Harald (Hrsg.): *Handbuch Wahlforschung*, Hrsg., 661–728. Wiesbaden: VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-05164-8_16.
- Schulz, Winfried (1997): Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung zur Rolle der Massenmedien in der Politik. Opladen: Westdeutscher Verlag. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-93094-7>.
- Schulz, Winfried (2015): Das Medienbild der Kampagne. In: *Medien und Wahlen. Medienwissen kompakt*. Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-00857-4_4.
- Schulz, Winfried, Zeh, Reimar (2003): Kanzler und Kandidat in den Fernsehnachrichten. In: Christina Holtz-Bacha (Hrsg.): *Die Massenmedien im Wahlkampf. Die Bundestagswahl 2002*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2003, S. 57-81. https://doi.org/10.1007/978-3-322-80461-7_4.
- Schulz, Winfried, Zeh, Reimar (2004): Die Fernsehpräsenz der Kanzlerkandidaten im Wandel. Analyse der Wahlkampfberichterstattung 1990–2002. In: Brettschneider, Frank, van Deth, Jan, Roller, Edeltraud (Hrsg.): *Die Bundestagswahl 2002. Schriftenreihe des Arbeitskreises „Wahlen und politische Einstellungen“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW)*, vol 10. VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-322-80998-8_5.
- Schulz, Winfried, Zeh, Reimar (2006): Die Kampagne im Fernsehen — Agens und Indikator des Wandels. Ein Vergleich der Kandidatendarstellung. In: Holtz-Bacha, Christina (Hrsg.): *Die Massenmedien im Wahlkampf*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-90383-5_10.
- Schulz, Winfried, Zeh, Reimar (2010): Die Protagonisten in der Fernseharena. Merkel und Steinmeier in der Berichterstattung über den Wahlkampf 2009. In: Holtz-Bacha, Christina (Hrsg.): *Die Massenmedien im Wahlkampf*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-92509-7_12.
- Schulz, Winfried, Berens, Harald, Zeh, Reimar (1998): Das Fernsehen als Instrument und Akteur im Wahlkampf. Analyse der Berichterstattung von ARD, ZDF, RTL und SAT. 1 über die Spitzenkandidaten bei der Bundestagswahl 1994. *Rundfunk und Fernsehen* 46, 58-79.
- Strücnk, Christoph (2000): Agenten oder Agenturen? Amerikanische und deutsche Parteien in vergleichender Perspektive. In: Kamps, Klaus (Hrsg.): *Trans-Atlantik – Trans-Portabel? Die Amerikanisierungsthese in der politischen Kommunikation*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 199-219. https://doi.org/10.1007/978-3-322-91627-3_10.

- Walter, Annemarie S, Vliegenthart, Rens (2010): Negative Campaigning across Different Communication Channels: Different Ball Games?. In: *International Journal of Press-Politics* 15, 441-461. <https://doi.org/10.1177/1940161210374122>.
- Wilke, Jürgen, Leidecker, Melanie (2010): Ein Wahlkampf, der keiner war? Die Presseberichterstattung zur Bundestagswahl 2009 im Langzeitvergleich. In: Holtz-Bacha, Christina (Hrsg.) *Die Massenmedien im Wahlkampf*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-92509-7_13.
- Wagner, Jochen W. (2005): Deutsche Wahlwerbekampagnen made in USA?: Amerikanisierung oder Modernisierung bundesrepublikanischer Wahlkampagnen. Wiesbaden: VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-663-05625-6>.
- Weischenberg, Siegfried (1998): In Szene gesetzt. Amerikanisierung der Politik, in: *Journalist* 5, 12-16.
- Wilke, Jürgen, Reinemann, Carsten (2001): Do the Candidates Matter?: Long-Term Trends of Campaign Coverage – A Study of the German Press Since 1949. *European Journal of Communication*, 16(3), 291-314. <https://doi.org/10.1177/0267323101016003001>.
- Wilke, Jürgen, Reinemann, Carsten (2003): Die Bundestagswahl 2002: Ein Sonderfall?. In: Holtz-Bacha, Christina (Hrsg.): *Die Massenmedien im Wahlkampf*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-322-80461-7_3.
- Zeh, Reimar (2005): Kanzlerkandidaten im Fernsehen. Eine Analyse der Berichterstattung der Hauptabendnachrichten in der heißen Phase der Bundestagswahlkämpfe 1994 und 1998. Frankfurt am Main: Verlag Reinhard Fischer.
- Zeh, Reimar, Schulz, Winfried (2005): The changing election coverage of German television. A content analysis: 1990–2002. *Communications*, 30 (4), 385-407. <https://doi.org/10.1515/comm.2005.30.4.385>.
- Zeh, Reimar, Schulz, Winfried (2015): Fernsehnachrichten über Kanzlerkandidaten. Die Trends seit 1990. In: Holtz-Bacha, Christina (Hrsg.): *Die Massenmedien im Wahlkampf*. Springer VS, Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-06151-7_8.
- Zeh, Reimar, Schulz, Winfried (2019): Merkel und Schulz im Fernsehen und ein Blick zurück auf acht Wahlkämpfe. In: Holtz-Bacha, Christina (Hrsg.): *Die (Massen-)Medien im Wahlkampf*. Springer VS, Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-24824-6_10.
- Zeh, Reimar, Hopmann, David Nicholas (2013): Indicating mediatization? Two decades of election campaign television coverage. *European Journal of Communication*, 28(3), 225–240. <https://doi.org/10.1177/0267323113475409>.
- Zeh, Reimar, Adrian, Christoph, Schulz, Winfried. (2023): Alles bleibt anders. Die Fernsehberichterstattung über Baerbock, Scholz und Laschet. In: Holtz-Bacha, Christina (Hrsg.): *Die (Massen-)Medien im Wahlkampf*. Springer VS, Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-38967-3_8.

Mirror, Mirror on the Wall: How Social Projection and Social Sampling Interact in the Formation of Public Opinion Perceptions

Simon Ellerbrock, Manuel Neumann¹

1. Introduction

Public opinion perceptions are important for citizens to orient themselves in the political world since they provide a baseline for expectations about political outcomes and the views of their fellow citizens. However, aggregating opinions across millions of citizens in a democracy is an impossible task for individuals. Unsurprisingly, people therefore vary widely in their estimates of public support and opposition across various political issues, such as the death penalty, treatment of asylum seekers, or climate change (Burghartswieser/Rothmund 2021; Leviston et al. 2013; Wojcieszak/Price 2009). Substantial variation in public opinion perceptions, however, inevitably leads to different expectations about political outcomes in representative democracies. If political outcomes – be it election results or specific policies – do not match with people’s expectations, this may lead to disillusionment, disappointment, or doubts about the functioning of democracy.

But how do people come up with their ideas about what the general population thinks of different political issues? How can this variation be explained?

In this study, we build on two prominent perspectives in extant research about how people make up their minds about aggregated public opinion. First, employing a perspective of introspection, scholarship highlighted how individuals rely on internal informational resources and reasoning and project them onto the general public (Fields/Schuman 1976; Krueger 2007; Krueger/Clement 1994; Marks/Miller 1987; Wojcieszak/Price 2009). According to these studies, individuals come to the conclusion that the public predominantly holds views similar to their own, leading to a perception of a *false consensus* (Krueger 1998; Krueger/Clement 1994; Ross et al. 1977). This perspective, however, often neglects the informational cues available

1 Authors are listed in alphabetical order and contributed equally.

in individuals' social environments. Taking this shortcoming into account, a second strand of research examined to what degree individuals' social networks affect their perceptions of views held in society at large. This scholarship focuses on individuals' *social sampling*, meaning their outward-facing inference from their social surroundings to the entire population (Galesic et al. 2012; Lee et al. 2019; Wojcieszak/Price 2009). These studies support the notion that individuals make use of the observed distribution of opinions in their immediate social network and presume the overall distribution of opinions to be similar.

We test the adequacy of these approaches in the case of Germans' perceptions of immigration policy and build and expand on the established literature in two ways. First, we add to the relatively new theoretical and empirical work on the practice of social sampling by considering the neglected dimensionality of differences in social ties. Based on the theoretical argument of the "strength of weak ties" (Granovetter 1973), we argue that the effect of observed opinions on individuals' perceptions differs dependent on their attribution to different social circles. Accordingly, we expect the informational value of opinions among weak ties to be higher and its effect, therefore, stronger. Second, while explanations of projection and social sampling are complementary, there is an apparent lack of studies that treat them as such. Consequently, there is little inquiry into the interaction of both mechanisms, although a substantial mitigation effect of social sampling on projection has been demonstrated in the US context (Wojcieszak/Price 2009). Accordingly, we replicate this interaction with a focus on dissenting views in individuals' networks, again with a novel focus on the heterogeneous effects of opinions held in different social circles.

We take three different steps in this study. In the first step, we treat the perception of public opinion as a product of social projection. Second, we examine the extent to which people also rely on information about the distribution of opinions in their social environments. We hypothesize that next to a person's own position on a political issue, the average perceived positions of their peers inform their perception of public opinion. Additionally, we test our argument that when citizens infer public opinion from their social network, they apply different weights according to the informational value of different ties. As we expect the positions of weak ties to be especially informative to the individual, we analyze whether people particularly use the views held by their acquaintances – in contrast to views held by family or friends – as the best proxy for views held in society at large. Third, we use an integrated approach to test the interaction between

individuals' projection and their inference from their social networks. If people are aware of views different from their own in their social circles, they may question to what extent their own views are shared in the overall population. Therefore, we examine whether the strength of projection is conditional on experiences of disagreement.

To test our hypotheses, we make use of uniquely suited data from the *Conversations of Democracy* project. Designed by Rüdiger Schmitt-Beck, the project was established to provide comprehensive insights into citizens' interconnectedness through political conversations and how such conversations shape their political views and behavior (for more details, see Grill et al. 2018). The main component of the project consists of a two-wave panel survey of 1,600 citizens from the medium-sized German city of Mannheim in 2017 and 2018. We primarily use information about respondents' own positions on immigration, as well as their perceptions of the views held in their network and of the German population's average position on the issue. The panel structure and a host of additional variables allow us to control for a set of alternative explanations.

We find that people engage in social projection but also rely on the information in their social networks. When considering the opinions of others to inform their perceptions of public opinion, people do rely strongly on perceived preferences among their weak ties, namely acquaintances, followed by family and friends. As expected, perceived disagreement with people in their social network leads to a mitigation of social projection. Again, this mitigating effect is strongest if people perceive their acquaintances to hold different views than they do.

Our results show that public opinion perceptions vary widely. Both explanatory approaches prove to be valuable in explaining how this variation comes about: citizens rely on their own views as well as the information in their social networks to make up their minds about public opinion. Our most important findings are the interaction of both effects and the varying informational value from different social circles: experiences of disagreement strongly decrease social projection and especially disagreement with acquaintances seems to lead people to question the universality of their own views. Our study highlights once more the importance of understanding individual citizens as embedded in a complex social network – both when it comes to one's theoretical framework and empirical tests.

2. Explaining citizens' public opinion perceptions

What informs citizens' perceptions of public opinion? We focus on two well-established explanatory approaches²: First, research regarding *social projection* employs an introspective view of the individual as it posits that citizens primarily draw on their own views when they impute the views of others (Fields/Schuman 1976; Ross et al. 1977). Secondly, the social-psychological perspective of *social sampling* treats the individual as embedded in a social network that is influenced by observing the views held within it (Brown et al. 2022; Galesic et al. 2018). In other words, people infer the views of the larger population from their own views and/or from the distribution of views held in their social proximity. Additionally, we follow previously made arguments to combine the two approaches and test them in interaction (see Wojcieszak/Price 2009). Our review of arguments results in our *social projection*, *social sampling*, and *mitigation* hypotheses.

2.1 Social projection

The primary resource people consult when they make assumptions about others are their own views and conclusions (Marks/Miller 1987). This phenomenon – broadly labeled *social projection* – has been comprehensively identified and studied (Allport 1924; Krueger 2007; Robbins/Krueger 2005). In general, social projection is defined as “the process by which people come to believe that others are similar to them” (Krueger 2007: 2). This projection has been observed in various contexts, particularly concerning perceptions of public opinion on political issues or vote shares (Christen/Gunther 2003; Fields/Schuman 1976; Nir 2011; Van Boven et al. 2012; Wojcieszak/Price 2009). As a consequence, social projection is reflected in the prevalence of citizens' mistaken belief that their own position is held relatively more often than the opposite one – leading to the so-called *false consensus effect* (Ross et al. 1977).

In their review, Marks and Miller (1987) attribute this false consensus effect to four possible social-psychological explanations. First, estimations of

2 Of course, these mechanisms are not the only possible mechanisms and do not operate exclusive to alternative explanations. Other popular explanations for public opinion perceptions highlight the importance of awareness of opinion polls (see e.g., Daschmann 2000; Peter/Beckers 2022; Sonck/Loosveldt 2010), news coverage (see e.g., Gunther 1998; Hoffman 2013; Mutz/Soss 1997), or elite cues (see Peter 2021).

overall positions are a “top-of-the-head” phenomenon and one’s own views are cognitively more readily accessible to people than other arguments. Additionally, this may be reinforced by frequent experiences of similarity in encounters within homogeneous social circles. Second, people’s focus of attention on their position leads to a perception of heightened salience for this line of reasoning, which consequently stands out as distinct against other, less considered points of view. Third, individuals may consider others and themselves to be equally rational beings who will almost inevitably come to the same conclusion given their same situational exposition. Finally, individuals may simply be motivated to maintain a positive self-image that is tied to general appreciation and the validation of their position by others.

Given the strong and robust findings of the prevalence of such cognitive processes (Burghartswieser/Rothmund 2021; Glynn 1989; Gvirsman 2015; Robbins/Krueger 2005; van Boven et al. 2012), we expect people to apply social projection also in the case of public opinion about immigration in Germany. In contrast to other applications of this explanation in studies of the false consensus effect (see Ross et al. 1977; Wojcieszak/Price 2009), we posit that this process applies not only to individuals’ judgments of binary outcomes such as support for or opposition to a policy but to their perception of mean positions in the general public regarding a specific policy on a graded scale. More precisely, we expect people to base their estimate of the population’s average position regarding immigration policy on their own position. We call this our *social projection hypothesis*.

2.2 Inference from citizens’ networks

Explaining perceptions through projection employs a psychological perspective that incorporates outside influences only through individuals’ cognitive processing of information about experiences of similarity (see Marks/Miller 1987). This is a rather limited perspective that does make strong assumptions about the nature and effect of individuals’ social interactions, though. In contrast to these individual-level focused explanations, a separate line of social-psychological perspectives has highlighted the importance of available information in individuals’ social networks to explain their perceptions, attitudes, and behavior (see Christen/Gunther 2003; Huckfeldt/Sprague 1995; Lee et al. 2019; Price/Oshagan 1995; Scheufele 2001; Sumaktoyo et al. 2022; Wojcieszak/Price 2009).

We subsume this process under the idea of individuals' cognitive practice of *social sampling* (Brown et al. 2022; Galesic et al. 2018, 2012). Social sampling describes the process of people using cues about the distribution of attitudes or other characteristics in their social proximity (Brown et al. 2022; Sumaktoyo et al. 2022) to make inferences about the overall distribution in the population if they cannot perceive it directly (Fiedler 1996; Galesic et al. 2018, 2012). In other words, given the challenge to observe the distribution of traits in a generalized group, such as the population of a whole country, people refer to available information about these characteristics in their social circles to make an educated guess.

This cognitive process is not unlike Noelle-Neumann's (1974: 44) assumption of individuals use of a "quasi-statistical organ" and their ability to come up with a "quasi-statistical picture of the distribution of opinions which the individual gains from his social environment.". While Noelle-Neumann's and other scholars' interest was not focused on testing citizens' perception formation but primarily their expressive behavior and the eventual aggregation of voiced opinions (see Matthes et al. 2018), scholarship has noted that their metaphors *are* warranted and that people *do* infer opinions in the larger society from distributions in their social circles (Dawtry et al. 2015; Galesic et al. 2012; Lee et al. 2019; Sumaktoyo et al. 2022). Most importantly, people base their estimates of public support for or opposition to different policies on perceived levels of support and opposition in their social circles, such as among family members, friends, or acquaintances (see e.g., Wojcieszak/Price 2009).

Overall, it is apparent that social circles provide a resource for citizens when they make up their minds about distributions in the overall population. This is true for all sorts of characteristics, but most importantly also for political views. Our *social sampling hypothesis*, therefore, states that people perceive public opinion to be similar to the opinions in their social environment. In our case, we expect people's perception of the average opinion of German citizens toward immigration to be influenced by the average positions toward this issue in their social networks.

While scholars have shown that people use their social environment as a proxy to estimate the aggregate opinion of the population, they have not made any assumptions about whether it matters *which* people in their social environments individuals think about when they engage in social sampling. For example, Christen and Gunther (2003) investigated the influence of friends' views on individuals' perceptions but did not investigate the same effect for other types of social ties. Specifically, they only included friends

as they have been rightly understood to be a particularly common source for selective exposure (Marks/Miller 1987) while other, potentially less homogeneous social circles were omitted. In other studies, different relationships were included but not addressed. For example, Wojcieszak and Price (2009) included views of family members, friends, and acquaintances from respondents' conversation networks but then treated the views in the different spheres of individuals' lives as equally important without further distinction in their theoretical considerations or analysis. However, there are valid reasons to expect different social ties to have different impacts on people's perceptions of public opinion.

Importantly, social ties differ in the information they can provide to the individual (Granovetter 1973). While interactions with strong ties are frequent and characterized by high levels of homogeneity (see e.g., Huckfeldt et al. 2005), people experience most of their cross-cutting exposure when it comes to social interactions beyond their most intimate social circles (Eveland et al. 2018; Huckfeldt et al. 2004; Pattie/Johnston 2008). Consequently, the homogeneous and dense network of strong ties, such as family members or friends, is expected to provide relatively little new information when people "sample" from them. In contrast, sampled interactions with weak ties, such as colleagues or neighbors, are more probable to be heterogeneous and provide a variety of insights into other social circles and rather dissimilar contexts (Granovetter 1973; Pattie/Johnston 2008). To that end, a handful of weak ties provides the individual with more information about a wider set of people's views than an equal number of strong ties does. If we ascribe to people an awareness of such differences in informational value, information from weak ties should be more influential for their perception than information from strong ties. We argue that people understand that their closest friends and family members are not representative of the general population but that the broader network of acquaintances might be seen as a window into society at large.

Given this argument, we propose to qualify our *social sampling hypotheses* about the effects of observed positions in social networks based on differences in the strength of ties. More precisely, we expect people to value insights from the perceived views of weak ties more than from strong ties and place more weight on them when forming their judgments about the overall population's opinions than they place on their strong ties.

2.3 The mitigating effect of exposure to disagreement on social projection

Undoubtedly, the two mechanisms are not mutually exclusive. People may both apply social projection and use the information available in their social environments. Thus, we follow previous arguments that both mechanisms must be considered in interaction to arrive at a comprehensive explanation of people's perceptions of public opinion (Wojcieszak/Price 2009; Wojcieszak/Rojas 2011).

The conditionality of social projection on the information available in one's network comes from the level of experienced disagreement. On the one hand, the perception of divergent views in one's social sample may moderate naïve assumptions about the true aggregate opinion, as it can increase the salience of other viewpoints, shift one's focus of attention, and demonstrate that one's conclusions are not necessarily shared by everyone. Therefore, experiences of disagreement may not only change individuals' perceptions of the aggregated distribution in the direction of the positions held in their networks but also mitigate the very cognitive mechanisms that underlie social projection (Marks/Miller 1987). As Barnidge, Sayre, and Rojas (2015), Christen and Gunther (2003), and Wojcieszak and Price (2009) demonstrate, observing diversity of views and experiencing disagreement in everyday political conversations inform individuals' perceptions of public opinion in the expected direction as it mutes social projection in favor of the perceived position of their interlocutors.

On the other hand, people's social environments are far from being representative of the population as a whole and are much more characterized by a high degree of homophily (Huckfeldt 1983; Huckfeldt et al. 2004; McPherson et al. 2001; Mutz 2006). If people are situated in homogeneous networks, sampling social instances to assess a population's distribution can be similarly biased as if people applied social projection (Galesic et al. 2012; Lee et al. 2019; Sumaktoyo et al. 2022). In the extreme but relatively common case of homogeneous social environments, people may not need to question their projection because they do not encounter information that contrasts their views. Quite the opposite: reinforcing experiences of similarity may feed the very cognitive processes that underlie the false consensus effect (Marks/Miller 1987).

Thus, the strength of social projection should be understood as contingent on peer information if we want to arrive at a more comprehensive explanation for differences in public opinion perceptions. Specifically, we expect the relationship between an individual's own position on immig-

ration and their public opinion perception to vary depending on their exposure to dissenting viewpoints in their networks. When people lack exposure to different political views, they may severely overestimate support for their own position in the general public. Heterogeneous networks, in contrast, may serve as a ‘reality check’ for people thus leading to less social projection (Christen/Gunther 2003; Dawtry et al. 2015; Sumaktoyo et al. 2022; Wojcieszak/Price 2009; Wojcieszak/Rojas 2011). Accordingly, our *mitigation hypothesis* states that being exposed to dissenting viewpoints in their networks lowers the levels of social projection applied by individuals when they estimate the mean position held in society at large.

3. Data and methods

3.1 Data source

To test our hypotheses, we rely on survey data from the *Conversations of Democracy Project (CoDem)*. The project, initiated and designed by Rüdiger Schmitt-Beck, aims to shed light on the interconnectedness of citizens through their daily political conversations, and challenges and remedies for democracy that follow from differences in those interactions. A correspondingly designed face-to-face survey of 1,600 German citizens from the medium-sized city of Mannheim was conducted in a two-wave panel design in 2017-2018. The first wave was fielded in the months leading up to the German *Bundestag* election in 2017 and respondents were re-approached for participation in the second wave in January 2018.³

The data provides an excellent opportunity to test the above-presented explanations for people’s perceptions of public opinion on immigration in a setting where the issue was highly salient. The data was collected during an election campaign strongly focused on the issue of immigration. Additionally, the issue was of particular importance in Mannheim given public debates surrounding refugee reception centers, the success of the populist radical right party in previous years, and an overall very high level of residents with a migration background (Stadt Mannheim, Fachbereich Arbeit und Soziales 2017).

3 For further details about the project, data, and field work, see Grill et al. (2018).

3.2 Dependent variables

We use three different dependent variables in our analyses. First, we explain differences in individuals' perceptions of public opinion on the issue of immigration. Second, we are interested in the change in their perception of public opinion between the two survey waves. And third, we focus on deviation from social projection in the form of the absolute difference between people's own views and their perceptions of public opinion.

To measure individuals' perception of public opinion, respondents were asked to indicate how they think the German population – on average – stands on the issue of immigration on a scale ranging from 0 to 10, where 0 indicates that the general population is strongly in favor of facilitating immigration and 10 indicates that the general population is strongly in favor of restricting immigration into the country. In contrast to common measures of false consensus perceptions where respondents are asked to indicate population shares supporting/opposing a policy, this dimensional scale allows us to measure nuances in differences in public opinion perceptions. Going beyond the dichotomy of support and opposition mirrors more closely the decision formation in consensual democracies that are based on compromise.

In a second model, to get closer to a causal estimate of the relationship between someone's own position and their perceptions of public opinion, we make use of the panel design of the survey. For this analysis, we are interested in changes in the perception of public opinion as the dependent variable. We subtract the public opinion perception in the second survey wave from that in the first survey wave. Higher values of the resulting measure indicate that over time a respondent perceived the public opinion to have shifted in the direction of stronger opposition towards immigration.

Finally, to uncover the effects of projection conditional on dissenting views in citizens' immediate networks, we eventually change our dependent variable to capture respondents' level of projection, meaning to what extent individuals' perception of public opinion aligns with or differs from their own views. Analogous to their perception of public opinion, respondents were asked to indicate on a scale from 0-10 how much they favor (0) or oppose immigration (10). We measure the level of projection as the absolute difference between an individual's position on immigration and their perception of public opinion. Thus, the measure takes on the value 0 if a respondent perceives the German population on average to hold their own views and increases up to 10 in case a respondent is strongly opposed

to immigration and perceives the general population to be strongly in favor of immigration or vice versa. Admittedly, our last dependent variable does not ideally measure social projection. Respondents who themselves hold the same position as society at large are assumed to fully project their views onto the general public. However, it is also possible that those people are fully aware of the distribution in society and happen to hold those views themselves. With only one issue to measure public opinion perceptions, we are unable to account for that. However, less than ten percent of respondents occupy the position closest to our approximation of the 'true' public opinion on the issue and thus we are confident that our results are not severely biased by this shortcoming (see section 3.5). Future research may be able to measure public opinion perceptions based on multiple issues to overcome this problem.

3.3 Independent variables

In the first step of the analysis, the main independent variable is the respondent's position on immigration, measured as mentioned above. In addition to their own views and the perceived public opinion, respondents stated what they thought their family members', friends', or acquaintances' average position was on the issue of immigration on the same scale ranging from 0 to 10. These items are used to estimate the impact of social sampling on public opinion perceptions. Lastly, to uncover to what extent social projection depends on dissenting views in individuals' networks we calculate a measure of disagreement between the respondent and each of their networks. We calculate the absolute difference between an individual's position on immigration and the perceived position in their family, among their friends, and among their acquaintances, respectively. This indicates the degree to which respondents' networks signal to them that their own views are not broadly shared.

3.4 Control variables

We adjust our estimates with a rigorous set of control variables that are likely to both influence citizen's views on the issue of immigration and their perception of public opinion. In all models, we account for differences in socio-demographic backgrounds. We control for age and gender (taken

from the register sample, 0 = male, 1 = female). Employment status (0 = marginal employment or not employed [incl. students, pensioners, and people in charge of domestic work], 1 = at least part-time employed) might impact views on immigration given the perceived competition in the labor market (Hainmüller/Hiscox 2007), and being employed may lead to higher exposure to a variety of different people. Conditional on their education background people vary in their immigration attitudes (Cavaille/Marshall 2019) and more educated people tend to be more informed about public opinion (Stoekel et al. 2021). Thus, we adjust our estimates for differences in education (0 = not qualified to acquire tertiary education [no Abitur/Fachhochschulreife], 1 = qualified [Abitur/Fachhochschulreife]). Lastly, yet importantly, we control for migration background (0 = both parents born in Germany, 1 = at least one parent born outside of Germany) given that people with a migration background are likely to hold more favorable views towards immigration (Becker 2019) and given their potential exposure to discrimination (Esses 2021) they might perceive the public opinion as more hostile towards immigration.

In our final model in which social projection serves as the dependent variable, we expand the set of controls to include variables that are likely to impact a person's desire to align their views with the majority views in the overall population or that provide people with information leading them to reduce or increase their level of social projection. These controls can be broadly grouped into three categories: respondents' relation to the issue, media consumption, and political and psychological predispositions. We control for the importance attributed to the issue of immigration (0 = not important at all, 1 = not so important, 2 = rather important, 3 = very important) and how certain the respondent is of their own position (0 = not certain at all, 1 = not so certain, 2 = rather certain, 3 = very certain). In addition, we control for issue extremity, which is measured by mid-folding respondents' scores on the issue. Given that we use the difference between respondents' own positions and their public opinion perceptions as a dependent variable, people at the extremes can by construction of the variable have higher values on this variable. At the same time, people at the extremes can have higher values in our measures of network disagreement and might also have a harder time surrounding themselves with like-minded people given the distribution of views in society. Controlling for issue extremity should thus shield us from overestimating the effects of network disagreement.

Given that many people might form their own opinions about political issues and their perception of public opinion based on media consumption, we control for consumption of newspapers, public and private broadcasting, and online news as well as social media use (Barnidge et al. 2015; Gunther/Christen 2002; Neubaum/Krämer 2017). The variables for public or private broadcasting and online news consumption take on the value 1 if a respondent reported to consume any of these media channels at least once a week and zero if they did not. Social media is similarly measured dichotomously (0 = no social media⁴, 1 = at least sometimes). We further control for political interest (0 = not at all, 1 = very little, 2 = moderate, 3 = strong, 4 = very strong), the strength of party identification (0 = none⁵, 1 = very weak, 2 = rather weak, 3 = moderate, 4 = rather strong, 5 = very strong) and internal political efficacy based on a two-item additive scale⁶. To adjust our estimates for differences in psychological predispositions that might impact people's need to align their own views with majority views or vice versa as well as people's predisposition to thoroughly evaluate political topics, we control for an individual's need to belong (additive scale based on two items⁷), need for cognition⁸, and fear of evaluation (additive scale based on two items; see also Nir 2011)⁹. Higher values for the three variables indicate a stronger need to belong, a stronger need for cognition, and stronger fear of negative evaluation, respectively. To account for people's embeddedness in social networks as well as the amount and variety of political discussions they are likely to have, we also control for the number of people a respondent has talked to about politics in the six months preceding the interview (0 = 1-5 persons, 2 = 6-10 persons, 3 = 11-15

4 Respondents who did not know whether they used social media were assumed to not use social media.

5 Respondents who did not know whether they identified with a particular party were coded as 0.

6 We use two items that measure respondents' agreement with the following statements on a five-point scale: "I am perfectly able to understand and assess important political questions" and "Politics is so complicated that someone like me does not understand what is going on" (reverse-coded).

7 These items measure agreement to the following statements: "It would bother me if no one wanted to be around me" and "One of the worst things that can happen to me is to be excluded by people I know".

8 We use a measure of agreement to the following statement: "I find little satisfaction in thinking deeply about things for hours" (reverse-coded).

9 We add agreement scores on a five-point scale to the two statements: "I worry that I will say or do the wrong things" and "I worry about what other people think of me."

persons, 4 = 16-20 persons, 5 = 21-25 persons, 6 = more than 25 persons). All control variables have been rescaled to range between 0 and 1.¹⁰

3.5 ‘True’ public opinion

To give an approximation of the extent to which individuals’ perceptions of German public opinion scatter around the ‘true’ public opinion in our visualizations, we also use data from the German Longitudinal Election Study 2017 pre-election survey (GLES 2019), a survey based on a representative register sample of the German population that was collected at a similar time as the main dataset we employ here. Using this dataset, we calculated the mean position on immigration on an identical scale from 0 to 10.¹¹

3.6 Methods

To understand the extent to which citizens use social projection to arrive at an estimate of public opinion (*social projection hypothesis*), we apply multiple regression analyses with respondents’ own positions on immigration as the independent variable and their perception of the mean opinion in the German population as the dependent variable. Secondly, we apply a difference-in-difference design using the panel structure of the survey data and regress the changes in public opinion perceptions on changes in individuals’ own positions on the issue of immigration.

Thirdly, we run our regressions while accounting for positions on immigration held in the circles of families, friends, and acquaintances to test our *social sampling hypothesis*.

In a final step, we test the *mitigation hypothesis* by switching our dependent variable to measure differences between people’s own views on immigration and their public opinion perception and regress this measure on disagreement with family members, friends, and acquaintances to understand to what extent exposure to dissenting viewpoints might mute the

10 One percent of respondents reported to not have talked about politics at all. These cases are excluded from the analyses.

11 We used a design and transformation weight that accounts for discrepancies between the sample and the overall population regarding gender, age, education, regional population, and East vs. West Germany.

social projection and correspondingly increase the difference between one's own position and their perception of public opinion.

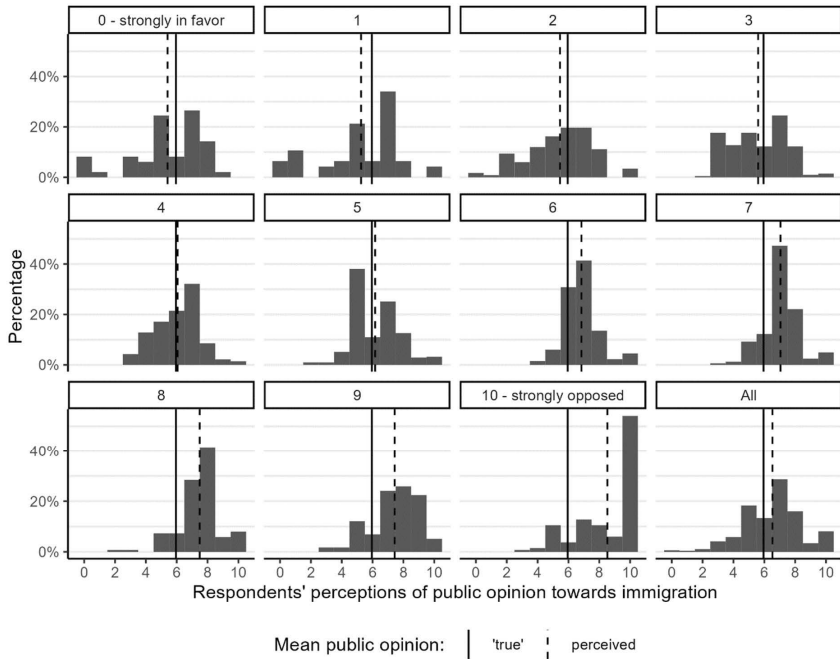
4. Results

4.1 Social projection

We start the analyses with a description of the association between citizens' own positions on the issue of immigration and their perceptions of the overall views held by the German population. Although it would be normatively desirable for people to share a common public perception, this is far from reality.

People's perceptions of the position on immigration in the general population vary widely. Importantly, these differences in what people conceive of as the mean position on the issue are highly conditional on their own views. Figure 1 shows the effect of individuals' own views (displayed in the separate panels) on the distribution of public opinion perceptions. The more people favor/oppose immigration, the more they think that the German population at large favors/opposes immigration. In other words, the mean perception of public opinion (vertical dashed lines) steadily changes with increasing opposition towards immigration on the respondents' part. The solid vertical lines show the 'true' public opinion calculated based on a representative sample of German citizens (ibid.). On average people in Germany are rather opposed to immigration, scoring 5.9 on a scale ranging from 0 to 10. Yet, people who are strongly in favor of immigration themselves perceive public opinion to be at 5.4 (dashed line in panel 1), thus slightly underestimating opposition to immigration. In contrast, individuals who strongly oppose immigration (10) severely overestimate to what extent the overall population shares their views. On average those people perceive the public to score 8.5 on a scale from 0 to 10. Strikingly, over 50 percent of them think that – overall – Germans are equally opposed. This is a strong first indication of our *social projection hypothesis* that states that people rely on their own views when making up their minds about the population's average opinion.

Figure 1: Public opinion perceptions depending on individuals' positions on immigration

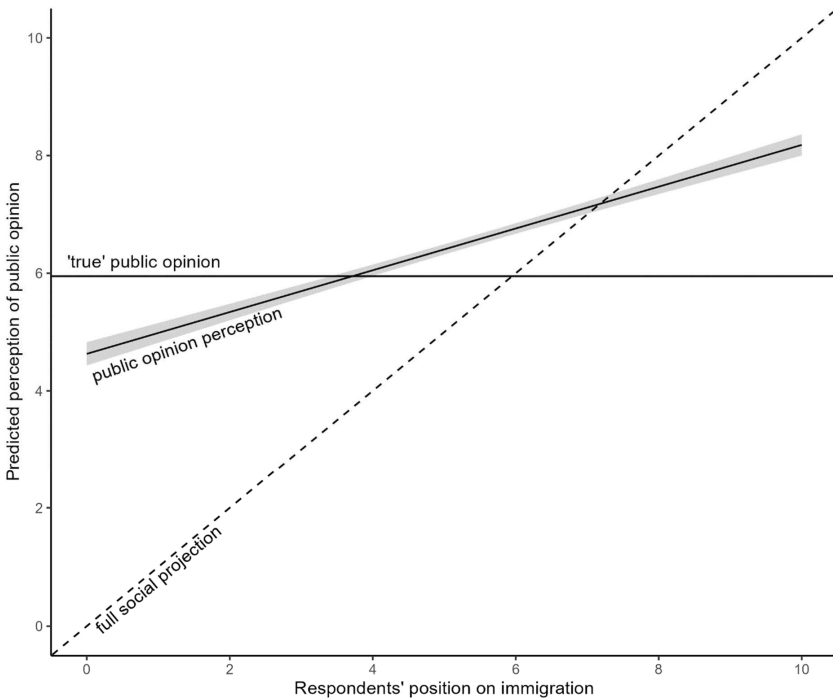


Note: Dashed vertical lines display mean public opinion perceptions in each subgroup (conditional on individuals' own positions) and solid vertical lines show the 'true' public opinion in the German population (ibid.). Higher values indicate stronger opposition to immigration.

It is unclear, however, whether this relationship persists in a multiple regression analysis in which we adjust for socio-demographic variables. The multiple regression confirms that individuals strongly infer the public opinion from their own views. M1 in Table 1 shows that with every scale point increase in a respondent's opposition toward immigration, on average, they perceive the German public to be 0.36 scale points more opposed as well. While this also indicates that people do not perfectly project and probably rely on a variety of sources to infer what the general public thinks, it still shows that people's projection can lead to severely distorted and strongly varying perceptions of public opinion. Figure 2 shows the effect of differing views held by individuals on their predicted perception of public

opinion (solid line). Again, the graph shows that people who strongly favor immigration underestimate the general opposition toward immigration and people who strongly oppose immigration misperceive the population as being, on average, more opposed.

Figure 2: Predicted perception of public opinion conditional on individuals' positions on immigration



Notes: The solid horizontal line shows the 'true' public opinion calculated based on a representative sample of German citizens. The diagonal dashed line displays a scenario where citizens solely infer the public opinion from their own position. The grey area displays a 95 percent confidence interval. Predictions are based on Model M1 in Table 1.

This cross-sectional analysis, however, might overestimate the social projection effect due to unobserved confounding variables.¹² To overcome this limitation – at least partially – in the next step we apply a difference-in-difference design. As respondents were invited to participate in the second panel wave, they were again asked to indicate their own position toward immigration and their public opinion perception regarding the issue several months later, after the German *Bundestag* election. We calculate the differences between respondents' perception of the public opinion in wave 1 and wave 2 and regress it on the change in their own position toward immigration between wave 1 and wave 2 to account for any time-invariant confounders. M2 in Table 1 confirms our previous findings. As people change their own views, they project it onto the overall population: a change of one scale point towards more opposition to immigration is associated with a 0.34 increase in the perceived opposition in the German population. Therefore, both in a cross-sectional and in a longitudinal analysis, we find support for our *social projection hypothesis*.

12 A second caveat is the direction of the effect, as it has been shown that people not only project their views onto society at large but people also adapt their stated opinions to conform with societal norms. This reverse causal relationship has been termed 'bandwagon' or 'contagion effect' (Schmitt-Beck 2015). In essence, social projection and the bandwagon effect are mirror images of one another. However, we cannot disentangle the relationship from the data we have at hand. Yet, the specific issue and political as well as regional context we are investigating make it unlikely for people to be strongly influenced by public opinion. Bandwagon effects are more likely to occur when citizens are confronted with an issue that they do not have much information about other than what they know about the stance of society at large (ibid.: 3). However, we investigate the issue of immigration which was at the forefront of political discourse prior to the *Bundestag* election in 2017, when the survey was fielded (Dostal 2017). In addition, the respondents are likely to have many points of contact with the issue of immigration, given that they all reside in Mannheim, a city in which over 40 percent of residents have a migration background and which had several central refugee reception centers at the time of the survey (Stadt Mannheim, Fachbereich Arbeit und Soziales 2017). While this is not conclusive evidence of pure social projection it should make our evidence more indicative of the presence of the theoretical mechanism we propose.

Table 1: Explaining perceptions of public opinion

	M1: Public opinion perception	M2: Δ Public opinion perception	M3: Public opinion perception	M4: Deviation from full projection
Issue (resp.)				
Position	0.36 (0.02)***		0.18 (0.03)***	
Δ Position		0.34 (0.03)***		
Issue extremity				0.73 (0.18)***
Issue importance				-0.10 (0.22)
Position certainty				-0.17 (0.25)
Issue (networks)				
Position (family)			0.11 (0.03)***	
Position (friends)			0.08 (0.03)*	
Position (acquaint.)			0.16 (0.03)***	
Disagreement (family)				0.13 (0.04)***
Disagreement (friends)				0.11 (0.04)**
Disagreement (acquaint.)				0.36 (0.04)***
Socio-demographics				
Migration background	0.07 (0.10)	-0.15 (0.18)	0.08 (0.11)	0.08 (0.12)
Age	0.15 (0.22)	-0.36 (0.37)	-0.15 (0.23)	-0.39 (0.31)
Female	0.21 (0.09)*	0.00 (0.14)	0.22 (0.09)*	0.41 (0.10)***
High education	0.20 (0.09)*	-0.10 (0.15)	0.22 (0.10)*	0.31 (0.11)**
Employment	0.18 (0.10)	-0.14 (0.16)	0.18 (0.10)	0.08 (0.11)
Media				
Newspaper				-0.17 (0.14)
TV (public)				0.17 (0.15)
TV (private)				-0.17 (0.10)
Online news				0.19 (0.13)
Social media				0.06 (0.12)
Predispositions				
Political interest				-0.07 (0.25)
PID strength				-0.04 (0.15)
Internal efficacy				0.34 (0.28)
Need to belong				0.18 (0.23)
Need for cognition				0.17 (0.16)
Fear of evaluation				-0.12 (0.23)
Network size				0.09 (0.17)
Constant	4.24 (0.18)***	0.09 (0.28)	3.26 (0.23)***	0.23 (0.40)
R2	0.23	0.12	0.28	0.27
Adj. R2	0.23	0.12	0.27	0.25
Num. obs.	1,480	814	1,274	1,138

Notes: Dependent variables are the perceived public opinion on immigration (M1, M3), the change in public opinion between survey waves one and two (M2), and the absolute difference between respondents' own position on immigration and their perception of the mean public opinion (M4). M1, M3, and M4 are based on all respondents with valid information on all included variables in wave 1. M2 is based on all respondents who participated in both survey waves. *** p < 0.001; ** p < 0.01; * p < 0.05

4.2 Social sampling to infer public opinion

Thus far, we have shown that people project their own views onto society at large. Yet, the analyses have neglected the social embeddedness of citizens and how they might infer not only from themselves but use the socially provided information as a proxy for public opinion. Therefore, in the next step, we test to what extent individuals use information available in their social networks to infer public opinion.

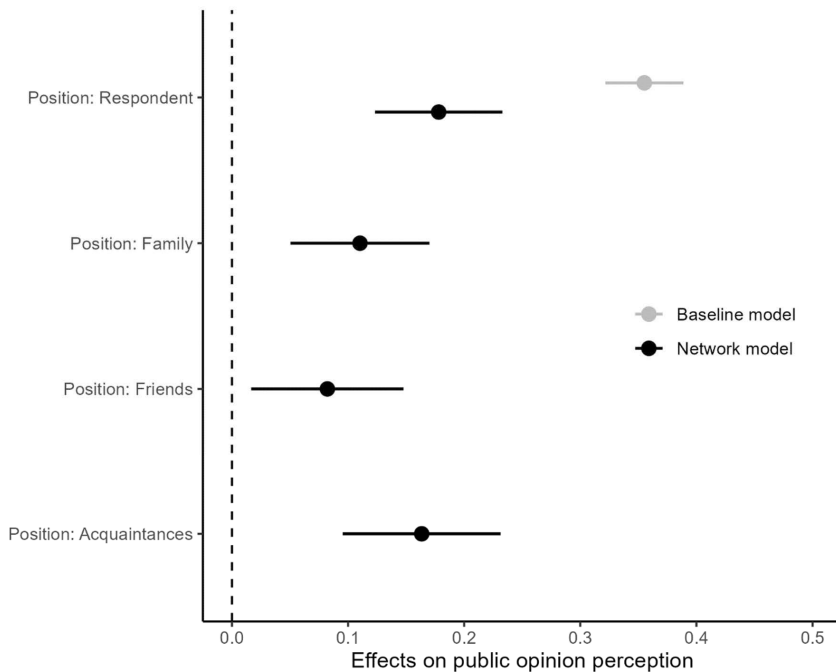
In line with previous research (see Galesic et al. 2018, 2012), respondents also applied social sampling as a mechanism to estimate the position toward immigration in society at large: based on our regression including the perceived positions of family members, friends, and acquaintances, individuals perceive the public opinion to be more opposed to immigration the more opposed their networks are. This lends support to our *social sampling hypothesis*.

Importantly, we observe that the position held among acquaintances exerts the strongest effect on individuals' public opinion perceptions.¹³ Figure 3 shows the corresponding effects, displaying that a one-point increase in the position among family members, friends, or acquaintances is associated with a perception of increased opposition in the public of 0.11, 0.08, and 0.16, respectively (see M3 in Table 1). The larger network of acquaintances seems to serve as a particularly useful shortcut that people rely on when making up their minds about the mean opinion in their country, lending partial support for our qualification of the *social sampling hypothesis*.

The presented analyses further indicate that part of what might be referred to as a social projection bias can be attributed to inference from social networks. Figure 3 displays the change in the estimated impact of respondents' own position once we control for the positions held in respondents' networks (top row in Figure 3). If we do not account for the fact that people connect with similar people (Ellerbrock 2022; Huckfeldt 1983; McPherson et al. 2001), the analyses result in an overestimation of the social projection effect. However, even when controlling for the positions held among network members, we still find a statistically and substantively significant relationship between one's own position and their perception of public opinion.

13 It should be noted that the differences between the effects of the position in the networks of families, friends, and acquaintances fail to reach conventional levels of statistical significance.

Figure 3: Network effects on public opinion perception



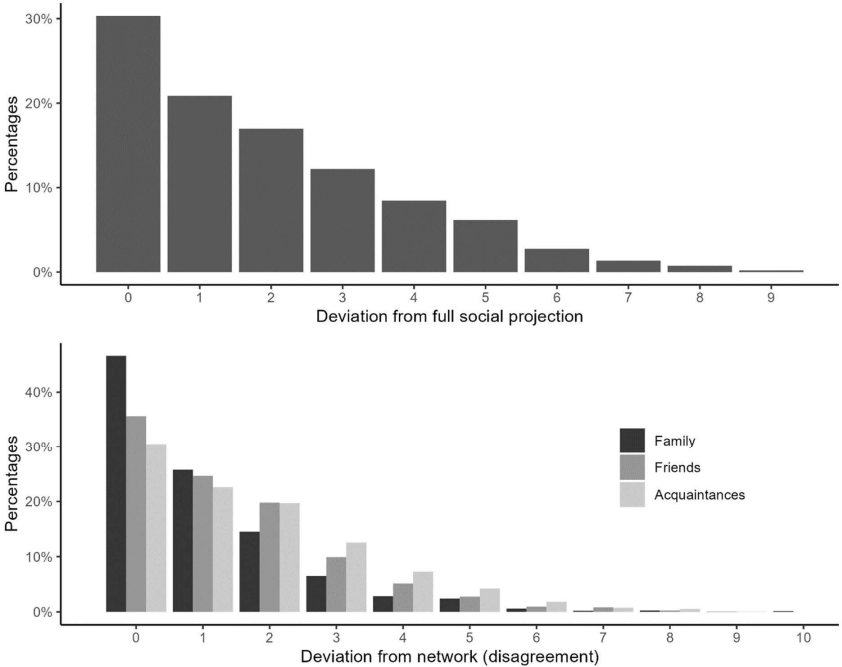
Notes: Displayed are unstandardized OLS estimates from regression analyses only taking individuals' positions on immigration into account (grey dot) and from a model taking positions held in individuals' networks into account (black dots). Dependent variable: public opinion perception. Horizontal lines display 95 percent confidence intervals. Effects are based on Model M3 in Table 1.

4.3 Disagreement as a reality check

In the first step of our analysis, we have demonstrated that individuals' projections can lead to severely distorted and naïve imaginations about the views held by their fellow citizens. Yet citizens do not solely rely on introspection but infer the public opinion based on their social networks. While beliefs held in citizens' networks are more often than not very similar to their own beliefs, many people are still embedded in networks that hold views dissimilar from their own (Ellerbrock 2022; Huckfeldt et al. 2004; Minozzi et al. 2020). We finally pose the question of whether people's

exposure to these deviant positions leads them to rely less on their own views when estimating the views held by the population at large.

Figure 4: Deviation from social projection (top) and disagreement with networks (bottom)



Note: The upper panel displays the distribution of the absolute differences between individuals' positions toward immigration and their perceptions of public opinion toward immigration in Germany. The lower panel shows the absolute difference between respondents' position towards immigration and the positions held in their networks of family (black), friends (dark grey), and acquaintances (light grey).

While in all previous analyses, we estimated the impact on the directional public opinion perception (public for to public against immigration), we now change our outcome variable of interest to a measure of the difference between respondents' own positions and their public opinion perception. This measure increases as people perceive public opinion to deviate more from their own views. Consequently, a value of 0 indicates that a respondent perceives the German population, on average, to be congruent with

their position on immigration.¹⁴ The upper panel in Figure 4 displays the distribution of this measure. Around thirty percent of respondents think that the German population is on average on the exact same position as they are and over half of all respondents think that the mean public opinion on immigration only deviates from their own by one scale point or less. On average, respondents think that their own position deviates from the public opinion in the country by 1.9 scale points, once again indicating a strong alignment of individual views and public opinion perceptions.

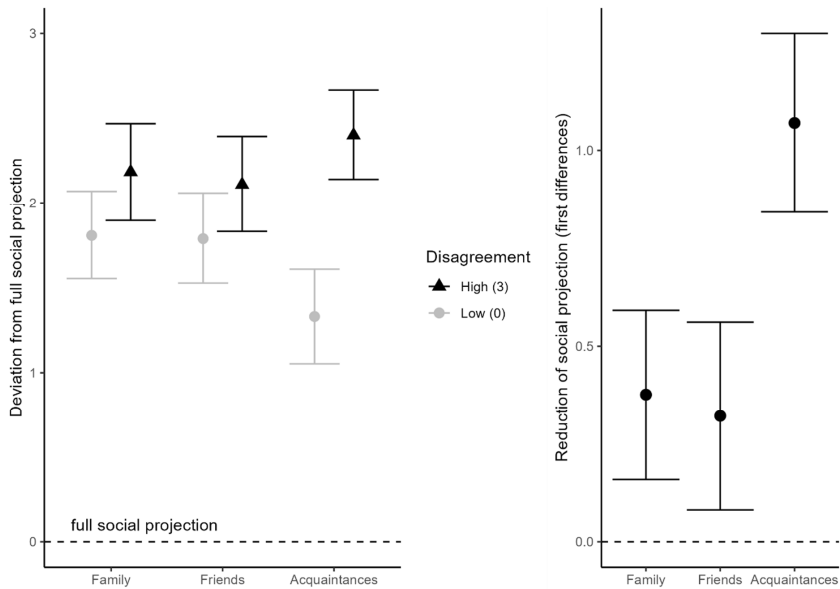
To measure individuals' exposure to disagreement through their networks, we take the absolute difference between a respondent's position on the issue of immigration and the perceived position in the networks of family, friends, and acquaintances, respectively. In line with previous research and our theoretical expectations (e.g., Granovetter 1973; McPherson et al. 2001; Min/Wohn 2020; Morey et al. 2012), the similarity in issue positions decreases as the intimacy of the relationship decreases. About 47 percent of people perceive their family, on average, to share their exact position on the issue of immigration. In contrast, only 36 percent think that their friends share their exact views and 30 percent perceive their acquaintances to fully agree with them. Thus, the networks of acquaintances are most likely to put people in a position where they must question the universality of their own beliefs.

Our analysis shows that disagreement on the issue of immigration in any social circle leads people to perceive the public opinion to be more different from their own position, thus replicating previous findings from the U.S. (Wojcieszak/Price 2009; Wojcieszak/Rojas 2011) and lending support to our *mitigation* hypothesis. Importantly, though, exposure to dissenting viewpoints through acquaintances seems the strongest attenuating factor to social projection. Not only are encounters with acquaintances most likely to expose people to divergent viewpoints but when they do, they lead people to engage in much less social projection. The left panel in Figure 5 shows how perceiving the respective networks (x-axis) as agreeing (circles) or disagreeing (triangles) affects how much people's public opinion perceptions deviate from their own views (y-axis). The right panel shows simulated

14 It should be noted that the degree to which people's perceptions of public opinion as well as their networks can deviate from their own views depends on the extremity of their own position. People occupying the mid-point can only reach scores up to five while people at the extremes can reach values of up to ten. This is taken into account in the multiple regression by adjusting the estimates for the extremity of the position (see also our section on control variables).

first differences that indicate how much social projection is attenuated depending on the disagreement experienced in the different networks. We chose a difference of three scale points as a reasonable quantity of interest for network disagreement because it can be conceived as a substantially relevant divergence in views and is still relatively common to be experienced by citizens (13, 20, and 27 percent with family, friends, and acquaintances, respectively).

Figure 5: Effects of network disagreement on reducing social projection



Notes: The left panel displays the predicted difference between respondents' position on immigration and their perception of the mean public opinion (y-axis) conditional on different levels of disagreement (triangles = high; circles = low) with different networks (x-axis). The dashed horizontal line shows zero difference between respondents' position and their public opinion perception (full social projection). The right panel shows the simulated first differences between high and low disagreement in the different networks (reduction of social projection). Vertical lines display 95 percent confidence intervals. Predictions are based on Model M4 in Table 1 with all covariates held at their respective means.

Whether people are exposed to positions different from their own in their contexts of family or friends impacts their social projection substantially. For people who experience disagreement with friends or family, the dif-

ference between their own position and their public opinion perception is around 0.38 and 0.32 scale points higher compared to people who experience no disagreement with these networks (see right panel in Figure 5). However, particularly realizing that acquaintances such as neighbors, colleagues, or generally people one meets on rare occasions do not share one's views leads people to reflect on the possibility that their own views may deviate from the overall population. The reduction of social projection amounts to over one scale point when people experience disagreement with their acquaintances. Conversely, this means that people read agreement within this network as a cue that society at large shares their views. This is a strong indication that weak ties in particular serve as a window into the world and as a reality check when people infer public opinion.¹⁵

5. Conclusion

Citizens vary strongly in their perceptions of what the population at large thinks about pressing issues. Extant research has attributed this phenomenon to the cognitive processes of *social projection* (see, e.g., Krueger 2007; Krueger/Clement 1994; Marks/Miller 1987; Wojcieszak/Price 2009) and *social sampling* (see e.g., Brown et al. 2022; Galesic et al. 2018, 2012). In our study, we tested these explanatory approaches in the context of the highly salient issue of immigration policy in Germany. Based on uniquely suited survey data collected in the city of Mannheim containing detailed information on views held by citizens and their networks about the issue, we empirically showed that people strongly infer public opinion in the wider population based on their own views (social projection) as well as the issue positions in their networks of families, friends, and acquaintances (social sampling). By combining a measure of social projection with information on dissenting views in individuals' networks, we show that social projection is profoundly attenuated when people realize that their views are not shared in their networks.

We advanced previous research by making an argument for the distinct effects of different social ties. We show that information from weak ties

15 It should be noted that a deviation from social projection need not entail that people's perceptions of public opinion become more accurate. For people who occupy the mean position held in society at large, experiencing disagreement might even lead to misperceptions. Yet, this study aims to explain how people form their perception rather than explain accuracy in perceptions.

seems to be most influential on how individuals perceive overall public opinion. Not only do people use weak ties as the best proxy for the average opinion in society at large, but they also conclude more strongly that they are not aligned with the populations' aggregated views when confronted with weak-tie disagreement. Because we cannot test the potential mechanisms behind these heterogeneous network effects, our findings should be viewed as initial results that indicate an important, yet understudied dimensionality of network effects on public opinion perceptions. Future studies should take the differences between social ties into account and elicit the conscious or unconscious heuristics that people rely on when inferring from these different groups.

There are additional characteristics of this study that merit further investigation or require replication: we extend previous literature by examining social projection not in terms of opposition to and support for specific policies, but in terms of a position on a graded scale between two extreme positions. This represents more closely the context of consensus orientation in multi-party systems. We are, to the best of our knowledge, the first to replicate the mitigation effect through network disagreement outside of the most commonly studied context of the two-party system in the U.S. (see Wojcieszak/Price 2009). Yet, we are aware of the very specific context of our case, given the high salience of the issue of immigration during the field period of our survey (Dostal 2017). To test the transferability of our findings, future studies should include public opinion perceptions of multiple issues that vary in terms of available information on the topic, salience, and overall distribution of public opinion. This may enable future research to solve the problem that for people who are solely surrounded by people who share their views, the effects of social projection and social sampling cannot be disentangled. With multiple issues, researchers will increase the likelihood for people to have disagreeing networks on at least one of them. Also, differences in salience and available information can help to differentiate social projection from its reverse effects, the bandwagon or contagion effect. Unfortunately, with the data at hand these effects cannot be disentangled.

Our findings once more underline the important role that experiencing disagreement in one's social environment plays for citizens political lives, which has been shown to impact political attitudes (Kim 2015; Mutz 2006; Pattie/Johnston 2008) and behavior (Bello 2012; Mutz 2006; Nir 2005). We also highlight that disagreement impacts the cognitive processes that citizens employ to orient themselves in the world of politics by attenuating

their naïve practice of projecting their own reasoning onto the broader public (Wojcieszak/Price 2009; Wojcieszak/Rojas 2011). This highlights once more the challenges that arise when people shy away from a fundamental part of a pluralistic system: political disagreement. After all, experiences of disagreement show people that views held in society at large are not mere mirror images of their own convictions.

References

- Allport, Floyd H. (1924): The Group Fallacy in Relation to Social Science. In: *American Journal of Sociology* 29(6), 688–706. <https://doi.org/10.1086/213647>
- Barnidge, Matthew/Sayre, Ben/Rojas, Hernando (2015): Perceptions of the Media and the Public and their Effects on Political Participation in Colombia. In: *Mass Communication and Society* 18(3), 259–280. <https://doi.org/10.1080/15205436.2014.923463>
- Becker, Charlotte C. (2019): The influence of a migration background on attitudes towards immigration. In: *Social Inclusion* 7(4), 279–292. <https://doi.org/10.17645/si.v7i4.2317>
- Bello, Jason (2012): The dark side of disagreement? Revisiting the effect of disagreement on political participation. In: *Electoral Studies* 31(4), 782–795. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2012.06.004>
- Brown, Gordon D.A./Lewandowsky, Stephan/Huang, Zhihong (2022): Social sampling and expressed attitudes: Authenticity preference and social extremeness aversion lead to social norm effects and polarization. In: *Psychological Review* 129(1), 18–48. <https://doi.org/10.1037/rev0000342>
- Burghartswieser, Dominic/Rothmund, Tobias (2021): Conservative bias, selective political exposure and truly false consensus beliefs in political communication about the ‘refugee crisis’ in Germany. In: *PLOS ONE* 16(11), e0259445. <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0259445>
- Cavaille, Charlotte/Marshall, John (2019): Education and Anti-Immigration Attitudes: Evidence from Compulsory Schooling Reforms across Western Europe. In: *American Political Science Review* 113(1), 254–263. <https://doi.org/10.1017/S0003055418000588>
- Christen, Cindy T./Gunther, Albert C. (2003): The Influence of Mass Media and Other Culprits on the Projection of Personal Opinion. In: *Communication Research* 30(4), 414–431. <https://doi.org/10.1177/0093650203253366>
- Daschmann, G. (2000): Vox Pop & Polls: The Impact of Poll Results and Voter Statements in the Media on the Perception of a Climate of Opinion. In: *International Journal of Public Opinion Research* 12(2), 160–181. <https://doi.org/10.1093/ijpor/12.2.160>
- Dawtry, Rael J./Sutton, Robbie M./Sibley, Chris G. (2015): Why Wealthier People Think People Are Wealthier, and Why It Matters: From Social Sampling to Attitudes to Redistribution. In: *Psychological Science* 26(9), 1389–1400. <https://doi.org/10.1177/0956797615586560>

- Dostal, Jörg Michael (2017): The German Federal Election of 2017: How the wedge issue of refugees and migration took the shine off Chancellor Merkel and transformed the party system. In: *The Political Quarterly* 88(4), 589–602. <https://doi.org/10.1111/1467-923X.12445>
- Ellerbrock, Simon (2022): Contextual Constraints and Partisan Selectivity in a Changing Electorate. In: Schmitt-Beck, Rüdiger/Roßteutscher, Sigrid/Schoen, Harald/Weßels, Bernhard/Wolf, Christof (Eds.): *The Changing German Voter*. Oxford: Oxford University Press, 143–165
- Esses, Victoria M. (2021): Prejudice and discrimination toward immigrants. In: *Annual Review of Psychology* 72(1), 503–531. <https://doi.org/10.1146/annurev-psych-080520-102803>
- Eveland, William P./Appiah, Osei/Beck, Paul A. (2018): Americans Are More Exposed to Difference Than We Think: Capturing Hidden Exposure to Political and Racial Difference. In: *Social Networks* 52(1), 192–200. <https://doi.org/10.1016/j.socnet.2017.08.002>
- Fiedler, Klaus (1996): Explaining and Simulating Judgment Biases as an Aggregation Phenomenon in Probabilistic, Multiple-Cue Environments. In: *Psychological Review* 103, 193–214. <https://doi.org/10.1037/0033-295X.103.1.193>
- Fields, James M./Schuman, Howard (1976): Public Beliefs About the Beliefs of the Public. In: *Public Opinion Quarterly* 40(4), 427–448. <https://doi.org/10.1086/268330>
- Galesic, Mirta/Olsson, Henrik/Rieskamp, Jörg (2018): A sampling model of social judgment. In: *Psychological Review* 125(3), 363–390. <https://doi.org/10.1037/rev0000096>
- Galesic, Mirta/Olsson, Henrik/Rieskamp, Jörg (2012): Social Sampling Explains Apparent Biases in Judgments of Social Environments. In: *Psychological Science* 23(12), 1515–1523. <https://doi.org/10.1177/0956797612445313>
- GLÉS (2019). Pre-election Cross Section (GLÉS 2017). GESIS Data Archive, Cologne. ZA6800 Data file Version 5.0.1, <https://doi.org/10.4232/1.13234>
- Glynn, Carroll J. (1989): Perceptions of others' opinions as a component of public opinion. In: *Social Science Research* 18(1), 53–69. [https://doi.org/10.1016/0049-089X\(89\)90003-3](https://doi.org/10.1016/0049-089X(89)90003-3)
- Granovetter, Mark S. (1973): The Strength of Weak Ties. In: *American Journal of Sociology* 78(6), 1360–1380. <https://doi.org/10.1086/225469>
- Grill, Christiane/Schmitt-Beck, Rüdiger/Metz, Manon (2018): Studying the 'Conversations of Democracy.' In: MZES Working Paper 173, 68
- Gunther, Albert C. (1998): The Persuasive Press Inference: Effects of Mass Media on Perceived Public Opinion. In: *Communication Research* 25(5), 486–504. <https://doi.org/10.1177/009365098025005002>
- Gunther, Albert C./Christen, Cindy T. (2002): Projection or Persuasive Press? Contrary Effects of Personal Opinion and Perceived News Coverage on Estimates of Public Opinion. In: *Journal of Communication* 25(1), 177–195. <https://doi.org/10.1111/j.1460-2466.2002.tb02538.x>

- Gvirsman, Shira Dvir (2015): Testing Our Quasi-Statistical Sense: News Use, Political Knowledge, and False Projection: Testing Our Quasi-Statistical Sense. In: *Political Psychology* 36(6), 729–747. <https://doi.org/10.1111/pops.12203>
- Hainmüller, Jens/Hiscox, Michael J. (2007): Educated Preferences: Explaining Attitudes Toward Immigration in Europe. In: *International Organization* 61(2), 399–442
- Hoffman, Lindsay H. (2013): When the World Outside Gets Inside Your Head: The Effects of Media Context on Perceptions of Public Opinion. In: *Communication Research* 40(4), 463–485. <https://doi.org/10.1177/0093650211435938>
- Huckfeldt, Robert (1983): Social Contexts, Social Networks, and Urban Neighborhoods: Environmental Constraints on Friendship Choice. In: *American Journal of Sociology* 89(3), 651–669
- Huckfeldt, Robert/Ikeda, Ken'ichi/Pappi, Franz Urban (2005): Patterns of Disagreement in Democratic Politics: Comparing Germany, Japan, and the United States. In: *American Journal of Political Science* 49(3), 497–514. <https://doi.org/10.2307/3647728>
- Huckfeldt, Robert/Johnson, Paul E./Sprague, John (2004): *Political Disagreement: The Survival of Diverse Opinions within Communication Networks*. 1st ed. Cambridge University Press
- Huckfeldt, Robert/Sprague, John D. (1995): *Citizens, Politics, and Social Communication: Information and Influence in an Election Campaign*. Cambridge studies in political psychology and public opinion. Cambridge, New York: Cambridge University Press
- Kim, Yonghwan (2015): Does Disagreement Mitigate Polarization? How Selective Exposure and Disagreement Affect Political Polarization. In: *Journalism & Mass Communication Quarterly* 92(4), 915–937. <https://doi.org/10.1177/1077699015596328>
- Krueger, Joachim I. (2007): From social projection to social behaviour. In: *European Review of Social Psychology* 18(1), 1–35. <https://doi.org/10.1080/10463280701284645>
- Krueger, Joachim I. (1998): On the Perception of Social Consensus. In: *Advances in Experimental Social Psychology* 30(1), 163–240. [https://doi.org/10.1016/s0065-2601\(08\)60384-6](https://doi.org/10.1016/s0065-2601(08)60384-6)
- Krueger, Joachim I./Clement, Russell W. (1994): The Truly False Consensus Effect: An Ineradicable and Egocentric Bias in Social Perception. In: *Journal of Personality and Social Psychology* 67(4), 596–610. <https://doi.org/10.1037/0022-3514.67.4.596>
- Lee, Eun/Karimi, Fariba/Wagner, Claudia/Jo, Hang-Hyun/Strohmaier, Markus/Galesic, Mirta (2019): Homophily and minority-group size explain perception biases in social networks. In: *Nature Human Behaviour* 3(10), 1078–1087. <https://doi.org/10.1038/s41562-019-0677-4>
- Leviston, Zoe/Walker, Iain/Morwinski, Sarah (2013): Your opinion on climate change might not be as common as you think. In: *Nature Climate Change* 3(4), 334–337. <https://doi.org/10.1038/nclimate1743>
- Marks, Gary/Miller, Norman (1987): Ten years of research on the false-consensus effect: an empirical and theoretical review. In: *Psychological Bulletin* 102(1), 72–90. <https://doi.org/10.1037/0033-2909.102.1.72>

- Matthes, Jörg/Knoll, Johannes/von Sikorski, Christian (2018): The “Spiral of Silence” Revisited: A Meta-Analysis on the Relationship Between Perceptions of Opinion Support and Political Opinion Expression. In: *Communication Research* 45(1), 3–33. <https://doi.org/10.1177/0093650217745429>
- McPherson, Miller/Smith-Lovin, Lynn/Cook, James M. (2001): Birds of a Feather: Homophily in Social Networks. In: *Annual Review of Sociology* 27(1), 415–444. <https://doi.org/10.1146/annurev.soc.27.1.415>
- Min, Seong Jae/Wohn, Donghee Yvette (2020): Underneath the filter bubble: The role of weak ties and network cultural diversity in cross-cutting exposure to disagreements on social media. In: *The Journal of Social Media in Society* 9(1), 22–38
- Minozzi, William/Song, Hyunjin/Lazer, David M.J./Neblo, Michael A./Ognyanova, Katherine (2020): The Incidental Pundit: Who Talks Politics with Whom, and Why? In: *American Journal of Political Science* 64(1), 135–151. <https://doi.org/10.1111/ajps.12469>
- Morey, Alyssa C./Eveland Jr, William P./Hutchens, Myiah J. (2012): The “who” matters: Types of interpersonal relationships and avoidance of political disagreement. In: *Political Communication* 29(1), 86–103. <https://doi.org/10.1080/10584609.2011.641070>
- Mutz, Diana C. (2006): *Hearing the Other Side: Deliberative Versus Participatory Democracy*. New York: Cambridge University Press
- Mutz, Diana C./Soss, Joe (1997): Reading Public Opinion: The Influence of News Coverage on Perceptions of Public Sentiment. In: *Public Opinion Quarterly* 61(3), 431. <https://doi.org/10.1086/297807>
- Neubaum, German/Krämer, Nicole C. (2017): Monitoring the Opinion of the Crowd: Psychological Mechanisms Underlying Public Opinion Perceptions on Social Media. In: *Media Psychology* 20(3), 502–531. <https://doi.org/10.1080/15213269.2016.1211539>
- Nir, Lilach (2011): Motivated Reasoning and Public Opinion Perception. In: *Public Opinion Quarterly* 75(3), 504–532. <https://doi.org/10.1093/poq/nfq076>
- Nir, Lilach (2005): Ambivalent Social Networks and Their Consequences for Participation. In: *International Journal of Public Opinion Research* 17(4), 422–442. <https://doi.org/10.1093/ijpor/edh069>
- Noelle-Neumann, Elisabeth (1974): The Spiral of Silence a Theory of Public Opinion. In: *Journal of Communication* 24(2), 43–51. <https://doi.org/10.1111/j.1460-2466.1974.tb00367.x>
- Pattie, C.J./Johnston, R.J. (2008): It’s Good To Talk: Talk, Disagreement and Tolerance. In: *British Journal of Political Science* 38(4), 677–698. <https://doi.org/10.1017/S0007123408000331>
- Peter, Christina (2021): The Will of the People? Effects of Politicians’ Subjective Claims about Public Opinion on Perceived Public Opinion and Evaluative Judgments. In: *Mass Communication and Society* 24(3), 345–371. <https://doi.org/10.1080/15205436.2020.1850797>

- Peter, Christina/Beckers, Kathleen (2022): Vox pops vs. poll results—effects of consonant and dissonant displays of public opinion in news coverage. In: *International Journal of Public Opinion Research* 34(3), edac017. <https://doi.org/10.1093/ijpor/eda017>
- Price, Vincent/Oshagan, Hayg (1995): *Social-Psychological Perspectives on Public Opinion*. In: Glasser, Theodore Lewis/Salmon, Charles T. (Eds.): *Public Opinion and the Communication of Consent*. New York: Guilford, 178–216
- Robbins, Jordan M./Krueger, Joachim I. (2005): Social Projection to Ingroups and Outgroups: A Review and Meta-Analysis. In: *Personality and Social Psychology Review* 9(1), 32–47. https://doi.org/10.1207/s15327957pspr0901_3
- Ross, Lee/Greene, David/House, Pamela (1977): The “false consensus effect”: An egocentric bias in social perception and attribution processes. In: *Journal of Experimental Social Psychology* 13(3), 279–301. [https://doi.org/10.1016/0022-1031\(77\)90049-X](https://doi.org/10.1016/0022-1031(77)90049-X)
- Scheufele, Dietram A. (2001): Perceptions of “Public Opinion” and “Public” Opinion Expression. In: *International Journal of Public Opinion Research* 13(1), 25–44. <https://doi.org/10.1093/ijpor/13.1.25>
- Schmitt-Beck, Rüdiger (2015): Bandwagon Effect. In: Mazzoleni, Gianpietro (Ed.): *The International Encyclopedia of Political Communication*. John Wiley & Sons, Ltd, 1–5
- Sonck, N./Loosveldt, G. (2010): Impact of Poll Results on Personal Opinions and Perceptions of Collective Opinion. In: *International Journal of Public Opinion Research* 22(2), 230–255. <https://doi.org/10.1093/ijpor/edp045>
- Stadt Mannheim, Fachbereich Arbeit und Soziales (2017): *Mannheimer Sozialatlas 2017. Bevölkerung und soziale Lebenslagen*
- Stoeckel, Florian/A. Lyons, Benjamin/Reifler, Jason (2021): Public misperceptions of European integration in the UK. In: *Journal of Elections, Public Opinion and Parties* 1–21. <https://doi.org/10.1080/17457289.2021.1945612>
- Sumaktoyo, Nathanael Gratias/Breunig, Christian/Gaissmaier, Wolfgang (2022): Social sampling shapes preferences for redistribution: Evidence from a national survey experiment. In: *Journal of Experimental Social Psychology* 101(4), 104341. <https://doi.org/10.1016/j.jesp.2022.104341>
- Van Boven, Leaf/Judd, Charles M./Sherman, David K. (2012): Political polarization projection: Social projection of partisan attitude extremity and attitudinal processes. In: *Journal of Personality and Social Psychology* 103(1), 84–100. <https://doi.org/10.1037/a0028145>
- Wojcieszak, Magdalena/Price, Vincent (2009): What Underlies the False Consensus Effect? How Personal Opinion and Disagreement Affect Perception of Public Opinion. In: *International Journal of Public Opinion Research* 21(1), 25–46. <https://doi.org/10.1093/ijpor/edp001>
- Wojcieszak, Magdalena/Rojas, Hernando (2011): Hostile Public Effect: Communication Diversity and the Projection of Personal Opinions Onto Others. In: *Journal of Broadcasting & Electronic Media* 55(4), 543–562. <https://doi.org/10.1080/08838151.2011.620665>

The Social Side of Immunization: The Influence of Personal Social Networks on COVID-19 Vaccination in Romania

Oana Lup

*1. Introduction**

Although the effects of the COVID-19 pandemic are diminishing, its specter is still haunting us. Its burst and rapid spread in the spring of 2020 took the entire world by surprise. Almost four years later, we are slightly more comfortably placed to take stock of what we have learned, at least in terms of preparing better for the future.

There is by now scientific consensus that the vaccination of extensive shares of the population worldwide was the most effective way to fight the COVID-19 pandemic – and any pandemic for that matter (Remy et al. 2015) – and to reduce its severe effects (Barouch 2022; Watson et al. 2022; Zheng et al. 2022). However, significant shares of the population refuse or hesitate to vaccinate, and scholars are still exploring the factors that influence the uptake of the vaccine and compliance with containment and sanitary measures set up for slowing the spread of the pandemic.

While at the outbreak of the COVID-19 pandemic scholars from medical fields were the most significant scientific contributors to research concerning the causes and effects of the pandemic, it soon became clear that social scientists should also lend their expertise to these investigations. People's hesitancy or outright refusal to vaccinate were analyzed in media and communication studies concerned with the effects of disinformation and increased polarization of opinions (Loomba et al. 2021; Romer et al. 2022; Jiang et al. 2021; Milani et al. 2020; Facciani et al. 2023), social behavior studies concerned with the decrease in the public's trust in authorities, traditional media channels, and science (Jennings et al. 2021; Viskupic et al. 2022; Seddig et al. 2022). Distrust in public authorities, media, and scientific knowledge came to be seen as the root of people's reluctance to

* Data collection for this article was supported by Lucian Blaga University of Sibiu & Hasso Plattner Foundation research action LBUS-RRC-2020-01.

observe the sanitary rules imposed to control the spread of the disease as well as of their distrust of COVID-19 vaccines and the vaccination process (Toshkov 2023; Winter et al. 2022).

Research has identified a set of factors associated with people's decision to vaccinate, namely socio-demographics, beliefs about the safety of the vaccines, endorsement of conspiracy theories, media consumption, with a special focus on social media, trust in public officials, doctors, and science, and political partisanship (Wang et al. 2021; Troiano/Nardi 2021; Seddig et al. 2022; Roberts et al. 2022; Jennings et al. 2021; Bertin et al. 2020; Burke et al. 2021). Some studies also added social norms, understood as people's belief that their relevant others would approve of a behavior, and moral concerns regarding vaccination as an individual contribution to a public crisis (Xiao/Wong 2020; Winter et al. 2022; Coffie et al. 2022; Bernados/Ocampo 2022). However, there is still very limited inquiry on the role played by personal social networks in shaping people's beliefs about the pandemic and the vaccines, as well as on their decision to receive or refuse the vaccine (Konstantinou et al. 2021; Hao/Shao 2022; Facciani et al. 2023). Yet, we know that people do not take decisions in isolation. On the contrary, most of our decisions are influenced by who we interact and speak with in our daily life: family members, friends, and work colleagues. In times of elevated stress people are even more likely to turn to their peers to make sense of what happens and what the best course of action is.

This article draws on theories of social networks to analyze the role played by people's personal social networks in their decisions to vaccinate against COVID-19. The study uses data collected in a nationally representative survey conducted in Romania in the fall of 2021. The contribution of different types of personal social networks to people's decisions to vaccinate is evaluated together with other influences evidenced by prior research, namely socio-demographics and beliefs about the COVID-19 pandemic and vaccines.

Results show that compared to those embedded in social networks in which few people received the vaccine, both those living in mixed settings – with both vaccinated and unvaccinated people – and those completely surrounded by vaccinated others are significantly more likely to declare they did receive the vaccine. These relationships remain significant after controlling for socio-demographics and people's beliefs on risks and benefits entailed by the COVID-19 vaccines.

2. Correlates of COVID-19 Vaccination

Attitudes and behaviors regarding vaccination, and especially vaccine hesitancy understood as refusal or delay in its acceptance, have been identified as a problem in the context of decreasing rates of vaccination worldwide (Dubé et al. 2014). Correlates of these attitudes and behaviors are grouped in three categories: 1. Contextual factors, such as religion, influential leaders, or media environments; 2. Individual and group influences, including risk perceptions on vaccination, trust in health system and health providers, lack of knowledge and misinformation regarding the vaccine; 3. Vaccine/vaccination-related issues, such as vaccine reliability and scientific evidence on its risks and benefits (Dubé et al. 2014).

Studies on attitudes and behaviors regarding COVID-19 vaccines have followed similar directions of investigation. While those conducted before COVID-19 vaccination started examined people's intention to vaccinate, those conducted after focused on the actual behavior. Vaccine acceptance and hesitancy became topics of scientific inquiry during the COVID-19 pandemic.

Given the extraordinary conditions surrounding the development of the COVID-19 vaccines, concerns related to their risks and benefits feature among the factors most frequently examined in studies of vaccine acceptance and hesitancy (Al-Amer et al. 2022; Roberts et al. 2022). Doubts about the process and the speed of developing COVID-19 vaccines, their usefulness and safety appear to be significant correlates of vaccination intentions (Troiano/Nardi 2021). People who believed that COVID-19 vaccines are safe, effective, and important were more likely to express their intention to vaccinate (Callaghan et al. 2021). Self- and family protection considerations also appear as strong predictors of the intention to vaccinate (Burke et al. 2021; Wang et al. 2021).

The unexpected start of the COVID-19 pandemic and the subsequent disturbances that it created, together with the hasty changes in the measures adopted by the authorities, culminating in complete lockdowns, created a fertile ground for the emergence of conspiracy theories about the cause of the pandemic as well as the purpose of the vaccines. The relatively quick – by previous standards – development of COVID-19 vaccines and the uncertainty surrounding their effects added to this (Uscinski et al. 2020). Belief in conspiracies was found to be among the strongest correlates of people's decision (not) to vaccinate (Eberhard/Ling 2021; Bertin et al. 2020; Haakonsen/Furnham 2023). Even before the COVID-19 pandemic,

concerns have been expressed with regard to the large spread of conspiracy theories related to vaccination in general and the increase in vaccine hesitancy as a result (Jolley/Douglas 2014; Poland/Jacobson 2011).

Socio-demographics analyzed as correlates of the decision to vaccinate are age, gender, education, income, employment status, marital status, residence, and religion. Most studies found older people to be more likely to vaccinate (Al-Amer et al. 2022; although see Guidry et al. 2021), and this matches the elderly population being prioritized as vaccine receivers worldwide. Gender differences in vaccination attitudes and behavior are not consistent across studies, although, in general, most studies found women less willing to receive the vaccine (Paul et al. 2021; Roberts et al. 2022). Women appear more concerned about the effects of the pandemic and more compliant with the sanitary rules but, nevertheless, less likely to opt for vaccination (Galasso et al. 2021). This could be due to the fact that women are shown to be more risk adverse, on the one hand, and more concerned with family members' health and well-being and thus more inclined to inform themselves on potential risks entailed by vaccination, on the other (Roberts et al. 2022). Moreover, potential effects of vaccines on fertility featured among the most widespread concerns surrounding COVID-19 vaccines (Merrick et al. 2022).

Although higher socio-economic status measured in terms of educational attainment and income is associated with an increased willingness to vaccinate in general (Paul et al. 2021; Roberts et al. 2022), there has been an increasing trend in health conscious, highly educated, affluent people to question and refuse vaccination (Makarovs/Achterberg 2017; Berezin/Eads 2016; Larson et al. 2014). Unemployed people are usually more hesitant about vaccination (Troiano/Nardi 2021), although this depends on their working intentions. Unemployed people seeking jobs appear more likely to vaccinate, an action thought to signal their true willingness to find a job, since many employers stated they would not hire unvaccinated people (Burke et al. 2021). Living with a partner increases people's willingness to vaccinate (Ruiz/Bell 2021); this effect is particularly relevant in the case of elderly people (Arpino et al. 2023). Rural dwellers are found to be more hesitant to vaccinate (Gerretsen et al. 2021), and religiosity appears to play a negative role on COVID-19 vaccination (Callaghan et al. 2021).

Trust is a key predictor of vaccine acceptance/refusal. Higher levels of general trust (Troiano/Nardi 2021), trust in experts (Callaghan et al. 2021), trust in science (Seddig et al. 2022), in national health systems (Al-Amer et

al. 2022; Jennings et al. 2021), and in medical and scientific experts (Kerr et al. 2020) correlate positively with people's decision to accept the vaccine.

Vaccines in general and COVID-19 vaccines in particular are heavily politicized issues (Facciani et al. 2023). Populist parties have endorsed conspiracy theories related to the pandemic and the vaccines, thus spreading distrust in vaccines and vaccination (Kennedy 2019; Eberl et al. 2021). Conservative attitudes are in general associated with more negative attitudes toward vaccination and, in the case of COVID-19 vaccines, conservative attitudes and support for conservative or populist right-wing parties were shown to reduce people's intention to vaccinate (Ruiz/Bell 2021; Roberts et al. 2022; Paul et al. 2021). Trust in government and information received from its representatives is also a strong positive correlate of the intention to vaccinate (Jennings et al. 2021; Lazarus et al. 2021).

Media exerted an influence as the main supplier of information about the COVID-19 pandemic and vaccines. Some media provided channels for spreading misinformation or contributed to furthering polarization of opinions on vaccines. Social media appeared as the main channel for the circulation of fake news (Al-Amer et al. 2022; Jennings et al. 2021), and studies showed that vaccinated and unvaccinated people occupy separate virtual spheres, where media messages distributed differed both in form and content (Milani et al. 2020). Problematic social media use, i.e. use of social media similar to behavioral addiction, correlates with anti-vaccination attitudes (Roberts et al. 2022), while reduced social media consumption is associated with an increased likelihood to receive the vaccine (Galanis et al. 2022).

3. Social Influences and COVID-19 Vaccination

Studies of vaccination behavior acknowledge the role played by social influences, yet personal social networks feature less prominently in the existing literature. Such neglect is not new; since choices are often discussed in terms of people's agency, the role of social contexts in which they are taken is frequently overlooked. However, people's attitudes, decisions, and behavior bear an important imprint of the social networks in which individuals are embedded, the subtle forms of social pressures they exert, the identities they create or strengthen, and the thoughts they stir in direct discussions and interactions.

In studies on vaccination behavior, social influences were most often considered in the form of subjective norms, understood as perceived social pressure stemming from close, relevant others to adopt a specific behavior (Dubé et al. 2013). These studies show that when people think that important others in their lives see vaccination as a desirable action, they are more likely to get vaccinated (Coffie et al. 2022). Moreover, subjective norms appear to mitigate the negative effect of conspiracy beliefs on COVID-19 vaccination decision (Winter et al. 2022). However, not all studies agree on their power (Seddig et al. 2022; Matute et al. 2022).

Some studies included elements of social support and social capital to account for social influences in vaccination behavior (Bernados/Ocampo 2022). People who benefit from stronger social support are more likely to engage in protective behavior and vaccinate against COVID-19 (Jaspal/Breakwell 2022). Observing rules aimed at decreasing the spread of the virus was also shown to be a function of high social capital that strengthens communities and to mitigate free-riding tendencies in the case of collective problems such as vaccination (Kokubun/Yamakawa 2021). Social capital is about trust, solidarity, and observance of social norms (Kokubun/Yamakawa 2021).

Social support is particularly relevant when provided by one's family. A study found that across European countries elderly people's behavior and especially the decision to vaccinate is affected by living with a partner (Arpino et al. 2023). This is consistent with previous studies emphasizing the relevant role of kin ties, and especially partners, on people's health behavior. There is no similar influence in the case of co-residing offspring (Arpino et al. 2023).

Social contagion theory identifies social networks as major drivers of people's attitudes and behaviors. Vaccination studies adopting this perspective have shown that belonging to social networks comprised of more vaccine supporters make people more likely to vaccinate, while being a member of social networks comprised of more unvaccinated or skeptical people decreases self- and children vaccination (Facciani et al. 2023; Konstantinou et al. 2021). These findings pertain to various types of vaccines. Influences exerted by family and friends were found to be stronger than those exerted by health experts and politicians (Konstantinou et al. 2021). However, research on COVID-19 vaccination attitudes and vaccine uptake paid very limited attention to personal social networks as providers of information and influence (Hao/Shao 2022; Facciani et al. 2023). When their role is considered, results indicate that people who have higher shares of

family members and close friends vaccinated are significantly more likely to be vaccinated themselves. Conversely, larger shares of unvaccinated people among family members and friends are related to an increased likelihood of respondents not being vaccinated (Facciani et al. 2023; Hao/Shao 2022).

Less is known though about the way exposure to conflicting views related to COVID-19 vaccines and divergent behavior regarding vaccine uptake shape people's decision to vaccinate. Research on interpersonal talk indicates that people who are exposed to conflicting views on political issues appear to become more politically tolerant and knowledgeable, but also more hesitant in their behavior, taking much longer to reach decisions and/or to engage in political activities (Schmitt-Beck/Lup 2013). Moreover, although the principle of homophily governs the way people adhere to various social networks and expose themselves to conversations on different topics such as politics in general (Schmitt-Beck/Lup 2013) or vaccination (Konstantinou et al. 2021), a certain amount of exposure to diverse and sometimes divergent opinions cannot be avoided, especially in those contexts that do not allow for a complete screening, such as workplaces. The topics of the pandemic and subsequently the vaccines were largely covered and widely discussed in people's close and less close social settings at the height of the pandemic (Wagner/Reifegerste 2023).

This chapter contributes to research on social influences on the COVID-19 vaccination uptake in two ways. First, it explores the role played by three different types of personal social networks, namely family members, friends, and work colleagues, in people's acceptance/hesitancy to vaccinate against COVID-19. While previous studies focused on either one type of network or combined information from various types of networks, I examine influences exerted by 'strong ties' – families and friends – and 'weak ties' – work colleagues – on people's vaccination behavior. Second, I analyze COVID-19 vaccination behavior as a function of three different composition patterns of the social networks in which people are embedded, namely networks in which the majority is vaccinated, about half are vaccinated, and only a few are vaccinated. In this way, I explore what happens when people are exposed to diverse and divergent behavior, thus expanding the insights of Schmitt-Beck and Lup (2013) to vaccination behavior.

The research was conducted in Romania, a country with one of the lowest rates of COVID-19 vaccination within the European Union. The vaccination campaign started in Romania on December 27, 2020, shortly after the vaccines became available. Vaccines were made available to the population in three stages. The first stage included employees from health

and social services sectors. They were followed by high-risk categories of the population, such as elderly people over 65 and people with chronic illnesses, people with disabilities and those without a shelter, and essential workers, such as employees from education, food industry, or public administration. Eventually, in the last stage, vaccines were made available to the general population. Although for a short while Romania was at the forefront of vaccination in the European Union, the summer and fall of 2021 witnessed a decline in the interest of Romanians to become vaccinated. At the time of data collection for this study, only 28 per cent of Romanians had received two doses of vaccines, relative to the mean in the European Union of 64 per cent, thus making Romania the laggard, together with Bulgaria.

4. Research Design and Data Collection

Data were collected in a nationally representative survey conducted in Romania between September 16 and October 22, 2021, using CATI-RDD. The study collected information on respondents' vaccination status. At the time of data collection vaccines had been available for the general population for a few months, so, in theory, anyone who wanted to receive a vaccine had been able to receive their first dose by then. Three categories of factors related to vaccination behavior were also collected. These included socio-demographics, perceptions of vaccine risks and benefits, including a statement tapping into conspiracy beliefs, and information on vaccination status in three social networks, namely family members, friends, and work colleagues.

The dependent variable is self-declared vaccination status. Respondents were asked whether they had received a COVID-19 vaccine (1=yes).

There are three sets of independent variables. First, socio-demographics include gender (male=1), age, education (seven-category variable recoded into three, namely low level < less than high school, medium level = high school, high level > high school studies), residence (urban=1), employment status (employed=1), marital status (five-category variable recoded to separate those who live with a partner=1 from others). Secondly, respondents' perceptions of COVID-19 vaccines were collected by recording their level of agreement with four statements about the nature, benefits, and risks associated with COVID-19 vaccines. The statements were: "COVID-19 vaccines can cause health problems in the future"; "COVID-19 vaccines protect us against severe forms of disease"; "COVID-19 vaccines protect those around

us”; “the SARS-CoV-2 virus and COVID-19 vaccines were created by pharmaceutical companies for their own profit”. Each statement was rated on a four-point scale ranging from full agreement to full disagreement. I recoded each scale to separate those who fully or rather agree (=1) from those who fully or rather disagree. Since large numbers of respondents refrained from giving an answer (by answering “don’t know”), I also constructed a category to include them. Thirdly, information on vaccination status in social networks was collected by asking respondents to estimate the proportion of family members, friends, and work colleagues who received a COVID-19 vaccine. They could answer (almost) none, a few, about half, (almost) all. I recoded these variables into ones with three categories, separating among those who have a few network members vaccinated (includes almost/none and a few), about half, and (almost) all.

5. Data Analysis and Results

From the total of 1104 respondents 561 (51 per cent) declared they had received a COVID-19 vaccine and 543 (49 per cent) declared that they had not. Compared to official figures this is an over-reporting of vaccination. Over-reports are indicative of a social desirability effect and have been recorded in other studies dealing with sensitive topics and normative behavior (Brenner 2020), such as self-reports of individual turnout (DeBell et al. 2020) and vaccination (Wolter et al. 2022).

I used a series of logistic regressions to assess the contribution of the three categories of factors – socio-demographics, beliefs about COVID-19 vaccines, and perceived vaccination status in respondents’ personal social networks – to people’s decision to vaccinate. Given the slight oversampling of urban residents the analysis is conducted on a weighted sample. Results are reported in Table 1.

Table 1: Likelihood to be vaccinated (Odds-ratios)

Variable name	Model 1	Model 2	Model 3	Model 4
Male	1.27	1.51*	1.44	.87
Education (reference: less than high school)				
High school	1.63*	1.36	.97	1.17
Grad/post-grad studies	2.86***	2.35***	1.51	1.86
Age	1.02***	1.02***	1.01	1.02*
Urban	1.87***	1.28	1.00	.83
Employed	1.25	1.48*	1.70*	-
Partner	.74*	.80	.70	.85
Vaccines create health problems (reference: agree)				
Disagree		3.55***	3.00***	4.07***
Don't know		1.93**	1.70*	1.55
Vaccines protect us (reference: disagree)				
Agree		3.68***	2.71**	2.12
Don't know		.67	.60	.28*
Vaccines protect those around us (reference: disagree)				
Agree		3.65***	2.33**	2.02*
Don't know		1.10	1.10	1.87
Vaccines profit companies (reference: agree)				
Disagree		1.69**	1.41	1.37
Don't know		1.42	1.45	2.49*
Family members vaccinated (reference: none or few)				
Half			2.62***	3.29**
(Almost) All			9.27***	13.96***
Don't know			3.33	5.17
Friends vaccinated (reference: none or few)				
Half			1.73*	1.62
(Almost) All			2.76***	1.50
Don't know			.65	.56
Work colleagues vaccinated (reference: none or few)				
Half				.99
(Almost) All				2.85**
Don't know				.60
Pseudo-R ²	.08	.35	.47	.51
N	1101	1085	1082	671

*p<0.05; ** p<0.01; ***p<0.001

The first model – as a baseline model – estimates vaccination status as a function of socio-demographics. Results indicate that older people, urban residents, and those who have higher levels of education are more likely to declare that they had received the vaccine. Respondents living with a

partner are less likely to be vaccinated compared to those who live alone. The explanatory power of the model is quite low (pseudo- $R^2=.08$).

The second model adds respondents' beliefs on the nature, benefits, and risks associated with COVID-19 vaccines. Respondents who do not believe that COVID-19 vaccines can create health problems in the future, those who agree that COVID-19 vaccines help them against severe forms of the disease, as well as those who believe that COVID-19 vaccines protect others, are more likely to be vaccinated. Those who disagree that COVID-19 vaccines were created to bring profits to pharmaceutical companies are more likely to be vaccinated compared to those who endorse this belief. From socio-demographics, only education and age retain a significant effect. Older, more educated respondents are more likely to be vaccinated. Gender and employment status become statistically significant in this model. Men appear more likely to be vaccinated and so do employed people. The model fit is highly improved with the addition of the set of beliefs on COVID-19 vaccines (pseudo- $R^2=.35$).

The third model jointly tests influences of socio-demographics, beliefs regarding COVID-19 vaccines, and vaccination status in social networks. This analysis includes all respondents, both employed and unemployed, and, for this reason, only vaccination status among family members and friends are included as predictors. Three out of four variables recording respondents' beliefs on COVID-19 vaccines retain their statistically significant effect. Respondents who believe that COVID-19 vaccines protect them and those around them, as well as those who do not think that vaccines can create health problems in the future, are more likely to be vaccinated. Social networks appear to have an impact on people's decision to vaccinate. Results indicate that compared to networks comprised of mostly unvaccinated family members and friends, those in which at least half of them are vaccinated exert a significant influence on respondents' decision to receive the vaccine (see Figure 1). People who have at least half of their family members and friends vaccinated are significantly more likely to be vaccinated themselves. Not surprisingly, this model has the highest explanatory power (pseudo- $R^2=.47$).

Figure 1: Vaccinations status as a function of the proportion of family members and friends vaccinated (all respondents)

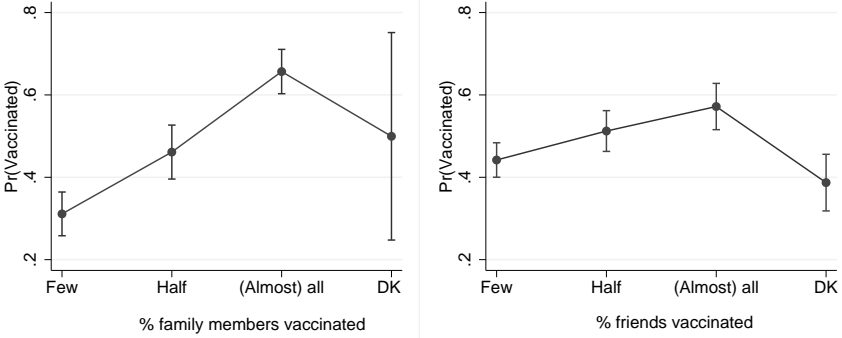
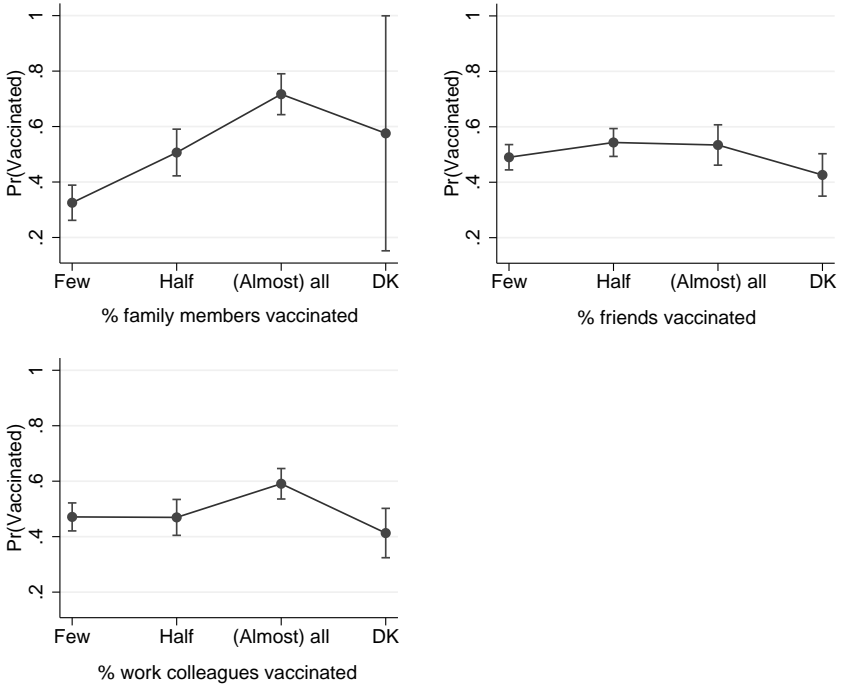


Figure 2: Vaccinations status as a function of the proportion of family members, friends, and work colleagues vaccinated (only employed people)



Finally, model 4 estimates influences exerted by all three types of personal social networks, namely family members, friends, and work colleagues, in addition to socio-demographics, and beliefs on vaccines. The model is estimated only for employed respondents and, therefore, includes a smaller number of cases. Only two out of the four statements regarding COVID-19 vaccines turn to be statistically significant. Specifically, disagreeing that vaccines can create health problems in the future and believing that vaccines protect those around them is associated with higher odds of respondents being vaccinated. With respect to networks' influences, family members and work colleagues appear to exert significant influences. Compared to those who are part of families and workplaces in which barely few are vaccinated, those who have at least half of family members vaccinated, as well as those who work in places where almost all colleagues are vaccinated are more likely to have received the vaccine (see Figure 2). From socio-demographics, age is the only significant variable. Even within the group of working age people, older respondents are more likely to be vaccinated.

To conclude, personal social networks appear to play a significant role in people's decisions to vaccinate, even after controlling for their beliefs regarding the risks and benefits of vaccination and socio-demographics. Vaccination status among family members and friends is significantly correlated with one's own vaccination status. Being part of social networks in which almost all members are vaccinated, highly increases the odds of respondents reporting they have received the vaccine. Even when only half of network members are vaccinated, respondents are more likely to be vaccinated.

Vaccinated work colleagues also appear to influence respondents' self-vaccination, but only in those cases where they represent the majority. Together with the finding that employed people are more likely to be vaccinated this illustrates the importance of vaccination policies adopted by employers.

6. Conclusions and Discussion

This study contributes to the research on decisions to vaccinate against COVID-19 by focusing on the role played by different types of social networks to which people belong. There is limited scholarship on influences exerted by personal social networks on vaccination, in general (Konstantinou et al. 2021), and on COVID-19 vaccination, in particular (Hao/Shao

2022). My research examined first, whether close and weak social ties exert similar influence, and secondly, the role played by mixed social settings, i.e. networks that include an equal number of vaccinated and unvaccinated peers.

Results indicate that all types of social networks, weak and strong, are relevant predictors of people's decision to vaccinate. Those who are surrounded by at least half family members and friends who are vaccinated are more likely to report being vaccinated. Compared to social settings in which few family members and friends are vaccinated, mixed networks of strong ties tilt one's decision in the direction of vaccination. Workplaces also appear to be influential social contexts for COVID-19 vaccination. When a majority of work colleagues received a COVID-19 vaccine, people are also more likely to be vaccinated, and employed people, in general, are more likely to be vaccinated.

These findings highlight the importance of using insights from social networks studies in the research of vaccination behavior, a phenomenon that has been predominantly studied from the perspective of individuals as the main loci of decision making. A review of the role played by communication within personal social networks in people's political attitudes and behavior showed that both the structure and the content of social networks matter (Schmitt-Beck/Lup 2013). I used these insights to explore the influence exerted by strong and weak social ties in people's decision to vaccinate, as well as the effects of exposure to divergent choices regarding vaccination in networks comprised of strong and weak ties.

Future studies should explore more features of social networks in research concerned with social phenomena such as vaccination behavior, considering also the role played by communication within these networks. Socio-centric networks should be also considered in addition to ego-centric ones in examining vaccination related decision making and behavior.

References

- Al-Amer, R., Maneze, D., Everett, B., Montayre, J., Villarosa, A. R., Dwekat, E., & Salamonson, Y. (2022). COVID-19 vaccination intention in the first year of the pandemic: A systematic review. *Journal of Clinical Nursing*, 31(1–2), 62–86. <https://doi.org/10.1111/jocn.15951>.
- Arpino, B., Bordone, V., & Di Gessa, G. (2023). COVID-19 precautionary behaviors and vaccine acceptance among older individuals: The role of close kin. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 120(13), e2214382120. <https://doi.org/10.1073/pnas.2214382120>.

- Berezin, M., & Eads, A. (2016). Risk is for the rich? Childhood vaccination resistance and a Culture of Health. *Social Science & Medicine*, 165(18), 233–245. <https://doi.org/10.1016/j.socscimed.2016.07.009>.
- Bernados, S., & Ocampo, L. (2022). How Do People Decide on Getting Vaccinated? Evaluating the COVID-19 Vaccination Program through the Lens of Social Capital Theory. *Social Sciences*, 11(4), <https://doi.org/10.3390/socsci11040145>.
- Bertin, P., Nera, K., & Delouée, S. (2020). Conspiracy Beliefs, Rejection of Vaccination, and Support for hydroxychloroquine: A Conceptual Replication-Extension in the COVID-19 Pandemic Context. *Frontiers in Psychology*, 11. <https://doi.org/10.3389/fpsyg.2020.565128>.
- Barouch, D. H. (2022). Covid-19 Vaccines—Immunity, Variants, Boosters. *New England Journal of Medicine*, 387(11), 1011–1020. <https://doi.org/10.1056/NEJMra2206573>.
- Burke, P. F., Masters, D., & Massey, G. (2021). Enablers and barriers to COVID-19 vaccine uptake: An international study of perceptions and intentions. *Vaccine*, 39(36), 5116–5128. <https://doi.org/10.1016/j.vaccine.2021.07.056>.
- Brenner, P. S. (2020). Advancing Theories of Socially Desirable Responding: How Identity Processes Influence Answers to “Sensitive Questions.” In P. S. Brenner (Ed.), *Understanding Survey Methodology: Sociological Theory and Applications* (pp. 45–65). Springer International Publishing. https://doi.org/10.1007/978-3-030-47256-6_3.
- Callaghan, T., Moghtaderi, A., Lueck, J. A., Hotez, P., Strych, U., Dor, A., Fowler, E. F., & Motta, M. (2021). Correlates and disparities of intention to vaccinate against COVID-19. *Social Science & Medicine* (1982), 272, 113638. <https://doi.org/10.1016/j.socscimed.2020.113638>.
- Coffie, I. S., Nkukporu, A., Kankam, W. A., & Ocloo, C. E. (2022). Using Social Marketing to Demystify the Myths Surrounding Covid-19 Vaccination: The Mediating Role of Important Others. *Social Marketing Quarterly*, 28(2), 169–183. <https://doi.org/10.1177/15245004221097802>.
- DeBell, M., Krosnick, J. A., Gera, K., Yeager, D. S., & McDonald, M. P. (2020). The Turnout Gap in Surveys: Explanations and Solutions. *Sociological Methods & Research*, 49(4), 1133–1162. <https://doi.org/10.1177/0049124118769085>.
- Dubé, E., Gagnon, D., Nickels, E., Jaram, S., & Schuster, M. (2014). Mapping vaccine hesitancy—Country-specific characteristics of a global phenomenon. *Vaccine*, 32(49), 6649–6654. <https://doi.org/10.1016/j.vaccine.2014.09.039>.
- Dubé, E., Laberge, C., Guay, M., Bramadat, P., Roy, R., & Bettinger, J. (2013). Vaccine hesitancy: An overview. *Human Vaccines & Immunotherapeutics*, 9(8), 1763–1773. <https://doi.org/10.4161/hv.24657>.
- Eberhardt, J., & Ling, J. (2021). Predicting COVID-19 vaccination intention using protection motivation theory and conspiracy beliefs. *Vaccine*, 39(42), 6269–6275. <https://doi.org/10.1016/j.vaccine.2021.09.010>.
- Eberl, J.-M., Huber, R. A., & Greussing, E. (2021). From populism to the “plandemic”: Why populists believe in COVID-19 conspiracies. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties*, 31(sup1), 272–284. <https://doi.org/10.1080/17457289.2021.1924730>.

- Facciani, M., Lazić, A., Viggiano, G., & McKay, T. (2023). Political network composition predicts vaccination attitudes. *Social Science & Medicine*, 328, 116004. <https://doi.org/10.1016/j.socscimed.2023.116004>.
- Galanis, P., Moisoglou, I., Vraha, I., Siskou, O., Konstantakopoulou, O., Katsiroumpa, A., & Kaitelidou, D. (2022). Predictors of COVID-19 Vaccine Uptake in Healthcare Workers: A Cross-Sectional Study in Greece. *Journal of Occupational and Environmental Medicine*, 64(4), e191–e196. <https://doi.org/10.1097/JOM.0000000000002463>.
- Galasso, V., Profeta, P., Foucault, M., & Pons, V. (2021). *COVID-19 Vaccine's Gender Paradox* (p. 2021.03.26.21254380). medRxiv. <https://doi.org/10.1101/2021.03.26.21254380>.
- Gerretsen, P., Kim, J., Caravaggio, F., Quilty, L., Sanches, M., Wells, S., Brown, E. E., Agic, B., Pollock, B. G., & Graff-Guerrero, A. (2021). Individual determinants of COVID-19 vaccine hesitancy. *PLOS ONE*, 16(11), e0258462. <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0258462>.
- Guidry, J. P. D., Laestadius, L. I., Vraga, E. K., Miller, C. A., Perrin, P. B., Burton, C. W., Ryan, M., Fuemmeler, B. F., & Carlyle, K. E. (2021). Willingness to get the COVID-19 vaccine with and without emergency use authorization. *American Journal of Infection Control*, 49(2), 137–142. <https://doi.org/10.1016/j.ajic.2020.11.018>.
- Haakonsen, J. M. F., & Furnham, A. (2023). COVID-19 vaccination: Conspiracy theories, demography, ideology, and personality disorders. *Health Psychology*, 42(3), 205–212. <https://doi.org/10.1037/hea0001222>.
- Hao, F., & Shao, W. (2022). Understanding the influence of political orientation, social network, and economic recovery on COVID-19 vaccine uptake among Americans. *Vaccine*, 40(14), 2191–2201. <https://doi.org/10.1016/j.vaccine.2022.02.066>.
- Jaspal, R., & Breakwell, G. M. (2022). Social support, perceived risk and the likelihood of COVID-19 testing and vaccination: Cross-sectional data from the United Kingdom. *Current Psychology*, 41(1), 492–504. <https://doi.org/10.1007/s12144-021-01681-z>.
- Jennings, W., Stoker, G., Bunting, H., Valgarðsson, V. O., Gaskell, J., Devine, D., McKay, L., & Mills, M. C. (2021). Lack of Trust, Conspiracy Beliefs, and Social Media Use Predict COVID-19 Vaccine Hesitancy. *Vaccines*, 9(6), 593. <https://doi.org/10.3390/vaccines9060593>.
- Jiang, X., Su, M.-H., Hwang, J., Lian, R., Brauer, M., Kim, S., & Shah, D. (2021). Polarization Over Vaccination: Ideological Differences in Twitter Expression About COVID-19 Vaccine Favorability and Specific Hesitancy Concerns. *Social Media + Society*, 7(3), <https://doi.org/10.1177/20563051211048413>.
- Jolley, D., & Douglas, K. M. (2014). The Effects of Anti-Vaccine Conspiracy Theories on Vaccination Intentions. *PLOS ONE*, 9(2), e89177. <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0089177>.
- Kennedy, J. (2019). Populist politics and vaccine hesitancy in Western Europe: An analysis of national-level data. *European Journal of Public Health*, 29(3), 512–516. <https://doi.org/10.1093/eurpub/ckz004>.
- Kerr, J. R., Schneider, C. R., Recchia, G., Dryhurst, S., Sahlin, U., Dufouil, C., Arwidson, P., Freeman, A. L. J., & Linden, S. van der. (2020). Predictors of COVID-19 vaccine acceptance across time and countries. *MedRxiv*, 2020.12.09.20246439. <https://doi.org/10.1101/2020.12.09.20246439>.

- Kokubun, K., & Yamakawa, Y. (2021). Social Capital Mediates the Relationship between Social Distancing and COVID-19 Prevalence in Japan. *INQUIRY: The Journal of Health Care Organization, Provision, and Financing*, 58(1), 1-11. <https://doi.org/10.1177/00469580211005189>.
- Konstantinou, P., Georgiou, K., Kumar, N., Kyprianidou, M., Nicolaides, C., Karekla, M., & Kassianos, A. P. (2021). Transmission of Vaccination Attitudes and Uptake Based on Social Contagion Theory: A Scoping Review. *Vaccines*, 9(6), Article 6. <https://doi.org/10.3390/vaccines9060607>.
- Larson, H. J., Jarrett, C., Eckersberger, E., Smith, D. M. D., & Paterson, P. (2014). Understanding vaccine hesitancy around vaccines and vaccination from a global perspective: A systematic review of published literature, 2007–2012. *Vaccine*, 32(19), 2150–2159. <https://doi.org/10.1016/j.vaccine.2014.01.081>.
- Lazarus, J. V., Ratzan, S. C., Palayew, A., Gostin, L. O., Larson, H. J., Rabin, K., Kimball, S., & El-Mohandes, A. (2021). A global survey of potential acceptance of a COVID-19 vaccine. *Nature Medicine*, 27(2), Article 2. <https://doi.org/10.1038/s41591-020-1124-9>.
- Loomba, S., de Figueiredo, A., Piatek, S. J., de Graaf, K., & Larson, H. J. (2021). Measuring the impact of COVID-19 vaccine misinformation on vaccination intent in the UK and USA. *Nature Human Behaviour*, 5(3), Article 3. <https://doi.org/10.1038/s41562-021-01056-1>.
- Makarovs, K., & Achterberg, P. (2017). Contextualizing educational differences in “vaccination uptake”: A thirty nation survey. *Social Science & Medicine*, 188(17), 1–10. <https://doi.org/10.1016/j.socscimed.2017.06.039>.
- Matute, J., Palau-Saumell, R., Meyer, J., Derqui, B., & Jiménez-Asenjo, N. (2022). Are you getting it? Integrating theories to explain intentions to get vaccinated against COVID-19 in Spain. *Journal of Risk Research*, 25(9), 1055–1074. <https://doi.org/10.1080/13669877.2021.1958044>.
- Merrick, E., Weissman, J. P., & Patel, S. J. (2022). Utilizing Google trends to monitor coronavirus vaccine interest and hesitancies. *Vaccine*, 40(30), 4057–4063. <https://doi.org/10.1016/j.vaccine.2022.05.070>.
- Milani, E., Weitkamp, E., & Webb, P. (2020). The Visual Vaccine Debate on Twitter: A Social Network Analysis. *Media and Communication*, 8(2), 364–375. <https://doi.org/10.17645/mac.v8i2.2847>.
- Paul, K. T., Eberl, J.-M., & Partheymüller, J. (2021). Policy-Relevant Attitudes Toward COVID-19 Vaccination: Associations with Demography, Health Risk, and Social and Political Factors. *Frontiers in Public Health*, 9. <https://doi.org/10.3389/fpubh.2021.671896>.
- Poland, G. A., & Jacobson, R. M. (2011). The Age-Old Struggle against the Antivaccinationists. *New England Journal of Medicine*, 364(2), 97–99. <https://doi.org/10.1056/NEJMp1010594>.
- Rémy, V., Zöllner, Y., & Heckmann, U. (2015). Vaccination: The cornerstone of an efficient healthcare system. *Journal of Market Access & Health Policy*, 3(1), 270-41. <https://doi.org/10.3402/jmahp.v3.27041>.

- Roberts, H. A., Clark, D. A., Kalina, C., Sherman, C., Brislin, S., Heitzeg, M. M., & Hicks, B. M. (2022). To vax or not to vax: Predictors of anti-vax attitudes and COVID-19 vaccine hesitancy prior to widespread vaccine availability. *PLOS ONE*, *17*(2), e0264019. <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0264019>.
- Romer, D., Winneg, K. M., Jamieson, P. E., Brensinger, C., & Jamieson, K. H. (2022). Misinformation about vaccine safety and uptake of COVID-19 vaccines among adults and 5–11-year-olds in the United States. *Vaccine*, *40*(45), 6463–6470. <https://doi.org/10.1016/j.vaccine.2022.09.046>.
- Ruiz, J. B., & Bell, R. A. (2021). Predictors of intention to vaccinate against COVID-19: Results of a nationwide survey. *Vaccine*, *39*(7), 1080–1086. <https://doi.org/10.1016/j.vaccine.2021.01.010>.
- Schmitt-Beck, R., & Lup, O. (2013). Seeking the Soul of Democracy: A Review of Recent Research into Citizens' Political Talk Culture. *Swiss Political Science Review*, *19*(4), 513–538. <https://doi.org/10.1111/spsr.12051>.
- Seddig, D., Maskileyson, D., Davidov, E., Ajzen, I., & Schmidt, P. (2022). Correlates of COVID-19 vaccination intentions: Attitudes, institutional trust, fear, conspiracy beliefs, and vaccine skepticism. *Social Science & Medicine*, *302*, 114981. <https://doi.org/10.1016/j.socscimed.2022.114981>.
- Toshkov, D. (2023). What accounts for the variation in COVID-19 vaccine hesitancy in Eastern, Southern and Western Europe? *Vaccine*, *41*(20), 3178–3188. <https://doi.org/10.1016/j.vaccine.2023.03.030>.
- Troiano, G., & Nardi, A. (2021). Vaccine hesitancy in the era of COVID-19. *Public Health*, *194*, 245–251. <https://doi.org/10.1016/j.puhe.2021.02.025>.
- Uscinski, J. E., Enders, A. M., Klofstad, C., Seelig, M., Funchion, J., Everett, C., Wuchty, S., Premaratne, K., & Murthi, M. (2020). Why do people believe COVID-19 conspiracy theories? *Harvard Kennedy School Misinformation Review*, *1*(3). <https://doi.org/10.37016/mr-2020-015>.
- Viskupič, F., Wiltse, D. L., & Meyer, B. A. (2022). Trust in physicians and trust in government predict COVID-19 vaccine uptake. *Social Science Quarterly*, *103*(3), 509–520. <https://doi.org/10.1111/ssqu.13147>.
- Wagner, A., & Reifegerste, D. (2023). “The Part Played by People” in Times of COVID-19: Interpersonal Communication about Media Coverage in a Pandemic Crisis. *Health Communication*, *38*(5), 1014–1021. <https://doi.org/10.1080/10410236.2021.1989786>.
- Wang, Q., Yang, L., Jin, H., & Lin, L. (2021). Vaccination against COVID-19: A systematic review and meta-analysis of acceptability and its predictors. *Preventive Medicine*, *150*(9), 106694. <https://doi.org/10.1016/j.ypmed.2021.106694>.
- Watson, O. J., Barnsley, G., Toor, J., Hogan, A. B., Winskill, P., & Ghani, A. C. (2022). Global impact of the first year of COVID-19 vaccination: A mathematical modelling study. *The Lancet Infectious Diseases*, *22*(9), 1293–1302. [https://doi.org/10.1016/S14733099\(22\)00320-6](https://doi.org/10.1016/S14733099(22)00320-6).
- Winter, K., Pummerer, L., Hornsey, M. J., & Sassenberg, K. (2022). Pro-vaccination subjective norms moderate the relationship between conspiracy mentality and vaccination intentions. *British Journal of Health Psychology*, *27*(2), 390–405. <https://doi.org/10.1111/bjhp.12550>.

- Wolter, F., Mayerl, J., Andersen, H. K., Wieland, T., & Junkermann, J. (2022). Overestimation of COVID-19 Vaccination Coverage in Population Surveys Due to Social Desirability Bias: Results of an Experimental Methods Study in Germany. *Socius*, 8(1), 23780231221094748. <https://doi.org/10.1177/23780231221094749>.
- Xiao, X., & Wong, R. M. (2020). Vaccine hesitancy and perceived behavioral control: A meta-analysis. *Vaccine*, 38(33), 5131–5138. <https://doi.org/10.1016/j.vaccine.2020.04.076>.
- Zheng, C., Shao, W., Chen, X., Zhang, B., Wang, G., & Zhang, W. (2022). Real-world effectiveness of COVID-19 vaccines: A literature review and meta-analysis. *International Journal of Infectious Diseases*, 114(1), 252–260. <https://doi.org/10.1016/j.ijid.2021.11.009>.

How Race Affects Simply Having versus Actually Choosing: Cross-Race Political Discussion Partners

William P. Eveland, Jr., Osei Appiah, Jacob A. Long, Steven B. Kleinman

1. Introduction

The political discussion and deliberation literature focuses on exposure to difference as an important criterion for democratically valuable political talk (e.g., Huckfeldt et al. 2004; Mutz 2006; Schmitt-Beck/Lup 2013). Exposure to difference in political talk (or the lack thereof) also has been a key variable in recent studies of political polarization (Amsalem et al. 2022; Hutchens et al. 2019; Song/Boomgaarden 2017) and the use of social media platforms such as Facebook (Heatherly et al. 2017; Kubin/von Sikorski 2021). The criteria for “difference” on which the vast majority of these studies have centered are party identification, political ideology, candidate choice, or general political opinions (Eveland/Hively 2009; Huckfeldt et al. 2004; Klofstad et al. 2013). Conspicuously absent in much of the work on exposure to political difference is the criterion of race (for an exception see Eveland/Appiah 2021). This is surprising given decades of research in the U.S. that has highlighted the segregation of Whites from Blacks in various forms of social relationships (see Smith et al. 2014), and the fact that race is a relevant factor for many political topics, including but not limited to immigration, affirmative action, health care, crime, drugs, and police treatment of minorities.

Some U.S. studies of exposure to political difference in discussion networks have incorporated exposure to racial difference, but only as one component of a larger measure of “network heterogeneity” that combines it with many other political and demographic factors (e.g., Brundidge 2010; Kim et al. 2013; Scheufele et al. 2004). As recently argued (Hutchens et al. 2018), such embedding means those studies have been unable to speak directly and independently to the implications of exposure to racial difference, which may be correlated with but also may operate differently from other forms of exposure to politically-relevant difference. Furthermore, the implications of various forms of difference may be interdependent and yet asymmetrical. When a White Republican encounters a Black person,

odds are that person is simultaneously encountering racial and partisan difference since few Blacks identify as Republicans. By contrast, if a White Democrat interacts with a Black person, they are likely to share partisanship even though they are encountering difference based on race. In short, these two aspects of political talk – across racial lines and across partisan lines – may relate to one another in complex ways given that partisanship is not equally distributed across races.

Only a few studies have focused specifically upon political talk about and across race (e.g., Appiah et al. 2022; Eveland/Appiah 2021; Mendelberg/Oleske 2000; Walsh 2007), and even fewer have focused on political talk by ethnic and racial minorities (for one exception, see Carlson et al. 2020). Recent evidence suggests that political talk across racial lines is considerably less frequent than political talk across partisan lines among Whites, but the reverse is true among Blacks (Eveland/Appiah 2021). Unfortunately, absent atypically large data sets or designs with Black oversamples, few studies have sufficient statistical power to fully understand the nature of political networks and selection among Blacks, so our understanding of Black political networks and Blacks' preference regarding interracial interaction about politics is limited (Carlson et al. 2020).

Following a similar approach to other recent work on partisan-based selection (e.g., Shafranek 2021), the present study seeks to isolate the choice dimensions of selecting a cross-race discussion partner. What if the opportunity presented itself to have a political discussion with a cross-race discussion partner who, although different with regards to race, shared a variety of other relevant political or social characteristics? Would more cross-race political interaction be possible if such an environment existed? If so, this may suggest that people are willing to have cross-race political conversations, and so these relatively rare interactions may be driven more by a person's access to various types of difference than their willingness to choose a discussion partner of a different race. This notion is supported by recent evidence that, when given a choice, Whites are willing – in fact more so than Blacks – to select news information about racial outgroups (Appiah et al. 2013) and find it easier to listen to others in cross-race political interactions (Eveland et al. 2020). Additionally, desire for cross-race political discussions may be expanding given that recent findings suggest Blacks and Whites have a growing interest in seeking out information about one another via the media (Appiah 2018) and have more racial outgroup members in their political conversation networks than traditional methods seem to suggest (Eveland et al. 2018). This begs the question, what factors impact

an individual's decision to select a political discussion partner of a different race?

To begin to answer these questions, we report results from a quasi-experimental study, using a large U.S. national sample with a Black oversample. In addition to reporting on their existing cross-race political interactions, respondents were led to believe that as part of the study they would be engaging in an online political conversation with one other person – a stranger. This is a form of political talk that is largely neglected but can be important for democracy (see Schmitt-Beck/Schnaudt 2023). We offered photos of eight individuals as options, counterbalanced by race, gender, and (as best we could) partisanship.¹ This allowed respondents to express their preference to talk with some individuals and not others. We find that Blacks are more likely to have cross-race discussants in their real-world networks, but Whites are more likely to be willing to and even prefer to have cross-race discussants, at least in this online experimental setting.

2. Propinquity and Homophily in Cross-Race Interactions

Research in sociology on cross-race friendships among children and adolescents, and cross-race confidants among adults, consistently finds that U.S. Blacks and Whites interact in largely separate worlds (e.g., Echols/Graham 2013; Hofstra et al. 2017; Quillian/Campbell 2003; Wimmer/Lewis 2010), with “the vast majority of ties within race” (Smith et al. 2014: 440). This coincides with findings that cross-race political discussions are relatively rare, at least compared to those that cross party lines (Eveland et al. 2018), the latter of which is the focus of most political communication research.

There are multiple potential reasons for observed similarity – regardless of the characteristic in question – in social and political interaction. As Huckfeldt and Sprague (1995) point out in the context of talk across lines of political difference (148-149):

Members of political majorities and members of political minorities choose discussion partners subject to dramatically different sets of op-

1 The images were initially identified through online searches and came from a variety of public websites. Fifty photos were pilot tested with undergraduates which allowed us to identify photos varying in race and gender for which respondents collectively agreed with the researchers' a priori partisan assessment (Kleinman/Eveland, 2014). More detail is provided in the Method section.

portunities and constraints, but a focus on individual control ignores these environmental contingencies. Second, a failure to isolate choice from supply in the formation of a politically agreeable discussion network results in a failure to examine the contribution of each and, perhaps more important, a failure to examine the manner in which choice responds to supply in the flow of political information.

It would be useful to expand upon these ideas while considering cross-race political talk. First, “propinquity” – essentially, the availability of people with a given characteristic in the accessible environment – can affect exposure to difference. If you do not live near, work or go to school with, have friends who are friends with, or otherwise encounter people from a different race, finding people of a different race with whom to talk about politics will be exceedingly difficult. The flip side of the coin is that if people with a particular characteristic are plentiful in your environment, it will be far easier to select among them to find an ideal – that is, otherwise appealing aside from that one characteristic – partner for political discussion.

Several factors drive propinquity. The first is simple *base rates* of given characteristics – or, people with those characteristics – in the population. Quillian and Campbell (2013) point out that aggregate cross-race friendships will be maximized when the racial groups are of equal size. It is harder to interact, all else equal, with people who have rare characteristics than with people who have common characteristics. This is particularly consequential when we consider interactions between Blacks and Whites. Blacks are a small minority of the U.S. population, and Whites remain a majority.² As Blau (1977) argues, this uneven distribution discourages aggregate exposure to difference, but operates more strongly for Whites than Blacks because Blacks on average have more access to Whites than Whites do to Blacks given Whites’ wider availability in the population. Thus, *we expect that, when considering existing political discussion network structures that in part reflect the effects of propinquity, Whites will be less likely to have cross-race discussants than Blacks.*

Propinquity also is driven by uneven *spatial distributions* of a given characteristic, regardless of its overall size in a larger population. As Smith and colleagues (2014: 435) note, “demographic sorting along residential, oc-

2 In 2022, it was estimated that 13.6 percent of the U.S. population identifies as solely Black (vs. multi-racial) vs. 75.8 percent identifying as solely White (vs. multi-racial), according to the U.S. Census. <https://www.census.gov/quickfacts/fact/table/US/PST045222>.

cupational, and associational lines creates strong barriers to out-group ties and will affect the rate of homophily in a population.” Considerable evidence exists that racial segregation remains a significant factor in the U.S. (Charles 2003; Enos 2017). Not only is there segregation across neighborhoods within a given city, but Blacks are proportionately over-represented in urban areas and under-represented in rural areas (with some exceptions in the South as a legacy of slavery). All of these factors amplify the general U.S. population disparity between Blacks and Whites, and thus decrease the odds of cross-race interactions overall.

Note that such structural features of the environment can affect exposure to difference absent any preference or desire of a given individual to avoid difference or seek out similarity. Although some use the term “homophily” to describe the simple state of similarity (in friendships, discussion, etc.), others have argued that this term should be reserved for the process of seeking out or choosing similarity, and to contrast it with propinquity or availability as a process. Wimmer and Lewis (2010: 595), for instance, note that “distinguishing the effects of availability from homophily has now become mainstream research practice,” although Kossinets and Watts (2009) caution that “in the absence of dynamic data, structure-versus-agency debates can be difficult to adjudicate.” (438) This is a particular problem in the study of political discussion networks, which typically employs cross-sectional national survey methods that cannot easily distinguish propinquity from homophily (or other “choice”) mechanisms. This is especially true of the common name generator approaches to tapping discussion networks, as these methods tend to capture political talk among those structurally closest to respondents, and so those who are also most likely to be similar on a variety of dimensions.

An added challenge exists when characteristics of interest are not randomly distributed (at whatever rate) in the population, but instead their appearance is correlated with the presence of other traits. If those other, correlated traits could also be a characteristic on which people would seek homophily, it can be a challenge to distinguish the target characteristic of the homophily-seeking actions. And, “through such correlations between various attributes (termed ‘parameter consolidation’ by Blau), different types of homophilies can reinforce each other and produce a cumulative, more marked ingroup preference within each category.” (Wimmer/Lewis 2010, 592; see also Blau 1977)

In the U.S., Blacks and Whites differ significantly not only in their political viewpoints (Pew Research Center 2016), but even in their perceptions

of the broader social reality (Gilberstadt 2020). Moreover, changes in the orientations of the two major parties in the U.S. since the 1960s have led the vast majority of Blacks to eschew the Republican party in favor of the Democratic party or political independence (Pew Research Center 2018). Therefore, whereas Whites are roughly evenly distributed across the two major political parties, Blacks are concentrated in the Democratic party. This is a prime example of the notion of parameter consolidation. Seeking homophily on partisanship – a topic the political communication literature has focused upon – is likely to amplify any tendency toward seeking homophily on race, and similarly seeking homophily on race is likely to amplify tendencies toward seeking homophily on partisanship, at least among Blacks.

This pairing of race and partisanship also brings us back to the concept of propinquity and a rarely considered dilemma for those interested in studying exposure to difference in political discussion networks (although see Hutchens et al. 2018). Whites can engage across partisan lines of difference while quite easily maintaining racial similarity, but the vast majority of Blacks must also cross racial lines in order to talk with someone from a different political party because there are very few Black Republicans (Eveland/Appiah 2021). More relevant to our current question, however, in order to cross racial lines (White) Republicans will also typically have to cross partisan lines. Therefore, the problem of finding a “suitable” – otherwise appealing due to similarity on other criteria such as partisanship – cross-race alter for White Republicans is compounded by the rarity of Blacks who share their partisan identification. Thus, *we would expect that, given propinquity mechanisms and a preference for partisan homophily, White Republicans will have a lower likelihood of cross-race political discussion partners in their existing political discussion networks than White Democrats*. However, it is not clear whether the same prediction would apply when the option of talking to a same-party but cross-race political discussant was presented to them.

Based on analysis of Facebook data from students at a particular university, Wimmer and Lewis (2010) demonstrated that “racial homophily (and most of the other attribute-based preferences mentioned above) are dwarfed by the consequences of propinquity mechanisms” (627). Others have highlighted a similarly important role for propinquity in cross-race relationships in the U.S. and beyond (e.g., Echols/Graham 2013; Hofstra et al. 2017). Smith and colleagues (2014) found that demographic changes (i.e., increased population diversity, and therefore increased propinquity)

between 1985 and 2004 in the U.S. led to a modest overall increase in exposure to racial difference in confidant discussion networks – that is, those defined by “important matters” name generators. But there was no evidence in that study of a reduction in homophily over time relative to chance contact. These findings lead us to conclude that both propinquity and homophily (or choice) play important roles in the creation of cross-race political interactions.

Constraints on cross-race political discussion – availability, and the amplification of racial difference with partisan difference in some cases due to parameter consolidation – cannot be easily solved in the real world, and we expect that they play an important role in the amount of cross-race political talk that occurs (or does not occur) in the larger population. But we focus here on an important question: What role does choice play in the population figures of cross-race discussion we have described? Goodreau and colleagues (2009: 122) argue that “experimental data are required to observe the preferences that guide friendship choice; there, preferences may be revealed by design.” Shafranek (2021) reported significant effects of both race and partisanship in undergraduate students’ roommate preferences when those and other traits were randomized to allow independence in an experimental design. Given this, our study was designed to mitigate issues of propinquity in the formation of political discussion networks so that we could examine the factors that drive choice of same- or opposite-race discussion partners. If we could largely put aside the propinquity constraints on cross-race political talk, would more people engage in cross-race political talk? And, what factors might influence the decision to choose a cross-race political discussant if one could find a suitable individual who shared other relevant traits such as sex and partisanship, while still varying on race?

3. Individual-level Factors Producing Homophily

Recall that homophily is a desire for similarity above and beyond what is produced by availability in the form of propinquity. Although there may be a general tendency toward seeking racial homophily, it is also likely that there are individual differences in seeking it out. For instance, tendencies toward racial homophily – above and beyond propinquity – may actually vary by race.

Rogers and Bhowmik (1970: 531) argue that “Given that members of a dyad cannot be homophilous on all variables, they should be homophilous on as many as are relevant to the situation.” Clearly for a political discussion, political preferences are relevant to the situation, and this is why most prior research has focused on those as criteria for homophily. However, race may also be an important, and independent, homophily criterion. According to distinctiveness theory, racial identity is often central to the concept of self among Blacks because, as a numeric minority, race is a key characteristic that makes them stand out (see McGuire et al. 1978; Phinney 1992). This suggests that for Blacks race would be a salient characteristic for selection, regardless of topic of discussion – but perhaps particularly for political discussions given the racial divides in U.S. politics. By contrast, historically most Whites do not necessarily think of themselves as distinctly part of a specific ethnic group and have weak ethnic identity (Phinney 1992), although this may be changing. This should lead Whites to be less likely to use race for discussant selection purposes than Blacks.

Wimmer and Lewis (2010) found that Whites had the lowest level, and Blacks the highest level, of racial homophily in their Facebook networks once propinquity was controlled. This finding is consistent with research on core networks by Smith and colleagues (2014). Wimmer and Lewis (2010: 622) “speculate that those ethnic or racial categories that were or are associated with high levels of discrimination are those that seem to have developed a high degree of internal solidarity, as expressed in high degrees of homophily.” Trawalter and Richeson (2008: 1215) also reason that “racial minorities’ concerns about being the target of prejudice may trigger anxiety.” In an effort to avoid potential racism and therefore to preserve their dignity, self-respect, and psychological well-being, Blacks may try to avoid political talk with Whites when possible.

Quillian and Campbell (2013) offer an additional explanation that relates propinquity to homophily. They suggest that in order to maintain at least some same-race discussants – something that all groups may strive to do – selection must be more actively engaged in among numeric (and thus racial) minorities than majorities due to propinquity decreasing the chance of same-race alters among minority members.³ This could explain the findings of greater racial selectivity or homophily (once accounting for

3 It is important to note that in highly racially segregated areas, for instance those with high concentrations of ethnic or racial minorities, finding same race discussants would be a simple matter. The key is defining the boundaries of the population about which

propinquity or chance) among Blacks. But, the flip side of this argument would be that members of the majority (Whites in the larger population) must put forth more active effort to select for heterophily to counteract propinquity and produce a network with at least some exposure to racial difference. Therefore, we expect that, *when propinquity is removed as a factor by design, Blacks will exhibit lower preferences for cross-race political discussion partners than will Whites.*

4. Method

During the summer of 2015, U.S. adult participants were recruited from an online panel by the company Qualtrics. Qualtrics utilizes an invitation-only panel recruitment method to obtain quota-based samples. In addition to the general sample, we had Qualtrics add a Black oversample to be in a better position to estimate the political discussant choices of Blacks. After the oversample was included, we removed multi-racial respondents – that is, those who did not report being either exclusively Black or White. This left us with a total sample size of 798, with an average age of 48.1 ($SD = 16.1$), ranging from 18 to 87 years old. The sample was divided roughly equally by race (56 percent White, 44 percent Black) and sex (50 percent male, 50 percent female). Partisanship was biased toward Democrats (62 percent) compared to Republicans (32 percent) or “neither” (6 percent), based largely on the atypically (but intentionally) large number of Blacks in our sample.⁴

Participants completed a 20-minute online survey. Upon reaching the survey page participants were told (emphasis added):

This study involves two components. First, you will complete a questionnaire that will ask you about with whom and how often you talk about various subjects, which includes being asked to judge and evaluate a series of photographs of potential discussion partners in the second part of the study. *After you upload a photo of yourself to symbolize you to your discussion partner, the second part of the study will be to engage in a ten-minute online discussion.*

inferences of majority and minority status are drawn. For many people, the community of residence may not coincide with the location of schools, shopping or work.

4 In rough equivalence to U.S. population figures, in our study Whites were 46 percent Democrat and 49 percent Republican, whereas Blacks were 83 percent Democrat and only 10 percent Republican.

This italicized component described above was not actually part of the study, but rather was a deception necessary to lead respondents to believe that their survey responses regarding willingness to talk politics with a stranger would be expected to have real world implications and thus lead to more accurate and honest responses.

At the start of the survey, participants were presented with eight photographs in a 4 (column) x 2 (row) matrix.⁵ Six of these eight photographs were selected from a larger pool of photos employed in a pilot study (see Kleinman/Eveland 2014); the remaining two were based on a new, smaller set curated by the researchers to represent Black Republicans. Specifically, an implied⁶ White female Democrat (WFD), a Black female Democrat (BFD), a White female Republican (WFR), a Black female Republican (BFR), a White male Democrat (WMD), a Black male Democrat (BMD), a White male Republican (WMR), and a Black male Republican (BMR) were included.⁷ *This distribution of photographs was designed to induce orthogonality relative to sex, race, and partisanship, which in the real world are correlated as described in the notion of parameter consolidation. It was also meant to equalize the availability of alters with a wide variety of characteristics to account for propinquity.* Had we relied on “typical” traits, selection on the basis of female sex would also imply selection on Democratic partisanship. The same would be true for selection on the basis of Black race. For instance, in the real world, random selection of eight individuals would produce only one Black person, and that person would very likely be a Democrat, requiring any choice to talk to a Black person also requiring discussion with a Democrat. In the present design, we sacrificed typicality across photographs in order to roughly balance the presence of sex, race, and partisanship “cues” across photographs. This permitted respondents to maintain similarity in the sex and (implied) partisanship of their discussants while simultaneously choosing a discussant of a different race – something not always possible in the real world.

To be clear, we do not know for sure the partisanship or identities of the individuals in these photographs, as they were procured anonymously from

-
- 5 Verbal descriptions of each photograph are presented in the notes of Appendix Table 1.
 - 6 Based on “artifacts” such as clothing (business suit vs. tie-died shirt, uniforms), hair styles, photograph settings (office vs. farm field, presence of American flag) and other even more subjective characteristics that align with partisan stereotypes in the U.S.
 - 7 The WFR photo was not rated for partisanship in the pilot study due to a programming error. In that pilot test a majority (significantly different from chance in all but one case – the BMD) perceived these photos as we had intended in terms of partisanship.

an online search engine. Instead, visual cues conveyed via dress and other contextual cues were sometimes used to counteract basic demographic cues in the photographs. This would permit, for instance, a Black male to be perceived as a Republican without using a blatant caption stating the person was a Republican.

All photos were of equal size, with the placement of photographs within the matrix randomized. Respondents were given the following instructions:

The individuals below will be participating in today's study of ONE-ON-ONE online discussion about politics. We want to know which of the following individuals you would be willing to talk to about politics today. Please check the box to the left of each individual *with whom you would be willing to have a discussion*.

Roughly one-third of respondents selected only a single discussant, and 17.3 percent selected all eight ($M = 3.40$, $SD = 2.57$). Immediately following these choices, a new screen was presented that said:

Among those individuals with whom you agreed to talk about politics, with which person would you most want to have your online discussion? Please click the picture of the ONE individual with whom you most want to have your discussion with...

Responses to these questions were used to construct three of our four key dependent variables. Based on the respondent's self-reported race (limited to Whites and Blacks), we first determined whether a respondent selected *any opposite-race discussant* (out of four opposite-race options) as someone they would be willing to talk to about politics, coded one if yes (66 percent), and otherwise zero. Next, we counted the *number of opposite-race discussants*, which could range from zero to four ($M = 1.51$, $SD = 1.48$). Finally, we assessed if respondents had *preferred an opposite-race discussant*, coded 1 if the preferred discussant was of a different race than the respondent (37 percent).

We view these related, but somewhat different, outcome measures as a sort of continuum of choice. Selecting at least one opposite race discussion partner among four choices is the first step across the threshold of having a cross-race discussion partner; it suggests an openness to racial difference, but that is all. The number (potentially more than one) reflects the next step in the continuum, as it necessarily increases the likelihood (in the present case) of encountering difference. Finally, actually preferring an op-

posite-race discussion partner *over* all of the available same-race discussion partners is the final step in the continuum.

Appendix Table 1 presents the partisanship perceptions from respondents in *this* study, divided by respondent race. Overall, our goal of presenting two opposite-race apparent co-partisans to respondents among the eight photos was a success. To evaluate this in the aggregate (since our outcome measures are aggregate rather than photo-specific, and based only on opposite-race photos), for Black respondents we counted the number out of four White photos they perceived as matching their own partisanship. For White respondents, we counted the number out of four Black photos they perceived as matching their own partisanship. On average, respondents perceived 1.90 (SD = 1.19) opposite-race co-partisans, which is very close to our study design goal of 2.00 out of four (i.e., providing half same- and half opposite-partisanship discussants among the opposite race).

However, as Appendix Table 1 reveals in detail on a photo-by-photo basis, there were some inconsistencies in respondent perceptions of photos relative to our intentions. It was particularly difficult for Black respondents to perceive a (middle-aged) White male – even one dressed in a tie-dyed shirt and bike helmet – as a Democrat (only 50.6 percent did). And, it was hard for White respondents to perceive a Black woman – even one dressed in military garb in front of an American flag – as a Republican (only 50.7 percent did). On the other hand, agreement with our intended communication of partisanship for both Blacks and Whites was 64 percent when averaged across the four opposite-race photos they evaluated. This is within the range of accuracy of interpersonal network members across a number of studies analyzed by Eveland and colleagues (2019).

Nonetheless, there was some racial imbalance in perceptions, such that Blacks perceived on average fewer opposite-race co-partisans ($M = 1.56$, $SD = 1.18$) than did Whites ($M = 2.15$, $SD = 1.13$). These values are significantly different from one another, and from our target goal of the value 2.00 (all $p < .01$). On the other hand, 85 percent of respondents perceived *at least* one co-partisan among the opposite-race photos (78 percent Black respondents and 91 percent White respondents), so most respondents had the ability to choose (or prefer) at least one opposite-race discussant with whom they perceived partisan agreement. Nonetheless, the racial disparities in the number of perceived co-partisans, opposite-race photos could affect our test of respondent race as a predictor because Whites on average perceived a greater number of co-partisan options. Therefore, we added the number of perceived opposite-race co-partisans among the photos as a control

variable in each of the models testing the effects of respondent race in selecting photos as discussants.

We also measured a number of political variables relevant to discussant selection. First, and to some degree associated with the concept of propinquity, Wimmer and Lewis (2010; see also Goodreau et al. 2009) argue that research on homophily must first take into account “the degree of sociality, which can be measured using the size of the personal networks.” (591) More social individuals – in the present case, defined as those who have larger political discussion networks – are also likely to have greater exposure to racial (Echols/Graham 2013) and political difference, at least in terms of the presence of difference if not the proportion of difference (e.g., Eveland et al. 2018; Mutz 2006). Interestingly, there is some evidence that Blacks have smaller overall social or political networks than Whites (Carlson et al. 2020; Eveland/Appiah 2021; Wimmer/Lewis 2010), and so at minimum network size should be controlled for so that it does not confound racial differences in exposure to cross-race discussants. The respondent’s overall *political network size* ($M = 4.77$, $SD = 10.81$) was measured by asking:

Next, we’d like to ask you a series of questions about your political conversations. When we say political conversations, we mean talk online (email, discussion forums, social media), via phone, or face-to-face about elections, politicians and candidates, and the performance of local, state, and national government. To begin, how many different people did you talk about politics with during the past month?

For analysis, because of the high skewness in this variable, we followed common practice and adjusted the measure (e.g., see Gil de Zúñiga/Valenzuela 2011), in this case by using the square root of network size ($M = 1.76$, $SD = 1.30$).

Building on the work of Jürgen Habermas, Rojas (2008) identifies “understanding” and “strategy” orientations toward conversation. He notes that “someone who talks about politics with an orientation toward reaching understanding – that is, taking into account the point of view of others in conversation and trying to integrate them into a common definition of situations – will grasp the complexity of social issues ... and finally will see the potential to work with others...” (Rojas 2008: 459) Eveland and colleagues (Eveland et al. 2020) have empirically connected this concept to the idea of “listening” in the context of race and political talk. Rojas’ second dimension, a strategic orientation (which focuses on persuasion and argumentation) might lead individuals to avoid cross-race discussants because

it would likely lead to more contentious interactions. Here we employed a modified version of Rojas' (2008) conversation orientation measure to tap *understanding orientation* with four items ($M = 3.82$, $SD = 0.64$; $\alpha = .72$) and *strategic orientation* with three items ($M = 2.99$, $SD = 0.89$, $\alpha = .62$).

We also asked respondents, "Have you had any discussions about politics with any [Black/White] people in the past month?" with Whites being asked about Blacks, and Blacks being asked about Whites. We used these questions to calculate a summary measure of the respondent (regardless of race) *having an opposite-race alter* in his/her political discussion network (39 percent did), which is a dependent variable in some of our analyses and an independent variable in others.

Finally, political interest may decrease the likelihood of selecting a cross-race discussant. Although political interest and political network size are positively correlated (Eveland et al. 2013), individuals who are more interested are more likely to make the effort to engage in politically-oriented selectivity (Iyengar/Kahn 2009; Shafranek 2021). And, politically-interested individuals may better realize the likely political conflicts that could come with cross-race political discussion. Of course, it is also possible that political interest could drive a desire to have a larger political network generally and be exposed to political difference (Schmitt-Beck/Schnaudt 2023); this could translate to some openness to racial difference. *Political interest* (in "government and politics") was measured on a scale from 1 to 3 ($M = 2.45$, $SD = 0.59$).

Our plan for analysis is as follows. Our first set of expectations (and analyses) relate to existing political discussion networks for which propinquity is in operation. We expect that Blacks will be more likely to have exposure to racial difference in their networks than Whites. We also expect that network size and understanding orientations will be positively related to exposure to racial difference, whereas political interest and strategic orientations will be negatively related to exposure to racial difference. When we move next to the choice of discussion partners based on the eight photos, we expect the same results except that Blacks would be less likely than Whites to select cross-race discussants.

5. Results

5.1 Existing Network Exposure to Cross-Race Discussants (Propinquity in Operation)

An initial bivariate analysis demonstrated that, as expected based on the impact of propinquity in social network formation, Whites (31.6 percent) were significantly less likely ($\chi^2 = 22.536, df = 1, p < .05$) to have an opposite race discussant in their real-world political discussion network than were Blacks (48.1 percent). Table 1 reveals that this finding was robust to a series of additional control variables. Moreover, older respondents and women also were less likely to have opposite-race political discussants than younger and male respondents. Education and political interest, however, were unrelated to having a cross-race political discussant. As expected, those with larger political discussion networks and higher levels of understanding orientation also were more likely to have cross-race discussants in their real-world political discussion networks.

Table 1: *Logit Model Predicting Having an Opposite-Race Discussant (Actual Network)*

	Exp(B)	B	SE
Intercept	0.15*	-1.91	0.78
Race (White)	0.39*	-0.94	0.18
Age	0.97*	-0.03	0.01
Education	1.09	0.09	0.10
Sex (female)	0.53*	-0.64	0.18
Political interest	1.12	0.11	0.17
$\sqrt{\text{Political network size}}$	3.08*	1.12	0.12
Understanding orientation	1.35*	0.30	0.15
Strategic orientation	0.98	-0.02	0.10

N = 797

* = $p < .05$, two-tailed # = $p < .10$, two-tailed

5.2 Selection of Discussant for Purported Discussion Study (Propinquity Controlled by Design)

Table 2 presents the results of the logit model predicting the presence of at least one opposite-race alter among the choices of acceptable political discussion partners.⁸ The model reveals, first of all, that the basic control of total number of acceptable alters is a significant predictor. The more acceptable alters a respondent selects overall, the more likely s/he is to consider at least one opposite-race alter to be acceptable. The conceptually-equivalent general tendency in the real-world network – political network size – was also a significant positive predictor of choosing at least one opposite-race alter in the study. It is also true that the more opposite-race co-partisans the respondent perceives, the more likely s/he is to consider at least one of them an acceptable discussant. The only other significant predictor was race; Whites were more likely than Blacks to consider at least one opposite-race alter as acceptable.

Table 2: Logit Model Predicting Having Any Opposite-Race Alter (Potential Network)

	Exp(B)	B	SE
Intercept	0.13*	-2.03	0.93
# of “yes” answers	3.37*	1.22	0.11
Perceived # of co-partisans	1.21*	0.19	0.09
Race (White)	5.92*	1.78	0.25
Age	1.00	0.00	0.01
Education	0.81#	-0.21	0.12
Sex (female)	0.75	-0.28	0.22
Political interest	0.85	-0.17	0.20
$\sqrt{\text{Political network size}}$	1.32*	0.28	0.12
Has opposite-race discussant	1.15	0.14	0.26
Understanding orientation	0.71#	-0.34	0.19
Strategic orientation	1.18	0.16	0.13

N = 748

* = $p < .05$, two-tailed # = $p < .10$, two-tailed

8 Appendix Figures 1 and 2 present descriptive statistics on the selection of each particular photo by respondent race.

Table 3 examines the predictors of the number of opposite-race alters considered acceptable by respondents, using a negative binomial generalized linear model. Here again, the structural control – this time the number of same-race alters considered acceptable discussants – was a significant positive predictor of the number of opposite-race alters considered acceptable.⁹ And, the perceived number of opposite-race co-partisans also positively predicted the number of opposite race alters chosen. Even after these controls, once again Whites were willing to talk to a larger number of opposite-race discussants than Blacks. The estimated marginal means after all controls were applied reveal that Whites averaged 1.60 acceptable opposite-race discussants whereas Blacks averaged 0.83 acceptable opposite-race discussants.

Table 3: Negative Binomial GLM Predicting Number of Opposite-Race Alters (Potential Network)

	Exp(B)	B	SE
Intercept	0.28*	-1.28	0.45
# of same-race alters	1.46*	0.38	0.04
Perceived # of co-partisans	1.12*	0.12	0.04
Race (White)	1.93*	0.66	0.11
Age	1.00	0.00	0.00
Education	0.97	-0.03	0.05
Sex (female)	1.00	0.00	0.10
Political interest	1.08	0.08	0.10
$\sqrt{\text{Political network size}}$	1.08	0.07	0.04
Has opposite-race discussant	1.15	0.14	0.12
Understanding orientation	0.99	-0.01	0.09
Strategic orientation	0.99	-0.01	0.06

N = 748

* = $p < .05$, two-tailed # = $p < .10$, two-tailed

⁹ The in-study controls (i.e., total number of alters selected, number of same-race alters selected, and number of opposite-race alters selected) shift from analysis to analysis as the dependent variables shift in order to maintain a similar logic of structural availability as the conceptual control.

Table 4: Logit Model Predicting Preference for an Opposite-Race Alter (Potential Network)

	Exp(B)	B	SE
Intercept	0.17*	-1.76	0.79
# of opposite-race alters	1.55*	0.44	0.06
Perceived # of co-partisans	1.15#	0.14	0.08
Race (White)	7.08*	1.96	0.21
Age	1.00	0.00	0.01
Education	0.83#	-0.19	0.10
Sex (female)	0.60*	-0.51	0.19
Political interest	0.71#	-0.34	0.17
$\sqrt{\text{Political network size}}$	1.15#	0.14	0.08
Has opposite-race discussant	0.97	-0.03	0.21
Understanding orientation	1.13	0.12	0.16
Strategic orientation	0.99	-0.01	0.11

N = 748

* = $p < .05$, two-tailed # = $p < .10$, two-tailed

Table 4 presents the predictors of preferring an opposite-race discussion partner using a logit regression model. This model largely replicates the prior two. The structural control – the number of opposite-race alters chosen (the dependent variable of the model in Table 3), was a significant positive predictor. The more opposite-race alters a respondent was open to talking politics with, the more likely s/he was to prefer an opposite-race alter as the top discussant choice. The perceived number of opposite-race co-partisans was at best weakly related ($p < .10$) to preferring an opposite race discussant. In this model, females were less likely to prefer an opposite-race alter than males, and those with less political interest, less education, and larger political network sizes were more likely (at $p < .10$) to prefer an opposite-race alter. However, race was the most powerful predictor in this outcome, with Whites more likely than Blacks to prefer an opposite-race alter as a political discussant over a same-race alter. Interestingly, supplementary analyses demonstrate that there is no difference between White Democrats and White Republicans on any of the outcomes above, either

on having Black discussants in the real world or being willing to, selecting more, or preferring a Black discussant in the study context.¹⁰

6. Discussion

The purpose of this study was to better understand the factors that influence the likelihood of cross-race political discussion. Little work has considered talk about politics across racial divides, despite the heavy emphasis in the literature on cross-party political talk, the strong correlation between race and political viewpoints and perceptions, and the related evidence that Blacks and Whites are limited in other types of cross-race interactions such as friendships. Our study employed a Black oversample so that we had sufficient power to estimate and compare Black and White networks and choices. The study was designed to permit a disentanglement of structural (propinquity) and choice (homophily) factors in having cross-race political discussants. As a baseline, we also examined data on actual exposure to a cross-race political discussant in the presence of propinquity mechanisms.

Our results largely comport with expectations derived mostly from the literature on homophily in networks. As expected, based on the propinquity mechanism that drives much of network construction, self-reports of having a cross-race discussant within their *political discussion networks* revealed that Whites are considerably less likely to talk politics with a Black person than Blacks are to talk politics with a White person. Due to their proportions in the population, Blacks encounter more Whites than Whites encounter Blacks, and this availability alone should increase the likelihood that Blacks have White political discussion partners. Also as expected, respondents who had larger political discussion networks and those who subscribed to an “understanding” orientation toward political discussion (akin to a tendency to be a good listener) were more likely to have cross-race discussants. But, counter to our expectations, White Republicans were no less likely to have real world Black discussants than were White Democrats, despite the fact that White Republicans would have far less in common politically with most Blacks than would White Democrats. This perhaps surprising finding is actually consistent with recent national survey data (Eveland/Appiah 2021).

10 Contact the first author for details of these analyses.

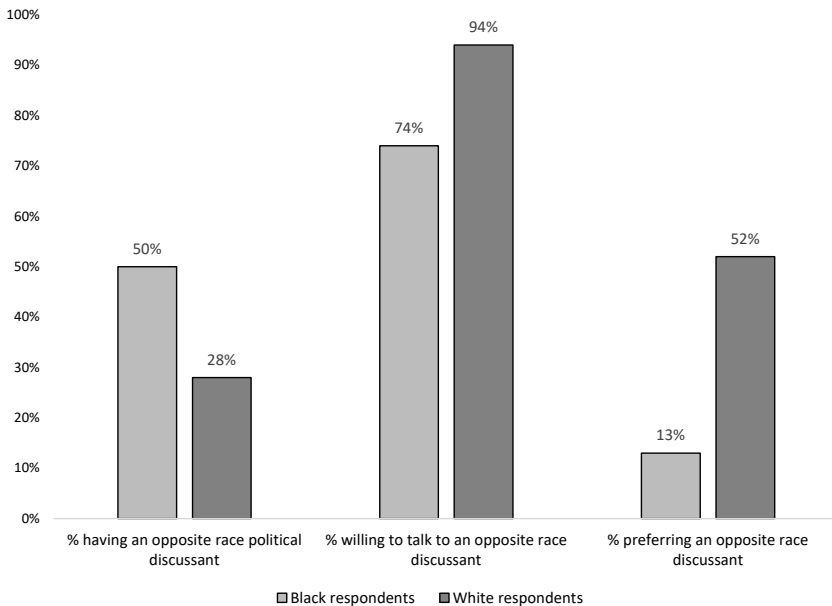
Moving on to respondent indications of willingness and preference for particular purported discussants as part of the study, we see that once propinquity is controlled by design (as well as using a perceptual measure of available number of opposite-race co-partisans), some findings shift considerably while others remain the same. Under the guise of having a brief online political discussion, study participants were given the opportunity to select possible discussion partners from a number of photos featuring equal numbers of Blacks and Whites, and males and females, with each pairing (e.g., two Black males, two White females) possessing visual cues suggestive of variation in partisanship. Whites were significantly more likely to indicate willingness to talk to at least one cross-race discussant, express a willingness to talk with a significantly larger number of cross-race discussants, and were significantly more likely to prefer a cross-race over same-race discussant than were Blacks. Although various measures of network size continued to show up as significant predictors of selecting a cross-race discussant in many models, respondent race was a strong predictor across the three dependent measures in the discussant selection part of the study. Yet again, additional analyses suggested that White partisanship played no role in willingness or preference to talk to a Black person about politics.

Our key findings hold despite accounting for propinquity by design – by offering respondents multiple and equal cross-race opportunities combined with variation in and rough balance of partisanship – and controlling for perceptions of propinquity to account for inconsistencies in partisan perceptions by our respondents. Figure 1 provides some tangible context for the racial differences across the three dichotomous outcomes and allows us to think about homophily relative to what could reflect random choice through actual heterophily.

In our sample about half of Blacks have at least one White political discussant in their network, and three-quarters are willing to talk to at least one of the four White options we provided, although only 13 percent of Blacks ultimately preferred one of those White discussants over one of the four Black discussants. Thus, among Blacks, the choice findings suggest homophily to one degree or another. By comparison, only about a quarter of Whites have a Black political discussant in their network. However, nearly all (94 percent) were willing to talk to at least one of the four Black discussants we offered, and roughly half actually preferred one of the four Black discussants to any of the White discussant options. The latter two findings, although optimistic from the perspective of seeing value in exposure to difference, still seem closer to random choice rather than heterophily.

For instance, with 52 percent of Whites preferring a Black discussant when they could choose between four Whites and four Blacks, amounts to the result of a coin toss rather than any strong tendency toward heterophily. But the absence of homophily in the presence of choice is encouraging.

Figure 1: Estimated marginal means of having and choosing opposite-race political discussants.



Note: Values are derived from the analyses reported in Tables 1, 2, and 4. Differences between Blacks and Whites are statistically significant in all cases.

Although our data cannot answer the “why” question, there are a number of theoretical explanations that can help interpret these findings. First, in the U.S. Blacks live in a “real” world in which they are numeric minorities. Unlike Whites, the social structure effectively forces Blacks to experience racial difference on a day-to-day basis. Indeed, half of our Black respondents reported already having at least one White political discussion partner in their real-world network. But being pushed into cross-race discussions is not the same as preferring them or seeking them out. Nonetheless, most Blacks in our study were willing to talk politics with at least one of the White options provided.

Being a numeric minority also increases the salience of race (McGuire et al. 1978), making it more likely that Blacks would engage in race-based selection processes – even in news articles (Appiah et al. 2013) – than Whites, for whom race is less salient. Moreover, Blacks have suffered – initially from slavery, and since that time from prejudice, racism, and discrimination – at the hands of the White majority. This past personal exposure and knowledge of historical exposure may lead Blacks to be more likely to assess new conversation experiences with White discussion partners as potentially threatening and harmful – especially if conversations may verge into race-related topics. It is likely that Blacks do not want to experience the emotional pain, and the shifting of blame Whites are likely to direct at them during racially sensitive conversations. Blacks still experience what have been termed “racial micro-aggressions” on a regular basis. Micro-aggressions are often subtle digs that occur during interactions that cumulatively take a toll on Blacks via stress and psychological affliction, and cause them to be particularly sensitive to further attacks, a phenomenon labeled ethnocultural allodynia (Comas-Díaz/Jacobsen 2001). In an effort to avoid potential racism, preserve their dignity, self-respect, and psychological well-being, Blacks may avoid sensitive interactions such as political discussions with Whites when they can. Indeed, after our data collection Reni Eddo-Lodge (2017) published the book *Why I’m No Longer Talking to White People About Race*, and her sentiment has been repeated in other public commentary since then. This desire to avoid cross-race interactions may be true even if Blacks perceive shared co-partisanship because they may still believe co-partisan Whites may not be sensitive or open with race-related aspects of political conversations.

Rather than wonder why so few Blacks preferred to talk about politics with an opposite-race alter, we instead can ask why roughly half of Whites did. This may be a reflection of simple random selection; a coin toss as the driver of selection in our choice study would have produced this finding. But, if one assumes homophily would otherwise be in operation in discussant selection, there may have been forces driving homophily down among Whites. One possibility is that Whites may have seen this study as a “safe” opportunity to talk to someone who was racially different from them, something that they may not have many other opportunities to do. Dys-Steenbergen, Wright, and Aron (2016) refer to the concept of self-expansion, which may be what is driving some of Whites’ willingness to have a Black discussion partner. A largely anonymous, brief, and online discussion with a stranger of a different race might have been viewed as a rare

chance to talk to and learn without fear of lasting relational repercussions if things went poorly.

Our findings also fit in with the concept of cultural voyeurism (Appiah 2018), which notes that recent changes may have increased the interest in and desire for understanding and interaction across racial boundaries. Events in the U.S. since we gathered our data reveal a potentially growing openness among at least some Whites to listen to, engage, and support Blacks in the political domain. Some polling suggests significant changes in recent years (Cohn/Quealy 2020) that our data may have captured early on. Whites might be more cautious and less likely to have a political conversation with a Black neighbor, co-worker, or family member, for fear that what they said would be offensive and harm a long-standing relationship beyond repair. But, if a random stranger in an online space was hurt by something the White person said, they may see this as having little real import.

These explanations are both race-specific, and race-centric. Other research has suggested that greater homophily-seeking tendencies may be less a function of particular characteristics of racial subgroups than of the structural position of those groups relative to overall population size. Any group in a relatively small numerical minority may engage in greater effort to seek out interactions and friendships with others like them because, absent that effort, they might experience too many “difference” interactions by chance alone. One study, for instance, found that when White students were a small minority in their schools, they actually demonstrated greater homophily seeking than did Blacks when Blacks were in a similarly-sized minority (Goodreau et al. 2009). When their group was roughly half the student population, however, Whites and Blacks had roughly equal tendencies toward selecting same race friends. Given these competing theoretical accounts, and the limitations of our data, future research may need to pay closer attention to the particular social contexts in which Blacks and Whites live – their neighborhoods, jobs, and associations – to fully account for their preferences for same- or cross-race political discussants.

Another question that arises relates to the lack of partisan differentiation, among Whites, in both actual exposure and willingness to be exposed to Blacks in the context of political conversation. If there is no partisan difference in cross-race exposure, why are White Democrat and Republican viewpoints on race and racial progress so different (e.g., Pew Research Center 2019)? Wouldn't intergroup contact theory (Allport 1954) suggest this exposure would in some way equalize racial viewpoints across the political parties? We suspect the answer here is partly related to the nature

of actual interactions that take place compared to their simple presence. Do the interactions meet the expectations of contact theory, particularly with regards to being around common goals and intergroup cooperation? Given the prevalence of Black Democrats (compared to Black Republicans) in the real world, we suspect the requisite characteristics of interactions would be more likely among White Democrats than White Republicans, suggesting that only those White Democrats would accrue the positive outcomes predicted by intergroup contact theory. This would of course align with more pro-Black racial attitudes among Democrats than Republicans.

7. Limitations and Future Directions

Despite this study's strengths, there are also a number of weaknesses. A key weakness is that, like other studies with similar goals in studying social selection choices (e.g., Huber/Malhotra 2017; Shafranek 2021), we did not employ a probability sample, nor one formally representative of the U.S. adult public. Given the intentional over-representation of Blacks in our study, it is possible that some predictors of exposure to racial difference (e.g., network size, sex) may be different from a general population survey if the influence of those predictors varies by race. On the other hand, part of this non-representativeness was also a strength. Had we not incorporated a Black oversample, we (like many others) would have had insufficient statistical precision to compare Blacks and Whites and to describe the political discussion networks of Blacks. Nonetheless, a better approach would have been to add a Black oversample to a representative national survey. In a recent representative national sample with an additional Black oversample (Eveland/Appiah 2021), we also found that those with larger discussion networks and Blacks were more likely to have opposite-race discussants in their political discussant networks, whereas partisanship was not a significant predictor. This offers some confidence that the findings of the present study, because of our sample, are not particularly anomalous regarding the predictors of having an opposite-race discussant in one's political discussion network.

A second limitation is our inability to ensure that all of our eight photographs were equivalent on the myriad factors that might affect people choosing them as political discussion partners. Perceptual accuracy can vary due to individual differences across perceivers (see Eveland/Hutchens

2013), and it would seem exceedingly difficult to identify photographs (of real people) who would vary on the three key traits here (race, partisanship, and gender) while at the same time not varying on multiple other perceptual factors that might influence discussant choice.¹¹ The only way to vary race, gender, and (presumed) partisan affiliation in a study such as this based on photographs would have been to digitally alter the same photographs to imply difference in race (by changing features such as skin tone and possibly hair), sex (perhaps by changing hair or facial features), and partisanship (by altering clothing or other artifacts). Nonetheless, this would also have required a switch to a between-subjects design since such subtle alterations of the same photographs to capture racial, sex, and partisan variation would be obvious if those photographs were shown together in a setting in which subjects had to choose among them.

Although text-based descriptions used in prior research on roommate or dating partner selection produce cleaner stimuli without these problems (Huber/Malhotra 2017; Shafranek 2021), and we have gained valuable insights from such studies, they are less generalizable to real world face-to-face interactions with strangers as studied by others (e.g., Schmitt-Beck/Schnaudt 2023). In such settings most people do not wear their partisanship and political viewpoints explicitly on their sleeves, and real-world perceptions of partisanship or candidate preference are not always particularly accurate, even among those already part of an individual's social network (Eveland et al. 2019). In the spirit of triangulation of methods, all of which have drawbacks and limitations, we chose a different route. That is, we sought greater realism by having respondents "perceive" the partisanship of the alters because this is what – in most real-world stranger interaction settings – people must do. People are not explicitly told the gender and race of someone; rather, they "see" it in social media profile pictures, or in face-to-face interactions at a bus stop or a social gathering. And, prior research (e.g., Rule/Ambady 2010) has shown that people infer partisanship (rightly or wrongly) based on things like gender, age, or other visual charac-

11 Indeed, our study provides evidence (see Appendix Table 1) that Blacks and Whites differed significantly in their partisan perceptions of seven of eight identical photographs. On the other hand, significant racial differences in perceptions of friendliness (2 of 8), open-mindedness (3 of 8), intelligence (1 of 8), and morality (1 of 8) of those same photographs were far less common. Moreover, all photos averaged above the midpoint for all of the traits other than partisanship among both Blacks and Whites with only one exception: the WMR, who averaged below the midpoint for both Blacks and Whites on the trait of open-mindedness (see Appendix Table 2).

teristics. We “see” these things before we decide to talk to someone, and use them as criteria to decide whether or not to talk to them. Rather than potentially highlight the salience of the explicitly communicated traits as we might have done in a study using stimuli other than photographs, in our approach partisanship (and race, and gender) was entirely implicit prior to the supposed “selection” of political discussion partners. That is, we did not signal to respondents what factors they should or should not consider; they could use whatever was available to them implicitly (which could go far beyond race, gender, and partisanship), or even choose randomly. Designs using text-based descriptions have different (and complimentary) advantages and disadvantages. Of course, additional research employing alternative strategies can help to ensure that the particular photos, and our particular design in this study, did not produce atypical results.

A third limitation is possible social desirability bias in responding, either across the board or specifically among the White respondents. Several factors are likely to mitigate this, however. First, online surveys such as the sort we used are less likely than other survey administration modes to produce socially desirable responses (Kreuter et al. 2008) because (a) there is no interaction with another human to signal disapproval, even subtly, and (b) the survey was anonymous. Moreover, balancing race, gender, and (roughly) partisanship among the potential discussants in a repeated measures design permitted respondents to choose as many or as few discussants as they would like. And, since we did not signal with any explicit textual references that certain categories of people were salient for selection (as might have happened if we had explicitly provided textual references to race, gender, and partisanship for respondents to use in making their selection), such social desirability should be reduced. We also employed a deception that suggested that reports of discussant preference would have real world implications – respondents would have a conversation with one of the people they considered acceptable discussants – which would add a real cost to providing an untrue but socially desirable response. Finally, if White respondents offered socially desirable responses to the potential discussant questions, it would stand to reason that they also would have engaged in the same socially desirable behavior in reporting whether or not they had real world cross-race discussion partners (i.e., the classic “sure, I have a Black friend”). This is particularly true given that they would know there was no cost to lying about their real-world network since we could not confirm this report. But, the findings of racial difference were opposite for real world and study-based discussion, with Blacks more likely to have

opposite race discussants than Whites but Whites more likely to prefer an opposite race discussant than Blacks. All of these suggest that our findings are at least not entirely the result of socially desirable responding among Whites.

A fourth limitation is the relatively limited political controls that we employed. Although we accounted for political network size and interest, other political variables may be related to race and the willingness to engage in what might be seen as “dangerous” political discussions. For instance, research (e.g., Merolla et al. 2013) suggests that Blacks have lower internal political efficacy than Whites, and such efficacy (or the political knowledge that underpins it) may bolster one’s willingness to talk politics (although not necessarily other topics) across racial lines. Future research should expand these sorts of controls, and also consider them as possible mediators.

A final limitation of this study is that we cannot be sure if the results hold in the current U.S. political climate or in non-U.S. settings. Our data were gathered in 2015, at a time of heightened racial salience in the U.S., as the nascent “Black Lives Matter” movement was drawing attention to racism and heightening inter-racial conflict. Since then, the campaign, election, and presidency of Donald Trump continued to stoke racial animus. Today, there is a former Black Democratic Senator serving as Vice President and a Black U.S. Senator running for the Republican nomination for president. On the other hand, the racial diversity in the coalition supporting protests (Scott 2020) following the death of yet another Black man – George Floyd – at the hands of the police in spring 2020, and increasing congruency between perceptions of many White and Black Americans about matters of race (Cohn/Quealy 2020), may have shifted the dynamics reported here. And of course, our study does not address other racial or ethnic differences; future research should examine other comparisons such as White non-Hispanic vs. Hispanic interactions, where the partisan diversity among Hispanics is much greater than among Black Americans.

Moreover, we should consider the implications of these findings for other countries that do not have the historical and modern racial dynamics present in the U.S. Might our findings apply as well in Western Europe with regard to recent or longer-standing immigrants from Africa or the Middle East? Could these findings apply with regard to religious background of Christians vs. Jews or Muslims? How might these comparisons play out in multi-party settings rather than the two-party U.S. system? Only additional research in many different contexts can demonstrate if our findings hold,

are amplified, or even reversed in different social milieus or in other national or political contexts.

References

- Allport, G. W. (1954). *The nature of prejudice*. Reading, MA: Addison-Wesley.
- Amsalem, E., Merkley, E., and Loewen, P. J. (2022). Does talking to the other side reduce inter-party hostility? Evidence from three studies. *Political Communication*, 39, 61-78.
- Appiah, O. (2018). Cultural voyeurism: A new framework for understanding race, ethnicity, and mediated intergroup interaction. *Journal of Communication*, 68, 233-242.
- Appiah, O., Eveland, W., Jr., Bullock, O. M., and Coduto, K. D. (2022). Why we can't talk openly about race: The impact of race and partisanship on respondents' perceptions of intergroup conversations. *Group Processes and Intergroup Relations*, 25, 434-452.
- Appiah, O., Knobloch-Westerwick, S., and Alter, S. (2013). Ingroup favoritism and outgroup derogation: Effects of news valence, character race, and recipient race on selective news reading. *Journal of Communication*, 63, 517-534.
- Blau, P. M. (1977). A macrosocial theory of social structure. *American Journal of Sociology*, 83, 26-54.
- Brundidge, J. (2010). Encountering "difference" in the contemporary public sphere: The contribution of the Internet to the heterogeneity of political discussion networks. *Journal of Communication*, 60, 680-700.
- Carlson, T. N., Abrajano, M., and Bedolla, L. G. (2020). *Talking politics: Political discussion networks & the new American electorate*. New York: Oxford University Press.
- Charles, C. Z. (2003). The dynamics of racial residential segregation. *Annual Review of Sociology*, 29, 167-207.
- Cohn, N., and Quealy, K. (2020, June 10). How public opinion has moved on Black Lives Matter. *New York Times*. <https://www.nytimes.com/interactive/2020/06/10/ups-hot/black-lives-matter-attitudes.html>
- Comas-Díaz, L., and Jacobsen, F. M. (2001). Ethnocultural allodynia. *Journal of Psychotherapy Practice and Research*, 10, 246-252.
- Dys-Steenbergen, O., Wright, S. C., and Aron, A. (2016). Self-expansion motivation improves cross-group interactions and enhances self-growth. *Group Processes & Intergroup Relations*, 19, 60-71.
- Echols, L., and Graham, S. (2013). Birds of a different feather: How do cross-ethnic friends flock together? *Merrill-Palmer Quarterly*, 59, 461-488.
- Eddo-Lodge, R. (2020). *Why I'm no longer talking to white people about race*. Bloomsbury Publishing.
- Enos, R. D. (2017). *The space between us: Social geography and politics*. New York: Cambridge University Press.

- Eveland, W. P., Jr., and Appiah, O. (2021). A national conversation about race? Political discussion across lines of racial and partisan difference. *Journal of Race, Ethnicity, and Politics*, 6, 187-213.
- Eveland, W. P., Jr., Appiah, O., and Beck, P. A. (2018). Americans are more exposed to difference than we think: Capturing hidden exposure to political and racial difference. *Social Networks*, 52, 192-200.
- Eveland, W. P., Jr., Coduto, K. D., Appiah, O., and Bullock, O. M. (2020). Listening during political conversations: Traits and situations. *Political Communication*, 37, 656-677.
- Eveland, W. P., Jr., and Hively, M. H. (2009). Political discussion frequency, network size, and "heterogeneity" of discussion as predictors of political knowledge and participation. *Journal of Communication*, 59, 205-224.
- Eveland, W. P., Jr., Song, H., Hutchens, M. J., and Levitan, L. C. (2019). Not being accurate is not quite the same as being inaccurate: Variations in reported (in)accuracy of perceptions of political views of network members due to uncertainty. *Communication Methods and Measures*, 13, 305-311.
- Gil de Zúñiga, H., and Valenzuela, S. (2011). The mediating path to a stronger citizenship: Online and offline networks, weak ties, and civic engagement. *Communication Research*, 38, 397-421.
- Gilberstadt, H. (2020, June 5). *A month before George Floyd's death, black and white Americans differed sharply in confidence in the police*. Pew Research Center. Available online: <https://www.pewresearch.org/short-reads/2020/06/05/a-month-before-george-floyds-death-black-and-white-americans-differed-sharply-in-confidence-in-the-police/>
- Goodreau, S. M., Kitts, J. A., and Morris, M. (2009). Birds of a feather, or friend of a friend? Using exponential random graph models to investigate adolescent social networks. *Demography*, 46, 103-125.
- Heatherly, K. A., Lu, Y., and Lee, J. K. (2017). Filtering out the other side? Cross-cutting and like-minded discussions on social networking sites. *New Media & Society*, 19, 1271-1289.
- Hofstra, B., Corten, R., van Tubergan, F., and Ellison, N. (2017). Sources of segregation in social networks: A novel approach using Facebook. *American Sociological Review*, 82, 625-656.
- Hutchens, M. J., Hmielowski, J. D., and Beam, M. A. (2019). Reinforcing spirals of political discussion and affective polarization. *Communication Monographs*, 86, 357-376.
- Huber, G. A., and Malhotra, N. (2017). Political homophily in social relationships: Evidence from online dating behavior. *The Journal of Politics*, 79, 269-283.
- Huckfeldt, R., and Sprague, J. (1995). *Citizens, politics, and social communication: Information and influence in an election campaign*. New York: Cambridge University Press.
- Huckfeldt, R. R., Johnson, P. E., and Sprague, J. D. (2004). *Political disagreement: The survival of diverse opinions within communication networks*. New York: Cambridge University Press.

- Hutchens, M. J., Eveland, W. P., Jr., Morey, A. C., and Sokhey, A. (2018). Evaluating summary measures of heterogeneous political discussion: The critical roles of excluded cases and discussion with people holding extreme views. *Communication Methods and Measures*, 12, 276-294.
- Iyengar, S., and Hahn, K. S. (2009). Red media, blue media: Evidence of ideological selectivity in media use. *Journal of Communication*, 59, 19-39.
- Kim, Y., Hsu, S-H., and Gil de Zúñiga, H. (2013). Influence of social media use on discussion network heterogeneity and civic engagement: The moderating role of personality traits. *Journal of Communication*, 63, 498-516.
- Kleinman, S. B., and Eveland, W. P., Jr. (2015, November). *Communicating politics without talking: How people infer political preferences using limited visual information*. Presented to the Communication and Social Cognition division of the National Communication Association, Las Vegas.
- Klofstad, C. A., Sokhey, E. A., and McClurg, S. D. (2013). Disagreeing about disagreement: How conflict in social networks affects political behavior. *American Journal of Political Science*, 57, 120-134.
- Kossinets, G., and Watts, D. J. (2009). Origins of homophily in an evolving social network. *American Journal of Sociology*, 115, 405-450.
- Kreuter, F., Presser, S., and Tourangeau, R. (2008). Social desirability bias in CATI, IVR, and Web surveys. *Public Opinion Quarterly*, 72, 847-865.
- Kubin, E., and von Sikorski, C. (2021). The role of (social) media in political polarization: A systematic review. *Annals of the International Communication Association*, 45, 188-206.
- McGuire, W. J., McGuire, C. V., Child, P., and Fujioka, T. (1978). Salience of ethnicity in the spontaneous self-concept as a function of one's ethnic distinctiveness in the social environment. *Journal of Personality and Social Psychology*, 36, 511-520.
- Mendelberg, T., and Oleske, J. (2000). Race and public deliberation. *Political Communication*, 17, 169-191.
- Merolla, J. L., Sellers, A. H., and Fowler, D. J. (2013). Descriptive representation, political efficacy, and African Americans in the 2008 presidential election. *Political Psychology*, 34, 863-875.
- Mutz, D. C. (2006). *Hearing the other side: Deliberative versus participatory democracy*. New York: Cambridge University Press.
- Pew Research Center. (2016). *On views of race and inequality, Blacks and Whites are worlds apart*. http://www.pewsocialtrends.org/wp-content/uploads/sites/3/2016/06/ST_2016.06.27_Race-Inequality-Final.pdf
- Pew Research Center. (2018, March). *Wide gender gap, growing educational divide in voters' party identification*. Available online: <https://www.pewresearch.org/politics/wp-content/uploads/sites/4/2018/03/03-20-18-Party-Identification-CORRECTED.pdf>
- Pew Research Center. (2019, April). *Race in America 2019*. <https://www.pewsocialtrends.org/2019/04/09/race-in-america-2019/>
- Phinney, J. S. (1992). The multigroup ethnic identity measure: A new scale for use with diverse groups. *Journal of Adolescent Research*, 7, 156-176.

- Quillian, L., and Campbell, M. E. (2003). Beyond black and white: The present and future of multiracial friendship segregation. *American Sociological Review*, 68, 540-566.
- Rogers, E. M., and Bhowmik, D. K. (1970). Homophily-heterophily: Relational concepts for communication research. *Public Opinion Quarterly*, 34, 523-538.
- Rojas, H. (2008). Strategy vs. understanding: How orientations toward political conversation influence political engagement. *Communication Research*, 35, 452-480.
- Rule, N. O., and Ambady, N. (2010). Democrats and Republicans can be differentiated from their faces. *PLoS ONE*, 5, e8733.
- Scheufele, D. A., Nisbet, M. C., Brossard, D., and Nisbet, E. C. (2004). Social structure and citizenship: Examining the impacts of social setting, network heterogeneity, and informational variables on political participation. *Political Communication*, 21, 315-338.
- Schmitt-Beck, R., and Lup, O. (2013). Seeking the soul of democracy: A review of recent research into citizens' political talk culture. *Swiss Political Science Review*, 19, 513-538.
- Schmitt-Beck, R., and Schnaudt, C. (2023, online first). Everyday political talk with strangers: Evidence on a neglected arena of the deliberative system. *Politische Vierteljahresschrift*.
- Scott, E. (2020, June 10). What's different about this moment? Primarily the number of Americans supporting protests over racial justice. *The Washington Post*. <https://www.washingtonpost.com/politics/2020/06/10/whats-different-about-this-moment-primarily-number-americans-supporting-protests-over-racial-injustice/>
- Shafranek, R. M. (2021). Political considerations in nonpolitical decisions: A conjoint analysis of roommate choice. *Political Behavior*, 43, 271-300.
- Smith, J. A., McPherson, M., and Smith-Lovin, L. (2014). Social distance in the United States: Sex, race, religion, age, and education homophily among confidants, 1985-2004. *American Sociological Review*, 79, 432-456.
- Song, H., and Boomgard, H. (2017). Dynamic spirals put to test: An agent-based model of reinforcing spirals between selective exposure, interpersonal networks, and attitude polarization. *Journal of Communication*, 67, 256-281.
- Trawalter, S., and Richeson, J. A. (2008). Let's talk about race, Baby! When Whites' and Blacks' interracial contact experiences diverge. *Journal of Experimental Social Psychology*, 44, 1214-1217.
- Walsh, K. C. (2007). *Talking about race: Community dialogues and the politics of difference*. Chicago: University of Chicago Press.
- Wimmer, A., and Lewis, K. (2010). Beyond and below racial homophily: ERG models of a friendship network documented on Facebook. *American Journal of Sociology*, 116, 583-642.

William P. Eveland, Jr., Osei Appiah, Jacob A. Long, Steven B. Kleinman

Online Appendix

https://www.nomos-shop.de/shopfiles/anhang_978-3-7560-0800-1_mat_online_anhang.pdf

Change My View: Do Moral Appeals Facilitate Compromise?¹

Patrick W. Kraft²

1. *The Moral Foundations of Political (Dis-)Agreement*

Recent years have witnessed a resurgence in partisan polarization in the United States and beyond. Although this trend has been far from universal across countries (Gidron et al. 2020; Boxell et al. 2022; Garzia et al. 2023), the observed levels of polarization are often similar to the American context (Reiljan 2020) and generally associated with lower levels of satisfaction with democracy (Wagner 2021). Polarized citizens hold more diverging policy views, are more ideologically extreme, and exhibit stronger negative affect towards out-partisans (Hetherington 2001; Abramowitz/Saunders 2008; Iyengar et al. 2012; Mason 2015; Huddy et al. 2015; Iyengar/Westwood 2015). A growing literature in moral psychology attributes this divide (at least partially) to fundamental differences in moral frameworks that guide liberal and conservative thinking (e.g., Haidt 2012; Graham et al. 2013). A recent analysis by Garrett and Bankert (2018), for example, finds that individual tendencies to moralize politics exacerbates affective polarization between Democrats and Republicans, which ultimately results in greater social distance and hostility towards out-partisans. More generally, moral conviction as an attribute of attitude strength has wide-ranging behavioral consequences (Skitka et al. 2005; Skitka/Morgan 2014), including diminishing people's willingness to compromise in the realm of politics (Ryan 2014, 2017).

-
- 1 Previous versions of this chapter have been presented at the Social Justice Lab (NYU), the Nam Lab (Stony Brook University), and the APSA Annual Meeting. I thank Jennifer Jerit, John Jost, Yanna Krupnikov, Hannah Nam, Michael Peress, Arthur Spirling, and all seminar participants for helpful comments. The code to reproduce all statistical analyses is available on GitHub: <https://github.com/pwkraft/cmv>.
 - 2 Ramón y Cajal Fellow; Juan March Institute and Department of Social Sciences, Carlos III University of Madrid, Spain. Email: patrickwilli.kraft@uc3m.es; ORCID iD: 0000-0003-0123-221X.

Do these findings imply that morality in politics is always bound to foster disagreements and hostility between opposing views? A growing strand of research building on Moral Foundations Theory pioneered by Haidt (2007) and colleagues suggests otherwise. According to this view, disagreements about morality are rooted in the underlying intuitions that form people's moral frameworks (Haidt 2012). For instance, differential emphasis on basic moral dimensions predicts attitudes on culturally divisive issues such as abortion, the death penalty, or same-sex marriage (Koleva et al. 2012). More importantly, however, speaking the same "moral language" can overcome ideological divides. Indeed, political arguments can persuade individuals holding opposing views to the extent that they are emphasizing common moral ground (e.g., Day et al. 2014; Feinberg/Willer 2015). Moral frames that rely on this logic, for instance, are effective in convincing conservatives to embrace environmental protection policies and sustainable behavior (Kidwell et al. 2013; Feinberg/Willer 2013).

However, few studies examined the persuasiveness of congruent moral appeals beyond the context of simple framing experiments; they mostly focus on the effect of isolated messages without giving participants real opportunities to respond or engage in a dialogue. Political discourse is more complex and it is therefore unclear whether previous findings directly translate into more dynamic environments. Accordingly, the suggested potential of moral arguments to help overcoming disagreements – for example in the context of political discussions – is largely assumed as a potential implication and has not been subjected to a direct empirical test. Political discussions serve as an important source of information (Huckfeldt et al. 1995; Schmitt-Beck/Grill 2020) that allows citizens to make vote choices that are consistent with their underlying preferences (Kraft/Schmitt-Beck 2013; Schmitt-Beck/Kraft 2014). Discussions can also increase engagement and tolerance of opposing views (Mutz 2002). Furthermore, Druckman and Nelson (2003) demonstrate that elite framing effects – often viewed as a potential source of polarization – can be mitigated by discussions in heterogeneous groups. Other research shows that such conversations can overcome polarization and partisanship (Klar 2014). Notwithstanding, most research on deliberation pays little attention to the actual discussion contents (see Barabas 2004; Karpowitz et al. 2012; Mendelberg et al. 2014 for notable exceptions). As a result, we know very little about the role of moral arguments as a potential moderator of discussion effects, which—depending on the perspective in moral psychology—might hurt or harm the potential for compromise.

The present study fills this gap by analyzing the content of more than 10,000 conversations on the active *Reddit* community */r/ChangeMyView*³ (CMV). Discussions on CMV – which are anonymous but at the same time successful in maintaining civil discourse – provide an ideal environment to explore correlates of argument persuasiveness across a wide array of topics. For the analyses presented here, I rely on a dataset of matched argument pairs extracted from CMV by Tan et al. (2016), who focused on the role of linguistic features that predict argument strength. My analysis extends these results by examining the effects of moral appeals on attitude change. The findings show that moral arguments can facilitate compromise, but only to the extent that they are congruent with the moral framework of the opposing discussant.

2. Theoretical Background

Persuasion and the exchange of opposing arguments plays a central role in politics. Officeholders, legislators, and activists spend much of their time trying to convince citizens to support one policy over another. As Cobb and Kuklinski (1997) eloquently note, “[p]ersuasion, changing another’s beliefs and attitudes, is about influence; and influence is the essence of politics” (88-89). Of course, attempts to persuade are not only limited to elite communications. Citizens discuss political issues with their peers (albeit not everyone, see for example Schmitt-Beck/Neumann 2023; Schmitt-Beck 2022), which can turn social networks into a major information source influencing individual attitudes (e.g., Huckfeldt et al. 1995; Ahn et al. 2010; Lazer et al. 2010). The following sections briefly discuss previous approaches to persuasion in politics and connect them to research in moral psychology to inform our understanding of the nature of compelling arguments.

2.1 Two Routes to Persuasion

One influential framework to conceptualize and explain persuasive communication is the Elaboration - Likelihood Model (ELM) developed by Petty and Cacioppo (1986a, 1986b). The theory distinguishes two separate routes to persuasion, each characterized by their distinctive consequences

3 <https://www.reddit.com/r/changemyview/>.

for a message's effectiveness to change people's attitudes. The first type—the *central route*—is a result of thoughtful processing and a thorough evaluation of the argument's merit. According to this process, people who are sufficiently motivated will incorporate arguments after careful consideration and update their attitudes accordingly. The second type of persuasion, on the other hand, does not require elaborate processing but rather relies on simple cues based on the source of the argument (e.g., group membership, attractiveness, etc.). This route to persuasion is called the *peripheral route* and it can operate without much scrutiny regarding the content of the message (see also Chaiken/Eagly 1989 for a similar distinction between systematic and heuristic processing). It follows from this distinction that people's motivation and capability to engage in elaborate processing determines whether the persuasiveness of communications is driven by argument strength itself or rather peripheral cues.

Since contextual factors and individual predispositions affect whether messages are closely scrutinized, different types of arguments may be more or less effective under varying circumstances. For example, Cobb/Kuklinski (1997) analyze the influence of an argument's complexity on its persuasiveness in two issue areas (NAFTA and health care). Interestingly, they find that while complex arguments were more compelling in the context of international trade, simple arguments proved more effective when discussing the issue of health care. However, the question of why these differences arise is left largely unanswered by Cobb and Kuklinski (1997). One explanation for the inconsistencies is the variation in people's motivation and ability to engage in more thoughtful processing (i.e., their elaboration likelihood). In the absence of such motivation, they are more likely to rely on peripheral cues which renders complex arguments ineffective. A potential motivating stimulus may be the argument's linkage to a person's values. For example, Nelson and Garst (2005) present experimental evidence showing that people are paying more attention to messages that are consistent with their own value orientation. Participants who received messages that evoked their own values engaged in deeper processing which ultimately made them favor strong arguments and resist weak ones.

Moral appeals may therefore influence the effectiveness of persuasive communications through multiple channels. They may directly improve the merits of the argument itself (central route), they may serve as identity-based cues and heuristics (peripheral route), or they may increase a person's motivation to scrutinize a message in a more elaborate way (see also Petty/Cacioppo 1986b). As I will further describe below, the present

analysis focuses on the influence of moral appeals on argument strength in the context of elaborate processing and the central route to persuasion.

2.2 Morality and the Potential for Compromise

There are two broad strands of literature in moral psychology that ultimately lead to diverging predictions regarding the effects of moral appeals on argument persuasiveness. Research on *Moral Conviction* conceptualizes moralization as a unique feature of attitude strength (Skitka et al. 2005). According to this view, moral convictions are perceived as “absolutes, or universal standards of truth that others should also share” (Skitka 2010, 269). As such, moral convictions are viewed by individuals as applying to everyone (universality), they do not require an immediate underlying rationale but are rather seen as facts about the world (objectivity), they can be independent of authority and group norms (autonomy), they elicit strong emotional reactions, and they have an inherent motivational quality (motivation/justification) (Skitka 2010).

Building on this work, Ryan (2014) argues that moral convictions are not restricted to issues that are traditionally perceived as “moral,” such as abortion or same-sex marriage, but can also include other issues such as economic policies. The degree of moral conviction may therefore vary between individuals as well as across issues. Ryan (2014) further shows that the propensity to moralize – i.e., the tendency to view an issue as a question of “right and wrong” – is related to political participation, extreme political attitudes, arousal of negative emotions, and hostility. In a subsequent study, Ryan (2017) suggests that moralization reorients behavior from maximizing gains to the general adherence to rules. Across multiple experiments, the author shows that this tendency translates into stronger opposition to compromise about political issues and decreased support for compromising politicians. In other words, moral conviction impacts attitudes towards others who hold opposing views – and therefore influences how people interact. Indeed, moral conviction is related to stronger preferences for social distance from (and hostility towards) attitudinally dissimilar others and lower cooperativeness in groups holding heterogeneous views (Skitka et al. 2005). This theoretical perspective therefore suggests that arguments that emphasize an issue in terms of deeply held moral mandates should entrench people to maintain their prior attitudes and therefore reduce an opposing argument’s persuasiveness.

However, not everyone agrees with this general prediction. In fact, *Moral Foundations Theory* (MFT) offers a more differentiated view regarding the role of moral appeals in facilitating compromise. The theory proposes a taxonomy of basic moral intuitions that is closely related to ideological thinking. According to MFT, liberals focus on *individualizing* moral foundations, which include care/harm and fairness/cheating. Conservatives, on the other hand, also emphasize the remaining *binding* foundations of loyalty/betrayal, authority/subversion, and sanctity/degradation (Haidt/Graham 2007; Graham et al. 2009). Differential emphasis on these moral dimensions is systematically related to attitudes towards a wide variety of divisive political issues (e.g., Koleva et al. 2012; Kertzer et al. 2014; Low/Wui 2015), personality traits like individual social dominance orientation and right-wing authoritarianism (Federico et al. 2013), as well as voting behavior (Franks/Scherr 2015; Kraft 2018). Overall, this body of research suggests that liberals and conservatives endorse different moral foundations and that these differences are closely related to political attitudes, evaluations, and behavior.

An implicit assumption made in this literature is that liberals and conservatives would be more likely to come to agreements *if only they focused on the same moral foundations*. For example, Haidt (2012, 365) concludes in his book *The Righteous Mind: Why Good People Are Divided by Politics and Religion*: “Once people join a political team, they get ensnared in its moral matrix. They see confirmation of their grand narrative everywhere, and it’s difficult – perhaps impossible – to convince them that they are wrong *if you argue with them from outside of their matrix*” (emphasis added). In a different article, Graham et al. (2009, 1040) contend that their findings “help explain *why liberals and conservatives disagree on so many moral issues* and often find it hard to understand how an ethical person could hold the beliefs of the other side: Liberals and conservatives *base their moral values, judgments, and arguments on different configurations* of the five foundations.”

Several framing studies examining the effects of moral arguments that are congruent with ideological predispositions support this view. For example, binding appeals have been shown to increase recycling behavior among conservatives, whereas individualizing arguments were effective among liberals (Kidwell et al. 2013). Similarly, Feinberg and Willer (2013) find that pro-environmental frames emphasizing concerns related to the purity dimension reduce attitudinal gaps of conservatives vis-à-vis liberals. Further studies suggest that morally congruent appeals are effective in

shifting attitudes of ideologues on various other issues as well (e.g., Day et al. 2014; Feinberg/Willer 2015).

In sum, both theories of morality lead to diverging expectations regarding the effect of moral appeals on the potential for compromise: While the moral conviction literature suggests that *any* type of moral appeal should make it harder to overcome disagreements, MFT contends that agreement can be facilitated if two discussants focus on the same underlying moral dimensions. The question whether emphasizing the same foundations can facilitate compromise has important implications – especially in increasingly polarized political environments. Somewhat surprisingly, however, this claim has not been subjected to a direct empirical test in the context of political discussions.

2.3 Hypotheses

The structure and dynamics of political discussions can be prohibitively complex, making it difficult to derive clear expectations regarding the persuasiveness of individual arguments and their role in achieving compromise. In order to gain some analytical leverage, consider the following simplified scenario of a conversation between two discussants, *A* and *B*, who disagree on some issue *x*. Suppose further that only *A*'s opinion is malleable and may change as an outcome of the discussion. *B*'s own position is firm and they are solely trying to challenge *A*'s view. The conversation begins with *A* making an opening statement describing and defending their opinion—potentially relying on moral justifications. *B* then engages in the discussion and may try to persuade *A* using either moralized or non-moralized arguments. Of course, *A* and *B* can continue to respond to each other's statements until either *A* changes their opinion or the conversation ends without attitude change. Both theoretical perspectives described in the previous section suggest contrasting hypotheses regarding the persuasiveness of *B*'s appeals:

- H1 (*Moral Conviction*): Arguments that involve moral appeals will be *less* persuasive than arguments that do not involve moral appeals
- H2 (*Moral Foundations*): Arguments that involve moral appeals will be *more* persuasive than arguments that do not involve moral appeals,

but only if they are congruent with the opening statement's moral framework.

To reiterate, in this unidirectional model of a discussion, only *A* stands to maintain or change their prior view, whereas *B* attempts to persuade their discussant. Compromise is achieved in this scenario if *B* is able to persuade *A* to change their attitude. One of the main advantages of this structure is that it enables a clear analytical distinction between statements that are intended as justifications to defend and bolster one's own view (i.e., *A*'s arguments) and challenges that are targeted to alter a discussant's opinion (i.e., *B*'s arguments), which is not feasible in a free-flowing discussion where—at least potentially—all views are malleable. The following section illustrates how conversations on the Reddit community /r/ChangeMyView resemble this stylized conceptualization of a discussion and therefore provide an ideal environment to test both competing hypotheses.

3. The Subreddit “ChangeMyView”

Reddit is an online discussion board organized into thematic forums called *subreddits*. Users can join these communities based on their interests and each subreddit has its own norms and etiquette that are enforced by voluntary moderators. /r/ChangeMyView (CMV) is a subreddit where participants can initiate a discussion by posting an opening statement establishing a personally held view on a particular issue (e.g., “CMV: I believe that the gay marriage discussion isn't as important as the media portrays it to be.”), followed by a brief explanation of their underlying rationale. Other users are then invited to challenge the original poster's (OP) opinion by providing counterarguments. OPs respond to the challenges and, crucially, identify individual posts that changed their mind by awarding a “Delta” (Δ). The community is dedicated to civil discourse and encourages OPs to be open to changing their views and to award Δ s genuinely – even for divisive issues (see also Jhaveret al. 2017).⁴ To date, the subreddit has more than 3 million subscribed users.

4 The current set of rules for original posts as well as responses can be accessed at <https://www.reddit.com/r/changemyview/wiki/rules>.

As an illustrative example, consider the following discussion on marriage equality that was posted in 2014. The thread begins with the following opening statement (the posts were slightly edited for readability):

CMV: I believe that the gay marriage discussion isn't as important as the media portrays it to be.

The real problem is the concept of marriage itself. In my view, LGBT couples are already married, regardless of the legislation that is imposed on them. Marriage isn't a set of civil rights that confirms your connection to your partner, it's the choice you make to be in private, daily, lifelong commitment to another being.

Tradition dictates that in order to be 'properly' married you have to exchange vows, get a ring, and have a massive celebration (the set of traditions change based upon the culture.) but marriage isn't that, it is simple commitment to another person. The main issue that gay marriage has is that not all couples are given the same civil liberties, but this does not mean that their marriages are void. Marriage isn't decided by bystanders, it's decided by the people who live inside the union. It is for this very reason that a gay couple getting married doesn't affect your own marriage.

I've held this opinion for a while but have never had the opportunity to see if it stood up to criticism. CMV.

Here, the OP argues that marriage equality should be less of a controversy since the defining feature of marriage is the commitment in a relationship rather than its legal status. Several users argued against this view from various perspectives. Below is a sample response that ultimately led the OP to award a Δ to indicate that it changed their view:

That would be true if it was just some odd tradition. But it isn't just the ceremony, but also a tax.

Right now, there is a gay tax. Gay couples have to pay higher taxes than straight couples because the government gives a tax break for married couples. The reason for this is that married couples tend to be more efficient and better for the government. The government wants to encourage marriage, so as with all things they encourage they subsidize it.

Gay people provide the exact same benefits to marriage, if not more! Adoption being the largest one.

This tax comes through in multiple ways. The yearly tax and through inheritance. The government doesn't tax inheritance as much for marriage,

but if they are simply partners then they get taxed when their “partner” dies.

The state also doesn’t allow for gay couples see their loved ones in hospitals or prison because they aren’t married.

If this was just in the church I wouldn’t care. But this is much more than that.

Note that in principle, the OP could have reacted to this root response by providing additional justifications and the discussion between both users could have continued for a few posts. In this case, the OP directly provided a Δ . However, other discussants were less successful in persuading the OP. In contrast to the previous example, the following response did not receive a Δ :

If gay marriage is not allowed in a state

1. Their marriages technically *are* null and void, as the state does not recognize them.
2. Marriage is not actually decided by the people in the union, since there are legal requirements as well as legal benefits. Which brings me to my next point.
3. There are several legal benefits (as well as tax benefits) to being married. States which do not allow gay marriage do not give these legal benefits to gay couples.

You might believe you are married to someone, but the term “marriage” is a political one indeed since it has legal ramifications.

While both responses emphasize the importance of legal considerations in justifying the need for marriage equality, only one of the contributions persuaded the OP sufficiently such that they awarded a Δ .

This online format provides an ideal opportunity to explore the correlates of argument persuasiveness consistent with the stylized structure outlined in the previous section. Discussions begin with a short explanation of a person’s opinion on a given topic. Multiple users attempt to counterargue the OP’s point of view from various perspectives in a civil dialogue. Most importantly, OPs explicitly identify and label arguments they deemed persuasive enough to change their views. The nature of the conversations on CMV as well as the anonymity of individual users turns the focus on the content and merits of arguments (i.e., the central route to persuasion) rather than source cues and identity-related factors. In contrast to past

framing studies which usually implement single messages, users on CMV evaluate a multitude of available arguments, which allows for a unique counterfactual design to study persuasive messages that can be directly linked to the OP's initial justifications. Lastly, examining discussions on CMV allows us to explore a wide array of issues.

That said, relying on CMV as a data source to study discussions does not come without drawbacks. Most importantly, we have to keep in mind that users who engage in online conversations on CMV are by no means representative of the general population. Beyond the fact that Reddit users as a whole tend to be younger and more educated (Shatz 2017), self-selecting into this particular subreddit implies – at least in principle – a baseline openness to change one's view. Indeed, the CMV community wiki explains that anyone is welcome to post on the subreddit “so long as they have an open-mind and are looking to consider other perspectives.”⁵ To the extent that potential users follow this guidance, we should expect that they are more open to changing their mind than people with highly entrenched political views – such as extreme partisans. Thus, the results discussed hereafter may be context-specific for an environment that facilitates compromise among people who are willing to change their mind prior to entering the discussion.

Notwithstanding these questions about representativeness, recent research in machine learning and computational linguistics has started to use CMV to study online discussions (Wei et al. 2016; Hidey et al. 2017). The following analyses leverage a set of matched argument pairs extracted from CMV by Tan et al. (2016), who explore interaction dynamics on CMV by analyzing linguistic features (such as, for example, the use of personal pronouns) that predict persuasiveness as well as the malleability of original posts. Their dataset includes more than 10,000 discussions that were posted on the subreddit between January 2013 and May 2015. It is important to note that the analysis published by Tan et al. (2016) focuses less on the content of discussions (i.e., *what is being said*) but rather examined discussion dynamics and linguistic characteristics (i.e., *how it is expressed*) to predict persuasiveness. The following analyses explicitly turn to the effects of moral content on discussion outcomes.

5 See <https://www.reddit.com/r/changemyview/wiki/index/>.

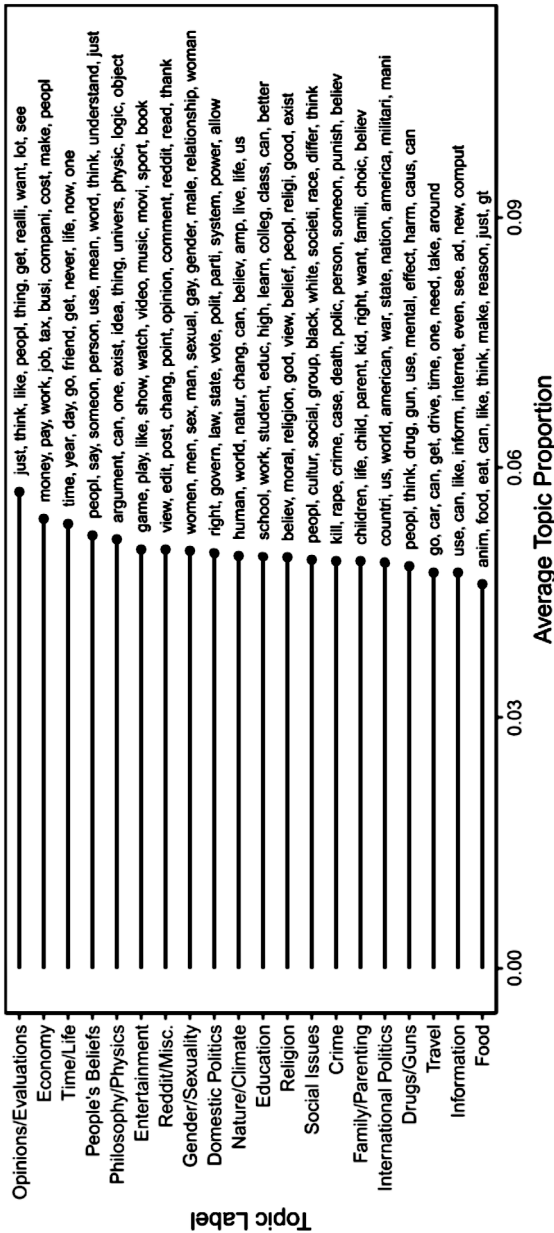
4. Opinion Change in Online Discussions

Consider again the simplified model of a discussion between person *A* and *B*, where *A* stands to defend their view against the challenges put forward by *B*. While the hypotheses specified above are focused on the persuasiveness of *B*'s arguments (i.e., discussion posts that respond to the OP in the context of CMV), it is helpful to focus first on the opening statements initiating each discussion and examine the extent to which OPs are willing to award Δ s in the first place.

To provide an initial overview of the range of topics that are covered in the set of 10,000 initial statements included in the data, I extract 20 clusters of co-occurring terms via Latent Dirichlet Allocation (Blei et al. 2003). The topic model is solely based on contents of the original posts starting each discussion thread (disregarding subsequent comments). Statements were pre-processed by removing numbers, punctuation, symbols, hyphens, URLs, as well as stopwords. All remaining terms were stemmed and only included if they appeared in at least 10 different posts. Figure 1 presents the average topic proportions across opening statements based on the model. For each topic, the plot additionally displays the ten most likely word stems as well as a descriptive label on the y-axis.

Conversations on CMV range across a variety of topics such as economic issues, gender/sexuality, or domestic and international politics. Of course, it could be argued that some of these topics – for example those related to religion – more easily lend themselves to concerns about morality. Notwithstanding, recent work in moral psychology by Ryan (2014) and others emphasizes that in principle, any issue bears the potential to be moralized by individuals. However, in an effort to preclude any concerns about potential confounding effects related to topic selection, the main analyses reported below focuses on comparing arguments *within* a given discussion thread.

Figure 1: Average topic proportions in opening statements on ChangeMyView based on a basic LDA model with 20 topics

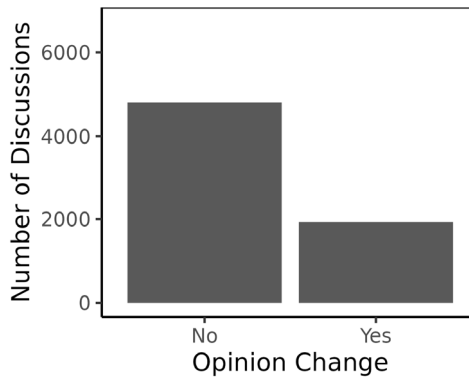


Note: The plot additionally displays the ten most likely terms associated with each respective topic.

In the following, I exclude discussions related to distinctly non-political topics (e.g., “Food” or “Entertainment”), which results in a reduced sample of about 6,500 posts. However, it is worth noting that including discussions focusing on non-political issues does not change any of the substantive results presented in the remainder of this chapter.

The Internet is not necessarily known as a place where people are willing to change their mind about *any* issue. Yet, CMV maintains an open atmosphere that encourages users to acknowledge arguments that change their perspective. The rules of the subreddit state that users should “Award a delta if you’ve acknowledged a change in your view. [...] Please note that a delta is not a sign of ‘defeat’, it is just a token of appreciation towards a user who helped tweak or reshape your opinion. A delta also doesn’t mean the discussion has ended.”⁶ Of course, this does not imply that every OP awards a Δ throughout a conversation. Figure 2 displays the number of discussion threads included in the dataset where OPs indicated that one of the responses changed their mind.

Figure 2: Number of political discussions on ChangeMyView that resulted in opinion change (at least one Δ awarded by OP) versus not



In about two thirds of discussions on CMV between 2013 and 2015, OPs did not award a Δ for any of the counterarguments that were put forward, which leaves about 2,000 individual threads where OPs indicated that at least one of the responses changed their views. Additional analyses suggest

6 <https://www.reddit.com/r/changemyview/wiki/rules>, last accessed May 29, 2023.

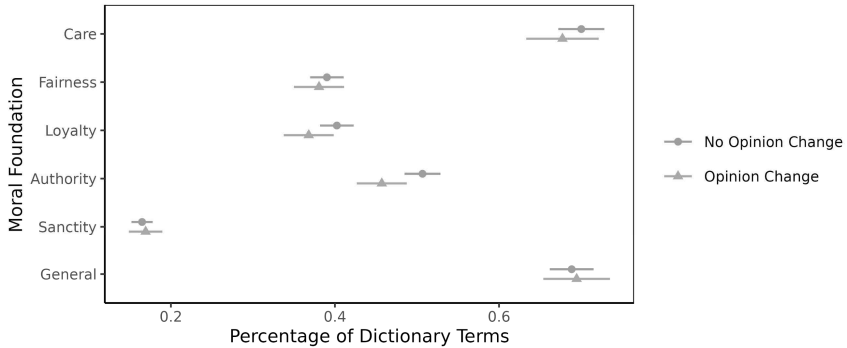
that there are only minimal differences in topic proportions between discussion threads that resulted in persuasion versus those that did not.

In their original study, Tan et al. (2016) mainly investigated linguistic patterns (e.g., use of personal pronouns) and differences in style (formatting etc.) that predicted resistance to persuasion among OPs. They conclude for instance that “comparative adjectives and adverbs are a sign of malleability, while superlative adjectives suggest stubbornness.” The goal of the present analysis, in turn, is to go beyond linguistic patterns that are unrelated to content and explore the role of moral appeals in facilitating or inhibiting compromise. In order to capture moralized arguments, I rely on the MFT dictionary proposed by Graham et al. (2009), which contains lists of word stems that signal each of the five moral foundations (care, fairness, loyalty, authority, sanctity) as well as a category of general moral terms.

Figure 3 displays the percentage of dictionary terms for each foundation in the opening statements initiating a discussion on CMV (in proportion to the total number of words in each post). The plot compares the reliance on moral terms between OPs that subsequently changed their view versus OPs that did not. As an initial observation, it is interesting to note that the distribution of dictionary terms across foundations is strikingly similar to the proportions of moral terms in open-ended responses to the likes-dislikes questions included in the American National Election Study (Kraft 2018): The most prevalent dimensions are *care* and *authority*, while occurrences of *sanctity* are largely negligible. Observing these similarities is noteworthy since they are suggestive of a common mechanism driving the emphasis on moral considerations when justifying preferences in a public opinion survey as well as in online discussions.

More important for the purposes of this chapter is the fact that the percentage of dictionary terms across foundations appears smaller among opening statements that resulted in opinion change than among those that did not. More specifically, OPs who did not award any Δ s in the subsequent discussion put a significantly stronger emphasis on moral considerations related to authority ($p < .05$ after accounting for multiple comparisons using Bonferroni correction). Similar results can be obtained after aggregating all moral dictionary terms in a single category: OPs who were not persuadable on CMV use more words related to morality overall than OPs who indicate that the discussion changed their view ($p < .05$).

Figure 3: *Moral foundations and persuadability: Average percentage of dictionary terms relative to the total number of words in each opening statement beginning a political discussion, comparing discussions where the OP subsequently awarded a Δ (opinion change) or not (including 95% confidence intervals)*



At first look, the findings appear consistent with the moral conviction literature, which posits that people who hold moralized attitudes are less willing to compromise and deviate from their prior beliefs (e.g., Skitka et al. 2005; Ryan 2014, 2017). Yet, there are important issues that make it difficult to draw strong conclusions based on these initial results. First of all, there may be unobserved confounding factors that are related to both the OPs willingness to award Δ s as well as the chosen discussion topic (which could be more or less aligned with moral considerations). The content of opening statements may also induce selection bias in user responses which can impact the nature of their comments and ultimately the productivity of discussions. Furthermore, there is no way of contrasting the potentially diverging impact of morally congruent arguments by exclusively examining the malleability of initial opinions. The following analyses address these problems by comparing the relative persuasiveness of arguments *within a given discussion thread*.

5. What Makes an Argument Persuasive?

The previous section demonstrated that the OPs' reliance on moral language in opening statements is inversely related to their willingness to change their view in the subsequent discussion. Now, I focus directly on

the persuasiveness of comments that are made in response to a given opening statement on CMV. In the context of the simplified discussion framework outlined above, I examine the arguments brought forward by *B*, who is challenging *A*'s view. This allows me to directly compare the moral conviction hypothesis with the moral foundations hypothesis, which have diverging predictions regarding the effectiveness of moralized appeals in discussions. Note that the arguments presented by *B* do not only include their initial post (i.e., the root response), but also any subsequent posts that are mentioned in the evolving discussion between *A* and *B* (i.e., the full response path).

In the original analysis by Tan et al. (2016), the authors implement a simple method to select pairs of arguments that respond to the same original post, with only one of the selected responses being successful in changing the OPs view. While differing in persuasiveness, arguments are matched in such a way that they are as similar as possible in terms of their word choice. More specifically, Tan et al. (2016) select argument pairs by maximizing their Jaccard similarity:

$$\text{Jaccard}(B_{\Delta}, B_{-\Delta}) = \frac{|B_{\Delta} \cap B_{-\Delta}|}{|B_{\Delta} \cup B_{-\Delta}|},$$

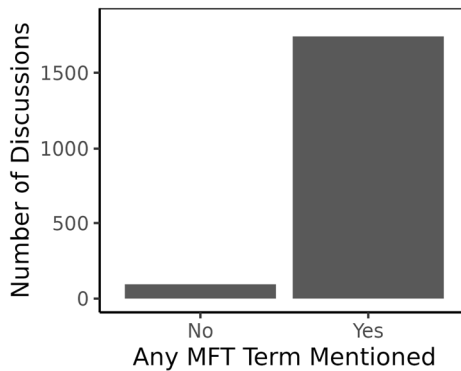
where B_{Δ} and $B_{-\Delta}$ are the sets of words in two response paths associated with the same opening statement (one receiving a Δ , the other not). In other words, they match each successful counterargument to an unsuccessful response that shares the largest proportion of common words (disregarding stopwords). As Tan et al. (2016, 617) describe: "This leads to a balanced binary prediction task: which of the two lexically similar rooted path-units is the successful one?"⁷

The analyses reported below rely on this approach to select matched argument pairs for comparison. To reiterate, I focus on discussions in which OPs awarded at least one Δ . A response that received a Δ is then matched to another argument within the same discussion that was not successful in changing the OP's view but is as similar as possible in terms of its vocabulary. Note that in principle, this strategy should make it more difficult to find differences in the MFT dictionaries as argument pairs are

⁷ As additional selection criteria and to avoid trivial posts, arguments are removed if they are shorter than 50 words, only include clarifying questions, or if the opening statement received fewer than 10 responses overall and fewer than three unsuccessful challenges (see Tan et al. 2016, 617 for details).

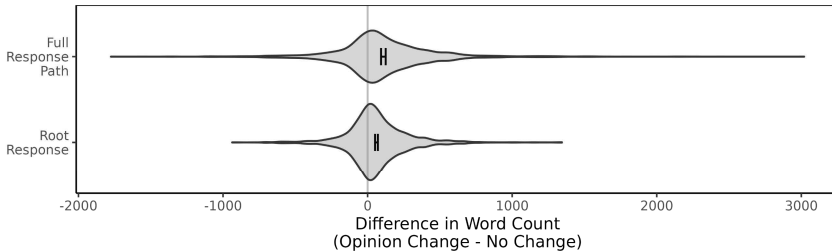
matched based on their lexical similarity. One might worry, however, that the necessary initial selection on discussions where OPs ultimately awarded at least one Δ might disproportionately discard cases where the initial statement emphasized moral considerations. Luckily, that is not the case. Figure 4 shows that almost all of the opening statements in the matched pair selection mention at least one of the moral dictionary terms. Furthermore, the proportion of moral dictionary terms among this set of opening statement shows the same pattern as in Figure 3.

Figure 4: Number of opening statements in the paired argument data that mentioned any term included in the MFT dictionary



An important unresolved issue using this approach is that the matching procedure only focuses on the set of unique words that are used in each response path and does not take into account their relative length. This can be especially problematic since persuasive discussions tend to be longer and involve at least a few back-and-forth exchanges between the OP and the challenger (Tan et al. 2016, 616). Figure 5 displays the distribution of the differences in word counts between successful and unsuccessful argument pairs. Clearly, longer responses are more likely to be awarded a Δ , which might jeopardize potential inferences about the relative reliance on moral dictionary terms.

Figure 5: Difference in response lengths between successful and unsuccessful counterarguments. The narrow black bars display the 95% confidence interval of mean differences

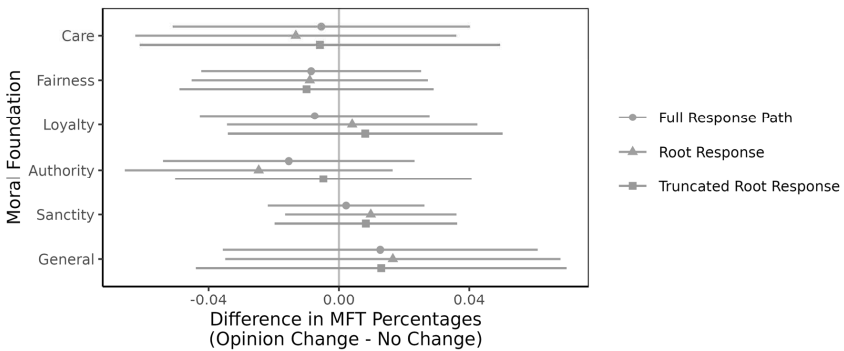


As a first step to alleviate this concern, it is worth noting that I only examine the *percentages* of MFT dictionary occurrences in each discussion rather than a raw count, which implies that the prevalence of moral considerations is standardized by the overall length of each post. Notwithstanding, I take additional precautions proposed by Tan et al. (2016) to check the robustness of the results. First, I not only examine differences when looking at the entire response path of a discussion between two users (i.e., all posts that were part of the dialogue with the OP), but restrict the analysis to focus on the challenger's root response to the opening statement only. As can be seen in Figure 5, the differences in word counts between argument pairs are significantly smaller. Recovering the same patterns in the root response as in the full response path indicates that the initial arguments that triggered an exchange with the OP are by themselves predictive of the outcome of the discussion. To be fair, there are still substantial differences in the length of successful versus unsuccessful root responses. As a second robustness check, I additionally truncate the longer root response of a given pair as follows: I count the total number of words in each post and simply cut off the end of the longer response such that both word counts in a given pair are exactly equal. While this approach eliminates any concerns about argument length as a confounding factor, it comes at the price of losing a lot of information by ignoring potentially valuable content. Using this framework, I now turn to the analysis of the persuasiveness of moral arguments made in discussions on CMV.

5.1 Moral Appeals are Futile...

Recall that the moral conviction hypothesis posits that moralized arguments will be less persuasive than arguments that do not involve moral appeals. In order to test this proposition, I examine the argument pairs matched within discussions and compare MFT dictionary proportions between contributions that were successful in receiving a Δ and those that were unsuccessful. Figure 6 displays the respective differences between matched argument pairs. Positive values indicate that arguments receiving a Δ contained a larger percentage of dictionary terms, and vice versa. Again, according to the literature on moral conviction, we would expect the opposite, namely that persuasive arguments should focus less on moral considerations. As discussed previously, the analyses are implemented for the full response path as well as focusing only on (truncated) root responses.

Figure 6: *Moral foundations and persuasiveness: Average difference of dictionary term percentages relative to the total number of words in each post, comparing counterarguments where the OP subsequently awarded a Δ (opinion change) or not (including 95% confidence intervals)*



The results show that evoking moral considerations in counterarguments does not affect the likelihood of changing the OPs' view on a given issue. This finding furthermore holds after combining all moral terms in an aggregate dictionary and comparing matched proportions between argument pairs ($p > .51$). Moralized arguments as such are therefore no less persua-

sive and do not reduce compromise, a result that is not consistent with the moral conviction literature.

5.2 ...Unless We're Speaking the Same Moral Language

In contrast to the moral conviction hypothesis, moral foundations theory suggests that we cannot fully understand the effect of moral appeals without taking into account the discussion partner's moral framework. What is decisive from this perspective is the congruence in moral arguments between both discussants. I measure the moral congruence between an OP's opening statement and each counterargument by computing the cosine similarity in their respective MFT dictionary scores. In general, using cosine similarities based on vectors of word counts is a standard approach in text analysis to quantify the similarity of documents independent of their length (e.g., Manning et al. 2008). More formally, moral congruence can therefore be written as:

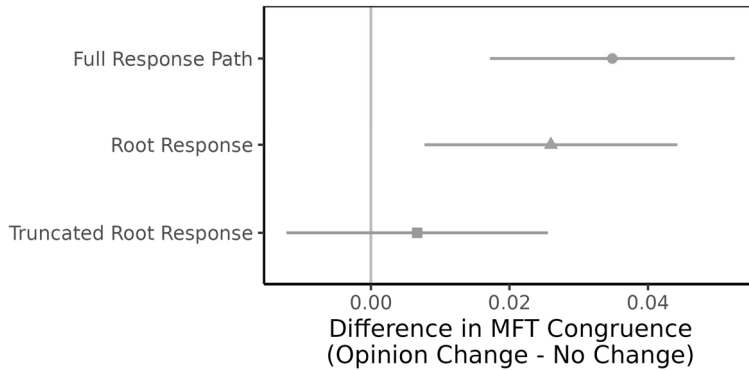
$$\text{MFT Congruence} = \frac{\vec{a} \cdot \vec{b}}{\|\vec{a}\| \|\vec{b}\|},$$

where \vec{a} is the vector of dictionary counts in the OP's opening statement and \vec{b} is the respective vector for a response. The measure ranges from 0 (no moral overlap) to 1 (equal emphasis on the same moral foundations). Moral congruence is also set to zero if either one of the statements does not contain a single term included in the dictionary.

To reiterate, the moral foundations hypothesis posits that arguments involving moral appeals will be more persuasive than arguments that do not involve moral appeals, but only if they are congruent with the opening statement's moral framework. In contrast, the moral conviction literature would predict a negative effect of moral congruence, since it implies that both discussants, who hold opposing views on an issue, use moralized arguments that ultimately reduce the potential for compromise. Figure 7 displays the difference in moral congruence between successful and unsuccessful arguments. Positive values indicate that posts that were ultimately awarded a Δ by the OP used moral appeals that had a higher congruence

with the OP's opening statement. These results are consistent with MFT as moral congruence is associated with a higher probability of opinion change.

Figure 7: Moral congruence and persuasiveness: Average differences in MFT congruence with opening statements comparing successful and unsuccessful counterarguments (including 95% confidence intervals)



The positive relationship between moral congruence and persuasiveness remains significant irrespective of whether I examine the content of the entire discussion (full response path), or restrict the analysis to each user's first post challenging the OP (root response). However, the mean difference in moral congruence does not reach conventional levels of statistical significance after truncating root responses to the same length for each pair. This finding could either suggest that the truncation procedure introduces too much noise to recover any differences, or alternatively that the measure of moral congruence is confounded by the differential length of successful and unsuccessful posts. The former seems less likely to be an issue because I recovered only marginal differences in raw dictionary term percentages between raw and truncated rooted responses in the previous section.

It is also important to emphasize that the higher moral congruence among persuasive posts is by no means driven by the fact that successful arguments use similar language to the opening statement *in general*. Quite contrary, Tan et al. (2016, 618) concluded in their study that when looking at the entire vocabulary of responses (excluding stopwords), then persuasive arguments used significantly more *different wording* than original post. In other words, a similar general vocabulary across all words is less persua-

sive, whereas a similar use of terms belonging to each moral foundation proved to be more persuasive. Thus, the results presented here capture the unique persuasive effect of morally congruent arguments.

6. Conclusion

Political elites routinely rely on moral rhetoric in order to bolster their views, which induces strong emotional reactions among citizens (Lipsitz 2018) and can ultimately influence their attitudes (e.g., Clifford/Jerit 2013; Clifford et al. 2015). As such, it does not seem surprising that the increasingly partisan and polarized environment in the United States has been linked to stronger tendencies among citizens to moralize politics (Garrett/Bankert 2018). Is the only solution to overcome this trend to de-emphasize moral convictions when discussing political issues? Or is it rather the case that morality may even be helpful in overcoming disagreements as long as people rely on the same moral frameworks?

This chapter addresses these questions by contrasting two strands of research in moral psychology that lead to diverging predictions regarding the role of morality in political compromise. Previous work on moral conviction suggests that individuals who moralize politics should be less willing to compromise and therefore resist persuasion through moral appeals. On the other hand, moral foundations theory posits that compromise is indeed possible as long as the discussants use the same moral language.

Both competing hypotheses are tested by relying on a unique dataset of online discussions on the Reddit community CMV compiled by Tan et al. (2016). Overall, the empirical patterns support moral foundations theory and stand in contrast to predictions rooted in the literature on moral conviction. While general levels of moralization have little impact on argument persuasiveness, the results show that an argument's moral congruence with the discussant's opening statement increases the likelihood of changing their view. As such, moral appeals can facilitate compromise and change people's minds as long as they are consistent with their existing moral frameworks. Rather than automatically driving people further apart, moral appeals might therefore help bridge the growing divide between liberals and conservatives. More broadly, this chapter shows that the field of moral psychology stands to benefit from a further integration of two prominent theoretical frameworks that developed largely independent of each other and – unfortunately – still exhibit relatively little interconnections.

Of course, the analyses presented here have important limitations. One of the biggest potential issues is the fact that the matched argument pairs differ in length, which may confound the relationship between morality and persuasiveness. I addressed this concern by only examining measures that are standardized by the total number of words in each post and by examining root responses in addition to full response paths. The results are largely robust to these varying specifications, with the important exception of the effect of moral congruence in the truncated root response. More generally, while it is a substantial advantage that the discussions on CMV cover a wide range of topics, they do not necessarily resemble discourse outside of this particular online community. Reddit users who join CMV are open to changing their mind and the community is committed to creating an environment that facilitates a respectful exchange of alternative perspectives. Thus, it may be the case that the results presented here are conditional on this particular context – and that moral arguments have more polarizing effects if people hold highly entrenched political views. Future research should therefore leverage comparable designs to examine the effect of moral arguments on persuasion in more diverse (and representative) samples.

Traditional survey experiments that expose respondents to different types of persuasive messages can help address these concerns about external validity, but they are usually constrained in terms of the number frames that can be studied (see also Clifford et al. 2023). Despite their limitations, online discussions such as those on CMV can therefore provide new insights by allowing us to observe and analyze a much larger sample of arguments provided by thousands of users online. I leave it for future research to further study their relative effectiveness in more controlled environments and diverse samples – for example in the context of survey experiments. Furthermore, subsequent analyses could leverage recent developments in text embeddings to explore the relationship between persuasiveness and the underlying meaning of moral concepts (Kraft/Klemmensen 2023).

Notwithstanding its limitations, incorporating novel data sources such as CMV allows us to open the black box of conversations in way that traditional framing studies cannot. Directly examining the content of discussions will ultimately help us better understand the mechanisms underlying attitude change, persuasion, and compromise.

References

- Abramowitz, Alan I, and Kyle L Saunders. 2008. "Is Polarization a Myth?" *The Journal of Politics* 70 (02): 542–55.
- Ahn, Toh-Kyeong, Robert Huckfeldt, and John Barry Ryan. 2010. "Communication, Influence, and Informational Asymmetries Among Voters." *Political Psychology* 31 (5): 763–87.
- Barabas, Jason. 2004. "How Deliberation Affects Policy Opinions." *American Political Science Review* 98 (04): 687–701.
- Blei, David M, Andrew Y Ng, and Michael I Jordan. 2003. "Latent Dirichlet Allocation." *The Journal of Machine Learning Research* 3: 993–1022.
- Boxell, Levi, Matthew Gentzkow, and Jesse M Shapiro. 2022. "Cross-Country Trends in Affective Polarization." *NBER Working Paper Series No. 26669*, 1–60.
- Chaiken, S., and A. H. Eagly. 1989. "Heuristic and Systematic Information Processing Within and Beyond the Persuasion Context." In *Unintended Thought*, edited by J. S. Uleman and J. A. Bargh, 212–52. New York: Guilford Press.
- Clifford, Scott, and Jennifer Jerit. 2013. "How Words Do the Work of Politics: Moral Foundations Theory and the Debate over Stem Cell Research." *Journal of Politics* 75 (3): 659–71.
- Clifford, Scott, Jennifer Jerit, Carlisle Rainey, and Matt Motyl. 2015. "Moral Concerns and Policy Attitudes: Investigating the Influence of Elite Rhetoric." *Political Communication* 32 (2): 229–48.
- Clifford, Scott, Thomas J Leeper, and Carlisle Rainey. 2023. "Generalizing Survey Experiments Using Topic Sampling: An Application to Party Cues." *Political Behavior*, 1–24.
- Cobb, Michael D, and James H Kuklinski. 1997. "Changing Minds: Political Arguments and Political Persuasion." *American Journal of Political Science* 41 (1): 88–121.
- Day, Martin V., Susan T. Fiske, Emily L. Downing, and Thomas E. Trail. 2014. "Shifting Liberal and Conservative Attitudes Using Moral Foundations Theory." *Personality and Social Psychology Bulletin* 40 (12): 1559–73.
- Druckman, James N, and Kjersten R Nelson. 2003. "Framing and Deliberation: How Citizens' Conversations Limit Elite Influence." *American Journal of Political Science* 47 (4): 729–45.
- Federico, Christopher M., Christopher R. Weber, Damla Ergun, and Corrie Hunt. 2013. "Mapping the Connections Between Politics and Morality: The Multiple Sociopolitical Orientations Involved in Moral Intuition." *Political Psychology* 34 (4): 589–610.
- Feinberg, Matthew, and Robb Willer. 2013. "The Moral Roots of Environmental Attitudes." *Psychological Science* 24 (1): 56–62.
- Feinberg, Matthew, and Robb Willer. 2015. "From Gulf to Bridge When Do Moral Arguments Facilitate Political Influence?" *Personality and Social Psychology Bulletin* 41 (12): 1665–81.
- Franks, Andrew S., and Kyle C. Scherr. 2015. "Using Moral Foundations to Predict Voting Behavior: Regression Models from the 2012 Us Presidential Election." *Analyses of Social Issues and Public Policy* 15 (1): 213–31.

- Garrett, Kristin N, and Alexa Bankert. 2018. "The Moral Roots of Partisan Division: How Moral Conviction Heightens Affective Polarization." *British Journal of Political Science*, 1–20.
- Garzia, Diego, Frederico Ferreira da Silva, and Simon Maye. 2023. "Affective Polarization in Comparative and Longitudinal Perspective." *Public Opinion Quarterly* 87 (1): 219–31.
- Gidron, Noam, James Adams, and Will Horne. 2020. *American Affective Polarization in Comparative Perspective*. Cambridge University Press.
- Graham, Jesse, Jonathan Haidt, Sena Koleva, Matt Motyl, Ravi Iyer, S. Wojcik, and Peter H. Ditto. 2013. "Moral Foundations Theory: The Pragmatic Validity of Moral Pluralism." *Advances in Experimental Social Psychology* 47: 55–130.
- Graham, Jesse, Jonathan Haidt, and Brian A. Nosek. 2009. "Liberals and Conservatives Rely on Different Sets of Moral Foundations." *Journal of Personality and Social Psychology* 96 (5): 1029–46.
- Haidt, Jonathan. 2007. "The New Synthesis in Moral Psychology." *Science* 316 (5827): 998–1002.
- Haidt, Jonathan. 2012. *The Righteous Mind: Why Good People Are Divided by Politics and Religion*. New York: Random House.
- Haidt, Jonathan, and Jesse Graham. 2007. "When Morality Opposes Justice: Conservatives Have Moral Intuitions That Liberals May Not Recognize." *Social Justice Research* 20 (1): 98–116.
- Hetherington, Marc J. 2001. "Resurgent Mass Partisanship: The Role of Elite Polarization." *American Political Science Review* 95 (03): 619–31.
- Hidey, Christopher, Elena Musi, Alyssa Hwang, Smaranda Muresan, and Kathy McKeeown. 2017. "Analyzing the Semantic Types of Claims and Premises in an Online Persuasive Forum." In *Proceedings of the 4th Workshop on Argument Mining*, 11–21.
- Huckfeldt, Robert, Paul Allen Beck, Russell J Dalton, and Jeffrey Levine. 1995. "Political Environments, Cohesive Social Groups, and the Communication of Public Opinion." *American Journal of Political Science* 39: 1025–54.
- Huddy, Leonie, Lilliana Mason, and Lene Aarøe. 2015. "Expressive Partisanship: Campaign Involvement, Political Emotion, and Partisan Identity." *American Political Science Review* 109 (01): 1–17.
- Iyengar, Shanto, Gaurav Sood, and Yphtach Lelkes. 2012. "Affect, Not Ideology. A Social Identity Perspective on Polarization." *Public Opinion Quarterly* 76 (3): 405–31.
- Iyengar, Shanto, and Sean J Westwood. 2015. "Fear and Loathing Across Party Lines: New Evidence on Group Polarization." *American Journal of Political Science* 59 (3): 690–707.
- Jhaver, Shagun, Pranil Vora, and Amy Bruckman. 2017. "Designing for Civil Conversations: Lessons Learned from Changemyview." Georgia Institute of Technology.
- Karpowitz, Christopher F, Tali Mendelberg, and Lee Shaker. 2012. "Gender Inequality in Deliberative Participation." *American Political Science Review* 106 (03): 533–47.
- Kertzer, Joshua D., Kathleen E. Powers, Brian C. Rathbun, and Ravi Iyer. 2014. "Moral Support: How Moral Values Shape Foreign Policy Attitudes." *Journal of Politics* 76 (3): 825–40.

- Kidwell, Blair, Adam Farmer, and David M Hardesty. 2013. "Getting Liberals and Conservatives to Go Green: Political Ideology and Congruent Appeals." *Journal of Consumer Research* 40 (2): 350–67.
- Klar, Samara. 2014. "Partisanship in a Social Setting." *American Journal of Political Science* 58 (3): 687–704.
- Koleva, Spassena P., Jesse Graham, Ravi Iyer, Peter H. Ditto, and Jonathan Haidt. 2012. "Tracing the Threads: How Five Moral Concerns (Especially Purity) Help Explain Culture War Attitudes." *Journal of Research in Personality* 46 (2): 184–94.
- Kraft, Patrick, and Rüdiger Schmitt-Beck. 2013. "Helfen Politische Gespräche,,korrekt "Zu Wählen? Eine Analyse Zur Bundestagswahl 2009." In *Zivile Bürgergesellschaft und Demokratie: Aktuelle Ergebnisse der Empirischen Politikforschung*, edited by Silke I Keil, Oscar W Gabriel, and S Isabell Thaidigsmann, 117–38. Springer.
- Kraft, Patrick W. 2018. "Measuring Morality in Political Attitude Expression." *The Journal of Politics* 80 (3): 1028–33.
- Kraft, Patrick W, and Robert Klemmensen. 2023. "Lexical Ambiguity in Political Rhetoric: Why Morality Doesn't Fit in a Bag of Words." *British Journal of Political Science*, 1–19.
- Lazer, David, Brian Rubineau, Carol Chetkovich, Nancy Katz, and Michael Neblo. 2010. "The Coevolution of Networks and Political Attitudes." *Political Communication* 27 (3): 248–74.
- Lipsitz, Keena. 2018. "Playing with Emotions: The Effect of Moral Appeals in Elite Rhetoric." *Political Behavior* 40 (1): 57–78.
- Low, Michelle, and Ma Glenda Lopez Wui. 2015. "Moral Foundations and Attitudes Towards the Poor." *Current Psychology* 35: 650–56.
- Manning, Christopher D., Prabhakar Raghavan, Hinrich Schütze, and others. 2008. *Introduction to Information Retrieval*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mason, Lilliana. 2015. "I Disrespectfully Agree: The Differential Effects of Partisan Sorting on Behavioral and Issue Polarization." *American Journal of Political Science* 59 (1): 128–45. <https://doi.org/10.1111/ajps.12089>
- Mendelberg, Tali, Christopher F Karpowitz, and J Baxter Oliphant. 2014. "Gender Inequality in Deliberation: Unpacking the Black Box of Interaction." *Perspectives on Politics* 12 (01): 18–44.
- Mutz, Diana C. 2002. "Cross-Cutting Social Networks: Testing Democratic Theory in Practice." *American Political Science Review* 96 (01): 111–26.
- Nelson, Thomas E, and Jennifer Garst. 2005. "Values-Based Political Messages and Persuasion: Relationships Among Speaker, Recipient, and Evoked Values." *Political Psychology* 26 (4): 489–516.
- Petty, Richard E., and John T. Cacioppo. 1986a. *Communication and Persuasion: Central and Peripheral Routes to Attitude Change*. New York: Springer.
- Petty, Richard E., and John T. Cacioppo. 1986b. "The Elaboration Likelihood Model of Persuasion." *Advances in Experimental Social Psychology* 19: 123–205.
- Reiljan, Andres. 2020. "'Fear and Loathing Across Party Lines'(also) in Europe: Affective Polarisation in European Party Systems." *European Journal of Political Research* 59 (2): 376–96.

- Ryan, Timothy J. 2014. "Reconsidering Moral Issues in Politics." *Journal of Politics* 76 (2): 380–97.
- Ryan, Timothy J. 2017. "No Compromise: Political Consequences of Moralized Attitudes." *American Journal of Political Science* 61 (2): 409–23.
- Schmitt-Beck, Rüdiger. 2022. "Prerequisites of Deliberative Democracy: Inclusivity, Publicity, and Heterogeneity of German Citizens' Everyday Political Talk." *SCM Studies in Communication and Media* 11 (1): 7–72.
- Schmitt-Beck, Rüdiger, and Christiane Grill. 2020. "From the Living Room to the Meeting Hall? Citizens' Political Talk in the Deliberative System." *Political Communication* 37 (6): 832–51.
- Schmitt-Beck, Rüdiger, and Patrick Kraft. 2014. "Political Information Flows and Consistent Voting: Personal Conversations, Mass Media, Party Campaigns, and the Quality of Voting Decisions at the 2009 German Federal Election." In *Voters on the Move or on the Run?*, edited by Bernhard Wessels, Hans Rattinger, Sigrid Rossteutscher, and Rüdiger Schmitt-Beck, 193–216. Oxford University Press.
- Schmitt-Beck, Rüdiger, and Manuel Neumann. 2023. "Do People Like to Discuss Politics? A Study of Citizens' Political Talk Culture." *European Political Science Review*, 1–20.
- Shatz, Itamar. 2017. "Fast, Free, and Targeted: Reddit as a Source for Recruiting Participants Online." *Social Science Computer Review* 35 (4): 537–49.
- Skitka, Linda J. 2010. "The Psychology of Moral Conviction." *Social and Personality Psychology Compass* 4 (4): 267–81.
- Skitka, Linda J., Christopher W. Bauman, and Edward G. Sargis. 2005. "Moral Conviction: Another Contributor to Attitude Strength or Something More?" *Journal of Personality and Social Psychology* 88 (6): 895–917.
- Skitka, Linda J, and G Scott Morgan. 2014. "The Social and Political Implications of Moral Conviction." *Political Psychology* 35 (S1): 95–110.
- Tan, Chenhao, Vlad Niculae, Cristian Danescu-Niculescu-Mizil, and Lillian Lee. 2016. "Winning Arguments: Interaction Dynamics and Persuasion Strategies in Good-Faith Online Discussions." In *Proceedings of the 25th International Conference on World Wide Web*, 613–24. International World Wide Web Conferences Steering Committee.
- Wagner, Markus. 2021. "Affective Polarization in Multiparty Systems." *Electoral Studies* 69: 102199.
- Wei, Zhongyu, Yang Liu, and Yi Li. 2016. "Is This Post Persuasive? Ranking Argumentative Comments in Online Forum." In *Proceedings of the 54th Annual Meeting of the Association for Computational Linguistics (Volume 2: Short Papers)*, 2: 195–200.

Kampagnen und Wahlkämpfe

KI und datengesteuerte Kampagnen: Eine Diskussion der Rolle generativer KI im politischen Wahlkampf

Philipp Darius, Andrea Römmele

1. Einleitung

In politischen Kampagnen geht es um die Vermittlung politischer Inhalte, Themen und Spitzenkandidaten. Rüdiger Schmitt-Beck hat zur Erforschung von Kampagnen und ihrer Effekte in vielen Publikationen in herausragender Weise beigetragen und das Feld der Kampagnenforschung maßgeblich definiert. Bis in die frühen 1990er Jahre hinein war Kampagnenforschung noch eine Teildisziplin der Wahl-, Parteien- sowie Medienforschung mit jeweils leicht unterschiedlichen Fragestellungen. Die Wahlforschung und die Medienforschung stellten die Frage nach der Wirkung von Kampagnen und in der Parteienforschung spielte die Rekrutierung und Selektion von Spitzenkandidaten eine Rolle. Es ist vor allem den Arbeiten von Rüdiger Schmitt-Beck zu verdanken, dass die Kampagnenforschung ein mittlerweile eigenständiges Forschungsgebiet darstellt. Der Titel seiner wegweisenden Habilitationsschrift (2000) beschreibt auch seine jahrzehntelange Forschungsagenda: *Politische Kommunikation und Wählerverhalten*. Im Fokus seiner Arbeiten steht die Frage des Wahlverhaltens (jüngst hierzu Schmitt-Beck et al. 2022) und somit auch die Frage des Einflusses politischer Kommunikation auf Wählerinnen und Wähler (Schmitt-Beck 2000; Farrell/Schmitt-Beck 2002). Die Nutzung unterschiedlicher Kommunikationskanäle spielt in Rüdiger Schmitt-Becks Arbeiten ebenfalls eine wichtige Rolle und er hat sich auch umfassend der Rolle und Bedeutung der interpersonalen Kommunikation gewidmet (z. B. Schmitt-Beck/Wolting 2010).

In unserem Beitrag zu seiner Festschrift möchten wir an seine Forschung und Fragestellungen anknüpfen und auf eine neue Herausforderung in der Kommunikation zwischen Parteien und Wählerinnen und Wählern eingehen, nämlich der von KI. Neue Technologien wie generative KI, d.h. Systeme, die autonom oder auf Anweisungen sinnige Texte, Bilder und Musik erstellen können, erweitern den Werkzeugkasten, ja das Waffenar-

senal an verfügbaren Wahlkampfmitteln, haben aber auch Auswirkungen auf digitale Kampagnenumgebungen wie soziale Plattformen oder Online-Suchmaschinen. In diesen digitalen Kampagnenumfeldern können neue Formen der KI, basierend auf riesigen Basismodellen (engl. Foundation Models) und Large Language Models (LLMs), Mechanismen dieser Kommunikation verändern, da sie eine schnelle Verbreitung von Inhalten zu sehr geringen Kosten ermöglichen. Inzwischen imitieren diese Systeme menschliches Verhalten nahezu perfekt und übertreffen menschliche Leistungen sogar in vielen Anwendungsbereichen und Tests (Bommasani et al. 2022; Wei et al. 2022). Wozu die durch Russland gesteuerte Kampagne im Zuge der US-Präsidentenwahlen 2016 (noch) ein ganzes Lager voller „Trolle“ brauchte, könnte mit Hilfe generativer KI-Systeme nun in noch größerem und automatisierteren Umfang möglich sein. In Bezug auf politische Kampagnen stellt sich daher die Frage, ob generative KI politische Kampagnen effektiver macht, oder ob sie die Contentflut in der digitalen Welt noch vergrößert, sodass es schwieriger wird, Aufmerksamkeit für Kampagnenaussagen zu gewinnen. Außerdem vereinfachen KI-Anwendungen als Analyse- und Codinghilfen den Einsatz von datengetriebenen Methoden und werden bereits zur Produktion von Falschaussagen und Deep Fakes verwendet.

In der internationalen Wahlkampfforschung wurde dieses Thema jüngst von Rachel Gibson und Andrea Römmele aufgenommen: Sie beobachten in Wahlkampagnen den Trend zu „data-driven campaigning“ (DDC), den Römmele und Gibson (2020) als die vierte Stufe der Kampagnenevolution bezeichnen. Wahlkampfentscheidungen und -schwerpunkte basieren nun auf der Grundlage von großen Datenmengen – werden allerdings noch von Menschen getroffen. Denkt man dies einen Schritt weiter, so würde ein KI-gesteuerter Wahlkampf ebenso auf großen Datenmengen beruhen, die Entscheidung würde aber die KI fällen, und nicht mehr der Mensch.

In diesem Artikel diskutieren wir daher die potenziellen Folgen aktueller generativer KI-Anwendungen für demokratische Wahlen und politische Kampagnen im Hinblick auf drei Gruppen von Akteuren: (1) organisierte Kampagnen, Kandidaten und politische Parteien, (2) von den Kampagnen formell unabhängige Akteure (Bürgerinnen und Bürger, NGOs, Verbände, oder auch andere Staaten), und (3) Governance-Akteure von Kampa-

gnenumgebungen¹. Abschließend geben wir einen Ausblick auf anstehende Wahlen und die Rolle, die generative KI spielen könnte. An dieser Stelle verzichten wir jedoch auf Spekulationen über weitere technologische Entwicklungen einer allgemeinen künstlichen Intelligenz, also komplett unabhängiger Systeme, und konzentrieren uns auf die Implikationen der derzeit existierenden KI-Anwendungen als Werkzeuge für die unterschiedlichen zuvor genannten politischen Akteursgruppen.

2. Generative KI als Wahlkampftool

Generative KI entwickelt sich mit enormer Geschwindigkeit. In den letzten Monaten haben vor allem leichter zugängliche Schnittstellen zu Bild- und Textgeneratoren wie ChatGPT einen weltweiten Hype um die Fähigkeiten und Anwendungsmöglichkeiten dieser Art generativer KI ausgelöst. OpenAI und andere Unternehmen haben en-masse Annotationen und Interaktionen mit Menschen genutzt, um die Basismodelle weiter zu trainieren und das sogenannte Alignment-Problem zu verringern, das darin besteht, dass sich ChatGPT und andere auf Foundation Models basierende Systeme zunächst in einer grundsätzlich rationalen, aber für Menschen unnatürlichen Art und Weise verhalten haben. Daher wurde ChatGPT mit Tausenden von menschlichen Annotationen trainiert, um so das Antwortverhalten an die Erwartungen menschlicher Kommunikationspartner anzupassen. Auch generative KI-Anwendungen zur Erstellung von Bildern und Videos sind inzwischen für die breite Masse an Nutzerinnen und Nutzern leicht zugänglich und unglaublich realistisch, was die Kosten für einfache Bild- und Videoproduktionen auf ein Minimum senkt.

Diese Entwicklungen werden erhebliche Auswirkungen auf politische Kampagnen und die mediale Berichterstattung haben. Noch tanzt die KI nicht, das heißt, sie ist nicht autonom und entwickelt ihre eigenen Algorithmen noch nicht weiter. Dies könnte jedoch schon in naher Zukunft der Fall sein. Im Jahr 2023 kann generative KI für politische Kampagnen wie für viele andere Bereiche ein mächtiges Werkzeug sein, indem sie textbasierte

1 Auf der privaten Seite digitale Online-Plattformen, die Kampagnenumgebungen wie Social-Media-Plattformen und Online-Suchmaschinen betreiben und auf der öffentlichen Seite Behörden und andere an Wahlkämpfen beteiligte nationale und internationale Institutionen, wie im deutschen Fall die Landesmedienanstalten, der Bundeswahlleiter, Koordinatoren für digitale Dienste auf nationaler Ebene oder die EU-Kommission und die OSZE auf supranationaler Ebene.

und visuelle Inhalte generiert und Unterstützung bei Datenanalysen bietet. Sie verstärkt jedoch auch die bestehenden Risiken in Bezug auf digitale Medien als politische Kommunikationsumgebungen, wenn politische Akteure sich nicht an demokratische Normen und Werte in Bezug auf den Umgang mit politischen Gegnerinnen und Gegnern halten.

3. KI und datengesteuerte Kampagnen in der vierten Phase der politischen Kommunikation

In den zurückliegenden Jahren wurde viel über den Einsatz von datengesteuerten Methoden und KI in politischen Kampagnen diskutiert. Die sogenannte vierte Phase der politischen Kommunikation unterscheidet sich von den vorangegangenen Phasen dadurch, dass digitale Plattformen und datengesteuerte Methoden im Vergleich zu Kampagnen vor dem Aufkommen des Internets und der Social-Media-Plattformen viel präsenter und fortschrittlicher geworden sind (Römmele/Gibson 2020). Unsere Gespräche mit Expertinnen und Experten sowie Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern im Rahmen des ERC-Projekts „DiCED – Digital Campaigning and Electoral Democracy“² zeigten, dass datengesteuerte Methoden eine politische Logik, die auf Intuition und Erfahrung von Wahlkampfexpertinnen und -experten beruht, ergänzen und manchmal auch mit ihr konkurrieren können. Expertinnen und Experten betonten jedoch, dass es keinen zentralen Algorithmus oder KI-Modell für Wahlkampfentscheidungen gibt, z. B. für die Verteilung der Werbeausgaben, die wichtigsten Wahlkampfbotschaften oder die Beschaffung von Wahlkampfmitteln. In Fällen, in denen fortschrittliche Vorhersagemodelle eingesetzt wurden, schnitten diese ähnlich oder sogar schlechter ab als etablierte sozialwissenschaftliche Methoden wie Umfrageforschung und Fokusgruppen zum Test wichtiger Kampagnenbotschaften und zur Identifizierung von Zielgruppen. Mit der leichteren Anwendbarkeit von generativen und analytischen KI-Methoden über Schnittstellen erwarten wir aber eine zunehmende Nutzung dieser Methoden durch Organisatorinnen und Organisatoren politischer Kampagnen und anderen politischen Akteuren, den ersten beiden der drei unterschiedlichen Gruppen, die wir in diesem Artikel untersuchen.

Auf digitalen Online-Plattformen werden seit Jahren komplexe KI-Modelle für die Moderation von Inhalten, genauer für die Empfehlung und

2 <https://sites.manchester.ac.uk/diced/>.

Filterung von Inhalten, eingesetzt. Sie sind sehr effizient, wenn es darum geht, die verbrachte Zeit von Nutzerinnen und Nutzern auf einer Website oder Plattform zu maximieren und individuell passende Werbung auszuspielen, aber auch bei der Erkennung von illegalen und/oder gegen Richtlinien der Plattform verstoßenden Inhalten. Wir wissen jedoch, dass Social-Media-Plattformen wie Twitter während der Covid-19-Pandemie Beiträge, die Verschwörungserzählungen und impfskeptische Inhalte propagierten, nicht konsequent und erfolgreich gelöscht haben (Darius/Urquhart 2021). Digitale Plattformen sind zwar die Akteure, bei denen KI-Systeme die wichtigste Rolle spielen, da sie den Informationsfluss auf diesen Plattformen steuern. Doch es wird von entscheidender Bedeutung sein, wie die Plattformen bei der Erkennung von KI-generierten Inhalten wie Bildern, Videos oder Texten vor allem dann vorgehen, wenn diese irreführende, falsche Informationen enthalten oder es sich um bewusste politische Desinformation inländischer oder ausländischer politischer Akteure handelt.

3.1 Organisierte politische Kampagnen in einer sich verändernden Parteien- und Kommunikationssphäre

Digitale Plattformen wie soziale Medien und Online-Suchmaschinen sind zu wesentlichen Umgebungen für organisierte politische Kampagnen geworden und ermöglichen eine umfassendere Analyse von Daten (Gibson 2020). Im Hinblick auf die Nutzung datengesteuerter Methoden und neuer Technologien kann ihre Anwendung jedoch zu zwei verschiedenen Arten von Kampagnen führen, die Römmele und Gibson (2020) als „wissenschaftlich“ oder „subversiv“ beschreiben. Als Idealtypen bezeichnen sie eine wissenschaftliche Art von Kampagne, die verbesserte Analysen nutzt, um Wählerinnen und Wähler zu aktivieren und zu mobilisieren. Im Gegensatz dazu nutzt die subversive Art von Kampagnen spaltende Themen und Botschaften, populistische Reden und gezielte Werbung, um politische Konflikte zu verstärken und ggf. die Wählergruppen aktiv zu demobilisieren, die dazu neigen, für den politischen Gegner zu stimmen. Neue Technologien wie generative KI können diese Zweiteilung politischer Kampagnen in wissenschaftliche und subversive Kampagnen beschleunigen und eine Rolle in der effektiveren Ansprache mit konstruktiven, aber auch destruktiven Nachrichten spielen.

In Deutschland wählen Parteien Agenturen als enge Partner für die Erstellung von Kampagneninhalten und -strategien, für die digitale sowie

analoge Kampagne. Zentrale Aufgabe der Agenturen ist es, gemeinsam mit der Partei Zielgruppen zu identifizieren und gezielte Werbung auf sozialen Medien wie Facebook, Instagram und TikTok (und seit Elon Musks Entscheidung, politische Werbung wieder zuzulassen, in Zukunft auch auf Twitter) sowie Online-Suchmaschinen wie Google zu schalten. Ziel digitaler ebenso wie analog geführter Kampagnen ist die Kommunikation, der Austausch mit Wählerinnen und Wählern, insbesondere mit den noch Unentschlossenen. Diese Gruppe war 2021 für deutsche Verhältnisse ungewöhnlich groß, und zwar aus mehreren Gründen: erstens nimmt die Parteibindung in den letzten Dekaden zunehmend ab (Weßels et al. 2014); des Weiteren ging die „Ära Merkel“ zu Ende und viele ehemalige Merkel-Wählerinnen und -wähler schwankten unentschlossen zwischen den Parteien (Korte 2023). Die kontinuierliche Kommunikation zwischen Parteien und Wahlkampfakteuren soll Wählerinnen und Wähler dazu bringen, Online-Newsletter über ihre zentrale Wahlkampf-Website zu abonnieren und Accounts von Kandidatinnen und Kandidaten und Parteien in den sozialen Medien zu folgen. Neben der Mobilisierung von Unterstützerinnen und Unterstützern geht die Nutzung von E-Mail-Newslettern aus Sicht der Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer mit zusätzlichen analytischen Möglichkeiten einher, um Kampagnenbotschaften zu testen und potenzielle Wählerinnen und Wähler zu segmentieren (Haller et al. 2023).

Wählerinnen und Wähler konsumieren ihre Nachrichten mehr und mehr über soziale Medien. Dadurch haben visuelle Inhalte an Bedeutung und Quantität gewonnen. Durch die einfachere Verfügbarkeit von hochwertigen generierten Bildern erwarten wir daher eine weitere Zunahme der Nutzung visueller Inhalte und generativer Bildgenerierungs-Tools wie DALLE2, Midjourney und vieler anderer.

Während also generative KI die Kosten für die Produktion visueller Inhalte senkt, kann sie die Kosten für parteiinterne Teams zur Reaktion auf mögliche Krisen erhöhen, wenn es etwa darum geht, Posts über oder gegen die eigene Partei oder den Spitzenkandidaten entgegenzuwirken. Bei vergangenen Bundestags- und Europawahlen wurde eine Zunahme von *Negative Campaigning* beobachtet, also Videospots oder Posts und Anzeigen in den sozialen Medien, die den politischen Gegner persönlich angreifen, statt die eigenen politischen Ziele zu fördern (Baranowski et al. 2022; Klinger et al. 2022; Maier/Nai 2021). Dies ist in Deutschland, im Gegensatz zu anderen Ländern und insbesondere den USA, immer noch relativ unüblich, könnte aber mit dem verstärkten Einsatz von generativer KI zunehmen. Ein

Beispiel, das in den letzten Monaten in Deutschland für Schlagzeilen sorgte, war ein generiertes Bild von arabisch aussehenden Männern mit wütendem Gesichtsausdruck, das (mit einer irreführenden Bildunterschrift) von Politikern der in Teilen rechtsextremen Partei Alternative für Deutschland (AfD) erstellt und mit dem Ziel, Aufmerksamkeit zu generieren, gepostet wurde³. Auch im Vorfeld der US-Präsidentenwahlen 2024 nutzt die Kampagne um Ron DeSantis *Deep Fakes* und künstlich generierte Inhalte, um seinem Gegner um die republikanische Kandidatur, Donald Trump, zu schaden⁴. Um eine Spirale unauthentischer Kampagneninhalte zu vermeiden, sollten sich Parteien und andere politische Akteure wie NGOs und Verbände auf öffentlich kommunizierte Richtlinien und einen gemeinsamen Kodex verständigen und sich an die festgelegten Regeln halten.

3.2 Von Parteikampagnen unabhängige Akteure (Bürgerinnen und Bürger, NGOs, Verbände und andere Staaten)

Digitale Werkzeuge und soziale Medien bieten auch weiteren Akteuren eine öffentliche Bühne, ihre Meinung über Parteien und Kandidatinnen und Kandidaten zu äußern, die Teil des Wahlkampfes sind. Bei diesen Akteuren handelt es sich um Parteianhängerinnen und -anhänger genauso wie um teilweise gut finanzierte unabhängige Nichtregierungsorganisationen, Industrieverbände oder Gewerkschaften. Es sind von der Kampagne formell unabhängige Akteure, die aber in einer Beziehung zur politischen Kampagne und den ihr zugrunde liegenden politischen Forderungen stehen, entweder unterstützend oder oppositionell. Während einige dieser Organisationen schon seit Jahrzehnten die Interessen ihrer Klientel vertreten, wurden andere erst in den letzten Jahren aktiv und führen in Wahlkampfzeiten Marketing- und Social-Media-Kampagnen durch, um die öffentliche Meinung über Parteien, Themen und Kandidatinnen und Kandidaten zu beeinflussen. Das Internet und die sozialen Medien ermöglichen darüber hinaus eine Art von bürgerinitiiertem Wahlkampf (Gibson 2015). Außerdem ermöglichen es Plattformen wie Facebook, Instagram oder Twitter

3 Tagesschau.de (2023): KI-generierte Desinformation auf dem Vormarsch. Text aufrufbar unter: <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/ki-desinformation-fakes-101.html> (Zugriff am 25.08.2023).

4 The New York Times (2023): DeSantis Campaign Uses Apparently Fake Images to Attack Trump on Twitter. Text aufrufbar unter: <https://www.nytimes.com/2023/06/08/us/politics/desantis-deepfakes-trump-fauci.html> (Zugriff am 25.08.2023).

auch Parteianhängerinnen und -anhängern, die öffentliche Wahrnehmung und Sichtbarkeit von Botschaften offizieller politischer Kampagnenakteure zu beeinflussen (Bossetta 2018; Darius 2022). Zusätzlich dazu agieren Parteianhängerinnen und -anhänger und politische Akteure strategisch und versuchen mitunter, die Botschaften und Hashtags ihrer politischen Gegnerinnen und Gegner mit Hilfe sogenannter Hashjacking-Strategien für sich zu beanspruchen (Bode et al. 2015; Darius/Stephany 2019). Hashjacking ist eine Kommunikationsstrategie, die darauf abzielt, Hashtags anderer Parteien oder Kandidatinnen und Kandidaten zu kapern. Darüber hinaus können ausländische Akteure wie die russische Internet Research Agency (IRA) auch Bots und nicht authentische Konten einsetzen um als „normaler“ Bürger oder Bürgerin aufzutreten und ihre bevorzugten politischen Kandidatinnen und Kandidaten zu unterstützen oder politische Gegnerinnen und Gegner verbal anzugreifen. Diese Kampagnen werden Astroturfing-Kampagnen genannt, also Kampagnen die vorgeben einzelne Bürger zu sein, aber eigentlich durch Firmen, Gruppen oder ausländische Organisationen koordiniert sind (Keller et al. 2019). Zudem gibt es weitreichende wissenschaftliche Erkenntnisse, dass es in der Vergangenheit bereits verschiedene Eingriffe in Wahlen, insbesondere durch russische Akteure wie die IRA, durch Desinformationskampagnen mit Hilfe gezielter Werbung und koordinierter Posts auf Social-Media-Plattformen gegeben hat (Kim et al. 2018, Schoch et al. 2022).

Grundsätzlich können Desinformationskampagnen durch generative KI noch schlagfertiger werden und soziale Plattformen durch künstlich generierten Content sozusagen überfluten. KI-generierte Inhalte und Aktivitäten können auch dazu beitragen, eine Kampagne zum „Tanzen“ zu bringen und mehr Online-Sichtbarkeit zu erlangen, wenn auch auf zum Teil irreführende und nicht authentische Weise (Goldstein et al. 2023). Dies ist insbesondere im Hinblick auf die Fähigkeit von KI-generierten Inhalten bedenklich, Bürgerinnen und Bürger zu beeinflussen oder zu überzeugen, ihre politischen Positionen zu ändern (Bai et al. 2023). Die Wirksamkeit von Falschinformationen hängt aber hierbei stark von der Kontextualisierung der Informationen ab in der KI-Systeme jedoch immer besser werden.

Daher ist es von entscheidender Bedeutung, dass sektorübergreifende Task Forces bestehend aus verschiedenen Akteursgruppen politische Kampagnenumgebungen analysieren um frühzeitig koordiniertes unauthentisches Verhalten wie Desinformationskampagnen zu erkennen und schädigende generierte Inhalte zu entlarven, bevor sie ein breites Publikum auf Social-Media-Plattformen erreichen oder sogar von traditionellen Medien

aufgegriffen werden. Außerdem bleibt nur zu hoffen, dass Wählerinnen und Wähler diejenigen, die sich subversiver Methoden bedienen, an der Wahlurne bestrafen werden. Hierzu ist neben einem Monitoring digitaler Kampagnensphären auch Medienberichterstattung und Fact-Checking, sowie politische Medienbildung der Bevölkerung unabdingbar.

3.3 Akteure der Governance digitaler Kampagnenumgebungen und Wahlen

Online-Suchmaschinen und Social-Media-Plattformen bieten wichtige Umgebungen für Kampagnen, die eine umfassendere Analyse von Nutzerdaten ermöglichen als herkömmliche Medienkanäle. Sie werden daher in den kommenden Jahren mehr Ressourcen in die Aufdeckung von KI-generierten Inhalten und Fehlinformationen investieren müssen. Die Kernkompetenz von Plattformen wie Instagram oder X (vormals Twitter) ist die Empfehlung von Inhalten an Nutzerinnen und Nutzer und basiert auf algorithmischen Inhaltsmoderationssystemen (Gorwa et al. 2020). Generative KI wird die Genauigkeit der Inhaltsmoderation weiter verbessern, und wir gehen davon aus, dass auch die Erkennung schädlicher und irreführender Inhalte mit der steigenden Zahl generierter Inhalte und nicht authentischer Konten Schritt halten wird. Die Plattformbetreiber sollten flächendeckend über die zur Erkennung schädlicher generierter Inhalte verwendeten Methoden und Messgrößen berichten und sich mit Forschenden und politischen Entscheidungsträgern beraten, wie sie ihre Plattformen zu einem sicheren Umfeld für politische Kampagnen und konstruktive politische Debatten machen können. Denn letztendlich beeinflussen die Affordanzen der Plattformen wie Menschen miteinander in Kontakt treten und bestimmen die Mechanismen von Plattformen als wichtige Möglichkeitsräume politischer Partizipation (Theocharis et al. 2022).

Regulierungs- und Wahlbehörden wenden generative KI-Modelle möglicherweise nicht direkt an. Dennoch ist auch ihre Arbeit von technologischen Veränderungen wie generativer KI betroffen. So kann diese wie zuvor diskutiert zur Produktion von Falschmeldungen eingesetzt werden und Wahlkämpfe und Wahlkampfumgebungen empfindlich stören. Daher sollten Regulierungs- und Wahlbehörden Strukturen aufbauen, um sich auf technischer Ebene mit Wahlkampfteams, Plattformunternehmen und Entwicklern generativer KI zu koordinieren und mit ihnen kommunizieren. Außerdem wird der deutsche Koordinator für digitale Dienste (engl. Digital Service Coordinator, abgekürzt: DSC) die Bundesnetzagentur sein,

die auch für die Telekommunikation zuständig ist und über technische Expertise innerhalb ihrer Institution verfügt. Darüber hinaus ist es wichtig sehr große Online-Plattformen (VLOPs) und sehr große Online-Suchmaschinen (VLOSEs) zu verpflichten, gezielt über politische und wahltaktische Risiken ihrer Dienste zu berichten, und möglicherweise sogar ein kontinuierliches Wahlkampfmonitoring durch Plattformen unter Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure wie NGOs und auch staatlicher Institutionen wie dem Bundeswahlleiter einzuführen. Mit Blick auf die Zukunft, insbesondere wenn generative KI zu „tanzen“ beginnt, also autonomer wird, sich selbst verbessert und neu kodiert, müssen die zuständigen Behörden Systeme, die die digitale Öffentlichkeit schädigen verbieten, ihre Löschung verlangen oder durchführen, insbesondere in Wahlkampfzeiten.

4. Zusammenfassung und Fazit

Wir haben die leitende Forschungsfrage der Arbeiten Rüdiger Schmitt-Becks auf die neuen Herausforderungen in der Kampagnenkommunikation durch KI angewandt. Wir haben in diesem Kapitel dargelegt, dass die meisten Anwendungen der generativen KI zum Großteil effizientere und teilweise automatisierte Werkzeuge für alle Gruppen von Akteuren bereitstellen. Noch sind es keine autonom „tanzenden“ (= handelnden) Akteure. Nichtsdestotrotz werden diese Werkzeuge erhebliche Auswirkungen auf Wahlkampagnen haben, und ihre Nutzung durch politische Akteure kann die Integrität von Wahlen in Frage stellen. Daher ist die Vereinbarung eines Wahlkampfkodex von organisierten Kampagnen und eine enge Koordinierung von Regulierungsbehörden und Anbietern digitaler Plattformen unerlässlich, um das Potenzial irreführender Inhalte und Desinformation zu begrenzen, die von generativen KI-Anwendungen und -systemen erzeugt und verbreitet werden. Von zentraler Bedeutung sind außerdem Mechanismen der Regulierung und die Sicherung von Online-Plattformen als algorithmisch moderierten Räumen und kritischen Infrastrukturen deren Schutz für die Stärkung der Widerstandsfähigkeit von Demokratien und zur Gewährleistung fairer Wahlen unabdingbar ist.

Was die Regulierungsbehörden und die Wahlorgane betrifft, so raten wir zur Einrichtung von Task Forces zur Überwachung von online geführten Debatten und KI-generierten Inhalten während des Wahlkampfes bestehend aus NGOs, den großen sozialen Plattformen und empfehlen eine enge Zusammenarbeit mit den Koordinatoren für digitale Dienste (DSC), was in

Deutschland die Bundesnetzagentur ist. Für diese Institutionen ist es von zentraler Bedeutung, eine Task Force für die heiße Phase des Wahlkampfes einzurichten, um sich mit den Akteuren der Zivilgesellschaft abzustimmen und unauthentisches Verhalten und Desinformationskampagnen zu erkennen und die entsprechenden Accounts und Netzwerke von Plattformen zu entfernen. Daher sollten die besagten Task-Forces aus Sicherheitsbehörden, Medienvertretungen, NGOs und Plattformen gebildet werden um gemeinsam (öffentliche) Kommunikationsinfrastrukturen zu monitoren und bei Bedarf gegen Falschinformationen und gezielte Desinformationskampagnen vorzugehen.

Die Einrichtung dieser Sicherheitsmechanismen wird entscheidend sein, um Störungen digitaler Kampagnenumgebungen zu verhindern und die Integrität kommender Wahlen wie der Europawahl und der US-Präsidentenwahl im Jahr 2024 sowie der Bundestagswahl in Deutschland im Jahr 2025 zu schützen und langfristig eine weitere Erosion des Vertrauens in den zentralen demokratischen Legitimationsmechanismus Wahlen zu verhindern.

Literatur

- Bai, Hui, Voelkel, Jan G., Eichstaedt, Johannes C., Willer, Robb (2023): Artificial Intelligence Can Persuade Humans on Political Issues. OSF Preprints, <https://doi.org/10.31219/osf.io/stakv>.
- Baranowski, Paweł, Kruschinski, Simon, Russmann, Uta, Haßler, Jörg, Magin, Melanie, Márton, Bene, Ceron, Andrea, Jackson, Daniel, Lilleker, Darren (2022): Patterns of Negative Campaigning during the 2019 European Election: Political Parties' Facebook Posts and Users' Sharing Behaviour across Twelve Countries. *Journal of Information Technology & Politics*, Online-Vorveröffentlichung, 1–18. <https://doi.org/10.1080/19331681.2022.2115598>.
- Bode, Leticia, Hanna, Alexander, Yang, Junghwan, Shah, Dhavan V. (2015): Candidate Networks, Citizen Clusters, and Political Expression: Strategic Hashtag Use in the 2010 Midterms. *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science* 659(1), 149–65. <https://doi.org/10.1177/0002716214563923>.
- Bommasani, Rishi, et al. (2022): On the Opportunities and Risks of Foundation Models. arXiv:2108.07258v3 [cs.LG]. <https://doi.org/10.48550/arXiv.2108.07258>.
- Bossetta, Michael (2018): The Digital Architectures of Social Media: Comparing Political Campaigning on Facebook, Twitter, Instagram, and Snapchat in the 2016 US Election. *Journalism & Mass Communication Quarterly* 95(2), 471–96.
- Darius, Philipp (2022): Who Polarizes Twitter? Ideological Polarization, Partisan Groups and Strategic Networked Campaigning on Twitter during the 2017 and 2021 German Federal Elections 'Bundestagswahlen.'. *Social Network Analysis and Mining* 12(1), 151. <https://doi.org/10.1007/s13278-022-00958-w>.

- Darius, Philipp, Stephany, Fabian. (2019): 'Hashjacking' the Debate: Polarisation Strategies of Germany's Political Far-Right on Twitter. In: Weber, Ingmar, Darwish, Kareem M., Wagner, Claudia, Zagheni, Emilio Nelson, Laura, Aref, Samin, Flöck, Fabian (Hrsg.): *Social Informatics*. SocInfo 2019. Lecture Notes in Computer Science, 11864, Cham: Springer VS. 298–308. https://doi.org/10.1007/978-3-030-34971-4_21.
- Darius, Philipp, Urquhart, Michael. (2021): Disinformed Social Movements: A Large-Scale Mapping of Conspiracy Narratives as Online Harms during the COVID-19 Pandemic. *Online Social Networks and Media* 26, 100174. <https://doi.org/10.1016/j.onem.2021.100174>.
- Farrell, David M., Schmitt-Beck, Rüdiger (2002): Do Political Campaigns Matter?. In: Farrell, David M., Schmitt-Beck, Rüdiger (Hrsg.): *Do Political Campaigns Matter? Campaign Effects in Elections and Referendums*. London: Routledge. 215.
- Gibson, Rachel K. (2015): Party Change, Social Media and the Rise of 'Citizen-Initiated' Campaigning. *Party Politics* 21(2), 183–97. <https://doi.org/10.1177/1354068812472575>.
- Gibson, Rachel K. (2020): When the nerds go marching in. Oxford: Oxford University Press.
- Goldstein, Josh A., et al. (2023): Generative Language Models and Automated Influence Operations: Emerging Threats and Potential Mitigations. arXiv:2301.04246v1 [cs.CY]. <https://doi.org/10.48550/arXiv.2301.04246>.
- Gorwa, Robert, Binns, Reuben, Katzenbach, Christian (2020): Algorithmic Content Moderation: Technical and Political Challenges in the Automation of Platform Governance. *Big Data & Society* 7(1). <https://doi.org/10.1177/2053951719897945>.
- Haller, André, Kruschinski, Simon, Günther, Jay, Michelberger, Sven, Uhlich, Maik, Thoß, Lena (2023): Willst du uns im Wahlkampf unterstützen? Bitte bestätige deine E-Mail-Adresse. Fuchs, Martin, Motzkau, Martin (Hrsg.): *Digitale Wahlkämpfe: Politische Kommunikation im Bundestagswahlkampf 2021*, Wiesbaden: Springer VS, 101–20. https://doi.org/10.1007/978-3-658-39008-2_7.
- Keller, Franziska B., Schoch, David, Stier, Sebastian, Yang, Jung Hwan (2019): Political Astroturfing on Twitter: How to Coordinate a Disinformation Campaign. *Political Communication* 37(2), 256–80. <https://doi.org/10.1080/10584609.2019.1661888>.
- Kim, Young Mie, Hsu, Jordan, Neiman, David, Kou Colin, Bankston, Levi, Kim, Soo Yun, Heinrich, Richard, Baragwanath, Robyn, Raskutti, Garvesh. (2018): The Stealth Media? Groups and Targets behind Divisive Issue Campaigns on Facebook. *Political Communication* 35(4), 515–41. <https://doi.org/10.1080/10584609.2018.1476425>.
- Klinger, Ulrike, Koc-Michalska, Karolina, Russmann, Uta (2022): Are Campaigns Getting Uglier, and Who Is to Blame? Negativity, Dramatization and Populism on Facebook in the 2014 and 2019 EP Election Campaigns." *Political Communication* 40(3), 263–282. <https://doi.org/10.1080/10584609.2022.2133198>.
- Korte, Karl-Rudolf (2023): Die neue Unübersichtlichkeit in der Mitte. In: Korte, Karl-Rudolf, Schiffers, Maximilian, von Schuckmann, Arno, Plümer, Sandra (Hrsg.): *Die Bundestagswahl 2021: Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung*, Wiesbaden: Springer VS, 1–18. https://doi.org/10.1007/978-3-658-35758-0_2-1.

- Maier, Jürgen, Nai, Alessandro (2021): Mapping the Drivers of Negative Campaigning: Insights from a Candidate Survey. *International Political Science Review* 44(2), 195–211. <https://doi.org/10.1177/0192512121994512>.
- Römmele, Andrea, Gibson, Rachel (2020): Scientific and Subversive: The Two Faces of the Fourth Era of Political Campaigning. *New Media & Society* 22(4), 595–610. <https://doi.org/10.1177/1461444819893979>.
- Schmitt-Beck, Rüdiger (2000): Politische Kommunikation und Wählerverhalten. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Schmitt-Beck, Rüdiger (Hrsg.) (2012): Wählen in Deutschland: *Sonderheft der Politischen Vierteljahresschrift* 45/2011. Baden-Baden: Nomos.
- Schmitt-Beck, Rüdiger, Wolsing, Ansgar (2010): Der Wähler begegnet den Parteien. Direkte Kontakte mit der Kampagnenkommunikation der Parteien und ihr Einfluss auf das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2009. In: Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): *Die Bundestagswahl 2009*. Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-531-92494-6_3.
- Schmitt-Beck, Rüdiger, Roßteutscher, Sigrid, Schoen, Harald, Weißels, Bernhard, Wolf, Christof (Hrsg.) (2022): The Changing German Voter. Oxford: Oxford University Press.
- Schoch, David, Keller, Franziska B., Stier, Sebastian, Yang, Jung Hwan (2022): Coordination Patterns Reveal Online Political Astroturfing across the World. *Scientific Reports* 12(1), 4572. <https://doi.org/10.1038/s41598-022-08404-9>.
- Theocharis, Yannis, Boulianne, Shelley, Koc-Michalska, Karolina, Bimber, Bruce (2022): Platform Affordances and Political Participation: How Social Media Reshape Political Engagement. *West European Politics* 46(4), 1–24. <https://doi.org/10.1080/01402382.2022.2087410>.
- Wei, Jason, Tay, et al. (2022): Emergent Abilities of Large Language Models. arXiv:2206.07682v2 [cs.CL]. <https://doi.org/10.48550/arXiv.2206.07682>.
- Weißels, Bernhard, Rattinger, Hans, Roßteutscher, Sigrid, Schmitt-Beck, Rüdiger (Hrsg.) (2014): Voters on the Move or on the Run?. Oxford: Oxford University Press.

Assessing the Electoral Payoffs of Partisan Mobilization in Adverse Contexts: A Field Experimental Study of the 2011 Spanish Local Elections*

Laura Morales, Luis Ramiro, María Jiménez-Buedo

1. Introduction

Political parties spend considerable time and effort mobilizing voters during electoral campaigns. The effectiveness of electoral campaigns has long been a focus of research in political science, and one of the key areas of research of Rüdiger Schmitt-Beck (e.g., Farrell/Schmitt-Beck 2002; Schmitt-Beck 2007). After a period of increased professionalization of electoral campaigning and heavy reliance on mass media to reach voters, Obama's 2008 presidential campaign demonstrated that modern electoral campaigning can successfully combine highly personalized and targeted strategies based on grassroots mobilization and 'modern' impersonal and capital-intensive methods. In its footsteps, the French Socialist Party launched an unprecedented door-to-door canvassing campaign for François Hollande's 2012 presidential bid. The renewed enthusiasm since the late 2000s for grassroots electoral campaigning was partly drawing on a considerable body of scholarship that, using randomized field experiments, showed that face-to-face "get out the vote" (GOTV) strategies (especially, *door-to-door canvassing*)¹ affect voter turnout and party choices (cf. Bochel/Denver 1970; Bennion 2005; Cardy 2005; Green/Gerber 2008; John/Brannan 2008; Panagopoulos 2009b; Green et al. 2013).

* We thank the Ideas Foundation and María González of the PSOE Executive Committee for the financial and organizational support, respectively, they granted to this research. We are especially grateful to the local party organization of the PSRM in the city of Murcia, particularly the mayoral candidate Pedro López and local councillor Andrea Garries; their enthusiastic support to our proposal and their effort in following the experimental guidelines were essential to the success of this study.

1 While door-to-door (D2D) canvassing is the most commonly studied, other forms of face-to-face (F2F) campaigning, such as distributing leaflets on the street or in markets are equally employed to mobilize voters.

The vast majority of the existing scholarship has traditionally focused on the United States and the United Kingdom (e.g., Gerber/Green 1999, 2000; Nickerson 2005; McNulty 2005; Gerber/Green 2005; Levine/Lopez 2005; Nickerson et al. 2006; John/Brannan 2006, 2008; Fieldhouse et al. 2013; Foos/John 2018; Townsley 2018; Foos et al. 2021). These are the established democracies where targeted personalized party canvassing constituted a 'traditional' form of mobilizing the electorate in what is regarded by some as the 'golden age' of personalized and local grassroots campaigning (Beck/Heidemann 2010). As early as the 1950s, the academic consensus was that this style of electoral canvassing common in the US, Britain, and other English-speaking democracies was far less frequent in most other established democracies (Eldersveld 1956). Research suggests that this has continued to be the case, as door-to-door (D2D) canvassing is less common in countries like Sweden or the Netherlands than in places such as the US, Britain, Canada or New Zealand (Karp et al. 2008). Despite the less frequent use by political parties of D2D canvassing in continental Europe, it is by no means a completely alien form of electoral mobilization and, hence, in recent years, field experimental research on the electoral returns of personalized D2D partisan campaigning in continental European countries has gradually developed to assess its impact in a larger range of countries, including France (Pons 2018), Italy (Kendall et al. 2015; Cantoni/Pons 2021), Denmark (Bhatti et al. 2019) and Sweden (Nyman 2017).

In Spain, previous studies have shown that D2D campaigning is uncommon (Morales 2010; Ramiro/Morales 2004), occasionally employed unevenly in small towns and villages primarily for local elections. Bhatti et al. (2019) show initial evidence that in continental Europe, the effect of partisan canvassing seems considerably smaller than in the United States and the United Kingdom. Personalized campaign mobilization methods and strategies may be less effective in political contexts with different electoral campaigning traditions, possibly because citizens are less receptive to means of electoral mobilization that they are not used to, but also possibly because political parties are not well versed in how to effectively run such efforts.

This study adds to the scholarship on personalized and direct partisan electoral campaigning with data from a field experiment of partisan campaign mobilization by the Socialist Party (PSOE) in a local election in Spain. As compared to US elections, Spanish elections focus more on the political parties – rather than individual candidates – and are more centralized in terms of how they are designed and conducted. However, the

Spanish institutional context is one where the personalization of campaigns around party leaders or heads of lists has long been evident (Van Biezen/Hopkin 2005; Rico 2009). Electoral districts are multimember constituencies, and blocked party lists add to the centralized and party-controlled nature of campaigns. Moreover, proportional representation in large districts, such as those in Spain's largest cities, entails that even small electoral gains or losses in local elections can have consequences on the number of local councillors obtained by each party. Given that local elections in large cities in Spain are both highly politically salient and partisan, the field experiment was designed in a setting of high politicization where partisan campaigning stands a good chance of effectiveness.

In this setting of proportional list-based representation, the field experiment was conducted in the Spanish city of Murcia in the context of the Socialist Party (PSOE) campaign for the local elections of May 2011. Murcia is a stronghold of the center-right Partido Popular (PP, People's Party), but four political parties were represented in the local council at the time: PP, PSOE, IU (left-wing Izquierda Unida) and UPyD (centrist Unión, Progreso y Democracia). We assess the mobilization power of four campaign mobilization instruments that vary in the degree to which they entail personal contact, in how intrusive they are, and in their frequency of use in Spanish electoral campaigns: (a) mailbox leaflet delivery of policy proposals; (b) mailbox leaflet delivery of clinic appointments with the head of the list or, as advertised during the campaign, "coffee with the candidate"; (c) face-to-face leaflet distribution on the street; and (d) D2D canvassing.

Given that in Spain personalized methods of campaigning that are intensive in grassroots party mobilization – especially D2D canvassing – are relatively uncommon and that there is a very widespread lack of interest in politics and confidence in politicians (more prevalent than in other comparable democracies), should we expect personalized methods to be as effective as in the US and Britain? As we argue in the next section, there are reasons to believe that the political setting might be a powerful moderator of the effectiveness of various mobilization techniques, and our study constitutes a first attempt at assessing the generalizability of theoretical propositions about campaigning success developed in English-speaking democracies.

Our field experiment in a continental European setting makes several contributions to the existing scholarship. First, it is one of the still very few studies embedded in a real political party campaign, and as such it maximizes the relevance of our design because we randomized several

components of the party strategy. With all the limitations that the partisan nature of the experiment brings, the results can inform about the real-world consequences of the real-world decisions and actions that parties take.

Second, our design allows comparing the effects of a range of campaigning methods – both impersonal and personalized – simultaneously in the same location, thus controlling for the campaign setting. Contrary to the expectations in the literature, we find a small effect of personalized techniques and greater effectiveness of impersonalized ones. Finally, we assess the effect of these partisan mobilization techniques on both voter turnout and party vote share, thus focusing on both the mobilization/activation and persuasion effects of electoral campaigns. Our results are also at odds with many studies in the United States, as we find no effects on turnout and some (modest) effects on vote share, similar to field experiments that have since been conducted elsewhere in Europe (see Bhatti et al. 2019).

The article is structured as follows. The next section reviews the literature studying how electoral campaigning has evolved to become more professionalized and with fewer face-to-face interactions; and how and when are campaigns effective in mobilizing voters to turn out and vote for the mobilizing parties. We outline the main hypotheses that are extracted from the existing scholarship and we discuss why and how our expectations might differ for other political settings, such as the Spanish one. Section three presents the context in which the experiment took place and its research design. The fourth section presents the results of the experiment. In the last section, we discuss the findings and their implications for future research.

2. The effectiveness of campaigning methods from a comparative perspective

2.1 The increasing professionalization of campaigning

There is widespread consensus that electoral campaigning has been changing in established democracies considerably over the past 40 years, particularly since the 1990s (Kavanagh 1995; Farrell 1996; Holbrook 1996; Farrell/ Webb 2000). There are many factors associated with this process (see Mair et al. 2004), but the key ones are the social and political changes (such as voter dealignment) that have led many parties to transform themselves from cadre or mass parties to catch-all parties, as well as the expansion of television and other mass media.

In parallel, political parties have been losing members (Mair/van Biezen 2001; Van Biezen et al. 2012), to the extent that many of them are becoming 'parties without members' (Scarrow 2000). These social changes, alongside strategic decisions by political parties, have gradually resulted in an increasing professionalization of electoral campaigning, which has tended to move away from personalized and face-to-face strategies of political mobilization towards impersonal methods (especially through mass media and television ads) and generic electoral material and publications (leaflets, billboards, etc.). Yet, this is not incompatible with an increasingly targeted communication strategy that segments the electorate by age, region, ethnicity, etc., facilitated by the greater professionalization of campaigning and by technological innovations.

Thus, whereas in the 'pre-modern' era campaigns were mostly based on face-to-face (F2F) interaction and local parties, since the 1980s electoral campaigns have been transformed to become mass-media-centered events that are professionally run and managed (Norris 2000: ch. 7), and increasingly centralized and marketing-oriented (Farrell 2006). Some scholars identify these trends as reflecting a process of 'Americanization' of electoral campaigning that has extended to other countries, particularly Western Europe (Swanson/Mancini 1996). Nevertheless, changes in campaigning are also described as 'cherry-picking', where the selective adoption of certain techniques and forms of organizing electoral campaigns define the parties' strategies (Farrell 2002). Indeed, Dalton et al. (2002) have shown that trends in voters' involvement in campaign activities – such as attending political meetings, working for parties or candidates, or canvassing – are similarly decreasing in the US and several European democracies.

Regarding the efficacy of campaigns, there is an abundant body of work suggesting that – contrary to prior beliefs – electoral campaigns affect voter turnout and choice. As Holbrook (1996) and Schmitt-Beck and Farrell (2002) summarize, the more widespread and traditional position around electoral campaigns in political science is that their effects are limited. From Gosnell's (1927) work through Lazarsfeld and his colleagues' seminal research (Berelson et al. 1954; Lazarsfeld et al. 1944), to more recent accounts of campaign effects (Schmitt-Beck 2007), the most frequent conclusion is that campaigns serve to activate voters, but not so much to persuade them into how to vote. But how and when are they effective in achieving these goals, especially the activation goal?

2.2 The effectiveness of electoral campaigns

The effectiveness of electoral campaigns has been studied from three different perspectives. One strand of research has focused on examining the extent to which local mobilization efforts and organizational strength affect electoral results and success. Some initial studies suggested that local mobilizing efforts affected turnout but not vote choice (Krassa 1988). Other case studies of local campaigns (Denver/Hands 1997; Seyd/Whiteley 1992) have shown that they are effective in boosting turnout and in improving the results of the concerned parties. Górecki and Marsh (2012) confirm the effect of campaign contact for the Irish case, even when taking into account the (endogenous) effect of geographical proximity between candidates and voters. An extension of these local case studies uses campaign expenditure as a proxy for local campaigning efforts. Pattie, Johnston and their colleagues (Johnston/Pattie 2003, 1997; Pattie et al. 1994; Pattie et al. 1995; Fieldhouse/Cutts 2008) demonstrate that these efforts affect election results, though the effects are greater for challengers than for incumbents (see Carty/Eagles 1999).

A second line of research employs survey evidence and is much larger in scope. Research in this area developed rapidly from Wolfinger's (1963) initial study of the effects of party activism on a local referendum in New Haven, which combined a local study with survey data and showed how local party machines were effective in mobilizing voters in one direction or the other. Similarly, Kramer's (1970) pioneering research used national US survey data to show how doorstep efforts were effective in mobilizing turnout but not in influencing voters' choices. Huckfeldt and Sprague (1995) disputed this conclusion and argued that canvassing and other forms of direct communication with the voter can be successful in persuading those voters who were anyway likely to turn out to change their vote choice. Since the 2000s, a more sophisticated approach to the subject combines individual-level survey data with information on campaign efforts. For example, McClurg and Holbrook (2009) show not just how campaign activity has an effect on vote choice, but how its effect is related to the way campaigning shapes the impact of core variables that determine voting behavior (ideology, race, presidential approval, evaluations of the economy, etc.).

Finally, a third set of scholarship assesses the effect of various campaigning techniques and strategies with experimental methods. Pioneering experimental studies were conducted by Gosnell (1927) and Eldersveld

(1956), while Bochel and Denver's (1970) work was the first of its kind in the United Kingdom and Europe (for a summary see Michelson/Nickerson 2011). In numerous field experiments, Gerber, Green and colleagues (Gerber/Green 2000; Green et al. 2003; Green/Gerber 2008) demonstrate that mobilization methods that use personal and F2F interaction have substantial effects on voter turnout – sometimes up to 10 percent points increase – and that they are far more effective than impersonal methods, such as telephone calls and direct mail (see also McNulty 2005; but see Dale/Strauss 2009 on the effect of mobile phone text reminders). These experiments have been replicated in the United Kingdom with similar findings (John/Brannan 2006, 2008; Fieldhouse et al. 2013).

In contrast to the abundance of field experiments with non-partisan messages, the number of field experiments conducted in the context of partisan campaigns is rather limited, even in the United States. Although neither Nickerson et al. (2006) nor Panagopoulos (2009a) empirically find substantial differences in the effects of partisan and non-partisan mobilization efforts, there are several reasons why the effects of non-partisan and partisan GOTV campaigns might differ. Non-partisan messages might be more effective because they focus on civic duty and capitalize on the altruism of the appeal. Partisan messages could, instead, be more effective because they are more targeted and they provide more information. Partisan campaigns try to persuade voters to support a candidate or party and, in so doing, provide information about their policy goals and positions, thus possibly contributing to increasing the utility differential (Downs 1957) between the competing candidates or parties.

Most of the few partisan GOTV field experiments that have been conducted in the United States tend to show that partisan grassroots campaigning serves to mobilize turnout but not to change opinions or vote direction (Nickerson 2005; Alvarez et al. 2010; but see Cardy 2005). Yet, Arceneaux (2007) suggests that partisan messages can change beliefs about candidates, and Arceneaux and Kolodny (2009) show that mobilization affects issue preference and issue salience. Further, Barton et al. (2013) show that canvassing by a candidate had a large persuasive effect of increasing the support for the candidate irrespective of the message. Nevertheless, it is unclear whether impersonal methods – such as partisan direct mailing or door hangers – or those with limited interaction – such as phone calls from commercial phone banks – have this turnout-boosting effect too, as some studies have found no significant effect (Gerber et al. 2003; Cardy 2005; McNulty 2005; Panagopoulos 2009a; Barton et al. 2013), while others

report significant positive effects for door hangers and telephone calls (Nickerson et al. 2006; Kling/Stratmann 2022). Some of these studies also suggest that the effectiveness of the campaign contacts will vary depending on the target electorate, with increases in turnout being more noticeable for less habitual voters with an ideological leaning congruent with the partisan message, and with persuasion effects being more likely among undecided voters.

The scholarly literature reviewed here – covering both experimental and observational studies – provides a rather nuanced picture of the effectiveness of partisan electoral campaigns and of the different methods of mobilizing and persuading voters. Campaigns generally matter, though their effects are much clearer in relation to mobilizing the vote and much less so in persuading voters to change the direction of their vote. The body of experimental studies also suggests that campaign techniques that involve greater direct contact and interaction with the voters tend to be more effective.

An open set of theoretical and empirical questions is whether these conclusions about the effectiveness of different personal and impersonal campaign techniques extend to settings with party systems and campaigning traditions that are markedly different from those where they were originally formulated. These questions are not just of theoretical interest; they are particularly relevant for political parties that might benefit from attempting canvassing or other more personal contact methods. In Spain, parties hardly make use of canvassing methods even though the evidence seems to point in the direction of their greater efficacy. Several factors could explain why Spanish parties choose impersonal over F2F methods in their campaigns. Both their relative organizational weakness (party membership is low and they heavily rely on state subsidies) and the fact that the legislation regulating campaign spending allows for the reimbursement of certain mass mailings and reserved television time, provide incentives for much campaigning material to be deployed via impersonal media and the mass media (Pasquino 2001; van Biezen 2000).

The question arises, though, as to whether the same factors that explain why parties in some contexts find it costly to engage in personal campaign methods may also cause those methods to be less efficacious. Strong anti-party sentiments have been linked in Spain (and other South European countries) to a stable, non-reactive manifestation of political disaffection that is behaviorally associated with stable low levels of both conventional (especially party membership and other party-related activity) and uncon-

ventional forms of participation, and with disinterest in politics (Torcal et al. 2002), that coexists with relatively high levels of electoral turnout – on average around 75 percent for national legislative elections.

Thus, it is possible that political parties may be correctly anticipating that F2F campaigning methods are perhaps not effective (or even counterproductive) because voters who are disaffected with traditional ‘party politics’ might either be unaltered by their efforts or even repelled by them (see Bailey et al. 2016 for such a backlash effect). One plausible scenario is that voters, when approached personally to be mobilized and persuaded to vote for a given party, will simply react with skepticism and filter any partisan message through their general mistrust of political parties. This would result in no or very few additional voters being mobilized or persuaded to vote for the mobilizing party. Another more drastic but still plausible, scenario is that voters who are already feeling hostile to political parties will react negatively to a canvasser knocking on their door, partly because they are not used to receiving these visits either during electoral campaigns or between elections. Rather than thinking that the party is interested in them as a voter, alienated citizens can interpret canvassing as a confirmation of their sentiments about parties: ‘They are only interested in our votes’. This second scenario could lead to F2F methods being counterproductive in terms of mobilizing or persuading voters and could possibly fuel abstention.

There are, thus, reasons to think that the effect of canvassing and other F2F methods might be moderated by the political context. However, to date, there is still no empirical assessment of the effect of F2F campaign methods relative to impersonal campaigning in the context of a partisan campaign in continental Europe.

To this aim, we designed and implemented a field experiment during the Socialist Party campaign in the local elections held in Murcia in May 2011. We use the experiment to assess the following set of hypotheses, which are based on the main findings of the literature.

- H1: All mobilization strategies will be more effective in boosting *turnout* than in increasing the *vote share* for the Socialists.
- H2: F2F campaigning (canvassing and street leaflet distribution) will be effective both in mobilizing voter *turnout* (H2a), and in increasing the Socialist *vote share* (H2b).

- H3: F2F campaigning will be *more* effective in mobilizing voter *turnout* (H3a) and in increasing the Socialist *vote share* (H3b) *than* impersonal campaign techniques (mailings).
- H4: F2F campaigning will be *more* effective where previous *turnout* levels were *lower* (H4a) and where the *Socialist vote* was previously *higher* (H4b) [ceiling and predisposition interaction hypotheses].

Although these hypotheses are motivated by previous findings in the literature on voting field experiments in the United States and Britain, they may not be confirmed in other political settings. Our study in the Spanish context provides an initial test of the generalizability of these propositions in a considerably different partisan and campaigning situation and makes several contributions to the existing scholarship. First, our design and hypotheses allow us to examine and compare the effect of four different *types* of campaigning tools in the same electoral context, two of which involve F2F interaction while the other two constitute impersonal variants of campaign mailing. Second, our study is one of the few to assess the relative impact of different campaign strategies on both turnout and vote choice. Thus, we assess whether personal and impersonal campaigning methods have different persuasion effects (if any). Finally, our study was (to our knowledge) the first one to assess with field experiments the effectiveness of various campaigning tools embedded in a real-life partisan campaign in Europe.

3. Design of the field experiment and data

3.1 Key aspects of the organization of elections in Spain

Local elections take place in Spain every four years in May in the approximately 8,000 municipalities in the country and they are perceived – and arguably are – by both political parties and the media as highly consequential for national-level politics because they are conducted at once in the whole country. As they also are conducted simultaneously with the regional elections in the majority of Spanish regions, they are seen as a ‘thermometer’ of the national electoral mood and can drive party strategy

for national elections.² The May 2011 local elections preceded by a few months the national general elections of November 2011 and, therefore, had the capacity to shape party strategy in the latter. Additionally, voters also perceive them as relevant and electoral participation has remained high in the 2010s and 2020s oscillating between 63 and 67 percent.

In Spanish local elections, the constituency is the whole municipality, which is a single district, and the proportional D'Hondt formula is applied with a minimum threshold of five percent to obtain a local councillor. The local council assemblies are fully renewed through these elections every four years and mayors are elected by a majority (or a plurality) of the local councillors elected by voters. Local assembly sizes vary as a function of the population size of the municipality and can be as small as three councillors and as large as around 60.³

For electoral administration purposes, voters and the territory are organized in electoral wards or *census sections* (*secciones censales*), which overlap with the smallest unit of statistical aggregation (in both the population census and the local register or *Padrón*). The electoral law establishes that census sections will have a minimum of 500 registered electors and a maximum of 2,000. Whenever a section goes beyond 2,000 electors it is partitioned into a new one.

In Spain, as a general rule, voters are automatically included in the electoral register when they register as residents in the municipality. Because registration in the municipality is required to access public health services and other public services (schools, all sorts of certifications, etc.) all adult nationals are included in the electoral register.⁴ Moreover, up-to-date information exists regarding the socio-demographic characteristics of the

2 As an illustration of how consequential they can be, the local elections of May 2023 triggered the call for early national general elections by prime minister Pedro Sánchez for July 2023.

3 The law regulating elections in Spain establishes that municipalities of more than 100,000 inhabitants add one councillor per each additional 100,000 inhabitants (or its fraction) to the set number of 25 allocated for municipalities of between 50,001 and 100,000 inhabitants. Madrid is the most populous municipality in the country and has a local assembly formed by 57 councillors.

4 However, they might not be registered in the place where they effectively live if they have not updated their registration to the new locality. Though homeless individuals may not be registered, this is by no means an automatic consequence of homelessness if they were registered in a municipality prior to becoming homeless, as registration does not expire and no continuous proof of residence is required.

residents in all municipalities in Spain, collected also at the census section level.

One important limitation of the Spanish electoral register and the electoral law (and its interpretation) is that researchers cannot access the information relating to whether the individual turned out to vote, as this information is protected by Spanish law as part of the ‘confidentiality of the vote’ constitutional protection. This means that the common strategy employed in the United States and the United Kingdom of designing field experiments by targeting a large number of individuals in one or several electoral wards and then determining who turned out through the electoral roll is not feasible in Spain and would require conducting expensive post-treatment surveys.

3.2 Research design and data collection

Given these limitations, to obtain the agreement of a political party to embed an experiment in their electoral campaign (in our case, the Socialist Party, PSOE), we had no other choice but to implement a relatively low-cost field experiment – hence ruling out the possibility of running a pre- and post-electoral survey. As it is not possible to learn about voters’ individual turnout behavior through the electoral register, we decided to randomize census sections, which are the units of treatment, as well as of data collection and analysis.⁵

We conducted the experiments in the Spanish city of Murcia in the run-up period for the local elections of May 22, 2011. Murcia is a large metropolitan city and was the 7th largest in Spain with a population of 441,345 at that time. The local assembly elected in 2011 had 29 councillors. For the design of the experiments, we used the information available from the local population register as of January 1, 2010. At that time, Murcia was partitioned into 346 sections, with an average population size of 1,276 inhabitants each. The location was chosen for opportunity reasons.

Murcia is a city where the Socialists obtained roughly 30 percent of the vote and nine councillors in the previous 2007 local elections (with a turnout rate of 66.5 percent) and where the party has historically per-

5 Arceneaux (2005) compares the results of an experiment when using individual-level and precinct-level information and shows that, when covariates are included, results are relatively similar.

formed poorly for some time compared to the Socialist national average. The main opponent of the Socialists is the center-right *Partido Popular* (PP), which has consistently won the local elections in the municipality of Murcia with a full majority or a plurality in the city since 1995 and obtained 61 percent of the vote in 2007. Yet, the PSOE also competes with the radical-left party, at the time *Izquierda Unida* (IU) – with nearly six percent of the vote in 2007 – and, to a much smaller degree, with the small centrist party *Unión, Progreso y Democracia* (UPyD) that was a newcomer in the 2011 elections.

Similarly to Nickerson et al. (2006), the choice of areas where the field experiment was to take place was determined by partisan mobilization priorities. We preselected the 138 census sections where the PSOE had obtained 30 percent or more of the vote in the previous 2007 local elections (identified as ‘priority’ sections), which accounted for more than 52 percent of the vote that the PSOE had obtained in 2007. Of these, 112 census sections were eventually included in the experiments, and they were assigned as follows: 28 to the mailbox delivery of policy leaflets instrument, 32 to the mailbox delivery of ‘coffee with the candidate’ leaflets, 26 to the street leaflet delivery instrument, and 26 to the D2D canvassing instrument.⁶ Half of each of these groups were randomly assigned to experimental and control groups (Table 1). None of the sections in the control groups received any treatment, and the experimental groups received exclusively one and only one of the four treatments. One key reason for fragmenting the pool of 112 sections into four parallel non-overlapping experiments was the need to provide the party with information about the effectiveness of the real campaigning options they faced. The party considered putting ‘all the eggs in one basket’ and focusing on just one or two treatments as potentially too risky, hence the ‘real-world’ campaigning constraints forced designing a field experiment that was more fragmented than would be ideal.

6 For a comparable small-N field experiment on voter turnout see Addonizio et al. (2007).

Table 1: Distribution of census sections by type of treatment (effectively implemented)

Type of treatment	Treatment	Control
Mailbox policy leaflets	14	14
Mailbox “coffee” leaflets	16	16
Street delivery	13	13
D2D	13	13
Non-experimental		274

Before assigning sections to experimental and control groups, as recommended by Imai et al. (2009), we performed block pair matching prior to randomization, to improve the efficiency of our causal effect estimations. We used the 2007 PSOE vote share in the section as the block variable, distinguishing between low (less than or equal to the median value) and high (above the median value) Socialist vote share sections, with a cutoff point of 35 percent.

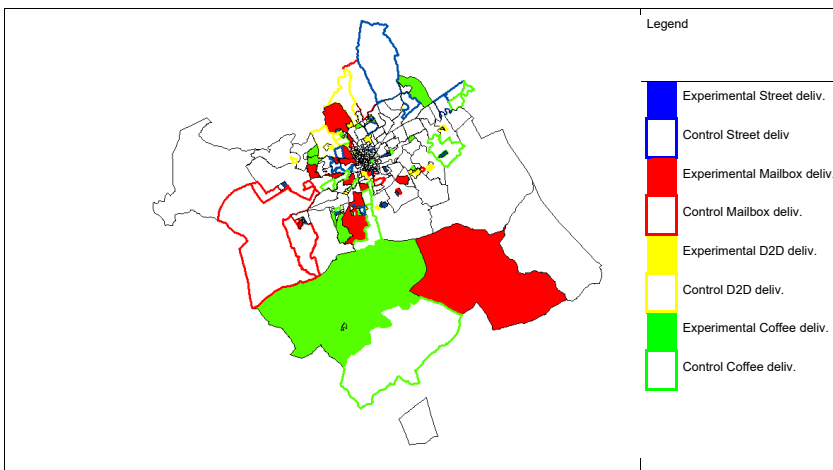
Table 2: Covariate balance between treatment and control groups

		Control	Treat.	P-value
Total population	Mean	1424.8	1414.9	0.91
	Std. Deviation	463.4	424.2	
	Std. Error	61.9	56.7	
Percentage of immigrants	Mean	13.1	13.8	0.72
	Std. Deviation	8.7	9.1	
	Std. Error	1.2	1.2	
Percentage under 30 years old	Mean	19.9	19.9	0.86
	Std. Deviation	2.4	2.2	
	Std. Error	0.3	0.3	
Percentage turnout in 2007 local elections	Mean	66.7	66.8	0.96
	Std. Deviation	7.2	6.1	
	Std. Error	1.0	0.8	
Percentage PSOE vote in 2007 local elections	Mean	35.8	35.8	0.98
	Std. Deviation	6.6	6.6	
	Std. Error	0.9	0.9	

The pair-matching within each of these two blocks was performed with blockTools in R (Moore 2010) by minimizing the Mahalanobis multivariate distance for the following variables: total population, percentage of immigrants, percentage of residents under 30 years of age, percentage turnout in 2007, and percentage of vote to the PSOE in 2007. After pairing the sections, each unit within pairs was randomized into experimental and

control groups. Table 2 displays the covariate balance between experimental and control sections for the variables employed in the pair matching, where none of the differences in means is significant. This reassures us that the effects, or lack thereof, of our treatments are not due to differences in the social and political composition of treatment and control sections, though – in any case – we include all these covariates in our models to control for any small differences that might exist.

Figure 1: The selection of the sections in the territory by experimental instrument



Source: Cartographic information provided by the Spanish National Statistics Institute, as of 1st January 2010. Maps created with ArcMap 10.

Once the sections were paired and randomized, each pair was assigned to one of the groups of campaigning instruments. As in Nickerson et al. (2006), this allocation was not randomized and followed practical constraints. We sought to minimize the ‘contamination’ produced by the street leaflet delivery by selecting into this group those pairs that would allow maximization of the geographical distance between the experimental and control sections – to its pair-matched section but also to other control sections for this campaigning method. We also sought to facilitate successful campaigning in experimental sections by assigning the pairs with more territorially dispersed and difficult-to-cover sections to the mailbox delivery group. Figure 1 shows the location of the selected census sections on a map.

The campaigning activities that required F2F interaction were conducted with party members and volunteers. Street delivery of leaflets took place in up to four rounds – though most census sections were exposed to three rounds of street leafleting – between March 25 and May 13; whereas D2D canvassing was done once in each section between May 9 and May 17.

For mailbox deliveries, the party organization subcontracted two professional companies, one for the mailing of the policy leaflets and the other for the mailing of the ‘coffee with the candidate’ announcements. Both the mailing of the policy leaflets and the ‘coffee with the candidate’ mailing were done twice, and the team of researchers supervised the delivery of a majority of sections.

The leaflets distributed were designed by the local party campaign and emphasized policy proposals or presented the head of the list (the candidate running for mayor). The policy leaflets were printed on both pages of paper longer than an A4 (a 17.5 by 8.3 inches format) and folded into six sides, all similar in style and design to the one included in the Appendix. Each leaflet covered one of six policy areas: quality of life, the economy, environmental policy, urban mobility and transportation, urban planning, and participation. The ‘coffee with the candidate’ leaflet was a two-page single leaflet with information on the date, time and location where the candidate would hold the meetings with citizens on one side, and with a letter on the other side (see a sample in the Appendix).

The four campaigning instruments included mobilization mechanisms that the Socialists would typically employ in every election (street delivery and mailbox policy leaflet delivery), one that is used only very sporadically and in a very limited number of areas (D2D canvassing), and one never used before (mailbox delivery of the ‘coffee with the candidate leaflet’). As this was the first time that the local party engaged in such a territorially targeted multi-instrument campaign, one of the researchers was allowed to be ‘embedded’ into the core campaign design team and helped to shape the strategy for these campaigning instruments. The research team also provided the training documents for canvassers and party volunteers and participated in the briefing sessions with these. This close cooperation with the local party organization permitted closer monitoring of the adequate implementation of the various treatments in the targeted census sections and facilitated ensuring that no ‘compensatory’ actions were undertaken in the control sections.

As in most field experiments dealing with the real membership of a real organization, unexpected deviations from the original plans happened.

The first mailing of the 'coffee with the candidate' leaflet failed to be distributed in two of the 16 treatment census sections due to a coordination problem. Similarly, the first round of mailbox deliveries of policy leaflets only reached 10 of the 14 treatment sections. Although all sections treated with street delivery of leaflets were going to be visited three times between late March and the election date, 6 of 13 ended up receiving an additional compensatory visit because one of the programmed visits had resulted in too few leaflets delivered, due to unusually bad weather. Regarding D2D canvassing, the local party organization was unable to complete the task in two of the 15 sections allocated to this campaign instrument, with no other major incidents. We control for deviations in our analyses to the best of our ability.

Overall, the field experiment was carried out largely as planned. The one aspect that was not possible to achieve was an accurate record of the success of deliveries. Although we established protocols for recording the number of leaflets delivered and homes visited, the information received from the mailing companies and the canvassing teams was too incomplete to be of use as a proxy for effective treatment. Hence, we can only analyze the intent-to-treat (ITT) effects of the experiment.

Nevertheless, the information we have for some of the sections indicates that street leafleting reached, on average, around 200 individuals per visit (with a minimum of 60 and a maximum of 600), which is a low penetration rate if one considers that the average census section contains around 1,300 electors. In contrast, D2D canvassing and mailings were more productive on average, as around 300 households (one-third of the average number of households per section) received a leaflet through canvassing, and an average of 70 percent of households received the mailings.

The overall cost of the experiment was approximately 9,000 euros, most of which went to printing and mailing costs. Party members and volunteers were not remunerated for their leafleting or canvassing work, nor reimbursed for transportation costs. The 'coffee with the candidate' activities were organized in public spaces available for free for campaign events.

Outside of the experimental treatments, the Socialist Party engaged in other 'usual' campaign activities. The national headquarters organized a non-targeted mass mailing aimed at all registered voters including a letter from the national and local party leaders and the voting ballots, as is traditional in Spain for all elections. The local party sent additional mailings to the residents of 70 of the 'priority' sections, but these sections were carefully selected by the research team to ensure a balanced composition

of treatment and control sections so that they would not interfere with the experiment. Other activities the local party organized included several types of small-scale meetings of the mayoral candidate with citizens and civil society representatives, party rallies, canvassing walks in marketplaces, and street theatre events with and without the candidate. We were able to collect information on the areas where these other activities took place and we included variables to control for their potential effects in our models.

4. Results

4.1 Effects of the experimental interventions on turnout

The results in Table 3 suggest that the mobilization methods used by the PSOE in our field experiments did not increase turnout rates as a whole. We observe no statistically significant or substantive impact on overall levels of voter turnout for any of the four campaign mobilization instruments, and the differences between treatment and control groups only go in the expected direction for the mailings of the 'coffee with the candidate' leaflet. Unlike much of the field experiments in the US and the UK that often find turnout boosts of more than 0.5 percent per mailing and of more than five percent for canvass treatments – with some of the effects recorded for early experiments in the 1920s, 1950s and 1980s reaching double digits (see Table 1 in Gerber/Green 2000) – our effects are considerably smaller and hence not just statistically insignificant.⁷

7 The experiment was not pre-registered as in 2010, when it was designed, pre-registration platforms were not yet common. The calculation of the statistical power of our experiments was done with G*Power 3.1 for Mac (Faul et al. 2007) and is dependent on each of the sub-experiments and the expectations of the size of the effect. Nevertheless, pair-matching considerably increases the efficiency of our estimations (and hence, improves power for our relatively small sample sizes). For example, with an expected increase in turnout of eight per cent for the D2D experiment (n=13 per group) that is found in some GOTV experiments in the United States (e.g., an expected mean turnout of 60 per cent for the control group and an expected mean turnout of 68 per cent for the treatment group, with a standard deviation of 5), the statistical power is 0.99. For an expected boost of only five percentage points, the statistical power of the D2D canvassing experiment is reduced to 0.97. For an expected boost of only two percentage points, the statistical power is further reduced to 0.40. Hence, undoubtedly, our sample sizes limit our ability to detect very small turnout (or party choice) increases. However, regardless of statistical significance, the main issue is that we do not find substantively relevant differences in turnout either.

Table 3: Percentage turnout per type of treatment

Type of treatment	Pair	Control	Treatment	N
Policy leaflet mailbox delivery	Average	65.1	65.1	14/14
	ANOVA: p-value=0.97	(3.5)	(4.8)	
	Paired samples t-test: p-value= 0.96			
Coffee leaflet mailbox delivery	Average	66.1	67.0	16 /16
	ANOVA: p-value=0.71	(7.5)	(6.0)	
	Paired samples t-test: p-value= 0.62			
Street canvassing	Average	66.3	66.1	13/13
	ANOVA: p-value=0.96	(8.3)	(3.6)	
	Paired samples t-test: p-value= 0.95			
Door to door canvassing	Average	67.5	65.9	13/13
	ANOVA: p-value=0.57	(5.4)	(7.6)	
	Paired samples t-test: p-value= 0.15			

Standard deviations in parentheses. Results consistent with the expected direction of the effect are displayed in bold.

Of course, it could well be that these mobilization campaigns boosted the turnout of Socialist-leaning voters while depressing the turnout of all other voters to equivalent degrees (see Foos/John 2018 for such a mechanism in the United Kingdom). However, this is not very likely, as none of the leaflets distributed were designed as negative campaign messages about the contenders, though they included critical messages against the incumbent PP. In any case, we will reconsider this potential explanation when we discuss the results on the vote share for the Socialists.

The multivariate models in Table 4 corroborate the ineffectiveness of the Socialist campaign in increasing turnout levels, once we control for all the relevant covariates. None of the treatments increased turnout levels and, if anything, mobilization seems to depress turnout, though the large error terms imply that the effect is most likely nil. We do not find any evidence either that the effect of F2F campaigning on turnout is dependent on prior levels of turnout in the census section, as the interaction term is also indistinguishable from zero.

These findings lend no support to the hypotheses found in the scholarship about the effects of campaigning on turnout in the Spanish setting studied. Hence, we find no evidence that F2F campaigning had a discernible effect on turnout (H2a). We also find no evidence of F2F canvassing

being more effective in mobilizing voter turnout than mailings (H3a), or of its greater effectiveness where previous turnout levels were lower (H4a). In short, we found no evidence of an impact of F2F campaigning on turnout levels in the context analyzed. These findings are consistent with those returned for comparable experiments in other continental European countries (see Townsley 2018; Bhatti et al. 2019).

Table 4: Effects of the experimental interventions on turnout (OLS)

	Model 1			Model 2			Model 3		
	Coef.	(s.e.)		Coef.	(s.e.)		Coef.	(s.e.)	
Intercept	19.9	(3.80)	**	20.0	(3.76)	**	20.3	(4.10)	**
Experiment variables									
Mailbox – policy leaflets	-1.2	(1.11)							
Mailbox – coffee leaflets	-1.1	(1.92)							
Street delivery	-1.3	(1.08)							
Door to door	-1.6	(1.04)							
Any treatment				-1.2	(1.09)		-1.2	(1.10)	
Face-to-face treat. (vs mailbox treat.)				-0.3	(0.98)		-1.8	(7.98)	
F2F * % turnout 2007							0.0	(0.12)	
Days contact before election day	0.1	(0.06)		0.1	(0.04)	*	0.1	(0.04)	*
Control variables									
% immigrants	0.0	(0.04)		0.0	(0.04)		0.0	(0.04)	
% turnout 2007	0.8	(0.05)	**	0.8	(0.05)	**	0.8	(0.05)	**
% PSOE 2007	-0.1	(0.05)	**	-0.1	(0.05)	**	-0.1	(0.05)	**
Other campaign activities by PSOE									
Meeting w/ candidate	-1.4	(0.77)	*	-1.4	(0.76)	*	-1.4	(0.76)	*
Show w/ candidate	0.3	(0.67)		0.3	(0.66)		0.3	(0.66)	
Show without candidate	1.6	(1.65)		1.6	(1.63)		1.6	(1.64)	
Other meetings	0.1	(0.78)		0.1	(0.77)		0.1	(0.77)	
Markets walk	-1.1	(0.74)		-1.1	(0.73)		-1.1	(0.73)	
No. of cases	112			112			112		
Adj. R ²	0.73			0.73			0.73		

Significance levels: * p<0.10 ** p<0.05

4.2 Effects of the experimental interventions on the Socialist vote

We now analyze the effects of campaign mobilization on the vote for the PSOE. Table 5 shows the results per type of treatment. The only treatment that has a clear and positive effect on the Socialist vote is the mailbox delivery of policy leaflets with an average increase of nearly four percentage points in the vote for the party.⁸ For the mailbox delivery of ‘coffee with the candidate’ leaflets and D2D canvassing, the difference in the average vote for control and treatment groups is almost inexistent. For street delivery of policy leaflets, there is some evidence that the effect might be negative but small, as treated sections displayed on average two percent less Socialist vote than control ones.

Table 5: Percentage votes for PSOE per type of treatment

Type of treatment	Pair	Non-experi- mental or con- trol	Treatment	N
Policy leaflet mailbox delivery	Average	20.45	24.29	14/14
	ANOVA: p-value=0.04 Paired samples t-test: p-value= 0.05	(2.1)	(6.2)	
Coffee leaflet mailbox delivery	Average	22.87	22.59	16/16
	ANOVA: p-value=0.91 Paired samples t-test: p-value= 0.87	(7.1)	(6.2)	
Street canvassing	Average	24.03	21.80	13/13
	ANOVA: p-value=0.28 Paired samples t-test: p-value= 0.04	(5.2)	(5.0)	
Door to door canvassing	Average	24.67	24.31	13/13
	ANOVA: p-value=0.87 Paired samples t-test: p-value= 0.84	(5.4)	(5.5)	

Standard deviations in parentheses. Results consistent with the expected direction of the effect are displayed in bold.

8 The power calculations for an expected increase of four percentage points in the vote share of the PSOE (e.g., with the control group at 20 per cent and the treatment group at 24 per cent, with a standard deviation of 4 for each) is 0.98 for a sample size of 14 per group.

Thus, so far, the findings suggest that mobilization strategies perform differently in the Spanish context than what was previously found in the United States and Britain. Yet, several aspects might have interfered with our treatments, as field experiments are never conducted in fully ‘controlled’ environments, hence we also assess the effects of experimental treatments while controlling for important covariates.

Table 6: *Effects of the experimental interventions on the vote share for the Socialist party (OLS)*

	Model 1		Model 2		Model 3				
	Coef.	(s.e.)	Coef.	(s.e.)	Coef.	(s.e.)			
Intercept	-10.3	(3.99)	**	-10.5	(3.97)	**	-9.2	(4.01)	**
Treatment variables									
Mailbox – policy leaflets	2.3	(1.16)	**	--			--		
Mailbox – coffee leaflets	2.4	(2.02)		--			--		
Street delivery	-0.5	(1.14)		--			--		
Door to door	0.7	(1.09)		--			--		
Any treatment	--			2.4	(1.15)	**	2.5	(1.14)	**
Face to face treat. (vs mailbox treat.)	--			-2.2	(1.03)	**	-9.0	(4.28)	**
F2F * %PSOE 2007	--			--			0.2	(0.11)	*
Days contact before election day	-0.1	(0.06)	*	-0.1	(0.04)	**	-0.1	(0.04)	**
Control variables									
% immigrants	0.1	(0.04)	**	0.1	(0.04)	**	0.1	(0.04)	**
% turnout 2007	0.1	(0.05)	**	0.1	(0.05)	**	0.2	(0.05)	**
% PSOE 2007	0.6	(0.05)	**	0.6	(0.05)	**	0.6	(0.06)	**
Other campaign activities by PSOE									
Meeting w/ candidate	2.1	(0.81)	**	2.2	(0.80)	**	2.3	(0.79)	**
Show w/ candidate	-0.2	(0.71)		-0.1	(0.69)		-0.1	(0.69)	
Show without candidate	1.5	(1.73)		1.6	(1.72)		1.9	(1.71)	
Other meetings	3.2	(0.82)	**	3.2	(0.81)	**	3.4	(0.81)	**
Markets walk	0.8	(0.78)		0.8	(0.77)		0.6	(0.77)	
No. of cases	112			112			112		
Adj. R ²	0.66			0.66			0.67		

Significance levels: * p≤0.10 ** p≤0.05

The results in Table 6 allow a proper examination of the hypotheses laid out with regard to the effects of various campaigning methods on the Socialist vote. Starting with the hypothesis that F2F campaigning is effective in increasing the Socialist vote (H2b), the results in Model 1 suggest

that this is not the case. Neither street delivery of leaflets nor D2D canvassing significantly (or substantially) increased the vote to the PSOE in experimental sections when compared to control sections. Instead, mailbox delivery of leaflets seems to be more effective, increasing the Socialist vote by around two percentage points – though the coefficient is significant only for the mailing of policy leaflets. Thus, at least in this context, F2F campaigning seems to have been largely ineffective.

This is corroborated by the results in Model 2, which allow us to assess H3b (whether F2F campaigning is more effective in increasing the Socialist vote than impersonal campaign techniques). Indeed, the results clearly show that F2F methods are much less effective in mobilizing the Socialist vote than the two mailbox treatments and that their overall effect is negligible ($2.37 - 2.22 = 0.15$). Yet, Model 3 indicates that the effectiveness of F2F campaigning is greater in the areas where the Socialist vote was previously higher (consistent with H4b positing a predisposition conditional effect), as the interaction term is positive. Thus, for example, in sections with 30 percent of the vote for the PSOE in 2007, F2F treatments had a somewhat negative effect (-0.87), whereas in sections with 40 percent of the vote, these treatments had a small but positive effect (1.03). These results are consistent with the scholarship that suggests that, rather than persuading or mobilizing new voters, campaigns serve primarily to activate the predisposed partisan or leaning voters, and they also lend some plausibility to our suggestion that less partisan voters might be repelled by a party knocking on their door, given the high levels of anti-party sentiment in Spain and the absence of a canvassing tradition.

Moreover, even though our experiment was not designed to look specifically at this, our results indicate that campaign contacts that were more distant to election day had less of an impact than those closest to it, as each day reduces the effectiveness of the campaign intervention by between a tenth and a quarter of a percentage point.

When we conduct analyses equivalent to those included in Table 6 but predicting the vote for the main competitors of the PSOE – the center-right PP, the left-wing IU and the moderate UPyD – (not shown) we find that all four experimental interventions either decreased the vote for these parties or had no effect. In some cases, this negative effect on the competitors' vote was statistically significant: D2D canvassing by the PSOE reduced by three percentage points the PP vote, and mailbox delivery of policy leaflets and of the 'coffee with the candidate' leaflets reduced by around two percentage points each the vote to IU. These findings are both interesting and poten-

tially consequential as, given how mobilization strategies were designed, the party cannot target only their own voters within a given census section and all voters are approached indistinctly. Moreover, they might lend some plausibility to the aforementioned speculation that the campaign efforts did not increase turnout because, possibly, they also contributed to demobilizing the electorate of other parties.

In summary, our findings suggest that the effectiveness of various partisan campaigning methods in the studied Spanish context differs from those common in past American and British scholarship. F2F canvassing is not effective in mobilizing the vote for the party that undertakes it, whereas campaigning methods that are usually thought of as ineffective – mailings – turn out to yield a modest but consistent and significant gain.

5. Conclusion

This article makes several contributions to the existing scholarship. First, it provides field-experimental data for Spain assessing whether some of the campaign techniques that have been shown to increase voter turnout and partisan vote share in the United States and other English-speaking democracies can be transferred successfully to other political contexts. The results of our field experiment in Murcia, alongside those found in other contexts, question the generalizability of some of the findings that originated in the American and British context regarding the effect of campaign mobilization on electoral outcomes. The existing scholarship suggests that F2F mobilization is effective in boosting turnout and mobilizing the targeted voters and that engaging in such resource-intensive activities typically pays off. Equally, the existing consensus is that impersonal methods of campaigning are usually not very effective in getting through the campaign messages or enticing the electorate. Our findings alert to potential problems in the generalizability of both of these conclusions to contexts where F2F methods such as D2D canvassing are uncommon. Our experimental design allows considering simultaneously the effectiveness of a variety of campaign techniques, both personalized and impersonal, while controlling for the electoral setting.

In Spain, personalized forms of campaigning tend to be low-key, uncommon (especially in urban areas) and, when done at all, organized in an unsystematic way and without targeting specific party-leaning voters. Given the consensus in the findings stemming from the party campaigning

literature in English-speaking democracies that suggest that personalized mobilization is very effective, one could not help but wonder if Spanish parties were settling for suboptimal campaign strategies. Yet, our results are not in line with the received wisdom regarding the effectiveness of F2F mobilization in the United States and the United Kingdom.

Most of the hypotheses extracted from the existing scholarship did not find support in the results of our field experiment. Contrary to Hypothesis 1, the various campaign strategies examined were not more effective in boosting turnout than in boosting the partisan vote (for the PSOE). Contrary to Hypotheses 2a and 2b, F2F mobilization strategies were not effective in increasing turnout or in increasing the Socialist vote share. Contrary to Hypotheses 3a and 3b, F2F campaigning methods were not more effective than mailings in boosting turnout or the Socialist vote, if anything the opposite. Finally, the only interaction effect we found in relation to previous electoral outcomes was that F2F campaigning seems to be more effective where the Socialist vote was higher in previous elections (consistent with H4b on effects conditional on predisposition), as the effectiveness of F2F campaigning was not connected to prior turnout levels (we found no ceiling effect). Clearly, our field experiment is small and our statistical power admittedly limited, yet we believe this is sufficient evidence to at least raise questions about the potential generalizability of previous findings in the United States and Britain to other democratic settings. Jointly considered with the findings by Townsley (2018), Foos and John (2018), Pons (2018) and Bhatti et al. (2019), which all point to partisan canvassing having no effect on voter turnout, our results at the very least suggest that further evidence is needed to assess our capacity to generalize from those US and UK cases. Existing findings about the effect on party choice are mixed and will require more systematic and comparable research.

Second, our paper suggests that the electoral effects of mobilization may not necessarily be restricted to turnout increases or support boosts for the party mobilizing, but that they might depress the support for the rival parties. However, given that we found no evidence that D2D or street canvassing boosted the vote for the Socialists, even if D2D canvassing seemed to significantly reduce the vote share of the main contender (the incumbent PP) by three percentage points, it is unclear if the mobilizing party will find this strategy worth the effort. By contrast, the mailing of policy-oriented leaflets proved unexpectedly effective in boosting the Socialist vote, while also reducing the support for one of its other contenders (IU). These results are at odds with the general assumption in the scholarship that impersonal

forms of campaigning are mostly innocuous and that personal mobilization is the optimal way to obtain large electoral gains (see findings in Townsley 2018, and Foos/John 2018 showing similar effectiveness of leaflets and personal visits).

An additional important finding that has not been emphasized in the extant literature (but see Gerber/Rogers 2009; Nickerson 2006, 2007; Panagopoulos 2011) is that the timing of the contact to election day seems to matter. Consistent with Nickerson's (2007) findings and in contrast to Panagopoulos' (2011) results, our experiment suggests that contacts are more effective closer to election day. However, this effectiveness translates into an increase in the Socialist vote share, rather than on turnout rates. This lends support to Panagopoulos' claim that the effect of timing is complex and deserves further research.

The findings of this experiment need to be interpreted in relation to the impossibility of measuring effective treatment rates. In the absence of this information, our results only inform of ITT effects. The consequence is that 'compliance' or 'penetration' rates vary substantially across types of treatment, and our evidence (aided by casual observation) is suggestive of lower compliance rates for the F2F campaign methods than for the mailings. This should nuance our conclusions, given that it could be pointing to strong threshold effects for the causal effectiveness of F2F methods in the Spanish context. We are, in any case, in a position to assess the cost-effectiveness relative to realistic penetration rates of each of these campaigning methods, and this type of statement is ultimately the one that is of relevance in the determination of party strategies.

A final corollary, in view of our findings showing the very limited effectiveness of any of the campaign methods on voter turnout, is that our paper casts doubt on the idea that less personalized forms of campaigning might be causing turnout reduction (Wattenberg 2002). If party mobilization has limited effects on turnout, at least in certain contexts, party campaigning styles might not be to blame for downward turnout trends in many established democracies.

References

- Addonizio, E. M., Green, D. P., & Glaser, J. M. (2007). Putting the Party Back into Politics: An Experiment Testing Whether Election Day Festivals Increase Voter Turnout. *PS: Political Science & Politics*, 40(04), 721-727, doi:10.1017/S1049096507071168.
- Alvarez, R. M., Hopkins, A., & Sinclair, B. (2010). Mobilizing Pasadena Democrats: Measuring The Effects of Partisan Campaign Contacts. *The Journal of Politics*, 72(1), 31-44, doi:10.1017/S0022381609990454.
- Arceneaux, K. (2005). Using Cluster Randomized Field Experiments to Study Voting Behavior. *Annals of the American Academy of Political and Social Science*, 601, 169-179.
- Arceneaux, K. (2007). I'm Asking for Your Support: The Effects of Personally Delivered Campaign Messages on Voting Decisions and Opinion Formation *Quarterly Journal of Political Science*, 2(1), 43-65.
- Arceneaux, K., & Kolodny, R. (2009). Educating the Least Informed: Group Endorsements in a Grassroots Campaign. *American Journal of Political Science*, 53(4), 755-770.
- Barton, J., Castillo, M., & Petrie, R. (2013). What Persuades Voters? A Field Experiment on Political Campaigning. *The Economic Journal*, 124, 293-326.
- Bayley, M.A., Hopkins, D.J., & Rogers, T. (2016). Unresponsive and Unpersuaded: The Unintended Consequences of Voter Persuasion Efforts. *Political Behavior*, 38, 713-746.
- Beck, P. A., & Heidemann, E. (2010). *Changing Strategies in Grassroots Canvassing: 1956-2008*. Paper presented at the APSA Annual Conference, Washington, DC, August 26, 2010.
- Bennion, E. A. (2005). Caught in the Ground Wars: Mobilizing Voters during a Competitive Congressional Campaign. *Annals of the American Academy of Political and Social Science*, 601, 123-141.
- Berelson, B., Lazarsfeld, P., & McPhee, W. N. (1954). *Voting: a study of opinion formation in a presidential campaign*. Chicago: University of Chicago Press.
- Bhatti, Y., Dahlggaard, J.O., Hansen, J.H., Hansen, K.M. (2019). Is Door-to-Door Canvassing Effective in Europe? Evidence from a Meta-Study across Six European Countries. *British Journal of Political Science*, 49(1), 279-290.
- Bochel, J. M., & Denver, D. T. (1970). Canvassing, Turnout and Party Support: an Experiment. *British Journal of Political Science*, 1, 257-269.
- Cantoni, E., & Pons, V. (2021). Do Interactions with Candidates Increase Voter Support and Participation? Experimental Evidence from Italy. *Economics & Politics*, 33(2), 379-402.
- Cardy, E. A. (2005). An Experimental Field Study of the GOTV and Persuasion Effects of Partisan Direct Mail and Phone Calls. *Annals of the American Academy of Political and Social Science*, 601, 28-40.
- Carty, R. K., & Eagles, M. (1999). Do local campaigns matter? Campaign spending, the local canvass and party support in Canada. *Electoral Studies*, 18(1), 69-87.

- Dale, A., & Strauss, A. (2009). Don't Forget to Vote: Text Message Reminders as a Mobilization Tool. *American Journal of Political Science*, 53(4), 787-804, doi:10.1111/j.1540-5907.2009.00401.x.
- Dalton, R., McAllister, I., & Wattenberg, M. P. (2002). Political parties and their publics. In K. R. Luther, & F. Müller-Rommel (Eds.), *Political parties in the new Europe. Political and analytical challenges* (pp. 19-42). Oxford: Oxford University Press.
- Denver, D., & Hands, G. (1997). *Modern constituency electioneering*. London: Frank Cass.
- Downs, A. (1957). *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper & Bros.
- Eldersveld, S. J. (1956). Experimental Propaganda Techniques and Voting Behavior. *The American Political Science Review*, 50(1), 154-165.
- Farrell, D. M. (1996). Campaign strategies and tactics. In L. LeDuc, R. Niemi, & P. Norris (Eds.), *Comparing Democracies* (pp. 160-183). Thousand Oaks: Sage.
- Farrell, D. M. (2002). Campaign modernization and the west European party. In K. R. Luther, & F. Müller-Rommel (Eds.), *Political parties in the new Europe. Political and analytical challenges* (pp. 63-83). Oxford: Oxford University Press.
- Farrell, D. M. (2006). Political parties in a changing campaign environment. In R. Katz, & W. Crotty (Eds.), *Handbook of Party Politics* (pp. 122-133). Thousand Oaks, CA: Sage.
- Farrell, D. M., & Webb, P. (2000). Political parties as campaign organizations. In R. J. Dalton, & M. P. Wattenberg (Eds.), *Parties without partisans. Political Change in Advanced Industrial Democracies* (pp. 102-128). Oxford: Oxford University Press.
- Farrell, D.M., & Schmitt-Beck, R. (Eds.) (2002). Do Political Campaigns Matter? Campaign Effects in Elections and Referendums. London & New York: Routledge.
- Faul, F., Erdfelder, E., Lang, A.-G., & Buchner, A. (2007). G*Power 3: A Flexible Statistical Power Analysis Program for the Social, Behavioral, and Biomedical Sciences. *Behavior Research Methods*, 39, 175-191.
- Fieldhouse, E., & Cutts, D. (2008). The Effectiveness of Local Party Campaigns in 2005: Combining Evidence from Campaign Spending and Agent Survey Data. *British Journal of Political Science*, 39, 367-388.
- Fieldhouse, E., Cutts, D., Widdop, P. & John, P. (2013). Do Impersonal Mobilisation Methods Work? Evidence from a Get-Out-The-Vote Experiment in England. *Electoral Studies*, 32(1), 113-123.
- Foos, F. & John, P. (2018). Parties are No Civic Charities: Voter Contact and the Changing Partisan Composition of the Electorate. *Political Science Research and Methods*, 6(2), 283-298.
- Foos, F., John, P., Mueller, C., & Cunningham, K. (2021). Social Mobilization in Partisan Spaces. *The Journal of Politics*, 83(3), 1190-1197.
- Gerber, A. S., & Green, D. P. (1999). Does canvassing increase voter turnout? A field experiment. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 96(19), 10939-10942, doi:10.1073/pnas.96.19.10939.
- Gerber, A. S., & Green, D. P. (2000). The Effects of Canvassing, Telephone Calls, and Direct Mail on Voter Turnout: A Field Experiment. *American Political Science Review*, 94, 653-663.

- Gerber, A. S., & Green, D. P. (2005). Do Phone Calls Increase Voter Turnout? An Update. *Annals of the American Academy of Political and Social Science*, 601, 142-154.
- Gerber, A. S., Green, D. P., & Green, M. (2003). Partisan mail and voter turnout: Results from randomized field experiments. *Electoral Studies*, 22(4), 563-579.
- Gerber, A. S., & Rogers, T. (2009). Descriptive Social Norms and Motivation to Vote: Everybody's Voting and so Should You. *The Journal of Politics*, 71(1), 178-191.
- Górecki, M. A., & Marsh, M. (2012). Not just 'friends and neighbours': Canvassing, geographic proximity and voter choice. *European Journal of Political Research*, 51(5), 563-582, doi:10.1111/j.1475-6765.2011.02008.x.
- Gosnell, H. F. (1927). *Getting out the vote*. Chicago: University of Chicago Press.
- Green, D. P., & Gerber, A. S. (2008). *Get out the vote. How to increase voter turnout*. Washington, DC: The Brookings Institution.
- Green, D. P., Gerber, A. S., & Nickerson, D. W. (2003). Getting Out the Vote in Local Elections: Results from Six Door to Door Canvassing Experiments. *Journal of Politics*, 65(4), 1083-1096.
- Green, D.P., McGrath, M.C. and Aronow, P.M., (2013). Field experiments and the study of voter turnout. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties*, 23(1), 27-48.
- Holbrook, T. M. (1996). *Do campaigns matter?* London: Sage.
- Huckfeldt, R., & Sprague, J. (1995). *Citizens, politics, and social communication: information and influence in an election campaign*. New York: Cambridge University Press.
- Imai, K. (2005). Do Get-Out-the-Vote Calls Reduce Turnout? The Importance of Statistical Methods for Field Experiments. *American Political Science Review*, 99(02), 283-300, doi:10.1017/S0003055405051658.
- Imai, K., King, G., & Nall, C. (2009). The Essential Role of Pair Matching in Cluster-Randomized Experiments, with Application to the Mexican Universal Health Insurance Evaluation. *Statistical Science*, 24(1), 29-53, doi:10.1214/08-STS274.
- John, P., & Brannan, T. G. (2006). How to mobilise the electorate: lessons from the University of Manchester 'Get Out the Vote' experiment. *Representation*, 42(3), 209-221.
- John, P., & Brannan, T. G. (2008). How Different Are Telephoning and Canvassing? Results from a 'Get Out the Vote' Field Experiment in the British 2005 General Election. *British Journal of Political Science*, 38(03), 565-574.
- Johnston, R., & Pattie, C. (1997). Where is the difference? Decomposing the impact of local election campaigns in Great Britain. *Electoral Studies*, 16, 165-174.
- Johnston, R., & Pattie, C. (2003). Do Canvassing and Campaigning Work? Evidence from the 2001 General Election in England. *British Elections and Parties Review*, 13, 248-273.
- Karp, J. A., Banducci, S. A., & Bowler, S. (2008). Getting Out the Vote: Party Mobilization in a Comparative Perspective. *British Journal of Political Science*, 38(01), 91-112, doi:10.1017/S0007123408000057.
- Kavanagh, D. (1995). *Election Campaigning. The New Marketing of Politics*. Oxford: Blackwell.

- Kendall, C., Nannicini, T., & Trebbi, F. (2014). How do Voters Respond to Information? Evidence from a Randomized Campaign. *The American Economic Review*, 105(1), 322-353.
- Kling, D.T., & Stratmann, T. (2022). Large-Scale Evidence for the Effectiveness of Partisan GOTV Robo Calls. *Journal of Experimental Political Science*, Online First, 1-13.
- Kramer, G. (1970). The effects of precinct-level canvassing on voter behavior. *Public Opinion Quarterly*, 34, 560-572.
- Krassa, M. A. (1988). Context and the canvass: the mechanisms of interaction. *Political Behavior*, 10(2), 233-246.
- Lazarsfeld, P., Berelson, B., & Gaudet, H. (1944). *The People's Choice. How the Voter Makes up His Mind in a Presidential Campaign*. New York: Columbia University Press.
- Levine, P., & Lopez, M. H. (2005). What We Should Know about the Effectiveness of Campaigns but Don't. *Annals of the American Academy of Political and Social Science*, 601, 180-191.
- Mair, P., Müller, W. C., & Plasser, F. (2004). Conclusion: Political parties in changing electoral markets. In P. Mair, W. C. Müller, & F. Plasser (Eds.), *Political parties and electoral change* (pp. 264-274). London: Sage.
- Mair, P., & van Biezen, I. (2001). Party Membership in Twenty European Democracies, 1980-2000. *Party Politics*, 7, 5-21.
- McClurg, S. D., & Holbrook, T. M. (2009). Living in a Battleground. *Political Research Quarterly*, 62(3), 495-506.
- McNulty, J. E. (2005). Phone-Based GOTV: What's on the Line? Field Experiments with Varied Partisan Components, 2002-2003. *Annals of the American Academy of Political and Social Science*, 601, 41-65.
- Michelson, M. R., & Nickerson, D. W. (2011). Voter mobilization. In J. N. Druckman, D. P. Green, J. H. Kuklinski, & A. Lupia (Eds.), *Cambridge Handbook of Experimental Political Science*. New York: Cambridge University Press.
- Moore, R. T. (November 2010). blockTools: Blocking, Assignment, and Diagnosing Interference in Randomized Experiments. (0.5-2 ed.).
- Morales, L. (2010). Getting a single message? The impact of homogeneous political communication contexts in Spain in a comparative perspective. In M. W. Wolf, L. Morales, & K. I. Ikeda (Eds.), *Political Discussion in Modern Democracies in a Comparative Perspective* (pp. 201-222). London: Routledge.
- Nickerson, D. W. (2005). Partisan Mobilization Using Volunteer Phone Banks and Door Hangers. *Annals of the American Academy of Political and Social Science*, 601, 10-27.
- Nickerson, D. W. (2006). Volunteer Phone Calls Can Increase Turnout. *American Politics Research*, 34(3), 271-292, doi:10.1177/1532673x05275923.
- Nickerson, D. W. (2007). Quality Is Job One: Professional and Volunteer Voter Mobilization Calls. *American Journal of Political Science*, 51(2), 269-282, doi:10.1111/j.1540-5907.2007.00250.x.

- Nickerson, D. W., Friedrichs, R. D., & King, D. C. (2006). Partisan Mobilization Campaigns in the Field: Results from a Statewide Turnout Experiment in Michigan. *Political Research Quarterly*, 59(1), 85-97.
- Norris, P. (2000). *A Virtuous Circle? Political Communications in Post-Industrial Democracies*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Nyman, P. (2017). Door-to-Door Canvassing in the European Elections: Evidence from a Swedish Field Experiment. *Electoral Studies*, 45, 110-118.
- Panagopoulos, C. (2009a). Partisan and Nonpartisan Message Content and Voter Mobilization. *Political Research Quarterly*, 62(1), 70-76.
- Panagopoulos, C. (2009b). Street fight: The impact of a street sign campaign on voter turnout. *Electoral Studies*, 28(2), 309-313, doi:10.1016/j.electstud.2009.03.001.
- Panagopoulos, C. (2011). Timing Is Everything? Primacy and Recency Effects in Voter Mobilization Campaigns. *Political Behavior*, 33(1), 79-93, doi:10.1007/s11109-010-9125-x.
- Pasquino, G. (2001). The New Campaign Politics in Southern Europe. In N. Diamandouros, & R. Gunther (Eds.), *Parties, Politics and Democracy in the New Southern Europe*. Baltimore and London: Johns Hopkins University Press.
- Pattie, C., Whiteley, P., Johnston, R., & Seyd, P. (1994). Measuring Local Campaign Effects: Labour Party Constituency Campaigning at the 1987 General Election. *Political Studies*, 42(3), 469-479, doi:10.1111/j.1467-9248.1994.tb01689.x.
- Pattie, C. J., Johnston, R. J., & Fieldhouse, E. A. (1995). Winning the Local Vote: The Effectiveness of Constituency Campaign Spending in Great Britain, 1983-1992. *The American Political Science Review*, 89(4), 969-983.
- Pons, V. (2018). Will a Five-Minute Discussion Change Your Mind? A Countrywide Experiment on Voter Choice in France. *American Economic Review*, 108(6), 1322-1363.
- Ramiro, L., & Morales, L. (2004). Latecomers but 'Early-Adapters'. The Adaptation and Response of Spanish Parties to Social Changes. In K. Lawson, & T. Poguntke (Eds.), *How Political Parties Respond to Voters. Interest Aggregation Revisited* (pp. 198-226). London: Routledge.
- Rico, G. (2009). *Líderes políticos, opinión pública y comportamiento electoral en España*. Madrid: CIS.
- Scarrow, S. E. (2000). Parties without members? Party organization in a changing electoral environment. In R. J. Dalton, & M. P. Wattenberg (Eds.), *Parties without partisans. Political change in Advanced Industrial Democracies*. Oxford: Oxford University Press.
- Schmitt-Beck, R. (2007). New modes of campaigning. In R. Dalton, & H.-D. Klingemann (Eds.), *The Oxford Handbook of Political Behavior* (pp. 744-764). Oxford: Oxford University Press.
- Schmitt-Beck, R., & Farrell, D. M. (2002). Studying political campaigns and their effects. In D. M. Farrell, & R. Schmitt-Beck (Eds.), *Do political campaigns matter? : campaign effects in elections and referendums* (pp. 1-21). London: Routledge.
- Seyd, P., & Whiteley, P. F. (1992). *Labour's grass-roots. The politics of party membership*. Oxford: Oxford University Press.

- Swanson, D., & Mancini, P. (1996). *Politics, media, and modern democracy*. Westport: Praeger.
- Torcá, M., Montero, J. R., & Gunther, R. (2002). Anti-party sentiments in Southern Europe. In J. R. Montero, R. Gunther, & J. J. Linz (Eds.), *Political Parties: Old Concepts and New Challenges*. Oxford: Oxford University Press.
- Townsley, J. (2018). Is it Worth Door-Knocking? Evidence from a United Kingdom-based Get Out The Vote (GOTV) Field Experiment on the Effect of Party Leaflets and Canvass Visits on Voter Turnout. *Political Science Research and Methods*, Online First, 1-15.
- van Biezen, I. (2000). Party financing in new democracies. *Party Politics*, 6, 329-342.
- Van Biezen, I., & Hopkin, J. (2005). The Presidentialization of Spanish democracy: sources of Prime Ministerial power in Post-Franco Spain. In T. Poguntke, & P. Webb (Eds.), *The presidentialization of politics in democratic societies?* (pp. 107-127). Oxford: Oxford University Press.
- Van Biezen, I., Mair, P., & Poguntke, T. (2012). Going, Going, Gone? Party Membership in the 21st Century. *European Journal of Political Research*, 51(1), 24-56, doi:10.1111/j.1475-6765.2011.01995.x.
- Wattenberg, M. P. (2002). *Where have all the voters gone?* Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Wolfinger, R. E. (1963). The influence of precinct work on voting behavior. *Public Opinion Quarterly*, 27(3), 387-398, doi:10.1086/267183.

APPENDIX: Campaign materials

Example of a policy leaflet

Murcia con todos.com
Pedro López candidato a la Alcaldía de Murcia

Murcia 2007
Construyendo entre todos* nuestro Modelo de Municipio.

Hacia un Nuevo Modelo Económico y Productivo.
*Todos somos todos.

Hacia un Nuevo Modelo Económico y Productivo.

La situación de crisis económica actual ha incidido de manera especial en el Municipio de Murcia. Debido a la quiebra del sistema implantado por el PP, basado en la concentración y la especulación, un gran número de jóvenes abandonaron sus estudios y ahora tienen una baja cualificación profesional, lo que dificulta que encuentren trabajo.

El Ayuntamiento de Murcia debe fomentar el tejido industrial y los servicios contribuyendo a crear empleo. También debe colaborar con otras Administraciones y explorar nuevas posibilidades de empleo, fomentar la formación, la cultura empresarial y los sectores económicos alternativos.

External side

¿Cuáles son nuestras propuestas?

- 1 Impulsaremos la Agencia de Desarrollo Local para aglutinar todas las políticas de empleo.
- 2 Crearemos la Mesa Local de Formación; aumentando la formación permanente, la cualidad de las nuevas tecnologías y potenciando la cualificación del sector servicios y concediendo prioridad a los grupos de personas más desfavorecidos.
- 3 Fomentaremos la economía social en el municipio, centrada en el apoyo a los emprendedores y, especialmente, a las ferreñas cooperativas dotando a los trabajadores autónomos de las estrategias y los recursos necesarios para su desarrollo emprendedor.
- 4 Crearemos el Parque Tecnológico Aplicado de la Huerta de Murcia, donde se haga oír la voz de todos los agentes implicados y se pueda diseñar un futuro deseable para todos.
- 5 Crearemos la Desembarcación de Origen para los productos de la huerta.
- 6 Crearemos la Ciudad de la Otra Economía para impulsar actividades económicas experimentales más justas y solidarias.
- 7 Activaremos Programas de Ayudas para la Recuperación del Patrimonio Edificado para que pueda ser reutilizado y reactivado.
- 8 Promoveremos la competitividad tanto de los sectores tradicionales como de los sectores emergentes, orientando con este objetivo la inversión local. Promoveremos los microcréditos de apoyo al tejido económico de nuestro Municipio.
- 9 Potenciaremos el sector turístico, revalorizando nuestros elementos patrimoniales y culturales.
- 10 Promoveremos la creación de empresas culturales y artísticas.
- 11 Apoyaremos a las Juntas Empresas nacidas de la Universidad y de la Formación Profesional que permiten a los estudiantes introducirse en el mundo empresarial y les capacitan para el autoempleo.
- 12 Realizaremos un Programa de Innovación Local para que las empresas de Murcia se adapten a los cambios del mercado.

Internal side

Example of a 'Coffee with the candidate' leaflet

31 de marzo
17:00 h. /
"Café con el candidato"
Biblioteca de
Cabezo de Torres
Próximo "Café con el
candidato", 28 de abril a las
17:00 h

Pedro
López
Candidato
a la Alcaldía de Murcia
Contamos todos*

Murcia
1400

Contamos todos

Pedro López

Candidato
a la alcaldía de Murcia
Contamos todos*



En Murcia a 28 de febrero de 2011

Estimado vecino:

Mi nombre es Pedro López y presento mi candidatura a la alcaldía de Murcia en las próximas elecciones municipales del mes de mayo.

El motivo de la presente no es otro que invitarte a tomar un café conmigo el próximo **jueves 31 de marzo**, a partir de las 17:00 h en las instalaciones de la biblioteca del Cabezo de Torres. Por si no puedes asistir este mes, volveré el **jueves 28 de abril**.

Uno de las compromisos centrales de mi proyecto es fomentar abiertamente la participación de los ciudadanos en la gestión de la vida pública, porque nadie mejor que los habitantes de cada barrio, de cada población, de cada localidad, para conocer de primera mano cuáles son sus necesidades.

La iniciativa que hemos denominado "Café con el Candidato", brinda a los vecinos de los diferentes barrios y barrios del municipio, la oportunidad de conversar en privado conmigo, de manera informal y relajada, sobre todas aquellas cuestiones que les preocupan.

Si eres partidario voluntario una vez más mi interés por tu asistencia y recordándote que puedes contactar personalmente conmigo en el 861 402 031, y en la web www.contamos.todos.com

Recibe un cordial saludo

Atentamente,
Pedro López Hernández.

* Todos, somos todos

Partisan Intensification in Campaigns: Proof of Concept?

Richard Johnston

1. Introduction

In most electoral campaigns, the lead for the frontrunning party or candidate shrinks (Johnston/Lachance 2022; Le Pennec/Pons 2023). Explanatory mechanisms ranging from individual psychology to institutional constraints have been proposed. Until recently, most of the propositions pertained to US Presidential campaigns. Although these accounts are typically framed in universal terms, the suspicion lingers that they presuppose contextual elements peculiar to that country. And even for the US, the relevant microdata either did not exist or were not exploited. This paper attempts to close the data gap with daily evidence on vote intention and other psychological indicators from thirteen elections in three countries.

Its starting point is a simple and plausible model proposed by Erikson and Wlezien (2012). Its critical dynamic is that pressure from the campaign intensifies preferences. Variances in preferences across individuals within time units – days or weeks – increase from one time unit to the next. This empties out the middle, such that the proportion of weakly motivated citizens shrinks. Unsurprisingly, this reduces the proportion of the electorate available for further persuasion and this shrinkage may entail a damping of flux in intentions. More critical for my purposes, however, is that the same process pulls the distribution of expressed vote intention toward the trailing party, and can do so quite without any shift in the median for underlying preferences. I elaborate the model and test it with campaign-wave rolling cross-sections in the US, Germany, and Canada.

2. The Model

2.1 The US Original

In US Presidential campaigns, the advantage for the frontrunning candidate usually shrinks (Wlezien/Erikson 2002; Campbell 2008; Erikson/Wlezien

2012). The opposite happens only once in every five US elections (Campbell 2008). A broadly similar pattern travels abroad, according to Johnston and Lachance (2022, Table 3): in a five-country comparison the dominant pattern appears about 80 percent of the time.

Additionally, vote intentions in the US tend to stabilize as the campaign nears the end (Wlezien/Erikson 2002). This is particularly clear relative to the disruption produced by the Democratic and Republican conventions (Campbell et al. 1992; Hagen/Johnston 2007). Thereafter, the scope for disruption by short-term shocks such as debates shrinks (See, for example, Wlezien/Erikson 2012, Figure 7.2).

To account for these patterns, Erikson and Wlezien (2012) posit a model with complementary implications for preference intensity and partisanship. Campaign shocks enrich the information environment, with special benefit to initially poorly informed citizens (Figure 7.3: see also Le Pennec/Pons 2023, Table A.4). The shocks' cumulative effect is to intensify preferences, not weaken them. This can be thought of increasing variance in feelings about the major-party candidates (Erikson/Wlezien 2012: 53-55). Density in the tails of the distribution grows at the expense of the middle. And it is in the middle, obviously, where persuadable persons are to be found. As the proportion around the median shrinks, the scope for aggregate flux also shrinks. Put another way, to induce a vote shift of a given size would require a stronger external shock at the end of the campaign than at the beginning.

As preferences intensify, they pull vote intentions toward balance, which also narrows the gap between the frontrunner and the next largest party. Imagine a preference distribution whose median is some distance from the threshold of partisan equilibrium. Holding the location of the median constant but increasing the variance of the distribution increases the share of the distribution on the other (trailing) side of the threshold (Erikson/Wlezien 2012, Figure 3.2). Meanwhile, the campaign also primes partisanship (Ibid., Table 7.2 and Figure 7.4; see also Kaplan et al. 2012). Ex hypothesi, there is more partisan slack to prime for the trailing party than for the frontrunner.¹ In the typical case, then, activation of partisanship pulls the result toward balance (55-57).

1 For a review of the ways this may be so, see Johnston and Lachance (2002: 2).

2.2 Complications in the evidence

The body of relevant evidence is not large but it exhibits certain regularities at odds with the basic model. Already mentioned is the fact that leads widen about one time in five in both the US and abroad. This reminds us that campaigns are open to contingent forces. More tellingly, certain of the predictions in the model are flatly contradicted, at least in the majority of cases.

The mainstream pattern depends on the baseline. For the US, the major disrupter between early summer and Election Day is the succession of Democratic and Republican nominating conventions. These events create a massive media focus on one party at a time and, in earlier years at least, very positive coverage. As one convention follows the other the coverage bias induces alternating swings, the like of which never recur in the following weeks. Where the convention period is the baseline, then, flux is bound to shrink. When the focus is on the last 60 days, the traditional definition of the US general-election campaign, the pattern seems to be the reverse. Henderson and Hillygus (2016), who capture the fixing of vote intentions with a hazard model estimated across a multi-wave panel, find that a disproportionate share of the post-convention fixing occurs in the last two or three weeks. Le Pennec and Pons (2023), with a different estimation setup and a multi-country data set, find the same pattern.

Similarly problematic is the claim that campaign volatility mainly primes pre-existing partisanship. Erikson and Wlezien (2012) show this with probit coefficients (Table 7.2) and defection rates (Figure 7.4) estimated from Gallup poll data over fifteen elections. Again, however, the baseline problem appears. The greatest gains in partisan consistency come around the nominating conventions. For Democrats, defection rates do not decrease any further. And in a note to Table 7.2, Erikson and Wlezien observe that the predictive power of party identification shrinks one time in five. The multi-country evidence in Le Pennec and Pons (2023: 30) comes down on the other side:

... vote choice formation results less from activating one's pre-existing partisan ties than severing them.

More generally, Le Pennec and Pons raise the possibility that intensification patterns are contingent on context. One obvious contextual factor is whether the system is parliamentary or presidential. According to Jennings

and Wlezien (2015), preferences crystallize earlier in parliamentary elections than in presidential ones. They surmise that leaders of parliamentary parties may need less introduction than freshly nominated Presidential candidates. But Le Pennec and Pons (2023) find that gains in crystallization are smaller in the US than elsewhere. This could be yet another instance of the baseline problem: where Le Pennec and Pons use a 60-day window, Jennings and Wlezien use a 200-day one. Then again, Le Pennec and Pons look at a mixed bag of US contests, but only at the lower house in the other countries.² Another factor may be the number of realistic alternatives faced by voters. Binary choices, as in the US, may admit less scope for campaign effects. For one, they have no room for strategic updating. Multi-party campaigns, contrariwise, can update the strategic landscape, and this too may disrupt an otherwise orderly intensification of preferences. Additionally, multipartism reflects higher dimensionality in the space of issues than does bipartism (Taagepera/Grofman 1985), and this too may make campaigns more disruptive.

Critically, almost none of the evidence in hand delves deeply into the mechanisms inside voters' heads. There is none for indicators of strength of preference, as might be indicated by feeling thermometers or their equivalent. There is evidence for partisan activation, but only for impact on vote intention. Nothing has been demonstrated about pathways for that activation. In particular, none of the studies examines the day-to-day evolution of preference intensity, as an object in its own right or as a link in a causal chain. This is the task of the rest of this paper.

3. Research Questions

3.1 Core implications

The Erikson-Wlezien model may not travel well outside the US and may not work in the granularity of the US campaign's last two months. But it is testable, and this makes it an appropriate starting point. If it fails, or where it fails, there remains the question of why it does so. I begin by identifying the model's observable implications. Along the way, other relevant but ancillary questions pop up.

2 Two-thirds of the US cases are presidential elections, however. The others include three for state governor, four for the House, and three for the Senate.

At bottom, the model embodies an informational theory of campaigns, in the spirit of Alvarez (1997). To the extent that intensification responds to enhanced information, we should ask: information about what or whom? One obvious answer is, about Presidential candidates or, in parliamentary systems, party leaders. The case seems especially clear for the US presidency, where at least one major-party candidate is typically new to the role. Sometimes both are new, as in 2008. The informational effect can also include issues (Lenz 2009, 2012; Matthews 2017), but here the patterns tend to be specific to each campaign and there is disagreement over the underlying mechanisms. The first implication, then, is:

- (1) Leader/candidate preferences should intensify over the campaign.

Among potential information channels, political parties can always be counted on to occupy the ground. And just as party identification becomes more closely aligned with vote intention, so should we expect it to be increasingly associated with leader evaluations. The second implication is:

- (2) The coefficient of leader preference on party identification should increase with campaign time.

Indeed, leader evaluation is a chief pathway for identification dynamics to do their work. As the variance in leader evaluation increases through partisan activation, an increasing share of the total impact of partisanship on the vote should be mediated by leader-evaluation pathway. From this it follows that:

- (3) The coefficient for the total impact of partisanship on vote intention (the coefficient in a bivariate setup) should increase at a faster rate than coefficient for direct impact (in a setup that also includes the feeling thermometers).

These all seem like obvious entailments of the general scheme. Two other possibilities are of interest but do not seem to be clearly entailed by the scheme, although they operate within its spirit, so to speak. First, as information accumulates, does its redundancy also increase, such that its marginal effect diminishes? If it does, the rate of gain in intensification, and in its component parts, may also diminish. Second, does the marginal impact of leader evaluation remain constant as that evaluation aligns with underlying partisanship? In this case, leader evaluation will still become more consequential, in the sense that its constant marginal effect channels a wider range of variation. But we can also imagine a diminished effect if an issue

that cuts across the partisan divide is primed. Even an issue that defines the party divide can have this effect: a campaign that emphasizes the policy costs of responding to the enhanced personal appeal of its opponent may cause that appeal to become less important. Leader evaluation does not occur in a vacuum and party identification may not by itself completely offset issue considerations. This suggests that the empirics should address the following question:

- (4) Does the impact of leader preference also intensify? Or is the impact mainly the result of increased variance in the preference distribution?

3.2 Cross-national comparison

As mentioned, the record already shows that campaign dynamics vary across countries, and may do so for the mechanics of leader preferences. As moderators of campaign dynamics, three contextual factors seem relevant: the volume of pre-campaign information about candidates for the highest executive office; the effective number of competitive political parties; and the degree of polarization.

3.2.1 Candidate/leader selection

The most obvious distinction is between presidential and parliamentary ones. Jennings and Wlezien (2015) show that vote intentions converge on the election-day pattern more quickly in the latter than the former, reflecting greater continuity in party leadership. Not only do the parliamentary leaders tend to persist in their roles but they are also the product of an ongoing institutionalized project. And a new leader is likely already to have an established parliamentary reputation and a history of cabinet office. In a given election a leader is less likely than a corresponding US Presidential candidate to be new to the audience.

In each country, these claims must be qualified by internal variation and organizational trends. The ostensibly open-ended US primary system was actually quite controlled. An “invisible primary” pre-selects a favoured candidate, which the weakly institutionalized primary-election system then endorses (Cohen et al. 2008). On the Republican side the vetting process arguably broke down in 2008, however, and did so again in 2016. Trends in Canada may parallel those in the US. In the late 20th century, party leaders

were chosen by delegated conventions that were quite closely managed. In this century, selection has evolved toward universal systems with low barriers to entry for candidates and for prospective members of the party selectorate. Over the same period, new leaders who lose their first election are increasingly unlikely to get a second chance. Impressionistically, the trend seems to be toward successors with short resumes. In Germany, losing candidates for Chancellor also no longer get a second chance. But they are almost always the current party president.

3.2.2 The effective number of parties

In contrast to the US, Canada and Germany are multi-party systems. Partisanship as such may be more fungible, such that attachment to specific parties is less constraining than in the US (Shively 1972; Bartolini/Mair 1990). Although attention typically focuses on the two main rivals, the mere presence of other alternatives creates a permanent stochastic possibility that is simply absent in the US. This possibility may threaten one side more than the other, and the direction of the threat may vary across elections. In Canada, this occasionally creates changes in the overall standing of the sides. In 1993, the identity of the advantaged party of the right changed during the campaign. The same thing happened on the left in both 2011 and 2015.

Even where parties do not change their relative viability, a multi-party campaign can change the strategic landscape. In Germany, strategic considerations include “coalition-targeted Duvergerian voting” about the prospective formateur (Bargsted/Kedar 2009; Duch et al. 2010; Cox 2018), and “compensation voting” about the ideological centrism of the cabinet (Kedar 2005). Also in play is the vote to seat transition at the threshold, so-called “insurance” voting (Meffert/Gschwend 2010).³ Although Canadian governments comprise only a single party, variants on the German themes are visible in Canada – or at least are talked about (Blais 2002). The main talking point is tension between the centre and left over vote to seat transitions. On both left and right, the Canadian challenges often also embody a version of coalition targeting. The NDP sometimes positions itself as a signal to prospective Liberal cabinets to shift left. In 1993 and 2019, similar considerations appeared on the right.

3 Lest these considerations seem fanciful, see Huber and Welz (2022) and Partheymüller and Johnston (2022).

3.2.3 Polarization

In the US, the biggest story has been about polarization in both issues (McCarty et al. 2007) and partisan feeling (Iyengar et al. 2012). In Canada too, both kinds of polarization have increased (Johnston 2023). Polarization may make coefficients for party identification stronger overall but compress the scope for further gains induced by the campaign.

Germany may exhibit a different pattern. The core of the system has arguably depolarized, not least through government formation. In particular, two of the four German campaigns in my dataset follow grand coalitions, and this may scale back the partisan tone of the subsequent campaign. The German system has polarized in other ways, to be sure. Gaps on the flanks have widened with the presence of the Left and AfD. But for the broad mass of voters these parties have increased the pressure for cooperation and convergence among the system's core parties.

4. *Data and Estimation Strategy*

4.1 The rolling cross-section

The ideal platform for answering these research questions is the rolling cross-section (hereafter RCS, Johnston/Brady 2002). Its critical feature is that each day of fieldwork is a random draw from time. The initial sampling frame is randomly divided into daily replicates, and the date on which each is released to field is also a random draw. From the initiation of fieldwork some number of days is required for the average accessibility of respondents to reach a de facto equilibrium (Johnston/Brady 2002, Figure 1). Once this is reached, anything that distinguishes the respondents interviewed on a given day from the respondents for any other day is just the passage of time. The processes that unfold in that passage range from intrapsychic – as respondents grow more interested in the campaign, for example – to global, for instance the Global Financial crisis, which occurred in the middle of the 2008 US and Canadian campaigns. By comparison with standard cross-sections, randomization of data collection with respect to time enables causal inference for some processes and is helpful, if not dispositive, for others.

It is also desirable that the datasets are as representative of the electorate as realistically possible. The datasets in this paper are: for the US, from the National Annenberg Election Survey (NAES), 2000-8; for Canada,

from the Canadian Election Studies (CES), 1988-2019; for Germany, the German Longitudinal Election Study (GLES), 2005-17, RCS component. Sample selection was by random digit dialling (RDD), or a close variant. Phone numbers released to field were kept open for several days, with a strict callback protocol. Most interviews in the datasets were conducted by landline telephone. The RDD mode faced increased challenges, with compliance beginning to drop in the 1990s and coverage in the 2000s. In response, the CES acquired an online component in 2015, and these data seem to have successfully mimicked the temporal patterns of RDD counterparts (Breton et al. 2017). Despite the changes, the record of these surveys in predicting the result has been good all along, with no evidence of decay (Johnston/Lachance 2022, Appendix Table A1).

This paper focuses on the last 60-65 days or fewer before the election date. This is – or was – the de facto duration of a US general campaign (Campbell 2008). The increased frontloading of US campaigns is mainly in the nomination stage and 65 days is close to the outer boundary for official campaigns in Germany and Canada. For those countries, the number of days in the datasets roughly follow the pattern in the campaign, subject to constraints in getting the survey into the field.⁴ Fieldwork durations range from 35 to 73 days in Germany and from 31 to 62 days in Canada.

4.2 Leader preference

I capture intensity of feeling about party leaders or candidates with the conventional feeling thermometer. In the US and Canadian cases, the original coding is from 0 to 100. For Germany, the range is -5 to +5. In all cases the thermometer is rescaled to range from -1 to +1. Consistent with the practice in Erikson and Wlezien (2012), I subtract the rating of the “left” leader/candidate from the “right” counterpart. This creates a range of -2 to +2.

Most of the time, the identification of the “right” and “left” alternatives is straightforward: Republican and Democrat in the US, CDU/CSU and SPD in Germany, and Conservative and Liberal in Canada. We may dispute how much the extreme language of left and right characterizes some of these

4 In Canada in 2008 a snap election call caught everybody off guard, such that the CES team was unable to regulate sample release at the usual standard; this year is dropped from the analysis.

actors. But two things are clear: these are almost always the viable parties for government, on a single-party basis for the US and Canada or as rival formateurs in Germany; and the relative positioning of the alternatives is always the same. The exceptions – all of them partial – are in Canada. In 1993, an insurgent named Reform (later renamed the Alliance) displaced the Conservatives on the right. This became clear only after the election; for the 1993 campaign itself, the focus was on the Conservative leader. For 1997 and 2000, however, the Reform leader represents the “right.” In 2003, the two conservative parties merged and thereafter the candidate on the right is the Conservative leader. In 2011 the NDP, an established party of labour that sits to the left of the Liberals, surged and emerged as the official opposition. As with 1993, this was not anticipated and for the entirety of the campaign the alternatives treated as viable were the traditional rivals. In 2015, however, the NDP entered as the presumptive alternative to the Conservatives and is treated as such here. In 2019, with the Liberals now back in power, all parties reverted to their traditional positioning.

4.3 Vote intention

Vote intention follows the logic of leader ratings, with the focus being on the left and right alternatives. As with ratings, the exact identity of the alternatives shifts for the Canadian case, on the right in the 1990s and on the left in the 2010s. Respondents who intend to vote for any other party, along with respondents who intend to abstain or who have not yet formed a preference, are placed in an “other/none” category in the middle. This reflects the fact that campaigns are as much about mobilizing the vote as about conversion across the divide.

4.4 Party identification

In all three countries, individuals’ party loyalty is captured with a question that refers to a stable self-concept, with non-partisanship validated in the stem of the partisanship battery. Respondents are placed by their response to the stem only. Although gradations of partisan intensity, including assignment to a side in the follow-up items, are informative for certain purposes (Baker/Renno 2019), they are also more susceptible than the stem to post-treatment bias (Brody/Rothenberg 1988); for this paper, the

priority is to minimize possible endogenization of external forces. As with the vote, supporters of small parties are treated as non-partisans, along with actual non-partisans. Partisanship is treated as a continuous variable, with augmented non-partisanship the middle category. This simplifies graphical presentation. Fortunately, the impact of shifts across the boundaries sides and the middle are roughly symmetrical. The fact that the 'middle' is more heterogeneous in Germany and Canada than in the US is pertinent to this paper's objectives. That heterogeneity creates the possibility, as outlined above, of strategic shifts and of impact from ideological variation off the normally-dominant left-right dimension.

4.5 Estimation strategy

The basic exhibit features some quantum plotted over consecutive days or weeks, separately by country and election year. Separation by year is necessitated by the varying durations of Canadian and German campaigns. In those countries, interaction between within-campaign durations and between-campaign shifts can create the appearance of a general campaign pattern, a false positive or negative. For the intensification of leader preference, I plot the day-to-day progression of standard deviations (SD) in the left-right leader ratings. The evolution in the over-time impact from party identification on the left-right rating difference is tested by regressing ratings on identification over consecutive periods. For reasons of statistical power, respondents are grouped into consecutive weeks. For the impact of leader ratings on vote intention, the test is a regression analysis of the vote intentions on leader ratings, again over consecutive weeks. Where vote intention is the dependent variable, estimation is by ordinary least squares (OLS). As already mentioned, not much asymmetry appears between the sides, such that OLS provides a reasonable representation of outcomes and simplifies the graphics. For the mediation of partisan impact by leader ratings, I estimate the impact of party identification twice. First come coefficients from bivariate regressions of vote intention on party identification, by week. This is equivalent to a reduced form, where the impact captured by the coefficient includes all possible pathways of effect. Then I open a pathway by adding the leader-rating difference to the estimation. The resulting coefficient on party identification now indicates the factor's unmediated, direct impact. Of course, other mediators are in play and are absorbed in this residual coefficient, but they are not of central interest

here. The focus is on evolving leader/candidate evaluations as the critical pathway. To the extent that it is not critical, it points to other campaign factors of possible relevance.

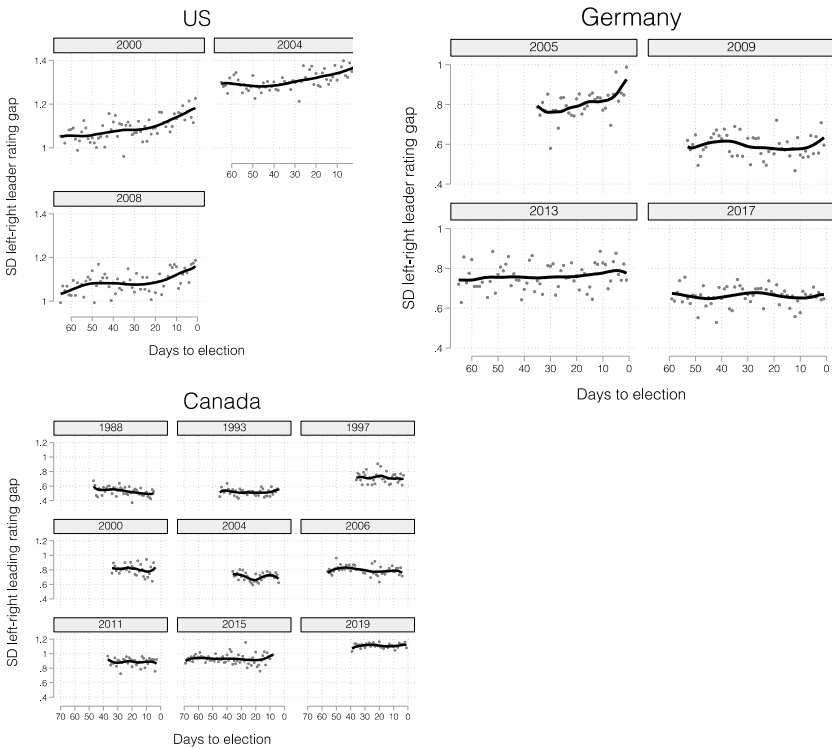
5. Results

5.1 Variance in leader evaluation

The evidence for all three countries is in Figure 1. The pattern for the US is clear, and consistent with the Erikson-Wlezien supposition. Gains in evaluative intensity are particularly great for 2000 and 2008, a 10 percent gain relative to the baseline. Gains are not so sharp in 2004, although they are nonetheless clear. Arguably, the story for that year is that the race was polarized from the start. In every year, intensification accelerates toward the end, with the bulk of the gain occurring in the last three weeks.

The pattern in Germany has some affinity with the US one, but only episodically. The 2005 election lies exactly on the US pattern: a clear gain overall and acceleration toward the end. The trend in 2013 is deceptively gradual but clearly upward. The 2009 election may be similar, in that there seems to be a gain at the end. But a simpler interpretation is that the 2009 fluctuation is trendless. Trendless flux, and very little flux of any sort, is even more characteristic of 2017. The dominant pattern is variation between elections, as a reflection of the makeup of the incumbent coalition. The 2005 incumbent was a coalition of the left, and the campaign brought a reinvigoration of the SPD and its Chancellor candidate (Schmitt-Beck/Faas 2006). This produced a standoff in which the only realistic coalition included both major parties. This undermined partisan signalling in the next, 2009 election. The close alignment of the Chancellor candidates in dealing with the 2008 global financial crisis made it hard for them to find fault with each other. Accordingly, polarization of feeling abated. Ironically, this same election enabled a right-wing coalition to form, such that by 2013 feelings had polarized again. As a further irony, the 2013 campaign forced the chief antagonists back into another grand coalition. This pushed polarization of feeling in 2017 back down to its 2009 level.

Figure 1: Intensification of opinion on party leaders



Data points are daily readings of standard deviations of leader ratings. Smoothing by loess, bandwidth = 0.50.

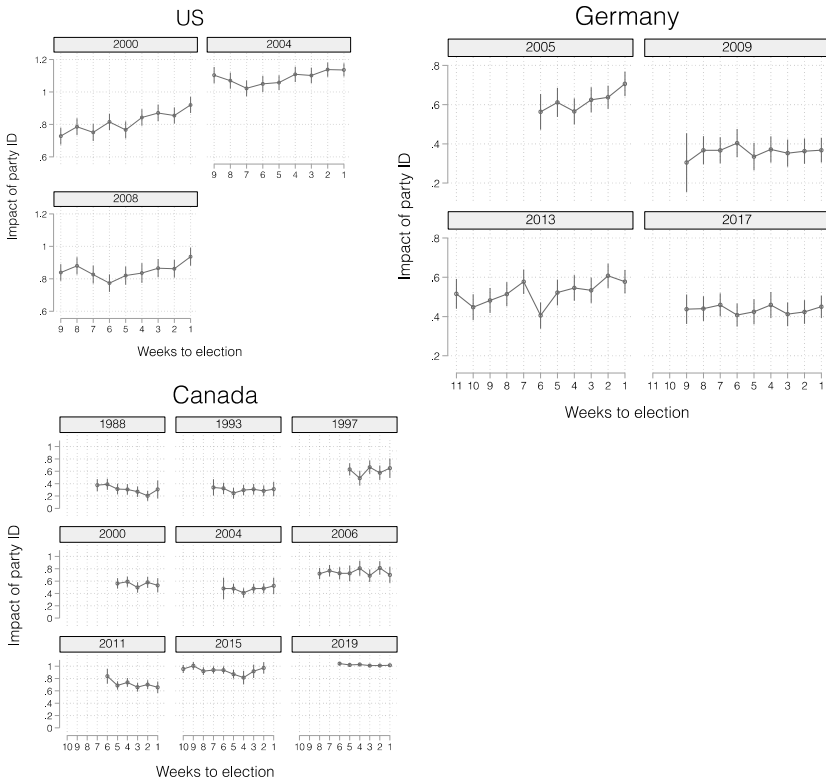
In Canada almost all of the action is between campaigns. Across campaigns, gaps in judgment on party leaders have widened dramatically. Although it is unwise to compare levels across countries, it is striking that in the 1990s, Canadian polarization seems lower than the lowest levels for Germany. By 2019, the level rivals that in the US. But there is no pattern of intensification of feeling within campaigns. If anything, the opposite is true.

5.2 Impact of partisanship on leader evaluation

Unsurprisingly, the pattern for the priming of partisanship for candidate evaluation is roughly the same as for overall intensification of feeling,

according to Figure 2. As before, the US exhibits the most consistent within-campaign patterns. The German pattern varies across campaigns, but signs of priming are visible, if episodically. For Canada, the variance is, again, more between campaigns than within them.

Figure 2: Priming of party identification



Data points are marginal effects with 95% confidence intervals of party identification on feeling thermometer, by week. Underlying estimation by OLS.

The priming evidence also reveals interpretable exceptions to the generalizations. In the case of the US, there are temporary reversals in the general pattern of intensification. Where in 2000, the conventions were complete by the middle of August, in both 2004 and 2008, the nominating conventions extended into what is usually viewed as the general campaign period. In 2004, the (incumbent) Republican convention ended only four days before

the campaign's unofficial start. In 2008, the Republicans concluded their convention three days after the usual start date. The effect was to bring the chaos of the nomination sequence into a week that normally sees the restoration of partisan order, so to speak. Order was ultimately restored, as per Erikson and Wlezien, but on a slightly delayed timetable.

In Germany, the pattern for 2005 occasions no surprise: the intensification in Figure 1 reflects consistent priming of partisanship, on the US model. The same is true for 2013, a pattern that is clearer here than in Figure 1. The flat lines for 2009 and 2017 prove the rule, as these were campaigns that followed four years of grand coalition. And Canada sees partisan priming increase over the decades to reach impact on the same scale as in the US. Within campaigns, however, the pattern is a flat line.

5.2.1 Impact of leader evaluation on the vote

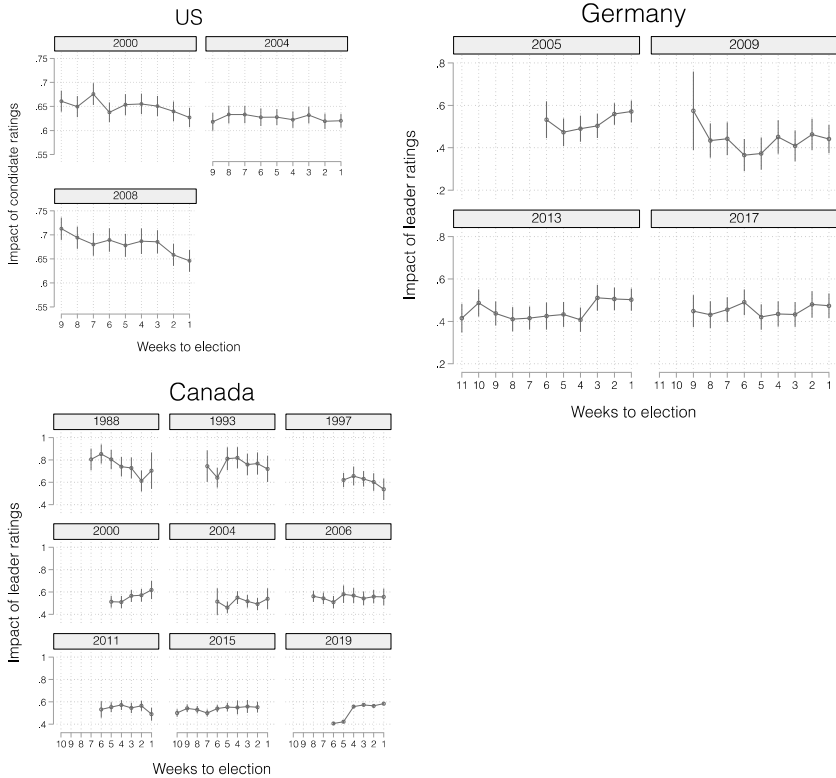
In none of the three countries does leader evaluation become consistently more predictive of the vote, according to Figure 3. In the US, the opposite may happen. A decline in marginal impact is detectable in 2000 and quite clear in 2008. In Germany, two of the four elections hint at amplification and one, at the opposite pattern. The typical Canadian pattern is of trendless flux. That said, in 1988 and 1997 there is a hint of decay (although confidence bands overlap between early and late readings). Only for 2019 is there clear amplification of leader effects.

5.2.2 Mediation of partisan activation

The mediation of partisan activation as it travels to vote intention is the subject of Figure 4. Each panel in the figure has two plots. The higher of the two shows the "total" impact, coefficients for bivariate regression of vote intention on party identification, week by week. The "total" coefficient includes impact that is indirect, notably from the partisan content in the impact of leader of evaluation (Figures 2 and 3). The lower plot shows the impact of party identification in a setup that also includes those same leader ratings. Here, the leader-rating element in the partisan effect is removed by statistical control. The direct impact is always much smaller than the total impact. The focus here is not solely on the mere fact of mediation; the critical question is whether the mediation grows over the campaign. To the extent that it does, we should see gains in the total partisan effect but none

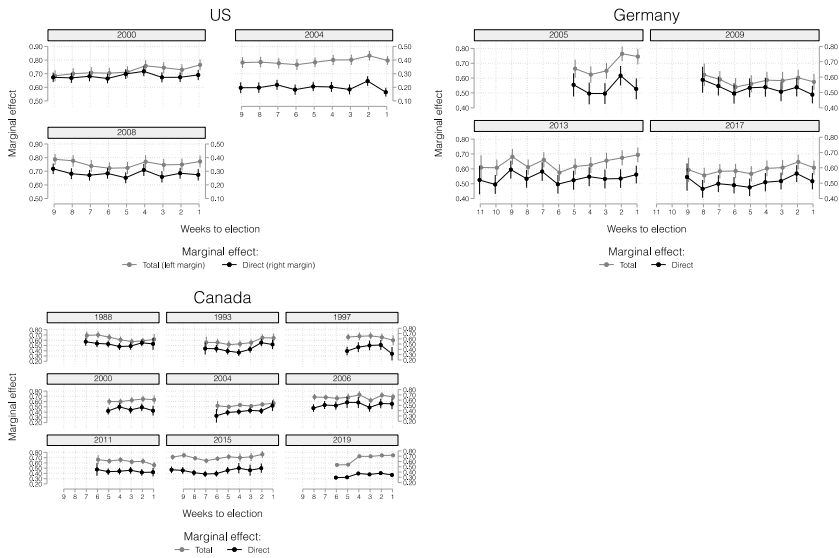
or only smaller gains in the direct effect. This should manifest itself as a widening gap between the “total” and the “direct” plots.

Figure 3: Impact of leader ratings



Data points are marginal effects with 95% confidence intervals of leader ratings on vote intention by week, by week. Underlying estimation by OLS.

Figure 4: Party identification: direct and indirect effects



Data points are marginal effects with 95% confidence intervals of party identification on vote intention, by week, with and without control for leader rating. Underlying estimation by OLS.

Begin with the US panel. Note first that the left and right margins are on different scales. The vertical range is the same for each – 0.4 points – but the minima and maxima are different. This reflects the fact that in the US impact from party identification is massively mediated by leader ratings, such that the gap between the lines is always great. Where total effects fluctuate around 0.8, direct effects tend to be between 0.2 and 0.3. If the both lines were on a common scale that encompassed these extremes, dissimilarity between their within-campaign trajectories would be barely detectable. The key is to find ranges that enable comparison but that always remind the viewer that the plot for direct effects has the lower values.

The only US plot that conforms completely to expectations is for 2000. Where the total partisan effect increases by about 0.1 from start to finish, the direct partisan effect does not grow at all. In the other two years the gap widens but not in the way we expect. Here, the widening appears because the direct effect of partisanship shrinks. It may be true that candidate

ratings increasingly absorb partisan considerations but their dynamic effect is nullified by the trade-off identified in the juxtaposition of Figures 2 and 3.

When we turn to Germany, the first thing to meet the eye is that the cross-sectional gaps between the total and the mediated effect are smaller than in the US. Where control for US candidate ratings cuts the party coefficient by about 0.5 units (slightly less in 2000), the reduction for Germany is on the order of 0.1 to 0.15. Thanks to this, both German plots can be placed on the same vertical scale, 0.4 to 0.8. When the incumbent is a “normal” coalition with an ideological tilt – 2005 and 2013 – the total partisan effect in Germany rivals that for the US (even if a smaller proportion of that total comes through the leader pathway). Even so, this proportion is greater than when the incumbent is a grand coalition. In those years, the direct effect of partisanship is about the same as ever (and larger than in the US) but is not much augmented by feelings about leaders.

Canada is quite another story. First, the general gap between total- and direct-effect estimations has widened. In the earlier years, the Canadian pattern was like the German one: a reduction of 0.1 to 0.15. With time, the gap widened, such that by 2011 and 2015 the gap was around 0.2. In 2019, the gap rivalled those in the US, around 0.35 to 0.4. This is consistent with the secular increase in the priming of party identification, revealed in Figure 2. To accommodate this trend, the Canadian graphs always have the same scale for both plots, with an unfortunately large range of 0.6. And like the US in 2000, the 2019 campaign widened the gap: it started around 0.2 (the same gap as in 2015) and ended around 0.4. The 2019 pattern is a compound of forces already identified: Figure 2 shows that the partisan content of leader ratings increased over the years; Figure 3 shows that the impact of those ratings on the vote increased over the 2019 campaign itself, in contrast to most earlier years. Two things about Canada in 2019 distinguish it from the US, however: the widening of the gap exceeds that in the US and it takes place closer to the campaign’s start.

6. Conclusion and discussion

6.1 Recapitulation

Summary judgment on the model is mixed at best. It works in some elections, in some countries, and in some of its parts. But it misses as much

as it hits, and only some of the misses can be covered by counterfactuals to the US original. Here is the score card:

- (1) Do judgments on the chief competitors for executive office routinely intensify? In the US and Germany, they do. In Canada (with the exception of 2019) they do not.
- (2) As judgments intensify, does this involve partisan activation? In the US, the answer is yes. In Canada, it is no. In Germany, partisan activation occurs where the incumbent coalition is headed by only one of the major parties, otherwise not. The US/Germany contrast actually vindicates the model. The Canadian case does not.
- (3) Does the marginal impact of leader ratings on vote intention increase? Basically no. In the US, the marginal effect shrinks two times in three. It also shrinks in Canada in 1988 and 1997. Only in Germany does the expected pattern appear, again conditional on whether the incumbent coalition leaned off centre. Oddly, the one instance of clear gains in impact is Canada in 1997.
- (4) Do leader ratings mediate gains in partisan activation for vote intention? The answer is mixed to negative. Twice in Germany and once in Canada there is a hint of such mediation. In the US, the expected pattern occurs only in 2000.

6.2 Discussion

The impact of campaigns does not seem to be universal. Rather, it depends on context. The most encompassing difference is between the US and the parliamentary systems. We cannot distinguish if the essential thing is parliamentarism as such, or the multipartism that characterizes both Germany and Canada. Whatever the cause, leader ratings are less polarized in both Canada and Germany than in the US. Priming of party identification is also less consistent in the parliamentary cases. This is true for both the impact of partisanship on leader ratings and for the totality of partisan impact on vote intentions.

Contextual factors also operate at a meso level to produce variation within each case. In Germany, dynamics are contingent on the makeup of the outgoing coalition: the less polarized government makeup in the old Bundestag, the less partisan the succeeding election campaign. In Canada, party politics are undergoing a qualitative change, with follow-on implica-

tions for campaign dynamics. Partisan feeling is intensifying, such that its net impact now rivals that in the US, at least the US level of the 2000s.

The supposed US pattern may not apply universally even in that country. In our data, it appears only in 2000. Although it is true for each campaign that partisanship is increasingly primed in leader evaluations, leader evaluations do not necessarily maintain their impact on vote intentions. The further implication is that the impact of partisanship, while always important, does not necessarily grow towards the end. Comparison of the 2000 and 2004 campaigns may be instructive: in 2004 partisanship was so potent from the start that its impact had little room to grow. Elections since 2008 may have become more like that in 2004. Although we do not have the microscopic detail on voter psychology that the NAES reveals, we do know that campaigns lost dynamic juice over the 2010s. Outcomes have become more precisely predictable from the previous election (Sides et al. 2022, Figures 8.2 and 8.3) and campaign dynamics have flattened.⁵ On the same path, outcomes have become closer, and not just in the presidential arena. As a result, small shifts can have huge consequences. This combination, which reflects polarization, may also fuel that very polarization (Lee 2016), a positive feedback loop. Canada may be moving in the same direction. For the moment, this has made Canada in 2019 look like the US in 2000.

The general point stands for all the systems: campaign dynamics cannot be detached from their contexts. Some differences across systems abide, but within a given institutional endowment, contexts shift as the structure of party politics shifts.

References

- Alvarez, R. Michael. 1997. *Information and Elections*. Ann Arbor, MI: University of Michigan Press.
- Baker, Andy, and Lucio Renno. 2019. Nonpartisans as False Negatives: The Mismeasurement of Party Identification in Public Opinion Surveys. *Journal of Politics* 81(3): 906-922.
- Bargsted, Matias A., and Orit Kedar. 2009. Coalition-Targeted Duvergerian Voting: How Expectations Affect Voter Choice under Proportional Representation. *American Journal of Political Science* 53(2): 307-23.
- Bartolini, Stefano, and Peter Mair. 1990. *Identity, Competition, and Electoral Availability: The Stabilisation of European Electorates, 1885-1985*. Cambridge: Cambridge University Press.

5 The last generalization is from analyses of published polls by election cycle, 1980-2020, by the author. Plots available from the author on request.

- Blais, André. 2002. Why is there so Little Strategic Voting in Canadian Plurality Rule Elections? *Political Studies* 50(3): 445–454.
- Breton, Charles, Fred Cutler, Sarah Lachance, and Alex Mierke-Zatwarnicki. 2017. Telephone versus Online Survey Modes for Election Studies: Comparing Canadian Public Opinion and Vote Choice in the 2015 Federal Election. *Canadian Journal of Political Science* 50(4): 1005–1036.
- Brody, Richard A., and Lawrence S. Rothenberg. 1988. The Instability of Partisanship: An Analysis of the 1980 Presidential Election. *British Journal of Political Science* 18(4): 445–465.
- Campbell, James E. 2008. *The American Campaign: U.S. Presidential Campaigns and the National Vote*. College Station: Texas A&M University Press.
- Campbell, James E, Lynna Cherry, and Kenneth Wink. 1992. The Convention Bump. *American Politics Quarterly* 20(3): 287–307.
- Cohen, Marty, David Karol, Hans Noel, and John Zaller. 2008. *The Party Decides: Presidential Nominations Before and After Reform*. Chicago, IL: University of Chicago Press.
- Cox, Gary W. 2018. Portfolio-maximizing strategic voting in parliamentary elections, in Erik S. Herron, Robert J. Pekkanen, Matthew S. Shugart, eds., *The Oxford Handbook of Electoral Systems*. Oxford, UK: Oxford University Press.
- Duch, Ray, Jeff May, and David A. Armstrong II. 2010. Coalition-directed Voting in Multiparty Democracies. *American Political Science Review* 104(4): 698–719.
- Erikson, Robert S., and Christopher Wlezien. 2012. *The Timeline of Presidential Elections: How Campaigns Do (and Do Not) Matter*. Chicago: University of Chicago Press.
- Hagen, Michael G., and Richard Johnston. 2007. Conventions and campaign dynamics. In Costas Panagopoulos, ed., *Rewiring Politics: Presidential Nominating Conventions in the Media Age* Baton Rouge: Louisiana State University Press. pp. 29–52.
- Henderson, Michael, D. Sunshine Hillygus. 2016. Changing the Clock: The Role of Campaigns in the Timing of Vote Decision. *Public Opinion Quarterly* 80(3): 761–70.
- Huber, Sascha, and Robert Welz. 2022. Dynamics of Coalition Preferences and Vote Choices, in Schmitt-Beck, Rüdiger, Sigrid Roßteutscher, Harald Schoen, Bernhard Weißels, and Christof Wolf, eds. 2022. *The Changing German Voter*. Oxford, UK: Oxford University Press, pp. 183–206.
- Iyengar, Shanto, Gaurav Sood, and Yphtach Lelkes. 2012. Affect, Not Ideology: A Social Identity Perspective on Polarization. *Public Opinion Quarterly* 76(3): 405–431.
- Jennings, Will, and Christopher Wlezien. 2015. The Timeline of Elections: A Comparative Perspective. *American Journal of Political Science* 60(1): 219–33.
- Johnston, Richard. 2023. Affective Polarization in the Canadian Party System, 1988–2021. *Canadian Journal of Political Science*. 56(2): 372–95.
- Johnston, Richard, and Henry E. Brady. 2002. The Rolling Cross-Section Design. *Electoral Studies* 21(2): 283–295.
- Johnston, Richard, and Sarah Lachance. 2022. The Predictable Campaign: Theory and Evidence. *Electoral Studies* 75(1): 1–12.

- Kaplan, Noah, David K Park, and Andrew Gelman. 2012. Polls and Elections: Understanding Persuasion and Activation in Presidential Campaigns: The Random Walk and Mean Reversion Models. *Presidential Studies Quarterly* 42(4): 843–866.
- Kedar, Orit. 2005. When Moderate Voters Prefer Extreme Parties: Policy Balancing in Parliamentary Elections. *American Political Science Review* 99(2): 185–199.
- Lee, Francis. 2016. *Insecure Majorities: Congress and the Perpetual Campaign*. Chicago, IL: University of Chicago Press.
- Lenz, Gabriel. 2009. Learning and Opinion Change, Not Priming: Reconsidering the Priming Hypothesis. *American Journal of Political Science* 53(4): 821–37.
- Lenz, Gabriel. 2012. Follow the Leader? How Voters Respond to Politicians Policies and Performance. Chicago, IL: University of Chicago Press.
- Le Pennec, Caroline, and Vincent Pons. 2023. How do Campaigns Shape Vote Choice? Multicountry Evidence from 62 Elections and 56 TV Debates. *The Quarterly Journal of Economics* 138(2): 637–701.
- Matthews, J. Scott. 2017. Issue Priming Revisited: Susceptible Voters and Detectable Effects. *British journal of Political Science* 49(2): 513–531.
- McCarthy, Nolan, Keith T. Poole, and Howard Rosenthal. 2007. *Polarized America: The Dance of Ideology and Unequal Riches*. Cambridge, MA: MIT Press.
- Meffert, Michael F., and Thomas Gschwend. 2010. Strategic coalition voting: Evidence from Austria. *Electoral Studies* 29(3): 339–49.
- Partheymüller, Julia, and Richard Johnston. 2022. Plus ça Change? Stability and Volatility in German Campaigns, in Schmitt-Beck, Rüdiger, Sigrid Roßteutscher, Harald Schoen, Bernhard Weißels, and Christof Wolf, eds. 2022. *The Changing German Voter*. Oxford, UK: Oxford University Press, pp. 282–310.
- Schmitt-Beck, Rüdiger, and Thorsten Faas. 2006. The Campaign and its Dynamics at the 2005 German Election. *German Politics* 15(4): 303–419.
- Shively, W. Phillips. 1972. Party Identification, Party Choice, and Voting Stability: The Weimar Case. *American Political Science Review* 66(4): 1203–1225.
- Sides, John, Chris Tausanovitch, and Lynn Vavreck. 2022. *The Bitter End: The 2020 Presidential Campaign and the Challenge to American Democracy*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Taagepera, Rein, and Bernard Grofman. 1985. Rethinking Duverger's Law: Predicting the Effective Number of Parties in Plurality and PR Systems – Parties Minus Issues Equals One. *European Journal of Political Research* 13(4): 341–352.
- Wlezien, Christopher, and Robert S. Erikson. 2002. The Timeline of Presidential Election Campaigns. *Journal of Politics* 64(4): 969–93.

Education, political sophistication, cohesive policy signals and proximity voting: Do voters choose the party that reflects their interests?

Marc Debus

1. Introduction

Theories of proximity voting have been frequently adopted to test the impact of ideology in general and policy area-specific distances in particular on decision-making processes of voters. Most of the studies find a statistically significant negative impact of distances between the perceived positions of parties and citizens: voters are more likely to vote for a party the smaller the distance to a party and its candidate is (e.g., Adams et al. 2005; Costello et al. 2012; Mauerer et al. 2015). This is – from a normative perspective – a desirable finding because voters then decide for the ‘right agents’ who serve in their interests in parliaments and governments (Müller 2000; Powell 2004). However, ‘calculating’ the policy distances towards the parties that compete for votes and deciding on the basis of the set of individual distance scores are often considered to be a complicated process (e.g., Macdonald et al. 1995) that depends on several contextual features, some of them based on characteristics of voters on the one side, others based on features of parties and their election campaign strategies on the other (e.g., Singh 2010).

I argue in this contribution that voters with a higher degree of education or a high degree of political sophistication are more likely to choose the party closest to their own ideal point compared to voters with a lower degree of education or sophistication. This pattern should, yet, depend on contextual features: the degree of education and political sophistication of voters should be less important for the impact of proximity-based issue voting if (1) the left-right axis or the specific policy dimensions cover general issues instead of more specific issues and if (2) the party representatives send clear and cohesive programmatic signals before the election. I test these expectations on the basis of voter survey data and a novel dataset that covers information on the policy statements of party representatives before the 2009 and 2013 German Bundestag elections. The results show

that, first, voters are more likely to vote for a party that is close to them on a left-right dimension, regardless of their degree of education and political sophistication. When shifting the focus to policy area-specific dimensions, I find, however, that political sophistication and – albeit to a lesser degree – education matter: in comparison to less sophisticated voters, politically sophisticated and more educated voters are more likely to vote for a party that is located closer to them on an economic and societal policy dimension. Furthermore, there is – albeit limited – evidence that the performance of the proximity model is lower for explaining voting behaviour if the respective parties appeared less cohesive during the election campaign.

To derive these findings, the following section provides a brief review of the literature on the relationship between political sophistication, education, cohesive policy signals of parties during campaigns, and proximity voting. On this basis, I derive a set of expectations that structure the empirical analysis. Before evaluating the hypotheses, section three gives an overview on the case selection, the data, the operationalization of the variables and the statistical method applied in this paper. The conclusion summarizes the findings and discusses incentives for further research.

2. Literature review and theoretical argument

There is a large number of studies that examine the impact of education, political interest or political sophistication of an individual on their political behaviour in general and voting behaviour in particular (e.g., Suzuki 1991; MacKuen et al. 1992; Singh 2010; Singh/Roy 2014). Gomez and Wilson (2001), for instance, focus on economic voting (Lewis-Beck 1986; Lewis-Beck/Stegmaier 2000) and argue that political sophistication – in terms of, for instance, political knowledge, indicated by respondents' statements on key political facts – should influence the relative importance of economic judgments which should then impact on voters' preferences for presidential candidates. The authors demonstrate on the basis of the 1992, 1996 and 1998 US presidential and congressional elections that voters with a low degree of political sophistication tend to assume that the national economy is entirely in the President's hands (and vote accordingly). In contrast, more sophisticated voters understand that the economy is affected by many actors and conditions – like the partisan composition of Congress – that are largely beyond the President's control. Macdonald et al. (1995) examine the impact of education and political sophistication of voters on

the basis of the proximity and directional model of voting and argue that better educated and more politically involved voters would rely on the more complicated proximity model in which individually perceived distances between voters and parties should matter for voters' decision-making. Less sophisticated voters should, on the contrary, follow the directional model of voting behaviour where it matters if a voter and a party are on the same side of a policy dimension (Rabinowitz/Macdonald 1989). Macdonald et al. (1995) find – on the basis of survey data from the 1988 US presidential election and the 1989 Norwegian parliamentary election – that at all levels of sophistication and in both countries, voters generally follow the directional model of voting. However, the degree of sophistication matters: “sophisticated voters are more aware of issue information and more readily incorporate it in their decision making” (Macdonald et al. 1995: 473).

Yet, Joesten and Stone (2014) find that proximity voting is common, even among voters unaware of candidates' ideological positions in US congressional elections. According to their findings, the political sophistication of voters does not matter. In an experimental design, Singh and Roy (2014) conclude that more politically knowledgeable individuals engage in a deeper and broader decision-making process prior to casting their ballot. In turn, a more detailed decision process boosts the likelihood to vote based on proximity. Furthermore, Singh and Roy (2014) demonstrate that detailed decision-making processes have a stronger link with proximity voting among the most knowledgeable individuals who are able to skilfully engage with new information. Building on these findings of previous research, I expect that highly educated voters – in terms of having a university degree – or politically more sophisticated voters – that is, voters who have a high degree of political knowledge – are more likely to vote according to the proximity model compared to voters with a lower degree of education or political sophistication. This is because voters with a high degree of political knowledge should be more likely to be informed of the positions of parties on a general left-right dimension or on more concrete policy dimensions, while highly educated voters should be more likely to estimate distances between themselves and the parties competing for votes. We should observe these patterns to a stronger degree if the focus is on more specific policy dimensions like, for instance, European integration or education policy which are less often on the top of the political agenda, so that voters who are politically more sophisticated or highly educated should base their choices on the distances between the parties and themselves on policy-area specific dimensions.

As already indicated, several scholars stress the importance of contextual features for the significance of proximity-based voting. In his seminal model of spatial party competition, Downs (1957; see Grofman 2004 for an overview) argued that a single left-right dimension structures party competition, and that voters who are able to locate their positions and the ones of the parties and their candidates on this single dimension make their choices based on the spatial distance between themselves and the parties. In a comparative research design, Singh (2010) demonstrates that not only several individual-level factors, but also election-level factors affect the likelihood of a proximity vote. For instance, proximity voting occurs less in countries where political variation is not well captured by a single policy dimension, indicating that not only characteristics of individuals, but also factors that operate on the meso- or macro-level like party characteristics and the conflict structure of a society matter for the performance of the proximity voting model. Lachat (2008) found evidence that high levels of party system dispersion and polarization reinforce voters' reliance on ideological distances when voting. This is because parties place greater emphasis on issue positions in polarized systems. Thus, the issues associated with ideology should become "more easily accessible to voters" as dispersion increases (Lachat 2008: 688). However, Singh (2010) points out that characteristics of individuals still matter: voters with a college education, a relatively high income, a party ID and a tendency to see elections as consequential are more likely to vote according to the proximity model.

These findings are in line with approaches that highlight the role of party elites in the process of informing citizens about the policy positions of the parties the elites represent. Converse (1964) already argued that one of the most important roles of elites is to tell people how things relate to each other, including which party stands for which issue. Zaller (1992) argues that as the frequency with which a political message is repeated or the volume of the message increases, more people (including those with generally low levels of political awareness) are likely to hear it. The heuristic-based logic (Popkin 1991; Rahn 1993; Lupia/McCubbins 1998; Lupia et al. 2000) argues that people rely on information shortcuts that they receive from 'others' in order to form opinions about politics. These others may include (party) elites and campaign events (Popkin 1991; Lupia/McCubbins 1998) or predominant patterns of coalition politics (Debus/Müller 2014; Eberl/Plescia 2018; Nyhuis/Plescia 2018; Fortunato 2021). While this literature lists parties as just one of the many information sources, one can argue that a party's own messages are qualitatively different from the

information provided by other sources because such information is likely to be more reliable. Therefore, this party-provided (rather than mediated) information, either in the form of direct messages or information shortcuts, are important for citizens to be able to form perceptions of parties' policy positions.

In line with this existing literature, I follow Somer-Topcu (2015) and argue that the most obvious way voters develop perceptions about party positions is to acquire substantive, clear and consistent information about the parties' positions. Furthermore, the information parties and their representatives – e.g., candidates for political offices or the party leaders – provide have to be available to voters. If a party is ambiguous or unclear about its policy positions, citizens may hear different things about that party's position. This increases the variance in the individual perceptions about party positions across voters and results in decreased perceptual agreement. Existing literature suggests that the more clearly parties state their positions, the easier voters can use this information to infer party positions (see, for example, Merolla et al. 2008; Brader/Tucker 2009; Slothuus 2009). If, however, parties' policy messages are vague, ambiguous or uninterpretable, voters may base their judgments on other information like changes in the party leadership (Fernandez-Vazquez/Somer-Topcu 2019). In sum, the clearer the party-provided information about their positions and the more consistent these positions are during, for instance, an election campaign, the better voters are able to hear the same message and to use this information in developing their perceptions of party positions.

A prerequisite is, of course, that information on the policy positions of parties is available and easily accessible. The easier the access to information on parties' positions on various policy issues is, the easier and cheaper the voter can obtain the necessary information and use it for making an informed decision in the polling booth. Furthermore, if the party-provided information is easily and cheaply available, i.e., the volume of the party-provided messages is high, then voters are more likely to hear this information (Zaller 1992). I therefore argue that the less consistent, the less clear and the less accessible the positions of a party are, the less should voters base their choice on the proximity model of voting behaviour, which requires a lot of information and cognitive capacity, in particular if the voters are not politically sophisticated or do not have a high degree of education.

The set of hypotheses that I derive from these considerations is as follows:

- H1a: Highly educated voters or politically more sophisticated voters are more likely to vote according to the proximity model compared to voters with a lower degree of education or political sophistication.
- H1b: The relationship in H1a should be stronger in case of specific policy dimensions than on a general left-right heuristic.
- H2a: The less consistent, the less clear and the less accessible the positions of a party are, the less should voters base their choice on the proximity model of voting behaviour.
- H2b: The relationship in H2a should be stronger if the voters are not politically sophisticated or do not have a high degree of education.

3. Case selection, data and methods

I test the hypotheses using two datasets on the 2009 and 2013 German *Bundestag* elections. First, the *German Longitudinal Election Study* (GLES; see Rattinger et al. 2011; Schmitt-Beck et al. 2014) provides high quality survey data of the required variable that reflect the theoretical approach, that is, proximity-based voting theories that focus on a general left-right dimension and on policy-area specific dimensions¹. Second, I use a dataset that covers information on the policy cohesiveness of parties during the final weeks of the election campaign. I make use of the *Comparative Campaign Dynamics Project* dataset (Debus et al. 2016; Baumann/Gross 2016) that provides information on the programmatic coherence of parties in the weeks before the election. The data set is based on the coding of statements of party representatives like their members or candidates for parliament in media reports; the observation period ranges from 2006 to 2013 and covers for the German case the *Bundestag* elections of 2009 and 2013. For each election, we collected information on the parties' campaign statements from two daily broadsheet

1 In addition to a general left-right dimension, I select an economic policy dimension, differentiating between positions against or in favour of a strong welfare state, and a societal policy dimension, which reflects the opposite between libertarian and authoritarian views on further immigration, as indicators for proximity voting in more specific policy areas. These two policy dimensions are widely seen as the most important ones that structure voting behaviour and party competition in Germany (e.g., Benoit/Laver 2006).

newspapers (one left-leaning newspaper and one with a centre-right political orientation) with the highest circulation during a pre-election period of thirty days. All first page articles related to the campaign were coded as well as a five percent random sample of the rest of the election-related articles until the minimum article number requirement of 60 articles per newspaper/election had been reached. In the case of Germany, we selected the *Süddeutsche Zeitung* as a centre-left newspaper and the *Frankfurter Allgemeine Zeitung* as a daily newspaper which adopts rather conservative positions.

The data covers those statements that parties and their representatives made in the public sphere during the final period of an election campaign and policy issues. I identify those issues that reflect, first, the economic policy dimension, differentiating between redistributive policies and market-liberal orientations, and, secondly, the societal conflict dimension which differentiates between liberal and conservative views on a broad set of issues that cover, for instance, family policy, education policy and immigration issues. These two policy areas are closely related to the policy dimensions covered in the 2009 and 2013 *German Longitudinal Election Study*, so that I can identify if lower degrees of intensity and consistency in the policy messages of party representatives like candidates for political offices or the members of the party leadership during the election campaign make policy-area specific proximity voting less likely to occur. The coding of the respective policy issues contains the position (positive/expansive, neutral and negative/restrictive) that the party representative adopted in the media report. In order to display the variance or the amount of contradiction in the statements of party representatives, I calculate Rice cohesion scores for the five parliamentary party groups represented in the *Bundestag* elected in 2009 and 2013 (CDU/CSU, SPD, FDP, Greens, and The Left). The Rice index scores reflect the degree of congruence within groups and are established as a measure of cohesion in the field of legislative studies (cf., e.g., Cox/McCubbins 1991; Morgenstern 2004).

Specifically, I use the absolute difference between positive and negative statements in proportion to the total number of statements by policy area in order to determine the cohesion of the statements of a party in the media. A perfect balance of positive and negative statements leads to a value of zero (total dissent) while completely coherent statements lead to a value of one (total unity). Table 1 shows the aggregated Rice indices and the number of statements, which are an indicator for presence and availability of the party positions for the five parties under study. The Rice index scores reflect the degree of consistency and clarity of party campaign statements by policy area while the number of statements is an indicator for the availability of informa-

tion on the party positions that the voters can retrieve from the media. As the results of the media analysis presented in Table 1 indicate, the representatives of German parties made highly cohesive statements during the 2009 and 2013 election campaigns. This finding holds for both policy dimensions. Only representatives of the Christian Democrats (CDU/CSU) came up with deviating positions in economic issues during the 2009 campaign, whereas in 2013 particularly representatives of the liberal Free Democratic Party (FDP), but also of the Greens and the socialist Left Party were less cohesive in their election campaign statements on issues related to societal policy. Since I argue that proximity-based voting behaviour should be less influential in the case of less programmatically cohesive parties (based on their positional statements during the election campaign), I expect the individually perceived distance on economic issues between voters and parties to matter less in case of the CDU/CSU in 2009 and in case of FDP, Greens and the Left on societal issues in the 2013 *Bundestag* election. These patterns should be particularly outspoken for voters with lower degrees of education and less politically sophisticated voters.

Table 1: Cohesion and availability of party positions in the 2009 and 2013 German election campaigns, differentiated by economic and societal policy dimensions, by party

	2009				2013			
	Rice score (economic policy)	Number of economic policy statements	Rice score (societal policy)	Number of societal policy statements	Rice score (economic policy)	Number of economic policy statements	Rice score (societal policy)	Number of societal policy statements
CDU/CSU	.81	21	1	13	1	4	1	11
SPD	1	5	1	1	1	4	1	8
FDP	1	3	1	1	1	5	.6	10
Greens	1	4	1	1	1	4	.82	11
The Left	1	1	.	.	1	1	.71	7

Data source: Debus et al. (2016).

Because we are interested in the effects of education and political sophistication in combination with party-specific programmatic cohesion on proximity voting, I estimate simple logit models with the voting intention for the respective five parties under study for the 2009 and 2013 election as the dependent variable. The dependent variable is thus coded '1' if a respondent stated that they will vote for the CDU (in Bavaria: the CSU), the SPD, the FDP, the Greens and The Left, and is coded '0' otherwise. The main independent

variables are the ideological and policy-area specific distances between voters and parties. I refer to the squared distance between the self-placement of a voter and the position of the parties as perceived by the voter.² I interact the distance variable with dummy variables that provide information on whether a respondent has a university entrance degree or not (as an indicator for formal education) and if the respondent was able to correctly answer the question whether the first vote or the second vote on the ballot for *Bundestag* elections is decisive for the distribution of seats in the German parliament. If the respondent came up with the correct answer – the second vote (*Zweitstimme*) is crucial for the seat distribution in the *Bundestag* –, then I consider them as politically sophisticated. In 2009, 46 percent of the respondents came up with the correct answer according to GLES data; the share increased to 52 percent in 2013.

I control for a large set of theoretically relevant variables that help to explain voting behaviour in modern democracies. Voting behaviour is, of course, not only determined by the perceived proximity to the parties on several policy dimensions. The well-established ‘Michigan school’ model, summarized by the ‘funnel of causality’ (Campbell et al. 1960; Lewis-Beck et al. 2008), combines valence issues and candidate preferences of voters with the interests of voters that result from their position in a country’s social structure (see also Stokes 1963; Stinchcombe 1975; Evans 1999; Abney et al. 2013). Furthermore, Campbell et al. (1960) developed the concept of ‘party identification’. Accordingly, voters develop a close attachment to a political party which should not change significantly over time (see, however, Schmitt-Beck et al. 2006). Based on this vast body of literature, I include further explanatory variables in our models: party identification, the perceived problem-solving capacity of a party (as a proxy for the valence issue concept developed by Stokes (1963)), the economic situation as perceived by voters, and the belonging of a voter to a social group that has a special relation to a political party (Lewis-Beck/Stegmaier 2000; Dassonneville/Lewis-Beck 2013, 2014). In doing so, I generated a dummy variable that takes a value of ‘1’ if a party represents the interests of the social group to which the voter belongs to on the basis of the Lipset and

2 For instance, the left-right dimension is measured on the basis of an eleven-point-scale in German election studies, ranging from ‘1’ (‘left’) to 11 (‘right’). Each respondent places themselves and the parties on that dimension. On that basis, I measure the individual distances between each respondent and the main parties competing for votes. The greater the distance between the respondent and the party, the less likely should the respondent select this party.

Rokkan (1967) cleavage approach. I take the following relationships between social groups and parties into account: (1) Voters who regularly attend church, which leads to a close attachment to the Christian Democrats, and (2) trade union members as traditional supporters of the Social Democrats (e.g., Elff/Roßteutscher 2011). If, for instance, voters belong to a labour union, then they should be more likely to vote for the Social Democrats since they are traditionally the ‘ally’ of labour unions and represent the interests of their members at the level of parliamentary decision-making in Germany. Furthermore, I include a variable that informs us which party a voter perceives as being able to solve the most important problem. If voters name a party which is, in their view, able to solve the most salient problem, then they should be more likely to vote for this party. Moreover, I cover retrospective voting theory (Lewis-Beck/Stegmaier 2000) and include a variable that is coded ‘1’ if a voter considers the economy to be in good shape and ‘0’ otherwise. Voters should be more likely to vote for a government party if they think that the economic situation has become better. Finally, I include variables that provide information on the gender, age and region (Western vs. Eastern Germany) in the regression models.

I expect that an increasing distance between the voter’s position and the one of the respective party – as perceived by the voter – should make voting for this party less likely. According to hypothesis 1a, I expect that this effect is weaker in case of less educated and/or less politically sophisticated voters. The effect should decrease even more if the focus is on policy-area specific dimensions and not on an overall left-right conflict axis according to hypothesis 1b. In line with the consistency argument in hypothesis H2a, I expect that voters should not base their decisions on the proximity model if parties came up with only few and less consistent messages during the election campaign. This refers to the CDU/CSU in the 2009 election campaign, and to the FDP, the Greens and the Left in the 2013 campaign. In relation to the argument on education and political sophistication of voters, I expect – as formulated in hypothesis 2b – the effect of missing consistency to be stronger for less educated and/or less politically sophisticated voters. The next section presents the findings of our analysis and evaluates the main hypotheses.

4. Results

Because of the large number of regression models which are presented in detail in the appendix (see Tables A1, A2 and A3), I restrict the presentation of

the results to an overview for which party in which election proximity-based voting had the expected statistically significant negative effect on the 90% level.³ In addition, I interact the proximity-voting variables with a dummy variable providing information on the formal education degree and, in separate regression models, with the indicator for political sophistication. To evaluate the hypotheses, I test whether the indicators for proximity voting – i.e., the individually perceived distance between respondents and parties on a general left-right dimension, an economic left-right dimension and a societal dimension have the expected statistically significant and negative effects. The larger the distance towards a party is, the less likely should a respondent vote for the respective party. In case of voters with a lower degree of education or lower political sophistication, I expect that the distance variables do not have any effect, in particular in the case of policy area-specific dimensions and when parties did not come up with clear policy positions. By taking into account that an interpretation of interaction terms and their substantive effects on the basis of the respective coefficients' significance levels can be misleading (see, e.g., Brambor et al. 2006; Mitchell 2012), I evaluate the hypotheses on the basis of marginal effect plots (see Figures A1, A2, A3 and A4 in the appendix).

Table 2 provides an overview of the effects for the 2009 *Bundestag* election. The perceived distance between a respondent and all five parties has the expected statistically significant and negative impact if the distance is measured on the basis of the overall left-right dimension. There is neither a difference between highly and less highly educated voters nor between politically sophisticated and non-sophisticated voters. However, there is evidence that distances between voters and parties do matter less once they are calculated on the basis of more specific policy dimensions, in particular if voters do not have a university entrance degree or if they are not politically sophisticated.

In case of politically more sophisticated voters, the individually perceived distance on the economic policy dimension had the expected negative effect on the chance to vote for SPD, FDP, Greens and The Left, whereas the distance on this policy dimension mattered only for the chance to vote for the socialists. The patterns look similar in case of the societal policy dimension: in four of the five cases under study, an increasing distance towards the respective

3 This is, of course, a very simplistic way of presenting and interpreting the results, which does not take into account that statistically significant effects do not necessarily mean strong substantive effects.

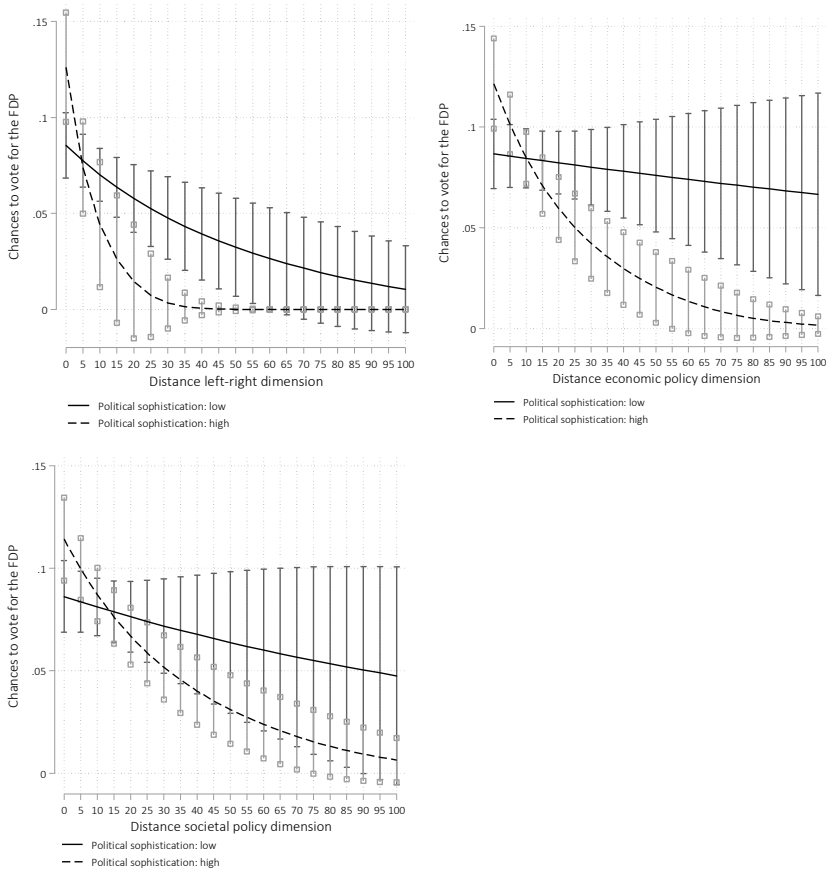
parties decreased significantly the chances to vote for them. In addition, the proximity voting model seems to work better in case of highly sophisticated voters, whereas the differences between respondents with a high degree and a lower degree of education are less pronounced. For instance, respondents with a high degree of political knowledge had a chance of about 10 percent voting for FDP if they adopted the same position as the Liberals on the three dimensions under study. This chance decreased significantly the more the individually perceived distance towards the Liberals increased (see Figure 1). Therefore, I find – at least for the case of the 2009 *Bundestag* election – support for hypothesis 1b: political sophistication matters for proximity voting, but only in the case of more specific policy dimensions. There is also evidence for hypothesis 2a: the perceived economic policy distance towards the Christian Democrats, which did not appear united on economic issues during the 2009 election campaign, did not matter for the chances to vote for the CDU/CSU.

Table 2: The effect of proximity by policy dimension, education and political sophistication in case of the major German parties for the 2009 federal election

	Left-right dimension		Economic policy dimension		Societal policy dimension	
	No high school degree	High school degree	No high school degree	High school degree	No high school degree	High school degree
CDU/CSU	✓	✓				
SPD	✓	✓			✓	
FDP	✓	✓	✓	✓	✓	✓
Greens	✓	✓		✓		✓
The Left	✓	✓	✓	✓	✓	✓
	Not politically sophisticated	Politically sophisticated	Not politically sophisticated	Politically sophisticated	Not politically sophisticated	Politically sophisticated
CDU/CSU	✓	✓			✓	
SPD	✓	✓		✓		✓
FDP	✓	✓		✓		✓
Greens	✓	✓		✓		✓
The Left	✓	✓	✓	✓	✓	✓

Comment: A checkmark indicates that the marginal effect plots indicated a negative and on the 90% level statistically significant effect of the respective distance variables. Grey highlighted entries indicate parties that showed a lower degree of cohesion in their election campaign statements.

Figure 1: Marginal effect of the perceived ideological/policy area-specific distances on the chances to vote for the FDP in 2009, by political sophistication



Comment: Estimates based on the models presented in Table A2.

When shifting the perspective to the 2013 *Bundestag* election, I find that the proximity model seems to have fewer effects on voting behaviour in general when comparing it to the 2009 election (see Table 3). Even in case of the distance measures based on the general left-right dimension, for some parties – FDP and Greens – the ideological distance did not matter for the chances to cast a ballot in favour of the respective parties. In even more cases, the proximity model did not work when focussing on the economic

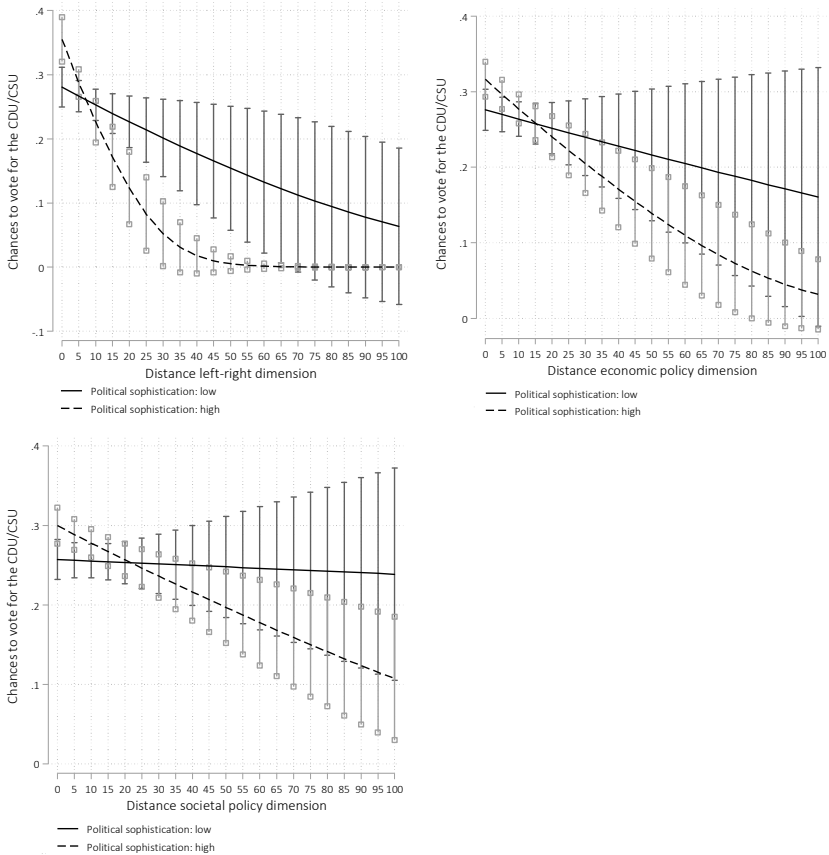
and societal policy dimension. With the exception of the economic policy dimension, more educated and politically sophisticated voters did, however, base their decision on the perceived policy distances in more cases than less educated or politically sophisticated voters. Figure 2 shows, for example, that respondents with a high degree of political sophistication, measured by political knowledge, have – in contrast to lower sophisticated voters – a lower chance to choose the Christian Democrats, the larger the distance on the ideological left-right axis as well as on an economic and societal policy dimension is. This again supports hypothesis H1b. Also, H2a finds support: only the chances to vote for the Left Party, which did – besides the Greens and the FDP – not appear unified in societal issues during the 2013 election campaign, were negatively affected by an increasing policy distance as perceived by the voters. This was, however, only the case for more educated and politically sophisticated voters, which speaks in favour of hypothesis 2b.

Table 3: The effect of proximity by policy dimension, education and political sophistication in case of the major German parties for the 2013 federal election

	Left-right dimension		Economic policy dimension		Societal policy dimension	
	No high school degree	High school degree	No high school degree	High school degree	No high school degree	High school degree
CDU/CSU	✓	✓	✓			✓
SPD	✓	✓		✓		
FDP		✓				
Greens						
The Left	✓	✓	✓			✓
	Not politically sophisticated	Politically sophisticated	Not politically sophisticated	Politically sophisticated	Not politically sophisticated	Politically sophisticated
CDU/CSU	✓	✓		✓		✓
SPD	✓	✓				
FDP						
Greens					✓	
The Left	✓	✓		✓		✓

Comment: A checkmark indicates that the marginal effect plots indicated a negative and on the 90% level statistically significant effect of the respective distance variables. Grey highlighted entries indicate parties that showed a lower degree of cohesion in their election campaign statements.

Figure 2: Marginal effect of the perceived ideological/policy area-specific distances on the chances to vote for CDU/CSU in 2013, by political sophistication



Comment: Estimates based on the models presented in Table A4.

5. Conclusions

The proximity model of vote choice is one of the major theories in political decision-making. However, several scholars claim that it is far from being a realistic scenario that voters are able to ‘calculate’ the distances between their own position and the ones of the parties and their representatives competing for votes. The aim of this paper was to contribute to this discus-

sion and to evaluate if voters decide on the basis of individually perceived ideological and policy-area specific distances, even if, first, voters are not politically sophisticated or do not have a high degree of education and, second, party representatives did not appear united in programmatic terms in the final weeks of an election campaign. The results, based on the analysis of survey data of the 2009 and 2013 national election study and media reports on party policy messages, provided evidence that the chances to vote for a party increase if the individually perceived ideological distance decreases. This pattern exists in the case of highly educated voters and less educated voters as well as for politically sophisticated voters and voters who have less political sophistication. While these findings are stronger in the case of the 2009 election in contrast to the 2013 Bundestag election, I do not find evidence for these patterns with regard to distances based on more concrete policy areas which are less easy to estimate for voters compared to the well-known left-right heuristic. The proximity model works here for more educated and politically sophisticated voters, whereas there is no evidence that an increasing distance between voters and parties on economic and societal issues matters significantly for party choice in 2009 and 2013. Furthermore, there is – albeit in a few cases – evidence that proximity voting cannot be observed if parties send less clear policy messages during the final weeks of an election campaign, indicating that proximity voting needs clear and cohesive statements by party representatives, so that voters can base their choices on clearly perceived policy positions. However, this conclusion is here drawn on the basis of very few cases only, so that we cannot generalize these effects. In addition, the – very conservative – empirical model covers several theoretically relevant independent variables which might correlate with the proximity measures, which, in turn, might affect the results. Furthermore, there is very limited variation in the degree of cohesiveness in the positional signals parties and their representatives send out during the election campaign. We therefore need comparative data that allows for a large N research design, so that we can draw more solid conclusions.

These findings have important implications for political representation and should also matter for the overall satisfaction with the institutions and the policy outputs of a democratic political systems. If an increasing share of voters decide late during an election campaign (see, e.g., Nadeau et al. 2010, 2019; Schmitt-Beck/Partheymüller 2012; Box-Steffensmeier et al. 2015; Dassonneville et al. 2017; Johann et al. 2018), then less clear and less consistent policy signals sent by the representatives of political parties in

the final weeks of an election campaign could result in the risk that voters do not choose the party which represents their policy views. This misfit in the selection of an agent (i.e., parties and their candidates) by the principals (i.e., voters) is likely to decrease the policy responsiveness and, therefore, the satisfaction with and the trust in democratic political institutions (e.g., Lefkofridi et al. 2014; Thomassen 2016). To test these implications of the findings presented here, more research is needed which should adopt a comparative perspective, so that more cases over time and across countries are covered.

References

- Abney, R., Adams, J.F., Clark, M., Easton, M., Ezrow, L., Kosmidis, S., Neundorf, A., 2013. When does valence matter? Heightened valence effects for governing parties during election campaigns. *Party Politics* 19 (1), 61–82.
- Adams, J.F., Merrill, S.III, Grofman, B., 2005. *A unified theory of party competition: A cross-national analysis integrating spatial and behavioral factors*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Baumann, M., Gross, M., 2016. *Where Is My Party? Introducing New Data Sets on Ideological Cohesion and Ambiguity of Party Positions in Media Coverage*. MZES Working Paper 167. Mannheim: Mannheim Centre for European Social Research.
- Benoit, K., Laver, M., 2006. *Party policy in modern democracies*. London/New York: Routledge.
- Box-Steffensmeier, J., Dillard, M., Kimball, D., Massengill, W., 2015. The long and short of it: the unpredictability of late deciding voters. *Electoral Studies* 39 (1), 181–194.
- Brader, T.A., Tucker, J.A., 2009. What's Left behind When the Party's Over: Survey Experiments on the Effects of Partisan Cues in Putin's Russia. *Politics & Policy* 37 (4), 843–868.
- Brambor, T., Clark, W.R., Golder, M., 2006. Understanding interaction models: Improving empirical analyses. *Political Analysis* 14 (1), 63–82.
- Campbell, A., Converse, P.E., Miller, W.E., Stokes, D.E., 1960. *The American Voter*. New York: John Wiley & Sons.
- Converse, P., 1964. The Nature of Belief Systems in Mass Publics. In: Apter, D. (Ed.), *Ideology and Discontent*. New York: Free Press, pp. 206–261.
- Costello, R., Thomassen, J., Rosema, M., 2012. European Parliament elections and political representation: Policy congruence between voters and parties. *West European Politics* 35 (6), 1226–1248.
- Cox, G.W., McCubbins, M.D., 1991. On the decline of party voting in Congress. *Legislative Studies Quarterly* 16 (4), 547–570.
- Dassonneville, R., Baudewyns, P., Debus, M., Schmitt-Beck, R., 2017. The time of the vote choice: Causes and consequences of late-deciding. In: Deschouwer, K. (Ed.), *Mind the Gap: Political Participation and Representation in Belgium*. Colchester: Rowman & Littlefield International/ECPR Press, pp. 201–227.

- Dassonneville, R., Lewis-Beck, M.S., 2013. Economic policy voting and incumbency: Unemployment in Western Europe. *Political Science Research and Methods* 1 (1), 53–66.
- Dassonneville, R., Lewis-Beck, M.S., 2014. Macroeconomics, economic crisis and electoral outcomes: A national European pool. *Acta Politica* 49 (4), 372–394.
- Debus, M., Müller, J., 2014. Expected utility or learned familiarity? The formation of voters' coalition preferences. *Electoral Studies* 34 (1), 54–67.
- Debus, M., Somer-Topcu, Z., Tavits, M., 2016. Comparative Campaign Dynamics Dataset. Mannheim Centre for European Social Research, University of Mannheim. <http://www.mzes.uni-mannheim.de/d7/en/datasets/comparative-campaign-dynamics-dataset>.
- Downs, A., 1957. *An economic theory of democracy*. New York: Harper and Row.
- Eberl, J.M., Plescia, C., 2018. Coalitions in the news: How saliency and tone in news coverage influence voters' preferences and expectations about coalitions. *Electoral Studies* 55 (1), 30–39.
- Elff, M., Roßteutscher, S., 2011. Stability or decline? Class, religion and the vote in Germany. *German Politics* 20 (1), 107–127.
- Evans, G., 1999. Class voting: From premature obituary to reasoned appraisal. In: Evans, G. (Ed.), *The end of class politics? Class voting in comparative context*. Oxford: Oxford University Press, pp. 1–20.
- Fernandez-Vazquez, P., Somer-Topcu, Z., 2019. The informational role of party leader changes on voter perceptions of party positions. *British Journal of Political Science* 49 (3), 977–996.
- Fortunato, D., 2021. *The cycle of coalition: How parties and voters interact under coalition governance*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gomez, B.T., Wilson, J.M., 2001. Political sophistication and economic voting in the American electorate: A theory of heterogeneous attribution. *American Journal of Political Science* 45 (4), 899–914.
- Grofman, B., 2004. Downs and two-party convergence. *Annual Review of Political Science* 7 (1), 25–46.
- Joesten, D.A., Stone, W.J., 2014. Reassessing proximity voting: Expertise, party, and choice in congressional elections. *Journal of Politics* 76 (3), 740–753.
- Johann, D., Kleinen-von Königslöw, K., Kritzinger, S., Thomas, K., 2018. Intra-campaign changes in voting preferences: the impact of media and party communication. *Political Communication* 35 (2), 261–286.
- Lachat, R., 2008. The impact of party polarization on ideological voting. *Electoral Studies* 27 (4), 687–698.
- Lefkofridi, Z., Giger, N., Gallego, A., 2014. Electoral participation in pursuit of policy representation: ideological congruence and voter turnout. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties* 24 (3), 291–311.
- Lewis-Beck, M.S., 1986. Comparative Economic Voting: Britain, France, Germany, Italy. *American Journal of Political Science* 30 (2), 315–346.

- Lewis-Beck, M.S., Jacoby, W.G., Norpoth, H., Weisberg, H.F., 2008. *The American Voter Revisited*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Lewis-Beck, M.S., Stegmaier, M., 2000. Economic determinants of electoral outcomes. *Annual Review of Political Science* 3 (1), 183–219.
- Lipset, S.M., Rokkan, S., 1967. Cleavage structures, party systems, and voter alignments: an introduction. In: Lipset, S.M., Rokkan, S. (Eds.), *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York: The Free Press, pp. 1–64.
- Lupia, A., McCubbins, M.D., 1998. *The Democratic Dilemma: Can Citizens Learn What They Need to Know?* Cambridge: Cambridge University Press.
- Lupia, A., McCubbins, M.D., Popkin, S.L., 2000. *Elements of Reason: Cognition, Choice, and the Bounds of Rationality*. New York: Cambridge University Press.
- Macdonald, S.E., Rabinowitz, G., Listhaug, O., 1995. Political sophistication and models of issue voting. *British Journal of Political Science* 25 (4), 453–483.
- MacKuen, M.B., Erikson, R.S., Stimson, J.A., 1992. Peasants or bankers? The American electorate and the US economy. *American Political Science Review* 86 (3), 597–611.
- Mauerer, I., Thurner, P., Debus, M., 2015. Under Which Conditions Do Parties Attract Voters' Reactions to Issues? Party-Varying Issue Voting in German Elections 1987–2009. *West European Politics* 38 (6), 1251–1273.
- Merolla, J.L., Stephenson, L.B., Zechmeister, E.J., 2008. Can Canadians Take a Hint? The (In)Effectiveness of Party Labels as Information Shortcuts in Canada. *Canadian Journal of Political Science* 41 (3), 673–696.
- Mitchell, M.N., 2012. *Interpreting and visualizing regression models using Stata*. College Station: Stata Press.
- Müller, W. C., (2000). "Political parties in parliamentary democracies: Making delegation and accountability work". *European Journal of Political Research* 37 (3), 309-33.
- Morgenstern, S., 2004. *Patterns of Legislative Politics: Roll Call Voting in Latin America and the United States*. New York: Cambridge University Press.
- Nadeau, R., Lewis-Beck, M.S., Foucault, M., 2019. Wealth and voter turnout: investigating twenty-eight democracies. *Polity* 51 (2), 261–287.
- Nadeau, R., Pétry, F., Bélanger, É., 2010. Issue-based strategies in election campaigns: The case of health care in the 2000 Canadian federal election. *Political Communication* 27 (4), 367–388.
- Nyhuis, D., Plescia, C., 2018. The nonideological component of coalition preferences. *Party Politics* 24 (6), 686–697.
- Popkin, S., 1991. *The Reasoning Voter: Communication and Persuasion in Presidential Campaigns*. Chicago: University of Chicago Press.
- Powell Jr, G. Bingham. 2004. The quality of democracy: The chain of responsiveness. *Journal of Democracy* 15 (4), 91–105.
- Rabinowitz, G., Macdonald, S.E., 1989. A Directional Theory of Issue Voting. *American Political Science Review* 83 (1), 93–121.
- Rahn, W.M., 1993. The Role of Partisan Stereotypes in Information Processing about Political Candidates. *American Journal of Political Science* 37 (2), 472–496.

- Rattinger, H., Roßteutscher, S., Schmitt-Beck, R., Weßels, B., et al., 2011. Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009. Baden-Baden: Nomos.
- Schmitt-Beck, R., Partheymüller, J., 2012. Why voters decide late: A simultaneous test of old and new hypotheses at the 2005 and 2009 German federal elections. *German Politics* 21 (3), 299–316.
- Schmitt-Beck, R., Rattinger, H., Roßteutscher, S., Weßels, B., Wolf, C., et al., 2014. Zwischen Fragmentierung und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013. Baden-Baden: Nomos.
- Schmitt-Beck, R., Weick, S., Christoph, B., 2006. Shaky attachments: Individual-level stability and change of partisanship among West German voters, 1984–2001. *European Journal of Political Research* 45 (4), 581–608.
- Singh, S.P., 2010. Contextual influences on the decision calculus: A cross-national examination of proximity voting. *Electoral Studies* 29 (3), 425–434.
- Singh, S.P., Roy, J., 2014. Political knowledge, the decision calculus, and proximity voting. *Electoral Studies* 34 (1), 89–99.
- Slothuus, R., 2009. The Political Logic of Party Cues in Opinion Formation. Paper prepared for the Annual Meeting of Midwest Political Science Association, Chicago.
- Somer-Topcu, Z. 2015. Everything to everyone: The electoral consequences of the broad-appeal strategy in Europe. *American Journal of Political Science* 59 (4), 841–854.
- Stinchcombe, A.L., 1975. Social structure and politics. In: Greenstein, F.I., Polsby, N.W. (Eds.), *Macropolitical theory*. Reading: Addison-Wesley, pp. 557–622.
- Stokes, D., 1963. Spatial Models and Party Competition. *American Political Science Review* 57 (2), 368–377.
- Suzuki, M., 1991. The rationality of economic voting and the macroeconomic regime. *American Journal of Political Science* 35 (3), 624–642.
- Thomassen, J., 2016. An ever closer and more democratic Union? *Electoral Studies* 44 (1), 544–551.
- Zaller, J., 1992. *The Nature and Origins of Mass Opinion*. New York: Cambridge University Press.

Online Appendix

https://www.nomos-shop.de/shopfiles/anhang_978-3-7560-0800-1_mat_online_anhang.pdf

Party Contacts in Comparative Perspective

Paul A. Beck*

1. Introduction

Direct party and candidate contacts with voters have long been a staple of election campaigns. Before the development of modern media, candidates appealed to voters through doorstep canvassing and mass rallies. They were designed principally to mobilize the party faithful, to make sure that they turned out at the polls. In some countries, partisan newspapers propagandized their readers with candidate-supportive stories. As newspapers turned to mass market appeals, however, they played much less of a role as party organs and were replaced by partisan advertising on radio and then television. With the recent proliferation of narrowcasting in politically fragmented “markets”, radio, television, and increasingly the Internet have been devoted to mobilizing party supporters. Whatever the means, personal contacts with voters remain an important tool of political campaigning.

This paper draws upon surveys from the Comparative National Election Project¹ to explore party contacting efforts in election campaigns as reported by voters. Most previous research on party contacting has focused on individual country studies within Anglo-American democracies, places where party effort at the grass roots has long been well established.² Only a few studies track party contacting cross-nationally beyond these familiar shores (Karp/Banducci 2007; Karp et al. 2007; Klingelhöfer/Schlozman 2018; Magalhães et al. 2020; Krönke et al. 2022). The CNEP surveys provide a wider range of countries and elections. They focus on respondents’ answers to two questions designed to measure party contacts – one about direct, personal contacts and the other about direct contacts of any

* I gratefully acknowledge Darren Lilleker, Pedro Magalhães, and Robert Mattes for their assistance in the research for this paper.

1 For more on the CNEP, see u.osu.edu/cnep. The technical details of each of its surveys are provided there.

2 For the United States, inter alia, see Beck 2022; for Britain, inter alia, see Johnston et al. 2012.

other kind. The paper focusses on four dozen national elections between 1992 and 2022.

In 48 of the CNEP surveys, overall contact was measured for both personal and other kinds of contact by two questions:

“Did a representative of any of the following political parties or candidates contact you *in person* during the campaign?”

“Did a representative of any of the following political parties contact you in any other way such as mail, phone, email, text message, social media, etc. during the campaign?”

These questions were combined to capture party contacts broadly using a positive response to either question. This dichotomous measure will be the principal focus of the following analysis. In 46 of the surveys, it is possible to consider the two questions separately and determine how much of the traditional face-to-face party canvass remains and other methods of contact have emerged.³ Follow up questions were asked to determine the party making the contact.

It is important to emphasize the necessary generality of these questions. While they probably can identify the party of the contact, survey respondents are unlikely to know exactly whether a particular party *candidate* was being supported. In single-member-district legislative contests, the contact is likely to be on behalf of the party’s candidate for that constituency. In multi-member legislative districts, however, the contact could be on behalf of one or more different candidates from the same party. In combined elections for both president and the legislature, the contact could be on behalf of the president, the legislative candidate(s) or both. And in some elections, the contact comes in support of the party ticket or party list, not any particular candidate. In each case, respondents should be able to identify the specific party of the contact even if they might have difficulty attributing it to any particular candidate.⁴ All of these types of contact were possible inclusions in our measure.

It has become increasingly important to look beyond the *traditional* ways of personal contacting. The hallmark of the party canvass in the older

3 In two country elections (U.S. 1992, Spain 2011), a single question was used to measure overall contact, but there was no way to separate personal from other kinds of contacts.

4 In a few countries with presidential elections (e.g., Indonesia), where parties are weak or transient, the focus had to be on leading candidates, and respondents were asked about them rather than a specific party.

democracies was greeting voters at their doorstep. More modern methods, practiced especially in the industrialized world, involve the mail and telephoning, and recently online contacts via emails. Even if personalized methods may be more effective in mobilizing voters,⁵ they are considerably more labor intensive, thus less efficient. Because of their efficiency, online contacts in particular have become more prevalent and should be even more common as a contacting method of choice in the future (Aldrich et al. 2016; Hooghe et al. 2010; Vaccari 2017).⁶

Earlier multi-country studies of party contacting were based on questions asked in varying ways across an ever-increasing and more recent number of elections. Karp et al. (2007) measured contacts by personal visits or telephone calls across seven advanced democracies in elections between 1993 and 2001.⁷ Karp and Banducci (2007) used the common Comparative Studies of Electoral Systems (CSES) module 2 question to analyze party contacting between 2001 and 2004 in 23 countries, again unable to differentiate between personal and other means of contact.⁸ Bhatti et al.'s (2016) meta-analysis focusses solely on the door-to-door canvas, finding it more effective in mobilizing voters in the United States than in Europe. More recently, Magalhães et al. (2020) analyzed results from surveys in 38 countries from 2011 to 2016 that specified the type of contact, so that they were able to differentiate traditional (mail, phone, and in-person) from new (e-mails, texts, and social networks/micro-blog messages or posts) modes of contact.

These studies provide a firm foundation of both results and theoretically-driven hypotheses for the current study. To parallel them as much as possible, and also to take into account the newer ways of contacting voters, my analysis relies mainly on the combined overall measure as described above. Because face-to-face personal contacts are thought to be the most effective ways on mobilizing voters, however, the paper takes a brief detour to examine responses to the first CNEP question – contacts in person.

5 A meta-analysis by Bhatti et al. (2016) of door-to-door canvassing studies in Europe questions whether the advantages found for them in the U.S. are repeated in European elections.

6 For how both scholarly and campaign-led experimental studies can combine to shed light on party mobilization efforts, see Green and Gerber (2016).

7 The questions varied from country to country. Unable to distinguish between personal visits and telephone calls, in all of the countries, they combined them into a single measure of contact.

8 The question was: "During the last campaign did a candidate or anyone from a political party contact you to persuade you to vote for them?"

Most of the election surveys to be analyzed in this paper were conducted in democratic countries, some traditional democracies, others relatively new ones. In a few cases (Hong Kong 2015, Russia 2016, Iran 2016, Serbia 2020), even though elections were held, they were not conducted under the free and fair conditions that would qualify them as democratic (Coppedge et al. 2022). A few of the elections were especially notable because they were early democratic elections after a long non-democratic interlude (Chile 1993) or in the early years of a transition to democracy (Indonesia 2004⁹, South Africa 2004). This diversity in election conditions moves us well beyond the study of party contacting in single elections, which has dominated work on this topic, and even the handful of pioneering cross-national analyses.

The following pages focus first at the aggregate level, starting with the frequencies of overall party contacts and personal contacts in each country election. These elections and the conditions under which each is conducted are unique in important ways. As previous studies have shown, electoral conditions can be expected to make a difference in the amount of effort the parties and candidates devote to direct contacting. In particular, the aggregate analysis focuses on differences across elections in the same countries, then country-by-country differences in the longevity of democracy, in contrasting efforts between the major contestants, in contacting by parties of the left vs. right, and in electoral systems. The analysis then drills down to the individual voter level, working with a pooled data file of 57,224 respondents¹⁰ to determine what kinds of people are contacted across this wide variety of places and elections.

2. Party Contacts across Countries and Elections: An Aggregate Analysis

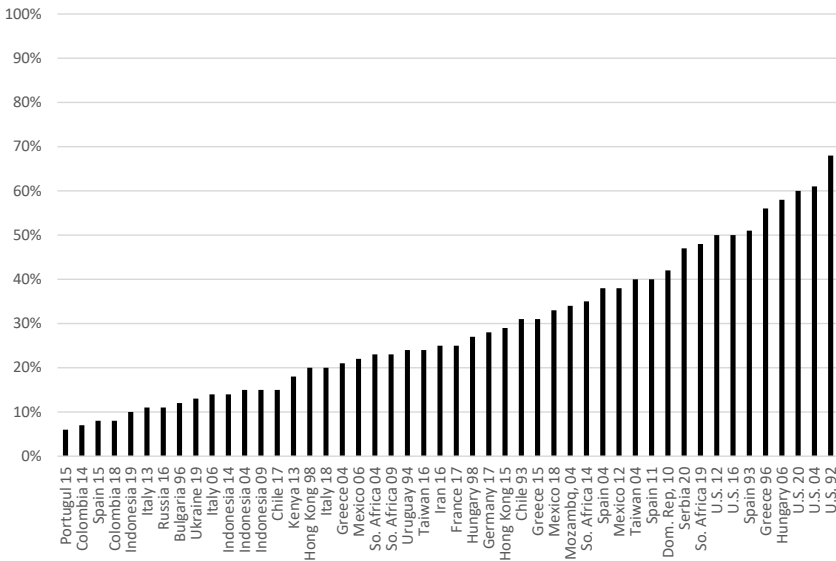
Figure 1 shows overall party contacts by country and election from the smallest to largest percentage of survey respondents reporting contacts. The range is considerable, from six percent of overall contacts in Portugal in

9 Mujami et al. (2018) identify 1999 as the first Indonesian democratic election.

10 The total number of valid cases for the individual-level analysis is 77,936, with the number varying from a low of 900 in Chile 1993 to a high of 3236 in Germany 2017. The pooled data were weighted to N=1200 for each survey to give each election an equal contribution to the results. The weighted number of valid cases in the pooled data set totals 57,224. In the few cases where the respondent did not answer the party contact questions, the case was eliminated as missing data and excluded from the valid cases totals.

2015 to 60 percent or more in three different U.S. elections. In 15 of the 48 country elections, the percentage reporting contacts did not exceed 20 percent. By contrast, in 13 elections, the percentage reached 40 percent or more.

Figure 1: Party Contacts Across Countries and Elections



Source: CNEP surveys.

2.1 Multi-Election Variability in Party Contacting

Multiple elections were surveyed in some countries, which enables comparisons across contests in which country election system is more-or-less held constant. The results show consistently high levels of party activity in contacting voters at 50 percent or more in the five U.S. contests studied, distinguishing the U.S. as a party contacting “exemplar.” More common are consistently low levels of party grass-roots effort. Reported contacts in the three Italian elections never exceeded 20 percent. They fell below 15 percent in the four Indonesian elections and below ten percent in the two Colombian elections.

Results for other countries with multiple surveys, however, show that party contacting is more election-specific than country-specific. More than half of Spaniards reported party contacts in 1993 and around 40 percent were contacted in two other election contests, but contacting fell to less than ten percent in the 2015 contest, which marked the denouement of Spain's two-party system. About 15 percent of Chilean respondents reported contacts in 2017, half of the 30 percent of 1993.¹¹ The return to democratic elections just four years after the Pinochet authoritarian interlude seems to have motivated the parties in 1993 to engage in competitive politics with vigor. Contacts in Greece approached 60 percent in the highly competitive 1996 election, yet dropped to only slightly more than 20 percent in 2004, before rising to over 30 percent in 2015. South Africa was another country with variable levels of reported party contact: Slightly above 20 percent in 2004 and 2009, the rate rose to around 35 percent in 2014, then surged to almost 50 percent by 2019 as opposition to the dominant African National Congress strengthened. Hungary registered close to 30 percent in 1998, then doubled in 2006. Mexico too showed varying contact levels: Slightly above 20 percent in 2006, then up to past 30 percent in 2012 and 2018. Finally, in Hong Kong, under increasingly dire circumstances in terms of its relationship to mainland China, contacting increased somewhat from 1998 to 2015. These results should prompt caution in generalizing from single elections in most countries.

2.2 Party Symmetry in Contacting

Higher levels of party contact can result from disproportionate effort by a single party or can be the product of efforts by more than one party. The CNEP surveys recorded reported contacts for each of the parties competing in the election separately.¹² In the two-party U.S., the Democratic party and Republican party recorded almost equal levels of party contact, always reported by at least 35 percent of respondents. Here seems to be a case

-
- 11 The reported contacting level in Chile's 2021 was only two percent. However, this survey was conducted before the second-round election, and it is reasonable to suppose that more contacting may have taken place in the run-up to the second election. Because of the early timing of the survey, Chile 2021 is excluded from our analysis.
 - 12 Virtually all country elections included multiple parties, most of them receiving a small number of votes. The CNEP party contact questions focused on parties or candidates winning at least one percent of the vote.

of symmetry, with the major competitors responding to one another in this aspect of campaign strategy. While more respondents reported Republican party contact in three of five U.S. elections, both major parties were unusually active in reaching out. Only once across five elections studied did a third party or independent candidate (Ross Perot in 1992) show a significant level of party effort, though it fell far short of that for the major parties.

Similar parallelism in party activity appears in elections in some other countries. For the three elections where we have party-specific figures (1993, 2004, and 2011), Spain's major government and opposition parties, PSOE and PP, both contacted at least 35 percent of respondents. Even some of the other opposition parties there showed high levels of party contacting, albeit never quite reaching the levels of the two major competitors. In this respect, Spain joined the U.S. as an exemplar of party contacting activity. Similarly, parallel contacting rates appeared for the major government and opposition parties in the three Greek elections studied. In France 2017, furthermore, all of its principal contenders for the presidency showed comparable levels of activity.

In some of the other country elections with relatively high reported party contacting, by contrast, the results were driven by the disproportionately high levels of contacting achieved by a single party. In Hungary 1998 and 2006, Orban's FIDESZ led by a sizable margin, as did Mozambique's ruling FRELIMO in 2004. In all of the South African elections except 2019, when the Democratic Alliance rallied to match its effort, the African National Congress was significantly more active in contacting voters than any of the other parties. In Serbia 2020, Vucic's ruling Progressive Party dominated in party contacting. In Greece 2015, the two more centrist parties together in a governing coalition, New Democracy and PASOK, were both more active in contacting than any opposition parties. In short, in some elections party contacting effort by one party was more or less matched by another, while in other elections a single party dominated the contacting effort.

2.3 Parties of the Left versus Right in Contacting Effort

It sometimes is presumed that parties of the left are most dedicated to party contacting, given their historic challenge of motivating lower-class voters (Barnes 1977: 61-64; Hill/Leighley 1996; Anderson/Beramendi 2012).

With the effort of populist parties on the right at appealing to working class voters, however, this hypothesis may no longer be valid. Enough parties of the right, center-right, or center – e.g., U.S. Republicans, Hungarian FIDESZ, Serbian Progressives, Spain’s Popular Party, Greece’s New Democracy, the Dominican Liberation Party, France’s *En Marche* – were relatively active in contacting to challenge the hypothesis in the CNEP elections. By contrast, some left parties – Greece’s PASOK in 2004, Hungary’s Socialists, Germany’s Social Democrats – were not especially active, even falling behind competitors on the other ideological side. Parties of the left once may have been leaders in mobilizing working class supporters, but this “conventional wisdom” no longer applies in more modern times.¹³

2.4 Contacting in New versus Old Democracies

Previous studies have compared party contacting rates between newer and older democracies, hypothesizing that party organizations became better developed with more democratic experience. Karp and Banducci (2007) found that, while contacting rates compared favorably to the highest of the old democracies in the newly-democratic Brazil and Czech contests, overall contacting averaged slightly lower in the newer democracies. Other studies have replicated this result (Karp et al. 2007; Klingelhöfer/Schlozman 2018).

Among the 48 CNEP surveys, 21 were conducted in what might be regarded as new democracies: Hungary, Bulgaria and Mexico from the earlier Karp and Banducci (2007) study plus the Dominican Republic, Indonesia, Kenya, Mozambique, South Africa, and Ukraine. The CNEP-surveyed elections in these new democracies also averaged lower contacting rates than in the older countries. Where contacting was measured across several elections, however, the aforementioned variations undermined any ready conclusion that more experience with democratic elections led to enhanced party contacting. In Hungary, Mexico, and South Africa, the contacting rate increased as their democratic experience grew, while others showed little or

13 Parties of the left and the right in recent decades may have focused their attention on other groups that my analysis does not consider. Klingelhöfer and Schlozman (2018) have used CSES expert coding of ideological affinities to differentiate six broad families of parties – two in old democracies competing on the traditional left-right continuum following their mass-party legacy model, four in new democracies following their catch-all efficiency model. Lacking information on parties, I have not followed their thoughtful approach in this paper.

no growth. The previous conclusion that contacting often varies more with the particular elections than other factors is reaffirmed when it comes to the age of democracy.

2.5 Electoral and Party System Differences in Party Contacting

Several studies have found that party effort in contacting voters varies by the nature of the electoral system (Karp et al. 2007; Karp/Banducci 2007; Karp 2012; Magalhães et al. 2018; Sudulich/Trumm 2019; Krönke et al. 2022). Where legislative candidates face voters directly in single member districts, giving an incentive to individual candidates to reach out to voters, they have found that contacts are more common. By contrast, where candidates serve multi-member districts and are often part of a multi-candidate party list, they have little incentive for direct contacts with voters. It also can be hypothesized, although it remains untested in previous studies, that in presidential elections determined by popular votes, there is an incentive for presidential candidates and their representatives to reach out to voters directly, even if individual legislative candidates do not.

The CNEP studies add further support to the hypothesis that party contact is more frequent where legislative candidates face voters alone.¹⁴ An average of 37 percent of respondents reported contacts in single-member districts versus only 25 percent in multi-member districts. On the other hand, the popular election of presidents does not seem to matter in these CNEP countries. The average reported party contact in country elections containing presidential candidates is 29 percent, not significantly different than in country elections without them. In elections without presidential candidates or single-member districts, moreover, 30 percent of respondents reported party contacts versus 29 percent where either a presidential candidate was on the ballot or legislative districts were single-member. It is legislative candidates in single-member districts rather than presidential candidates who appear to be more engaged in reaching out to voters through various kinds of direct contacts.¹⁵

14 In a few countries (e.g., Italy), the electoral system changed over the course of the CNEP surveys. These changes were taken into account in the analysis.

15 In the 2017 British CNEP survey, in the classic setting of first-past-the-post elections in single-member parliamentary districts, almost all voters (98 per cent) reported being contacted by a party. These data are not included in the analysis for this paper

The number of parties also is related to party contacting activity in the CNEP studies. Almost all of the country elections saw a multitude of parties and party candidates dividing the vote. I differentiated them into those achieving at least ten percent of the vote versus those falling short of that threshold. About half of the country elections fell into each category. Where competition revolved around two parties, 36 percent of voters reported receiving contacts. In multiparty contests, the figure was 21 percent. It seems that parties have more incentive to contact voters when competition is between two contenders than when it is spread across multiple candidates and parties. Contacts may occur in the latter case, but they are dissipated among many contenders, leading to lower rates of contacting.

3. A Brief Detour to Examine Personal Party Contacts across Countries and Elections

The CNEP party contacting questions can be used to distinguish between perceived “in person” contacts and the other less personal ways that parties can reach out to voters, including the increasing party and candidate efforts to contact voters via the Internet and cell phones. It has long been established in studies of individual country elections that direct personal contacts are the most effective in mobilizing voters in election campaigns (Cutright/Rossi 1958; Cutright 1963; Green/Gerber 2015; Riccardo 2021). They deserve to be singled out for special attention in a brief detour from the continuing focus on overall contacting.

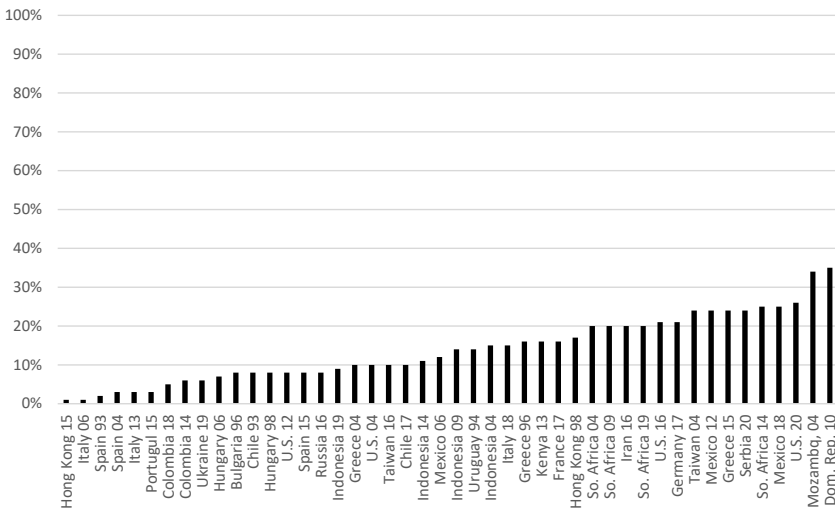
Figure 2 shows the percentages reporting personal contacts.¹⁶ Logically, personal contacting is substantially lower than overall contacting. Whereas an average of 30 percent of respondents reported some kind of contact, only twelve percent characterized the contacts as occurring in person. The percentage peaks at slightly over 30 percent in the Dominican Republic and Mozambique and does not surpass 20 percent in most other elections. Almost half of the surveys report personal contacting rates under ten percent, making it obvious that elections exhibiting relatively high levels of party contacting reached them through other means. In person contacts

because this number appears to be grossly inflated compared to all other studies of party contacting in Britain and in the opinions of experts I consulted. Even if inflated, though, the British data confirm the importance of the electoral system.

- 16 In two cases (U.S. 1992, Spain 2011), personal contacts were not differentiated in the questioning, so the N is reduced to 46 country surveys rather than 48.

are challenging; they depend on face-to-face encounters at the doorstep or where people congregate. Party canvassers may be uncomfortable with facing voters directly, and few campaigns have enough campaigners to conduct a comprehensive personal canvass. During the Covid pandemic, campaigns especially were reluctant to subject canvassers as well as voters to such exposure. By contrast, telephone call, text, leaflet, mail, and Internet messaging (Magalhães et al. 2020; Vaccari 2017) is easier to accomplish and more efficient in using campaign resources and volunteer time. The Internet is especially efficient and doubtlessly will be employed more and more in the future.

Figure 2: Personal Contacts Across Countries and Elections



Source: CNEP surveys.

It is hardly surprising that the Dominican Republic and Mozambique led the way in contacts of a personal sort, and that Mexico and South Africa too were relatively high. They are relatively poor countries in which many potential voters do not have access to telephones or the Internet and mail service may not be dependable. The easiest way to reach them is through a door-to-door canvass or in the marketplace. That the U.S. and Germany also are relatively high in personal contacts owes more to grass-roots efforts their parties have long been committed to as a major tool in political campaigns. The U.S. has a tradition of the party canvass, a major part of which

involves local party campaigns going door-to-door to mobilize their base (Cutright 1963, Beck 2022). Poorly financed campaigns there, especially in more localized races, often have no recourse but to rely on volunteers and candidates making this effort in the absence of money to devote to television advertising. As telephoning (through cheap long distance rates and mass robo-calls) and Internet messaging have become less expensive and easier to perform on a mass basis from central locations, however, the advantages of the door-to-door canvass may be narrowing – despite peoples’ increasing reluctance to answer their phones. As more and more people turn to their devices for communications with the outside world, one might expect face-to-face personal contacts to become less common.

4. Whom Do the Parties Contact; An Individual-level Analysis

The focus on country-level characteristics says little about the choices political campaigns make about which individuals to target in their contacting. To tell that story, I turn from the aggregate analysis to consider the characteristics of the individual respondents within each country.

4.1 Contacts From Own Party

Political campaigns often face a strategic choice between concentrating their attention on their own base of loyalists versus trying to reach beyond the base to attract support (Beck 1975; Rosenstone/Hansen 1993: 162-177; Nuñez 2021). Parties in recent U.S. elections have emphasized a base strategy, especially in devoting scarce resources to direct contacting (Panagopoulos 2016; Beck 2022). Even television advertising, with its potential to reach well beyond the base, often is focused more on inciting their own loyalists rather than persuading others. While party contacts as a mobilizing strategy have received considerable attention in U.S. studies (see Beck et al. 2018 and Beck 2022 and the works cited therein), little attention seems to have been paid to them in other countries (Rohrschneider 2002). Even the few studies of party contacting beyond the American shores tie it more to individual voter characteristics and party and electoral system

properties than to whether parties are mobilizing their own loyalists (Karp/Banducci. 2007; Karp et al. 2007; Magalhães et al. 2020).¹⁷

The CNEP data provide an opportunity to examine party mobilization strategies across a wide variety of country elections. Partisans' reports of whether their own or different parties contacted them show that mobilization contacts predominate. Across over 40 country elections where partisanship and party contacts were both measured, 79 percent of respondents who reported contacts received them from their own party. Own party contacts ranged from a low three percent in the multiparty 2017 Chilean election, where party contacting in general was negligible, to 95 percent in the two-party U.S. 2012 contest. In only three countries (Chile 1993 and 2017, Italy 2006 and 2018, Ukraine 2019) did less than a majority of those contacted report that the contact came from their own party.

It is to be expected that multi-party contests, particularly in elections with changing coalition partners, would foster contacts beyond co-partisans. By contrast, contacts in essentially two-party systems would be expected to come mostly from the partisans' own parties. Generally, this is the case. No parties in elections with spirited two-party competition devoted much attention to contacting beyond their base: an average of 81 percent of respondents who reported party contacts in these elections received them from their own party. Greece in 2015 (at 63 percent) had the lowest percentage, the U.S. the highest (from 82 to 87 to 95 percent across recent elections). In elections with multi-party competition, on the other hand, 64 percent on average reported contacts from their own party, with multi-party Italy in 2006 (45 percent) and 2018 (44 percent) and Chile in 1993 (43 percent) and 2017 (three percent, albeit with very little party contacting overall) falling below a majority and only Indonesia in 2004 (at 83 percent) surpassing the two-party average.

4.2 Individual Characteristics Beyond Own Party Contacting

Previous cross-national studies of party contacting (Karp/Banducci 2007; Karp et al- 2007; Karp 2012; Magalhães et al. 2020; Klingelhöfer/Schlozman 2018; Krönke 2022) have focused at the individual level on the characteristics of the people who have been recipients of party contacting. They

17 An exception is a recent paper by Krönke et al. (2022), which finds that African parties have focused disproportionate attention on targeting co-partisans.

have studied four types of individual variables: demographic characteristics, social networks, political attitudes, and political behaviors. The CNEP surveys allow us to consider each of many individual-level variables in turn by examining their correlation with whether the respondent was contacted, both scored dichotomously except where indicated otherwise.

Table 1 displays these correlations for all country surveys in Figure 1, ranked from the highest to the lowest. As can be seen from the right-hand column, they are based on varying numbers of respondents, depending upon whether each characteristic was measured in the survey. All of the correlations are significant at the standard .05 level; only the one for gender drops below .001. These correlations are mostly modest, paralleling results in previous research.

Demographic Characteristics. The relationships between the conventional demographics and party contacts are faint. Level of education, measured on a seven-point scale, is the strongest among them at .09. People with higher levels of education are more likely to have been contacted by the parties during the election campaign. Often seen as a demographic partner to education, income shows a somewhat lower correlation, with respondents in the top third of their country's income distribution more likely and those in the bottom third less likely to have been targeted. Reported contacts increase by age, with those 65 years of age or older reporting more than 17–29-year-olds. Only a slight trace of association with party contacting are differences by gender (men > women), by rural versus urban residence (urban > rural), marital status (married > unmarried), and subjective class (middle > working). While all of these correlations are significant at the highest levels given the large number of cases on which they are computed, the story of who is contacted by parties is only modestly a demographics story.

Table 1: Correlations between Party Contacts and Individual Characteristics

Variable	Correlation	Number of cases
Persuade Others (tried to influence others re vote=1; no=0)	0.24	19,105
Index of media use (0 to 4 different media used)	0.21	54,443
Strength of partisanship (None=0 to strong=4)	0.20	53,258
Worked on political campaign (yes=1; no=0)	0.17	48,177
High political interest (very interested=1; less=0)	0.15	53,503
Some political interest (somewhat or more=1; less=0)	0.15	53,503
Belongs to organization (Yes=1; no=0)	0.15	38,192
Attended campaign meeting (yes=1; no=0)	0.15	53,325
Strong partisan (yes=1; no=0)	0.14	53,258
Election talk with friends (Yes=1; no=0)	0.14	52,879
Election talk with family (Yes=1; no=0)	0.13	52,949
Participated in protest (Yes=1; no=0)	0.13	37,537
Voted in previous election (Yes=1; no=0)	0.12	48,685
Election talk with most important discussant (Yes=1; no=0)	0.11	46,731
Election talk with neighbors (Yes=1; no=0)	0.10	49,403
Voted in this election (Yes=1; no=0)	0.10	56,900
Education level (None=0 to Postgrad=7)	0.10	55,740
Election talk with co-workers (Yes=1; no=0)	0.09	48,997
Ideology (1,10=5; 2,9=4; 3,8=3; 4,7=2; none or 5,6=1 on 1 to 10 scale)	0.08	49,760
Election talk with spouse (Yes=1; no=0)	0.07	46,022
Right-wing ideologue (8-10=1 on 1 to 10 left, right scale; else=0)	0.05	49,760
Left-wing ideologue (1-3=1 on 1 to 10 left, right scale; else=0)	0.05	49,760
Trade union member (Yes=1; no=0)	0.05	54,668
Place of residence (rural=0; not rural=1)	0.05	56,022
Top income (Top 3 rd in country in income=1; less=0)	0.04	48,241
Above bottom income (bottom 3 rd in country income=0; higher=1)	0.04	48,241
Currently employed (Yes=1; no=0)	0.03	39,979
Age (Years of age from 17 to 100)	0.03	56,871
Gender (Male=1; female=0)	0.03	55,941
Religious (attends church or prays in Moslem countries=1; no=0)	0.02	47,244
Subjective social class (Middle or upper class=1; else=0)	0.02	20,820
Old age (65 or more years of age=1; less=0)	0.01	56,871
Marital status (Yes=1; No=0)	0.01	54,191
Young age (17-29 years of age=1; older=0)	-0.03	56,871

Source: CNEP surveys

Why is it that demographic characteristics are so weakly related to party contacting? Political campaigns target voters based on available information about them. Although there may be considerable variation across countries and elections, the campaigns may have access to voter files that contain basic information on place of residence and turnout history. Residence may be correlated with education and income, particularly in cities where neighborhoods often are segregated by home values that are its by-products. Age and gender sometimes are identifiable from the voter rolls as well. But campaigns want to know more about those voters before trying to mobilize them on their behalf, which should incline them to value voting histories as well as what demographic characteristics are available.

Social Network Involvement. Most people everywhere are embedded in social networks, and these networks may provide convenient connections for party mobilization (Huckfeldt/Sprague 1992). People have ties to family, friends, neighbors, coworkers, and among them are those with whom they may have political discussions. Many belong to organizations such as trade unions and churches that may communicate a particular political position or even openly support a candidate or party. It undoubtedly is challenging for parties to penetrate sufficiently into the personal networks to want to mine them for contacts. But it is easy to imagine a two-step flow of contacting influences from one member of a social network to another (McClurg 2004). Party targeting also may focus on organizations, famously trade unions and in some places churches, which bring their members together in like-minded groups. Organizations that might favor a party or candidate are particularly obvious contacting targets, and members of those organizations can be contacted in group meetings or via group mailings.

Party contacting is more highly correlated with the social network variables than it was for personal demographic characteristics. Among them, association members are most likely to be contacted, though the relationship is relatively modest. Surprisingly, trade union membership, though rare in the aggregate, only faintly positions people for campaign contacts. It no doubt varies by country, reaching its highest levels where unions are actively involved in politics. Those who talk politics within their personal networks, especially their family and friends, also are more likely to report party contacts, although again the correlations are modest. Because the nature of political talk within a personal network is not visible to party campaigns, however, this relationship probably is indirect, more attributable to their other characteristics.

Political Attitudes. It is understandable that peoples' political attitudes would make them more susceptible to being targets for political parties and candidates. Partisanship and ideology, interest in politics and use of the media for political information probably position them for political mobilization, even if these attitudes are not ordinarily visible to the party campaigns. Four-fold strength of partisanship and its dichotomy into strong vs. not strong show among the highest correlations with contacting in Table 1. Joining strength of partisanship in magnitude is reported use of from zero to four media sources (newspapers, radio, television, Internet) for political information, which is an indicator of political attentiveness. Beyond these variables, though, the correlations are more modest. Whether dichotomized into very or at least somewhat versus less interest, political interest falls short of media use and strength of partisanship in its association. To an even lesser degree, ideologues too report more party contacts, with those on the right marginally more than those on the left.

Political Behavior. It is in the realm of political behavior that party contacting is expected to be most pronounced. By engaging in political activity, voters' partisan leanings become visible to the campaigns, so it is logical for them to be designated as targets of party mobilization efforts. Leading the way in the correlations are various kinds of personal involvement in the political campaigns themselves – attempting to persuade others to vote a certain way (especially through a party canvass), working for a party or candidate, attending party meetings, and engaging in political protests all are ways that political campaigns can recognize who is likely to be a productive target for their contacts. Even voting in past elections signals to the campaign who is likely to go to the polls, and therefore warrant attention. To be sure, the campaign will want to know more about a likely voter before investing any effort in targeting them but being identified as a voter is a good place to start.

Given these expectations, it may be disappointing that the correlations with political behaviors do not rise substantially above those for the many other characteristics in Table 1. It needs to be taken into account, as is shown in Figure 1, that many parties or candidates do not engage in direct mobilization efforts or that they do not have access to political behavior characteristics. Even where voters would seemingly be productive targets for contacts, the parties may not have the inclination or the resources to seize the opportunities. Nor do the more visible of these behaviors alone invite party contacts. The parties understandably focus on their support

bases, as was shown earlier and will be illustrated in a pair of case studies below.

Individual Characteristics Summarized: A Logit Analysis. Table 1 presented the relationships between overall party contacting and individual characteristics taken one-by-one. This provides a good first glance at whom the parties are targeting. Of course, many of these characteristics are correlated with one another, leaving it unclear whether it is that variable alone or its shared variance with some other variables that are responsible for the relationship. To clarify the picture, I turn to multivariate Logit regression analysis, which is appropriate for the dichotomous dependent variable of whether people were contacted by a party or candidate.

Table 2 presents the results of this analysis, from the strongest to weakest.¹⁸ The overall variance explained in the Logit analysis was low: Cox and Snell $R^2 = .20$, Nagelkerke's $R^2 = .26$. This result is hardly unexpected for two reasons. First, the bivariate correlations from Table 1 were mostly modest. Second, as will become apparent below, it is the partisans within the various groupings who are targeted rather than all of the group's members. All but six of the 25 variables included in the Logit analysis were significant, as would be expected with such a large number of cases for even weak relationships.

The strongest relationships in Table 2 are for the behavioral measures: worked for a party, attended party meetings, and voted in the previous elections. These are activities that often are visible to the parties, making their practitioners obvious targets for contacts. Several of the social network variables also showed strong relationships. Discussing politics with their most important discussant now emerges as the most potent of the network variables. Election discussions with family and, if it can be considered a social network variable, organizational membership come in next. These can be thought of as second-order effects, positioning people for party contacts indirectly. Variables measuring attitudinal involvement in politics,

18 Not all of the variables in Table 1 were included in the Logit analysis. Those derived from other variables, preventing Logit from converging on a solution, were omitted. Variables that were not measured in at least 33 of the surveys, such as tried to persuade others, also were omitted because Logit's list-wise missing data procedures sharply reduced the number of cases. To guard against erroneous results due to minimizing missing data omissions, I employed pair-wise deletions of missing data in a multiple regression analysis. Its results parallel the Logit results except that for persuading others, omitted due to missing data in the Logit analysis, emerges as the strongest relationship.

strength of partisanship, political interest, and use of multiple media for political information also figure prominently in the multivariate picture. Ideological extremism, however, falls well short of significance. Its effects seem to be buried by their covariates. Finally, aside from those 65 and older, the demographic variables are especially weak. Even education, though it attains a significant Logit coefficient, exhibits a relatively weak relationship.

Table 2: Logit Regression Results for Party Contacts on Individual Characteristics

<i>Variable</i>	<i>B</i>	<i>Sig</i>	<i>Odds Ratio</i>
Worked on political campaign (yes=1; no=0)	.930	***	2.535
Attended campaign meeting (yes=1; no=0)	.780	***	2.182
Election talk with most important discussant (Yes=1; no=0)	.511	***	1.667
Voted in previous election (Yes=1; no=0)	.508	***	1.661
Belongs to organization (Yes=1; no=0)	.399	***	1.490
Election talk with family (Yes=1; no=0)	.347	**	1.415
Old age (65 or more years of age=1; less=0)	.330	**	1.391
High political interest (very interested=1; less=0)	.274	***	1.316
Strength of partisanship (None=0 to strong=4)	.182	***	1.200
Index of media use (0 to 4 different media used)	.162	***	1.176
Election talk with friends (Yes=1; no=0)	.162	NS	1.175
Election talk with neighbors (Yes=1; no=0)	.158	*	1.172
Education level (None=0 to Postgrad=7)	.150	***	1.162
Subjective social class (Middle or upper class=1; else=0)	.023	NS	1.024
Religious (attends church or prays in Moslem countries=1; no=0)	.015	NS	1.015
Place of residence (rural=0; not rural=1)	.011	NS	1.011
Left-wing (1-3 on 1 to 10 left, right scale; else=0)	.010	NS	1.010
Election talk with spouse (Yes=1; no=0)	-.005	NS	.995
Right-wing (8-10=1 on 1 to 10 left/right scale; else=0)	-.007	NS	.993
Gender (Male=1; female=0)	-.041	NS	.960
Marital status (Yes=1; No=0)	-.074	NS	.929
Election talk with co-workers (Yes=1; no=0)	-.115	NS	.892
Currently employed (Yes=1; no=0)	-.132	NS	.877
Trade union member (Yes=1; no=0)	-.183	NS	.832
Young age (17-29 years of age=1; older=0)	-.222	*	.801
Constant	-2.861	***	.057

***=.001, **=.01, *=.05, NS=not significant at .05 level

Source: CNEP surveys.

5. Targeting of Party Loyalists within Groups

Party contact with voters by each of the demographic, social network, political attitude, and political behavior groupings is only part of the story. As was shown earlier, the parties and candidates devote their contacts mainly to people who are likely to vote for them, their partisan base. Within each of the groupings are partisans of each party, especially the larger ones. It is to be expected that contacts will be concentrated on them. Without differentiating people in these groups by party, the correlations between contacts and the particular group do not provide a complete picture of party contacting efforts.

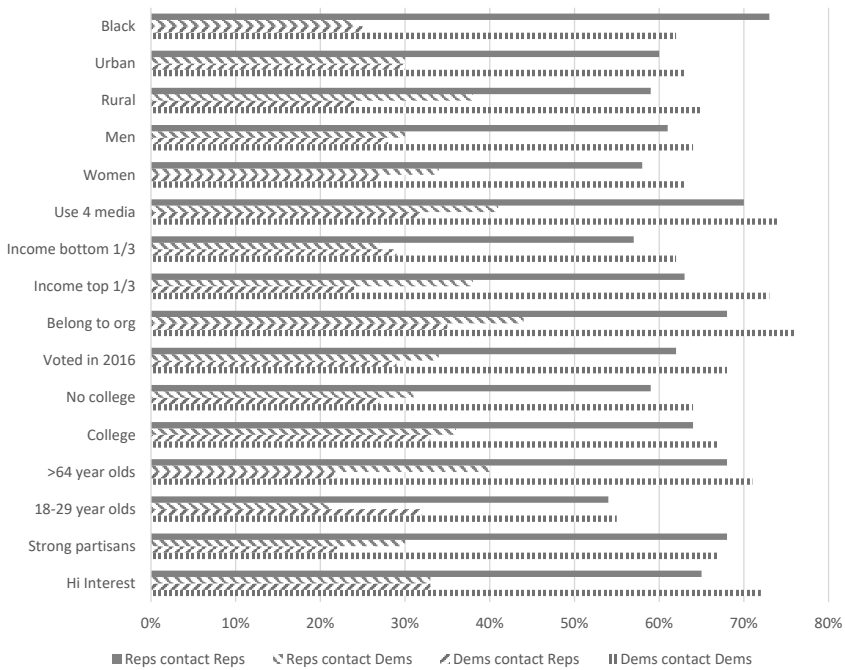
This party targeting can be illustrated by drilling down into recent elections in two of the countries with relatively pronounced party efforts to contact voters – the U.S. in its 2020 presidential election, and South Africa in its 2019 parliamentary election. Around a majority of respondents in surveys of both electorates reported having been contacted by a party: 48 percent in South Africa, 60 percent in the U.S. This pair of elections offers a useful contrast. The U.S. has a presidential system with plurality winners and close competition between its major Democratic and Republican parties nationwide. South Africa has a parliamentary system with proportional representation and dominance by a single party, the African National Congress. Similar patterns of party contacting in each will buttress the contention that parties contact their own base of supporters within each grouping. Attention is focused on a subset of groupings between the countries among those in Table 1, depending upon which ones were most relevant in dividing the electorates.

5.1 The U.S. Example

The American case in 2020, presented in Figure 3, is especially appropriate for this analysis. First, the campaigns can identify their partisan bases from the public records in almost all American states, which makes party targeting of likely supporters easy. 31 of 50 American states record each voter's choice of party when they register; in most of them, voters can vote only in the party primary of their registration. An additional 15 states identify voters' parties by the party primary in which they last voted and provide a public record of this choice. Therefore, in targeting likely party voters in a geographical locale such as a rural area or within a geographically

scattered group like older voters, an American party can identify who are most likely to be its supporters. Second, the calculations for the American two-party system are simple, not necessitating comparisons of multiple pairs of parties or incorporation of third parties. Third, the U.S. consistently ranks at or near the top in the extent of party contacting. Most other countries have so little contacting that differentiating their targeting is irrelevant.

Figure 3: Party Targeting of Party Loyalists, U.S. 2020



Source: CNEP U.S. 2020 election survey

Figure 3 shows that this targeting of likely supporters is pronounced.¹⁹ For every group, both the Democratic and Republican parties concentrate their efforts on their own partisans, almost always by a 2-to-1 margin. Even where they appear to have contacted partisans with the opposite party identification, hoping to persuade them to defect, it is possible in a realigning electoral context that they are contacting people who already have defected.

19 Partisanship is measured by the respondent’s self-report of party identification.

One of the prominent stories on the 2020 election, as well as the 2016 election before it, is that Donald Trump was successful in wooing life-long Democrats to support his candidacy. It remains to be seen how much their defections will turn out to be reflected in their party identifications, though the evidence so far is that Trump has induced a realignment among working-class whites and reactions to him may have had the opposite effect among college-educated whites in particular.

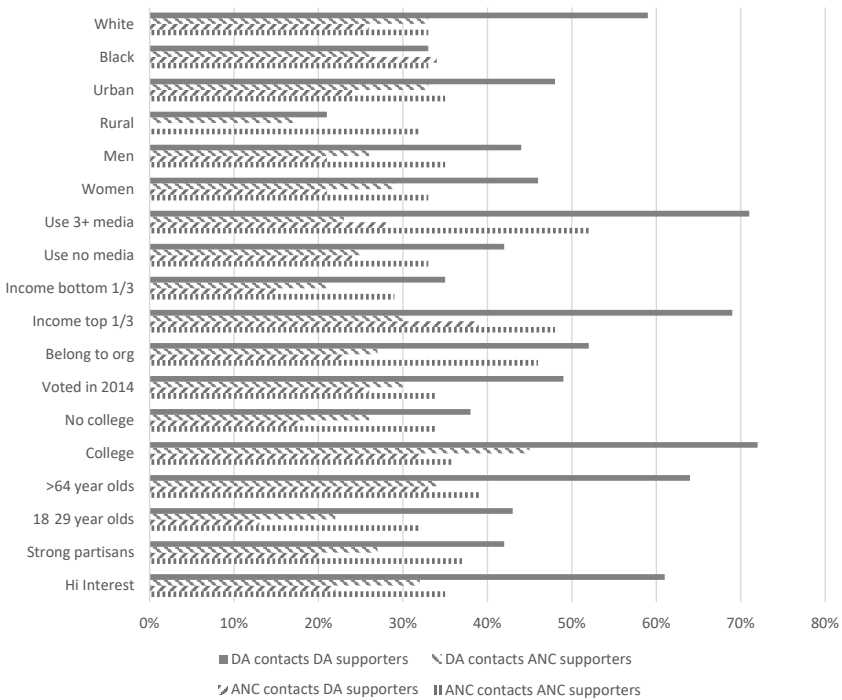
5.2 The South African Example

Figure 4 shows that this targeting of party loyalists also was pronounced in South Africa in 2019 for the dominant ANC and its principal opposition, the Democratic Alliance (DA).²⁰ The concentration of contacts on their own supporters was repeated, albeit with smaller differences than in the U.S. 2020. The contacting edge for the DA with its own base was built among the better educated, higher income, and more attentive electorates in the Western Cape, the only province which it won. Given that the South African electorate is overwhelmingly black, it is understandable that the only exception to a party targeting its own is the DA, which needs to focus on trying to persuade ANC partisans to defect if it has any hope of challenging ANC dominance. Given the long-standing affinity for the ANC among blacks, it also is to be expected that it does not have to expend as much effort in mobilizing its base as does the opposition.

These contrasting examples illustrate how much parties concentrate their contacting efforts on mobilizing their own partisan supporters. To be sure, there is evidence of some attention devoted to persuading opposing partisans in these two countries, but it pales in comparison with the mobilization of the partisan base. Given the tendency for parties to contact their own supporters on average across all of the elections we have analyzed, it is to be expected that similar patterns would appear in all cases where contacting rises to substantial levels were those individual country election cases to be examined.

20 To include enough media users in South Africa, the media usage comparisons were expanded to using three or four media versus no media.

Figure 4: Party Targeting of Party Loyalists, South Africa 2019



Source: South Africa 2019 election survey

6. Conclusion

Party and candidate campaigns rely on a variety of methods to make their cases to voters. Some, such as television, radio, and newspaper advertising, reach out broadly without directly singling out specific members of the electorate. In the modern age of microtargeting, even some of this campaign messaging, though, is able to focus narrowly on particular groups without targeting specific voters personally. The traditional party canvas, which has relied on direct face-to-face contacts with potential voters, now has been supplemented with direct contacts by telephone (recently including texts and robocalls), mail, leaflets, emails, and social media.

Drawing upon election surveys that have relied on voter reports of party contacts provides much better understanding of what parties and their

candidates do to court voters in election campaigns. Early studies stitched together similar, albeit not identical, questions from different country surveys to measure party contacts. Through the efforts of the Comparative Study of Electoral Systems (CSES), especially its module 4, comparable measures of various modes of party contacting have been extended to about forty elections and provide a comprehensive picture of party campaign efforts across the democratic world in the 2011-2016 period.

The Comparative Nation Elections Project goes beyond these earlier studies in several ways. It expands the number of elections studied to four dozen and the time frame from 1992 to 2022. It surveys multiple elections in 13 countries, enabling a more comprehensive examination of variations across elections in the same country.²¹ Unlike the first studies but like CSES, it records which parties were performing the contacts. Also, unlike the first studies but like CSES, it differentiates between personal contacts and other modes of direct contact. Its battery of social network and media usage questions facilitates more extensive examination of some of the important individual-level correlates of contacting.

The preceding analysis has drawn upon four dozen CNEP surveys to tell its story of party contacting. What stands out is how variable overall contacting rates are across countries and even across elections in the same country. In some, party efforts are substantial, with overall contacts reaching over half of the electorate. In others, party contacting is rare. Substantially different contacting rates for different elections in the same country defy country-level generalizations based on single election snapshots. When singled out for special consideration, direct personal contacts of a face-to-face nature are found to be much less frequent, exceeding thirty percent in only two elections and not surpassing twelve percent in half of the country cases.

The paper continued with an exploration of party contacts for aggregate-level election characteristics. Party contacting often was symmetrical, with the major parties copying one another in the effort they put into grass-roots voter contacts; but there are some cases where it was not. Other country-level characteristics were also examined. Corroborating results from previous studies, older democracies were more often the sites of greater party effort than the newer democracies. The older democracies presumably have better resourced parties and established traditions of grass-roots mo-

21 Module 4 of CSES shows variation in contacting rates across elections in the two countries where it has multiple surveys.

bilization. Also paralleling previous studies, countries with single-member legislative districts showed higher contacting levels. Single-member districts give more incentive to legislative candidates to seek connections with voters than do proportional and party-list elections. By contrast, parties of the left were not found to be more active than parties of the right, nor were countries with presidential systems or multi-party systems higher in contacting rates.

The analysis then turned to the individual level – to whom the parties were contacting. That they were most often contacting their own partisans was established first by the connection between the party making the contact and the respondent's party identification. When the particular demographic, social network, political attitude, and political behavior groups were correlated with contacting, it was the most political of the factors that stood out among generally weak correlations. Finally, the paper drilled down with examples from the U.S. and South Africa to show that contacts with their own party dominated within the various groupings, thereby depressing the overall correlation between an individual characteristic and reported contacts.

All in all, this paper adds to the studies that preceded it to illuminate party contacting efforts from the perspective of voters across space and time. There is always more to be done of course, including replicating the analysis across more elections in the same countries to determine what limits there may be to country generalizations. It is far too easy to draw a conclusion from only one election as characteristic of a country's party efforts, and the results of this paper suggest that each election may be unique, to be studied in its own right. It also would be valuable to broaden the reach of countries, especially as new democracies come on line.

References

- Aldrich, John H., Rachel K. Gibson, Marta Cantijoch, and Tobias Konitzer. 2012. "Getting Out the Vote in the Social Media Era: Are Digital Tools Changing the Extent, Nature, and Impact of Party Contacting in Elections?" *Party Politics* 22: 165-178.
- Anderson, Christopher J., and Pablo Beramendi. 2012. "Left Parties, Poor Voters, and Electoral Participation in Advanced Industrial Societies." *Comparative Political Studies* 45: 714-746.
- Barnes, Samuel H. 1977. *Representation in Italy*. Chicago: University of Chicago Press.
- Beck, Paul A. 2022. "The Ground Game in 2020: Party Contacts as Reported by Voters," in John C. Green, David B. Cohen, and Kenneth M. Miller (eds.), *State of the Parties 2022*. Lanham, MD: Rowman and Littlefield, pp.179-195.

- Beck, Paul A. 1975. "Environment and Party: The Impact of Political and Demographic County Characteristics on Party Behavior." *American Political Science Review*, 68: 1229-1244.
- Beck, Paul A., Richard Gunther, and Erik Nisbet. 2018. "What Happened to the Ground Game in 2016?" in John C. Green, Daniel J. Coffey, and David B. Cohen (eds.), *The State of The Parties: The Changing Role of Contemporary American Parties*. Lanham MD: Rowman and Littlefield, pp. 263-277.
- Bhatti, Yosef, Jens Olav Dahlggaard, Jonas Hedegaard Hansen, and Kasper M. Hanson. 2016. "Is Door-to-Door Canvassing Effective in Europe? Evidence from a Meta-study across Six European Countries." *British Journal of Political Science* 49: 279-290.
- Coppedge, Michael, John Gerring, Carl Henrik Knutsen, Staffan I. Lindberg, and Jan Teorell, 2022. *Dataset v10. Varieties of Democracy (V-Dem) Project*.
- Cutright, Phillips. 1963. "Measuring the Impact of Local Party Activity on the General Election Vote." *Public Opinion Quarterly* 27: 372-386.
- Cutright, Phillips, and Peter Rossi. 1958. "Grass Roots Politicians and the Vote." *American Sociology Review* 23: 171-179.
- Green, Donald P., and Alan S. Gerber. 2015. *Get Out the Vote: How to Increase Voter Turnout*. Washington, D.C.: The Brookings Institution.
- Green, Donald P., and Alan S. Gerber. 2016. "Voter Mobilization, Experimentation, and Translational Social Science." *Perspectives on Politics* 14: 738-749.
- Hill, Kim Quaile, and Jan E. Leighley. 1996. "Political Parties and Class Mobilization in Contemporary United States Elections." *American Journal of Political Science* 4: 787-804.
- Hooghe, Marc, Sara Vissers, Dietlind Stolle, and Valérie-Anne Maheo. 2010. "The Potential of Internet Mobilization: An Experimental Study on the Effects of Internet and Face-to-Face Mobilization Efforts." *Political Communication* 27: 404-431.
- Huckfeldt, Robert, and John Sprague. 1992. "Political Parties and Electoral Mobilization: Political Structure, Social Structure, and the Party Canvass." *American Political Science Review* 86: 70-86.
- Johnston, Ron, David Cutts, Charles Pattie, and Justin Fisher. 2012. "We've Got Them on the List: Contacting, Canvassing and Voting in a British General Election Campaign." *Electoral Studies* 31: 317-329.
- Karp, Jeffrey. 2012. "Electoral Systems, Party Mobilisation and Political Engagement." *Australian Journal of Political Science* 47: 71-89.
- Karp, Jeffrey, and Susan A. Banducci. 2007. "Party Mobilization and Political Participation in New and Old Democracies." *Party Politics* 13: 217-234.
- Karp, Jeffrey, Susan A. Banducci, and Shaun Bowler. 2007. "Getting Out the Vote: Party Mobilization in Comparative Perspective." *British Journal of Political Science* 38: 91-112.
- Klingelhöfer, Tristan, and Daniel Schlozman. 2018. "Between Mass Party Legacy and Catch-All Efficiency: Party Contacting in Old and New Democracies". Paper delivered at the Annual Meeting of the American Political Science Association, Boston.

- Krönke, Matthias, Sarah J. Lockwood, and Robert Mattes. 2022. "Who is Canvassing Whom? Party Electoral Strategies in Africa." Paper presented at the Annual Meeting of the American Political Science Association, Montreal, Canada.
- Magalhães, Pedro C., John H. Aldrich, and Rachel K. Gibson. 2020. "New Forms of Mobilization, New People Mobilized? Evidence from the Comparative Study of Electoral Systems." *Party Politics* 26: 605-618.
- McClurg, Scott. 2004. "Indirect Mobilization: The Social Consequences of Party Contacts in an Election Campaign." *American Politics Research* 32: 406-443.
- Mujami, Saiful, R. William Liddle, and Kuskridho Ambardi. 2018. *Voting Behavior in Indonesia Since Democratization*. New York: Cambridge University Press.
- Nuñez, Lucas. 2021. "The Effects of Local Campaigning in Great Britain." *Electoral Studies* 73: <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2021.102384>.
- Panagopoulos, Costas. 2016. "All About That Base: Changing Campaign Strategies in U.S. Presidential Elections." *Party Politics* 22: 179-190.
- Riccardo, Ladini. 2021. "The Differentiated Effects of Direct Mobilization on Turnout: Evidence from the 2013 Austrian Parliamentary Elections." *German Politics* 30: 267-296.
- Rohrschneider, Robert. 2002. "Mobilizing versus Changing: How Do Parties Target Voters in Election Campaigns." *Electoral Studies* 21: 367-382.
- Rosenstone, Steven J., and John Mark Hansen. 1993. *Mobilization, Participation, and Democracy in America*. New York: Macmillan.
- Sudulich, Laura, and Siim Trumm. 2019. "A Comparative Study of the Effects of Electoral Institutions on Campaigns." *British Journal of Political Science* 49-381-399.
- Vaccari, Cristian. 2017. "Online Mobilization in Comparative Perspective: Digital Appeals and Political Engagement in Germany, Italy, and the United Kingdom." *Political Communication* 34: 69-88.

Intermediäre Instanzen und institutioneller Kontext

Wissen die Eltern, was sie tun? Ein empirischer Beitrag zur möglichen Einführung eines Familienwahlrechts und seinen Folgen¹

Thorsten Faas, Sigrid Roßteutscher

1. Einleitung

Das Wahlrecht in Deutschland ist in Bewegung. Im März 2023 haben SPD, Grüne und FDP mit ihrer Mehrheit im Bundestag eine Reform des Bundestagswahlrechts beschlossen. Kernbestandteile dieser Reform sind eine Verkleinerung des Bundestages auf zukünftig fixe 630 Sitze und die Abschaffung der sogenannten Grundmandatsklausel. Zudem gibt es zukünftig keine Garantie mehr, dass mit dem Erhalt der meisten Erststimmen in einem Wahlkreis auch der Einzug in den Bundesstag einhergeht; vielmehr muss dafür eine ausreichende „Zweitstimmendeckung“ gegeben sein. Zwischenzeitlich war auch vorgesehen, die Erst- und Zweitstimme „besser“ – nämlich als „Wahlkreisstimme“ bzw. „Listenstimme“ – zu benennen, da die bisherige Benennung in Teilen des Elektorats für Verwirrung gesorgt hat (Schmitt-Beck 1993) – allerdings hat die Ampel davon schlussendlich doch wieder Abstand genommen.

Reformideen und Reformen rund um das Wahlrecht bleiben aber keinesfalls auf diese Aspekte beschränkt (siehe dazu auch die Beiträge in Faas/Roßteutscher 2022). So haben die Ampelparteien jüngst das Wahlalter für Europawahlen auf 16 Jahre abgesenkt. Bei der Europawahl 2024 werden somit 16- und 17-Jährige erstmals bei einer bundesweiten Wahl in Deutschland wahlberechtigt sein. Das Vorhaben der Ampel, dies auch für die Bundestagswahl 2025 zu implementieren, wird aber aller Voraussicht nach scheitern. Während nämlich das Wahlalter für die Europawahlen einfachgesetzlich geregelt ist (und entsprechend auch mit einfacher Mehrheit geändert werden kann), wäre für eine Änderung dieses Aspekts des Bundestagswahlrechts eine Änderung des Grundgesetzes nötig. Dafür bräuchte

1 Unser Dank gilt Lena Masch, Katrin Schmitz, Petra Lipski und Sascha Huber für wertvolle Hinweise zu früheren Versionen dieses Beitrags.

es in Bundestag und Bundesrat eine Zwei-Drittel-Mehrheit, die aktuell nicht in Sicht ist.

Bezogen auf das Wahlalter haben wir daher aktuell einen regelrechten Flickenteppich: Europawahl ab 16, Bundestagswahl ab 18. Ähnlich die Situation in den Ländern: In aktuell sechs Bundesländern gilt bei Landtagswahlen „Wählen ab 16“ (Berlin wird bald das siebte sein), in den anderen neun gilt weiterhin „Wählen ab 18“. Bei Kommunalwahlen gibt es noch fünf Bundesländer, in denen 16- und 17-Jährige *nicht* an diesen Wahlen teilnehmen dürfen (Faas/Leiningner 2023).

Die Uneinheitlichkeit der aktuellen Situation, aber auch der demografische Wandel werden institutionelle Reformdebatten rund um eine stärkere Repräsentanz der Interessen von Kindern und Jugendlichen auf der politischen Agenda halten. Zur Debatte steht dabei nicht nur die Absenkung des Wahlalters. Gefordert wird mitunter auch die Einführung eines Familien- oder stellvertretendes Wahlrechts: Jeder Person mit deutscher Staatsangehörigkeit stünde – ganz im Sinne eines „allgemeinen Wahlrechts“ – das Wahlrecht ab Geburt zu. Bis zur Erreichung einer gewissen Altersgrenze würde es allerdings stellvertretend durch die Eltern (oder ggf. andere Erziehungsberechtigte) ausgeübt.

Initiativen zur Einführung eines solchen Familienwahlrechts hat es wiederholt gegeben – erstmals 2003, als eine parteiübergreifende, 47 Abgeordnete umfassende Gruppe mit Unterstützung des damaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse einen Antrag zu „Mehr Demokratie wagen durch ein Wahlrecht von Geburt an“ einbrachte.² „Die demografische Entwicklung in Deutschland gefährdet die Zukunft unserer Gesellschaft“, lautete der erste Satz des damaligen Antrags. In der Beschlussempfehlung des Innenausschusses heißt es dann allerdings: „dass es sich zwar um ein ehrenwertes Anliegen handele, welches jedoch nicht zur Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen beitrage. Schließlich könne weder erwartet noch kontrolliert werden, dass die Wahlrechtsausübung tatsächlich im Interesse der Kinder erfolge. Darüber hinaus seien auch in der Anhörung viele Fragen hinsichtlich der praktischen Umsetzung des Antrags offengeblieben. Ferner könnten die verfassungsrechtlichen Bedenken, insbesondere hinsichtlich der Höchstpersönlichkeit und der Zählwertgleichheit der

2 Deutscher Bundestag 2003, <https://dserver.bundestag.de/btd/15/015/1501544.pdf>.

Stimmen, nicht ausgeräumt werden“.³ Schlussendlich wurde der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Debatte war damit allerdings keineswegs beendet. 2008 kam es zu einer zweiten Parlamentarier:innen-Initiative⁴; 2017 lancierte der Deutsche Familienverband unter der Schirmherrschaft der früheren SPD-Familienministerin Renate Schmidt eine entsprechende Kampagne mit dem Titel „Wahlrecht ab Geburt: Nur wer wählt, zählt“.⁵ Mit einem Beitrag seines Ehrenpräsidenten Albin Nees mit dem Titel „Der Zukunft eine Stimme geben: Für ein Wahlrecht ab Geburt“ hat der Familienverband seiner Forderung jüngst noch einmal Nachdruck verliehen.⁶

Mehrheiten haben solche Initiativen bislang nicht finden können, aber die Diskussionen werden wahrscheinlich virulent bleiben, gerade weil das zugrundeliegende Ziel – mehr Generationengerechtigkeit angesichts des demografischen Wandels – breite Unterstützung findet. Ob beim „Wählen ab 16“ oder der Einführung eines Familienwahlrechts: Die Reformen sollen zu einer besseren Vertretung von Kinder- und Jugendinteressen in einer alternden Gesellschaft führen. Während die einschlägige Forschung aber inzwischen wichtige Erkenntnisse rund um die Voraussetzungen und Folgen eines abgesenkten Wahlalters zutage gefördert hat (z. B. Wagner et al. 2012; Stiers et al. 2020; Zeglovits/Zandonella 2013; Roßteutscher et al. 2022), wissen wir vergleichsweise wenig rund um das Familienwahlrecht – und das, obwohl doch immer wieder darauf verwiesen wird, dass man nicht wisse, ob „die Wahlrechtsausübung tatsächlich im Interesse der Kinder erfolge“ und es zudem „viele Fragen hinsichtlich der praktischen Umsetzung“ gebe, wie es etwa in der ablehnenden Beschlussempfehlung des Innenausschusses des Bundestags schon 2005 hieß.

Diese Lücke wollen wir mit dem vorliegenden Beitrag zumindest ein Stück weit schließen. Wir möchten der Frage nachgehen, wie Eltern(-teile) mit einem stellvertretenden Wahlrecht für ihre Kinder umgehen würden und welche Konsequenzen damit für den Ausgang von Wahlen verbunden wären. Ob es zu Konsequenzen kommt und wie weitreichend diese ggf. sind, hängt dabei von einer Reihe von Faktoren ab: Wie viele Minderjährige und damit wie viele stellvertretend zu vergebende Stimmen gibt es überhaupt? Wie viele dieser Stimmen würden abgegeben? Würden die stell-

3 Deutscher Bundestag 2005, <https://dserver.bundestag.de/btd/15/047/1504788.pdf>.

4 Deutscher Bundestag 2008, <https://dserver.bundestag.de/btd/16/098/1609868.pdf>.

5 Deutscher Familienverband 2017, <https://wahlrecht.jetzt/>.

6 Deutscher Familienverband 2023, <https://www.deutscher-familienverband.de/der-zukunft-eine-stimme-geben-fuer-ein-wahlrecht-ab-geburt/>.

vertretenden Stimmen von den Eltern *anders* abgegeben als deren eigene Stimmen? Gäbe es dabei eindeutige parteipolitische Tendenzen oder würden sich Unterschiede in der stellvertretenden Parteiwahl ggf. wechselseitig aufheben?

Die Frage, ob sich das Wahlverhalten von Eltern vom Wahlverhalten der Bevölkerung insgesamt oder auch von Nicht-Eltern unterscheidet, ist dabei ohne Zweifel wichtig, steht hier aber nicht im Fokus.⁷ Die wenigen vorliegenden Studien zeigen, dass sich die Parteipräferenzen von Eltern minderjähriger Kinder kaum von jenen anderer Wahlberechtigter unterscheiden (Görres/Tiemann 2009; Braml/Fuest 2019). In diesem Fall könnte ein Familienwahlrecht also bedeuten, dass durch die Inklusion aller Minderjährigen das Elektorat zwar um knapp 20 Prozent größer würde, sich aber am Ergebnis der Wahl nichts Fundamentales ändern würde.

Dieses Argument basiert allerdings auf der Prämisse, dass Eltern ihre eigene Parteipräferenz eins zu eins auf die Kinder übertragen. Als einfache Heuristik liegt dies sicher nahe. Wir argumentieren in diesem Beitrag allerdings, dass die Einführung eines Familienwahlrechts bei Eltern minderjähriger Kinder dazu führen wird, von ihren eigenen Interessen zu abstrahieren und stattdessen die Interessen der Kinder in den Blick zu nehmen. Wenn sich dann aus diesem Prozess heraus noch gerichtete parteipolitische Tendenzen ergeben, die sich nicht wechselseitig aufheben, können mit der Einführung eines Familienwahlrechts auch Verschiebungen in Wahlergebnissen einhergehen.

Allerdings wissen wir empirisch nicht, wie Eltern stellvertretend für ihre Kinder wählen würden. Mit dem vorliegenden Beitrag möchten wir zu dieser Frage erste Antworten liefern. Aus der gerade skizzierten Logik heraus ergeben sich für unsere Analyse zwei Stoßrichtungen: Erstens nehmen wir in den Blick, ob Eltern *überhaupt* für ihre Kinder anders wählen würden als für sich selbst. Hier werden wir argumentieren, dass dies in einem Zusammenhang steht mit i) dem Alter und Geschlecht des Kindes, ii) der

7 Auch Fragen der Wahlbeteiligung wollen wir hier nicht nachgehen, auch wenn etwa Braml und Fuest (2019) argumentieren, dass für Eltern der ökonomische Anreiz, aber auch der moralische Druck, sich an einer Wahl zu beteiligen, steige, wenn sie stellvertretend mehrere Stimmen abgeben dürften. Man könnte also durchaus erwarten, dass Eltern, die für sich alleine möglicherweise auf die Ausübung des Wahlrechts verzichten würden, davor zurückscheuten, auch auf die Abgabe der Stimmen für ihre Kinder zu verzichten. Ein Familienwahlrecht könnte damit sogar ein Mittel gegen die sinkende und zunehmend ungleiche Wahlbeteiligung sein (Franklin 2004; Gallego 2015; Schäfer et al. 2019).

Sensibilität für Nachhaltigkeitsthemen bei den Eltern, iii) der Häufigkeit persönlicher Gespräche in der Familie, iv) dem politischen Interesse des Elternteils, v) der Stärke einer Parteiidentifikation bei den Eltern und vi) der elterlichen Gewohnheit, Stimmen bei Wahlen zu splitten. Im zweiten Schritt geht es dann um die Frage, ob Eltern-Kind-Abweichungen in eine bestimmte parteipolitische Richtung zu erwarten sind oder ob diese sich wechselseitig aufheben.

Der vorliegende Beitrag ist wie folgt strukturiert: Im nächsten Abschnitt diskutieren wir zunächst noch einmal detaillierter die Argumente rund um die Einführung eines Familienwahlrechts. Danach gehen wir auf unsere Überlegungen zu einem abweichenden Eltern-Kind-Wahlverhalten ein und skizzieren unsere Erwartungen, warum wir in bestimmten Familienkonstellationen stärkere Abweichungen zwischen Eltern- und Kinderstimmen erwarten als in anderen. Die empirischen Analysen basieren auf einer Kumulation von drei Online-Umfragen, die im Rahmen der *German Longitudinal Election Study* (GLES) in den Jahren 2021 und 2022 durchgeführt wurden. Hier wurden – unserer Kenntnis nach erstmals – Respondent:innen nicht nur gefragt, welche Partei sie selbst wählen würden, sondern auch, welcher Partei sie stellvertretend für jedes ihrer minderjährigen Kinder eine Stimme geben würden. Unsere Ergebnisse präsentieren wir im nächsten Schritt, ehe wir abschließend unsere Ergebnisse zusammenfassen und die möglichen Auswirkungen der Einführung eines Familienwahlrechts diskutieren.

2. Demografischer Wandel und demokratische Wahlen: Idee und mögliche Folgen eines Familienwahlrechts

2.1 Mehr Generationengerechtigkeit durch Wahlrechtsreform?

Demografischer Wandel heißt in westlichen Industrienationen, dass Gesellschaften im Mittelalter werden. Die damit einhergehenden Folgen sind vielschichtig. Am Arbeitsmarkt etwa liege eine rosige Zukunft vor jungen Generationen. Anders stellt sich die Situation im Kontext von Wahlen dar. Alternde Gesellschaft bedeutet dort, dass auch die Wähler:innen immer älter werden, sich Parteien darauf einstellen und ihr Angebot entsprechend an den Interessen älterer Wähler:innen ausrichten. Verstärkt werden solche Tendenzen noch durch den Umstand, dass ältere Bürger:innen besonders

wahlfreudig sind, aber auch durch einen starken institutionellen Faktor: Während am unteren Ende der Alterspyramide die Wahlberechtigung von Bürger:innen durch Altersgrenzen eingeschränkt wird, gibt es solche Beschränkungen am oberen Ende der Alterspyramide grundsätzlich nicht.⁸

In der Literatur findet sich eine ganze Reihe von Vorschlägen, der skizzierten Asymmetrie zu begegnen und so den Themen und Interessen von Familien und vor allem Kindern auch in alternden Gesellschaften stärkeres Gewicht im Kontext von Wahlen zu verleihen.

Dass man dabei grundsätzlich an beiden Enden der Alterspyramide ansetzen kann, zeigt der Vorschlag von van Parijs (1999: 297). Ausgehend von einer Berechnung, wie sich das Alter des Medianwählers über die Zeit erhöht hat und auch in Zukunft noch weiter erhöhen wird, erwartet er einen dominanten Einfluss von Rentner:innen auf die Debatten im Vorfeld von Wahlen und letztlich deren Ausgang. Vor diesem Hintergrund bringt er den Entzug des Wahlrechts mit dem Erreichen einer gewissen Altersgrenze, etwa bei 70 Jahren, ins Spiel.

Vorschläge, das Wahlrecht einzuschränken, wären aber wohl politisch in der heutigen Zeit kaum durchsetzbar. Das Gros der Vorschläge zielt daher darauf ab, der skizzierten Asymmetrie durch eine *Ausweitung des Wahlrechts* auf jüngere Menschen zu begegnen. Bestehende Wahlaltersgrenzen abzusenken, stellt dabei den naheliegendsten Vorschlag dar. Sinkt das Mindestwahlalter, um an Wahlen teilnehmen zu dürfen, wird das Elektorat automatisch jünger.

In den Debatten rund um Wahlaltersabsenkungen führen Kritiker:innen allerdings immer wieder an, dass jüngeren Menschen die nötige Reife fehle, um in sinnvoller Weise Stimmen abgeben zu können. Auch wenn vorliegende empirische Studien das Argument fehlender Reife für eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre nicht bestätigen (Faas/Leininger 2020, 2023; Roßteutscher et al. 2022), so lässt sich wohl nicht leugnen, dass es eine natürliche Untergrenze für solche Absenkungen gibt. Ab welchem Alter ein junger Mensch sinnvollerweise an Wahlen teilnehmen kann, mag sich von Fall zu Fall unterscheiden. Entsprechend schlägt die „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“ vor, die Mindestaltersgrenze für die Teilnahme an Wahlen zu flexibilisieren: Ältere Kinder und minderjährige Jugendliche sollen sich aktiv in Wahllisten eintragen können, wenn sie dies

8 Menschen kann *im Einzelfall* durchaus das Wahlrecht entzogen werden, wenn ihre Mündigkeit infrage steht. Allerdings hat das Bundesverfassungsgericht die Hürden dafür erst kürzlich extrem hoch gehängt.

möchten. Dieses „Wahlrecht durch Eintragung“ soll es politisch interessierten Minderjährigen ermöglichen, sich Gehör zu verschaffen (Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen 2017: 4). Aber auch eine solche Flexibilisierung der Altersgrenze ändert nichts daran, dass immer noch viele junge Menschen und gerade kleine Kinder bei Wahlen außenvorbleiben. Ein einjähriges Kind wird selbst nicht an Wahlen teilnehmen können, selbst wenn es sich theoretisch in Wahllisten eintragen dürfte.

Allen Minderjährigen eine Stimme zu geben, also ein „Wahlrecht ab Geburt“ einzuführen, lässt sich nur treuhänderisch lösen. Buchstein hat in diesem Kontext ein „aleatorisches Wahlrecht von Geburt an“ (2016: 225, 239 f.) vorgeschlagen, bei dem die Kinderstimmen von zufällig ausgewählten Wahlberechtigten abgegeben werden dürften. Die zufällige Auswahl soll Konflikte zwischen Generationen bzw. zwischen Eltern und Kinderlosen vermeiden (Buchstein 2014: 167). Meist wird allerdings unter dem Schlagwort eines „Familienwahlrechts“ vorgeschlagen, dass Erziehungsberechtigte die Stimmen für ihre Kinder abgeben dürfen, bis diese selbst eine Mindestwahlaltersgrenze erreichen.

Bei diesen Vorschlägen ringen verschiedene Wahlrechtsgrundsätze miteinander – und darum dreht sich vor allem die juristische Debatte: Einige argumentieren mit Blick auf das Familienwahlrecht, dass der Wahlrechtsgrundsatz der Allgemeinheit der Wahl die Einbeziehung Minderjähriger geradezu zwingend erfordere (z. B. Adrian 2018; Merk 2009, 2014). Andere sehen in einem Familienwahlrecht einen eklatanten Verstoß gegen den Grundsatz der Gleichheit der Wahl. Das Prinzip „one (wo)man, one vote“ werde schließlich außer Kraft gesetzt (z. B. Knödler 1996; Strohmeier 2016).

In der politisch-praktischen Diskussion um das Familienwahlrecht wird der Wahlrechtsgrundsatz der Allgemeinheit der Wahl mit der Generationengerechtigkeit verbunden. Die Verletzung des Grundsatzes der Allgemeinheit führe dazu, dass Kinder und Jugendliche und ihre Interessen im politischen Prozess untergingen. Pointiert formuliert es der Deutsche Familienverband, wenn er fordert, „dass 13 Millionen Kinderstimmen nicht länger ungehört und von politischer Mitbestimmung ausgeschlossen bleiben“⁹ dürfen. Dabei geht es dem Verband nicht um Empowerment, also junge Generationen frühzeitig politisch mitbestimmen zu lassen.¹⁰ Es geht

9 Deutscher Familienverband 2017, <https://wahlrecht.jetzt/>.

10 Die „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“, die für ein Wahlrecht auf Antrag eintritt, lehnt genau deswegen auch ein Familien- oder Stellvertreterwahlrecht „strikt“ ab, da es „die Fremdbestimmung junger Menschen nicht beendet, sondern

darum, das Kalkül von Politiker:innen zu verändern: Die jetzige Situation führe nämlich dazu, dass sich rationale Politiker:innen in ihrem Verhalten zwecks Stimmenmaximierung an den immer älter werdenden Wähler:innen ausrichten, Kinder und ihre Interessen dagegen eher ausblenden. „Wir brauchen deshalb dringend einen politischen Wandel, der alle Menschen im Fokus hat und unsere Demokratie zukunftsfest macht!“, so die abgeleitete Forderung (Deutscher Familienverband 2017).

Ähnlich war auch die Argumentation der verschiedenen Parlamentarier:innen-Initiativen, die es zum Thema „Familienwahlrecht“ gegeben hat. Die Initiative aus dem Jahr 2003, der sich 47 Abgeordnete des Deutschen Bundestags über Fraktionsgrenzen hinweg angeschlossen hatten, sah in der demografischen Entwicklung gar eine Gefährdung der Zukunft unserer Gesellschaft und leitete daraus ab: „Die Probleme der deutschen Gesellschaft der Zukunft sind nur zu bewältigen, wenn im Generationenvertrag auch die junge Generation berücksichtigt und Kindern und den sie großziehenden Eltern ein ihrer Bedeutung für die Zukunft unserer Gesellschaft angemessener Stellenwert eingeräumt wird“¹¹ (siehe auch Peschel-Gutzeit 1999, 2014; Merk 2009; Schickhardt 2015).

2.2 Die Einführung des Familienwahlrechts als *game changer*?

Der These, dass ein Familienwahlrecht zu mehr Generationengerechtigkeit führt, liegen verschiedene Annahmen zugrunde, zu deren empirischer Gültigkeit wir wenig wissen.¹² Westle (2005), Görres und Tiemann (2009) sowie Braml und Fuest (2019) vergleichen auf der Basis von Umfragedaten die politischen Einstellungen und das Wahlverhalten von Eltern minderjähriger Kinder mit jenem anderer Wahlberechtigter und finden dabei fast keine

möglicherweise sogar noch verschärft“ (Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen 2017: 2; ähnlich auch Gründinger 2016: 252).

11 Deutscher Bundestag 2003, <https://dserver.bundestag.de/btd/15/015/1501544.pdf>.

12 Das fängt schon bei der These an, dass rationale Politiker:innen die Interessen junger Menschen ausblenden. Aus einer Rational-Choice-Perspektive heraus ist die These höchst plausibel, ihr stehen allerdings normative Erwartungen an die Abgeordneten (nämlich Vertreter:innen des ganzen Volkes zu sein) gegenüber. Einen empirischen Hinweis liefert die Studie von Hinrichs (2002), der zeigt, dass in elf von 15 von ihm betrachteten OECD-Ländern die Altersarmut stagnierte oder gar abnahm, während die Kinderarmut zunahm. Als einen Grund für diese unterschiedlichen Entwicklungen sieht er eine „increasing numerical strength of the elderly in politics“ an (Hinrichs 2002: 35 f.).

Unterschiede. Westle (2005: 113) kommt zu dem Schluss, dass von „einem Cleavage zwischen Eltern Minderjähriger und anderen Bevölkerungsteilen bisher nicht die Rede“ sein könne. Görres und Tiemann (2009) sowie Braml und Fuest (2019) kommen entsprechend zu dem Ergebnis, dass die Einführung eines Familienwahlrechts keiner Partei besonders zu Gute käme.

Allerdings beruhen diese weitreichenden Schlussfolgerungen vor allem auf der Annahme, dass Eltern ihre eigenen Parteipräferenzen unverändert auf ihre Kinder übertragen würden. Diese Annahme teilt auch die „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“ – weshalb sie das Instrument „Familienwahlrecht“ auch ablehnt: „Wer fünf Kinder hat und bisher Partei X wählte, der würde nach einer solchen Wahlrechtsumstellung danach mit sechs Stimmen Partei X wählen“ (2017: 4). Allerdings konstatieren sowohl Görres und Tiemann (2009) als auch Braml und Fuest (2019), dass die Einführung eines Familienwahlrechts Parteien dazu bringen würde, Familieninteressen stärker in den Blick zu nehmen – selbst dann, wenn Eltern ihre Präferenzen unverändert auf die Kinder übertragen würden. Damit würden sich schließlich gewisse Gewichtsverschiebungen innerhalb des Elektorats hin zu Eltern ergeben, auf die Parteien wiederum reagieren sollten.

Erst recht würde dies gelten, wenn zumindest einige Eltern zwischen den eigenen und den stellvertretenden Kinderstimmen differenzieren würden. Uns erscheint die Annahme einer Eins-zu-eins-Übertragung der Elternstimmen auf die Kinder im Falle eines geänderten Wahlrechts in der Tat als zu stark. Dass Eltern in einer Situation, in der ihnen nur Stimmen für sie selbst zur Verfügung stehen, primär an sich denken, überrascht nicht und ändert daran nichts. Warum sollten Eltern im Kontext des aktuellen individualisierten Wahlrechts hypothetische Überlegungen anstellen, welche Partei für ihre Kinder die beste Wahl wäre? Viel wahrscheinlicher ist doch, dass sich die Eltern bei der Abgabe „ihrer“ Stimme an ihren über viele Jahre eingeübten Gewohnheiten, Präferenzen und Prioritäten orientieren. Aber das könnte sich ändern, wenn ein Familienwahlrecht eingeführt würde. Mit der Einführung eines Familienwahlrechts würde Erziehungsberechtigten sehr klar, dass sie mehrere Stimmen zur Verfügung haben – eine für sich und weitere stellvertretend für ihre Kinder. Erst recht würde dies bei einer entsprechenden kommunikativen Flankierung gelten. Man kann davon ausgehen, dass die Einführung zusätzlicher stellvertretender Kinder-Stimmen zumindest einige Eltern dazu bringen würde, zwischen ihren eigenen Interessen und den Interessen ihrer Kinder zu differenzieren, was sich in unterschiedlichen Stimmabgaben niederschlagen *könnte*.

Allerdings sollte man auch nicht davon ausgehen, dass *alle* Eltern die Kinderstimmen *anders* abgeben würden als die eigenen – und das würde noch nicht einmal zwingend bedeuten, dass die Eltern im Falle identischer Stimmabgaben *nicht* im Sinne der Kinder agieren würden. Auch im Falle identischer Stimmabgaben könnten Eltern das in bester Absicht für ihre Kinder tun, schließlich wissen wir, dass gerade der im Elternhaus stattfindende Prozess der politischen Sozialisation sehr häufig dazu führt, dass Kinder die Parteipräferenzen ihrer Eltern übernehmen (Kroh 2012; Jennings et al. 2009; Torney-Porta et al. 2004). Auch könnten Eltern im Ergebnis zur gleichen Parteiwahl für ihre Kinder wie für sich selbst kommen – aber aus sehr unterschiedlichen Motiven heraus. Sie könnten sich, was die eigene Stimme betrifft, für Partei X entscheiden, weil diese die eigenen sozialpolitischen Vorstellungen am ehesten vertritt. Sie könnten sich aber auch für die Kinder für Partei X entscheiden, weil die Partei das beste Konzept im Themenfeld von Bildungs- und Jugendpolitik hat, ggf. sogar in den Augen der Kinder selbst (Wolf et al. 2015: 372).

2.3 „Für Dich wähle ich anders“: Wann wählen Eltern für ihre Kinder anders als für sich selbst?

Die Einführung eines Familienwahlrechts würde Möglichkeiten zur differenzierten Stimmabgabe eröffnen, die Eltern nützen könnten, aber nicht zwingend müssten. Wir wollen in diesem Abschnitt einige Überlegungen anstellen, unter welchen Umständen Eltern mit höherer Wahrscheinlichkeit zwischen den eigenen und den stellvertretenden Stimmen für ihre Kinder differenzieren würden, verbunden mit der sich anschließenden Frage, ob dies für manche Parteien per Saldo vorteilhafter wäre als für andere.

Wir nehmen zunächst einmal an, dass *Unterschiede* zwischen Eltern und Kindern zu abweichenden Stimmabgaben führen. Unterschiede zwischen einem Elternteil und einem Kind können beim (anderen) *Geschlecht* beginnen. So ist es vorstellbar, dass Mütter auf Töchter und Väter auf Söhne eher ihre eigene Stimme übertragen als in geschlechtsgemischten Konstellationen, da nur die Differenz sie „zum Nachdenken“ anregt. Unterschiede können sich auch auf das *Alter der Kinder* erstrecken: Bei sehr jungen Kindern werden Eltern vermutlich ihre Parteipräferenz auf die Kinder übertragen. Das ist auch völlig rational, da die bisherige Forschung gezeigt hat, dass eine Weitergabe der Parteipräferenz von Eltern zu Kindern der Normalfall ist (Kroh 2012; Jennings et al. 2009; Torney-Porta et al. 2004).

Allerdings könnte man auch annehmen, dass Eltern besonders sensibel reagieren, wenn sie noch junge Kinder haben, da diese von den heutigen Entscheidungen der Politik besonders (lange) betroffen sind. In jedem Fall sollte mit zunehmendem Alter der Kinder die Logik der Interessensgleichsetzung zwischen Elternteil und Kind problematischer werden, da Kinder auch im Zuge des Einflusses weiterer Sozialisationsagenten (vor allem aus der Schule und ihren eigenen Netzwerken) eigene Meinungen ausbilden und mitteilen, die jenen der Eltern zuwiderlaufen könnten. Auch wenn die Familie mit Abstand den stärksten Effekt auf die politische Sozialisation junger Menschen ausübt, so steigt doch mit zunehmendem Alter der Kinder deren Unabhängigkeit vom Elternhaus (Roßteutscher et al. 2022). Von daher erwarten wir, dass das Alter der Kinder positiv mit Abweichungen zwischen Ego-Wahl der Erwachsenen und stellvertretenden Wahl für die Kinder korreliert. Darüber hinaus ist aber auch ein zweiter Mechanismus vorstellbar, der auf dem *Altersabstand* zwischen Eltern und Kindern basiert. Je größer dieser Abstand ist (also je jünger die Kinder im Verhältnis zu den Eltern sind), desto stärker sollten Unterschiede zwischen Eltern und Kindern wahrgenommen werden. In der Folge sollten gerade „ältere“ Eltern stärker differenzieren als jüngere.

Diese sozialstrukturellen Unterschiede sind letztlich Proxys für unterschiedliche Interessen zwischen Eltern und Kindern. In der Literatur wird auch direkter über unterschiedliche inhaltliche Interessen argumentiert. Kamijo et al. (2019) etwa zeigen in einem Laborexperiment, dass Wähler:innen, die eine zweite Stimme stellvertretend für zukünftige Generationen abgeben dürfen, diese häufiger anders abgeben als ihre „Erststimme“, gerade auch im Vergleich zu Personen, die diesen Zukunftsstimulus nicht bekommen. Solche „Nachhaltigkeitsargumente“ werden zuweilen auch bezogen auf die Staatsverschuldung angeführt (Wolf et al. 2015). Die „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“ nennt Staatsverschuldung, Renten- oder Umweltpolitik als jene Themen, die von der derzeitigen Politik zu Lasten zukünftiger Generationen vernachlässigt würden (2017). Aus diesen Überlegungen könnte man daher – angewandt auf Deutschland – schließen, dass Eltern, denen Nachhaltigkeitsthemen durchaus wichtig sind und die ihnen Sorge bereiten, häufiger andere Stimmen für ihre Kinder abgeben als für sich selbst. Aufgrund von Datenlimitationen können wir die Auswirkungen von Nachhaltigkeitsthemen nur am Beispiel des Klimawandels empirisch prüfen, wobei wir die Angst vor dem Klimawandel und seinen Folgen sowie die dem Klimawandel zugeschriebene Salienz und die eigene Positionierung zum Thema einbeziehen. Gleichwohl scheint uns das

Thema „Klimawandel“ sehr gut geeignet, da es im Vergleich zu anderen „Zukunftsthemen“ eine recht klare parteipolitische Verortung bei den Grünen gibt.

Gerade diese substanziellen Argumente machen auch deutlich, dass es eine beachtliche Herausforderung darstellt, Unterschiede zwischen den Interessen von Kindern und den eigenen Interessen zu erkennen und mit dem Parteiensystem in eine sinnvolle Verbindung zu bringen. Wir erwarten daher, dass Eltern, die ein starkes *Interesse für Politik* haben, auch eine größere Sensibilität für die politischen Interessen ihrer Kinder besitzen und daraus entsprechende Schlüsse zur Parteiwahl ableiten. Auch sollte mit höherem Interesse eine stärkere Wahrnehmung hinsichtlich der politischen Debatten über Generationengerechtigkeit und der möglichen negativen Folgen aktueller Politikentscheidungen für nachwachsende Generationen einhergehen. Das Gegenteil sollte auf Eltern mit geringerem Interesse an Politik zutreffen, die daher eher den einfachen Weg – Kinderstimme gleich Elternstimme – gehen sollten.

Interessen der Kinder zu erkennen, gerade auch dann, wenn sie von den eigenen abweichen, sollte allerdings leichter sein, wenn in der Familie (häufig) über Politik gesprochen wird. Die Bedeutung von familiären *Gesprächen über Politik* für politische (Wahl-)Entscheidungen ist wiederholt – und gerade auch von Rüdiger Schmitt-Beck – aufgezeigt worden (Faas/Schmitt-Beck 2010; Schmitt-Beck et al. 2012; Schmitt-Beck/Lup 2013; Schmitt-Beck/Partheymüller 2016; Schmitt-Beck/Grill 2020; Schmitt-Beck/Schnaudt 2023). Die Familie ist der Ort, an dem faktisch am häufigsten über Politik gesprochen wird. Gleichwohl gibt es erhebliche Unterschiede *zwischen* Familien. Wir nehmen daher an, dass in Familien, in denen (häufig) über Politik gesprochen wird, Eltern die (anderen) Interessen ihrer Kinder eher wahrnehmen und dies entsprechend auch häufiger in differenziertes Wahlverhalten umsetzen als in Familien, in denen das nicht oder seltener passiert. Allerdings könnte man ebenso vermuten, dass häufige Gespräche zu einer Konvergenz von Parteipräferenzen innerhalb von Familien führen könnten. Ob letztlich der Wahrnehmungseffekt (durch politische Gespräche erfahren Eltern mehr über die andersgelagerten parteipolitischen Präferenzen ihrer Kinder und setzen diese entsprechend differenziert um) oder der Sozialisierungseffekt (mit der Häufigkeit politischer Diskussionen im Haushalt steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder die parteipolitischen Präferenzen der Eltern übernehmen, weswegen wir seltener differenzierendes Stimmverhalten sehen) überwiegt, wird die empirische Analyse zeigen.

Bei alledem ist allerdings auch zu fragen, was Eltern sich überhaupt als wählbare Partei *vorstellen* können. Eltern mit einer starken *Parteiidentifikation* sollten in geringerem Maße dazu bereit sein, eine andere Wahl für ihre Kinder zu treffen als parteilich ungebundene Eltern. Umgekehrt könnten manche Eltern bei ihren eigenen Wahlentscheidungen bereits gelernt haben, Stimmen differenziert abzugeben. Schließlich haben auch Erwachsene bei Wahlen zum Deutschen Bundestag die Möglichkeit, mit ihrer Erst- und Zweitstimme unterschiedliche Parteien zu wählen. Wir gehen davon aus, dass Eltern, die selbst ihre Erst- und Zweitstimme splitten, auch eher andere Voten für ihre Kinder abgeben als Eltern, die ein *straight ticket* abgeben, also mit Erst- und Zweitstimme die gleiche Partei wählen. Diese Erfahrung mit Differenzierung sollte direkt auf die Differenzierungskompetenz in Bezug auf das stellvertretende Wahlrecht übertragbar sein. Allerdings wirft das Stimmensplitting auch Fragen auf: Wenn ein Elternteil die Kinderstimme der Partei gibt, die es mit der Erststimme (aber nicht mit der Zweitstimme) wählt – ist das überhaupt differenzierendes Abstimmungsverhalten oder nicht? Wir werden diesen Punkt in unseren weitergehenden Analysen berücksichtigen.

Insgesamt gehen wir also davon aus, dass sieben Bedingungen die Wahrscheinlichkeit erhöhen bzw. senken, dass Eltern bei einer stellvertretenden Wahl für ihre Kinder von ihrem Ego-Wahlverhalten abweichen.

- (1) Unterschiede beim Geschlecht zwischen Elternteil und Kind;
- (2) das Alter des Kindes ebenso wie Altersunterschiede zwischen Elternteil und Kind);
- (3) die Angst vor dem Klimawandel, die ihm zugeschriebene Wichtigkeit und eine entsprechende Positionierung;
- (4) die Stärke des politischen Interesses des Elternteils;
- (5) die Häufigkeit politischer Gespräche im Haushalt;
- (6) die Stärke der Parteiidentifikation des Elternteils;
- (7) eigenes Stimmensplitting.¹³

13 Diese Liste ist dabei keineswegs erschöpfend, sondern auch durch die Verfügbarkeit von Indikatoren in den von uns verwendeten Daten geprägt. So fehlen Informationen über die Wohnsituation der Kinder (gleicher Haushalt oder nicht?) und auch über etwaige Unterschiede zwischen der Parteiwahl der jeweiligen Elternteile. Gerade wenn sich die Eltern nicht einig sind, könnte man vermuten, dass sich daraus auch eine Motivation ergibt, Kinderstimmen zu verteilen. Das können wir hier allerdings nicht prüfen.

Unterschiede in der Stimmabgabe alleine sind zweifelsohne eine notwendige Bedingung für weiterreichende Auswirkungen der Einführung eines Familienwahlrechts auf den Ausgang von Wahlen und die Gestaltung von Politik. Allerdings könnten sich die unterschiedlichen Stimmabgaben über Eltern hinweg gegenseitig aufheben, sodass letztlich per Saldo kein Effekt übrigbliebe. Allerdings haben wir an einigen Stellen schon angedeutet, dass gerichtete Effekte erwartet werden könnten. Interessanterweise sind die beiden (überparteilichen) Parlamentarier:innen-Initiativen im Deutschen Bundestag 2003 und 2008 sehr vage hinsichtlich der konkreten Anliegen, die die Rechte zukünftiger Generationen in der alternden Gesellschaft beeinträchtigen. Die Ausführungen zu den Nachhaltigkeitsthemen, gerade auch bezogen auf den Klimawandel, lassen allerdings erwarten, dass Eltern, denen Nachhaltigkeitsthemen wichtig sind und die ihnen Sorge bereiten, häufiger Parteien mit Nachhaltigkeitsfokus präferieren – und das wären in Deutschland vor allem die Grünen. Ebenso ließe sich vermuten, dass Eltern daran interessiert sind, ihren Kindern so wenig Staatsschulden wie möglich zu hinterlassen – in diesem Fall könnte eine Kinderwahl etwa pro FDP, die sich seit Jahren hinsichtlich Schuldenbremse am deutlichsten profiliert, wahrscheinlicher werden. Allerdings können wir diese Möglichkeit nicht direkt überprüfen, da uns Angaben zur Präferenz zur Schuldenbremse im Datensatz fehlen. Wir wollen die parteipolitischen Konsequenzen jedenfalls im letzten Schritt unserer Analyse prüfen, indem wir uns die elterlichen und die von ihnen abgegebenen Kinderstimmen im Kontrast anschauen, um so „Gewinner:innen“ und „Verlierer:innen“ eines Familienwahlrechts im Parteiensystem sichtbar machen zu können.

3. Daten und Operationalisierung

Die *German Longitudinal Election Study* (GLES) gehört zu den größten Unterfangen akademischer Wahlforschung weltweit. Sie ist über viele Jahre maßgeblich von Rüdiger Schmitt-Beck als *Principal Investigator* der Studie und zugleich als Vorsitzendem der Deutschen Gesellschaft für Wahlforschung geprägt worden (Schmitt-Beck et al. 2010b; Schmitt-Beck 2016). Aufgrund ihrer modularen Struktur erlaubt die GLES sowohl eine querschnittliche Dauerbeobachtung einzelner Bundestagswahlen als auch eine Beobachtung gerade von kurzfristiger Dynamik rund um Wahlen über Wahlen hinweg, insbesondere mittels der Rolling-Cross-Section-Komponente, zu deren Entwicklung und Etablierung in Deutschland Rüdiger

Schmitt-Beck in besonderer Weise beigetragen hat (Schmitt-Beck et al. 2006, 2010a; Partheymüller et al. 2013; Staudt/Schmitt-Beck 2018). Die GLES erlaubt es aber mittels eng getakteter Panel- und regelmäßiger (Online-)Querschnittsbefragungen ebenso, Ereignisse zwischen Wahlen zu beobachten und dabei auch neue Entwicklungen rund um Wahlen abzubilden.

Auch der vorliegende Beitrag basiert auf Daten, die im Rahmen der GLES erhoben wurden. Konkret wurden in drei der regelmäßigen Online-Querschnittsbefragungen („Trackings“) Fragen rund um ein mögliches Familienwahlrecht aufgenommen, nämlich in das 50., 51. und 52. Tracking (GLES 2022a, 2022b, 2022c), die im September 2021 (noch vor der Bundestagswahl 2021), im Februar 2022 sowie im Juni 2022 im Feld waren und an denen 1688, 1112 bzw. 1124 nach Alter, Geschlecht und Bildung quotierte Befragte teilgenommen haben – insgesamt also rund 3900 Befragte.

In diesen drei Studien wurde nicht nur gefragt, welche Partei die Befragten selbst mit Erst- und Zweitstimme wählen würden (im Falle der 2021er-Befragung konkret bezogen auf die Bundestagswahl 2021, ansonsten bei einer Bundestagswahl „am nächsten Sonntag“). Vielmehr wurden sie – unserer Kenntnis nach erstmals – auch gefragt, wie sie stellvertretend für ihre Kinder Stimmen abgeben würden, sofern sie minderjährige Kinder haben. Entsprechend erfolgte die einschlägige Abfrage zweistufig: Im ersten Schritt wurde nach der Zahl minderjähriger Kinder gefragt („Es gibt eine Diskussion darüber, dass Kinder keine Stimme bei der Bundestagswahl haben, obwohl viele der aktuellen politischen Entscheidungen die Kinder später betreffen werden. Daher interessiert uns, ob Sie minderjährige Kinder haben?“¹⁴). Im zweiten Schritt folgte einzeln für jedes minderjährige Kind die Frage: „Wenn Sie bei der Bundestagswahl auch eine Stimme für Ihr (erstes/zweites/drittes/...) minderjähriges Kind hätten abgeben dürfen: Welcher Partei hätten Sie die Zweitstimme gegeben?“ Die Fragen wurden in dieser hypothetisch-rückschauenden Formulierung in allen drei verwendeten Studien so verwendet – lediglich in der ersten Studie (T50, September 2021) wurde nicht nach allen minderjährigen Kindern, sondern nur nach Kindern zwischen 6 und 17 Jahren gefragt. Entsprechend reduziert sich die Zahl der Kinder in dieser Studie. Gleichwohl haben wir uns entschieden,

14 Als höchste Kategorie stand dabei „Ich habe 6 minderjährige Kinder oder mehr“ zur Verfügung, die aber de facto – siehe auch unten – von den Befragten nicht genutzt wird und die auch für unsere Analysen ohne Relevanz ist.

die drei Tracking-Studien trotz dieses kleinen Unterschieds zu kumulieren und gemeinsam zu analysieren.

Über die drei Befragungen hinweg zeigen sich dabei sehr stabile Muster: Rund 78 Prozent der Befragten haben keine minderjährigen Kinder, zwölf Prozent haben eines, acht Prozent zwei, ein Prozent drei. Vier und mehr minderjährige Kinder zu haben, stellt eine absolute Ausnahme in unseren Daten dar. Wir werden unsere Analysen daher auf Befragte konzentrieren, die maximal drei minderjährige Kinder haben, und die anderen Befragten ausschließen.¹⁵

Im Mittel haben unsere rund 3900 Befragten damit 0,33 minderjährige Kinder¹⁶; bei denjenigen, die minderjährige Kinder haben, sind es im Mittel 1,48 an der Zahl. Insgesamt stehen uns Informationen zu 1530 minderjährigen Kindern über die drei Befragungen hinweg zur Verfügung, die die Grundlage für unsere Analysen bilden.

Für unsere Analysen haben wir uns für eine dyadische Betrachtung entschieden, da uns einige kindspezifische Informationen zur Verfügung stehen (nicht zuletzt die elterliche Wahlentscheidung für jedes einzelne Kind). Eine Datenzeile ist also eine Elternteil-Kind-Kombination. Wir fragen demnach pro Kind, welche Partei die Eltern für das jeweilige Kind wählen würden und ob diese Wahl sich von der Partei, die das befragte Elternteil für sich selbst (mit der Zweitstimme) wählen würde, unterscheidet.¹⁷ Allerdings gewichten wir dabei grundsätzlich (umgekehrt proportional) nach

15 Das leicht abweichende Frageformat in der ersten der drei von uns betrachteten Wellen – hier wurde nur nach Kindern ab sechs Jahren gefragt – führt zu geringfügigen Unterschieden zwischen dieser ersten und den beiden anderen Wellen bezüglich der berichteten Kinderzahl: Der Anteil der Befragten *ohne* Kinder (zwischen sechs und 17 Jahren) liegt in der ersten Welle entsprechend etwas höher als in den anderen beiden Befragungen. Wenn man in den anderen beiden Befragungen das Mindestalter eigener, minderjähriger Kinder auf sechs Jahre setzt (und damit der ersten Welle angleicht), verschwinden die Unterschiede zwischen den Wellen. Für die im weiteren Verlauf des Beitrags berichteten Ergebnisse hat dieser Unterschied zwischen den Befragungswellen keine Auswirkungen. Um die Analyse auf eine möglichst breite Basis zu stellen, nehmen wir daher auch minderjährige Kinder im Alter unter sechs Jahre in die Analyse auf, wo dies möglich ist.

16 Ohne Gewichtung sind es 0,39 Kinder, woraus sich dann auch die Anzahl der Kinder insgesamt ergibt.

17 Als Ergänzung wollen wir dabei auch betrachten, inwieweit die befragten Eltern überhaupt Angaben machen (können) bezüglich der Partei, die sie für ihre Kinder wählen würden. In die Betrachtung gleicher oder ungleicher Stimmabgabe fließen dabei nur Befragte ein, die sowohl für sich selbst wie auch das jeweilige Kind eine Partei nennen.

der Kinderzahl, um korrekte Schlüsse auf der Ebene der handelnden Eltern ziehen zu können, wobei wir dieses „Kindergewicht“ mit dem im Datensatz vorhandenen Repräsentativgewicht kombiniert haben.

Was unsere oben diskutierten unabhängigen Variablen betrifft, greifen wir auf verschiedene Merkmale zurück, um damit abweichendes Wahlverhalten in Verbindung bringen zu können. Teils sind dies Merkmale bezogen auf die befragten Eltern(-teile), teils Angaben bezogen auf die einzelnen Kinder, teils Merkmale der Dyaden. Bezogen auf die Kinder liegt uns deren Alter und Geschlecht vor – das Geschlecht allerdings nur für die Trackings T51 und T52.¹⁸ Bezogen auf das Alter der Kinder nutzen wir eine dichotome Differenzierung, die kleine Kinder (bis zum Alter von neun Jahren) von älteren Kindern (zehn bis 17 Jahre) unterscheidet. Um bezogen auf Alter und Geschlecht auch Differenzen zu den Eltern bestimmen zu können, benötigen wir auch für die Eltern Informationen zu deren Geschlecht und Alter. Auch diesen Altersindikator haben wir dichotomisiert und unterscheiden „junge“ Eltern (mit einer Altersdifferenz von maximal 30 Jahren) von „älteren“ Eltern.

Was inhaltliche politische Differenzen zwischen Eltern und Kindern betrifft, konzentrieren wir uns auf Wahrnehmungen rund um den Klimawandel. Tatsächlich stehen uns in den Daten verschiedene Indikatoren zur Verfügung, angefangen bei der Angst vor dem Klimawandel (als Emotion, siebenstufig erfasst von „überhaupt keine Angst“ bis „sehr große Angst“) über die Salienz des Themas (fünfstufig erfasst, von „überhaupt nicht wichtig“ bis „sehr wichtig“) bis hin zur Position zum Thema. Bei der Position kommt eine elfstufige Skala zum Einsatz, die von „Vorrang für Bekämpfung des Klimawandels, auch wenn es dem Wirtschaftswachstum schadet“ bis „Vorrang für Wirtschaftswachstum, auch wenn es die Bekämpfung des Klimawandels erschwert“ reicht. Um eine hohe Sensibilität für den Klimawandel durch hohe Werte zu repräsentieren, haben wir die Skala gedreht.¹⁹ Die verschiedenen Indikatoren hängen untereinander eng zusammen, wes-

18 In früheren Versionen der verwendeten Datensätze gab es keine Kinder im Alter von null Jahren; dieser Fehler konnte aber zwischenzeitlich behoben werden. Bei Replikationen unserer Studie ist es daher wichtig, die neuesten Datensätze zu verwenden.

19 Im Tracking T50 wurde ein Split-Half-Experiment zu Positionen zum Klimawandel implementiert, daher erhielt die Hälfte der Befragten anstelle des genannten Items ein Positionsissue mit den Endpunkten „Politik müsste noch viel mehr für die Bekämpfung des Klimawandels tun“ bis „Politik zur Bekämpfung des Klimawandels ist schon viel zu weit gegangen“. Wir nutzen für diese Befragten dieses Item, um sie in der Analyse berücksichtigen zu können. Unsere Ergebnisse werden davon nicht substanziiell berührt.

wegen wir für weitere Analysen auch einen gemeinsamen Faktor aus den drei Dimensionen extrahieren, den wir schließlich in vier Stufen entlang der Quartile einteilen.

Darüber hinaus nutzen wir das politische Interesse des befragten Elternteils, das in den von uns verwendeten Daten auf einer fünfstufigen Skala von „überhaupt nicht“ bis „sehr stark“ erfasst wird, sowie die Gesprächshäufigkeit im persönlichen Umfeld, die in Tagen pro Woche bezogen auf die vergangene Woche erfasst wird.²⁰ Die Parteiidentifikation des befragten Elternteils wird dreistufig erfragt: Ist eine solche Identifikation vorhanden? Wenn ja, für welche Partei? Und wie stark ist diese, wobei diese Stärke fünfstufig erfasst wird. Wir haben daraus eine dreistufige Variable konstruiert, die „starke PI“ (sehr stark oder stark bei der verwendeten fünfstufigen Skala), „schwache PI“ und „keine PI“ unterscheidet. Um das (beabsichtigte) Wahlverhalten für Ego und Kinder sowie daraus abgeleitete Indikatoren, etwa zum Stimmensplitting, zu erfassen, verwenden wir die einschlägigen Indikatoren aus den Daten; bei den Befragten selbst zunächst bezogen auf die Zweitstimme. Das Stimmensplitting wirft allerdings Fragen auf: Wenn ein Elternteil die Kinderstimme der Partei gibt, die es mit der Erststimme (aber nicht mit der Zweitstimme) wählt – ist das überhaupt differenzierendes Abstimmungsverhalten oder nicht?

Im Folgenden präsentieren wir zunächst deskriptive Befunde im Lichte unserer formulierten Erwartungen, die wir dann abschließend in einem multivariaten Modell prüfen. Im letzten Schritt schauen wir uns parteipolitische Verteilungen abweichender Stimmabgaben an.

4. Empirische Befunde

4.1 Unterschiede zwischen Ego- und stellvertretender Kinderwahl

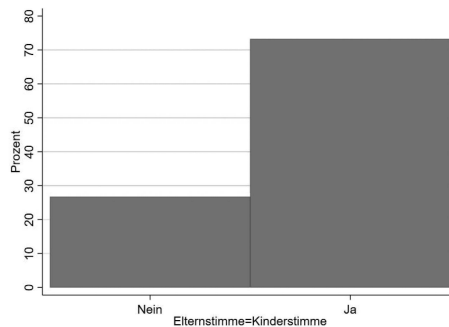
Im ersten Schritt wollen wir uns der Frage widmen, ob Eltern überhaupt bei einer stellvertretenden Stimmabgabe für ihre Kinder differenzieren würden. Wir werden zunächst betrachten, ob die Befragten *überhaupt* Parteien nennen können oder nennen wollen, die sie für ihre Kinder wählen würden. Wie sich zeigt, stellt dies für die überwältigende Mehrheit der

20 Die genaue Frageformulierung lautet dabei „An wie vielen Tagen haben Sie sich in der vergangenen Woche mit anderen Personen, z. B. Familienmitgliedern, befreundeten oder bekannten Personen, über Politik/die Parteien unterhalten?“ und bezieht sich damit nicht nur auf die Familie im engeren Sinne.

befragten Elternteile kein Problem dar. Über die drei Befragungen hinweg liegt der Anteil der Befragten, die explizit „weiß nicht“ bei der Frage nach der stellvertretenden Parteiwahl für ihre Kinder sagen, bei nur 0,5 Prozent. Bezieht man Verweigerungen mit ein, kommen weitere fünf Prozent hinzu. Gerade im Vergleich zu den „Weiß nicht“-Anteilen bei den üblichen, befragtenbezogenen Sonntagsfragen sind das sehr geringe Anteile. Die Einführung eines Familienwahlrechts würde also nicht daran scheitern, dass die Elternteile nicht wüssten, was sie tun sollen.

Wenn wir uns der Frage zuwenden, ob die Eltern die ihnen zur Verfügung stehenden Kinderstimmen der gleichen Partei geben wie die eigene (Zweit-)Stimme, sehen wir erhebliche Anteile von Abweichungen, nämlich in rund einem Viertel der Fälle (siehe Abbildung 1). Auch wenn das eine Minderheit ist, so kann man eben trotzdem nicht automatisch davon ausgehen, dass alle Eltern einfach nur ihre eigene Parteipräferenz auf die Kinder übertragen würden. Vor diesem Hintergrund lohnt es sich im nächsten Schritt zu fragen, von welchen Faktoren es abhängt, ob Eltern differenzieren oder nicht.

Abbildung 1: Übereinstimmung zwischen Zweitstimmen der Eltern- und Kinderstimmen



Quelle: T50, T51, T52; gewichtete Ergebnisse

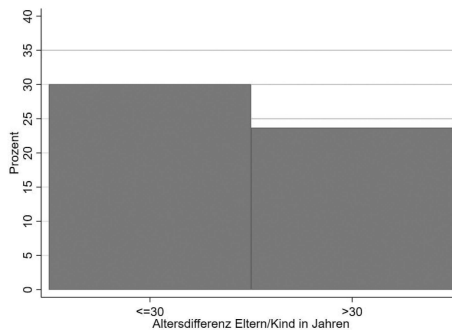
4.2 Hintergründe abweichender Stimmabgaben

Bei der Betrachtung der Hintergründe starten wir mit einem Nullbefund: Bezüglich des Geschlechts zeigen sich keine signifikanten Unterschiede, weder bezogen auf das Geschlecht der Kinder noch der Eltern. Auch

in Kombination beider Geschlechter lassen sich keine bemerkenswerten Unterschiede ausmachen: Das Geschlecht bleibt, in welcher Form auch immer, ohne Einfluss auf abweichendes Stimmverhalten – entsprechend weisen wir die Ergebnisse hier auch nicht gesondert aus.

Die Reihe von Nullergebnissen setzt sich zunächst auch beim Alter der Kinder fort. Unsere formulierte Erwartung, dass mit steigendem Alter der Kinder auch die Wahrnehmung deren eigener (und anderer) Interessen und damit verbunden die Wahrscheinlichkeit eines differenzierenden Wahlverhaltens steigt, bestätigt sich nicht. Mit dem Alter des Kindes sind keine Unterschiede in der Wahrscheinlichkeit verbunden, die Kinderstimmen anders abzugeben als die eigene Stimme.

Abbildung 2: Anteile der Befragten mit differenzierender Stimmabgabe nach Altersdifferenz zwischen Eltern und Kindern

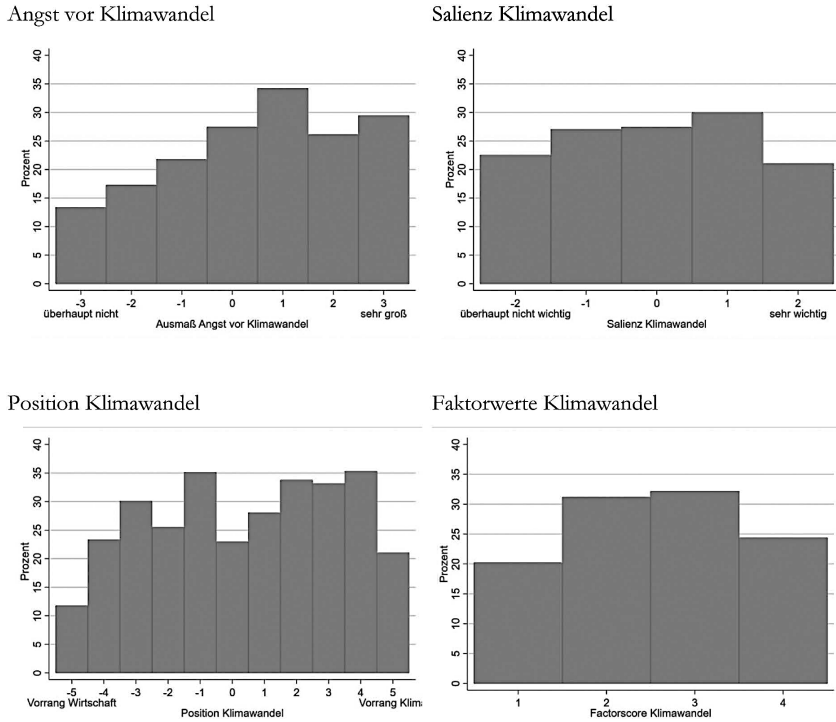


Quelle: T50, T51, T52; gewichtete Ergebnisse

Das Bild ändert sich, wenn man statt des Alters des Kindes die Altersdifferenz zwischen Eltern und Kindern zugrunde legt, wie Abbildung 2 zeigt. Junge Eltern (bei denen der Altersabstand zu ihren Kindern maximal 30 Jahre beträgt) differenzieren dabei *häufiger* (nämlich in rund 30 Prozent der Fälle) bei der Abgabe der eigenen und der Kinderstimmen als ältere Eltern. Der Unterschied liegt bei rund sieben Prozentpunkten und ist auch statistisch signifikant. Die Richtung des Unterschieds läuft allerdings unseren Erwartungen zuwider: Wir hatten oben vermutet, dass mit zunehmender Altersdistanz die Wahrscheinlichkeit der Differenzierung *ansteigt*, aber das Gegenteil ist der Fall. Zu vermuten ist, dass der Unterschied mit anderen Faktoren, etwa dem Vorhandensein einer (starken) Parteiidentifikation

oder auch dem eigenen Stimmensplitting zu tun hat; wir kommen darauf zurück.²¹

Abbildung 3: Anteile mit differenzierender Stimmabgabe nach Emotionen und Einstellungen zum Klimawandel



Quelle: T50, T51, T52; gewichtete Ergebnisse

Wir hatten oben argumentiert, dass diese sozialstrukturellen Faktoren – Alter, Geschlecht – nur Proxys für substanzielle Unterschiede zwischen Eltern und Kindern sein könnten und dass diese substanziellen Treiber Nachhaltigkeitsthemen, allen voran der Klimawandel, sein könnten. Abbildung 3 zeigt die Ergebnisse – sowohl getrennt für die einzelnen Dimensio-

21 Auch wenn man anstelle der Altersdifferenz das Alter der Eltern (in dichotomisierter Weise: bis 40 vs. über 40) als Unterscheidungsmerkmal verwendet, lässt sich ein signifikanter Unterschied bei der Wahrscheinlichkeit differenzierenden Stimmverhaltens feststellen. Allerdings ist der Effekt stärker, wenn man die Altersdifferenz nimmt; die Differenz setzt sich auch bei gleichzeitiger Betrachtung beider Faktoren „durch“.

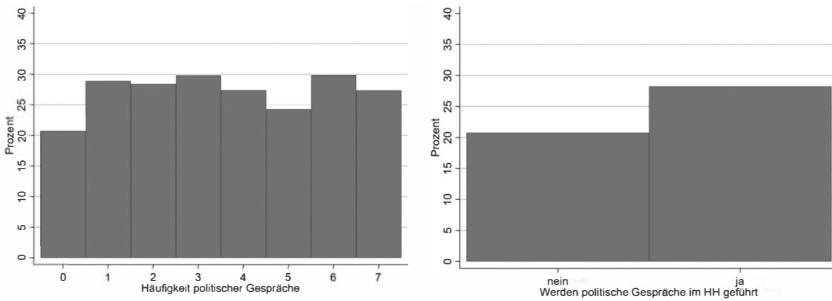
nen (Angst, Salienz, Position) als auch für die extrahierte und dann in vier Gruppen aufgeteilte Faktorlösung. In allen Fällen sehen wir deutliche Unterschiede, die zudem einem umgekehrt u-förmigen Muster folgen: Mit steigender Angst bzw. Salienz bzw. Positionierung steigt zunächst der Anteil an differenzierendem Abstimmungsverhalten, um dann allerdings wieder zurückzugehen, wenn das obere Ende der jeweiligen Skala erreicht wird. Gerade bei den extrahierten Faktorwerten wird das Muster besonders deutlich: Wenn dem Thema Klimawandel nur geringe Bedeutung beigemessen wird, resultiert daraus auch sehr selten ein differenzierendes Stimmverhalten. Wird dem Thema sehr hohe Bedeutung beigemessen, ist dem ebenfalls so – allerdings aufgrund der Tatsache, dass dann auch die eigene Parteipräferenz entsprechend angepasst wird. Wenn Eltern den Klimawandel höchst besorgniserregend finden, werden sie selbst vermutlich „grün“ wählen und daher auch für ihre Kinder von dieser Wahl nicht abweichen. Bei mittlerer Sorge ist es hingegen so, dass wohl für die Kinder Anpassungen vorgenommen werden, für die eigene Stimme aber nicht – und in der Folge resultieren dort die höchsten Abweichungen zwischen eigenen und Kinderstimmen.

Unsere auf sozialstrukturellen Unterschieden basierenden Überlegungen haben sich also so nicht bestätigt, jene bezogen auf den Klimawandel dagegen schon. Wir hatten auch argumentiert, dass es sehr herausfordernd ist, die ggf. gegensätzlichen Interessen der Kinder zu erkennen. Vor diesem Hintergrund hatten wir Überlegungen bezogen auf politisches Interesse und Gesprächshäufigkeiten formuliert, die genau das erleichtern könnten. Allerdings bestätigen sich auch diese Überlegungen bezogen auf das politische Interesse nicht. Die Anteile differenzierenden Stimmverhaltens variieren nicht in Abhängigkeit vom politischen Interesse des Elternteils, daher weisen wir die Ergebnisse auch nicht aus.

Anders stellt sich das Bild dar, wenn wir uns der Häufigkeit politischer Gespräche zuwenden, die in den von uns verwendeten Daten mit „Tagen pro Woche“ erfasst werden. Abbildung 4 zeigt die entsprechenden Ergebnisse. Auf der linken Seite wird die Gesprächshäufigkeit differenziert betrachtet nach einzelnen Tagen. Allerdings wird dabei vor allem ein Sprung sichtbar – nämlich zwischen null und allen anderen Tagen. Die Unterschiede zwischen den anderen Häufigkeitsnennungen folgen keinem systematischen Muster. Entsprechend liegt der Fokus im rechten Teil der Grafik nochmals genau auf diesem Unterschied: Werden politische Gespräche geführt oder nicht? Wo dies der Fall ist, liegt der Anteil differenzierender Stimmabgaben bei 28 Prozent und damit rund sieben Prozentpunkte höher

als in Familien, in denen keine Gespräche über Politik stattfinden. Politische Gespräche haben also einen bedeutsamen Einfluss auf die politische Einstellungs- und Verhaltenswelt von Familien und Kindern.

Abbildung 4: Anteile mit differenzierender Stimmabgabe nach Existenz und Häufigkeit politischer Gespräche im Haushalt

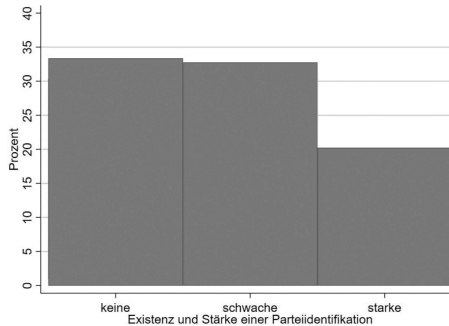


Quelle: T50, T51, T52; gewichtete Ergebnisse

Schließlich schauen wir uns Faktoren an, die einem differenzierenden Abstimmungsverhalten entgegenstehen oder dies erleichtern. Die Parteiidentifikation als Wahrnehmungsfilter sollte eine hemmende Wirkung entfalten, wenn es um differenzierendes Stimmverhalten geht; umgekehrt könnte ein eingeübtes Stimmensplitting bei der Abgabe der eigenen Erst- und Zweitstimme eine differenzierte Stimmabgabe zwischen eigenen und Kinderstimmen erleichtern.

Das für die Parteiidentifikation resultierende Muster zeigt Abbildung 5 – und unsere formulierte Erwartung wird hier klar bestätigt. Bei Elternteilen mit starker Parteiidentifikation können wir bei nur rund 20 Prozent der Fälle ein differenzierendes Stimmverhalten beobachten; bei schwacher oder keiner Parteiidentifikation dagegen in rund einem Drittel der Fälle. Der Wahrnehmungsfilter der Parteiidentifikation wirkt also in durchaus starker Art und Weise.

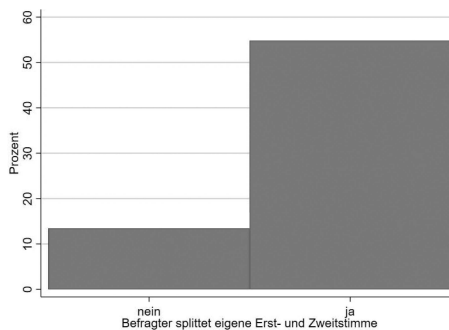
Abbildung 5: Anteile mit differenzierender Stimmabgabe nach Existenz und Stärke einer Parteiidentifikation des befragten Elternteils



Quelle: T50, T51, T52; gewichtete Ergebnisse

Die stärksten Abweichungen finden wir allerdings beim Stimmensplitting: Wer selbst mit Erst- und Zweitstimme verschiedene Parteien wählt, splittet auch eher zwischen sich und seinen Kindern (Abbildung 6): Über die Hälfte derer, die selbst Stimmen splitten, tut dies auch zwischen sich und den Kindern. Umgekehrt gilt: Wer Erst- und Zweitstimme der gleichen Partei gibt, der wird auch mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit die Kinderstimme dieser Partei geben. Der Anteil differenzierenden Stimmverhaltens liegt in diesen Fällen nur bei rund 13 Prozent.

Abbildung 6: Anteile mit differenzierender Stimmabgabe nach eigenem Splitting-Verhalten des befragten Elternteils

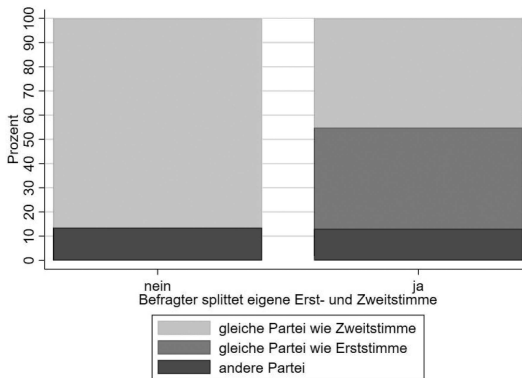


Quelle: T50, T51, T52; gewichtete Ergebnisse

Allerdings haben wir oben schon darauf hingewiesen, dass mit dem Faktor des elterlichen Stimmensplittings auch weiterreichende konzeptionelle Fragen verbunden sind. Kann man noch von differenzierendem Stimmverhalten sprechen, wenn mit der Kinderstimme die Partei gewählt wird, die das Elternteil mit seiner Erststimme wählt? In den bisherigen Ergebnispräsentationen sind wir davon ausgegangen, dass jede Abweichung von der elterlichen *Zweitstimme* bereits eine Differenzierung darstellt.

Abbildung 7 trägt diesem Umstand Rechnung, indem die abhängige Variable dreigeteilt wird. Wird mit der Kinderstimme die Partei gewählt, die der Befragte mit der eigenen *Zweitstimme* wählt oder aber mit der eigenen *Erststimme* (was nur im Falle von eigenem Stimmensplitting zu Unterschieden führen kann)? Oder wird mit der Kinderstimme eine gänzlich andere Partei gewählt? In dieser detaillierteren Betrachtung zeigt sich, dass der Anteil der Elternteile, die eine andere Partei wählen, die sie weder mit Erst- noch *Zweitstimme* wählen, in beiden Fällen bei rund 13 Prozent liegt. Die verbleibenden Prozente verteilen sich im Falle von Stimmensplitter:innen, was die Kinderstimmen betrifft, zu annähernd gleichen Teilen auf die eigene Erst- bzw. *Zweitstimme*.

Abbildung 7: Kongruenz der Kinderstimmen zur eigenen Erst- und *Zweitstimme* nach eigenem Splitting-Verhalten des befragten Elternteils



Quelle: T50, T51, T52; gewichtete Ergebnisse

Splittenden Elternteilen stehen also offenkundig auch für die Kinder zwei Alternativen zur Verfügung, die sie auch zu gleichen Teilen nutzen. Wie

sinnvoll das letztlich sein kann, darf man dabei durchaus infrage stellen, denn worin soll die Gemeinsamkeit zwischen der Wahl einer Person im Wahlkreis (mit der eigenen Erststimme) und der stellvertretenden Zweitstimme für die Kinder liegen? Man könnte hier an das Schmitt-Beck'sche „Denn sie wissen nicht, was sie tun“ bezogen auf das Wissen der Bevölkerung über die Bedeutung von Erst- und Zweitstimmen denken (1993). Ebenso möglich erscheint aber, dass die eigene Zweitstimme möglicherweise „strategischer“ vergeben wird als die Erst- und die Kinderstimme – in dem Fall aber wäre es nicht korrekt, von differenzierendem Stimmverhalten zu sprechen, das nur die elterliche Zweitstimme in den Blick nimmt.

Insgesamt zeigen diese Befunde jedenfalls auch, dass die stellvertretenden Kinderstimmen für die überwiegende Zahl der stimmgebenden Elternteile auch „wählbar“ sein müssen. Das zeigen auch weitergehende Analysen mit den Bewertungen der Parteien auf den üblichen -5/+5-Skalometern: Von Befragten, die für sich eine andere Partei wählen als für ihre Kinder, werden *beide* Parteien mit annähernd identischen Skalometer-Werten bewertet; der Unterschied beträgt gerade einmal 0,08 Punkte. Das ist sogar weniger als der Unterschied in den Skalometer-Bewertungen bei Stimmen-splitter:innen zwischen denen mit Erst- bzw. Zweitstimme gewählten Parteien.²² Differenzierendes Wahlverhalten ist also möglich und auch empirisch erwartbar im Falle der Einführung eines Familienwahlrechts, allerdings muss aus Sicht der stimmgebenden Elternteile alles im Rahmen dessen bleiben, was sie grundsätzlich gut finden.

4.3 Multivariate Betrachtung der Hintergründe abweichender Stimmabgaben

Beschließen wollen wir diesen Teil unserer Analyse, indem wir die präsentierten deskriptiven Ergebnisse in einem multivariaten Modell auf ihre Robustheit prüfen. Tabelle 1 zeigt die Resultate logistischer Regression in zwei Varianten: In der ersten Spalte ist die abhängige Variable die Abweichung von der elterlichen Zweitstimme; in der zweiten Spalte gilt eine Abweichung nur dann als solche, wenn eine Partei gewählt wird, die das befragte Elternteil weder mit der Erst- noch mit der Zweitstimme wählt.

22 Die mit der Erststimme gewählte Partei wird dabei sogar leicht (nämlich um 0,24 Punkte) besser bewertet als die mit der Zweitstimme gewählte Partei, was für einen stärker strategischen Einsatz der Zweitstimme sprechen könnte.

Als unabhängige Variablen haben wir alle Variablen einbezogen, die in der deskriptiven Betrachtung signifikante Unterschiede produziert haben.²³

Die Ergebnisse beider Modelle sind an vielen Stellen sehr ähnlich. Bei einer großen Altersdifferenz zwischen Ego und Kind (also „älteren Eltern“) sinkt die Wahrscheinlichkeit einer abweichenden Kinderstimme; wenn in der Familie über Politik gesprochen wird, erhöht sie sich hingegen signifikant. Eltern mit einer starken Parteiidentifikation neigen eher nicht dazu, für ein Kind anders zu wählen als für sich selbst. Auch im multivariaten Modell zeigt sich der kurvilineare Zusammenhang zwischen der elterlichen Haltung zum Klimawandel und abweichender Stimmabgabe: Elternteile, die dem Klimawandel eine sehr niedrige oder sehr hohe Bedeutung beimessen, vergeben die Kinderstimme eher genauso wie die eigene. Allerdings ist der Effekt bei sehr hoher Salienz im zweiten Modell knapp nicht signifikant. Das bedeutet umgekehrt: Es sind Personen, die gegenüber dem Klimawandel eine mittlere Position einnehmen, die in stärkerem Maße dazu neigen, für ihr Kind eine andere Stimme abzugeben als für sich selbst.

Der mit Abstand stärkste Effekt geht – zumindest im ersten Modell – vom eigenen Splitting-Verhalten des Elternteils aus. Eltern, die selbst unterschiedliche Parteien mit ihrer Erst- und Zweitstimme wählen, sind auch eher bereit, auch für ihr Kind einer anderen Partei die Stimme zu geben. Im zweiten Modell verschwindet dieser Effekt allerdings, was bedeutet: Auch bei Stimmensplitter:innen ist es nicht so, dass sie mit höherer Wahrscheinlichkeit eine andere Partei jenseits der eigenen Erst- und Zweitstimme wählen, sie nutzen nur eben sowohl die Partei ihrer Erst- als auch die Partei ihrer Zweitstimme für die zu vergebende Kinderstimme.

Da alle Variablen im Modell einen Wertebereich von 0 bis 1 haben, können wir die Effektstärken auch untereinander vergleichen. Dominiert wird das erste Modell von der Splitting-Variable, die dann im zweiten Modell allerdings verschwindet. Von den folgenden Variablen ist vor allem eine sehr niedrige Bedeutung des Klimawandels ein starker Einflussfaktor, aber auch Gespräche über Politik sowie die Stärke der eigenen Parteiidentifikation.

23 Wir haben auch Modelle mit den weiteren Variablen geschätzt; diese weiteren Faktoren – Geschlecht, Geschlechtsunterschied, politisches Interesse, Alter des Kindes – bleiben insignifikant.

Tabelle 1: Faktoren, die abweichende Stimmabgabe zwischen eigenen und Kinderstimmen erklären können (logistisches Regressionsmodell, b-Koeffizienten)

	Kinderstimme wird einer anderen Partei gegeben als jener, die Befragte:r...	
	mit eigener Zweitstimme wählt	mit eigener Erst- oder Zweitstimme wählt
	b	b
Ältere Eltern (Altersdifferenz Kind/Eltern > 30)	-0,31*	-0,53**
Politische Gespräche im persönlichen Umfeld an mind. einem Tag der vergangenen Woche	0,58*	0,80**
Starke Parteiidentifikation	-0,45**	-0,72***
Bedeutung Klimawandel (Ref: eher hoch)		
Sehr niedrig	-0,70**	-0,85**
Eher niedrig	-0,40	-0,20
Sehr hoch	-0,49*	-0,38
Befragte splittet eigene Erst- und Zweitstimme	2,14***	-0,10
Konstante	-1,60***	-1,59***
N	1130	1130

Hinweis: Alle unabhängigen Variablen haben einen Wertebereich von 0/1.

Quelle: T50, T51, T52

4.4 Gewinnerinnen und Verliererinnen eines Familienwahlrechts im Parteiensystem?

In 27 Prozent aller Fälle geben Eltern für ihr Kind eine Stimme ab, die nicht mit der Partei übereinstimmt, die sie mit ihrer eigenen Zweitstimme wählen. Ob davon manche Parteien mehr als andere profitieren oder ob sich die Effekte per Saldo wieder ausgleichen – der Antwort auf diese für die politische Akzeptanz und Durchsetzbarkeit wohl zentrale Frage widmen wir uns im letzten Teil unserer Analyse.

Tabelle 2: Verteilungen von Eltern- und Kinderstimmen auf Parteien

	Zweitstimme Befragte mit minderj. Kind 1	Haltequote (Eltern- = Kinderstimme) 2	Abweichungsquote (100-Haltequ.) 3	Elternstimme bei Abweichung 4	Kinderstimmen bei Abweichung 5	Differenz Prozentpunkte 6
CDU/CSU	16,8	76,3	23,7	13,6	12,9	-0,7
SPD	22,7	70,9	29,1	22,7	20,2	-2,5
FDP	13,8	57,6	42,4	21,4	12,2	-9,2
Grüne	15,8	77,4	23,6	13,0	32,3	+19,3
Die Linke	8,1	68,4	31,6	9,9	10,4	+0,5
AfD	16,6	79,5	20,5	12,0	7,4	-4,6
Sonstige	6,4	72,7	27,3	7,4	4,6	-2,8

Hinweis: Alle Ergebnisse sind repräsentativ gewichtet, das bedeutet: Bei Eltern mit mehreren minderjährigen Kindern geht jede Stimme hier – im Gegensatz zu vorherigen Analysen – mit vollem Gewicht ein, wie es auch bei Wahlen der Fall wäre.

Quelle: T50, T51, T52

Wenn wir uns dem Phänomen im ersten Schritt erneut deskriptiv nähern und uns die häufigsten Kombinationen von Eltern- und Kinderstimmen bei den „Wechsler:innen“ anschauen, so finden wir als häufigste Kombination „SPD (Eltern)/Grüne (Kind)“.²⁴ Diese Kombination betrifft 12,9 Prozent der Wechsel, also rund jeden achten Wechsel. Weitere häufige Kombinationen sind „FDP (Eltern)/Grüne (Kind)“ mit 9,2 Prozent und „Union (Eltern)/SPD (Kind)“ mit 5,9 Prozent, gefolgt von „SPD (Eltern)/Union (Kind)“ mit 5,4 Prozent. Alle anderen Kombinationen „scheitern“ an der Fünf-Prozent-Hürde; diese vier Kombinationen sind für knapp ein Drittel aller Wechsel verantwortlich. Das bedeutet natürlich umgekehrt, dass es sehr verschiedene Formen von Wechseln gibt, die sich breit auf alle möglichen Kombinationen verteilen.

Was das insgesamt für die einzelnen Parteien bedeutet, zeigt Tabelle 2 anhand verschiedener Verteilungen von Parteistimmen. Was also sind die Konsequenzen einer möglichen Einführung eines Familienwahlrechts,

24 Die Analysen in diesem Teil sind repräsentativ gewichtet; was bedeutet: Bei Eltern mit mehreren minderjährigen Kindern geht jede Stimme – im Gegensatz zu vorherigen Analysen – mit vollem Gewicht ein, wie es auch bei Wahlen der Fall wäre. Zudem scheint ein ergänzender Hinweis angebracht: Auch wenn die Werte repräsentativ gewichtet sind, so basieren sie doch auf einem Online-Access-Panel, also keiner Zufallsstichprobe und können in der Folge gewissen systematischen Verzerrungen unterliegen.

wobei uns insbesondere die Unterschiede zwischen Eltern- und Kinderstimmen interessieren. Die Verteilung der Zweitstimmen von Eltern mit minderjährigen Kindern in der ersten Spalte dient dabei eher der Illustration, bestätigt aber auch, dass sich diese Verteilung nicht fundamental etwa vom Ausgang der Bundestagswahl 2021 unterscheidet.²⁵

Die Werte in den Spalten 2 und 3 knüpfen unmittelbar an Abbildung 1 oben an. Der oben ausgewiesene Wert von 27 Prozent an Abweichungen zwischen Eltern- und Kinderstimmen findet sich in der nach Parteien aufgeteilten Perspektive nicht überall in gleicher Weise (Spalte 1 in Tabelle 2). Sehr nah am Gesamtwert von 27 Prozent liegen die Abweichungsquoten bei jenen Elternteilen, die mit ihrer Zweitstimme die SPD (29,1 Prozent) oder sonstige Parteien (27,3 Prozent) wählen. Demgegenüber steht die FDP mit einer Abweichungsquote von 42,4 Prozent, wobei gerade Zweitstimmen für die FDP häufig unter strategischen Gesichtspunkten abgegeben werden. Auch bei der Linkspartei liegt die Abweichungsquote mit 31,6 Prozent über dem Durchschnitt. Umgekehrt liegen die Abweichungsquoten bei den Grünen (23,6 Prozent), der Union (23,7 Prozent) und insbesondere der AfD (20,5 Prozent) unter dem Durchschnitt. Eine hohe Haltequote zu haben, reduziert dabei natürlich die Wahrscheinlichkeit, zu den Verlierer:innen eines Familienwahlrechts zu gehören – und umgekehrt.

Eine Garantie ist es aber keineswegs. Diesem Aspekt können wir uns aber natürlich genauer widmen, indem wir uns die Personen, die zwischen eigenen und Kinderstimmen differenzieren, genauer in der jeweiligen Parteiwahl anschauen. Dieser Logik folgen die Spalten 4 und 5: Spalte 4 zeigt, welche Partei die Wechsler:innen mit der eigenen Stimme wählen, während Spalte 5 die Verteilung der Kinderstimmen zeigt; Spalte 6 schließlich zeigt die Differenz zwischen beiden.

Offenkundig wären die Grünen, wie wir es oben auch als Erwartung im Lichte unserer Nachhaltigkeitsargumente formuliert hatten, die größten Gewinnerinnen eines Familienwahlrechts. Knapp ein Drittel aller abweichenden Kinderstimmen würden an die Grünen vergeben; in Verbindung mit dem Umstand, dass *unterdurchschnittlich* viele Grünen-Wähler:innen für ihre Kinder anders wählen würden als für sich selbst, steht für die Grünen ein deutlicher Gewinn per Saldo zu Buche. Damit stehen die Grünen allerdings alleine, denn für alle anderen Parteien stehen bestenfalls

25 Sie spiegelt allerdings auch einen bekannten Bias von Online-Panels trotz repräsentativer Gewichtung wider, denn der Anteil der Union liegt (wohl) zu niedrig, während gerade der Anteil der AfD eher zu hoch liegt.

marginale Gewinne (wie im Falle der Linken) oder gar per Saldo Verluste – teils erheblicher Größenordnung – da.

Die Gründe für die gemischten Bilanzen sind allerdings bei den einzelnen Parteien durchaus verschieden: Bei der SPD etwa ist insgesamt viel Bewegung zu beobachten: Sie steht, was den Zuwachs durch Kinderstimmen betrifft, mit rund 20 Prozent auf Platz 2 hinter den Grünen, ist aber zugleich auch die Partei, die mit 23 Prozent die stärksten Einbußen zu verzeichnen hat. Auch bei Union und Linken halten sich Gewinne und Verluste in etwa die Waage, wenn auch auf deutlich niedrigerem Niveau. Zudem ist die Haltequote der Union recht hoch.

Eindeutige Verliererinnen eines Familienwahlrechts – zumindest im zeitlichen Kontext der Bundestagswahl 2021 – wären die AfD und mehr noch die FDP. Beide geben deutlich mehr Elternstimmen ab als sie durch Kinderstimmen hinzugewinnen, was negativen Salden von fünf (AfD) bzw. sogar zehn Prozentpunkten (FDP) entspricht; hinzu kommt im Falle der FDP eine sehr niedrige Haltequote.

5. Schlussfolgerungen

Die deutsche Gesellschaft altert. Damit verschieben sich auch die politischen Gewichte zugunsten älterer zu Lasten jüngerer Generationen. Politische Parteien, die Wahlen gewinnen möchten, haben somit immer größer werdende Anreize, politische Angebote zu machen, die die Interessen älterer Menschen bedienen. Vor diesem Hintergrund wird von politischen Akteur:innen und Lobby-Organisationen zunehmend die Problematik der Generationengerechtigkeit politisiert. Die aktuellen Diskussionen um die Absenkung des Wahlalters zeugen davon, aber eine solche Absenkung steht als Option nicht allein.

Der vorliegende Beitrag widmet sich einer weitaus radikaleren Reformoption, nämlich der Einführung eines Familienwahlrechts. Hier stünde allen Bürger:innen das Wahlrecht ab Geburt zu, würde aber bis zur Erreichung der jeweils geltenden Altersgrenze stellvertretend von den Eltern ausgeübt. Jurist:innen sind sich höchst uneinig, ob eine solche Reform verfassungskonform wäre oder nicht. Allerdings gibt es auch ernsthafte Bedenken, die selbst von zivilgesellschaftlichen Organisationen geteilt werden, deren explizites Ziel die Herstellung von mehr Generationengerechtigkeit ist: Eltern würden das Familienwahlrecht nur nutzen, um ihre eigenen Politikpräferenzen zu multiplizieren, indem sie einfach eins zu eins ihre

Stimme auf die Kinder übertragen. Studien dazu gibt es bislang allerdings nicht.

Drei Fragen standen im Fokus unseres Beitrags: Erstens, würden Eltern die Familienstimme nur nutzen, um ihren eigenen Präferenzen mehr Gewicht zu geben; zweitens, gibt es Faktoren, die systematisch beeinflussen, ob Eltern bereit sind, für ihre Kinder anders zu wählen als für sich selbst; drittens, welche Folgen hätte ein Familienwahlrecht für das Abschneiden einzelner Parteien?

Zum ersten Punkt zeigen unsere Ergebnisse, dass in 27 Prozent der Eltern-Kind-Dyaden Elternteile für ihre Kinder eine Stimme abgeben, die nicht mit ihrer eigenen Zweitstimme übereinstimmt. Diese nicht unerhebliche Abweichungsquote zeugt unserer Meinung nach davon, dass Eltern bei Einführung eines Familienwahlrechts nicht nur ihre eigenen Stimmen multiplizieren würden. Dies gilt umso mehr, als es durchaus gute Gründe für genuine Übereinstimmungen in der Parteipräferenz zwischen Eltern und Kindern gibt. Zweitens, Eltern sind vor allem dann wechselbereit, wenn in der Familie über Politik gesprochen wird. Eltern, die sich mit ihren Kindern über Politik unterhalten, sind offensichtlich besser über die Kinderpräferenzen informiert und setzen diese dann auch an der Wahlurne häufiger um. Eltern mit einem geringeren Altersabstand zu ihrem Nachwuchs sind eher bereit, für ihre Kinder zu splitten als „ältere“ Eltern. Dieser Effekt korreliert mit anderen Befunden: Eine starke Parteidentifikation senkt die Neigung, für ein Kind anders zu wählen als für sich selbst. Mit der Intensität der Parteibindung steigen wohl die individuellen Kosten, tatsächlich eine andere Partei für das eigene Kind zu wählen. Bei Einstellungen zum Klimawandel – unserem Beispiel für die in der Literatur genannten „Zukunftsthemen“ – sind es vor allem Elternteile, die diesem Thema eine mittlere Salienz zuweisen, die häufiger Stimmen differenzieren. Eltern, denen der Klimawandel keine oder nur geringe Sorgen bereitet, haben dagegen offenkundig keinen Anreiz, dieses Thema zum Motiv der stellvertretenden Wahl zu machen. Elternteile, die hingegen starke Ängste äußern und dem Thema selbst eine hohe Bedeutung zuweisen, entscheiden sich für sich selbst sowie für das Kind für die Partei, der sie die höchste Kompetenz zuweisen, dieses Zukunftsthema anzugehen.

Die stärksten Abweichungen finden wir beim Stimmensplitting – ein Faktor, der ebenfalls mit dem Alter zusammenhängt: Über die Hälfte derer, die selbst Stimmen splitten, tut dies auch zwischen der eigenen Zweitstimme und der Stimme für die Kinder. Allerdings muss man fragen: Kann man noch von differenzierendem Stimmverhalten sprechen, wenn mit der Kin-

derstimme die Partei gewählt wird, die das Elternteil mit seiner Erststimme wählt? Dazu passt auch unser Befund, dass Eltern nur dann abweichend für das Kind wählen, wenn diese abweichende Partei ihnen grundsätzlich sympathisch ist. Stimmensplitting findet also innerhalb gewisser Grenzen statt. Es ist aufgrund unserer Analysen nicht zu erwarten, dass Eltern für ihr Kind eine Partei wählen, die für sie selbst überhaupt nicht wählbar ist.

Was den dritten Punkt betrifft, so hätte die Einführung eines Familienwahlrechts durchaus politische Konsequenzen. Die Grünen wären als Partei die größte Gewinnerin, die FDP die größte Verliererin eines Familienwahlrechtes. Auch an die AfD werden Kinderstimmen eher seltener vergeben. Bei allen anderen Parteien sind Verluste (CDU/CSU und SPD) bzw. Gewinne (Die Linke) eher gering, sodass sie im Kontext der alternden Gesellschaft, in der Wähler:innen ohne minderjährige Kinder die übergroße Mehrheit stellen, eher nicht ins Gewicht fallen.

Natürlich haben unsere Analysen Limitationen. Zunächst fehlt uns eine Information über die Wahlabsicht des/der Partner:in im Haushalt. Vielleicht stimmen Elternteile für ihr Kind entgegen ihrer eigenen Parteipräferenz, aber in Übereinstimmung mit dem Wahlverhalten des/der Partner:in? Leider können wir aufgrund unserer Datenbasis nicht überprüfen, wie in Familien mit unterschiedlichen Parteipräferenzen zwischen den Elternteilen Kinderstimmen vergeben werden, was aber ein wichtiger Punkt in der Debatte ist, denn genau solche „praktischen“ Fragen werden immer gegen ein Familienwahlrecht angeführt. Zudem konnten wir die Salienz sogenannter Zukunftsthemen nur am Beispiel der Einstellungen zum Klimawandel überprüfen, da uns hinsichtlich anderer Themen wie Digitalisierung oder Bildungspolitik entsprechende Indikatoren fehlen. Schlussendlich sind Antworten in einer Befragung auch nicht zwingend identisch mit tatsächlichen Stimmabgaben unter der Bedingung eines tatsächlich geltenden Familienrechts. Dennoch glauben wir, mit diesem Beitrag eine erste Annäherung an die Frage, wie und unter welchen Bedingungen Eltern für ihre Kinder stimmen würden, geleistet zu haben, der weitere Studien folgen werden.

Literatur

- Braml, Martin T./Clemens Fuest. 2019. Wahlrecht mit Kinderbonus für Eltern: Konsequenzen für Deutschland. ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München 72 (11): 23-28.
- Buchstein, Hubertus. 2016. Zwei Reformvarianten zur Absenkung des Wahlalters: das Jugendwahlrecht und das (stellvertretend ausgeübte) Wahlrecht von Geburt an. In: Tobias Mörschel (Hrsg.): Wahlen und Demokratie. Reformoptionen des deutschen Wahlrechts: Baden-Baden: Nomos, 225-241.

- Deutscher Familienverband. 2017. Wahlrecht ab Geburt: Nur wer wählt, zählt. <https://wahlrecht.jetzt/>.
- Faas, Thorsten/Arndt Leininger. 2020. Wählen mit 16. Ein empirischer Beitrag zur Debatte um die Absenkung des Wahlalters. Otto-Brenner-Stiftung Arbeitspapier 41.
- Faas, Thorsten/Arndt Leininger. 2023. Mehr Wählen wagen? Ungleichheiten beim „Wählen ab 16“ und ihre Folgen. Otto-Brenner-Stiftung Arbeitspapier 56.
- Faas, Thorsten/Rüdiger Schmitt-Beck. 2010. Voters' political conversations during the 2005 German parliamentary election campaign. In: Michael R. Wolf/Laura Morales/Ken'ichi Ikeda (Hrsg.): Political discussion in modern democracies: A comparative perspective. London: Routledge, 99-116.
- Faas, Thorsten/Sigrid Roßteutscher. 2022. Alive and Kicking: Electoral Reform in Germany. Introduction to the Special Issue, German Politics 31 (4): 477-482.
- Franklin, Mark N. 2004. Voter Turnout and the Dynamics of Electoral Competition in Established Democracies since 1945. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gallego, Aina. 2015. Unequal Political Participation Worldwide. Cambridge: Cambridge University Press.
- GLES (2022a). GLES Tracking September 2021, T50. GESIS, Köln. ZA7708 Datenfile Version 3.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.14000>.
- GLES (2022b). GLES Tracking Februar 2022, T51. GESIS, Köln. ZA7709 Datenfile Version 2.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.14001>.
- GLES (2022c). GLES Tracking Juni 2022, T52. GESIS, Köln. ZA7710 Datenfile Version 1.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.13941>.
- Görres, Achim/Guido Tiemann. 2009. Kinder an die Macht? Die politischen Konsequenzen des stellvertretenden Elternwahlrechts. Politische Vierteljahresschrift 50 (1): 50-74.
- Gründinger, Wolfgang. 2016. Scheinargumente gegen das Kinderwahlrecht. In: Tobias Mörschel (Hrsg.): Wahlen und Demokratie. Reformoptionen des deutschen Wahlrechts. Baden-Baden: Nomos, 243-254.
- Hinrichs, Karl. 2002. Do the old exploit the young? Is enfranchising children a good idea? Archives of European Sociology 43 (1): 35-58.
- Jennings, M. Kent/Laura Stoker/Jake Bowers. 2009. Politics across Generations: Family Transmission Reexamined. The Journal of Politics 71 (3): 782-799.
- Kamijo, Yoshio/Yoichi Hizen/Tatsuyoshi Saijo/Teruyuki Tamura. 2019. Voting on Behalf of a Future generation: A Laboratory Experiment. Sustainability 11: 1-21.
- Knödler, Christoph. 1996. Wahlrecht für Minderjährige – eine gute Wahl? Zeitschrift für Parlamentsfragen 27 (4): 553-571.
- Kroh, Martin. 2012. Die abnehmende Bedeutung des Elternhauses: Intergenerationale Übertragung von Parteibindungen in Deutschland 1984 bis 2010. Politische Vierteljahresschrift (PVS), Special Issue 45: 203-226.
- Merk, Kurt-Peter. 2009. Das Wahlrecht von Geburt an und seine politische Bedeutung. Diskurs Kindheits- und Jugendforschung 4 (4): 525-538.

- Merk, Kurt-Peter. 2014. Warum das heutige Wahlrecht möglicherweise verfassungswidrig ist. In: Klaus Hurrelmann/Tanjev Schultz (Hrsg.): *Wahlrecht für Kinder? Politische Bildung und die Mobilisierung der Jugend*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 102-113.
- Partheymüller, Julia/Rüdiger Schmitt-Beck/Christian Hoops. 2013. Kampagnendynamik bei der Bundestagswahl 2013: die Rolling Cross-Section-Studie im Rahmen der „German Longitudinal Election Study“ 2013. MZES-Working paper 154.
- Peschel-Gutzeit, Lore Maria. 1999. Das Wahlrecht von Geburt an: Ein Plädoyer für den Erhalt unserer Demokratie. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 30 (2): 556-563.
- Peschel-Gutzeit/Lore Maria. 2014. Plädoyer für eine Mischform: Elternvertretung solange wie nötig, eigene Zuständigkeit so bald wie möglich. In: Klaus Hurrelmann/Tanjev Schultz (Hrsg.): *Wahlrecht für Kinder? Politische Bildung und die Mobilisierung der Jugend*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 124-137.
- Roßteutscher, Sigrid/Thorsten Faas/Arndt Leininger/Armin Schäfer. 2022. Lowering the Quality of Democracy by Lowering the Voting Age? Comparing the Impact of School, Classmates, and Parents on 15- to 18-Year-Olds' Political Interest and Turnout. *German Politics* 31 (4): 483-510.
- Schäfer, Armin/Sigrid Roßteutscher/Simone Abendschön. 2019. Rising start-up costs of voting: Political inequality among first-time voters. *West European Politics* 43 (4): 819-844.
- Schickhardt, Christoph. 2015. Kinder im Wahlrecht und in Demokratien. Für eine elterliche Stellvertreterwahlpflicht. *Zeitschrift für Praktische Philosophie* 2 (1): 191-248.
- Schmitt-Beck, Rüdiger. 1993. Denn sie wissen nicht, was sie tun... Zum Verständnis des Verfahrens der Bundestagswahl bei westdeutschen und ostdeutschen Wählern. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 24 (3): 393-415.
- Schmitt-Beck, Rüdiger/Thorsten Faas/Christian Holst. 2006. Der Rolling Cross-Section Survey – ein Instrument zur Analyse dynamischer Prozesse der Einstellungsentwicklung. *ZUMA-Nachrichten* 58: 13-49.
- Schmitt-Beck, Rüdiger/Thorsten Faas/Ansgar Wolsing. 2010a. Kampagnendynamik bei der Bundestagswahl 2009: die Rolling Cross-Section-Studie im Rahmen der „German Longitudinal Election Study“ 2009, MZES-Working paper 134.
- Schmitt-Beck, Rüdiger/Hans Rattinger/Sigrid Roßteutscher/Bernhard Weßels. 2010b. Die deutsche Wahlforschung und die German Longitudinal Election Study (GLES). In: Frank Faulbaum/Christof Wolf (Hrsg.): *Gesellschaftliche Entwicklungen im Spiegel der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: VS-Verlag, 141-172.
- Schmitt-Beck, Rüdiger/Julia Partheymüller/Thorsten Faas. 2012. Einflüsse politischer Gesprächspartner auf Parteipräferenzen: Zur ‚sozialen Logik‘ des politischen Verhaltens bei der Bundestagswahl 2009. In: Rüdiger Schmitt-Beck (Hrsg.): *Wählen in Deutschland*. *Politische Vierteljahresschrift (PVS) Special Issue* 45, Baden-Baden: Nomos, 465-488.
- Schmitt-Beck, Rüdiger/Oana Lup. 2013. Seeking the Soul of Democracy: A Review of Recent Research into Citizens' Political Talk Culture. *Swiss Political Science Review* 19 (4): 513-538.

- Schmitt-Beck, Rüdiger. 2016. Die German Longitudinal Election Study (GLES): Die deutsche nationale Wahlstudie zu den Bundestagswahlen 2009, 2013 und 2017. *Stadt-forschung und Statistik* (2): 2-7.
- Schmitt-Beck, Rüdiger/Julia Partheymüller. 2016. A Two-Stage Theory of Discussant Influence on Vote Choice in Multi-Party Systems. *British Journal of Political Science* 46 (2): 321-348.
- Schmitt-Beck, Rüdiger/Christiane Grill. 2020. From the Living Room to the Meeting Hall: Citizens' Political Talk in the Deliberative System. *Political Communication* 37 (6): 832-851.
- Schmitt-Beck, Rüdiger/Christian Schnaudt. 2023. Political Talk and the Triad of Democratic Citizenship. *Journal of Deliberative Democracy* 19 (1): 1-17.
- Staudt, Alexander/Rüdiger Schmitt-Beck, Kampagnendynamik bei der Bundestagswahl 2017: die Rolling Cross- Section-Studie im Rahmen der „German Longitudinal Election Study“ 2017, MZES-Working paper 172.
- Stiers, Dieter/Marc Hooghe/Silke Goubin. 2020. Are 16-years-old able to cast a congruent vote? Evidence from a „voting at 16“ initiative in the city of Ghent (Belgium). *Electoral Studies* 63: 102107.
- Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen. 2017. Wahlrecht für Jugendliche und ältere Kinder: Demokratietheoretische, jugendsoziologische, und politische Hintergründe einer überfälligen Reform (<https://generationengerechtigkeit.info/wahlrecht-ohne-altersgrenze/>).
- Strohmeier, Gerd. 2016. Familienwahlrecht reloaded: Ein nicht mehr ganz neuer Vorschlag erneut auf der Agenda – und dem Prüfstand. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 26: 3-23.
- Torney-Purta, Judith/Wendy Kandl Richardson/Carolyn Henry Barber. 2004. Trust in Government-related Institutions and Political Engagement among Adolescents in Six Countries. *Acta Politica* 39 (4): 380-406.
- Van Parijs, Philippe. 1999. The Disfranchisement of the Elderly, and Other Attempts to Secure Intergenerational Justice. *Philosophy & Public Affairs* 27 (4): 292-333.
- Wagner, Markus/David Johann/Sylvia Kritzinger. 2012. Voting at 16: Turnout and the quality of vote choice. *Electoral Studies* 31: 372-383.
- Westle, Bettina. 2005. „Wahlrecht von Geburt an“ – Rettung der Demokratie oder Irrweg? *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 37 (1): 96- 114.
- Wolf, Stephan/Nils Goldschmidt/Thomas Peterson. 2015. Votes on behalf of children: a legitimate way of giving them a voice in politics? *Constitutional Political Economy* 26: 356-374.
- Zeglovits, Eva, und Martina Zandonella. 2013. Political interest of adolescents before and after lowering the voting age: the case of Austria. *Journal of Youth Studies* 16 (8): 1084-1104.

Die Entzweigung der Siamesischen Zwillinge: Politische Entfremdung und Mitgliederschwund deutscher Gewerkschaften

Bernhard Ebbinghaus

1. Politische Soziologie der Siamesischen Zwillinge

Gewerkschaften gelten als wichtige intermediäre Institution der Interessenvermittlung in demokratischen Sozialstaaten, sie verhandeln Tarifverträge mit Arbeitgebern und repräsentieren die Interessen von Arbeitnehmern im politischen System. Der Arbeit-Kapital-Konflikt gilt als ein wesentliches Merkmal kapitalistischer Gesellschaften und als eine Strukturline parlamentarischer Demokratien (Lipset/Rokkan 1967): Während diesem von Marx revolutionäre Umwälzungen zugesprochen wurden, gilt die „Institutionalisierung des Klassenkonfliktes“ (Dahrendorf 1958) in demokratischen Sozialstaaten als deren zentrale Errungenschaft. Als Teil der Arbeiterbewegung waren Gewerkschaftsbünde historisch als „Siamesische Zwillinge“ (Victor Adler) zusammen mit den ihnen verbundenen Arbeiterparteien im Europa des späten 19. Jahrhunderts entstanden (Przeworski/Sprague 1986). Gemeinsam kämpften sie für politische und soziale Rechte von Arbeitnehmern (Ebbinghaus 1995): Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts ermöglichte den politischen Aufstieg der Sozialdemokratie und die Erreichung sozialer Rechte, die Durchsetzung des Streik- und Tarifrechts half den Gewerkschaften, die Interessen von Arbeitnehmern gegenüber Arbeitgebern und Staat zu vertreten. Mit der Regierungsbeteiligung von linken Parteien und gewerkschaftlicher Mitbestimmung auf Betriebsratsebene und in Großunternehmen gewann die Arbeiterbewegung an Macht, was ihre Integration in den demokratischen Sozialstaat förderte.

In der langen Geschichte der deutschen Sozialdemokratie hat sich diese von der „Protestpartei“ im deutschen Reich, den Wirren der Weimarer Republik und ihrer Unterdrückung durch das Nazi-Regime nach längerer Wartezeit erstmals unter Brandt zu einer bundesrepublikanischen Regierungspartei etabliert (Lehnert 1983). Der Deutsche Gewerkschaftsbund war trotz seiner Gründung als Einheitsgewerkschaft 1949 weiterhin SPD-nah (Schönhoven 2003). Diese „Siamesische“ Verbindung galt unangefochten

bis unter der Regierung Schmidt, ehe Massenarbeitslosigkeit seit den Ölkrisen der 1970er Jahre und die hierauf folgenden ersten Sparmaßnahmen dieses Verhältnis zunehmend belasteten. Das Entstehen von neuen sozialen Bewegungen – von der Friedensbewegung (Schmitt 1990) bis zu Umweltaktivisten – führte 1980 zur Entstehung einer alternativen Partei, „Die Grünen“, die nach der Wende und verlorener gesamtdeutscher Bundestagswahl mit dem ostdeutschen „Bündnis 90“ 1993 zusammenging (Poguntke/Schmitt-Beck 1994). Die deutsche Einheit brachte weitere Herausforderungen für die deutschen Gewerkschaften: eine nach den Grünen folgende weitere politische Aufspaltung des linken, gewerkschaftsnahen Lagers durch die ostdeutsche PDS und spätere „Die Linke“. Die Entfremdung der Siamesischen Zwillinge war auch andernorts in Europa durch Pluralisierung der Parteienlandschaft sowie die Zwänge von Regierungsverantwortung linker Parteien und ihre Modernisierung zu beobachten (Merkel 1993). Andererseits haben die Mitgliederprobleme der Gewerkschaften angesichts zunehmender Individualisierung, Flexibilisierung und Dezentralisierung der Arbeitswelt auch zu Spannungen zwischen den Gewerkschaften und ihren politischen Allianzpartnern beigetragen. Die Siamesischen Zwillinge scheinen zunehmend durch zentripetale Kräfte auseinandergezogen zu werden, ohne dass es gänzlich zum Bruch zwischen Gewerkschaften und linken Parteien kommt.

In der politischen Soziologie wird neben den politischen Parteien auch die Rolle von „non-party actors“ (Farrell/Schmitt-Beck 2008), insbesondere Interessengruppen wie Gewerkschaften (Streeck/Hassel 2003), untersucht, wobei diese „alten“ sozialen Bewegungen auch im Wettbewerb mit „neuen“ sozialen Bewegungen gesehen werden sollten. Die parallele Mobilisierung von Gewerkschaften und linken Parteien wurde prominent durch den Machtressourcen-Ansatz untersucht (Ebbinghaus 2023; Korpi 1983). Dieser Ansatz gilt jedoch heute oft als weniger relevant, da allgemein ein Niedergang von Sozialdemokratie und Gewerkschaften postuliert wird, auch wenn gerade diese Veränderungen im Verhältnis zwischen Arbeiterbewegung und Gewerkschaftsbewegung auch nach über einem Jahrhundert noch von Interesse sind (Merkel 1993). Für die deutsche Sozialdemokratie und die Gewerkschaften wurde diese Frage auch nach der deutschen Einheit und dem andauernden Sozialstaatumbau (insbesondere seit den Hartz-Reformen) neu gestellt. Zunächst stand der Verlust an Wählerstimmen für die Sozialdemokratie durch Konkurrenz von Links und den Grünen im Vordergrund, während derer auch die zunehmende soziale und politische Heterogenität der Gewerkschaftsbewegung zu Tage trat (z.B.

seit dem ersten Grünen Verdi-Vorsitzenden Frank Bsirske 2001 oder den lokalen Aktivitäten von Gewerkschaftskreisen mit Die Linke im Osten). Aber auch das Aufkommen von Rechtspopulismus wie bereits in vielen Nachbarländern wurde mit Sorge betrachtet. Jüngst hat Rüdiger Schmitt-Beck (2020) für die Bundestagswahl 2017 untersucht, ob Gewerkschaftsmitgliedschaft eher hinderlich (oder gar fördernd) für die zunehmende Unterstützung der AfD war, so gerade unter (eher männlichen) Arbeitern bzw. prekarisierten Gruppen.

In diesem Beitrag soll der Frage nachgegangen werden, ob die Bindung zwischen Gewerkschaft und linken Parteien unter Gewerkschaftsmitgliedern seit der deutschen Einheit nachgelassen hat. Es wird auf Mitgliedschaftsdaten der Gewerkschaften sowie die Allbus-Bevölkerungsumfragen (Allbus 1991 bis 2021) für detailliertere Analysen zu Gewerkschaftsmitgliedschaft, politischer Bindung (Wahlabsicht) und Einstellungsmustern zurückgegriffen. Zunächst wird die soziale Bindungskraft der Gewerkschaften beleuchtet und die langfristigen sozialstrukturellen Mitgliederprobleme erörtert. Danach werden die Herausforderungen für die Gewerkschaften seit der Einheit Deutschlands beschrieben, ihre Organisationsaktivitäten auch im Osten auszuweiten und dem Mitgliederschwund entgegenzuwirken. Die Gewerkschaften haben sich durch die Einigung und den Mitgliederschwund verändert, so dass sie eine schrumpfende, aber heterogenere Mitgliedschaft repräsentieren. Auch die politische Orientierung und Bindung an linke Parteien haben sich seit 1991 verändert, wobei die stärkere Links-Orientierung der Mitglieder im Osten erodierte und eine Pluralisierung der Wählerbindung insgesamt stattfand. Schließlich sind auch die Werte und Einstellungen von Gewerkschaftsmitgliedern in den letzten drei Jahrzehnten im Wandel: Waren sie in den 1990er Jahren noch ideologisch distinkt, so verloren diese auch unter den Gewerkschaftsmitgliedern an Profil. Wenn es auch noch sozialstrukturelle Merkmale der Gewerkschaftsmitgliedschaft gibt, so sind die parteipolitischen Bindungen und gesellschaftspolitischen Orientierungen in der Zwischenzeit kein Alleinstellungsmerkmal mehr. Diese sozialstrukturellen, politischen und wertebezogenen Veränderungen der Gewerkschaftsmitgliedschaft wird anhand von Allbus-Umfragedaten für die Zeit seit der deutschen Einheit empirisch nachgezeichnet. Es zeigt sich dabei, dass die Siamesischen Zwillinge sich zunehmend auseinanderentwickelt haben, nicht allein durch die politische Fragmentierung im linken Spektrum, sondern auch als Folge einer politischen Entfremdung in den Einstellungsmustern unter Gewerkschaftsmitgliedern.

2. Die langfristige Entwicklung vor und nach der deutschen Einheit

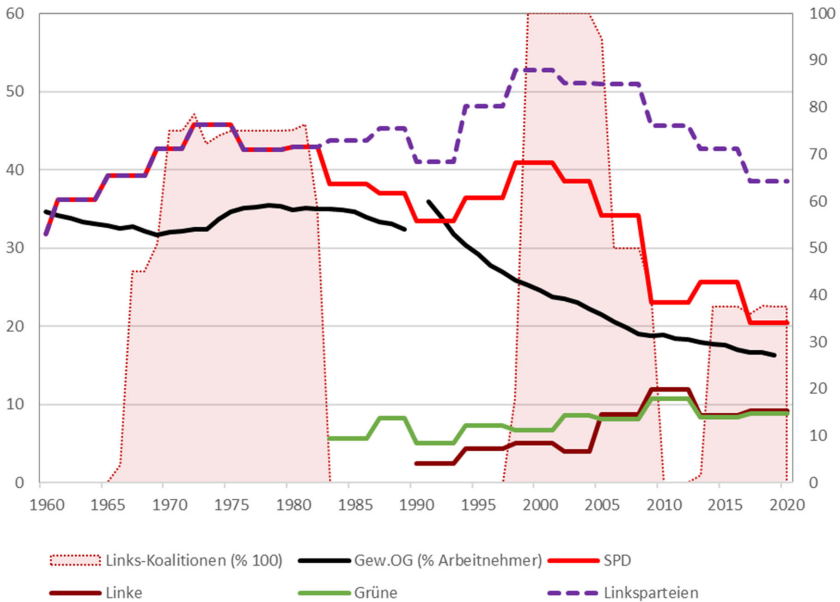
Ein Blick auf die langfristige Entwicklung der Mitgliederstärke deutscher Gewerkschaften zeigt ihre zunächst fest institutionalisierte Machtposition in Westdeutschland vor dem Mauerfall 1989, als jeder dritte Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert war (siehe Abbildung 1). Tatsächlich lag der Organisationsgrad, d. h. der Anteil von Mitgliedern an allen Arbeitnehmern, in Westdeutschland für Kontinentaleuropa hoch, wenn auch Belgien (neben dem Norden) diese übertrafen (Ebbinghaus/Visser 1999). Aus der Schwächung der Gewerkschaften in der Weimarer Republik und aus den Erfahrungen der Unterdrückung durch die Nationalsozialisten zogen deutsche Gewerkschaftsführer nach 1945 organisationspolitische und gesellschaftliche Lehren (Schönhoven 2003): Das Prinzip der Einheits- und Industriegewerkschaft (unter dem Motto „ein Betrieb – eine Gewerkschaft“) sollte stärkere, dauerhaftere und einflussreichere Mitgliederorganisationen schaffen. Mit der Gründung der Bundesrepublik im Jahr 1949 entstand der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) aus seinen Vorläufern in der britischen, amerikanischen und französischen Zone, so dass dieser in den 1950er und 1960er Jahren zum bestimmenden gewerkschaftlichen Dachverband mit über sechs Millionen Mitgliedern in Westdeutschland wurde (Ebbinghaus/Göbel 2014). Die IG Metall und die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) wuchsen besonders schnell und nahmen eine leitende Rolle in der Tarifpolitik ein. Neben dem DGB wurden drei konkurrierende (Dach-)Verbände gegründet: die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG, 1949), die an die getrennte Organisation von Angestellten während der Weimarer Republik anknüpfte und zunächst einen Mitgliederzuwachs verzeichnen konnte; der Deutsche Beamtenbund (dbb), der als Standesorganisation der Beamten seine Mitgliederzahlen in der ersten Dekade gar verdreifachen konnte; als Schlusslicht der viel kleinere Christliche Gewerkschaftsbund (CGB), der nach der Reintegration des Saarlands (1957) entstand.

Eine Dämpfung gewerkschaftlicher Mobilisierungserfolge setzte nach dem arbeitnehmerfreundlichen Montanmitbestimmungsgesetz (1951) bereits mit dem eingeschränkten Betriebsverfassungsgesetz (1952), dem Wahlerfolg der Adenauer-Regierung (1953) und der zunehmenden Entradikalisierung (Verbot von politischen Streiks) ein. Hingegen fanden der Mitgliederaufschwung und die Organisationsgradzuwächse zeitgleich mit der sozialen Mobilisierung durch die „wilden“ Streiks und den Anfangsjahren der sozialliberalen Koalition von 1969 bis Mitte der 1970er Jahre statt. In dieser

Zeit verbesserten sich auch die gesamtwirtschaftlichen und betrieblichen Einflussmöglichkeiten für die Gewerkschaften, vor allem durch die konzertrierte Aktion (1967–1977), die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes von 1972 und das Mitbestimmungsgesetz von 1976 (Streeck 1981). Der Wechsel zu einer konservativen Regierung im Jahr 1982 brachte wiederum eine Wende im politischen und arbeitsrechtlichen Umfeld der Gewerkschaften mit sich, wenn auch die Abwendung vom Keynesianismus bereits durch die sozial-liberale Koalition eingeleitet worden war. Vor dem Hintergrund der national und EU-politisch betriebenen Deregulierungs- und Privatisierungspolitik und der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes verschlechterten sich die Organisationsbedingungen. Der Fall der Mauer leitete mit der deutschen Einheit eine historische Zäsur der Organisationsmacht der Gewerkschaften im vereinigten Deutschland ein. Der zunächst schnelle, dann langfristige Rückgang des Organisationsgrades von unmittelbar 36 Prozent nach der Wende auf um 15 Prozent heute ist offensichtlich (siehe Abbildung 1). Dies bedarf genauerer Analysen.

Auch auf politischer Seite hat sich der Siamesische Zwilling verändert. Selbst wenn der DGB als Einheitsgewerkschaft keine formelle Bindung an die SPD hat, so war doch in Westdeutschland ein großer Teil der Funktionäre auf beiden Seiten gleichzeitig Mitglied in Partei und Gewerkschaft. In der westdeutschen Demokratie waren Gewerkschaftsmitglieder ein gewichtiges Wählerklientel für die SPD, auch wenn die traditionellen sozialstrukturellen Parteibindungen nach den Höhen der frühen 1970er Jahren zurückgingen, zunächst auch durch die Konkurrenz mit den Grünen. Bei den letzten Wahlen vor der Wende ging der Stimmenanteil der SPD leicht zurück, während die Grünen mit dem Einzug in den Bundestag 1983 weiter hinzugewannen. Zeitreihenanalysen von Organisationsgradentwicklungen in Westdeutschland kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen in Bezug auf einen möglichen positiven Beitrag linker Regierungsbeteiligung nebst den wirtschaftlichen Zyklen (Armingeon 1988). Historisch reichte die Gewerkschaftsbewegung zwar auch in das katholische Lager, die Versuche einer Organisationsspaltung durch Christliche Gewerkschaften hat aber auch die gewerkschaftliche Bindung in Westdeutschland erschwert und wirkt noch in gewissen katholischen Regionen nach.

Abbildung 1: Gewerkschaftlicher Organisationsgrad und Wahlergebnisse / Koalitionsanteil linker Parteien seit 1960



Quelle: Organisationsgrad (Prozent, linke Achse): ICTWSS 1960-2020; Wahlergebnisse (Prozent, linke Achse) und Sitzanteile in Koalitionen (in 100 Prozent Regierungsmehrheit, rechte Achse) von Parteien links der Mitte (SPD, seit 1983 Grüne, seit 1990 PDS/Die Linke).

Mit der deutschen Einheit veränderte sich die Parteienlandschaft einerseits durch die Erfolge der Union im Osten, die zu Lasten der SPD gingen, andererseits fand eine Zersplitterung des linken Lagers statt. Die SPD hatte bei der ersten gesamtdeutschen Wahl Stimmenanteile gegenüber vorangegangenen westdeutschen Bundestagswahlen verloren, die sie in den späten 1990er Jahren dann aufholen konnte. Nach der rot-grünen Koalition und den umstrittenen Hartz-Reformen (2003-2005) begann jedoch der massive Rückgang des Stimmenanteils der SPD auf 23 Prozent 2009 und den noch niedrigeren Stand von 20,5 Prozent 2017. Die Nachfolgepartei der SED band als PDS zunächst eine gewisse Wählerschaft im Osten und verbündete sich mit der anti-Hartz Parteigründung „Die Wahlalternative - Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG) kurz nach deren NRW-Wahlkampf, hieraus entstand auch mit Unterstützung des ehemaligen SPD-Ministers Oskar La-

fontaine im Juni 2007 „Die Linke“. In Folge dieser Gegenbewegung zu den Hartz-Reformen erfuhr die SPD massive Verluste bundesweit um nahezu zwölf Prozent Erststimmenanteile. Die Grünen hatten nach der Wende zunächst durch geringen Zuspruch im Osten an Gesamtstimmenanteilen verloren, konnten sich aber seit der rot-grünen Koalition bundesweit verbessern (10,7 Prozent 2009). Mit dem Absturz der SPD auf 23 Prozent 2009 zeigte sich insgesamt eine erhebliche Pluralisierung des linken Lagers. Seit dem kam es jedoch zu einem Rückgang des Stimmenanteils dieses Lagers aller dreier Parteien links der Mitte bei Wahlen (siehe Abbildung 1, gestrichelte Linie). Inwieweit dieser mit dem parallelen Mitgliederschwund der Gewerkschaften einhergeht, soll im weiteren Verlauf analysiert werden.

3. Die sozialstrukturellen Mitgliederprobleme und Repräsentativität von Gewerkschaften

Ein langfristiger Rückgang kollektiver Mobilisierung in modernen Gesellschaften wurde bereits in den 1960er Jahren von namhaften amerikanischen politischen Soziologen (Bell 1976; Lipset 1960) auf den sozialstrukturellen Wandel zurückgeführt. Gewerkschaften sind unterschiedlich stark in verschiedenen „soziokulturellen Milieus“ (Lepsius 1963) verankert, wobei der sozialstrukturelle Wandel die Gewichte langfristig zu Ungunsten der Gewerkschaftsbewegung verschiebt. Je mehr sich eine Gesellschaft von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft wandelt, desto mehr nehmen die Gruppen zu, die weniger kollektiv orientiert sind und seltener Mitglied einer Gewerkschaft werden wollen, zumal auch Nicht-Mitglieder von der Tarifpolitik profitieren. Das klassische Trittbrettfahrerproblem von Mancur Olson (1965) wird wegen des Abnehmens sozialer Normen eines verschwindenden gewerkschaftsfreundlichen Milieus somit zum Organisationsproblem. Selbst in den traditionellen Arbeiterschichten findet eine partielle Auflösung der sozialen Bindungen und ein postmaterialistischer Wertewandel statt. In Westdeutschland verändert sich mit dem Aufkommen der neuen sozialen Bewegungen und der Partei Die Grünen der politische und gesellschaftliche Kontext für die Gewerkschaftsbewegung, während die politische Wende im Osten nach 1989 zu weniger postmaterialistischer Orientierung führte (Schmitt-Beck/Weins 1997).

Mit dem sozialstrukturellen Wandel zeigen sich in Deutschland dauerhafte Unterschiede in der Organisationsbereitschaft verschiedener Arbeitnehmergruppen (Ebbinghaus/Göbel 2014). Arbeiter sind bis heute die

bestimmende Mitgliedergruppe in den DGB-Gewerkschaften: Waren sie in den 1950er Jahren über 80 Prozent der DGB-Mitglieder (meist männliche Alleinverdiener), so waren es noch 2000 über 60 Prozent (etwas mehr im Westen als im Osten), wobei der DGB seit 2007 keine Unterscheidung mehr zwischen Arbeitern und Angestellten macht, wohl aber Beamte separat ausweist. Der Arbeiteranteil innerhalb des DGB spiegelte noch bis zum Anfang des 21. Jahrhunderts den Arbeitsmarkt der 1960er Jahre wider, da die zunehmende Zahl von Angestellten und Beamten entweder überhaupt nicht oder außerhalb des DGB organisiert ist. Der Organisationsgrad von Arbeitern war überdurchschnittlich: Von ihnen waren zwischen 50 Prozent Anfang der 1950er Jahre und noch bis 2000 um 30 Prozent gewerkschaftlich organisiert (Ebbinghaus/Göbel 2014). Die Vereinigung brachte mittelfristig kaum einen Zugewinn, weil die Gewerkschaftsbindung durch den Stellenabbau im Osten besonders schnell und im Westen etwas langsamer abnahm.

Die Organisation von Beamten war in Westdeutschland hoch, wobei sich diese zunehmend außerhalb der Einheitsgewerkschaftsbewegung DGB wiederfinden. Während in den 1950er Jahren fast jeder Beamte Mitglied einer DGB-Gewerkschaft war, sind heute drei Viertel aller organisierten Beamten in einer der vielen „Standesorganisationen“ des Deutschen Beamtenbund (dbb) Mitglied. Da Beamte kein Streikrecht besitzen und ihre Verbände keine Tarifverhandlungen führen, sondern nur zu Konsultationen mit den öffentlichen Arbeitgebern eingeladen werden, nimmt für sie die Lobbyarbeit eine besondere Rolle ein. Nicht nur Gehaltsfragen, sondern auch Arbeitsbedingungen, Stellenplanung und Ruhegehaltsregelungen werden durch den Gesetzgeber bestimmt. „Standespolitik“ wird dadurch erleichtert, dass ein hoher Anteil der Parlamentarier verbeamtet und der Dienstherr auch Beamter ist. Somit kann es zu einer Vermischung von Interessenlagen und Verantwortlichkeiten kommen. Wegen der geringeren Verbeamtung und Teilprivatisierung ist der Anteil der Beamten vor allem im Osten generell niedriger, in der Folge fiel auch im dbb der Anteil der Beamten von traditionell um 90 Prozent nach der Vereinigung auf nur 70 Prozent. Gegenwärtig liegt der Organisationsgrad unter Beamten bei circa 39 Prozent (Allbus 2021), dies ist immerhin mehr als zweimal so hoch wie für Angestellte (14 Prozent) bzw. alle Arbeitnehmer (17 Prozent) und fast doppelt so hoch wie unter den wenigen verbleibenden Arbeitern (22 Prozent). Die Erwerbstätigen im öffentlichen Dienst sind insgesamt auch heute noch um 60 Prozent besser organisiert (24 Prozent) als im größeren privaten Wirtschaftsbereich (15 Prozent).

Angestellte sind, vor allem im privaten Sektor, weniger geneigt, sich gewerkschaftlich zu organisieren und die Angestelltenorganisation DAG ist nach langjährigem Mitgliederschwund 2001 in ver.di aufgegangen. Weniger als jeder fünfte Angestellte ist in einem Berufsverband, die Arbeiter sind hingegen doppelt und die Beamten dreimal so oft organisiert. Vor der Vereinigung betrug der Organisationsgrad im öffentlichen Dienst unter den „Kopfarbeitern“ (Angestellte und Beamte) über 60 Prozent, während weniger als 20 Prozent der Angestellten in der Privatwirtschaft organisiert waren (Visser 1989). Obwohl der DGB die meisten Angestellten organisiert, stellten diese wegen des niedrigen Organisationsgrades nur eine Minderheit innerhalb des Dachverbandes dar. Mit der Gründung von ver.di 2001 war die über ein Jahrhundert andauernde organisatorische Konkurrenz von Angestelltenverbänden innerhalb und außerhalb des DGBs faktisch überwunden, wenn man von den geringfügig organisierten Angestellten im CGB und den Angestelltenmitgliedern (insbesondere im Osten) des Beamtenbunds absieht. Den Gewerkschaften fällt der Zugang besonders in den kleinbetrieblichen privaten Dienstleistungsbranchen schwer, da diese eine geringe Durchdringung durch gewerkschaftlich organisierte Betriebsräte und hohe Anteile von Frauenbeschäftigung, Teilzeit- und prekären Beschäftigungsverhältnissen aufweisen.

Gewerkschaften als Kollektivorganisation der Arbeitnehmerinteressen sollten idealerweise die Arbeitsbevölkerung widerspiegeln, tatsächlich repräsentieren sie noch eine in die Jahre gekommene Industriegesellschaft. Gewerkschaftsmitglieder profitieren in der Regel von unbefristeten Arbeitsverhältnissen, weniger als neun Prozent hatten befristete Verträge (Allbus 2016); dies ist ein geringerer Anteil als unter nicht-organisierten Erwerbstätigen. Auch der Organisationsgrad unter Teilzeitbeschäftigten liegt mit rund zwölf Prozent signifikant unter dem von Vollzeitbeschäftigten von 19 Prozent der letzten zwei Dekaden (Allbus 2000-2018). Der Zugang zum Betrieb über Mitbestimmungsregelungen ist ein wesentliches Mittel der Mobilisierung der Gewerkschaften, hängt also vom institutionellen und betrieblichen Zugang ab. Während in den 1990er Jahren noch jeder dritte Arbeitnehmer in einem mittel- bzw. größeren Betrieb (ab 30 Beschäftigten) organisiert war (Allbus 1994), sank dies in der letzten Dekade auf nur noch jeden Vierten (24 Prozent, Allbus 2016). Da weniger als zehn Prozent der Beschäftigten in kleinen Betrieben organisiert sind, diese Gruppe aber mehr als ein Drittel aller Arbeitnehmer umfasst, führt dies zu weiterer Unterrepräsentation.

Die Massenarbeitslosigkeit seit den späten 1970er Jahren hat die Gewerkschaften in ihrer Verhandlungsmacht gegenüber den Arbeitgebern geschwächt und im Osten wegen des Stellenabbaus in den 1990er Jahren auch zum Rückgang der Organisationsstärke beigetragen. Auf der anderen Seite hilft Gewerkschaftsmitgliedschaft gegen individuelle Arbeitslosigkeit und Personalabbau: In den letzten Jahren waren 12,5 Prozent der aktiven Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos, jedoch 19,4 Prozent unter nichtorganisierten Erwerbspersonen (Allbus 2021). Gewerkschaftsmitglieder sind folglich weniger von einem Arbeitslosigkeitsrisiko betroffen, oft weil sie in größeren Privatunternehmen mit größerem Betriebsratsschutz bzw. dem öffentlichen Dienst arbeiten. Auch sind Arbeitslose eher geneigt ihre Gewerkschaftsmitgliedschaft aufzukündigen und nicht mehr einzutreten, wenn sie wieder in Beschäftigung sind. Dies bedeutet jedoch auch, dass Gewerkschaften eher „Insider“-Interessen vertreten als die der prekär Beschäftigten bzw. Arbeitssuchenden (Lindvall/Rueda 2014). Auch unter Erwerbspersonen mit Migrationshintergrund sind dies heute nur sieben Prozent unter den Gewerkschaftsmitgliedern statt neun Prozent unter allen Erwerbspersonen (Allbus 2021), also eine gewisse Unterrepräsentation.

4. Die zunehmenden Organisationsprobleme nach der Vereinigung

Nach dem Fall der Mauer 1989 kam mit der deutschen Einheit 1990 eine kurze Boomzeit der etablierten Gewerkschaften, die um neue Mitglieder in den neuen Bundesländern warben. Infolge der Teilübernahme der ostdeutschen FDGB-Gewerkschaften bzw. der Neuorganisation im Osten gewannen die Gewerkschaften mehr als vier Millionen Mitglieder hinzu, davon konnte der DGB einen Zuwachs um drei Millionen Mitglieder verbuchen. Unmittelbar nach der Vereinigung war nahezu jeder zweite Arbeitnehmer im Osten in eine DGB-Gewerkschaft eingetreten, am Ende der 1990er Jahre war aber nur noch jeder Vierte im Osten DGB-Mitglied. Tatsächlich verließ jedes zweite Ostmitglied den DGB bereits innerhalb von nur sechs Jahren wieder. Während die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) im Osten kaum hinzugewann (circa 80.000 Neumitglieder 1990/91), wuchs der Deutsche Beamtenbund (dbb) in den 1990er Jahren um 400.000 Mitglieder, davon hauptsächlich im Osten. Der Christliche Gewerkschaftsbund (CGB) erhielt keinen merklichen Zugang und wurde weiter in seiner Bedeutung marginalisiert. Nahezu alle Gewerkschaften standen vor Organisations- und Finanzproblemen infolge des rasanten Mitgliederschwundes und

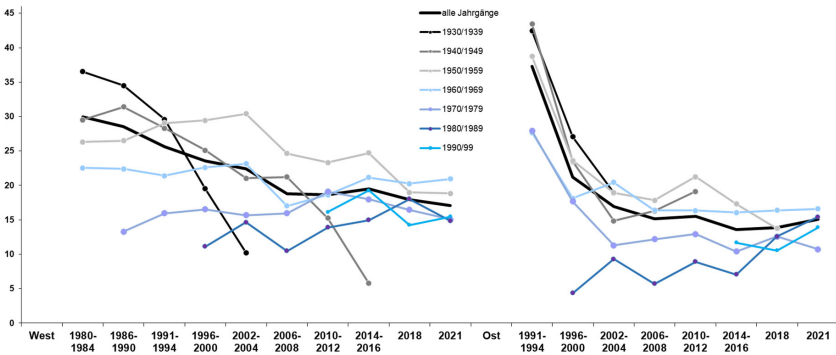
des dadurch zurückgehenden Beitragsaufkommens. Die Gewerkschaften reagierten darauf mit internen Organisationsreformen und grundlegenden Umstrukturierungen der Organisationslandschaft. Diese führten zum Zusammenschluss einzelner Industriegewerkschaften des Bergbaus und der Chemie zur IG BCE 1991, der Einvernahme von zwei Industriegewerkschaften durch die IG Metall in den 1990er Jahren sowie zum Zusammenschluss der Angestelltenverbände sowie der ÖTV zu ver.di 2001.

Das schnelle Absinken des Organisationsgrades im Osten hat vielschichtige Gründe (Ebbinghaus/Göbel 2014): den Stellenabbau durch Privatisierung, Deindustrialisierung und das Ende des Baubooms, die partielle Verdrängung von Frauen aus dem Arbeitsmarkt, die Frühverrentung von älteren Arbeitnehmern, die langsame Verbeamtung in den neuen Ländern, das Verschwinden der Großbetriebe und das Entstehen von traditionslosen klein- und mittelständischen Betriebsstrukturen. Diese Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur schwächten die anfänglichen Organisationsvorteile ab oder kehrten sie gar in Nachteile für die Mitgliederwerbung um. Hinzu kommen die im Gegensatz zum Westen unterentwickelten Tarifstrukturen. Doch nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die Arbeitgeberverbände sehen sich im Osten einem Mitgliederschwund gegenüber (so in der Metallindustrie). Die Privatisierung ehemaliger „volkseigener“ Großbetriebe und der Stellenabbau verursachten Organisationsprobleme der Arbeitgeberverbände. Hierdurch entstanden viele kleinere, nichttarifgebundene Betriebe, die für die Gewerkschaften schwer zugänglich sind, selbst wenn es einen Betriebsrat geben sollte.

Nach der Wende war zunächst jeder dritte Arbeitnehmer (bzw. vierte Erwachsene) Mitglied einer Gewerkschaft, aber bereits in der ersten Dekade nach der deutschen Einheit sank der Organisationsgrad im Osten unterhalb jenen des Westens. Während noch kurz nach der Wende mehr als jeder vierte Wohnbürger und jede dritte Erwerbsperson Gewerkschaftsmitglied im Osten war, kam es zu einer massiven Austrittswelle der Enttäuschten, die wegen langsamer Angleichung der Lohnentwicklung und zunehmendem Arbeitslosigkeitsrisiko den Gewerkschaften den Rücken kehrten. Innerhalb einer Dekade lag der Organisationsgrad im Osten unterhalb dessen von Westdeutschland. Die Tendenz der Gewerkschaften, ihre Sozial- und Tarifpolitik auf die westdeutsche Mehrheit auszurichten, vergrößert sicherlich die politische Distanz potenzieller und tatsächlicher Gewerkschaftsmitglieder im Osten. Die Mitgliederzahlen und der Organisationsgrad des DGBs nahmen insgesamt in den letzten zwei Jahrzehnten weiter ab (Ebbinghaus/Göbel 2014). Dies geschah auch während der rot-

grünen Regierung (bis 2005), der SPD-Beteiligung in der Großen Koalition (2005-2009) sowie der zwei weiteren Großen Koalitionen (2013-2017, 2017-2021), während eine bürgerliche Koalition (2009-2013) mit weiterer Liberalisierungspolitik keine Mobilisierungswelle brachte. Auch die sinkende Arbeitslosigkeit seit der zweiten Hälfte der 2000er Jahre, die Proteste gegen die Hartz-IV-Reformen seit 2004 und die Finanzmarktkrise ab September 2008 führten zu keinem dauerhaften Umschwung. Zudem führte die fehlende Nähe zur SPD unter Arbeitnehmern im Osten zu einer geringeren Bindung an die Gewerkschaften bzw. zu einer anderen politischen Zusammensetzung der Mitglieder im Osten.

Abbildung 2: Gewerkschaftliche Organisationsgrade nach Geburtskohorten und Umfragewellen (Allbus 1980-2021)



Quelle: eigene Berechnungen des Allbus 1980-2021, Geburtskohorten ab 1930/1939, jeweils Durchschnitt mehrerer Wellen (bis auf 2021).

Wie stark die Organisationsneigung der jüngeren Geburtsjahrgänge in West und Ost abgenommen hat, verdeutlicht eine Kohortenanalyse der Allbus-Umfragen (siehe Abbildung 2). Sie zeigt, dass das Organisationsniveau von Jahrgang zu Jahrgang niedriger ist und die Organisationsneigung auch innerhalb der einzelnen Geburtsjahrgänge (Kohorten) in den vergangenen drei Jahrzehnten tendenziell sank. Besonders dramatisch war der Rückgang in Ostdeutschland bei allen Geburtsjahrgängen, die bereits zur Zeit der Wende im Arbeitsleben standen. Zwar ist der Organisationsgrad der jüngsten ostdeutschen Kohorte in den vergangenen Jahren mit dem vermehrten Eintritt in das Arbeitsleben leicht gestiegen; er verbleibt jedoch auf einem niedrigen Niveau von rund zehn Prozent im Osten (etwa höher im Westen) für die seit 1980 bzw. seit 1990 geborenen Kohorten in ihrem

frühen Arbeitsleben. Zumindest sind die jüngsten Kohorten auf dem niedrigen Niveau eingependelt, trotzdem wird bei ausbleibender Mobilisierung in späteren Arbeitslebensphasen der Gesamtorganisationsgrad auch in Zukunft weiter sinken – auch weil ein leichtes Absinken der Mitgliedschaft bei den älteren Jahrgängen ab dem mittleren Alter (ab 50) beobachtbar ist, die Gewerkschaftsmemberschaft mit dem Ruhestand nun eher endet.

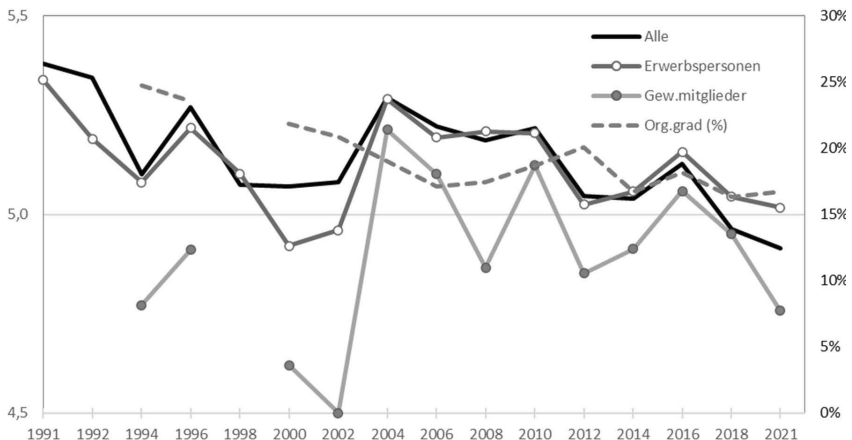
Die Ursachen sind vielschichtig: Jugendliche haben Schwierigkeiten, eine Ausbildungsstelle oder einen Normalarbeitsplatz zu finden; Teilzeit- bzw. befristete Arbeitsverträge nehmen zu; es gibt einen Wandel hin zu wenig organisierten Dienstleistungstätigkeiten, der gerade jüngere Altersgruppen betrifft; Entwicklungen wie individualistische Werthaltungen und Politikverdrossenheit sowie das Verschwinden von sozialkulturellen Milieus zeigen sich besonders im Osten bei den spezifischen Arbeitsmarktproblemen von Jüngeren. Ob die Attraktivität einer kollektiven Solidargemeinschaft durch neue Informations- und Kommunikationsangebote sowie „Mitmachaktionen“ (z. B. Weblogs, Videoclips und soziale Netzwerke) unter jungen Menschen erhöht werden kann, kann bisher nicht abschließend beurteilt werden. Vermehrte Jugendarbeit und die Werbung junger Arbeitnehmergruppen ist unerlässlich, jedoch wird dies umso schwerer, je mehr die Gewerkschaften in ihrer Mitgliederstruktur und im Funktionsapparat überaltern. Nichtsdestotrotz bemühen sie sich in den vergangenen Jahren verstärkt, junge Menschen in Betrieben und Hochschulen über Kampagnen, wie etwa für ein Grundrecht auf Ausbildung oder faire Bedingungen im Praktikum, zum Engagement in Gewerkschaften zu bewegen.

5. Die politischen Einstellungen von Gewerkschaftsmitgliedern

Um die Bindung zwischen den Siamesischen Zwillingen, den Gewerkschaften und gewerkschaftsnahen linken Parteien zu analysieren, sollen im Folgenden die politischen Einstellungen (die Links-Rechts-Orientierung und Wahlabsichten) von Gewerkschaftsmitgliedern im Gegensatz zu nicht-organisierten Erwerbspersonen bzw. der Gesamtbevölkerung mit Hilfe von Allbus-Umfragen (von 1991 bis 2021) untersucht werden. Auch die politischen Einstellungen unterliegen dem sozialen Wandel, dies gilt auch für Gewerkschaftsmitglieder und Wähler linker, gewerkschaftsnaher Parteien. Zunächst hat der Zuwachs von neuen Gewerkschaftsmitgliedern nach der deutschen Einheit zu Veränderungen im politischen Profil der Gewerkschaften und damit auch dem Verhältnis der Siamesischen Zwillinge ge-

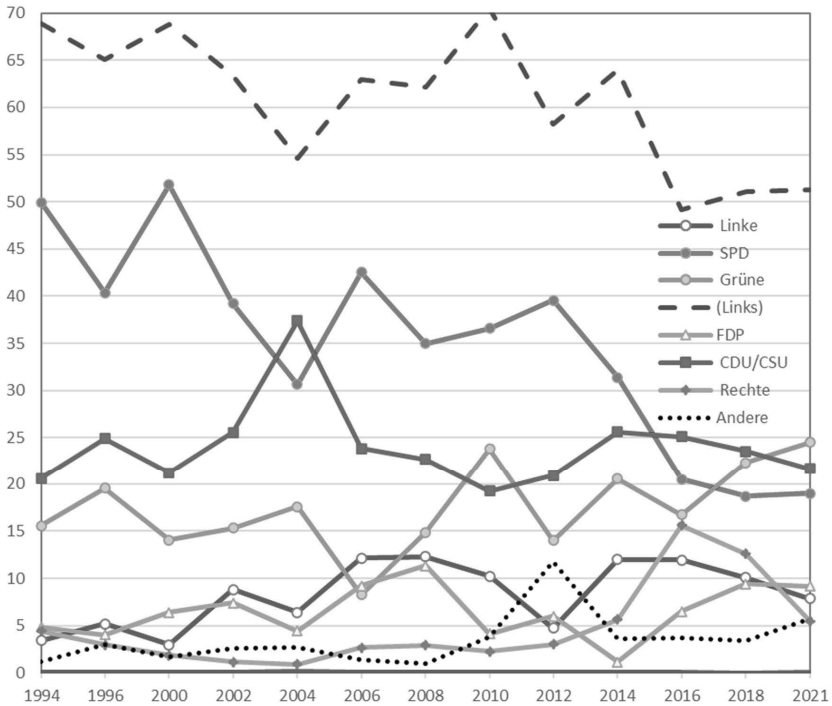
führt. Ein Fünftel der Bevölkerung wohnte nun in den neuen Bundesländern und war in einer Planwirtschaft und „Volksdemokratie“ unter der Sozialistischen Einheitspartei aufgewachsen. Nach der Wende zeigten diese in frühen Umfragen (Allbus, 1991/1992) im Osten etwas linkere Selbstverortungen auf der zehnstufigen Links-Rechts-Skala (4,8) als im Westen (5,5). Unter Gewerkschaftsmitgliedern lagen die Werte noch weiter links; dies blieb so trotz Mitgliederschwund im Osten (jedoch mit einigen temporären Schwankungen). Die Jahrzehnte des Mitgliedschaftsrückgangs, insbesondere in Ostdeutschland, bedeuteten jedoch auch, dass die Gewerkschaften weniger Wählerpotenzial reklamieren konnten. Zudem hat die Bindung zu gewerkschaftsnahen Parteien – wie auch unter allen Wählern – abgenommen. Das Gesamtbild für Deutschland (siehe Abbildung 3) zeigt eine zunehmende Konvergenz der Links-Rechts-Orientierung zur Mitte, während sich die Werte der Gewerkschaftsmitglieder nach dem Mitgliederverlust im Osten von weiter linksstehender Orientierung an die nicht-organisierten Erwerbstätigen und Gesamtbevölkerung angleich, mit einer geringfügigen Tendenz leicht linkerer Werte.

Abbildung 3: Links-Rechts-Orientierung der Bevölkerung sowie von Erwerbspersonen ohne und mit Gewerkschaftsmitgliedschaft



Quelle: eigene Berechnungen des Allbus (gewichtet) 1991-2018 & 2021; Links (1-10)Rechts-Skala für alle Befragte, Erwerbspersonen ohne bzw. mit Mitgliedschaft (keine Daten: 1991, 1992, 1998); Organisationsgrad (Mitglieder in Prozent der Erwerbspersonen, rechte Achse).

Abbildung 4: Wahlabsichten von Gewerkschaftsmitgliedern



Quelle: eigene Berechnungen des Allbus (gewichtet) 1991-2018 & 2021; Gewerkschaftsmitglieder (fehlende Daten für 1991, 1992, 1998); Wahlabsicht für Partei (Prozent); (Links): SPD + Grüne + Linke; Rechte: AfD u.a. rechte Parteien.

Neben der Links-Rechts-Verortung ist insbesondere die Wählerbindung von Bedeutung für das traditionelle Verhältnis zwischen Gewerkschaften und ihrem politischen Arm. Seit der deutschen Einheit sind die Siamesischen Zwillinge auf der politischen Seite zunehmend fragmentiert: Zur SPD gesellen sich Die Linke und die Grünen als Konkurrenten im linken Lager. Im ersten Jahrzehnt der Einheit hatte der Zuwachs an ostdeutschen Mitgliedern zunächst die Unterstützung von Parteien links der Mitte verstärkt: Zwei von drei Gewerkschaftsmitgliedern bevorzugten bei der Sonntagsfrage (Allbus 1994-2021, siehe Abbildung 4) diese Parteien, dies war nun nicht nur die SPD, sondern zunehmend auch Die Linke im Osten und die Grünen unter jüngeren Kohorten. Bis zur ersten rot-grünen Regierung 1998 war die SPD jedoch noch die erste Wahl nahezu der Hälfte der Ge-

werkschaftsmitglieder (etwas mehr im Westen als im Osten). Die Reformen der Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik unter SPD-Kanzler Schröder führten zu einem Rückgang der Unterstützung nach 2000. Auch in Folge der dritten Großen Koalition ab 2013 stellte sich ein weiterer Rückgang in der SPD-Wahlabsicht ein. Seit 2016 wählt nur noch jedes fünfte Gewerkschaftsmitglied die SPD.

Die deutsche Einheit brachte somit eine dritte politische Kraft ins Spiel. Seit 2000 gewann PDS/Die Linke insbesondere im Osten immer wieder erhebliche Unterstützung unter den verbliebenen Gewerkschaftsmitgliedern und übertraf dort teilweise die SPD als präferierte Partei der Organisierten. Die Grünen konnten, während der dritten und vierten großen Koalition weiter an Popularität unter Gewerkschaftsmitgliedern hinzugewinnen. Wenn man diese drei Parteien links der Mitte als Wählerblock betrachtet (siehe Abbildung 4), dann sank die Unterstützung unter Gewerkschaftsmitgliedern von 70 auf 50 Prozent in den letzten drei Jahrzehnten. Dies bedeutet eine zunehmende Annäherung an den niedrigeren Stand unter nicht-organisierten Erwerbstätigen (um 45 Prozent).

Auch heute sind Gewerkschaftsmitglieder zwar noch knapp mehrheitlich politisch links von der Mitte (51 Prozent mit Wahlabsicht für eine der drei linken Parteien unter allen Wahlberechtigten, Allbus 2021), das sind circa 20 Prozent mehr als unter Erwerbspersonen ohne Mitgliedschaft (42 Prozent). In der Zwischenzeit (Allbus 2021) bevorzugte (vor der Bundestagswahl 2021) gar jedes vierte Mitglied die Grünen (25 Prozent, im Osten nur 14 Prozent), nur noch jedes fünfte Gewerkschaftsmitglied die SPD (19 Prozent, im Osten nur zehn Prozent) und weniger als jeder Zehnte die Linke (acht Prozent, im Osten 20 Prozent). Dies bedeutet zu diesem Zeitpunkt eine Überrepräsentation der SPD-Anhänger im Westen und Unterstützer von Die Linke im Osten, aber etwas niedrigere Raten unter den Grünen. Zudem tendieren Gewerkschaftsmitglieder viel weniger zur Union, zumindest im Westen (eher gleichauf im Osten), während insbesondere die FDP, aber auch die AfD überall höhere Zustimmung unter Erwerbspersonen ohne Mitgliedschaftsbuch erzielen. Auch wenn es eine gewisse Konvergenz der Wahlabsichten von organisierten und nicht-organisierten Erwerbspersonen seit der Einigung gab, so besteht weiterhin ein höherer Zuspruch zu Parteien links der Mitte unter dem jedoch kleiner gewordenen Gewerkschaftsklientel, das auch parteipolitisch pluraler geworden ist und weniger parteigebunden (mehr Wechselwähler im Mitte-Links-Lager).

6. Einstellungswandel in Bezug auf Sozialpolitikziele

Es sollen nun abschließend noch die Veränderungen in den Einstellungsmustern von Gewerkschaftsmitgliedern gegenüber Nicht-Organisierten seit der deutschen Einheit betrachtet werden. Die Arbeiterbewegung hat maßgeblich an der Durchsetzung sozialer Rechte mitgewirkt, wie die Machtressourcentheorie von Walter Korpi (1983) und die Wohlfahrtsstaatsregimeanalyse von Gøsta Esping-Andersen (1990) insbesondere für die Nordischen Sozialstaaten postulierten. Im Fall Deutschlands wurde der Sozialstaat zunächst unter Bismarck als doppelte Reform „von oben“ durchgesetzt (Alber 1982): Einerseits sollte die Arbeiterfrage durch Sozialversicherung angegangen und dadurch die Industriearbeiterschaft in die neue Nation integriert werden, andererseits wurden Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung durch die Sozialistengesetze in ihrem Aufstieg eingedämmt. Auch wenn es erste Ansätze der Sozialdemokratie zum Ausbau der Sozialpolitik während der Weimarer Republik gab, so wurden die Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung durch die Nationalsozialisten seit 1933 unterdrückt. Erst nach dem zweiten Weltkrieg entstand in der Bundesrepublik ein demokratischer „sozialer Staat“, wenn auch zunächst während der Adenauer-Kanzlerschaft als Musterbeispiel für einen konservativen Bismarckschen Sozialstaat christdemokratischer Prägung, der dem Statuserhalt und ein traditionelles Familienbild mit männlichem Alleinernährer entsprach. Die Sozialdemokratie und Gewerkschaften hingegen waren eher der sozialen Gleichheit verpflichtet. Erst mit der Regierungsbeteiligung der deutschen Sozialdemokratie in den späten 1960er Jahren war ein Kurswechsel möglich geworden, wenn auch viele Institutionen bereits fest verankert waren.

Neben den politischen Einstellungen unterscheiden sich Gewerkschaftsmitglieder von anderen Erwerbspersonen auch in Bezug auf ihre Einstellungen zu sozialer Ungleichheit und Sozialstaat. Jedoch zeigt sich mit dem Mitgliederrückgang auch eine zunehmende „Erosion“ der Einstellungen zum Sozialstaat (Ebbinghaus/Naumann 2018a). Analysen der langfristigen Einstellungen (Allbus 1991-2018, 2021) und ihrer Zusammenhänge (gemessen anhand von Probit-Modellen) mit Gewerkschaftsmitgliedschaft (siehe Tabelle 1) zeigen, dass in den letzten drei Dekaden (1990er Jahre im Vergleich zu 2000-2018) sowie jüngst (Allbus 2021) neben den bereits genannten sozio-demografischen Faktoren Einstellungen zu gesellschaftspolitischen Zielen und zum Sozialstaat einem Wandel unterliegen.

Tabelle 1: Sozialstrukturelle und Einstellungen als Erklärungsfaktoren von Gewerkschaftsmitgliedschaft, Allbus 1991-2021

Variable	Allbus-Var	1991-1998		2002-2018		2021	
		Koeffizient	Sign.	Koeffizient	Sign.	Koeffizient	Sign.
Jahr	year	-0,024	***	-0,009		---	---
Frau	sex=2	-0,337	***	-0,302	***	-0,274	***
Schuljahre	educ	-0,077	***	-0,046	***	0,010	*
Arbeiter	dw01=6	0,643	***	0,653	***	0,370	**
Beamte	dw01=4	1,038	***	1,079	***	0,927	***
Angestellte	dw01=5	0,424	***	0,486	***	0,141	
Öffentlicher Dienst	dw07	0,008	*	-0,003		0,018	
Wohnort im Osten	eastwest	0,130		-0,102	***	-0,059	
Gerechter Anteil (1 weniger – 4 mehr)	id01	0,001		0,002		0,005	
Bildungsmöglichkeiten (J,N)	im01	0,010	***	0,009	***	-0,006	
Steuersenkung statt Sozialausbau (J,N)	pi07	-0,001	***	0,013	***	0,010	
Bedingungen für Gehalt (J 1-4 N)	im17	-0,017	***	-0,003		-0,037	**
Grundeinkommen (J 1-4 N)	im18	-0,014	***	-0,015	**	-0,024	*
Leistungsanreiz notwendig (J 1-4 N)	im19	0,018	***	0,014	***	0,008	
Akzeptable Unterschiede (J 1-4 N)	im20	-0,002		0,015	***	0,060	***
Gerechte Ungleichheit (J 1-4 N)	im21	0,023	**	0,017	***	0,007	
Sozialstaatsgebot (J 1-4 N)	iw04	-0,007		-0,014		-0,010	
Gutes Leben in Deutschland (J 1-4 N)	pd11	0,010		0,001		-0,013	
Konstante		46,845	***	16,645		-1,091	***

Anmerkung: Abhängige Variable: Gewerkschaftsmitgliedschaft (sm01=1); Separate Probit-Modelle mit (1) Allbus 1991-1998 (N=10756; LPlh=-11657,0); (2) Allbus 2000-2018 (N=33131; LPlh=-4399,9); (3) Allbus 2021 (N=5,045; LR chi2(17) = 238,59***); Signifikanz: *** 0,01; ** 0,05; * 0,10; AllbusVar: Variablenamen; Skala: J,N (1,2); 1 J(a/stimme voll zu) – 4 N(ein/überhaupt nicht).

In den Analysen werden Einstellungen zu gesellschaftspolitischen Zielen wie Bildungsgerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit, Ablehnung sozialer Statusunterschiede sowie leistungsbezogener Ungleichheit untersucht. Zudem sind Pro-Sozialstaat-Einstellungen wie Befürwortung des Ausbaus sozialer Leistungen und der Zustimmung zu bedingungslosem Einkommen signifikante Faktoren zur Erklärung von Unterschieden zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und solchen ohne Gewerkschaftsbindung. Einerseits könnte eine Unterstützung sozialer Gerechtigkeitsziele und sozialpolitischer Intervention die Entscheidung zu einer Gewerkschaftsmitgliedschaft begünstigen, andererseits werden Mitglieder eher durch die sozial- und tarifpolitische Positionen ihrer Gewerkschaften (oder Berufsverbände) beeinflusst (Ebbinghaus/Naumann 2018b). Durch andauernde Debatten über die Notwendigkeit von Sozialstaatsreformen könnte jedoch eine Erosion der Pro-Sozialstaat-Einstellungen stattfinden; so zeigen Survey-Experimente einen Einfluss von demographischen Informationen auf die Akzeptanz von Ren-

tenreformen (Naumann 2018). Andererseits können eigene Erfahrungen, wie bspw. Arbeitslosigkeit während der letzten Jahre, zu Pro-Sozialstaat-Einstellungen führen.

Im Zeitvergleich ergibt sich ein Wandel in der Erklärungskraft der gesellschaftlichen Grundwerte und sozialpolitischen Einstellungen entlang der drei Phasen (siehe Tabelle 1). Während noch für die Zeit vor den Hartz-Reformen (1990er) Gewerkschaftsmitglieder eine umfassende Reihe von spezifischen Einstellungen gegenüber Nicht-Organisierten zeigten, stellt sich bereits für die Jahre danach eine Abschwächung spezifischer Werthaltungen ein. Die Einstellungsitems zu sozialer Gerechtigkeit und sozialpolitischen Zielsetzungen sind weniger stark ausgeprägt, insbesondere Zustimmung zum bedingungslosen Einkommen ist nunmehr weniger signifikant (nur noch signifikant auf einem Niveau von $p < 0,05$) und die Unterstützung von tarifpolitischer Zielsetzung ist gar nicht mehr signifikant. Jedoch zeigt sich seit der Hartz-Reformen, dass statt Steuersenkung nun eher Sozialausbau befürwortet wird. In der jüngsten Umfrage (Allbus 2021) verbleiben wenig dieser Einstellungsunterschiede zwischen aktiven Gewerkschaftsmitgliedern zu Nicht-Organisierten. Nun sind nur noch die Items zur Ablehnung von Statusunterschieden, zur Rolle der Tarif- und Sozialpolitik für die Einkommen und zum bedingungslosen Einkommen, die noch mehr oder weniger signifikante Merkmale sind, die mit Gewerkschaftsmitgliedschaft korrelieren. Somit verbleiben nur noch die berufsspezifischen Merkmale (Beamter, Arbeiter, öffentlicher Dienst) sowie Bildung und Geschlecht als signifikante Erklärungsfaktoren von Gewerkschaftsmitgliedschaft, besonders egalitäre Einstellungen und besonders linke Orientierungen sind nicht mehr ausreichende Abgrenzungsmerkmale. Die Gewerkschaften vermögen somit nicht mehr, die Wertorientierungen ihrer Mitglieder hin zu einer solidarischeren und egalitäreren Sozialstaatszielsetzung zu prägen, wenn auch in einzelnen Tarifauseinandersetzungen oder Ablehnung von Reformvorhaben eine kurzfristige Mobilisierung noch möglich erscheint.

7. Fazit: Die unterschiedlichen Tendenzen der Siamesische Zwillinge

Das Verhältnis der Siamesischen Zwillinge, der Gewerkschaftsbewegung und ihrer politischen Weggenossen, hat sich zunehmend entzweit, wobei dies auch für die Bindung der Erwerbstätigen an die Gewerkschaften und noch mehr als Wähler gewerkschaftsnaher linker Parteien, insbesondere für die Einheitsgewerkschaften und Sozialdemokratie, zutrifft. Die Ana-

lyse des Mitgliederschwunds und der Unterrepräsentation in deutschen Gewerkschaften, der politischen Fragmentierung und des gesellschaftspolitischen Einstellungswandels zeigen mehrere Entwicklungen seit der Wiedervereinigung. Zunächst verloren die Gewerkschaften unmittelbar nach der deutschen Einigung über vier Millionen Mitglieder, die insbesondere in Ostdeutschland von der Einführung der Marktwirtschaft angesichts von Stellenabbau und zu langsamer Angleichung der Löhne enttäuscht waren. Aber bereits seit den 1980er Jahren hatten der Strukturwandel, das Aufkommen neuer sozialer Bewegungen und der Wertewandel hin zu mehr Pluralisierung in jeder Kohorte zu einer geringeren Bindungskraft an die „alte“ Arbeiterbewegung geführt.

Mit der deutschen Einheit gab es nun mindestens drei politische Arme der Gewerkschaftsbewegung. Besonders im Osten wurde Die Linke durchaus zur Konkurrentin der Sozialdemokratie im Gewerkschaftslager. Die noch gut organisierten Beamten zeigen wenig Nähe zu DGB-Gewerkschaften und Sozialdemokratie, während viele Angestelltenkreise in der Privatwirtschaft diesen sowieso eher fernbleiben. Die Grünen gehören zwar zur Parteienfamilie links der Mitte, ihre Wählerklientel hat jedoch eine geringere Neigung zur Gewerkschaftsmitgliedschaft als Unterstützer der beiden anderen Parteien. Diese Pluralisierung des politischen Wahlpotenziales der Gewerkschaften zusammen mit dem abnehmenden Mobilisierungsgrad führt auch zu einer geringeren Verschränkung zwischen den Siamesischen Zwillingen. Der DGB als Einheitsgewerkschaftsbewegung geht auf Distanz zur SPD, nicht nur wegen deren Regierungspolitik, sondern auch der politischen Fragmentierung der Mitgliedschaft. Die SPD steht wiederum im Wettbewerb mit den anderen Parteien um die Repräsentation der Interessen von Erwerbstätigen, auch der Nicht-Organisierten. Als Regierungspartei in Koalitionen mit bürgerlichen Parteien (der Union oder der FDP) kommt die SPD auch schnell in die Kritik von Gewerkschaften und den eher links orientierten Wählerschichten.

Diese Veränderungen der Bindekraft der Siamesischen Zwillinge zeigt sich auch im Wandel der Werte und Einstellungen; die klaren Orientierungsdifferenzen zwischen organisierten und nicht-organisierten Erwerbstätigen verlieren ihre Bedeutung über die Zeit. Sicherlich ist der deutsche Sozialstaat insgesamt noch positiv besetzt, aber nur bedingt führen eindeutige Präferenzen zu mehr sozialer Gerechtigkeit und sozialpolitischem Ausgleich zu einer Entscheidung für Gewerkschaftsmitgliedschaft oder einer wahrscheinlicheren Wahlabsicht für eine Partei links der Mitte. Die frühe Sparpolitik der SPD-FDP-Koalition während der Ölkrisen der späten

1970er Jahre hatte bereits zu ersten Rissen zwischen Gewerkschaften und SPD geführt. Auch wenn es zu einem Abschmelzen der hohen Zustimmung zum Sozialstaat angesichts der finanzpolitischen und demographischen Herausforderungen kam, so haben jedoch auch die andauernden Austeritätspolitiken zu einer Entfremdung geführt – gerade, wenn diese von der Sozialdemokratie durchgesetzt wurde. So haben die rot-grünen Reformen der 2000er, insbesondere die sogenannte Hartz-IV-Reform, das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie belastet und auch zu Wählerwanderung und Abstinenz unter traditionellen Wählern des Arbeitnehmers geführt.

Literatur

- Alber, Jens, 1982: Vom Armenhaus zum Wohlfahrtsstaat: Analysen zur Entwicklung der Sozialversicherung in Westeuropa. Frankfurt: Campus.
- Allbus 1980-2018: Die Allgemeine Bevölkerungs-Umfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) Kumulation 1980-2018. Köln: GESIS (ZA 5274), <https://doi.org/10.4232/1.13748>.
- Allbus 2021: Die Allgemeine Bevölkerungs-Umfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) 2021. Köln: GESIS (ZA 5280), <https://doi.org/10.4232/1.14002>.
- Armingeon, Klaus, 1988: Die Entwicklung der westdeutschen Gewerkschaften: 1950-1985. Frankfurt: Campus.
- Bell, Daniel, 1976: *The Coming of Post-Industrial Society. A Venture in Social Forecasting*. New York: Basic Books.
- Dahrendorf, Ralf, 1958. Toward a theory of social conflict. *Journal of Conflict Resolution* 2(2): 170–183.
- Ebbinghaus, Bernhard, 1995. The Siamese Twins: Citizenship Rights, Cleavage Formation, and Party-Union Relations. In *Citizenship, Identity and Social History (International Review of Social History, Supplement 3)* Hrsg. Tilly, Charles, 51-89. Cambridge: Cambridge University Press.
- Ebbinghaus, Bernhard, 2023. Machtressourcentheorie und Korporatismusansatz In *Handbuch Policy-Forschung (2. aktualisierte Auflage)* Hrsg. Wenzelburger, Georg und Reimut Zohlnhöfer. Wiesbaden: Springer VS.
- Ebbinghaus, Bernhard und Jelle Visser, 1999. When Institutions Matter: Union Growth and Decline in Western Europe, 1950-1995. *European Sociological Review* 15(2): 1-24.
- Ebbinghaus, Bernhard und Claudia Göbel, 2014. Mitgliederrückgang und Organisationsstrategien deutscher Gewerkschaften. In *Handbuch Gewerkschaften in Deutschland* Hrsg. Schroeder, Wolfgang, 207-237. Wiesbaden: Springer VS.

- Ebbinghaus, Bernhard und Elias Naumann, 2018a. The Popularity of Pension and Unemployment Policies Revisited: The Erosion of Public Support in Britain and Germany. In *Welfare State Reforms Seen from Below: Comparing Public Attitudes and Organized Interests in Britain and Germany* Hrsg. *Ebbinghaus, Bernhard und Elias Naumann*, 155-186. London: Palgrave Macmillan.
- Ebbinghaus, Bernhard und Elias Naumann, 2018b. Introduction: Analysing Organized Interests and Public Opinion Towards Welfare Reforms. In *Welfare State Reforms Seen from Below: Comparing Public Attitudes and Organized Interests in Britain and Germany* Hrsg. *Ebbinghaus, Bernhard und Elias Naumann*, 1-23. London: Palgrave Macmillan.
- Esping-Andersen, Gøsta, 1990: *Three Worlds of Welfare Capitalism*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Farrell, David und Rüdiger Schmitt-Beck, Hrsg. 2008. *Non-Party Actors in Electoral Politics: The Role of Interest Groups and Independent Citizens in Contemporary Election Campaigns*. Baden-Baden: Nomos.
- ICTWSS: Database on Institutional Characteristics of Trade Unions, Wage Setting, State Intervention and Social Pacts in 55 countries between 1960 and 2018; Hrsg. AIAS/OECD; Paris: OECD.
- Korpi, Walter, 1983: *The Democratic Class Struggle*. London: Routledge & Kegan Paul.
- Lehnert, Detlef, 1983: *Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1848-1983*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Lepsius, M. Rainer, 1963. Kulturelle Dimensionen der sozialen Schichtung. In *Interessen, Ideen und Institutionen* Hrsg. *Lepsius, M. Rainer*, 96-116. Opladen: Westdeutscher 1990.
- Lindvall, Johannes und David Rueda, 2014. The Insider–Outsider Dilemma. *British Journal of Political Science* 44(2): 460-475.
- Lipset, Seymour Martin, 1960: *Political Man. The Social Bases of Politics (Expanded and Updated Version)*. Baltimore, Md.: John Hopkins 1981.
- Lipset, Seymour Martin und Stein Rokkan, 1967. Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction. In *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives* Hrsg. *Lipset, Seymour Martin und Stein Rokkan*, 1-64. New York: Free Press.
- Merkel, Wolfgang, 1993: *Ende der Sozialdemokratie? Machtressourcen und Regierungspolitik im westeuropäischen Vergleich*. Frankfurt: Campus.
- Naumann, Elias, 2018. Does Population Ageing Change Pension Reform Attitudes? A Survey Experiment on Political Knowledge, Ideology, and Preferences. In *Welfare State Reforms Seen from Below: Comparing Public Attitudes and Organized Interests in Britain and Germany* Hrsg. *Ebbinghaus, Bernhard und Elias Naumann*, 211-243. London: Palgrave Macmillan.
- Olson, Mancur, 1965: *The Logic of Collective Action: Public Goods and the Theory of Groups* (second edition). Cambridge, Mass.: Harvard University.
- Poguntke, Thomas und Rüdiger Schmitt-Beck, 1994. Still the Same with a New Name? Bündnis 90/Die Grünen after the Fusion. *German Politics* 3: 91-113.

- Przeworski, Adam und John Sprague, 1986: Paper Stones. A History of Electoral Socialism. Chicago: University of Chicago.
- Schmitt-Beck, Rüdiger, 2020. Wie „AfD-bewegt“ sind die Gewerkschafter?. In The European Social Model under Pressure: Liber Amicorum in Honour of Klaus Armingeon Hrsg. *Careja, Romana, Patrick Emmenegger und Nathalie Giger*, 401-423. Wiesbaden: Springer VS.
- Schmitt-Beck, Rüdiger und Cornelia Weins, 1997. Gone with the wind (of change). In Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland Hrsg. *Gabriel, Oscar W.*, 321–351. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schmitt, Rüdiger, 1990: Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland. Ursachen und Bedingungen der Mobilisierung einer neuen sozialen Bewegung. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schönhoven, Klaus, 2003. Geschichte der deutschen Gewerkschaften: Phasen und Probleme. In Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch Hrsg. *Schroeder, Wolfgang und Bernhard Weßels*, 40- 64. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Streeck, Wolfgang, 1981: Gewerkschaftliche Organisationsprobleme in der sozialstaatlichen Demokratie. Königstein: Athenäum.
- Streeck, Wolfgang und Anke Hassel, 2003. Trade Unions as Political Actors. In International Handbook of Trade Unions Hrsg. *Addison, John T. und Claus Schnabel*, 335-365. Cheltenham, UK: Edward Elgar.
- Visser, Jelle, 1989: European Trade Unions in Figures. Deventer: Kluwer.

Kontaminationseffekte bei Wahlfunktionen in Mischwahlsystemen

Thomas Bräuninger, Franz Urban Pappi

1. Einleitung

In prototypischen gemischten Wahlsystemen geben die Wähler zwei Stimmen ab, eine für eine geschlossene Parteiliste in einem Wahlkreis mit mehreren Sitzen, gewöhnlich auf regionaler oder nationaler Ebene, und eine für einen Kandidaten in einem Einerwahlkreis auf lokaler Ebene. Mit der Verbreitung gemischter Wahlsysteme durch Übernahme in den Transformationsländern und auch in etablierten Demokratien wie Neuseeland, Italien oder Japan in den 1990er Jahren, schien ein kontrollierter Vergleich der Auswirkungen von Mehrheits- und Verhältniswahl möglich, da in gemischten Systemen beide in ein und derselben Wahl angewendet werden. Dabei zeigte sich allerdings schnell, dass gemischte Wahlsysteme eher eine eigene Gattung sind, da hier das Akteursverhalten in der Mehrheits- und in der Verhältniswahlkomponente vielfältig aufeinander bezogen oder „kontaminiert“ zu sein scheint. Nach Ferrara et al. (2005: 8-9) „liegt eine Kontamination auf der Mikroebene vor, wenn das Verhalten eines Wählers, einer Partei, eines Kandidaten oder eines Gesetzgebers auf einer Wahlebene nachweislich von institutionellen Regeln auf der anderen Ebene beeinflusst wird“.

Wir konzentrieren uns auf das Wählerverhalten in gemischten Systemen mit zwei Stimmen, halten jedoch die Einschränkung auf Spillover-Effekte institutioneller Regeln für zu einschränkend. Den Wählern mögen institutionelle Regeln egal sein, etwa wenn sie einfach aus Protest „Partei X“ unterstützen wollen und beispielsweise ihre Erststimme für den Kandidaten der Partei abgeben, die sie mit der Verhältniswahlstimme wählen – selbst wenn sie den Kandidaten gar nicht kennen. Wir modifizieren deshalb die Definition, indem wir nicht nur auf die Wechselwirkung institutioneller Regeln achten, sondern indem wir Motive für eine gemeinsame Zwei-Güter-Entscheidung postulieren, die zusätzlich zu den Motiven für das Verhalten in jeder Ebene auftreten können. Damit ändert sich auch die Perspektive auf den Gegenstand der Analyse. Wenn Motive für eine gemeinsame Zwei-

Güter-Entscheidung relevant sind, dann gilt es, die simultan verbundenen Entscheidungen eines Wählers in dem aus dem kartesischen Produkt von Kandidaten und Parteilisten zusammen gesetzten Entscheidungsraum zu erklären. Anstatt einer separaten Analyse von Partei- und Kandidatenstimmen betrachten wir die Stimmabgabe für Kandidaten-Partei-Paare. Dabei mag es Motive geben, die sich auf eine bestimmte Kombination von Stimmen beziehen und sich nicht auf die sicher zuvorderst relevanten Motive der Kandidaten- und Parteistimme reduzieren lassen. Kontamination umfasst auch dies.

Unser Beitrag trägt zur laufenden Diskussion über das Wählerverhalten in gemischten Wahlsystemen bei. Wir stellen ein Modell für eine Wahlentscheidung vor, das die Verbindung zwischen den zwei Ebenen berücksichtigt. Wenn die beiden Abstimmungen nicht unabhängig sind und ein „kontrollierter Vergleich“ der beiden Ebenen eines gemischten Systems zur Beurteilung der Wirkung von reinem Mehrheit- gegenüber Verhältniswahl-system nicht funktioniert, stellt sich die interessante Frage, wie genau die beiden Ebenen miteinander verbunden sind, wenn die Bürger ihre zwei Stimmen abgeben. Der Mechanismus dieser Verbindung auf individueller Ebene ist bislang weitgehend ungeklärt. Wir argumentieren, dass die Wähler einer simultanen Entscheidung oder einem Zwei-Güter-Wahlproblem gegenüberstehen, bei dem die Individuen mit $J \times K$ Alternativen konfrontiert sind und nicht nur mit J Kandidaten auf der ersten Ebene und K Parteilisten in der zweiten. Die Individuen haben möglicherweise nicht separable Präferenzen und wägen Gewinne aus der (strategischen oder aufrichtigen) Stimmabgabe in der einen Ebene gegen Verluste aus einer nicht derselben Partei zugutekommenden Stimme in der anderen Ebene ab. Hinweise für nicht separable Präferenzen können dann dazu verwendet werden, zu argumentieren, dass die Stimmen in der Tat nicht unabhängig sind und eine Kontamination vorhanden ist, die über die durch institutionelle Regeln verursachte hinausgeht.

Für die empirische Untersuchung bedeutet dies, dass wir Informationen darüber benötigen, wie die Wähler sowohl die Kandidaten als auch die Parteien bewerten – und nicht nur die Parteien. Während eine breite empirische Literatur eine Kontamination von Erst- und Zweitstimme bestätigt, beruhen die meisten Belege auf aggregierten Daten, die zwar Informationen über die ideologische Ausrichtung der Parteien liefern, aber nicht die der Kandidaten. In einem ersten Schritt verwenden wir daher eine bayesianische Entfaltung von Daten aus einer Nachwahlbefragung in zwei Wahlkreisen bei der Bundestagswahl 2013, um Schätzungen der Wähler-

wahrnehmungen von Parteien und Kandidaten zu erhalten. Insbesondere schätzen wir Positionen und Valenzen von Parteien und Kandidaten sowie die Wählerpositionen in einem gemeinsamen Raum.

Diese Informationen nutzen wir dann, um unser theoretisches Modell der Wahlentscheidung im deutschen Mischwahlsystem zu kalibrieren. Wir verwenden eine Spezifikation eines gemischten Logit-Modells, das es uns ermöglicht, Interdependenzen oder Substitutionsmuster zwischen Alternativen zu untersuchen. Die empirische Schätzung ergibt vier wichtige Ergebnisse. Erstens hat die geschätzte ideologische Nähe der Wähler zu Kandidaten und Parteien den erwarteten positiven Effekt, das Gleiche gilt für die Valenz und die Parteiidentifikation. Zweitens gibt es deutliche Hinweise darauf, dass Wähler strategisch in Bezug auf die Erststimme wählen. Drittens gibt es eine offensichtliche Tendenz der Individuen, über die zwei Ebenen hinweg kongruent zu wählen. Und viertens, andere, denkbare und durchaus vernünftige Substitutionsmuster sind von geringer Bedeutung.

2. Literatur

Wir interessieren uns dafür, wie Wähler ihre Stimme in Mischwahlsystemen abgeben, ein Forschungsgebiet, in dem wir glücklicherweise auf eine umfangreiche Literatur zurückgreifen können. In den letzten zwanzig Jahren hat die Untersuchung gemischter Wahlsysteme an Zahl und Bedeutung zugenommen, da sich diese Systeme als dritte, eigenständige Art neben reinen Verhältniswahlsystemen und reinen Mehrheitswahlsystemen etabliert haben.

Die erste Welle von Studien betrachtete gemischte Systeme als die Kombination von zwei, weitgehend unabhängigen Wahlmodi, die die Möglichkeit für kontrollierte Vergleiche von reinen Proporz- und Majorzsystemen ermöglichen sollen, was in länderübergreifenden Studien unerreichbar zu sein scheint. Stratmann und Baur (2002) beispielsweise untersuchten die Parlamentsarbeit von Bundestagsabgeordneten und stellten fest, dass direkt gewählte Abgeordnete häufiger Ausschussvorsitze in lokal ausgerichteten Politikbereichen erlangen als über Listen gewählte Abgeordnete. Moser und Scheiner (2004) betrachten die Wahlergebnisse in 15 Ländern mit Mischwahlsystemen und stellen fest, dass Verhältnis- und Mehrheitswahlsysteme „tendenziell die erwarteten Effekte approximieren, selbst wenn sie in gemischten Systemen kombiniert werden“. Andere Studien haben vielfältig Belege dafür geliefert, dass Mehrheitsregeln in gemischten Systemen

zu einer „strategischen Stimmabgabe“ führen, wenn man davon ausgeht, dass Verhältnisstimmen aufrichtig sind und eine getrennte Stimmabgabe vorgesehen ist; Wähler würden dann wie erwartet dazu neigen, ihre Kandidatenstimme nicht an wenig aussichtsreiche Kandidaten im Wahlkreis zu verschwenden (Bawn 1993; Cox 1997).

In der neueren Literatur wird die Annahme der Durchführbarkeit kontrollierter Vergleiche zunehmend skeptisch beurteilt (Ferrara et al. 2005). Bei der Erklärung des Wahlverhaltens im deutschen Mischwahlsystem haben sich Autoren allenthalben auf die Zweitstimme konzentriert, da nach der deutschen Kompensationsregel (Anrechnung der Wahlkreismandate auf die einer Partei nach der Verhältniswahl zustehenden Quote) die Zweitstimme entscheidend für die Zusammensetzung des Bundestages ist. Ausnahmen sind Analysen der strategischen Kandidatenwahl aufgrund des Duverger'schen Stimmenvergeudungsmotivs (Schoen 1999; Pappi/Thurner 2002; Gschwend 2007; Herrmann/Pappi 2008; Herrmann 2012), Arbeiten zu persönlichen Kampagnen von Wahlkreiskandidaten und deren Auswirkung auf Kandidaten- und Parteilistenstimmen (Gschwend/Zittel 2012) und experimentelle Untersuchungen zu abweichendem Wählen bei Vorliegen einer weiteren Stimme (Huber 2012). Ein innovativer Ansatz zur Entflechtung der kausalen Beziehungen zwischen den zwei Stimmabgaben wird von Rheault et al. (2020) vorgestellt. Diese Autoren fragen nach der zuerst gebildeten Verhaltensabsicht, der für einen Kandidaten oder der für eine Parteiliste. Die zuerst gebildete Absicht kann die andere Absicht beeinflussen, aber nicht umgekehrt. Da 46 Prozent der Befragten eine simultane Entscheidung angeben, scheint unser Ansatz der simultan verbundenen Zwei-Güter-Entscheidung vielversprechender zu sein.

Ein erster Indikator dafür, dass die Mehrheitskomponente von gemischten Systemen anders funktioniert als ein reines Mehrheitswahlsystem, ist die größere Anzahl von Kandidaten in den Wahlkreisen. Sie deutet darauf hin, dass diese Kandidaturen weniger durch rationale Erwartungen motiviert sind, das Mandat zu gewinnen (vgl. Herron/Nishikawa 2001; Manow 2010: 68). Vielmehr könnten die Parteien eine solche Strategie in der Hoffnung verfolgen, dass die Wähler eine aufrichtige Parteistimme mit einer Stimme für den Kandidaten derselben Partei verbinden, ungeachtet der Erfolgchancen des Kandidaten (Ferrara et al. 2005: 35). Zudem könnten sich die Wähler gezwungen fühlen, in beiden Wahlentscheidungen konsistent zu sein, indem sie für den Direktkandidaten der in der Verhältniswahlkomponente bevorzugten Partei stimmen. Eine solche Strategie würde den

psychologischen Effekt abschwächen (Duverger 1954), d.h. die strategische Erststimmabgabe zur Vermeidung einer Stimmenverschwendung, während die mechanische Wirkung dieselbe ist. Deutschland ist ein gutes Beispiel (Ferrara/Herron 2005).¹ Einerseits ist der nach Duverger zu erwartende Trend zu einem Zweiparteiensystem in der Mehrheitswahlkomponente stark ausgeprägt; er war lange Zeit sogar stärker als in Großbritannien (Shikano 2009). Andererseits stellen alle Bundestagsparteien in fast allen Wahlkreisen Kandidaten auf. Es könnte durchaus sein, dass die Anhänger kleinerer Parteien in kompensatorischen Mischwahlsystemen großzügig mit ihrer Kandidatenstimme umgehen – da die Anzahl der Sitze, die eine Partei erhält, durch den Verhältnisstimmenanteil bestimmt wird –, zumindest großzügiger als in Grabenwahlsystemen, wo sowohl der Mehrheits- als auch der Verhältniswählerfolg die Sitzzahl bestimmen.

Umgekehrt wird auch die Proporzkomponente in einem gemischten Wahlsystem anders funktionieren als in einem reinen Verhältniswahlsystem. Herron und Nishikawa (2001) beispielsweise zeigen für Japan und Russland, wie die schiere Existenz von Direktkandidaten den Stimmenanteil der Partei in der Proporzkomponente erhöht (s. auch Cox/Schoppa 2002), Hainmüller et al. (2006) finden für Deutschland einen Amtsinhaberbonus des Wahlkreiskandidaten auch im Zweitstimmen-Ergebnis. Die Parteien hätten somit einen Anreiz, auch wenig aussichtsreiche Direktkandidaten aufzustellen.

Das Problem, mit dem wir uns in diesem Beitrag befassen, ist spezifischer als auch umfassender. Es ist spezifischer, da wir uns für das Verhalten der Wähler und nicht für die Strategien der Parteien interessieren. Es ist breiter angelegt, da wir ein allgemeines Kalkül der Stimmabgabe für gemischte Systeme mit zwei Stimmen konstruieren. Es beginnt mit Bewertungen von Parteien als unmittelbares Motiv für die Zweitstimme und mit Bewertungen der Direktkandidaten als unmittelbares Motiv für die Erststimme und bringt schließlich Motive für spezielle Kombinationen von Verhältnis- und Mehrheitswahl-Stimmen ein. Ob die bloße Platzierung eines Kandidaten in der Mehrheitskomponente den Erfolg der Partei in

1 Ferrara und Herron (2005) argumentieren, dass kleine Parteien Kandidaten aufstellen können, weil sie erwarten, dass die Kandidaten die Parteikampagne vorantreiben. Nicht aussichtsreiche Kandidaten haben ihrerseits Anreize zu kandidieren, wenn eine Kandidatur ihre Chancen auf einen vorderen Platz auf der geschlossenen Parteiliste erhöht. Für Deutschland weisen Schüttemeyer und Sturm (2005) darauf hin, dass eine Kandidatur im Wahlkreis oft eine informelle Voraussetzung für die Aufnahme in eine Parteiliste ist.

der Proporzkomponente erhöht, ist eine andere Frage, die wir hier nicht behandeln. Die Stimmabgabe im deutschen Mischwahlsystem bietet jedenfalls ein ideales Testfeld für unsere gemeinsame Analyse der zwei Stimmen, da alle großen Parteien in fast allen Wahlkreisen Kandidaten aufstellen. Da wir uns aus Gründen der Datenverfügbarkeit ohnehin auf die fünf Bundestagsparteien im Wahlkampf 2013 beschränken müssen, gibt es auch keine Unterschiede in Bezug auf die Platzierung oder Nicht-Platzierung von Kandidaten.²

3. Theorie

Wir argumentieren, dass die Wähler bei der Stimmabgabe vor einer simultan verbundenen Entscheidung stehen (oder es so empfinden), wenn sie ihre Erststimme für einen Kandidaten im Wahlkreis und ihre Zweitstimme für eine Parteiliste abgeben. Dies wird nicht zuletzt durch die besondere Form des Stimmzettels befördert, auf dem beide Stimmen abzugeben sind (und nicht auf getrennten Zetteln) und die Direktkandidaten und deren zugehörige Parteilisten in einer Zeile angeordnet sind. Wir betrachten daher die Wahlsituation als eine Zwei-Güter-Entscheidung, bei der die Individuen Präferenzen über die Alternativen im kartesischen Produkt der beiden Entscheidungsoptionen haben.

Wir betrachten einen allgemeinen Präferenztyp, insbesondere beschränken wir uns nicht auf separable Präferenzen. Nicht-separable Präferenzen sind dadurch gekennzeichnet, dass die optimale Entscheidung auf einer Ebene, zum Beispiel für einen Kandidaten, von der Entscheidung auf der anderen Ebene, d. h. der Partei, abhängt. Im Prinzip können nicht-separable Präferenzen viele Formen annehmen. Sie können negative Komplementaritäten haben, wie z. B. Budget-Allokationspräferenzen (wobei Ausgaben in einem Bereich gegen Ausgaben in einem anderen Bereich abgewogen werden), oder positive Komplementaritäten wie bei den öffentlichen Finanzen (wenn umsichtige Finanzminister Gesamtausgaben bevorzugen, die mit den Steuereinnahmen übereinstimmen, gegenüber nichtübereinstimmenden Ausgaben). In unserem Kontext wäre eine nicht separable Präferenzordnung über Paare (C, P) von Kandidaten und Parteien z. B.

2 Kurella (2016) liefert eine überzeugende Analyse des fehlenden Zweitstimmenverstärkungseffekts von Wahlkreiskandidaturen der neu gegründeten Partei „Alternative für Deutschland“ im Jahr 2013.

gekennzeichnet durch eine erste Präferenz für (C_1, P_2) und eine zweite Präferenz für (C_2, P_1) , während die Paare (C_1, P_1) und (C_2, P_2) nachrangig wären (vgl. Kreps 2013: 40).

Während für simultan verbundene Wahlentscheidungen verschiedene Muster der Nicht-Separabilität denkbar sind, betrachten wir einen Typus, der auf konsistentem Verhalten beruht und den wir für den relevantesten halten. In praktisch allen Mischwahlsystemen – ebenso wie in reinen Mehrheitswahlsystemen – treten fast alle Wahlkreiskandidaten nicht als Unabhängige, sondern als Parteimitglieder an. Daher ist die Parteizugehörigkeit des Kandidaten das Bindeglied zwischen den beiden Komponenten, was zu einer möglichen Kontamination der beiden Entscheidungen führt: Die Wähler könnten einfach bestrebt sein, sich bei beiden Entscheidungsoptionen konsistent zu verhalten. Wir können uns zwar verschiedene Mechanismen vorstellen, die zu dieser Art von Motivation führen können, wir verwenden aber hier den Begriff „konsistentes Verhalten“ als einen allgemeinen Begriff, der dazu dienen soll, Gewinne aus (strategischer oder ehrlicher) Stimmabgabe auf einer Ebene mit Verlusten durch inkonsistentes Verhalten auf der anderen Ebene abzuwägen.³

Wir nehmen daher an, dass die Präferenzen der Wähler über die Wahlalternativen im kartesischen Produkt aus der Menge der Kandidaten und der Menge der Parteilisten durch eine Nutzenfunktion der folgenden Form dargestellt werden können:

$$U(x, y) = u_1(x) + u_2(y) + u_3(x, y)$$

wobei x und y Kandidaten- bzw. Parteilistenoptionen sind. Entscheidend ist nun, dass U möglicherweise eine nicht separable Nutzenfunktion ist, so dass $u_1(x)$ der Teil des Nutzens ist, der nur mit dem Kandidaten variiert, und $u_2(y)$ der Teil des Nutzens ist, der ausschließlich mit Parteilisten des Paares (x, y) variiert. Daher ist $u_1(x)$ nicht der Nutzen von Kandidat x und der Kandidat, der $u_1(x)$ maximiert, ist nicht notwendig der bevorzugte Kandidat. Sind die Präferenzen nicht-separabel, hat der Begriff „bevorzugter Kandidat“ keine richtige Bedeutung, da der Kandidat, bei dem U ein

3 Der Begriff Inkonsistenz bezieht sich ausschließlich auf die Nichtübereinstimmung der Stimmabgabe bei zwei Wahlgängen in Bezug auf die Parteizugehörigkeit. Er deutet nicht auf irgendeine Art von Irrationalität des Verhaltens hin. Im Gegensatz dazu geht unser Ansatz davon aus, dass solche separablen Präferenzen für Kandidaten und Parteien nicht geeignet sind, um individuelle Motivationen abzubilden; idealerweise sollten die beiden Arten von Präferenzen gemeinsam für die $J \times K$ -Paare gemessen werden (vgl. Luce/Tuckey 1964).

Maximum annimmt, mit der Parteiliste y variiert; und umgekehrt gilt dies für die bevorzugte Parteiliste.

Welche Faktoren bestimmen nun wesentlich die Wählerpräferenzen über die Kandidaten-Partei-Paare? Das ist eine konzeptionell-empirische Frage, bei der wir uns auf die umfangreiche Literatur zum Wählerverhalten stützen und annehmen, dass die Wähler einerseits an Politikergebnissen interessiert sind, andererseits auch dem Wahlakt selbst eine Bedeutung zuschreiben, also dass sowohl instrumentelle als auch expressive Motivationen vorliegen können.

3.1 Instrumentelle Wählermotivation

Der instrumentelle Nutzen beruht zunächst auf der Bereitstellung von öffentlichen Gütern, die für den Wähler wertvoll sind, durch die Gewählten. Wir folgen den Standardargumenten aus der Literatur und stellen uns die öffentliche Politik als Punkte in einem n -dimensionalen Themenraum vor und Wählerpräferenzen als Euklidische Präferenzen in diesem Raum. Dies läuft auf das Standardmodell der räumlichen Wahl hinaus, bei dem die Wähler durch ihren Idealpunkt im mehrdimensionalen Politikraum repräsentiert werden und Alternativen, die näher an ihrem Idealpunkt liegen, denen vorziehen, die weiter entfernt sind.

Eine zweite Quelle des instrumentellen Nutzens ist die Valenz von Kandidaten und Parteien. Die Valenz bezieht sich auf die Beurteilung der Wähler über die Qualität oder Kompetenz eines Kandidaten oder einer Partei (Stokes 1992). Da alle Wähler wahrscheinlich Kandidaten mit hoher gegenüber solchen mit geringer Kompetenz bevorzugen, gilt statt der Nähe-Logik mit unterschiedlichen Idealpunkten der Wähler eine Mehr-ist-besser-Logik mit demselben Wähler-Idealpunkt bei den Valenzwerten. Oder anders ausgedrückt: die instrumentelle Bewertung von Kandidaten und Parteien durch die Wähler drückt sich in zwei Arten von öffentlichen Gütern aus: Gütern, bei denen sich die Idealpunkte der Wähler unterscheiden (dargestellt durch räumliche Präferenzen über Politikpositionen) und Gütern (oder Übeln), bei denen sich die Idealpunkte der Wähler nicht unterscheiden (hier dargestellt durch Valenz). Das Konzept der Valenz wurde in neueren, sowohl formalen als auch empirischen Studien zum Wahlverhalten und zum Parteienwettbewerb vielfach verwendet (Ansolabehere/Snyder 2000; Groseclose 2001; Schofield/Sened 2006). Wir folgen dieser Literatur und

fügen einen Valenzterm zur Nähekomponente des instrumentellen Nutzens hinzu.

Dabei ist zu bedenken, dass von Kandidaten und Parteien nicht erwartet werden kann, dass sie die gleichen öffentlichen Güter oder das gleiche öffentliche Gut in gleichem Maße anbieten. Erstens können die Bewertungen von Parteien und ihren Kandidaten sehr unterschiedlich ausfallen. Während eine erfolgreiche Regierungspartei mit einem beliebten und kompetenten Parteivorsitzenden einen hohen Valenzvorteil bei den Wählern haben mag, kann ein neuer Herausforderer der gleichen Partei in einem Wahlkreis, der gegen den erfahrenen lokalen Amtsinhaber der nationalen Hauptkonkurrenzpartei antritt, schlecht abschneiden. Zweitens können Wahlkreiskandidaten und ihre Parteilisten auch aufgrund der Plattformen oder Positionen, die sie zu einem Thema vertreten, unterschiedlich bewertet werden. Man könnte argumentieren, dass es gerade die Aufgabe gemischter Wahlsysteme ist sicherzustellen, dass verschiedene lokale Forderungen in einer geografisch heterogenen Bevölkerung aufgegriffen werden und in den politischen Prozess einfließen. Wenn lokale Kandidaten nur Klone ihrer Parteien wären, würde einfache Verhältniswahl ausreichen. Wir ziehen daher die Möglichkeit in Betracht, dass sich Kandidaten und ihre Listenparteien in den Positionen oder der Politik, die sie anbieten, unterscheiden.⁴

Schließlich gilt es, die strategische Reaktion der Wähler zu bedenken, die sich aus dem mechanischen Effekt des Wahlsystems ergibt (Duverger 1954). Da im Allgemeinen nicht alle Kandidaten oder Parteien mit gleicher Wahrscheinlichkeit gewählt werden und bei der Bereitstellung öffentlicher Güter effektiv sind, stellt sich für den Wähler nicht nur die Frage, wer der Kandidat oder die Partei ist, die, wenn überhaupt, die vorteilhafteste Politik bietet. Es geht auch um die Frage, welcher der Kandidaten oder Parteien überhaupt die Macht oder Chance hat, diese Güter bereitzustellen. Infolgedessen können die Wähler strategisch in dem Sinne wählen, dass sie nicht für ihren bevorzugten Kandidaten oder ihre bevorzugte Partei stimmen, sondern für die Alternative, die mit größerer Wahrscheinlichkeit das

4 Eine etwas andere Argumentation würde von der Annahme ausgehen, dass Kandidaten und Listenparteien nach unterschiedlichen Kriterien bewertet werden, da von ihnen erwartet wird, dass sie unterschiedliche Arten von öffentlichen Gütern liefern, nämlich lokal versus national zielgerichtete Güter. Dies scheint am plausibelsten in kompensatorischen gemischten Wahlsystemen wie in Deutschland, wo das Ergebnis der Wahl auf lokaler Ebene nur in Ausnahmefällen einen Einfluss auf die Gesamtverteilung der Sitze hat.

gewünschte Ergebnis liefern wird. Die wichtigste Quelle für Unterschiede in der Effektivität der eigenen Stimmabgabe wird durch institutionelle Regeln und in gewissem Maße auch durch den politischen Prozess bestimmt.

So sind Koalitionsregierungen in gemischten Wahlsystemen wahrscheinlich, und wenn also die Politikgestaltung von der Regierung dominiert wird, ist eine strategische Koalitionswahl in der Komponente der Verhältniswahl eine sinnvolle Strategie zur Beeinflussung der politischen Ergebnisse (Duch et al. 2010; Herrmann/Pappi 2008). Strategisches Koalitionswählen ist jedoch ziemlich komplex, da es mit der Unsicherheit zurechtkommen muss, die mit dem wahrscheinlichen Wahlergebnis und der Unsicherheit der Koalitionsverhandlungen einhergeht. Demgegenüber ist eine strategische Stimmabgabe, mit der eine „verschwendete Stimme“ für einen weniger aussichtsreichen Direktkandidaten vermieden werden soll, weniger anspruchsvoll. Die Wähler können erkennen, dass ein Kandidat eine geringe Wahrscheinlichkeit hat, gewählt zu werden, und daher den instrumentellen Nutzen, der mit dem Kandidaten einhergeht, außer Acht lassen. In diesem Papier betrachten wir die letztere Art der strategischen Wahl, nämlich die strategische Wahl in der Mehrheitskomponente, die mit dem Motiv der Vermeidung einer Stimmenverschwendung verbunden ist. Wir lassen die Koalitionswahl außer Acht (die für uns hier nicht von Interesse ist) und wir beachten auch nicht die strategische Stimmabgabe vom Typ verschwendete Stimme bei der Verhältniswahl, da die Wahrscheinlichkeit der hier betrachteten Bundestagsparteien, in der Verhältniswahlkomponente an der Fünf-Prozent-Hürde zu scheitern, gering ist und damit nicht ausreichend Variation bietet.⁵

3.2 Expressive Wählermotivation

Während sich die instrumentelle Bewertung der Wahlobjekte auf den erwarteten Nutzen im Zusammenhang mit dem Wahlausgang konzentriert, ist die expressive Motivation für das Verhalten mit dem Akt der Stimmab-

5 In der folgenden empirischen Analyse betrachten wir Kandidaten und Listen der fünf Bundestagsparteien. Wir haben keine Informationen über die Bewertungen der Wähler und die Stimmabgabe für eine der kleineren Parteien, von denen bei der Bundestagswahl 2013 zu erwarten war, dass sie die Schwelle (mehr oder weniger deutlich) verfehlen würden. Letztendlich hat die FDP mit einem in Umfragen vor der Wahl erwarteten Stimmenanteil von 5,5 Prozent die Hürde schließlich verfehlt. Doch von allen anderen Parteien wurde erwartet, dass sie die Hürde mit ziemlicher Sicherheit nehmen würden.

gabe selbst verbunden. Der Grundgedanke dabei ist, dass ein bestimmtes Verhalten die Überzeugungen, Werte, Identität oder Ideologie des Einzelnen ausdrückt und dass dieser Ausdruck wertvoll ist, unabhängig von der Tatsache, dass zum Beispiel die Stimmabgabe für einen wenig aussichtsreichen Kandidaten in einem Mehrheitswettbewerb aus instrumenteller Sicht eine verschwendete Stimme ist (für einen ausgezeichneten Überblick, siehe Hamlin/Jennings 2011).

Eine Reihe von Motivationslagen kann expressives Wählen hervorrufen. Riker und Ordeshook (1968) verwenden die Idee einer Bürgerpflicht als eine Form der expressiven Stimmabgabe, um das Paradoxon der Stimmabgabe trotz minimalen Einflusses des einzelnen Wählers auf das Endergebnis zu lösen. Schuessler (2000) betrachtet die Stimmabgabe als einen expressiven Akt, mit dem sich der Wähler mit anderen Individuen, die für die gleiche Partei stimmen, identifiziert; Brennan und Lomasky (2008) betrachten expressive Wahl als eine moralische Wahl. Wir verwenden hier eine engere Definition des expressiven Wählens, das mit dem Konzept der Parteienhängerschaft verbunden ist, und betrachten den expressiven Nutzen als einen Vorteil, der sich aus der Bestätigung der Identifizierung mit Parteien oder Kandidaten ergibt (Brennan/Hamlin 1998).

3.3 Wählerpräferenzen über Kandidaten-Parteien-Paare

Insgesamt verwenden wir eine Nutzenfunktion für Kandidat j_1 und Partei j_2 der folgenden Form:

$$\begin{aligned}U_i(j_1, j_2) &= u_{1i}(j_1) + u_{2i}(j_2) + u_{3i}(j_1, j_2) \\u_{1i}(j_1) &= (\beta_1 + \beta_2 p_{j_1})v_{j_1} + (\beta_3 + \beta_4 p_{j_1})\|x_i - x_{j_1}\| + \beta_5 t_{ij_1} \\u_{2i}(j_2) &= \beta_6 v_{j_2} + \beta_7 \|x_i - x_{j_2}\| + \beta_8 t_{ij_2} \\u_{3i}(j_1, j_2) &= \beta_9 C_{j_1 j_2}\end{aligned}$$

wobei v_j der Valenzterm des Kandidaten oder der Partei j ist, x_i der Idealpunkt des Wählers i , x_j die Plattform von Kandidat oder Partei j und p_{j_1} die Wahrscheinlichkeit, dass Kandidat j_1 aussichtsreich kandidiert. C ist eine Indikatorfunktion, die den Wert eins annimmt, wenn die Wahl „konsistent“ ist, also $j_1 = j_2$ gilt, und ansonsten Null. Schließlich nimmt t_{ij} den Wert eins an, wenn die Person i eine Parteiidentifikation mit j hat, andernfalls hat es den Wert Null.

Wir können dann die Nicht-Separabilität der Nutzenfunktion U verwenden, um auf eine Kontamination zwischen beiden Komponenten auf der Mikroebene der Wähler zu testen. In den Begriffen von Ferrara et al. (2005) ist Kontamination vorhanden, wenn das Verhalten eines Wählers in einer Komponente nachweislich von den institutionellen Regeln der anderen Komponente beeinflusst wird. Wie bereits erwähnt, modifizieren wir diese Definition, indem wir zulassen, dass nicht nur institutionelle Regeln auf die andere Komponente übergreifen, sondern auch indem wir erstens Motive für jede Ebene postulieren und zweitens Motive für eine spezielle Kombination von Kandidaten- und Parteilistenoptionen vorsehen. Unter der Annahme, dass unser Modell die Wählerpräferenzen einigermaßen gut abbildet, liegt eine Kontamination vor, wenn die Nutzenfunktionen nicht in x und y separierbar sind. Wenn hingegen die empirische Kalibrierung der Nutzenfunktionen nahelegt, dass die Präferenzen separabel sind, gibt es keine Kontamination. Mit der oben formulierten Nutzenfunktion U für die gleichzeitige Abgabe von Erst- und Zweitstimme ist dieser Test einfach. Wenn die empirische Schätzung anzeigt, dass der Nutzen aus konsistentem Verhalten, $u_3(x, y)$, Null ist, ist U separabel. Dies ist eine Implikation von Debreus (1959) *double cancellation*-Bedingung.⁶

4. Statistisches Modell

Wir versuchen, die Wahlentscheidung im deutschen Mischwahlsystem auf der Grundlage der Wählerbewertungen der Direktkandidaten und der fünf Bundestagsparteien zu analysieren. Die Menge der Wahloptionen ist definiert durch das Kreuzprodukt der Alternativen in beiden Komponenten und umfasst somit 25 Alternativen. Diese Wahlmöglichkeiten sind jedoch auf zwei nicht-hierarchischen Ebenen geclustert: Je fünf Optionen beziehen sich auf denselben Kandidaten und je fünf Optionen beziehen sich auf dieselbe Partei. Es ist daher zweifelhaft, dass die Annahme der Unabhängigkeit von irrelevanten Alternativen (IIA) des multinomialen Logit-Modells hier erfüllt ist.

6 Die *double cancellation*-Bedingung besagt, dass wenn für drei beliebige Bündel (x_1, x_2) , (y_1, y_2) , (z_1, z_2) und eine Präferenzrelation $R(x_1, x_2) R(y_1, y_2)$ und $(y_1, y_2) R(z_1, z_2)$ gilt, dann muss auch $(x_1, x_2) R(z_1, z_2)$ gelten. Debreu hat gezeigt, dass bei zwei Gütern die *double cancellation*-Bedingung genau dann erfüllt ist, wenn die Präferenzen durch eine additiv separable Nutzenfunktion darstellbar sind (siehe auch Luce/Tuckey 1964).

Wir verwenden daher ein gemischtes Logit-Modell, das fixe, d. h. nicht zufällige Effekte für die Kovariaten des theoretischen Modells und zufällige Null-Mittelwert-Effekte für eine Reihe von Indikatorvariablen vorsieht, die die Gruppierung der Alternativen in den beiden Komponenten erfassen. Genauer schätzen wir das folgende Modell:

$$\begin{aligned}
 U_i(j_1, j_2) = & (\beta_1 + \beta_2 p_{j_1}) v_{j_1} + (\beta_3 + \beta_4 p_{j_1}) \|x_i - x_{j_1}\| + \beta_5 t_{ij_1} \\
 & + \beta_6 v_{j_2} + \beta_7 \|x_i - x_{j_2}\| + \beta_8 t_{ij_2} + \beta_9 C_{j_1 j_2} \\
 & + \sum_{k=1}^5 \mu_{ik} I_{kj_1} + \sum_{k=1}^5 \tilde{\mu}_{ik} I_{kj_2} + \epsilon_{ij_1 j_2}. \tag{1}
 \end{aligned}$$

Dabei bezeichnet I eine Indikatorvariable, die den Wert 1 annimmt, wenn Kandidat j_1 (Partei j_2) der k te Kandidat (Partei) ist und ansonsten den Wert Null hat. Wir nehmen an, dass die Fehlerkomponenten μ_{ik} und $\tilde{\mu}_{ik}$ identisch und unabhängig normalverteilt verteilt sind mit Erwartungswert 0 und Varianzen σ_k bzw. $\tilde{\sigma}_k$. Wie im herkömmlichen Logit-Modell sind die $\epsilon_{ij_1 j_2}$ unabhängig und identisch Typ I extremwertverteilt.⁷

Es ist klar, dass dieses Substitutionsmuster immer noch restriktiv ist. In einem multinomialen Probit-Modell mit korrelierten Fehlern könnten wir die vollständige Kovarianzmatrix der normalisierten Fehlerdifferenzen schätzen, in unserem Fall wären dies aber $(J-1)J/2-1 = 299$ Parameter. Dies ist mit der vorliegenden Datenmenge nicht möglich und selbst wenn, so wäre aus den Fehlerdifferenzen schwerlich etwas über Substitutionsmuster zu erfahren. Unsere zweistufige Gruppierung mit zehn Parametern ermöglicht jedoch die Untersuchung der wahrscheinlichsten Korrelations- und Substitutionsmuster.

Um dies zu erkennen, betrachten wir die Kovarianz der Zufallsvariablen $\eta = \mu + \tilde{\mu} + \epsilon$ zweier Alternativen (j_1, j_2) und (j_1, j'_2) , die sich auf denselben Kandidaten, aber unterschiedliche Parteien beziehen:

$$\text{Cov}(\eta_{j_1 j_2}, \eta_{j_1 j'_2}) = E[(\mu_{j_1} + \tilde{\mu}_{j_2} + \epsilon_{j_1 j_2})(\mu_{j_1} + \tilde{\mu}_{j'_2} + \epsilon_{j_1 j'_2})] = \sigma_{j_1}$$

wobei wir uns die Tatsache zunutze machen, dass der Erwartungswert der angenommenen Extremwertverteilung gleich Null ist. Analog ist die Kovarianz zwischen zwei Alternativen (j'_1, j_2) und (j_1, j_2) , die dieselbe Partei, aber unterschiedliche Kandidaten haben, $\text{Cov}(\eta_{j_1 j_2}, \eta_{j'_1 j_2}) = \tilde{\sigma}_{j_2}$. Weiterhin ist die Kovarianz von zwei Optionen, die sich auf denselben Kandidaten und dieselbe Partei beziehen, einfach die Varianz für die Alternative (j_1, j_2) :

7 Genauer nehmen wir einen Skalenparameter von 1 und einen Lageparameter von $-\gamma$, der negativen Euler-Mascheroni-Konstanten, an.

$$\text{Var}(\eta_{j_1 j_2}) = E[(\mu_{j_1} + \tilde{\mu}_{j_2} + \epsilon_{j_1 j_2})^2] = \sigma_{j_1} + \tilde{\sigma}_{j_2} + \pi^2/6.$$

Die Korrelation zwischen zwei beliebigen Alternativen (j_1, j_2) und (j'_1, j'_2) ist somit

$$\text{Corr}((j_1, j_2), (j'_1, j'_2)) = \begin{cases} 1 & \text{falls } j_1 = j'_1 \text{ und } j_2 = j'_2 \\ \frac{\sigma_{j_1}}{\sqrt{\sigma_{j_1} + \tilde{\sigma}_{j_2}} \sqrt{\sigma_{j'_1} + \tilde{\sigma}_{j'_2}}} & \text{falls } j_1 = j'_1 \text{ und } j_2 \neq j'_2 \\ \frac{\tilde{\sigma}_{j_2}}{\sqrt{\sigma_{j_1} + \tilde{\sigma}_{j_2}} \sqrt{\sigma_{j'_1} + \tilde{\sigma}_{j'_2}}} & \text{falls } j_1 \neq j'_1 \text{ und } j_2 = j'_2 \\ 0 & \text{falls } j_1 \neq j'_1 \text{ und } j_2 \neq j'_2 \end{cases} \quad (2)$$

Wir verwenden Markov-Chain-Monte-Carlo-Simulation in einem bayesianischen Ansatz, um Parameterschätzungen für das gemischte Logit-Modell zu erhalten. Als Ausgangsverteilungen für die Modellparameter wählen wir $\beta_k \sim N(0, 100)$, und $1/\sigma_k \sim \Gamma(0,01, 0,01)$. Die Simulation wird in JAGS (Plummer 2003) implementiert, mit zwei Markov-Ketten mit jeweils 5000 Iterationen (ausgedünnt um den Faktor 10; nach einem Burn-in von 15.000 Iterationen). Als Startwerte für die β -Koeffizienten verwenden wir in der einen Kette die Schätzungen eines konventionellen konditionalen Logit-Modells ohne den μ -Term und in der anderen Kette die gleichen Schätzungen plus zufälliges Rauschen. Die Standardabweichungen σ_k werden mit Zufallszahlen aus einer uniformen Verteilung über dem Intervall $[0, 2]$ initialisiert. Zur Überprüfung der Konvergenz verwenden wir den Ansatz von Gelman und Rubin (1992). Die vollständigen Replikationsunterlagen sind auf Anfrage bei den Autoren erhältlich.

5. Daten

Komponentenübergreifende Effekte in Mischwahlsystemen zu untersuchen erfordert auf empirischer Ebene relevante Informationen über Wählerinnen und Alternativen. Das größte Hindernis für eine empirische Analyse der Präferenzen von Wählern auf der Mikroebene ist der Mangel an Daten über die Wahlkreiskandidaten. Während viele Wahlumfragen Informationen über Wähler und Parteien liefern, sind Daten über die wahrgenommenen Merkmale der Kandidaten, die möglicherweise für die Wahl relevant

sind, aus offensichtlichen Gründen selten. In Deutschland hat eine prototypische nationale Wahlumfrage etwa 2000 Befragte, so dass bei 299 Wahlkreisen die Zahl der Befragten, die die Bewertungen eines einzelnen lokalen Kandidaten abgeben könnten, gering ist.

Wir wählen einen anderen Ansatz und führen eine Fallstudie über eine kleine Anzahl von Wahlkreisen durch, so dass die Zahl der Befragten, die sowohl Parteien als auch Direktkandidaten bewerten, hinreichend groß ist. Da wir vermuten, dass es für den Einzelnen schwieriger ist, Kandidaten zu bewerten als Parteien, haben wir zwei Wahlkreise mit allgemein bekannteren Direktkandidaten ausgewählt. Da wir uns außerdem für die Eigenschaften der Kandidaten und nicht für das Ansehen ihrer Kreispartei interessieren, versuchen wir, die Varianz des lokalen Parteiensystems zu minimieren, die nicht auf die einzelnen Kandidaten zurückzuführen ist. Wir haben daher zwei benachbarte Wahlkreise in Stuttgart ausgewählt, die Wahlbezirke 258 und 259 (im Folgenden S1 und S2) der Bundestagswahl 2013, die am 22. September stattfand. In S1 trat der bisherige Inhaber des Direktmandats Stefan Kaufmann (CDU) wieder an, herausgefordert von der ehemaligen Landesvorsitzenden der SPD, Ute Vogt, einem der damaligen Bundesvorsitzenden der Grünen, Cem Özdemir, und einer bei der Vorwahl erfolgreichen Listenabgeordneten der FDP, Judith Skudelný. In S2 kandidierte die amtierende Wahlkreisabgeordnete Karin Maag (CDU) gegen eine Abgeordnete der Grünen, Brigitt Bender, und zwei politische Neulinge, den Sozialdemokraten Nicolas Schäfstoß und den Freidemokraten Matthias Werwigk. Wir berücksichtigen auch die lokalen Kandidaten der sozialistischen Partei 'Die LINKE' (Christina Frank bzw. Marta Aparicio de Eckelmann) und somit alle damals im Bundestag vertretenen Parteien.

In 20 zufällig ausgewählten Stimmbezirken wurde eine Wahltagsbefragung durchgeführt, bei der jeder fünfte Wähler, der das Wahllokal verließ, gebeten wurde, einen zweiseitigen Fragebogen auszufüllen. Die Zielgruppe ist also die Gruppe der Wahllokal-Wähler. Insgesamt haben 1252 bzw. 839 Wähler an der Umfrage in den Wahlkreisen S1 bzw. S2 teilgenommen. Die Unterschiede zwischen den aggregierten Umfrage- und den tatsächlichen Ergebnissen bei den Wahllokal-Wählern sind gering (s. Anhang A).

Mit der Umfrage wurde die Erst- und Zweitstimmenentscheidung erfasst (unter Verwendung der oben genannten Wahlmöglichkeiten plus „Anderere“), Skalometer-Bewertungen der fünf Direktkandidaten und der fünf Bundestagsparteien auf einer von „halte sehr viel“ über „ziemlich viel“ „teils/teils“ „ziemlich wenig“ bis „gar nichts“ laufenden Skala, eine Angabe zur Parteienhängerschaft („Welcher Partei fühlen Sie sich im Allgemeinen

zugehörig?“) sowie eine offene Frage zu dem wahrscheinlichen Wahlkreisgewinner. Diese Fragen verwenden wir zur Modellierung der Wählerpräferenzen über den Entscheidungsraum. Mit dem Ausschluss von Befragten, die angaben einen Kandidaten oder eine Partei jenseits der fünf Bundestagsparteien gewählt zu haben ($n=264$) oder keine bzw. unvollständige Angaben zur Wahlentscheidung oder beim Skalometer machten ($n=559$), reduziert sich die Fallzahl für die Modellschätzung auf 1268.

5.1 Instrumentelle Bewertung von Kandidaten und Parteien

Wir betrachten Politiknähe und Valenz als die beiden Quellen des instrumentellen Nutzens, die Wähler mit Kandidaten und Parteien verbinden. Der gängige Ansatz zur Erfassung der Nähe der Wähler zu Parteien ist die Befragten zu bitten, sich selbst und die Parteien auf einer oder mehreren ideologischen oder inhaltlichen Politikdimensionen zu verorten und dann die Nähe durch eine Form des Abstands zwischen der Selbsteinordnung der Wähler und dem Mittelwert der wahrgenommenen Parteipositionen zu operationalisieren. Die Verwendung des Mittelwerts der Parteipositionen ist zwar in der Literatur mindestens schon seit Markus und Converse (1979) bekannt, ihre weite Verbreitung auch in länderübergreifenden Umfragen (z. B. CSES) hat diesen Ansatz zunehmend populär gemacht (siehe z. B. Alvarez/Nagler 2004; Bawn/Somer-Topcu 2012). Allerdings haben Wählerbefragungen zur Schätzung von Parteipositionen einige offensichtliche Nachteile. Der wichtigste Nachteil ist, dass es nicht unwahrscheinlich ist, dass die Befragten die Skalen und ihre Endpunkte unterschiedlich interpretieren. Zur direkten Erfassung von Valenzmerkmalen gibt es überhaupt keine etablierte Methode. Viele empirische Studien, die das Konzept der Valenz verwenden, versuchen nicht, diese *ex ante* zu messen, sondern interpretieren alternativenspezifische Konstanten in z. B. multinomialen Regressionsmodellen als *ex post*-Proxy der Valenz.

Wir greifen deshalb auf den Bewertungsskalometer, wie in der Umfrage verwendet, zurück. Derartige Skalometer liefern ja gerade eine Gesamtbewertung von Objekten, die potenziell sowohl räumliche Nähe als auch Valenzmerkmale widerspiegelt. Genau auf diese angenommene Doppelinformation baut unser Ansatz. Wir nutzen die Methode der statistischen Entfaltung der Skalometerwerte der Befragten, um Positionen und Valenzen von Kandidaten und Parteien sowie die Positionen der Befragten aus den Daten abzuleiten. Wir verwenden dann diese entfalteten Daten und

nicht die Skalometerwerte selbst, da wir nicht ausschließen können, dass Wähler bei der Bewertung von Kandidaten und Parteien ideologische Nähe und Valenz in unterschiedlicher Weise gewichten.

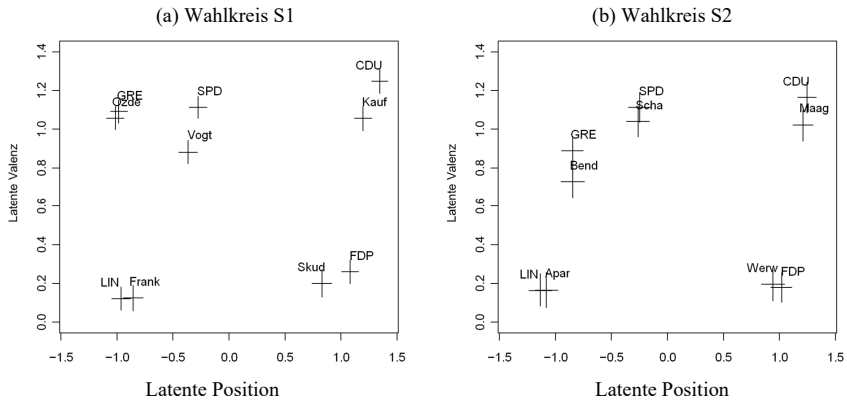
Konkret wenden wir eine Variante von Coombs (1964) Entfaltungsmethode an (siehe auch Enelow/Hinich 1984; Brady 1990). Der Skalometerwert s der Person i für das Objekt (Partei oder Kandidat) j wird als lineare Funktion der Valenz des Objekts v_j und des Abstands des Idealpunkts der Person von dem Bewertungsobjekt $\|x_i - x_j\|$ angenommen:

$$s(i, j) \sim N(v_j + \alpha\|x_i - x_j\|, \sigma)$$

wobei α die Gewichtung der Nähe relativ zur Valenz ist, N für die Normalverteilung mit Varianz σ steht, und s im Bereich von -2 und +2 liegt. Alle Parameter auf der rechten Seite werden aus den Daten bayesianisch geschätzt.⁸ Es ist zu beachten, dass wir die Makrovalenz der Parteien und Kandidaten schätzen und nicht individuelle Werte der Befragten. Individuelle Abweichungen von der Makrovalenz sind vermutlich auf die Logik der Nähe bei der Beantwortung der Bewertungsfragen zurückzuführen. Daher halten wir es für gerechtfertigt, unser Maß für die Makrovalenz als Allgemeinwissen in dem jeweiligen Wahlkreis zu interpretieren. Abbildung 1 zeigt die latenten Positionen und Valenzschätzungen für die Kandidaten und Parteien in den beiden Wahlkreisen.

8 Hier sind zwei Anmerkungen zu machen. Erstens ist die Bewertungsskala in $\{-2, -1, 0, 1, 2\}$ kodiert, so dass wir tatsächlich eine zensierte Normalverteilung mit den Grenzen -2 und +2 verwenden. Zweitens haben Käppner und Shikano (2015) gezeigt, dass die Behandlung solcher Skalometerwerte als ordinale Multinomialverteilung analoge Ergebnisse liefert, sodass wir trotz der vorliegenden 5er Skala bei der einfacheren Variante bleiben.

Abbildung 1: Aus den Bewertungsskalen rekonstruierte Positionen und Valenzen von Kandidaten und Parteien



Anmerkung: Die Abbildung zeigt die Regionen mit 95% höchster Dichte. Entfaltung mit latenten Positionen der Parteien und Kandidaten, normalisiert auf einen Mittelwert von 0 und eine Standardabweichung von 1. Die Schätzungen basieren auf den Bewertungsskalometern von $N = 959$ Personen in S1 bzw. $N = 570$ in S2 nach Ausschluss von Befragten mit 5 oder mehr ungültigen oder Nicht-Antworten auf die 10 Stimuli (fünf Parteien und fünf Kandidaten) ($n = 293$ und $n = 269$).

Auf der Nähe-Dimension erscheinen die Parteien in der Reihenfolge, in der wir sie auf einer ideologischen Links-Rechts-Dimension erwarten würden: Die Partei „Die Linke“ stehen am weitesten links, gefolgt von Grünen und Sozialdemokraten, während Liberale und Christdemokraten die rechte Seite des Spektrums besetzen. Wir bezeichnen daher die Positionen auf der Nähe-Dimension als ideologische Links-Rechts-Positionen. Auf der zweiten, der Valenzdimension, sind die Parteien mit der höchsten Valenz CDU und SPD, dicht gefolgt von den Grünen, während FDP und Linke dahinter zurückbleiben. Drei Dinge sind in diesem Gesamtbild erwähnenswert. Erstens sind die Positions- und Valenzeinschätzungen der Parteien in den beiden Bezirken sehr ähnlich, was darauf hindeutet, dass der Stimulus „Partei“ einen Bezug zu einem Objekt auslöst, der über den Wahlkreis hinausgreift. Zweitens sind die Positionen von Kandidaten und Parteien oft fast identisch, was darauf schließen lässt, dass die Kandidaten entweder nicht viel Spielraum zum Aufbau eines persönlichen Profils auf der Grundlage von Politik haben oder aber sie haben diesen, die Befragten sind jedoch nicht in der Lage, diese Unterschiede wahrzunehmen. Drittens

unterscheiden sich Kandidaten und Parteien häufiger erheblich in Bezug auf die zugeschriebene Valenz. Dabei schneiden Parteien fast immer besser ab als Kandidaten. Dies alles deutet darauf hin, dass Valenzmerkmale und Positionen tatsächlich unterschiedliche Objektattribute sind. In den folgenden Analysen verwenden wir diese Valenz von Kandidaten und Parteien sowie die räumliche Distanz von Kandidaten und Parteien zu den Wählern.

5.2 Psychologische Wirkung der Wahlformel

Erst- und Zweitstimme unterscheiden sich nicht nur in Bezug auf das zu wählende Objekt, sondern auch in der Wahlformel. In der Verhältniswahl-Komponente werden die Parteien im Wesentlichen proportional zu ihren Stimmenanteilen vertreten. In der Mehrheits-Komponente gewinnt der Kandidat mit der relativen Mehrheit, was zu einer strategischen Stimmabgabe motivieren kann, um die eigene Stimme nicht an aussichtslose Kandidaten zu verschwenden. Wenn Individuen also zukunftsorientiert sind, werden sie den instrumentellen Nutzen eines Kandidaten mit dessen Gewinnchancen abwägen. Während strategisches Wählen tatsächlich ein spieltheoretisches Problem ist, kann man sich in erster Näherung die Gewinnchancen eines Kandidaten vor der Wahl als Diskontierungsfaktor für den instrumentellen Nutzen vorstellen. Theil (1969) und King (1990) schlugen vor, die erwartete Gewinnwahrscheinlichkeit in einem Mehrparteiensystem durch das Verhältnis der Stimmenanteile zu operationalisieren, die mit einer Konstante ρ potenziert werden, was wir hier aus dem einfachen Grund nicht tun können, weil uns für unsere beiden Wahlkreise keine Vorwahlumfragen oder andere Informationen über die erwarteten Stimmenanteile zur Verfügung stehen.

Wir können uns jedoch die Tatsache zunutze machen, dass sich die lokalen Parteiorganisationen der Sozialdemokraten und Grünen während des Wahlkampfes koordiniert und öffentlich empfohlen haben, für den grünen Kandidaten in S1 und den SPD-Kandidaten in S2 zu stimmen. Angesichts des Siegs der Amtsinhaber bei der letzten Wahl kann man annehmen, dass die aussichtsreichsten Kandidaten in den beiden Wahlkreisen die Kandidaten der CDU und der Grünen im ersten und der CDU und SPD im zweiten Wahlkreis sind. Auch wenn sich daraus kein Wahrscheinlichkeitsmaß ergibt, können wir eine einfache Dummy-Variable verwenden, um zwischen nicht aussichtsreichen Kandidaten (für die wir einen Malus erwarten) und aussichtsreichen Kandidaten (für die wir keinen Malus erwarten) zu un-

terscheiden. Schließlich machen wir Gebrauch von einer Frage, die offen nach dem „wahrscheinlichsten Gewinner“ der Mehrheitswahlen fragte. Nur wenn die Befragten in der Lage waren, einen der in Frage kommenden Kandidaten zu nennen, betrachten wir diesen als möglichen Empfänger strategischer Stimmen. Dafür ist die Variable „aussichtsreich“ gedacht.

5.3 Expressive Motivation zur Kandidaten- und Parteiwahl

Die Wahltagsbefragung enthielt auch die Frage, welcher Partei man sich im Allgemeinen „nahe fühlt“. Sie erfasst nicht die instrumentelle, sondern die expressive Motivation für die Wahlentscheidung. Mit der Frage wird weniger die Parteiidentifikation im Sinn einer langfristigen und stabilen affektiven Orientierung an einer Partei erfasst, die der Einzelne in seiner politischen Sozialisation entwickelt hat. In europäischen Mehrparteiensystemen war es vor allem die vermeintliche Langfristigkeit des ursprünglichen Konzepts der Parteiidentifikation (Campbell et al. 1954, 1960), das sich als Hindernis für die Anwendung des Konzeptes herausgestellt hat (Pappi 2011). Wir denken, dass die Frageformulierung „sich einer Partei nahe fühlen“ eine affektive Bindung jenseits kurzfristiger Kampagneneffekte erfasst, die gleichzeitig weniger anspruchsvoll ist in Bezug auf die Langlebigkeit als das ursprüngliche Konzept der Parteiidentifikation.

6. Ergebnisse

Die ersten drei Spalten von Tabelle 1 enthalten eine Zusammenfassung der A-posteriori-Werte der fixen, nicht zufälligen sowie der zufälligen Parameter des statistischen Modells auf der Grundlage von Gleichung 1. Wir geben die Mittelwerte und die Spannweite der Regionen mit der höchsten 95-prozentigen Dichte der A-posteriori-Werte an. Die Ergebnisse sind recht beeindruckend, da sie insgesamt darauf hindeuten, dass die Wahlentscheidung bei der Zwei-Komponenten-Wahl durch Faktoren in allen drei Bereichen des theoretischen Modells erheblich beeinflusst wird. Erstens hängt die Wahlentscheidung zwischen den 25 Optionen von der Nähe des Einzelnen und der Valenz der Partei auf die erwartete Weise ab. Der negative Mittelwert des geschätzten Werts für die *Distanz zur Partei* (-0,924) deutet darauf hin, dass die Positionen der Partei und des Wählers umso näher beieinanderliegen, je wahrscheinlicher es ist, dass die Person für die Partei stimmen

wird. Der Mittelwert der *Parteivalenz* ist positiv bei 0,260, was darauf hindeutet, dass Parteien, denen eine hohe Valenz zugeschrieben wird, mit größerer Wahrscheinlichkeit eine Zweitstimme erhalten. Wir stellen auch fest, dass die „*Parteiidentifikation*“ bei der Stimmabgabe für die Parteiliste von Bedeutung ist (mittlerer Schätzwert von 2,144).

Tabelle 1: Parameterschätzungen des gemischten konditionalen Logit-Modells der Wahlentscheidung (95-prozentige Wahrscheinlichkeitsbereiche)

	Modell 1			Modell 2		
	2,5%	Mittelwert	97,5%	2,5%	Mittelwert	97,5%
Räumliche Distanz: Kandidat	-1,229	-0,967	-0,732	-1,116	-0,917	-0,715
Valenz: Kandidat	1,181	1,623	2,069	1,495	1,984	2,507
Räumliche Distanz: Partei	-1,206	-0,924	-0,684	-0,934	-0,798	-0,665
Valenz: Partei	-0,107	0,260	0,590	0,245	0,478	0,719
Parteiidentifikation: Kandidat	1,193	1,467	1,762	1,128	1,313	1,506
Parteiidentifikation: Partei	1,571	2,144	2,632	1,475	1,643	1,816
Distanz Kandidat × aussichtsreich	-0,518	-0,242	0,029	-0,485	-0,235	0,022
Valenz Kandidat × aussichtsreich	1,045	1,454	1,849	0,917	1,290	1,654
Kongruente Wahl	0,546	0,826	1,112			
Kongruente Wahl: CDU				0,748	1,012	1,290
Kongruente Wahl: SPD				0,999	1,241	1,510
Kongruente Wahl: FDP				-0,419	0,416	1,117
Kongruente Wahl: Grüne				-0,337	-0,080	0,179
Kongruente Wahl: LINKE				1,645	2,174	2,708
σ_1	0,100	0,804	1,741	0,056	0,133	0,373
σ_2	0,096	0,397	0,829	0,049	0,117	0,250
σ_3	0,095	0,248	0,541	0,052	0,106	0,217
σ_4	0,102	0,428	1,015	0,049	0,117	0,225
σ_5	0,085	0,540	1,435	0,044	0,114	0,226
$\tilde{\sigma}_1$	0,123	1,240	2,800	0,048	0,125	0,261
$\tilde{\sigma}_2$	0,087	1,468	3,267	0,044	0,091	0,166
$\tilde{\sigma}_3$	0,089	0,517	1,642	0,045	0,127	0,336
$\tilde{\sigma}_4$	0,137	1,006	2,024	0,052	0,104	0,204
$\tilde{\sigma}_5$	0,079	0,481	1,136	0,050	0,112	0,203
N	1268			1268		

Zweitens, und das ist am interessantesten, haben wir Hinweise auf einen analogen Mechanismus, der sich bei der Erststimme abspielt. Tabelle 1 zeigt, dass die Distanz zu den Kandidaten negativ mit -0,967 die Kandidatenwahl beeinflusst und der Effekt wiederum mit hoher Sicherheit die

erwartete Richtung hat. Die Kandidatenvaleanz wirkt sich positiv auf die Stimmabgabe für diesen Kandidaten aus, wie auch die Parteidentifikation. Am bemerkenswertesten ist wohl die starke Evidenz, die wir für strategisches Wählen mit der Erststimme finden. Die Parameterschätzung für die Interaktionsterme des bekannten aussichtsreichen Kandidaten (die wir in Ermangelung besserer Daten als einfache Dummy kodiert haben) und der Kandidatendistanz und -valeanz, die die instrumentelle Motivation der Individuen erfassen, haben die erwartete negative bzw. positive Wirkung. Genauer gesagt, die Kandidatenwahl von Personen, die zu einer strategischen Wahlentscheidung neigen (stellvertretend für die korrekte Wahrnehmung der in Frage kommenden Kandidaten), wird stärker durch die Nähe des Kandidaten und seiner Valeanz bestimmt als die einer vermutlich nicht-strategischen Person. Tatsächlich ist der Effekt für die Kandidatenvaleanz fast doppelt so groß ($1,623 + 1,454 = 3,077$ am Mittelwert).

Drittens finden wir Belege für die erwartete Motivation, sich konsistent über die zwei Stimmabgaben hinweg zu verhalten, und damit für die Nicht-Unabhängigkeit der Erst- und Zweitstimme. Der geschätzte Koeffizient der Dummy-Variablen, die eine kongruente Abstimmung anzeigt, d. h. die Wahl eines Kandidaten derselben Partei, die man mit der Zweitstimme wählt, ist positiv, was darauf hindeutet, dass kongruente Wahloptionen *ceteris paribus* häufiger attraktiver sind als nicht-kongruente. Wir stellen fest, dass fast alle diese Parameter sehr hoch „signifikant“ in dem Sinne sind, dass wir fast sicher sein können, dass der Effekt negativ (bzw. positiv) ist, da die A-posteriori-Werte fast vollständig im negativen (bzw. positiven) Halbraum liegen. Ob diese Effekte auch substantiell in dem Sinne sind, dass die Wahrscheinlichkeit der Stimmabgabe für diese oder jene Option in erheblichem Maße mit den Kovariaten variiert, ist eine andere Frage. Wir kommen auf diese Frage zurück, wenn wir die Vorhersagewahrscheinlichkeiten diskutieren.

An dieser Stelle scheint es angebracht, eine Pause einzulegen, um die Relevanz dieser auf den ersten Blick recht plausiblen und einfach anmutenden Ergebnisse sowie einige Einschränkungen zu bedenken. Einerseits könnte man die oben dargelegten Ergebnisse als Beweis dafür interpretieren, dass Erst- und Zweitstimmen, Kandidaten- und Parteilistenstimmen von denselben Faktoren beeinflusst werden. Was wir über die Wahl der Parteilisten wissen – die im Mittelpunkt früherer Studien über gemischte Wahlsysteme standen – scheint sich gut auf die Kandidatenstimme übertragen zu lassen. Man sollte aber auch betonen, dass die Parameterschätzungen für Kandidaten und Parteiliste in signifikanter Weise variieren: Die Valeanz der Kandi-

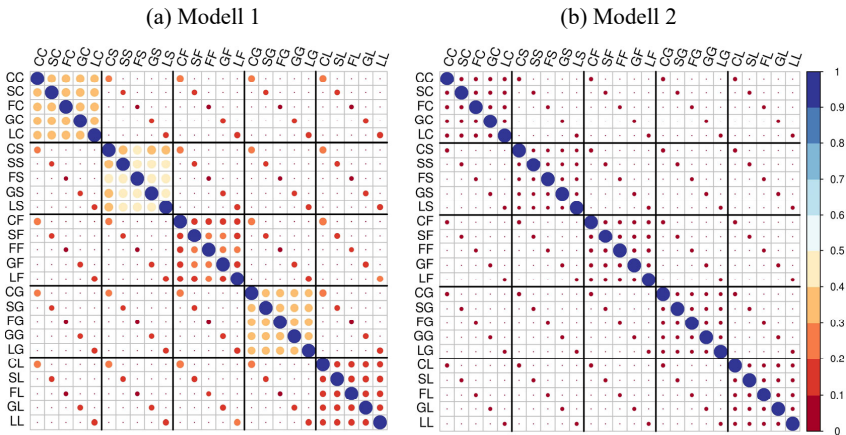
daten hat einen größeren Einfluss auf die Erststimme als die Parteivalenz (während sich die Wirkung der Distanz nicht unterscheidet). Umgekehrt ist der Effekt der Parteiidentifikation doppelt so groß für die Parteiliste wie der für die Kandidaten. Dies alles deutet darauf hin, dass die Erststimme tatsächlich durch eine Personalisierung der Stimme gekennzeichnet ist. Für den lokalen Kandidaten sind persönliche Eigenschaften wie Integrität, Kompetenz und was auch immer eine Valenz aufbaut, vergleichsweise wichtiger als seine oder ihre Parteizugehörigkeit. Wenn sich jemand einer Partei verbunden fühlt, hat er eine starke Motivation, für eben diese Parteiliste zu stimmen, aber nicht in gleichem Maße für den Kandidaten dieser Partei.

Andererseits sollten wir einen Hinweis zur Vorsicht hinzufügen. Wie wir aus den obigen Ausführungen wissen, unterscheiden sich die ideologischen Positionen der Parteien und ihrer Kandidaten nicht sehr stark. Größere Unterschiede gibt es bei der Valenz, die den Kandidaten und Parteien zugeschrieben wird, aber auch hier sind die Unterschiede eher gering. Was wäre, wenn die Wähler die Parteinähe und Parteivalenz auf die lokalen Kandidaten der Parteien übertragen, so dass die Kandidaten eher Klone als Persönlichkeiten sind und die vermeintlichen Wirkungen der Kandidateneigenschaften in Wirklichkeit Auswirkungen der Parteieigenschaften sind? Wir denken, dass dies weniger plausibel ist, wenn wir die geschätzten Effektgrößen berücksichtigen. Wenn die Valenz der Kandidaten ein bescheidener Ersatz für die Parteivalenz wäre, würde man einen größeren Effekt der Partei- als der Kandidatenvalenz beobachten (was nicht der Fall ist). Wir würden auch erwarten, dass der Effekt der Parteiidentifikation praktisch der gleiche auf beiden Ebenen ist (was hier ebenfalls nicht der Fall ist). Ein direkter Test würde eine erneute Schätzung des Modells, nachdem ein Kandidatenmerkmal nach dem anderen durch ein Merkmal der Partei des Kandidaten ersetzt wurde, beinhalten. Wenn die Parteieigenschaften einfach übertragen wurden, würde die Varianz zwischen den Kandidaten- und Parteieigenschaften nur weißes Rauschen bedeuten, und wir würden erwarten, dass das so geschätzte Modell besser zu den Daten passt als das ursprüngliche Modell. Anhang B enthält die Ergebnisse dreier multinomialer Logit-Modellen, in denen wir einen denkbaren Transfer von Parteiwahrnehmungen untersuchen. Die Ergebnisse sind nicht völlig eindeutig. Sie deuten aber darauf hin, dass die Wahl der Kandidaten besser durch die Kandidatenvalenz „erklärt“ wird als durch die Parteivalenz.

6.1 Nicht-modellierte Substitutionsmuster

Als nächstes wenden wir uns den Zufallstermen μ zu, die zur Modellierung von Korrelationen zwischen Wahloptionen verwendet werden, um geeignete oder wahrscheinliche Substitutionsmuster zu entdecken, die nicht mit den Kovariaten erfasst werden. Die Zufallsterme wurden als normalverteilt mit Mittelwert Null angenommen. Zugegebenermaßen können die Varianzschätzungen für jeden einzelnen Cluster nur begrenzt interpretiert werden. Intuitiver ist die Korrelation der Residualnutzen für die Wahloptionen, die sich aus diesen Schätzungen mit Hilfe der Gleichung 2 ergeben.

Abbildung 2: Korrelationen der Residualnutzen der 25 Wahloptionen des gemischten konditionalen Logit-Modells (Matrizen nach der Zweitstimme sortiert)



Anmerkung: Die Felder zeigen die geschätzten Korrelationen der Fehlerkomponente von Gleichung 1 auf der Grundlage der A-posteriori-Mittelwerte der Varianzen σ und $\tilde{\sigma}$ für die Modelle (1) und (2) in Tabelle 1.

Panel (a) von Abbildung 2 zeigt die Korrelationsmatrix der paarweise betrachteten Fehler der 25 Optionen. Die Zeilen und Spalten sind nach der Zweitstimme sortiert, beginnend mit der Option (CDU, CDU), gekennzeichnet mit CC, dann SC, FC, GC und so weiter bis LL für das Paar (Linke, Linke) als 25. Zeile bzw. Spalte. Die Korrelationen in der Hauptdiagonalen sind definitionsgemäß 1, die Korrelationen in den Blockmatrizen außerhalb derer entlang der Hauptdiagonalen sind nur in den jeweiligen Diagonalen empirisch gewonnen, außerhalb aber annahmegemäß 0 (vgl.

Gleichung 2). Letztere haben weder eine Erst- noch eine Zweitstimmewahl gemeinsam. Die empirisch gewonnenen Korrelationen deuten darauf hin, dass die Fehler zwischen den Wahloptionen eher gering korrelieren; die Koeffizienten reichen bis 0,4. Wenn zwei Wahloptionen weder bezüglich der Kandidaten- noch der Parteiwahl übereinstimmen, gehen wir nicht davon aus, dass die eine Alternative die andere ersetzen könnte. Im Gegensatz dazu teilen sich z. B. die Optionen SS und CS die Zweitstimme – die sozialdemokratische Parteiliste –, was es wahrscheinlicher macht, dass ihre Fehler korreliert sind. In dem Maße, in dem wir Stimmen für die SPD-Parteiliste nicht erklären können, leisten wir sowohl bei SS als auch bei CS eine schlechte Arbeit.

Die nach der Zweitstimme sortierten Blockmatrizen entlang der Hauptdiagonalen weisen insgesamt höhere Korrelationen auf, insbesondere für Optionen, die Listenwahlen für die beiden größten Parteien, die Christdemokraten und die Sozialdemokraten, beinhalten. Offensichtlich ist unser Modell einer Zwei-Güter-Wahl am wenigsten aussagekräftig für Wahlmöglichkeiten innerhalb dieser beiden Cluster. Mit anderen Worten, wir tragen vergleichsweise wenig zur Erklärung von Listenwahlen der CDU und SPD bei, was zu großen Fehlervarianzen für diese Wahloptionen führt. Die gute Nachricht hier ist, dass die Korrelationsmuster darauf hindeuten, dass wir die Erststimmen bemerkenswert gut erklären können. Dies ist in der Tat bemerkenswert, da die Kandidatenwahl eine strategische Wahl beinhaltet, die den Wahlmechanismus komplexer macht.

Panel (b) von Abbildung 2 präsentiert die Korrelationen eines erweiterten Modells, das eine mögliche Variation des Effekts einer kongruenten Stimmabgabe berücksichtigt.⁹ Die letzten drei Spalten von Tabelle 1 zeigen die Parameterschätzungen für dieses zweite Modell. Die Ergebnisse sind einfach, aber auch aufschlussreich. Erstens finden wir in Bezug auf die

9 Wir haben auch ein erweitertes Modell betrachtet, das separate Effekte für den kongruenten Wahlreiz $C_{j_1j_2}$ für Personen mit und ohne angegebene Parteiidentifikation schätzt. Da ein stark parteigebundener Wähler der Partei, der er nahesteht, seine beiden Stimmen geben würde, könnte der bedingte Effekt der kongruenten Stimmabgabe für Parteianhänger kleiner sein als für Nicht-Parteianhänger. Die empirischen Ergebnisse sind nicht schlüssig. Wenn wir den Term $\beta_{10}t_{ij_2}C_{j_1j_2}$ hinzufügen (wobei t_{ij_2} gleich 1 ist, wenn i sich mit der Partei j_2 identifiziert, und andernfalls gleich Null), dann ist der Posterior-Wert von β_{10} nur mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa 60 Prozent positiv. Während jedoch die meisten Posterior-Werte in Bezug auf Skala und Streuung robust sind, steigt der Effekt von C , β_9 , auf das 15-fache und der Effekt der Parteivalenz wird negativ.

Determinanten der Erst- und Zweitstimme praktisch die gleichen Effekte wie in Modell 1. Zweitens unterscheidet sich die Bedeutung der kongruenten Stimme tatsächlich zwischen Parteien: Die Ergebnisse zeigen, dass die Abgabe einer kongruenten Stimme besonders wichtig ist, wenn es um die Bewertung der Parteien und Kandidaten von CDU und SPD geht. Dies könnte die Tatsache widerspiegeln, dass der CDU-Kandidat in beiden Bezirken aussichtsreich ist, und während der SPD-Kandidat nur in einem Bezirk aussichtsreich ist, werden einige (langjährige) SPD-Parteimitglieder eine kongruente Abstimmung für ihre Partei als die natürlichste Option ansehen – eine Reminiszenz an das alte Dreiparteiensystem, in dem der SPD-Kandidat immer ein aussichtsreicher Kandidat war. Anders ist dies bei den Liberalen und den Grünen, für die strategisches „split-ticket“-Wählen schon immer eine wichtige Überlegung war. Am interessantesten und möglicherweise überraschend ist, dass wir den größten positiven Effekt für die Die LINKE finden. Dies deutet darauf hin, dass ihre Anhänger am ehesten geneigt sind, eine kongruente Stimme abzugeben, weil eine strategische, getrennte Stimmabgabe nicht attraktiv ist (d. h. die aussichtsreichen Kandidaten sind nicht attraktiv, sodass sie von den Positions- und Valenzmerkmalen, die im Modell enthalten sind, nicht gut erfasst werden), möglicherweise weil linke Parteianhänger stärker ideologisch orientiert sind. Drittens, die Zufallseffekte (σ) sind viel kleiner und gleichmäßiger verteilt, so dass die resultierende Korrelationsmatrix von Panel (b) durchgängig nur sehr geringe Werte aufweist. Insgesamt deutet dies alles darauf hin, dass Modell 2 die Logik der strategischen Stimmabgabe im deutschen Mischwahlssystem sehr gut erfasst.

6.2 Vorhergesagte Stimmabgabe

Tabelle 2 zeigt eine Kreuztabelle der vorhergesagten und der beobachteten Wahlentscheidungen. Insgesamt ist die Anzahl der korrekt vorhergesagten Wahlentscheidungen 767, was 60,5 Prozent entspricht. Nach den Daten verzeichnet das Paar (CDU, CDU) mit 435 Stimmen oder 36,3 Prozent die größte Häufigkeit, gefolgt von den kongruenten Paaren (SPD, SPD) mit 226 Stimmen (18,8 Prozent) und (Grüne, Grüne) mit 165 Stimmen (13,8 Prozent). Alle anderen Optionen erhalten deutlich weniger Stimmen. Unser Modell bildet dieses Gesamtmuster sehr gut ab. Interessanter aber ist, wo wir scheitern. Ein Punkt ist die kongruente Stimmabgabe für die Grünen. Das Modell prognostiziert 290 Stimmen für (GRÜ, GRÜ), was fast das

Doppelte der tatsächlichen Zahl ist. In gewisser Weise ist dies nicht wirklich überraschend angesichts der der grünen Partei und den Kandidaten in beiden Wahlkreisen zugeschriebenen hohen Valenz, und der Tatsache, dass viele Befragte angaben, den Grünen nahe zu stehen (insgesamt 306 im Vergleich zu 323 für die SPD). Dies deutet darauf hin, dass es einen „Fehlanreiz“ für eine kohärente Grünen-Stimme und einen Anreiz für eine getrennte Stimmabgabe für einen grünen Kandidaten oder die grüne Partei gibt, die wir nicht erfassen.

Tabelle 2: Vorhergesagte (Spalten) und beobachtete (Zeilen) Wahlentscheidung auf Basis der A-posteriori-Mittelwerte

	CC	CF	SS	SG	FF	GS	GG	LL	Gesamt
CC	406	4	18	0	1	0	5	1	435
CS	10	0	10	1	0	0	2	0	23
CF	58	6	0	0	0	0	0	0	64
CG	5	0	2	0	0	0	8	0	15
CL	3	0	0	0	0	0	0	3	6
SC	10	0	8	0	0	0	0	0	18
SS	15	0	185	3	0	0	23	0	226
SF	0	1	0	0	0	0	0	0	1
SG	0	0	20	3	0	0	22	0	45
SL	1	0	10	0	0	0	6	6	23
FC	7	0	0	0	0	0	0	0	7
FF	9	1	0	0	1	0	0	0	11
FG	0	0	0	0	0	0	1	0	1
GC	15	0	2	1	0	0	10	1	29
GS	4	0	46	0	0	0	41	1	92
GF	3	4	1	0	0	0	1	0	9
GG	4	0	15	6	0	1	134	5	165
GL	0	0	5	0	0	0	25	10	40
LS	0	0	3	0	0	0	1	0	4
LG	0	0	1	0	0	0	1	2	4
LL	1	0	7	0	0	0	10	32	50
Gesamt	551	16	333	14	2	1	290	61	1268

Diese Interpretation wird durch eine zweite Beobachtung gestützt. Eine beträchtliche Anzahl von Befragten gibt an, dass sie für den grünen Kandidaten, aber die sozialdemokratische Liste ($N = 92$) oder umgekehrt für den SPD-Kandidaten und die grüne Liste ($N = 45$) gestimmt haben. Dies ist jedoch genau das, was wir erwarten sollten, wenn SPD- und Grünen-Parteianhänger auf ihre lokalen Parteigliederungen gehört haben, die öffentlich empfohlen hatten, die aussichtsreichsten linken Kandidaten im

jeweiligen Wahlkreis zu unterstützen. Unser Modell ist gegenüber dieser Art von Wahlverhalten unempfindlich. Unser Modell sieht diese Art von Wahlkoordinierung bei der Erststimme nicht vor, so dass wir beide Optionen unterschätzen. Schließlich unterschätzen wir auch die Wahl CF des CDU-Kandidaten und der FDP-Liste (beobachtet $N = 64$, vorhergesagt $N = 16$). Ein Grund hierfür könnte sein, dass einige konservative Wähler, die sonst die CDU wählen würden, die liberale Liste unterstützten, um sicherzustellen, dass die Partei die Fünf-Prozent-Hürde überschreitet. Da wir die strategische Stimmabgabe im Zusammenhang mit der Fünf-Prozent-Hürde nicht berücksichtigen, haben wir die CF-Option erwartungsgemäß unterschätzt.

7. Schlussfolgerungen

Unser Aufsatz liefert einen Beitrag zur laufenden Diskussion über das Wahlverhalten in gemischten Wahlsystemen. Wenn es eine Kontamination auf der Ebene der Wähler gibt, was genau verbindet dann die zwei Stimmen, die Mehrheitswahl- und die Verhältniswahl-Stimme? Wir argumentieren, dass die Entscheidungssituation tatsächlich eine simultan verbundene Entscheidung zwischen Parteilisten und Kandidaten darstellt. Infolgedessen schlagen wir vor, die Präferenzen der Wähler über die gesamte Menge aller Kombinationen von Parteilisten und Kandidaten zu modellieren, so dass split-ticket-Wählen die Regel und nicht die Ausnahme oder der abweichende Fall ist, der erklärt werden muss.

Obwohl unsere Modellierungsstrategie einfach ist, weicht sie von früheren Annäherungen an Spillover-Effekte in wichtiger und vorteilhafter Weise ab. Erstens unterscheiden wir zwischen der Bewertung von Wahlmöglichkeiten und der tatsächlichen Wahl. Wenn eine Kontamination vorliegt, wird sie sich auf die individuellen Präferenzen gegenüber den Wahlmöglichkeiten auswirken. Wir schlagen daher vor, die Kontamination auf der Ebene der Präferenzen zu betrachten. Verändert die Bewertung von Optionen in der einen Komponente die Bewertung der Optionen in der anderen Komponente? Zweitens ermöglicht uns die Betrachtung der verbundenen Entscheidung als ein Wahlproblem mit zwei Gütern es uns, einen eindeutigen Test auf Kontamination zu entwickeln. Wir argumentieren, dass eine Kontamination dann und nur dann vorliegt, wenn die Präferenzen nicht separabel sind. Für zwei Güter bedeutet Separabilität sowohl notwendig als auch hinreichend, dass die Nutzenfunktion additiv separabel ist. Drittens

erfordert dies auf der empirischen Ebene Informationen darüber, wie Wähler sowohl Kandidaten als auch Parteien bewerten. In der Literatur gibt es zwar zahlreiche Belege für die Kontamination von Erst- und Zweitstimmen, aber die meisten Belege beruhen auf aggregierten Daten, die in den meisten Fällen zwar Informationen über die ideologische Ausrichtung der Parteien liefern, aber nicht die der Kandidaten.

Aus diesem Grund ist auch unsere empirische Strategie anders. Wir führen eine Fallstudie zu zwei Wahlkreisen der Bundestagswahl 2013 durch, so dass die Menge der Befragten, die Auskunft über ihre Bewertungen sowohl der Parteien als auch der Kandidaten geben, groß ist. Wir nutzen diese Informationen, um unser theoretisches Modell der Wahlentscheidung zu kalibrieren und zusätzlich eine Zufallskomponentenspezifikation eines gemischten Logit-Modells einzuführen, die es uns ermöglicht, Interdependenzen oder Substitutionsmuster zwischen Alternativen zu untersuchen.

Die empirische Schätzung führt zu mehreren wichtigen Ergebnissen. Erstens, die politische Distanz der Wähler zu Kandidaten und Parteien hat den erwarteten negativen Effekt, und Valenz und Parteianhängerschaft wirken sich erwartungsgemäß positiv aus. Zweitens, und in Übereinstimmung mit der theoretischen Erwartung, sind Valenz-Eigenschaften für die Bewertung von Kandidaten wichtiger als für die Bewertung von Parteien, während die Parteianhängerschaft für die Verhältniswahl wichtiger ist als für die Mehrheitswahl. Drittens gibt es deutliche Hinweise darauf, dass Individuen strategisch wählen in Bezug auf die Kandidatenwahl. Viertens gibt es eine offensichtliche Tendenz der Individuen ihre zwei Stimmen kongruent abzugeben, während andere sinnvolle Substitutionsmuster von geringerer Bedeutung sind.

Diese Ergebnisse unterstreichen unser anfängliches Argument, dass die Konzentration auf Spillover-Effekte von institutionellen Regeln wahrscheinlich zu einschränkend ist, wenn man Nicht-Unabhängigkeit oder Kontamination im Wahlverhalten in gemischten Wahlsystemen betrachtet. Unser Argument über den Anreiz zur kongruenten Stimmabgabe hängt nicht mit den spezifischen institutionellen Regeln zusammen, die in der einen oder der anderen Komponente gelten. Die Ergebnisse deuten auf einen psychologischen Mechanismus der Dissonanzvermeidung hin, wenn Kandidaten-Parteilisten-Paare der gleichen Partei mehr präferiert werden als es die individuellen Eigenschaften der Kandidaten und Parteien vermuten lassen. Bemerkenswert ist, dass es sich dabei nicht um eine einfache Folge der Parteianhängerschaft (die sich direkt auf die Präferenzen von Kandidaten und Parteilisten auswirkt) handelt.

Referenzen

- Alvarez, R. M., und J. Nagler (2004). Party system compactness: Measurement and consequences. *Political Analysis* 12(1), 46–62.
- Ansolabehere, S., und J. M. Snyder (2000). Valence politics and equilibrium in spatial election models. *Public Choice* 103(3/4), 327–336.
- Bawn, K. (1993). The logic of institutional preferences: German electoral law as a social choice outcome. *American Journal of Political Science* 37(4), 965–989.
- Bawn, K., und Z. Somer-Topcu (2012). Government versus opposition at the polls: how governing status affects the impact of policy positions. *American Journal of Political Science* 56(2), 433–446.
- Brady, H. E. (1990). Traits versus issues: Factor versus ideal-point analysis of candidate thermometer ratings. *Political Analysis* 2(1), 97–129.
- Brennan, G., und L. E. Lomasky (2008). *Democracy and decision: the pure theory of electoral preference*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Brennan, G. H., und A. P. Hamlin (1998). Expressive voting and electoral equilibrium. *Public Choice* 95(1), 149–175.
- Campbell, A., P. E. Converse, W. E. Miller und D. E. Stokes (1960). *The American voter*. New York: Wiley.
- Campbell, A., G. Gurin und W. E. Miller (1954). *The voter decides*. Evanston, Ill.: Row, Peterson.
- Coombs, C. H. (1964). *A theory of data*. New York: Wiley.
- Cox, G. W. (1997). Making votes count: strategic coordination in the world's electoral systems. Cambridge: Cambridge University Press.
- Cox, K. E., und L. J. Schoppa (2002). Interaction effects in mixed-member electoral systems: theory and evidence from Germany, Japan, and Italy. *Comparative Political Studies* 35(9): 1027-1053.
- Debreu, G. (1959). Theory of value: An axiomatic analysis of economic equilibrium. New York: Wiley.
- Duch, R. M., J. May und D. Armstrong (2010). Coalition-directed voting in multi-party democracies. *American Political Science Review* 104(4), 698–719.
- Duverger, M. (1954). *Political parties: their organization and activity in the modern state*. London: Methuen.
- Enelow, J. M., und M. J. Hinich (1984). *The spatial theory of voting: An introduction*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Ferrara, F., und E. S. Herron (2005). Going it alone? Strategic entry under mixed electoral rules. *American Journal of Political Science* 49(1), 16–31.
- Ferrara, F., E. S. Herron und M. Nishikawa (2005). *Mixed electoral systems: Contamination and its consequences*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Gelman, A., und D. B. Rubin (1992). Inference from iterative simulation using multiple sequences. *Statistical Sciences* 7, 457–511.
- Groseclose, T. (2001). A model of candidate location when one candidate has a valence advantage. *American Journal of Political Science* 45(4), 862–886.

- Gschwend, T. (2007). Ticket-splitting and strategic voting under mixed electoral rules: Evidence from Germany. *European Journal of Political Research* 46(1), 1–23.
- Gschwend, T., und T. Zittel (2012). Machen Wahlkreiskandidaten einen Unterschied? Die Persönlichkeitswahl als interaktiver Prozess. In R. Schmitt-Beck (Hrsg.), *Wählen in Deutschland*, S. 371–392. Baden-Baden: Nomos.
- Hainmueller, J., H. Kern und M. Bechtel (2006). Wahlkreisarbeit zahlt sich doppelt aus. Zur Wirkung des Amtsinhaberstatus einer Partei auf ihren Zweitstimmenanteil bei den Bundestagswahlen 1949 bis 1998. In T. Bräuninger und J. Behnke (Hrsg.), *Jahrbuch für Handlungs- und Entscheidungstheorie*, S. 11–45. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hamlin, A., und C. Jennings (2011). Expressive political behaviour: Foundations, scope and implications. *British Journal of Political Science* 41, 645–670.
- Herrmann, M. (2012). Voter uncertainty and failure of Duverger’s law: An empirical analysis. *Public Choice* 151(1), 63–90.
- Herrmann, M., und F. U. Pappi (2008). Strategic voting in German constituencies. *Electoral Studies* 27(2), 228–244.
- Herron, E. S., und M. Nishikawa (2001). Contamination effects and the number of parties in mixed superposition electoral systems. *Electoral Studies* 20(1), 63–86.
- Huber, Sascha (2012). Strukturen des politischen Kontexts und die demokratische Kompetenz der Wähler. Baden-Baden: Nomos.
- King, G. (1990). Electoral responsiveness and partisan bias in multiparty democracies. *Legislative Studies Quarterly* 15(2), 159–181.
- Kreps, D. M. (2013). *Microeconomic foundations. 1. Choice and competitive markets*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Kurella, A.-S. (2016). Hätten Direktkandidaten der AfD über die 5%-Hürde verholten? Eine Untersuchung des Kontaminationseffekts im Mischwahlsystem. In H. Schoen und B. Weißels (Hrsg.), *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2013*, S. 202–222. Wiesbaden: Springer VS.
- Käppner, K., und S. Shikano (2015). A polytomous IRT unfolding model for the extraction of ideological space and valence factors from feeling thermometer ratings. Paper prepared for the MPSA conference, Chicago 2015.
- Luce, R. D., und J. W. Tuckey (1964). Simultaneous conjoint measurement: A new type of fundamental measurement. *Journal of Mathematical Psychology* 1(1), 1–27.
- Manow, P. (2010). Dimensionen der Disproportionalität – Erststimmen und Direktmandate in den Bundestagswahlen von 1953 bis 2009. *Politische Vierteljahresschrift* 51(3), 433–455.
- Markus, G. B., und P. E. Converse (1979). A dynamic simultaneous equation model of electoral choice. *The American Political Science Review* 73(4), 1055–1070.
- Moser, R. G., und E. Scheiner (2004). Mixed electoral systems and electoral system effects: controlled comparison and cross-national analysis. *Electoral Studies* 23(4), 575–599.
- Pappi, F. U. (2011). Party identification. In B. Badie, D. Berg-Schlosser und L. Morlino (Hrsg.), *International encyclopedia of political science*, Bd. 6, S. 1806–1811. Los Angeles: Sage.

- Pappi, F. U., und P. W. Thurner (2002). Electoral behaviour in a two-vote system: Incentives for ticket splitting in German Bundestag elections. *European Journal of Political Research* 41(2), 207–232.
- Plummer, M. (2003). Jags: A program for analysis of Bayesian graphical models using Gibbs sampling. <http://mcmc-jags.sourceforge.net/>.
- Rheault, L, A. Blais, J. Aldrich und T. Gschwend (2020). Understanding people's choice when they have two votes. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties* 30(4), 466–483.
- Riker, W. H., und P. C. Ordeshook (1968). A theory of the calculus of voting. *The American Political Science Review* 62(1), 25–42.
- Schoen, H. (1999). Split-ticket voting in German federal elections, 1953-90: An example of sophisticated balloting? *Electoral Studies* 18(4), 473–496.
- Schofield, N., und I. Sened (2006). *Multiparty democracy: Elections and legislative politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Schuessler, A. A. (2000). *A logic of expressive choice*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Schüttemeyer, S. S., und R. Sturm (2005). Der Kandidat – das (fast) unbekannte Wesen: Befunde und Überlegungen zur Aufstellung der Bewerber zum Deutschen Bundestag. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 36(3), 539–553.
- Shikano, S. (2009). Simulating party competition and vote decision under mixed member electoral systems. *Czech Economic Review* 3(3), 270–291.
- Stokes, D. E. (1992). Valence politics. In D. Kavanagh (Hrsg.), *Electoral Politics*, S. 161–164. Oxford: Clarendon Press.
- Stratmann, T., und M. Baur (2002). Plurality rule, proportional representation, and the German Bundestag: How incentives to pork-barrel differ across electoral systems. *American Journal of Political Science* 46(3), 506–514.
- Theil, H. (1969). The desired political entropy. *American Political Science Review* 63(2), 521–525.

Anhang

A Amtliche Ergebnisse und Nachwahlbefragung

Tabelle 3: Erst- und Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2013 in den Wahlkreisen Stuttgart I und II (in Prozent)

Kandidat	Erststimmen			Partei	Zweitstimmen		
	Gesamt ^a	Wahllokal-Wähler ^b	Nachwahl-Befragung ^c		Gesamt ^a	Wahllokal-Wähler ^b	Nachwahl-Befragung ^c
Wahlkreis Stuttgart I							
Kaufmann	42,0	44,4	43,5	CDU	37,5	40,8	39,9
Vogt	16,6	18,7	21,0	SPD	21,0	24,7	26,0
Skudelný	2,6	2,3	1,3	FDP	8,3	8,2	7,3
Özdemir	27,5	29,9	30,0	Grüne	17,5	18,6	18,0
Frank	3,9	4,7	4,2	Linke	6,2	7,8	8,8
Sonstige	7,6			Sonstige	9,5		
N	151.248	93.076	1.130	N	151.500	90.932	1.083
Wahlkreis Stuttgart II							
Maag	43,8	47,4	46,8	CDU	39,3	43,6	43,2
Schäfstoß	26,1	30,4	33,0	SPD	22,9	27,0	28,1
Werwigk	2,7	2,4	1,2	FDP	6,7	6,8	5,3
Bender	13,9	13,8	14,1	Grüne	13,8	14,4	14,7
Aparicio	5,0	6,0	5,0	Linke	6,7	8,2	8,8
Sonstige	8,4			Sonstige	10,6		
N	132.835	87.872	740	N	133.041	85.593	702

Anmerkungen: a) Gültige Stimmen im Wahlkreis, b) Gültige Stimmen abzgl. Briefwahlstimmen, Prozentuierung nach Gesamtzahl der Stimmen für die fünf Kandidaten bzw. Listen, c) Befragte mit vollständigen Angaben (aus 1252 bzw. 839 Befragten).

Quelle: Landeshauptstadt Stuttgart 2013, S. 62-67 (Gesamt/Wahllokalwähler), eigene Berechnung (Nachwahlbefragung).

B Verwendung von Parteieigenschaften als Stellvertreter für Kandidateneigenschaften

Um zu testen, ob die Wähler Parteidistanzen und Parteivalenzen auf die lokalen Kandidaten der Parteien übertragen, so dass die vermuteten Effekte der Kandidateneigenschaften tatsächlich Effekte der Parteieigenschaften sind, schätzen wir Modell 1 erneut, mit Parteidistanz (Modell 2) und Parteivalenz (Modell 3) als Proxies für Kandidatendistanz bzw. -valenz. Die nachstehende Tabelle zeigt die Ergebnisse von multinomialen Logit-Modellen (d. h. Modelle, die Substitutionsmuster außer Acht lassen), angepasst an

die Daten von N = 1268 Befragten. Die Ergebnisse sind nicht schlüssig. Das Basismodell in der ersten Spalte (bei dem wir sowohl kandidaten- als auch parteispezifische Informationen verwenden, wie aus der Entfaltung der Bewertungsskalen gegeben) liefert Schätzungen für die β -Koeffizienten, die in Bezug auf Größe und Richtung denjenigen des bayesianischen gemischten Logit-Modells im Haupttext ziemlich ähnlich sind. Ein wesentlicher Unterschied zwischen den Modellen besteht in der Wirkung der Interaktion von Kandidatendistanz und aussichtsreicher Kandidatur, die im bayesianischen Modell höchstwahrscheinlich negativ ist, sich aber im hier dargestellten Basismodell nicht signifikant von Null unterscheidet.

Tabelle 4: *Multinomiale Logit-Modelle der Wahlentscheidung bei Ersetzung der Kandidaten durch Parteieigenschaften*

	(1)		(2)		(3)	
	Basismodell		Partei- statt Kandidatendistanz		Partei- statt Kandidatenvalenz	
	β	SE	β	SE	β	SE
Räumliche Distanz: Kandidat	-0,966	0,087	-0,951	0,086	-0,999	0,088
Valenz: Kandidat	2,191	0,166	2,254	0,167	1,884	0,150
Räumliche Distanz: Partei	-0,695	0,064	-0,693	0,065	-0,694	0,064
Valenz: Partei	0,161	0,136	0,155	0,135	0,130	0,136
Parteiidentifikation: Kandidat	1,155	0,091	1,158	0,091	1,109	0,090
Parteiidentifikation: Partei	1,557	0,083	1,558	0,083	1,556	0,083
Distanz: Kandidat \times aussichtsreich	0,056	0,195	0,093	0,194	0,071	0,196
Valenz: Kandidat \times aussichtsreich	0,352	0,278	0,341	0,277	0,369	0,238
Kongruente Wahl	0,878	0,093	0,878	0,093	0,879	0,092
Log-likelihood	-1809,228		-1807,589		-1819,194	
N	1.268		1.268		1.268	

Wenn wir die Kandidatendistanz durch die Parteiendistanz ersetzen (Modell 2), ändern sich die Ergebnisse wenig. Das Gleiche gilt für Modell 3, bei dem die Kandidaten- durch die Parteivalenz ersetzt wurde, wenngleich die Effektgröße der nun „falsch“ gemessenen Valenz geringer ist. Weiterhin kann man feststellen, dass die Log-likelihood der Modelle 1 und 2 kleiner ist als die von Modell 3. Insgesamt deutet dies darauf hin, dass die Parteivalenz ein suboptimaler Ersatz für die Kandidatenvalenz ist.

Liberalisierungspolitik in wirtschaftlich hochentwickelten Demokratien: Die Salienz eines politischen Themas als Reformbremse

Klaus Armingeon

1. Vorbemerkung, Frage und ein kurzes Argument¹

Rüdiger – aka „Roger“ – Schmitt traf ich erstmals vor 40 Jahren im vierten Stock des Seminargebäudes A5 in Mannheim. Nachdem er 1981 an der Universität Mannheim sein Diplom in Sozialwissenschaften erworben hatte, absolvierte er seinen Zivildienst und kehrte dann als wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Lehrstuhl von Rudolf Wildenmann zurück. Aus der Pfalz kommend war er Mannheimer geworden und die Bindung an diese Universität und Stadt hat sich seither nicht gelöst. Mannheim wurde für den Menschen und den Wissenschaftler zur Heimat, von der er sich nie lossagte. Im Januar 1983 trat ich meine Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter an einem soziologischen Lehrstuhl in Mannheim an. Wie Roger hatte ich Zivildienst geleistet und dann in Tübingen und Konstanz studiert; in Konstanz wurde ich von Gerhard Lehmbuch promoviert. Ganz im Gegensatz zu Roger wurde ich nicht mit Mannheim und der dortigen Universität warm. Schon wenige Monate nach meiner Ankunft in Mannheim war mein Hauptziel, wieder von dort wegzukommen. Die Flucht nach Heidelberg gelang wohnungsmäßig rasch und beruflich wenige Jahre später. Zu den positiven Dingen in Mannheim gehörte für mich die freundliche menschliche und wissenschaftliche Unterstützung von Wilden-

1 Dieser Beitrag basiert auf einem neuen Datensatz über Liberalisierung (www.liberalization.org). Mein Dank geht zunächst an die Projektmitglieder und an den Schweizerischen Nationalfonds, der dieses Projekt grosszügig unterstützte (Projekte (100017_143504; 100017_143504). Bei der Analyse konnte ich mich auf Codes stützen, die David Weisstanner im Rahmen gemeinsamer Arbeiten erstellt hat. Anna Fill und Kai Guthmann haben in einer frühen Projektphase die Vorarbeiten für die Verbindung der Manifesto-Daten mit den Daten des Comparative Political Dataset (www.cpd-d-ata.org/) geleistet. Angela Odermatt hat schliesslich mit Unterstützung von Lucas Lee-mann den R-Code geschrieben, mit der beide Datensätze verknüpft werden können, ohne dass – wie in der ersten Phase – handcodiert werden musste.

mann und die Freundschaft mit Roger². Sie zeigte sich auch darin, dass wir gegenseitig Trauzeugen bei unseren Hochzeiten wurden. Zuvor führte sie zu unserer einzigen gemeinsamen Publikation (Schmitt/Armingeon, 1986), die die Beziehungen zwischen Gewerkschaftsmitglieder und Friedensbewegung analysierte. Der Artikel erzeugte kaum einen Widerhall in der wissenschaftlichen Gemeinschaft – wie Roger viele Jahre später süffisant notierte – aber der Aufsatz reflektiert sowohl unsere politischen Interessen als auch unseren Konsens über die Aufgabenbeschreibung der Sozialwissenschaften als theoriegeleitete empirische Wissenschaft.

Ein Thema, an dem wir beide interessiert sind, ist die Responsivität von Regierungen und Parlamenten. Wie entwickeln und zeigen Bürgerinnen und Bürger politische Präferenzen – ein Hauptarbeitsgebiet von Roger – und wie stark spiegeln sich dann diese Präferenzen im tatsächlichen Regierungshandeln wider? Von dieser allgemeinen Frage möchte ich in diesem Beitrag ausgehen. Mein Gegenstand ist die Welle von Liberalisierungsreformen, die seit den frühen 1980er Jahre über die demokratischen Länder mit Marktwirtschaften hinwegging und die seit ca. 15 Jahren zu verebben scheint. Unter Liberalisierung verstehe ich dabei den Abbau von marktfeindlichen Regeln und Strukturen in vielen Politikbereichen. Sie können individuelle Freiheitsspielräume erweitern, während sie andererseits das Potenzial haben, soziale Sicherheitssysteme im weitesten Sinne zur erodieren. Unter dieser Erosion leiden besonders jene Bevölkerungsgruppen, deren Interessenvertretung linke – mehrheitlich sozialdemokratische – Parteien für sich reklamieren. Parteien, die den linken Parteienfamilien angehören, sollten also insgesamt weniger stark die Liberalisierung betreiben haben – so lässt sich das beispielsweise aus der Theorie zur Parteidifferenz ableiten (siehe hierzu Roger Schmitt-Becks Chef in Heidelberg: Schmidt 2021). Freilich haben diese Parteien jedoch auch zeitweilig die Liberalisierung befürwortet, weil sie zusätzlich zu den erweiterten Handlungsoptionen der Menschen auch versprochen, die Effizienz von Märkten zu steigern und so Einkommen und Arbeitsplätze zu mehren. Eine einlaufende Flut hebt alle Boote, auch jene der mittleren und unteren sozialen Schichten – so die sozialdemokratischen Hoffnungen um die Jahrtausend-

2 Und dazu kam noch ein freundschaftlich-kollegiales Netzwerk mit vielen Mannheimer Kolleginnen und Kollegen, das in diesen Jahren geknüpft wurde und sich in den Folgejahren als erstaunlich stabil herausstellte. Auch das führte dazu, dass mir Mannheim immer mehr gefiel, je länger ich von dort weg war.

wende in Deutschland und Großbritannien und in einigen anderen Ländern.

Der Nachdruck, mit dem Tony Blair und Gerhard Schröder ihr Liberalisierungsprogramm umsetzten, lässt vermuten, weniger die Parteifamilie sei ausschlaggebend für den Willen zur liberalisierenden Reform, sondern vielmehr die programmatische Präferenz der Regierungsparteien. Wenn sie die Liberalisierung präferieren – seien sie Sozialdemokraten, Christdemokraten oder Liberale –, werden sie solche Reformen auf den Weg bringen; wenn sie dieses Programm nicht teilen, werden sie sich gegen die Liberalisierungswelle stemmen.

Aber nicht nur die Positionen der Akteure, sondern auch die Salienz eines Themas sind entscheidend für den politischen Prozess – worauf Roger Schmitt-Beck im Anschluss an Hans-Dieter Klingemann in seinen Arbeiten hingewiesen hat (siehe z.B. Schmitt-Beck 2014: 96). Nur wenn das Thema salient und damit auch politisch umstritten ist, könnte der Parteienwettbewerb verhindern, dass sich ubiquitäre Politikentwicklungen – hinter denen Märkte, internationale Organisationen oder andere Regierungen stehen – in einem nationalen Rahmen umsetzen.

Das Argument, linke oder liberalisierungsaverse Regierungen scheuten Liberalisierung, wird nicht von Autorinnen und Autoren geteilt, die von funktionalen Notwendigkeiten kapitalistischer Ökonomien ausgehen. In einer wirtschaftlich eng vernetzten Welt haben nationale Regierungen wenig (sozial-)politischen Handlungsspielraum. Wird in einem Land liberalisiert, so setzt dies andere Ökonomien unter Zugzwang. Wenn sie nicht internationale Wettbewerbsnachteile riskieren wollen, müssen sie ihre nationalen Märkte ähnlich stark befreien, wie das die anderen Länder auch getan haben. So haben beispielsweise Baccaro und Howell gezeigt, dass es trotz nationaler Unterschiede in der Form einen gemeinsamen Verlauf der Liberalisierung gibt – völlig unabhängig von der parteipolitischen Zusammensetzung oder den programmatischen Orientierungen von Regierungen (Baccaro/Howell 2017).

Dies führt zu vier Hypothesen:

H1: Je stärker linke Parteien in der Regierung vertreten sind, desto weniger werden Liberalisierungsreformen verwirklicht („Sozialdemokratie-Hypothese“).

- H2: Je schwächer die programmatischen Liberalisierungs-Präferenzen der Regierungsparteien sind, desto weniger werden Liberalisierungsreformen verwirklicht („Präferenz-Hypothese“).
- H3: Wenn die Liberalisierungspräferenzen von Regierungsparteien und der Gesamtheit der Legislative stark voneinander abweichen, werden im Untersuchungszeitraum im nationalen Rahmen weniger Liberalisierungsreformen verwirklicht („Salienz-Hypothese“).
- H4: Weder die parteipolitische Zusammensetzung der Regierung noch deren Liberalisierungspräferenzen, sondern der sozio-ökonomische und internationale Problemdruck erklären das Ausmaß von Liberalisierungsreformen. („Funktionalismus-Hypothese“).

Diese vier Hypothesen werde ich anhand eines großen Datensatzes zur Liberalisierung in mehr als 30 Ländern zwischen 1973 und 2013 testen. Ich werde zeigen, dass die Funktionalismus-Hypothese zurückgewiesen werden muss, während sich die Sozialdemokratie- und Salienz-Hypothese bewähren. Die Befunde für die Präferenz-Hypothese sind nicht eindeutig. Während programmatische Aussagen zur Liberalisierung und Wirtschaftspolitik keine signifikanten Effekte haben, sind generelle Einordnungen in der links/marktkritischen vs. rechts/marktfreundlichen Dimension signifikant.

In den nächsten Abschnitten werde ich den Datensatz und die Forschungsanlage kurz beschreiben und dann das zentrale Ergebnis präsentieren.

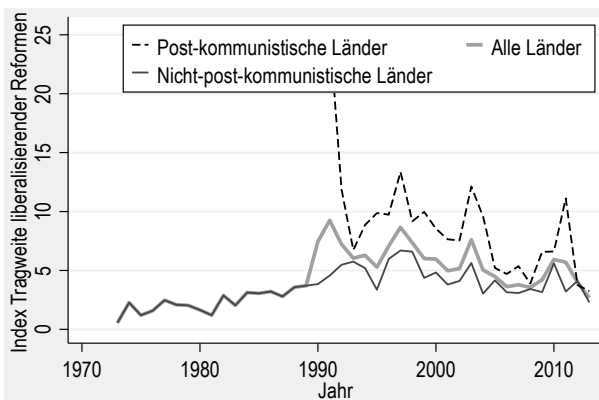
2. Daten

Die Analyse beruht auf einem Datensatz über liberalisierende und de-liberalisierende Reformen in 36 Ländern im Zeitraum zwischen 1973 und 2013. Er wurde von Anna Fill, Jorge Galindo, Stefan Heeb und Rafael Labanino in einem Projekt erstellt, das von Lucio Baccaro und mir geleitet wurde und das vom Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung finanziert wurde. Zwei Überlegungen waren für unsere Arbeit zentral: (1) Liberalisierung erfolgt in verschiedenen Politikfeldern und der Fokus auf wenige ausgewählte Politikfelder (z.B. Arbeitsmarktpolitik) würde riskieren, substitutive, komplementäre, verstärkende oder abschwächende Reformen in anderen Feldern (z.B. Steuerpolitik) auszublenden. (2) Neben liberalisierenden Reformen gibt es häufig auch de-liberalisierende

Reformen und diese müssen auch berücksichtigt werden. Wir haben deshalb über zahlreiche Politikfelder hinweg in jedem Land liberalisierende und de-liberalisierende Reformen erhoben. Um diese Reformen vergleichbar zu machen, haben wir sie in Bezug auf ihre Tragweite kodiert und für jedes Land einen summarischen Reformindex für liberalisierende und de-liberalisierende Reformen berechnet. Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass die Datenerhebung auf Reformen zielt und nicht auf die kurz- oder langfristigen Folgen dieser Reformen wie beispielsweise sinkende Staatsausgaben oder steigende Einkommensungleichheit. Vielmehr richtet sich der Fokus auf die Reformaktivitäten selbst.

Abbildung 1 zeigt den Verlauf der Liberalisierung für 36 Ländern, für die der Datensatz Informationen enthält. In Bezug auf die Einführung eines möglichst freien Marktes unterscheiden sich sicherlich aus historischen Gründen der Parteienwettbewerb in post-kommunistischen Ländern von jenem in etablierten kapitalistischen Demokratien. Deshalb werden die zwei Ländergruppen auch in der Abbildung 1 getrennt ausgewiesen. Dargestellt wird der Durchschnittswert des jährlichen Tragweite-Indexes aller Länder der jeweiligen Ländergruppe. Dieser bezieht sich – aus Platzgründen – nur auf liberalisierende Reformen.

Abbildung 1: Liberalisierende Reformen in 36 Ländern



Das Schaubild zeigt die Wellenform der Liberalisierung: Sie steigt bis in die 1990er Jahre und die Jahrtausendwende an und sinkt dann wieder etwas ab. Ferner unterscheidet sich das Liberalisierungsprofil der post-kommunistischen Länder von jenem der anderen Nationen sehr deutlich. Wie zu

erwarten, ist der Systemwechsel zu Anfang der 1990er Jahre mit einem Spitzenwert der Liberalisierungsreformen in den mittel-osteuropäischen Ländern verbunden und sinkt dann in den Folgejahren ab. Vieles spricht dafür, dass das Regierungshandeln in den post-kommunistischen Ländern weit weniger vom Parteienwettbewerb als von den Notwendigkeiten des Umbaus der Planwirtschaft in eine kapitalistische Ökonomie geprägt war geben (Merkel et al. 2019). Deshalb macht es wenig Sinn, für diese Länder zu fragen, ob die parteipolitische Zusammensetzung oder programmatische Orientierung der Regierung die Liberalisierungspolitik bestimmten. Der Test der vier Hypothesen sollte sich auf jene Fälle konzentrieren, bei denen die Voraussetzung für weitgehend selbstbestimmtes Regierungshandeln gegeben sind (Schmidt 1996, 2021). Deshalb werden im Folgenden nur die etablierten Demokratien der OECD-Welt vergleichend untersucht.

Die Daten zur Zusammensetzung der Regierung stammen aus dem Comparative Political Data Set, Version 2022. Sie stellen die prozentualen Kabinettsanteile der linken, zentristischen (d.h. mehrheitlich christdemokratischen) und rechten (d.h. mehrheitlich konservativen und liberalen) Parteien auf Jahresbasis dar. Theoretisch interessant sind nur die Effekte von linken vs. zentristischen und rechten bzw. von rechten vs. linken und zentristischen Parteien interessant, da christdemokratische und ähnliche Parteien üblicherweise Liberalisierung weder dezidiert befürworten noch bekämpfen. In dieser Frage mögen sie zuweilen mehr „links“ und zuweilen mehr „rechts“ sein.

Daten zur Liberalisierungspräferenz stammen aus dem Manifesto-Datensatz (<https://manifesto-project.wzb.eu/>). Ich nutze drei Messungen der Liberalisierungspräferenz. Die engste Form der Operationalisierung stützt sich auf den parteispezifischen Wert des Items „Freie Marktwirtschaft“ (per401)³. Die weiteste ist eine Rechts-Links-Variable („rile“), die generelle Positionen in der Dimension konservativ/marktfreundlich vs. progressiv/marktkritisch misst. Die Variable „markeco“ ist weiter als jene des Items „Freie Marktwirtschaft“ (per401); sie enthält auch das Item „Öko-

3 Befürwortende Erwähnung des freien Marktes und des freien Marktkapitalismus als Wirtschaftsmodell. Kann positive Verweise enthalten auf:

- Laissez-faire-Wirtschaft
- Überlegenheit des individuellen Unternehmertums über staatliche Kontrollsysteme;
- Private Eigentumsrechte
- Persönliches Unternehmertum und Initiative
- Notwendigkeit von Einzelunternehmen, die nicht durch staatliche Regeln eingeschränkt werden.

nomische Orthodoxie“ (per414)⁴. Der Vorteil der „engen“ Messung der Liberalisierungspräferenz besteht in der großen Nähe zur Liberalisierung als wirtschaftspolitische Strategie; die Stärke der anderen Messung besteht darin, dass Parteien ein wirtschaftsliberales Profil haben können, ohne dass sie besonders häufig die dem Item „Freie Marktwirtschaft“ unterliegenden Formulierungen in ihren Wahlprogrammen wählen.

Für diese drei Indikatoren werden die jeweiligen Werte der Regierungsparteien sowie aller Parteien im Parlament berechnet. Dabei werden die Werte der einzelnen Parteien mit deren Sitzanteile gewichtet.

3. Forschungsdesign

Die abhängigen Variablen der Analyse bilden die Werte des Tragweite-Index der Reformen. Dabei werden drei Varianten untersucht: Der Wert des reinen Liberalisierungsindex, der Wert des reinen De-Liberalisierungsindex und schließlich als aussagereichste Variable der Wert der Netto-Liberalisierung, d.h. der Wert des Liberalisierungsindex abzüglich jenes des De-Liberalisierungsindex. Wie schon ein anderer Pfälzer sehr pragmatisch argumentiert hatte, entscheidend ist das, „was hinten herauskommt“ (Helmut Kohl in einer Pressekonferenz am 31. August 1984); also das Ausmaß an Liberalisierung, nachdem man alle de-liberalisierenden Kompensationen und Korrekturen herausgerechnet hat. Meiner Untersuchung liegt ein Fehler-Korrektur-Modell (für Land-Jahr-Werte) mit fixen Effekten für Land und Jahr zugrunde. Solche Fehler-Korrektur-Modelle können zwischen kurz- und langfristigen Effekten der unabhängigen Variablen unterscheiden (siehe hierzu De Boef/Keele 2008). Die kurzfristigen Effekte sind wenig interessant, weil nicht zu erwarten ist, dass sich unmittelbar nach einem Regierungswechsel die Politik ändert. Es dauert einige Zeit, bis Programme in Gesetze umgesetzt und im Parlament verabschiedet sind. Aussagekräftiger sind die langfristigen Effekte. Bei der Schätzung des Stan-

4 Wirtschaftliche Orthodoxie

Notwendigkeit einer wirtschaftlich gesunden staatlichen Politikgestaltung. Kann Forderungen beinhalten nach:

- Verringerung der Haushaltsdefizite
- Sparsamkeit in der Krise
- Sparsamkeit und Sparen angesichts wirtschaftlicher Notlagen
- Unterstützung für traditionelle Wirtschaftsinstitutionen wie Börse und Bankensystem
- Unterstützung für eine starke Währung.

dardfehlers des Langfrist-Koeffizienten wird die Bewley-Transformation angewandt (De Boef/Keele 2008: 192).

Da die Indexwerte rechtsschief verteilt sind, werden für die folgenden Auswertungen die logarithmierten Werte des Liberalisierungs- und De-Liberalisierungs-Indexes genutzt. Der Netto-Liberalisierungsindex ist die Differenz zwischen den logarithmierten Werten von Liberalisierungs- und De-Liberalisierungsindex.

Die unabhängigen Variablen sind die parteipolitische Zusammensetzung und die drei Varianten der Liberalisierungspräferenzen der Regierung (Quellen und Operationalisierung siehe oben) sowie die jeweiligen Präferenzdifferenzen zwischen Regierungsparteien und der gesamten Legislativen. Sind diese positiv, so bevorzugen die Regierungen Liberalisierung mehr als alle Parteien des Parlaments. Dabei wird allerdings nicht Salienz oder Umstrittenheit gemessen; diese wird durch die absolute Differenz zwischen den jeweiligen Präferenzwerten von Gesamtparlament und Regierungsparteien angezeigt. Deshalb werden die zunächst berechneten Differenzen quadriert, was zudem den Vorteil hat, dass besonders große Differenzen stärker gewichtet werden.

Als Kontrollvariablen der Modelle dienen: Leistungsbilanz, Importe und Exporte in Prozent des Bruttoinlandsproduktes, Arbeitslosenrate und reales Wirtschaftswachstum. Diese Daten stammen aus der Version 2022 des Comparative Political Data Sets.

Die Qualität des Liberalisierungsdatensatzes variiert zwischen den Ländern (siehe Codebuch). Deshalb erstellte das Projektteam auch einen Datensatz für 14 Länder (zwölf etablierte Demokratien, zwei post-kommunistische Demokratien), für den sämtliche Kodierungen nochmals durchgegangen wurden und der die beste Qualität aufweist. Alle Berechnungen wurden auch mit diesem kleinen Datensatz repliziert, wobei sich keine substantiell widersprüchlichen Befunde zu den unten berichteten Resultaten ergaben. Freilich erreichen viele Koeffizienten, die auf der Basis des großen Datensatzes signifikant waren, nicht das übliche Signifikanzniveau von fünf Prozent. Dies dürfte vor allem auf die niedrigere Fallzahl zurückgehen.

4. Ergebnisse

Ich berichte im Folgenden weder die Koeffizienten der Kontrollvariablen noch die Kurzfristeffekte und konzentriere mich nur auf die graphische

Darstellung der Langfristeffekte. Die volle Dokumentation der Modelle kann von mir angefordert werden.

Abbildungen 2 und 3 zeigen die Langfristeffekte der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung auf die Liberalisierungspolitik an. Die Balken stellen jeweils das 90%- bzw. 95%-Konfidenzintervall dar.

Abbildung 2: Langfristeffekte der Regierungsbeteiligung linker Parteien

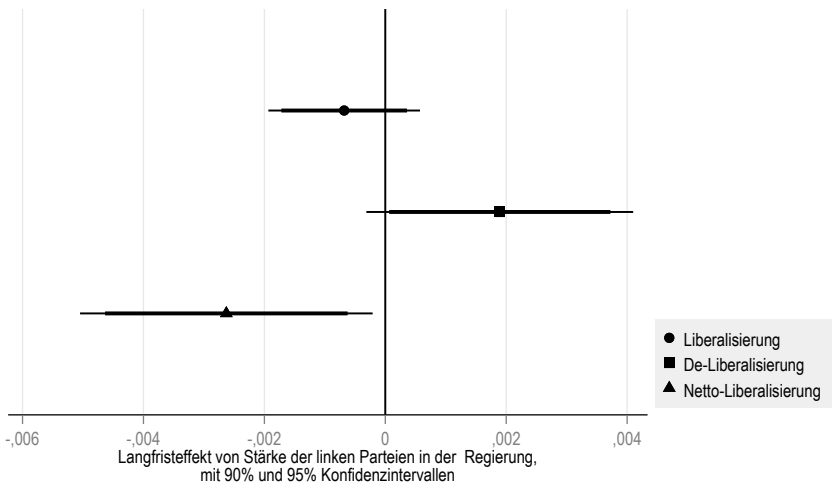
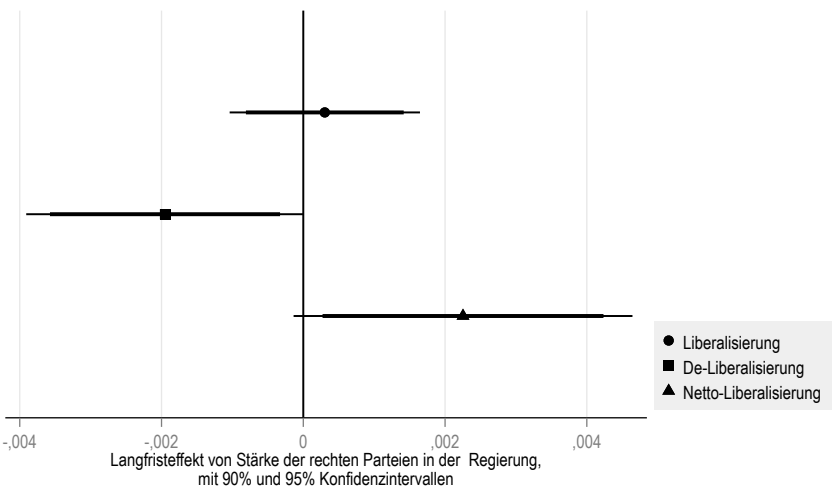


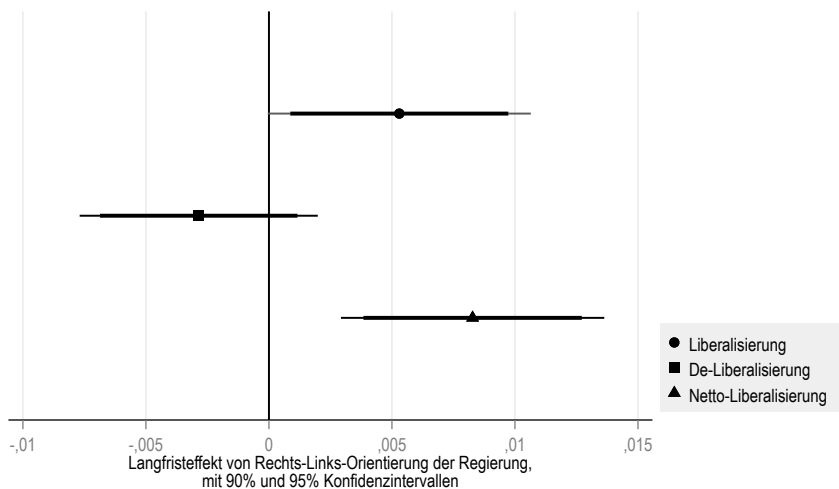
Abbildung 3: Langfristeffekte der Regierungsbeteiligung rechter Parteien



Linke (im Wesentlichen sozialdemokratische und grüne) Parteien unterscheiden sich nicht signifikant von anderen Parteien, wenn es darum geht zu liberalisieren. Aber sie kompensieren diese Liberalisierung (signifikant auf dem 10%-Niveau) mit zeitgleichen De-Liberalisierungen in anderen Politikbereichen, was dann dazu führt, dass die Netto-Liberalisierung (Liberalisierungsaktivität abzüglich De-Liberalisierungsaktivität) signifikant geringer ist als bei anderen Parteien. Der Befund für rechte (konservative und liberale) Parteien ist spiegelbildlich: Sie liberalisieren so stark wie andere Parteien, aber das Ausmaß kompensierender, de-liberalisierender Reformen ist geringer und die Konsequenz ist eine höhere Netto-Liberalisierung (signifikant auf dem 10%-Niveau) unter solchen Regierungen. Weiter Analysen zeigten schließlich, wie erwartet, dass zentristische Parteien (im Wesentlichen christdemokratische Parteien) keine signifikanten Effekte auf die Liberalisierung aufweisen.

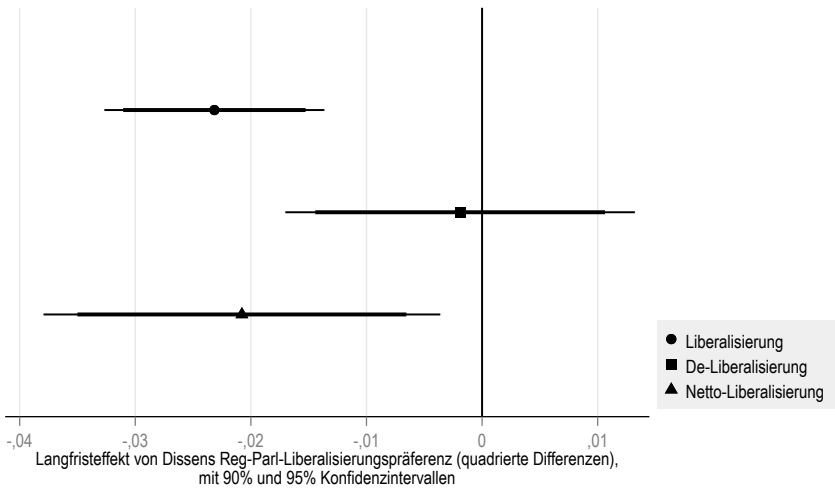
Die Analysen auf der Basis der Liberalisierungspräferenzen der Regierungsparteien ergaben keine signifikanten Ergebnisse, wenn die zwei „engeren“ Operationalisierungen genutzt wurden. Hingegen sind die Befunde bei der allgemeinen Links-Rechts-Einstellungen im Endergebnis (Netto-Liberalisierung) signifikant und ähneln jenen der Effekte der Parteienfamilien (Abbildung 4).

Abbildung 4: Langfristeffekte von Regierungsparteien mit allgemeinen rechten (konservativen/marktfreundlichen) Präferenzen



Noch klarer sind die Befunde in Bezug auf die Umstrittenheit der Liberalisierungspolitik (quadrierte Präferenzdifferenzen Regierungsparteien vs. alle Parlamentsparteien). (Abbildung 5).

Abbildung 5: Umstrittenheit der Liberalisierungspolitik zwischen Regierungsparteien und allen Parlamentsparteien



Dort, wo programmatische Differenzen besonders groß sind – wobei durchaus Regierungen auch liberalisierungsaverser sein können als das Gesamtparlament – werden liberalisierende Reformen signifikant weniger realisiert und deshalb sind auch die Effekte auf die Nettoliberalisierung signifikant negativ. Dieser Saliens-Effekt lässt sich auch für die Netto-Liberalisierung beobachten, wenn die Variable Rechts-Links-Orientierung verwendet wird. Und in Bezug auf neoliberale Orientierungen findet sich ein ähnliches Muster wie in Abbildung 5, wobei allerdings der Koeffizient der Nettoliberalisierung knapp nicht das 10%-Signifikanzniveau erreicht.

5. Schluss

Roger Schmitt-Beck hat zahlreiche und vielbeachtete Beiträge zur Frage geliefert, ob und wie Bürgerinnen und Bürger politische Einstellungen und Präferenzen entwickeln. In diesem Beitrag schließe ich an seine Forschung in dem Sinne an, dass ich frage, ob diese Präferenzen dann zu präferenz-

angemessenen Politiken führen. Ich nutze dabei sowohl die parteipolitische Zusammensetzung als auch die programmatischen Präferenzen der Regierungsparteien. Außerdem nutze ich einen Indikator für die Salienz der Liberalisierung im politischen Prozess.

Sträubten sich linke Regierungen mehr als rechte gegen die Liberalisierungswelle, die über die etablierten Demokratien in den letzten 40 Jahren hinweggegangen ist? Die Befunde liefern ein vorsichtiges „ja“ als Antwort auf diese Frage. Parteien machen einen – beschränkten -Unterschied. Die Meinungsbildungsprozesse der Bürger und Bürgerinnen haben intendierte Konsequenzen, selbst wenn diese Prozesse dem Ideal des rational Argumente abwägenden Wählers und Wählerin kaum entsprechen (Achen/Bartels 2016). Aber wenn man in pragmatischer Weise die Ansprüche reduziert und zufrieden ist, wenn die Bürgerinnen und Bürger auf welchen Wegen auch immer die zu ihnen passende Partei wählen (Dalton 2021), dann scheinen die von Schmitt-Beck hauptsächlich auf der Mikroebene analysierten Prozesse der Einstellungsbildung hochgradig relevant zu sein für den demokratischen Prozess auf der Makro-Ebene des politischen Systems.

Besonders bemerkenswert scheint mir ein weiteres Ergebnis dieser Analyse: Wenn Liberalisierung kaum ein Thema in der demokratischen Politik ist, weil sich Regierungsparteien und die Gesamtheit aller im Parlament vertretenen Parteien in der Präferenz für marktfreundliche Politiken wenig unterscheiden, ist die liberalisierende Reformaktivität hoch. Sobald sich jedoch die Präferenzen der Akteure deutlich unterscheiden und das Thema damit höchstwahrscheinlich umstritten ist, reduzieren politische Systeme ihre Liberalisierungsbemühungen. Dies passt zu einer Interpretation, der zufolge alle wirtschaftlich hochentwickelten Demokratien im Untersuchungszeitraum einen Druck zu Liberalisierung verspürten, weil dies internationale Märkte oder internationale Organisationen anregten oder weil andere Regierungen mit marktfreundlichen Politiken voranpreschten. Wenn dieser Reformdruck nicht kontrovers thematisiert wurde, gaben ihm Regierungen und Parlament häufig mehr oder weniger stillschweigend nach. Sobald jedoch das Thema salient und damit umstritten wurde und irgendein Akteur – auf Seiten der Regierung oder des Parlaments – die Weisheit des Liberalisierungsmantra lauthals in Frage stellte, kam Sand in die Reformmaschinerie. Es kommt also nicht nur auf die Politikpositionen, sondern eben auch auf die Salienz an – ein Befund der für Roger Schmitt-Beck nicht überraschend kommt, hat er uns doch schon mehrfach an die Bedeutung von Salienz erinnert.

Literatur

- Achen, Christopher H. und Larry M. Bartels. 2016. *Democracy for Realists. Why Elections Do Not Produce Responsive Government*. Princeton und Oxford: Princeton University Press.
- Baccaro, Lucio und Chris Howell. 2017. *Trajectories of Neoliberal Transformation. European Industrial Relations Since the 1970s*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Dalton, Russell. 2021. „The Representation Gap and Political Sophistication: A Contrarian Perspective.“ *Comparative Political Studies* 54 (5):889-917.
- De Boef, Suzanna und Luke Keele. 2008. „Taking Time Seriously.“ *American Journal of Political Science* 52 (1):184-200.
- Merkel, Wolfgang, Raj Kollmorgen und Hans-Jürgen Wagener, eds. 2019. *The Handbook of Political, Social, and Economic Transformation*. Oxford: Oxford University Press.
- Schmidt, Manfred G. 1996. „When Parties Matter: A Review of the Possibilities and Limits of Partisan Influence on Public Policy.“ *European Journal of Political Research* 30 (2):155-83.
- Schmidt, Manfred G. 2021. „Parties.“ In *Oxford Handbook of the Welfare State, 2nd edition*, ed. D. Béland, K. Morgan, H. Obinger und C. Pierson. Oxford: Oxford University Press.
- Schmitt, Rüdiger und Klaus Armingeon (1986): Wie „friedensbewegt“ sind die Gewerkschafter? Einstellungen von Gewerkschaftsmitgliedern zu Sicherheitspolitik und Friedensbewegung, in: Politische Vierteljahresschrift 27: 423-433.
- Schmitt-Beck, Rüdiger. 2014. „Euro-Kritik, Wirtschaftspessimismus und Einwanderungsskepsis: Hintergründe des Beinah-Wahlerfolges der Alternative für Deutschland (AfD) bei der Bundestagswahl 2013.“ *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 45 (1):94-112.

Zivilgesellschaft und ehrenamtliches Engagement in Deutschland und Südeuropa

Jan W. van Deth

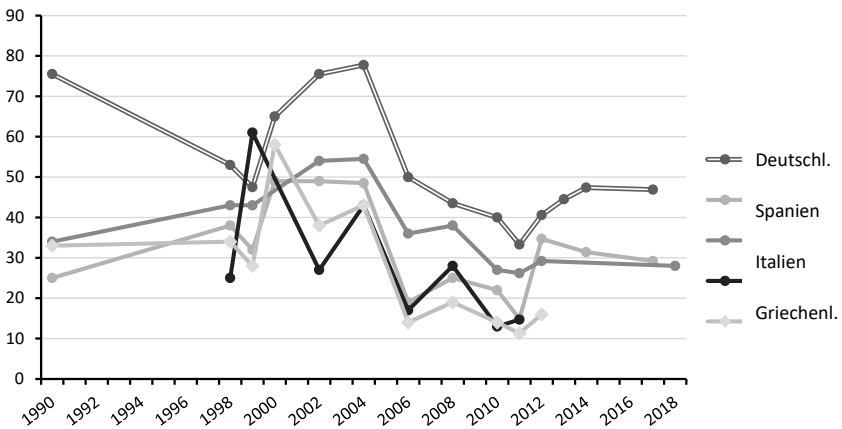
1. Einführung

Eine starke Zivilgesellschaft und ein ausgeprägtes ehrenamtliches Engagement stellen wichtige Eckpfeiler einer lebendigen Demokratie dar, da sie die Entwicklung von sozialem und politischem Vertrauen innerhalb der Bevölkerung fördern. Diese grundlegende Idee wurde durch die Wiederbelebung Tocquevillianischer Ansätze in den 1990er Jahren erneut bestätigt (Putnam 1993; vgl. Castiglione et al. 2008; Rothstein/Stolle 2008; Hooghe/Zmerli 2011). Innerhalb Europas existieren allerdings bemerkenswerte länderübergreifende Unterschiede im Ausmaß und den Formen der Beteiligung, welche von sehr hohen Niveaus in Nordwesteuropa bis hin zu weit geringeren Niveaus in süd- und osteuropäischen Ländern reichen (Morales/Geurts 2007; vgl. Adam 2008; Gesthuizen et al. 2013; Mascherini et al. 2011; van der Meer 2009; Pichler/Wallace 2007). In einem Überblick aller verfügbaren europäischen Umfragedaten für den Zeitraum 1990–2010 kommen van Deth und Maloney (2015) zu dem Schluss, dass diese Differenzen keine Unterschiede zwischen einzelnen Staaten darstellen, sondern vielmehr auf einer Unterscheidung zwischen drei großen europäischen Regionen beruhen: (1) Skandinavische Länder und die Niederlande mit außergewöhnlich hohem Engagement, (2) mittel- und westeuropäische Länder (wie Österreich, Belgien, Frankreich, Deutschland, Großbritannien und die Schweiz) mit beträchtlichen Teilen der Bevölkerung, die sich engagieren, sowie (3) süd- und osteuropäische Länder (wie Bulgarien, Griechenland, Ungarn, Polen, Portugal und Spanien) mit durchweg geringem sozialen Engagement.

Aufgrund der offensichtlichen Komplikationen bei der Messung des ehrenamtlichen Engagements in Vereinen und Verbänden über verschiedene Studien hinweg sollten Schwankungen und Trends nur zurückhaltend interpretiert werden. Dennoch scheint die relative Positionierung der europäischen Länder in den drei genannten Regionen ein konsistentes Ergebnis jeder einzelnen Studie zu sein. Wie in Abbildung 1 zu sehen ist, schwankt

das Verbandsengagement in Deutschland, Spanien, Italien, Griechenland und Portugal erheblich, doch das Niveau ist in Deutschland fast immer deutlich höher als in jedem der vier Mittelmeerländer. Darüber hinaus ist in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends in allen Ländern ein allgemeiner Abwärtstrend beim Engagement in Vereinen und Verbänden zu beobachten, der sich nach 2006 zunächst verlangsamte und zuletzt leicht umkehrte. Da diese Entwicklungen in den einzelnen Ländern sehr ähnlich sind, hatten sie keinen Einfluss auf die relative Positionierung der fünf betrachteten Staaten: Selbst nach dem allgemeinen Abschwung liegt der Anteil der Menschen, die sich in Vereinen und Verbänden engagieren, in Deutschland weiterhin auf einem Niveau, das etwa zwei- bis dreimal höher ist als jenes in Portugal oder Griechenland. Die Weltwirtschaftskrise kann kaum die Hauptursache für diese Ergebnisse sein: Der vorhandene Abwärtstrend setzte sich im Jahr 2008 lediglich fort und folgte somit in jedem der Länder einem bereits in der Zeit zwischen 2004 und 2006 begonnenen, deutlich stärkerem Rückgang im ehrenamtlichen Engagement.

Abbildung 1: Engagement in Vereinen und Verbänden in Deutschland, Spanien, Italien, Griechenland und Portugal (1990-2018; in Prozent)



Quellen: CID (2000/01), EB (49, 50.1, 62.2, 66.3, 73.4, 75.2, 76.2), ESS (2002/03, 2012), EVS (1999, 2002/03, 2008/09, 2017/18), ISSP (2004/06, 2014), WVS (1990/91, 2013)

Obwohl für die länderübergreifenden Unterschiede in der Beteiligung in Vereinen und Verbänden in Europa verschiedene Erklärungen vorhanden sind – beispielsweise mit Fokus auf Religion, wohlfahrtsstaatliche Regelungen, wirtschaftliche Entwicklungen und autoritäre Hinterlassenschaften – so können insbesondere monokausale Erklärungen dieses beharrliche Muster nicht erklären (Morales 2009; Morales/Geurts 2007; van Deth/Maloney 2015). Die wahrscheinlichsten Ursachen für die relativ geringen Niveaus des Engagements auf der Makroebene in Südeuropa scheinen mit der „uneasy relationship between state and civil society“ (Magone 2003: 10) zusammenzuhängen, welche selbst wiederum mit dem autoritären Erbe der (Militär-)Diktaturen in Spanien, Portugal und Griechenland sowie des Faschismus in Italien in Verbindung steht und vom Syndrom des „amoral familism“ begleitet wird.¹ Bemerkenswerterweise wurde das NS-Regime in (West-)Deutschland durch eine lebendige Demokratie ersetzt, die auf dem Konzept eines rational-rechtlichen Staates basierte und kaum auf Partikularismus, Klientelismus und Patronage, wie es in anderen postautoritären Systemen der Fall war. Zusätzlich zu diesen historischen Faktoren scheinen Einkommensungleichheit und die wirtschaftliche Entwicklung wichtige Determinanten zu sein: Die Beteiligung in Vereinen und Verbänden ist in vergleichsweise wohlhabenderen und egalitäreren Gesellschaften (Ferragina 2012) sowie in Staaten mit umfangreichen Sozialversicherungssystemen (van der Meer 2009; van Oorscot/Kunst 2005) stärker verbreitet.

Zusammen können diese historischen, kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Faktoren – zumindest teilweise – für die dauerhaft *unterschiedlichen Niveaus* des Verbandsengagements in Deutschland und den vier in Abbildung 1 dargestellten südeuropäischen Ländern verantwortlich sein. Die beobachtbaren *Abwärtstrends* sind jedoch viel eher auf anhaltende wirtschaftliche Stagnation, den Abbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen und zunehmende Ungleichheiten zurückzuführen als auf autoritäre Hinterlassenschaften. Insgesamt scheint die Mittelmeerländer eine Abwärtsspirale zu erfassen. Dies gilt insbesondere für Griechenland, wo sich die gesellschaftlichen und persönlichen Folgen der Wirtschaftskrise aufgrund der schwachen Zivilgesellschaft weiter verschärfen (Theocharis/van Deth 2015). Der deutsche Fall hingegen ist rätselhafter, da die Kombination

1 Der Begriff „amoral familism“ wurde in den 1950er Jahren von Banfield (1958: 11) eingeführt, um Gesellschaften – wie beispielweise Südtalien – zu charakterisieren, die aufgrund einer ausschließlichen Fokussierung auf die unmittelbaren Interessen der Kernfamilie nicht in der Lage sind, gemeinsame Ziele zu erreichen.

aus wirtschaftlichem Wohlstand und einer starken Zivilgesellschaft hier offenbar nicht in der Lage ist, abnehmendem Engagement in Vereinen und Verbänden entgegenzuwirken (Sarracino 2012: 150).

In diesem Beitrag soll sowohl auf die Unterschiede in den Niveaus des zivilgesellschaftlichen Engagements als auch auf die ähnlichen Abwärtstrends desselbigen in Deutschland und den vier großen südeuropäischen Ländern eingegangen werden. Die Untersuchung dieser beiden Facetten findet hierbei auf Basis von zwei Perspektiven statt. Im nächsten Abschnitt werden zunächst die Hauptmerkmale und Charakteristika der Zivilgesellschaften in den fünf ausgewählten Ländern auf der Makro- und Mesoebene betrachtet. Die zweite Perspektive besteht anschließend aus einer empirischen Analyse der Determinanten des zivilgesellschaftlichen Engagements in Vereinen und Verbänden auf der Mikroebene.² Da die Ergebnisse dieser Untersuchungen auf komplexe Entwicklungen hindeuten, schließt der Beitrag mit einer ausführlichen Diskussion zur Relevanz der Weltwirtschaftskrise 2008 für die Niveaus und Trends des zivilgesellschaftlichen Engagements in Europa.

2. Länderübergreifende Unterschiede in den Zivilgesellschaften Europas (Meso- und Makroebene)

Der Begriff „Zivilgesellschaft“ bezeichnet alle Vereine, Verbände und Organisationen, die weder dem privaten oder kommerziellen Bereich noch dem staatlichen Sektor der Gesellschaft angehören. Das Universum dieser Vereine ist nahezu unendlich und umfasst beispielsweise Sportvereine, religiöse Organisationen, Gewerkschaften, Selbsthilfe- und Wohltätigkeitsorganisationen, Hobbyclubs, Verbraucherverbände, grass-roots Bewegungen und Kulturvereine. Das gemeinsame Merkmal dieser sehr bunten Gruppe besteht darin, dass sie „occupies the middle ground between government and the private sectors“ und als „public without being coercive, voluntary without being privatized“ (Barber 1995: 281) charakterisiert wird. Nach Anheihers „descriptive operational definition“ von „global civil societies“ sind diese „located between the family, the state, and the market and operating beyond the confines of national societies, polities, and economies“ (2007: 5; siehe auch Dekker/van den Broek 1998: 12-20). Aus funktionalistischer

2 Diese Unterscheidungen auf Makro- und Mikroebene decken sich mit dem Unterschied zwischen den Konzepten „civil society“ bzw. „social capital“ (Bielasiak 2000).

Sicht hängen etwaige positive Konsequenzen für die Demokratie von der Existenz der Zivilgesellschaft als „dynamic webs of interrelated nongovernmental institutions“ (Keane 1998: 6) ab. Die Relevanz und Bedeutung der Zivilgesellschaft für die Demokratie hat Putnam in seiner wegweisenden Studie über die Entwicklungen in Italien auf den Punkt gebracht: „Good government [...] is a by-product of singing groups and soccer clubs“ (Putnam 1993: 176).³

2.1 Zivilgesellschaften im Vergleich

Angesichts der sehr allgemeinen Darstellung der Zivilgesellschaft durch die Angabe dessen, was ausgeschlossen ist – nämlich der private, kommerzielle und staatliche Bereich – bietet die empirische Forschung keinen allgemein akzeptierten Ansatz zur Messung des Konzepts. Stattdessen können mehrere Merkmale der Zivilgesellschaft wie Dichte, Heterogenität, verfügbare Ressourcen, rechtliche Beschränkungen, Mitgliedschaft, Mobilisierung oder staatliche Unterstützung herangezogen werden, um spezifische Aspekte abzubilden und zu vergleichen (siehe ICNL 2014). Für die Untersuchung länderübergreifender Unterschiede in der Ausgestaltung der Zivilgesellschaft wurde der *Civic Civil Society Index (CSI)* entwickelt, der eine Vielzahl verschiedener Aspekte berücksichtigt und eine Analyse der Zivilgesellschaft in ihren nationalen Kontexten ermöglicht (Heinrich 2005; Malena/Heinrich 2007).⁴ Auf Grundlage dieses Indexes können Zivilgesellschaften systematisch verglichen werden, indem man sich auf vier Hauptdimensionen konzentriert (vgl. Nash et al. 2006: 6):⁵

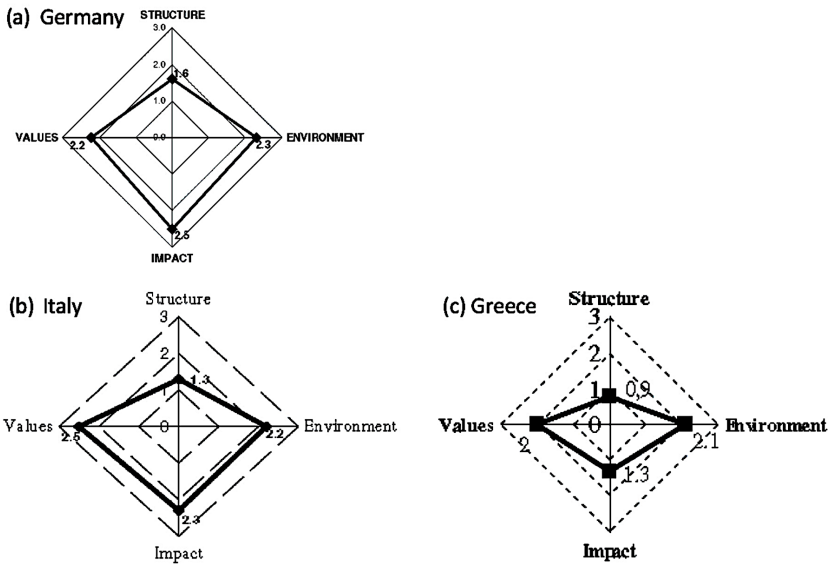
-
- 3 Die in dieser Aussage implizierte Kausalität wird durch verschiedene empirische Studien in Frage gestellt. Van der Meer kommt beispielsweise zu dem Schluss, dass „any difference“ in der prosozialen Einstellung zwischen aktiven und passiven Teilen der Bevölkerung „should be ascribed to self-selection effects“ (2016: 71).
 - 4 Weitere länderübergreifende Indizes sind der *Civil Society Organization Sustainability Index (CSOSI)* des International Centre for Not-for-Profit Law und das *ARVIN-Framework* der Weltbank. Diese Indikatoren konzentrieren sich in der Regel auf die Beurteilung bzw. die Anforderungen an „gesunde“ Zivilgesellschaften und decken nicht die fünf hier interessierenden Länder ab. Eine Übersicht über diese Instrumente bietet: ICNL (2014). Bailer et al. stellen bivariate Korrelationen zwischen verschiedenen „indices of civil society“ vor (2013: 304).
 - 5 Weil die meisten ursprünglichen Inhalte zum CSI vom Civicus (der Organisation, die den Index entwickelt hat; siehe <http://csi.civicus.org>) mittlerweile gelöscht wurden, beschränken sich die Verweise hier auf veröffentlichte Dokumente.

- *Struktur*: die innere Struktur der Zivilgesellschaft. Wie groß, lebendig und repräsentativ ist die Zivilgesellschaft? Was sind die wesentlichen Beziehungen? Über welche Ressourcen verfügen sie?
- *Raum/Umwelt*: das politische, sozioökonomische, kulturelle und rechtliche Umfeld, in dem die Zivilgesellschaft existiert. Ermöglichen oder behindern diese Faktoren die Zivilgesellschaft?
- *Werte*: Welche Werte praktiziert und fördert die Zivilgesellschaft?
- *Auswirkungen*: Ist die Zivilgesellschaft wirksam bei der Lösung sozialer, wirtschaftlicher und politischer Probleme und fördert sie das Gemeinwohl?

Für jede dieser vier Dimension werden Bewertungen für viele verschiedene Aspekte kombiniert und auf einen Bereich von 0 bis 3 neu skaliert, die zusammen in Form des sogenannten *Civil Society Diamonds* grafisch dargestellt werden können. Abbildung 2 zeigt diese Diamanten für Deutschland (Reimer 2005), Italien (Moro/Vannini 2006) und Griechenland (Sotiropoulos/Karamagioli 2006) – für die beiden iberischen Länder liegen leider keine vergleichbaren Informationen vor.

Die von den Rauten bedeckte Fläche kann als erster Indikator für die allgemeine Positionierung und Stärke der Zivilgesellschaft in jedem Land verwendet werden. Dabei sehen wir, dass Deutschland das Feld mit einer Gesamtoberfläche von 9,90 über alle vier Dimensionen anführt, dicht gefolgt von Italien mit einer Oberfläche von 8,46. Die griechische Zivilgesellschaft ist mit einer Fläche von 4,51 vergleichsweise unterentwickelt. Neben diesen allgemeinen Differenzen lassen sich noch mehr interessante Unterschiede erkennen, wenn man die Werte für jede Dimension separat betrachtet. Offensichtlich unterscheiden sich die Zivilgesellschaften in den drei Ländern auf der horizontalen Dimension kaum: Die Werte für die Umgebungen, in denen Zivilgesellschaften existieren, sind nahezu identisch (2,3, 2,2 bzw. 2,1; Dimension „Raum/Umwelt“). Außerdem zeigen sich nur geringfügige Unterschiede bei den Werten, die sie praktizieren und fördern (2,2, 2,5, 2,0; Dimension „Werte“).

Abbildung 2: Diamanten der Zivilgesellschaft für Deutschland, Italien und Griechenland (2005)



Quellen:

- Deutschland: Reimer (2005: ii)
- Italien: Moro und Vannini (2006: ii)
- Griechenland: Sotiropoulos und Karamagioli (2006: 2)

Diese Ähnlichkeiten in Bezug auf Umfeldler und Werte scheinen die gemeinsamen Wurzeln und Entwicklungen europäischer Zivilgesellschaften widerzuspiegeln, die durch die Kombination liberaler, repräsentativ-demokratischer politischer Systeme mit offenen kapitalistischen Marktwirtschaften und wohlfahrtsstaatlichen Arrangements gekennzeichnet sind. Anscheinend minimieren diese gemeinsamen Wurzeln und ähnliche funktionale Anforderungen die Differenzen in der horizontalen Dimension der drei Diamanten. Bei der Struktur der Zivilgesellschaft sind die Unterschiede zwischen den Ländern hingegen relativ groß (1,6, 1,3, 0,9). Allerdings ist keines der drei Länder eindeutig durch eine sehr stark organisierte Zivilgesellschaft gekennzeichnet, wobei sich auch klare Anzeichen der „unterentwickelten und schlecht organisierten Natur der Zivilgesellschaft in Griechenland“ zeigen (Sotiropoulos/Karamagioli 2006: 2). Die Zivilgesell-

schaften in den drei Ländern scheinen sich am stärksten zu unterscheiden, wenn man ihren Einfluss auf die Lösung sozialer, wirtschaftlicher und politischer Probleme sowie ihren Beitrag zum Gemeinwohl betrachtet. Bemerkenswerterweise spiegelt auch diese Unterscheidung kein Nord-Süd-Gefälle wider, sondern unterstreicht erneut die außergewöhnlich schwache Position Griechenlands (1,3) im Vergleich zu Deutschland (2,5) und Italien (2,3). Sehr ähnliche länderübergreifende Unterschiede werden auch von der OECD für „formal volunteering“ berichtet (2017: 458).⁶

Civicus hat seinen breiten Ansatz zur Vermessung der Zivilgesellschaft, wie er in den soeben beschriebenen *Civil Society Diamonds* zum Ausdruck kommt, im weiteren Verlauf auf den sogenannten *Civicus Monitor* komprimiert.⁷ Bei diesem neuen Indikator geht es darum, inwieweit die Rechte der Zivilgesellschaft auf Organisation, Beteiligung und Kommunikation gewahrt sind und inwieweit Staaten ihre Zivilgesellschaft schützen. Der resultierende Indikator für den „civic space“ reicht von „open“ (der Staat ermöglicht und sichert den zivilgesellschaftlichen Raum für alle Menschen) bis „closed“ (vollständige Schließung des zivilgesellschaftlichen Raums). Laut Civicus Monitor ist dieser Raum 2017 in Deutschland, Portugal und Italien (sowie in den skandinavischen Ländern, Österreich und der Schweiz) „open“. In Spanien und Griechenland (aber auch in Frankreich und Großbritannien) ist der bürgerschaftliche Raum „narrowed“. Die genauen Gründe für diese Klassifizierungen scheinen in einigen spezifischen politischen Maßnahmen verschiedener Regierungen im Umgang mit der öffentlichen Sicherheit und Protesten (Spanien) oder in restriktiven Regeln für die humanitäre Hilfe für Flüchtlinge (Griechenland) zu liegen. Nur in wenigen europäischen Ländern wird der zivilgesellschaftliche Raum „obstructed“ (Ungarn, Moldawien, Ukraine) oder sogar „repressed“ (Weißrussland, Russland, Türkei). Da die Kategorisierung europäischer Länder auf der Grundlage des *Civicus Monitor* kaum zwischen Demokratien in Westeuropa unterscheidet, ist die einzige eindeutige Schlussfolgerung für unsere Gruppe von fünf Ländern die Bestätigung der Darstellung der griechischen Zivilgesellschaft als vergleichsweise unterentwickelt (oder anders

6 Die OECD (2017) definiert „formal volunteering“ als den Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, der im vergangenen Jahr (ca. 2012) angab, mindestens einmal im Monat ehrenamtlich bei einer Organisation tätig zu sein: Deutschland: 22,6 Prozent; Italien 21,6 Prozent; Spanien: 10,0 Prozent; Griechenland: 8,9 Prozent (für Portugal sind keine Daten verfügbar).

7 Für Informationen zum Civicus Monitor und der aus diesem resultierenden Kategorisierung der Länder siehe: <https://monitor.civicus.org/>.

ausgedrückt, die relative Ähnlichkeit der deutschen und italienischen Zivilgesellschaften).

Die Ausnahmestellung Griechenlands wird auch durch die regionalen Analysen des Sozialkapitals von Ferragina untermauert (2012, 2013, 2016). Anstatt sich auf Nationen zu konzentrieren, teilt er 15 europäische Länder in 85 Regionen ein, basierend auf einer Bewertung drei verschiedener Dimensionen des Sozialkapitals (informelle soziale Netzwerke, formelle soziale Netzwerke und soziales Vertrauen). Es überrascht nicht, dass die skandinavischen Länder und die Niederlande im Gesamtranking der 15 Länder Spitzenplätze belegen. Ferraginas Hauptergebnisse für die in diesem Beitrag im Fokus stehenden Länder Deutschland, Spanien, Italien, Griechenland und Portugal zeigen, dass bemerkenswerterweise alle fünf Länder in der unteren Hälfte des Rankings liegen, wobei Griechenland den höchsten Gesamtrang erreicht (8) und Italien den letzten Platz (15) belegt. Im Vergleich zu den südeuropäischen Ländern erhält Deutschland die höchsten Werte für formelle soziale Netzwerke (und für soziales Vertrauen), erweist sich jedoch als das schwächste Land, wenn es um informelle soziale Netzwerke geht (Ferragina 2016: 270). In Griechenland scheint das Gegenteil der Fall zu sein, da hier offenbar relativ starke informelle Netzwerke (und ein geringes Maß an sozialem Vertrauen) vorhanden sind.

Diese Ergebnisse detaillierter regionaler Analysen innerhalb der Staaten stellen länderübergreifende Ergebnisse für formelles und informelles Sozialkapital in Frage, die normalerweise die Schlussfolgerung bestätigen, dass „in Southern Europe there was low social capital of all kinds“ (Pichler/Wallace 2007: 431). Dieses allgemein geringe Maß an Engagement wird auf eine *Substitution* von Sozialkapital durch „strong family bonds“ (Pichler/Wallace 2007: 431) zurückgeführt, die „shortcomings of other mechanisms of system integration“ kompensieren könnten (Wallace/Pichler 2009: 272) – eine deutliche Resonanz auf die in den 1950er Jahren vorgebrachten Argumente des „amoral familism“. Im Hinblick auf mögliche Folgen der wirtschaftlichen Krisen auf das Engagement in Vereinen und Verbänden beobachten mehrere Autoren nicht nur eine Verschiebung von formellem zu informellem Engagement. Vielmehr wird auch die Verbreitung von Resilienzstrategien durch Freiwillige und Aktivisten betont. Montfort (2019) beschreibt den Aufstieg von „hybrid“ oder „in-between“ forms of engagement“ für britische Wohltätigkeitsorganisationen, welche als Reaktion auf wachsende Ungleichheit und Armut (allmählich) politisch und gesellschaft-

lich aktiver werden. Das LIVEWHAT-Projekt⁸ zu den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrisen schlug in diesem Zusammenhang ein neues Konzept zur Beschreibung dieses Wandels vor, der als Aufstieg von „Alternative Action Organizations (AAOs)“ beschrieben wird. Diese Gruppen „... fall within the spectrum of the emerging social and solidarity economy (SSE). AAOs are all around us and refer to varying forms of co-operative, associative and solidarity relations. They include, for example, cooperatives, mutual associations, NGOs, self-help groups, barter networks, food banks, free medical services, soup kitchens, new cooperatives, associations of informal sector workers, social enterprise and fair-trade organizations and networks.“ (Guigni 2016: 43)

Die länderübergreifenden Ergebnisse des LIVEWHAT-Projekts unterstreichen die in anderen Studien berichteten Unterschiede zwischen Deutschland und südeuropäischen Ländern. Während das „South European pattern“ die höchsten Häufigkeiten informeller Gruppen in Spanien, Italien und Griechenland aufweist, sind deutsche „AAOs“ hauptsächlich (formelle) NGOs (Guigni 2016: 44). Darüber hinaus stieg der relative Anteil der „AAOs“ im Zeitraum von 2008 bis 2015 in Griechenland (Anteil von 56,2 Prozent), Spanien (50,4 Prozent) und Italien (44,8 Prozent) rasch an, während dieses Volumen in Deutschland (22,4 Prozent) eher bescheiden blieb (Guigni 2016: 46). Diese Befunde unterstreichen abermals die weniger institutionalisierte Zusammensetzung der Zivilgesellschaft in südeuropäischen Ländern. Die Zunahme von „in-between‘ forms of engagement“ und „AAOs“ bestätigen sowohl die Auswirkungen der wirtschaftlichen Krisen auf das ehrenamtliche Engagement als auch die bestehenden Charakterisierungen der nordeuropäischen Zivilgesellschaften als überwiegend formal. Allerdings wird es voraussichtlich keine raschen Veränderungen im Ausmaß des freiwilligen Engagements geben, wenn sich dieses vor allem auf sehr zeitaufwändige „resilience“ und „empowerment“ Prozesse stützt. Die Zusammensetzung der Zivilgesellschaft ändert sich daher offenbar, auch wenn sich dies nicht unmittelbar auf die in den Abbildungen 1 und 2 dargestellten allgemeinen Muster auswirkt.

8 Das LIVEWHAT-Projekt („LIVING WITH HARD TIMES. How Citizens React to Economic Crises and Their Social and Political Consequences“) ist ein Projekt unter der Leitung von Marco Guigni und befasst sich mit der Schweiz, Deutschland, Großbritannien, Italien, Griechenland, Polen, Schweden, Spanien und Frankreich (<http://www.unige.ch/livewhat/>). Die hier präsentierten Ergebnisse zu Zivilgesellschaften basieren auf der Exploration von 4.297 Organisationen durch Online-Medienquellen und einer Online-Umfrage bei etwa 500 Organisationen (Guigni 2016: 43).

2.2 Die Bedeutung qualitativ hochwertigen Regierens für die Zivilgesellschaft

Es gibt kaum empirische Forschung, die darauf abzielt, länderübergreifende Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Zivilgesellschaften in verschiedenen Ländern zu erklären.⁹ Bailer et al. (2013: 291-93) fassen die spärlichen Ergebnisse quantitativer („large N“) Studien zusammen und identifizieren vier Hauptblöcke wichtiger kausaler Verknüpfungen, die die Zivilgesellschaft in einem Land stärken: (i) sozioökonomische Entwicklung, (ii) soziale Struktur, (iii) Qualität politischer Institutionen und (iv) internationale Einflüsse (Globalisierung). Für ihre empirische Bewertung der Stärke dieser vier Einflussfaktoren verwenden die Autoren die oben erwähnten CSI-Daten, beschränken sich jedoch auf einen additiven Index der Struktur- und Wertedimensionen des Civicus-Diamanten (d. h., sie verwenden nur die Werte für die erste und dritte Dimension des Diamanten).¹⁰ Zu den 42 ausgewählten Ländern gehören Deutschland (Indexwert 4,3; Platz 1), Italien (Wert 3,9; Platz 6) und Griechenland (Wert 3,0; Platz 27) (Bailer et al. 2013: 303-4). Die umfangreichen empirischen Analysen unterstreichen nachdrücklich die Bedeutung qualitativ hochwertigen Regierens („quality of government“), verlässlicher Institutionen und glaubwürdiger Autoritäten für eine lebendige Zivilgesellschaft:

„Thus, the key results lend support to the so-called ‘top-down approach,’ contending that the performance of political institutions is a key factor in fostering a strong civil society, and therefore, in contrast to the ‘long arms of history,’ our conclusion clearly paints a more positive picture regarding the possibilities for the strengthening of civil society.” (Bailer et al. 2013: 302)

9 Verschiedene Autoren nutzen aggregierte Umfragedaten als Ersatzindikator für die Zivilgesellschaft und nutzen Mehrebenenmodelle, um die Wirkung individueller und kontextueller Vorbedingungen sozialer Teilhabe abzuschätzen (vgl. Curtis et al. 2001; van der Meer 2009). Abgesehen von einigen deskriptiven Informationen und allgemeinen Schlussfolgerungen sind solche Studien hier nicht hilfreich, da sie keine Rückschlüsse auf bestimmte Länder zulassen. Studien, die Clusteranalysen anwenden, liefern in der Regel solche Angaben (vgl. Sarracino 2012), sind aber noch seltener.

10 Als Begründung für diese Einschränkung wird angeführt, dass die beiden ausgewählten Dimensionen „most closely represent the dominant definition of civil society“ wohingegen „the dimensions of environment and impact are particularly difficult to measure“ (Bailer et al. 2013: 293). Für diese Behauptungen werden allerdings keine Argumente oder Beweise vorgelegt.

Für unsere Untersuchung der Zivilgesellschaften in Deutschland, Spanien, Italien, Griechenland und Portugal legen die Ergebnisse von Bailer und ihren Kollegen die folgenden Schlussfolgerungen nahe. Erstens scheinen sich die weithin zitierten Einflüsse eines autoritären Erbes in den hier betrachteten Ländern bestenfalls indirekt auszuwirken: die „long arms of history“ entfalten ihre Effekte auf die Stärke der Zivilgesellschaft also nicht direkt, sondern wahrscheinlich vermittelt über die Qualität der in diesen Ländern entwickelten Regierungen und politischen Institutionen. Zweitens scheinen sozioökonomische Faktoren einen positiven Einfluss auf die Zivilgesellschaft zu haben. Dabei sollte jedoch beachtet werden, dass sie Teil einer Gruppe von stark korrelierenden Faktoren sind, die alle mit der Qualität des Regierens („quality of government“) innerhalb eines Landes zusammenhängen. Tatsächlich sind positive Entwicklungen in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft untrennbar miteinander verbunden, was jede einseitige Kausalitätsbehauptung abenteuerlich erscheinen lässt. Schließlich scheinen internationale Entwicklungen kaum Einfluss auf die Stärke und Positionierung der Zivilgesellschaft in einem bestimmten Land. Das heißt, die Art und Weise, wie Zivilgesellschaften ihre Rollen und Positionen entwickelten und erhielten, hängt ausschließlich von nationalen Merkmalen ab.

Erklärungen auf der Makroebene für länderübergreifende Unterschiede hinsichtlich der Stärke und Positionierung von Zivilgesellschaften sollten sich somit auf die Qualität des Regierens, zuverlässige Institutionen und glaubwürdige Autoritäten innerhalb der Grenzen des Nationalstaats konzentrieren. Doch selbst äußerst kompetente Konstruktionen von Indikatoren für solche institutionellen Faktoren (Quality of Government Institute 2010; vgl. Charron 2013)¹¹ bilden nur die sehr großen Unterschiede zwischen den fünf hier betrachteten Ländern ab. Die Einstufung europäischer Länder auf Basis des *Quality of Government Index* ergibt einen hohen Rang für Deutschland (Platz 7), mittlere Ränge für Spanien (Platz 14) und Portugal (Platz 16), während Italien und Griechenland am Ende der Liste zu finden sind (Platz 24 bzw. 25). Mit Ausnahme Griechenlands, das von Platz 21 im Jahr 2008 auf Platz 24 im Jahr 2013 zurückfiel, veränderten sich die Rankings der anderen vier betrachteten Länder hinsichtlich der

11 Der wahrscheinlich umfassendste Versuch, einen quantitativen Indikator der *Quality of Government* zu konstruieren, wurde vom schwedischen Quality of Government Institute auf Grundlage der Governance-Indikatoren der Weltbank erstellt und besteht aus vier Säulen: (1) Government effectiveness, (2) Control of corruption, (3) Rule of law, and (4) Voice and accountability (Quality of Government Institute 2010).

Qualität des Regierens kaum (Charron 2013: 20). Offensichtlich ändern sich Indikatoren für die Qualität des Regierens und die damit verbundenen wirtschaftlichen Entwicklungen nicht über Nacht. Sie können daher nicht verwendet werden, um Veränderungen in der Stärke und Positionierung der Zivilgesellschaft in relativ kurzen Zeiträumen von fünf bis zehn Jahren zu erklären. Die länderübergreifenden Unterschiede in den Zivilgesellschaften, wie sie in den Abbildungen 1 und 2 dargestellt sind und nach denen Deutschland immer an der Spitze und Griechenland immer am Schluss steht, können daher auf Unterschiede in der Qualität des Regierens und den damit verbundenen wirtschaftlichen Entwicklungen zurückgeführt werden. Der allgemeine Rückgang der Zivilgesellschaft über Zeit ist mit solchen Faktoren allerdings weniger leicht zu erklären. Analysen, die neben den objektiven Indikatoren für diese Hauptdeterminanten auch subjektive Indikatoren umfassen, untermauern diese Schlussfolgerung (Wallace/Pichler 2009).

Der Mangel an quantitativer vergleichender empirischer Forschung zur Zivilgesellschaft wird nur teilweise durch qualitative Studien kompensiert, da diese sich meist nur auf einzelne Länder beziehen. Fast per Definition tragen solche Einzelländerstudien kaum zum Verständnis länderübergreifender Unterschiede bei, da die durch vergleichende Forschung identifizierten Hauptdeterminanten einer lebendigen Zivilgesellschaft – Qualität des Regierens und eine damit verbundene wirtschaftliche Entwicklung – auf nationaler Ebene mehr oder weniger konstant sind. Ferragina folgert aus seinen detaillierten regionalen Analysen des Sozialkapitals in Flandern und Italien, dass “the potentially positive effect of the historical legacy is currently curtailed by the poor socio-economic conditions, notably the high level of income inequality and the low level of labour market participation” (2012: 188). Analysen für eine Vielzahl von Ländern unter Verwendung von Mehrebenenmodellen und unter Einbeziehung vieler verschiedener Faktoren belegen eindeutig diese Relevanz der wirtschaftlichen Entwicklung und der Qualität demokratischer Institutionen für die gesellschaftliche Teilhabe (van der Meer 2009: Kap. 3; vgl. Curtis et al. 2001).

3. Länderübergreifende Unterschiede im ehrenamtlichen Engagement (Mikroebene)

Die Verwendung objektiver Indikatoren wie jener des *Civics Index* zur Charakterisierung von Zivilgesellschaften in verschiedenen Ländern hat

viele Vorteile – die damit verbundenen Einschränkungen sind jedoch ebenfalls offensichtlich. Wie Howard in einer frühen Kritik feststellt, bietet insbesondere „the percentage of ordinary citizens who are members of voluntary associations“, welcher aus repräsentativen Umfragen ermittelt wurde, „a better approximation of a country’s civil society than a hollow list of the number and types of registered organizations“ (2005: 231). Anstatt die Vor- und Nachteile verschiedener Ansätze zur Charakterisierung von Zivilgesellschaften in Deutschland und den südeuropäischen Ländern zu diskutieren, haben wir in den vorherigen Abschnitten auf eine umfassende Strategie gesetzt, indem die Ergebnisse sowohl repräsentativer Umfragen (Abbildung 1) als auch objektiver Indikatoren (Abbildung 2) berücksichtigt worden sind. Nach der Bewertung der länderübergreifenden Unterschiede zwischen Zivilgesellschaften auf der Meso- und Makroebene besteht der nächste Schritt darin, die potenziellen Determinanten des Engagements in Vereinen und Verbänden in den fünf betrachteten Ländern auf individueller Ebene zu untersuchen. Gehen die scheinbaren Unterschiede zwischen den Zivilgesellschaften auf der Meso- und Makroebene mit Unterschieden auf der Mikroebene einher?

Empirische Analysen zu den Auswirkungen verschiedener Determinanten der Beteiligung in Vereinen und Verbänden sind stark begrenzt: Zum einen aufgrund der großen Anzahl von Faktoren, die relevant zu sein scheinen, zum anderen aufgrund des Mangels an internationalen Quer- und Längsschnittdaten, die ähnliche abhängige und unabhängige Variablen für Beteiligung in Vereinen und Verbänden enthalten (van Deth/Maloney 2015). Lediglich die erste Welle des *European Social Survey* (ESS) aus dem Jahr 2002 bietet ausreichende Informationen für eine vergleichende empirische Bewertung des Verbandsengagements in jedem der fünf betrachteten Länder.¹² Das Engagement in Vereinen und Verbänden wird hier gemessen, indem für eine Liste von zwölf Typen von Organisationen festgelegt wird, ob die Befragten Mitglied sind, an Aktivitäten teilgenommen, Geld gespendet oder ehrenamtlich gearbeitet haben (Fragen E1-E12). Für die Untersuchung der Auswirkungen wirtschaftlicher Krisen ist die Datenlage noch komplizierter, da nur die sechste Welle des ESS (2012) eine Frage zum Engagement in Freiwilligenverbänden enthält. Diese einfache Frage unter-

12 Für ausführliche Informationen zu Frageformulierungen und Variablenspezifikationen in den verschiedenen Wellen des *European Social Survey* siehe: <http://www.europeansocialsurvey.org/data/>. Einen Überblick des ESS-Programms bieten Schnaudt et al. (2014).

scheidet sich jedoch deutlich von dem Instrument der ersten Welle: „Wie oft haben Sie sich in den letzten 12 Monaten für eine ehrenamtliche oder gemeinnützige Organisation engagiert?“ (Frage D1). Darüber hinaus sind für Griechenland im Jahr 2012 gar keine Informationen verfügbar. Um die Auswirkungen der unterschiedlichen Frageformulierungen zu minimieren, werden hier großzügige Skalierungsregeln auf beide Wellen angewendet, die jedwede Aktivität in einem freiwilligen Verein (ESS-1) oder (mindestens) einmaliges Engagement für eine ehrenamtliche oder gemeinnützige Organisation (ESS-6) als Indikator für Engagement betrachten.¹³

Obwohl die resultierenden Messungen weitgehend zwischen Personen unterscheiden, die sich in Vereinen oder Verbänden engagieren, und solchen, die sich eindeutig von solchen Aktivitäten distanzieren, ermöglichen diese unterschiedlichen Operationalisierungen keine präzisen Vergleiche der genauen Auswirkungen verschiedener Determinanten zwischen den beiden Zeitpunkten. Eine Gegenüberstellung der deskriptiven Ergebnisse der Beteiligung auf Grundlage des ESS-1 und ESS-6 mit der in Abbildung 1 dargestellten Zeitreihe bestätigt jedoch die allgemeine Zuverlässigkeit der Messungen: Die geschätzten Niveaus des Engagements in Vereinen und Verbänden in den Jahren 2002 und 2012 passen durchweg in die Analyse langfristiger Entwicklungen sowohl innerhalb als auch zwischen den betrachteten Ländern.¹⁴ Das Niveau der gesellschaftlichen Teilhabe ist in Deutschland höher als in jedem südeuropäischen Land, wobei Italien nicht weit unterhalb von Deutschland liegt. Darüber hinaus scheint in allen Ländern eine Stärkung bzw. leichte Wiederbelebung des Engagements in Vereinen und Verbänden im Gange zu sein.

Viele Autoren haben beobachtet, dass im Bereich des ehrenamtlichen Engagements „no consensus has been reached on what are the factors determining participation“ und dass „many socio-economic and contextual factors influence individual participation“ (Mascherini et al. 2011: 792). Aus diesem Grund wird hier eine systematische Untersuchung zur Bewertung der Auswirkungen verschiedener Determinanten verwendet, die auf der umfassenden Arbeit von Badescu und Neller zum Verbandsengagement basiert (2007). Die Autoren kategorisieren die Vielzahl potenzieller Deter-

13 Die ehrenamtliche Tätigkeit im ESS-1 wird wie folgt gemessen: „1“, wenn eine der vier gefragten Beteiligungsmöglichkeiten in ehrenamtlichen Vereinen mit „Ja“ beantwortet wurde; sonst „0“. Für ESS-6: „1“, wenn die Befragten mindestens mit „seltener als alle 6 Monate“ geantwortet haben (Antworten 1–5); sonst „0“.

14 Mehrere Autoren berichteten über ähnliche Ergebnisse auf Grundlage des ESS-1; siehe beispielsweise Wallace und Pichler (2009, 268).

minanten in fünf Hauptblöcke: allgemeine Faktoren, sozialer Status und Ressourcen, soziale Integration und Netzwerke, soziale Orientierungen und politische Orientierungen (Badescu/Neller 2007: 159-65). Die detaillierten theoretischen und empirischen Argumente für die Relevanz eines jeden dieser Faktoren müssen hier nicht wiederholt werden. Die potenziellen Voraussetzungen für ein Verbandsengagement werden somit in die folgenden fünf Blöcke eingeteilt:

- (i) *Allgemeine soziodemografische Faktoren*: Geschlecht, Alter, Bildung.¹⁵
- (ii) *Soziale Integration und Netzwerke*: Urbanisierung des Wohngebiets, Familienstand, einwohnende Kinder, Erwerbsstatus, Arbeitszeiten, Kirchenbesuche, soziale Kontakte.¹⁶
- (iii) *Soziale Orientierungen und Normen*: soziales Vertrauen, Toleranz, Selbstverwirklichung, Solidarität.¹⁷
- (iv) *Information und politisches Interesse*: Fernsehkonsum (gesamt und politisch), politisches Interesse.¹⁸
- (v) *Politische Einstellungen*: Vertrauen in verschiedenen Institutionen (Polizei, Executive, Legislative), Vertrauen in das EU-Parlament, Zufriedenheit mit der Demokratie.¹⁹

15 Gemessen als: Geschlecht (1 = weiblich; sonst 0), Geburtsjahr und Ausbildungsjahre.

16 Gemessen als: Wohnfläche: je höher der Wert, desto ländlicher; Familienstand (1, wenn verheiratet; 0 sonst); Kinder im Haushalt („1“ = ja; sonst „0“); Erwerbstätigkeit („1“; wenn (nur) im Haushalt gearbeitet wird; sonst „0“); Gesamtarbeitszeit; Kirchenbesuch: je höher der Wert, desto häufiger; Treffen Sie soziale Kontakte: je höher der Wert, desto häufiger.

17 Gemessen als: Soziales Vertrauen: (ppltrst + 1) + (pplfair + 1) + (pplhlp + 1), Werte von 3 bis 33, je höher der Wert, desto höher das soziale Vertrauen im Allgemeinen; Toleranz: je höher der Wert, desto wichtiger; Selbstverwirklichung: je höher der Wert, desto wichtiger; Solidarität: je höher der Wert, desto wichtiger.

18 Gemessen als: Politischer Fernsehkonsum: je höher der Wert, desto mehr Stunden; TV-Gesamtverbrauch: je höher der Wert, desto mehr Stunden; politisches Interesse: Je höher der Wert, desto höher das Interesse.

19 Gemessen als: Vertrauen in die Institutionen: Durchschnitt von trstlgl und trstplc, falls eine der Variablen fehlt, zählt nur die andere, je höher der Wert, desto höher das Vertrauen; Vertrauen in die Gesetzgebung: Durchschnitt von trstplt und trstprl, falls eine der Variablen fehlt, zählt nur die andere, je höher der Wert, desto höher das Vertrauen; Vertrauen in das EU-Parlament: je höher der Wert, desto höher das Vertrauen; Zufriedenheit mit der Demokratie: Je höher der Wert, desto höher die Zufriedenheit.

Eine blockweise Einbeziehung dieser Determinanten in Regressionsmodelle für jedes der fünf Länder zu den beiden Zeitpunkten zeigt zunächst, dass die erklärten (bereinigten) Varianzbeträge niedrig bleiben (ca. 7-14 Prozent) und hauptsächlich auf Indikatoren für soziale Integration und Netzwerke des zweiten Blocks zurückzuführen sind. Vor allem soziale Orientierungen und Normen (Block iii) sowie politische Einstellungen (Block v) tragen kaum zur Erklärung der Vereinsbeteiligung bei (Ergebnisse nicht dargestellt). Betrachtet man jedoch die Ergebnisse für Modelle, die alle 21 potenziellen Determinanten abdecken, wird deutlich, dass die Beteiligung in Vereinen tatsächlich von einer sehr begrenzten Anzahl von Faktoren abhängt. Tabelle 1 und Tabelle 2 zeigen diese vollständigen Modelle für jedes der Länder in den Jahren 2002 und 2012.²⁰ Bereits ein flüchtiger Blick auf die beiden Tabellen zeigt, dass die Anzahl der statistisch signifikanten Prädiktoren in jedem Land eher gering ausfällt. Darüber hinaus zeigen die Ergebnisse beim Vergleich der beiden Jahre 2002 und 2012 kein konsistentes Muster (siehe beispielsweise die Signifikanzniveaus und die Richtungen der Effekte für das Wohngebiet in den verschiedenen Modellen). Die einzige – in allen Ländern und zu jedem Zeitpunkt – stets bedeutsame Determinante ist der Grad des politischen Interesses der Befragten. Dieser Befund unterstreicht die ursprüngliche Tocquevillianische Vorstellung einer Wechselwirkung zwischen Engagement in Vereinen und Verbänden und politischem Engagement nachdrücklich. Eine zweite allgemeine Determinante des Engagements in Vereinen und Verbänden bezieht sich auf soziale Kontakte. Allerdings unterscheiden sich in diesem Fall die spezifischen Variablen zwischen den beiden Zeitpunkten: Während sich im Jahr 2002 die Häufigkeit sozialer Kontakte in allen fünf Ländern positiv auswirkt, wird im Jahr 2012 für die Kirchengangshäufigkeit ein ähnliches Ergebnis erzielt. Die Relevanz eines anregenden sozialen Kontexts wird 2012 auch durch die negativen Koeffizienten für den gesamten Fernsehkonsum der Bürger in Deutschland, Spanien und Portugal deutlich.

20 Wie bereits erwähnt, sind für Griechenland im ESS-6 keine Daten verfügbar. Außerdem fehlen in Italien im ESS-1 mehrere Variablen für den dritten Block. Um den Vergleich zwischen den italienischen Daten aus den Jahren 2002 und 2012 zu erleichtern, wird dem vollständigen Modell auf Grundlage des ESS-6 in Tabelle 2 ein eingeschränktes Modell – Italien (2) – hinzugefügt.

Tabelle 1: Ehrenamtliches Engagement in Deutschland, Spanien, Italien, Griechenland und Portugal (2002; logistische Regressionen; ESS-1; (mindestens) einmaliges Engagement für eine Organisation in den letzten 12 Monaten)

	Deutschl.	Spanien	Italien	Griechenl.	Portugal
Geschlecht	-0,189	-0,514**	-0,530**	-0,311	-0,078
Geburtsjahr	-0,001	0,008	0,007	0,006	0,002
Ausbildung	0,050**	0,031	0,063**	0,032	0,046
Wohngebiet	0,236***	-0,068	-0,257**	-0,006	0,245*
Verheiratet	0,121	-0,162	-0,754**	0,249	-0,492
Kinder im Haushalt	0,025	0,048	0,681**	0,120	0,106
Arbeite (nur) im Haushalt	0,405	0,250	1,365	0,459	-2,730***
Gesamtarbeitszeit	-0,003	0,010*	-0,002	0,000	0,002
Zur Kirche gehen	0,246***	0,091	0,132*	0,067	0,132
Soziale Kontakte	0,224***	0,140**	0,110*	0,191***	0,194*
Soziales Vertrauen	0,021*	-0,015	0,026	0,004	-0,031
Toleranz	0,019	0,089	-	0,134	-0,061
Selbstverwirklichung	0,019	0,043	-	0,133	-0,221
Solidarität	-0,014	0,256*	-	0,186	0,082
Politischer Fernsehkonsum	-0,089	0,026	0,046	0,055	-0,001
Gesamter TV-Konsum	-0,039	-0,107*	0,054	-0,072	0,036
Politisches Interesse	0,240***	0,351***	0,358***	0,419***	0,376**
Vertrauen: Executive	0,046	-0,007	0,032	-0,034	0,091
Vertrauen: Legislative	0,042	-0,045	0,010	-0,046	-0,179*
Vertrauen: EU-Parlament	-0,019	0,007	-0,103	0,059	-0,021
Demokratiezufriedenheit	0,045*	0,065	0,054	0,016	0,020
Konstante	-2,961	-20,026	-17,182	-17,275	-6,798
Beobachtungen	2455	1113	943	1973	981
Angepasstes R ²	0,088	0,083	0,100	0,086	0,073

Signifikanzniveau: * p<0,05, ** p<0,01, *** p<0,001.

Auch die Unterschiede in den Determinanten des Engagements in Vereinen und Verbänden im Vergleich zwischen Deutschland und den vier südeuropäischen Ländern sind sehr begrenzt. Während in Deutschland im Jahr 2002 die positiven Koeffizienten für Vertrauen und Demokratiezufriedenheit auf die Relevanz der Qualität des Regierens schließen lassen, so erreicht in Südeuropa kaum einer dieser Prädiktoren ein zufriedenstellendes statistisches Signifikanzniveau. Für die 2012er Modelle sind nicht einmal diese Unterschiede erkennbar. Stattdessen scheint Portugal nun leicht von den anderen Ländern abzuweichen; mit nicht signifikanten Ergebnissen

für das Geschlecht, den Wohnort und das soziale Vertrauen, aber mit deutlichen Auswirkungen des politischen Fernsehkonsums.²¹

Tabelle 2: Ehrenamtliches Engagement in Deutschland, Spanien, Italien und Portugal (2012; logistische Regressionen; ESS-6 (mindestens) einmaliges Engagement für eine Organisation in den letzten 12 Monaten)

	Deutschl.	Spanien	Italien	Italien (2)	Portugal
Geschlecht	-0,518***	0,445***	-0,633**	-0,574**	0,048
Geburtsjahr	0,011**	-0,008*	0,007	0,006	0,004
Ausbildung	0,042**	0,050***	0,018	0,020	0,035
Wohngebiet	0,187***	0,177***	0,187*	0,213*	-0,013
Verheiratet	0,305**	0,108	-0,238	-0,158	0,209
Kinder im Haushalt	-0,010	0,104	0,329	0,298	-0,108
Arbeitszeit (nur) im Haushalt	0,259	-0,108	-0,920	-0,972	-1,547
Gesamtarbeitszeit	-0,002	-0,001	0,008	0,007	-0,004
Zur Kirche gehen	0,423***	0,249***	0,281***	0,284***	0,245***
Soziale Kontakte	0,242***	0,013	0,009	0,017	-0,003
Soziales Vertrauen	0,023*	0,024*	0,044*	0,045*	-0,021
Toleranz	0,044	0,126	0,110	-	0,154
Selbstverwirklichung	-0,040	0,010	-0,017	-	0,103
Solidarität	0,138*	0,058	0,245*	-	0,192
Politischer Fernsehkonsum	0,066	0,046	-0,149	-0,123	0,149**
Gesamter TV-Konsum	-0,127***	-0,083*	-0,042	-0,036	-0,170***
Politisches Interesse	0,155*	0,258***	0,390***	0,353***	0,239*
Vertrauen: Exekutive	0,002	0,027	0,007	0,004	-0,016
Vertrauen: Legislative	0,060	-0,034	0,125*	0,106	0,011
Vertrauen: EU-Parlament	-0,006	-0,036	0,009	0,024	0,030
Demokratiezufriedenheit	-0,031	-0,018	-0,005	-0,002	-0,032
Konstante	-25,247***	12,723	-18,440	-16,641	-11,302
Beobachtungen	2650	1605	622	641	1425
Angepasstes R ²	0,130	0,083	0,136	0,125	0,078

Signifikanzniveau: * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$.

Während bereits die vorangegangenen Analysen auf der Makroebene in einer starken Komprimierung der relevanten Determinanten mit hauptsächlichem Fokus auf die Qualität des Regierens in jedem Land mündeten,

21 Unter Verwendung ähnlicher Daten, aber differenzierterer Messungen, betonen Mascherini und seine Kollegen die begrenzte Erklärungskraft ihrer Modelle sowie die unterschiedlichen Determinanten der „civil participation“ in „Northern countries and Mediterranean-Eastern countries“ (2011: 804).

so deuten nun auch die Regressionsmodelle auf individueller Ebene auf die Bedeutung einer nur kleinen Anzahl relevanter Prädiktoren hin: politisches Interesse und ein positiver sozialer Kontext. Es gibt außerdem keine eindeutigen länderübergreifenden Unterschiede in der Relevanz verschiedener Prädiktoren, welche die Annahme stützen würden, dass das Engagement in Vereinen und Verbänden von grundlegend unterschiedlichen Mechanismen auf individueller Ebene abhängig sein könnte. Darüber hinaus scheinen in den zehn Jahren zwischen 2002 und 2012 weder das Ausmaß der Beteiligung noch deren wichtigste Prädiktoren merklich durch bestimmte Ereignisse beeinflusst worden zu sein. In diesem relativ kurzen Zeitraum scheinen folglich auch die wirtschaftlichen Krisen zu keiner sichtbaren Veränderungen in der Art und Weise, wie sich Bürger in Vereinen und Verbände engagieren, geführt zu haben.

4. Schlussfolgerungen und Diskussion

Die Ergebnisse unserer Explorationen der Zivilgesellschaften und Engagement in Vereinen und Verbänden in Deutschland, Spanien, Italien, Griechenland und Portugal bestätigen die weitestgehend bekannten Unterschiede zwischen europäischen Ländern. Darüber hinaus sind die Befunde für die Perspektiven auf der Meso- und Makroebene (Zivilgesellschaft) und die Perspektiven auf der Mikroebene (Engagement in Vereinen und Verbänden) eindeutig konsistent. Obwohl Deutschland in europäischen Rankings nur eine bescheidene Position erreicht, schneiden die Indikatoren für die deutsche Zivilgesellschaft und das Engagement immer besser ab als die entsprechenden Werte für jedes südeuropäische Land. Unter diesen südeuropäischen Ländern folgt Italien in der Regel recht knapp hinter Deutschland, während Griechenland in der europäischen Rangliste fast durchgängig den letzten Platz einnimmt. Bemerkenswert ist, dass jedes der fünf hier betrachteten Länder einen starken Rückgang des Verbandsengagements seit Beginn des Jahrtausends (also lange vor den wirtschaftlichen Krisen) sowie eine bescheidene Wiederbelebung in den letzten Jahren verzeichnet. Infolgedessen blieben die länderübergreifenden Unterschiede sehr ähnlich und stehen immer noch in Einklang mit der landläufigen Beobachtung, dass die Zivilgesellschaft und das Engagement in Vereinen und Verbände in Nordeuropa stärker ist als in Südeuropa. Bemerkenswerterweise scheinen die wirtschaftlichen Krisen keinen Einfluss auf diese Positionen und

mittelfristigen Entwicklungen der Zivilgesellschaften und des Engagements gehabt zu haben.

Warum beobachten wir in den letzten Jahrzehnten in Deutschland, Spanien, Italien, Griechenland und Portugal konsistente zivilgesellschaftliche Unterschiede, die mit einer Konvergenz des Engagements in Vereinen und Verbänden auf niedrigeren Ebenen einhergehen? Angesichts der sehr ähnlichen Entwicklungen des Engagements in diesen Ländern in den letzten Jahrzehnten kann eine erste Antwort auf diese Frage nur auf breite gesellschaftliche Prozesse verweisen, die in vielen europäischen Gesellschaften mehr oder weniger gleichzeitig ablaufen. Langfristige historische Prozesse – insbesondere die Hinterlassenschaften autoritärer Regime – scheinen als mögliche Einflussgrößen der Regierungsqualität als ihrerseits wichtigster Determinante des Engagements in Vereinen und Verbänden relevant zu sein. Folglich scheinen es das zuverlässige und vertrauenswürdige Funktionieren politischer Institutionen und Autoritäten und die damit verbundenen wirtschaftlichen Leistungen zu sein, die für die Stärkung der Zivilgesellschaft von Vorteil sind. Auf individueller Ebene hängt das Engagement in Vereinen und Verbänden in allen Ländern hauptsächlich von einem anregenden sozialen Kontext und einem grundlegenden Interesse an Politik ab. Keines dieser Ergebnisse deutet darauf hin, dass „amoral familism“ ein direkter Faktor für das Engagement in Vereinen und Verbänden in Südeuropa oder die im Vergleich zu nördlichen Ländern geringere Stärke der Zivilgesellschaft ist. Eine starke Fokussierung auf familiäre Bindungen könnte jedoch als notwendiger Ersatz für schlechte Regierungsleistungen fungieren und Versuche zur Verbesserung politischer Institutionen und ihrer Arbeitsweise behindern. Die anhaltenden länderübergreifenden Unterschiede im Ausmaß des Engagements in Vereinen und Verbänden in den fünf hier betrachteten Ländern sollten daher hauptsächlich auf Unterschiede in der Qualität des Regierens und der damit verbundenen Wirtschaftsleistungen in diesen Ländern zurückgeführt werden. Doch die sehr komplizierte Mischung aus länderspezifischen, langfristigen Entwicklungen und historischen Hinterlassenschaften, die für die aktuelle politische und wirtschaftliche Entwicklung relevant sind, stellt eine Herausforderung dar, die offensichtlich weit über die Grenzen der derzeit verfügbaren empirischen Forschung hinausgeht.

Eine zweite Möglichkeit, die Leitfrage dieses Beitrags zu beantworten, besteht darin, die Frage umzuformulieren: Warum hatten die tiefgreifenden wirtschaftlichen Krisen keine klaren Auswirkungen auf die Zivilgesellschaft und das Engagement in Deutschland, Spanien, Italien, Griechenland und

Portugal? Ganz offensichtlich bestätigen die Ergebnisse nicht die landläufigen Erwartungen über die Auswirkungen schwerer Krisen auf die Zivilgesellschaft und das ehrenamtliche Engagement in Europa. Obwohl der Betrachtungszeitraum relativ kurz ist und die Datenlage alles andere als ideal, so ist es dennoch überraschend, dass die massiven Wirtschafts- und Finanzprobleme keine klaren (erkennbaren) Folgen hatten. Die Tatsache, dass sich die Entwicklung des Engagements in Vereinen und Verbänden in dem Land, das die Krisen sehr erfolgreich bewältigt hat (Deutschland), nicht deutlich von der Entwicklung in den von den katastrophalen Ereignissen stark betroffenen Ländern (Südeuropa, insbesondere Griechenland) unterscheidet, deutet darauf hin, dass solche Krisen kaum relevant sind für Zivilgesellschaften und Engagement in Vereinen und Verbänden.

Warum aber hatten die Krisen keine klaren Konsequenzen für Zivilgesellschaften und ehrenamtliches Engagement? Für dieses Ergebnis könnten verschiedene Erklärungen verantwortlich sein. Eine erste Erklärung bieten die häufig genannten Differenzen zwischen formellen und informellen Teilen der Zivilgesellschaft und deren jeweilige Reaktionen auf die Krisen. Die Zivilgesellschaft umfasst eine sehr breite und sehr heterogene Zahl von Verbänden, Vereinen, Gruppen und Organisationen, und die verfügbaren Daten sind möglicherweise einfach zu allgemein, um bestimmte Konsequenzen erfassen und berücksichtigen zu können. Studien, die sich auf sehr aufwendige Designs stützen wurden, können wahrscheinlich Entwicklungen aufspüren, die von allgemeinen Ansätzen übersehen werden. Im Detail scheint eine wichtige Folge der Krisen die Einführung von Resilienzstrategien durch Freiwillige und Aktivisten in Situationen zu sein, die von Sparmaßnahmen und dem wirtschaftlichen Abschwung stark betroffen sind (Monforte 2019; Guigni 2016). Das LIVEWHAT-Projekt zu den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise schlug sogar ein neues Konzept zur Beschreibung dieses Wandels vor, der als Aufstieg von „Alternative Action Organizations (AAOs)“ beschrieben wird. Obwohl die meisten Umfragen zum ehrenamtlichen Engagement eine abschließende, allgemeine Frage zum „Engagement in anderen Organisationen“ enthalten, kann bezweifelt werden, ob diese Restkategorie so vielfältige Aktivitäten abdeckt, wie sie von „AAOs“ erwartet werden. Infolgedessen wird die Entstehung eines neuen Typs von Organisationen „zwischen“ formellen und informellen Teilen der Zivilgesellschaft weitgehend übersehen – und die verfügbaren empirischen Erkenntnisse zur Entwicklung des Engagements

in Vereinen und Verbänden tendieren somit zunehmend dazu, die Auswirkungen der Krisen zu unterschätzen.²²

Ein zweiter Ansatz konzentriert sich nicht auf die Entstehung neuer Arten von Vereinigungen und Engagements, sondern auf die sich verändernden Beziehungen zwischen formellen und informellen Gruppen und Vereinigungen. Beispielsweise argumentiert Simiti auf Grundlage der griechischen Situation, dass für „formal civil society organizations the crisis has undermined their financial viability and political influence while accentuating existing asymmetries in the non-profit sector“ (Simiti 2017: 369). Übertragen wir eine ähnliche Argumentation auf Deutschland – ein Land mit einer relativ stark entwickelten formalen Zivilgesellschaft und positiven wirtschaftlichen Entwicklungen – so würden wir weder finanzielle Schwierigkeiten noch eine Verstärkung antagonistischer Kräfte zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen erwarten. Da die formelle Zivilgesellschaft in Südeuropa relativ klein ist, führt die Tatsache, dass sie von den Krisen deutlich stärker betroffen ist, offenbar nicht zu massiven Verschlechterungen auf nationaler Ebene. Shahin und seine Kollegen (2013) verfolgen eine ähnliche Argumentation, konzentrieren sich jedoch auf die tatsächliche Größe und den Aktivitätsgrad zivilgesellschaftlicher Organisationen (CSOs). Ihre Studie ermöglicht deutlich konkretere Rückschlüsse auf die Folgen der Krisen:

„... whereas larger (global-level) CSOs seem to have – relatively speaking – not suffered too badly from the Crisis concerning funding, many smaller local-level CSOs are finding it very difficult to shift from models of financing that are heavily reliant upon public authorities to ones that can obtain funding from elsewhere.“ (Shahin et al. 2013: 3)

Unter Berücksichtigung möglicher Unterschiede zwischen nördlichen und südlichen Ländern verweisen die Autoren auf die prominentere – und erfolgreichere – Reaktion des „defending their turf“ im Norden im Vergleich zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Organisationen im Süden (Shahin et al. 2013: 16-18). In beiden Fällen scheinen sich die „existing asymmetries“ – auf die Simiti in Griechenland hinweist – in Südeuropa zu verstärken. Während deutsche zivilgesellschaftliche Organisationen of-

22 Für ehemalige kommunistische Länder wurde die Unterscheidung zwischen informeller und formeller Zivilgesellschaft und „pro-social behaviour“ als „compartmentalization“ dargestellt (Gesthuizen et al. 2013: 920). Obwohl in südeuropäischen Ländern ähnliche Prozesse stattfinden, scheint der Begriff hier etwas zu stark zu sein.

fenbar eine wirksamere Strategie zur Verteidigung ihrer gesellschaftlichen Hochburgen verfolgten, war diese Strategie genau wegen der relativ geringen Auswirkungen der Krisen tatsächlich weitaus weniger nötig. Den schwer betroffenen Ländern im Süden gelang es hingegen teilweise, den Folgen durch eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Organisationen entgegenzuwirken. Auf diese Weise wurde die stärkere deutsche Position gegenüber den südeuropäischen Ländern mit ihren typischerweise schwächeren Positionen fixiert.

Kombiniert man die direkten Antworten auf die Leitfrage dieses Kapitels mit den Interpretationen zu den fehlenden Auswirkungen der wirtschaftlichen Krisen, gibt es gute und weniger gute Nachrichten für Verfechter der Zivilgesellschaft und Befürworter Tocquevillianischer Positionen. Dass das Engagement in Vereinen und Verbänden mittelfristig offenbar einem nahezu völligen Zusammenbruch des Finanz- und Wirtschaftssektors standhält, ist sicherlich eine gute Nachricht. Offensichtlich ist die Zivilgesellschaft in vielen Ländern recht robust und gesamtgesellschaftliche Determinanten verlieren auch in Zeiten starker Spannungen nicht ihre Wirkung. Darüber hinaus scheint das Aufkommen neuer Formen des 'in-between'-Engagements die herkömmliche Kluft zwischen formellem und informellem Engagement zu überbrücken. Doch die Heiterkeit hält sich bestenfalls in Grenzen. Die nicht so gute Nachricht ist, dass der allgemeine Rückgang des Engagements in Vereinen und Verbänden in den fünf hier untersuchten europäischen Ländern darauf hindeutet, dass die wahrscheinlichen positiven Auswirkungen der Zivilgesellschaft auf die Demokratie sich ohnehin abschwächen werden. Darüber hinaus könnten die wichtigsten Determinanten dieses Engagements – gut funktionierende politische und wirtschaftliche Institutionen – langfristig selbst von den Krisen betroffen sein. Zivilgesellschaft und ehrenamtliches Engagement verlieren in vielen Ländern und unter sehr unterschiedlichen Bedingungen kontinuierlich an Bedeutung – entsprechend wird die typische Unterscheidung zwischen Nord- und Südeuropa für die Bewältigung dieser Entwicklungen zunehmend irrelevant.

Literatur

Adam, Frane. 2008. 'Mapping Social Capital across Europe: Findings, Trends and Methodological Shortcomings of Cross-National Surveys.' *Social Science Information* 47 (2): 159-86.

- Anheier, Helmut K. 2007. 'Reflections on the Concept and Measurement of Global Civil Society.' *VOLUNTAS: International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations* 18 (1): 1-15.
- Badescu, Gabriel und Katja Neller. 2007. 'Explaining Associational Involvement.' In *Citizenship and Involvement in European Democracies: A Comparative Analysis*, Herausgegeben von Jan W. van Deth, José Ramón Montero und Anders Westholm, 158-87. London: Routledge.
- Bailer, Stefanie, Thilo Bodenstern und V. Finn Heinrich. 2013. 'Explaining the Strength of Civil Society: Evidence from Cross-Sectional Data.' *International Political Science Review* 34 (3): 289-30.
- Banfield, Edward C. 1958. *The Moral Basis of a Backward Society*. New York: Free Press.
- Barber, Benjamin R. 1995. *Jihad vs McWorld*. New York: Times Books.
- Bielasiak, Jack. 2000. 'Participation and Democracy, East and West: Comparisons and Interpretations.' *American Political Science Review* 94 (04): 975-76.
- Castiglione, Dario, Jan W. van Deth und Guglielmo Wolleb. 2008. 'The Handbook of Social Capital.' Oxford, New York: Oxford University Press.
- Charron, Nicholas. 2013. 'From Åland to Ankara: European Quality of Government Index. 2013 Data, Sensitivity Analysis and Final Results.' QoG Working Paper Series 2013:11. Göteborg. https://www.gu.se/sites/default/files/2020-05/2013_11_Charron.pdf.
- Curtis, James E., Douglas Baer und Edward G. Grabb. 2001. 'Nations of Joiners: Explaining Voluntary Association Membership in Democratic Societies.' *American Sociological Review* 66: 783-805.
- Dekker, Paul und Andries van den Broek. 1998. 'Civil Society in Comparative Perspective: Involvement in Voluntary Associations in North America and Western Europe.' *Voluntas: International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations* 9 (1): 11-38.
- Ferragina, Emanuele. 2012. *Social Capital in Europe. A Comparative Regional Analysis*. Cheltenham, UK: Edward Elgar.
- Ferragina, Emanuele. 2013. 'The Socio-Economic Determinants of Social Capital and the Mediating Effect of History: Making Democracy Work Revisited.' *International Journal of Comparative Sociology* 54 (1): 48-73.
- Ferragina, Emanuele. 2016. 'The Social Capital of European Regions.' In *Handbook of Social Capital and Regional Development*, Herausgegeben von Hans Westl und Johan P. Larsson, 257-95. Cheltenham, UK: Elgar.
- Gesthuizen, Maurice, Peer Scheepers, William Veld und Beate Völker. 2013. 'Structural Aspects of Social Capital: Tests for Cross-National Equivalence in Europe.' *Quality & Quantity* 47 (2): 909-22.
- Guigni, Marco. 2016. 'LIVEWHAT: Synthesis of Project Findings.' Geneva. <http://www.livewhat.unige.ch/wp-content/uploads/2013/12/Synthesis-of-Findings.pdf>.
- Heinrich, Volkhart F. 2005. 'Studying Civil Society across the World: Exploring the Thorny Issues of Conceptualization and Measurement.' *Journal of Civil Society* 1 (3): 211-28.

- Hooghe, Marc und Sonja Zmerli. 2011. 'Introduction: The Context of Political Trust.' In *Political Trust. Why Context Matters*, Herausgegeben von Sonja Zmerli and Marc Hooghe, 1-11. Colchester: ECPR Press.
- Howard, Marc Morjé. 2005. 'Conceptual and Methodological Suggestions for Improving Cross-National Measures of Civil Society: Commentary on Heinrich.' *Journal of Civil Society* 1 (3): 229-33.
- ICNL. 2014. 'Assessment Tools for Measuring Civil Society's Enabling Environment.' Washington DC. <http://www.icnl.org/>.
- Keane, John. 1998. *Civil Society: Old Images, New Visions*. Cambridge: Polity Press.
- Magone, José M. 2003. *The Politics of Southern Europe: Integration Into the European Union*. Westport: Praeger.
- Malena, Carmen und Volkhart Finn Heinrich. 2007. 'Can We Measure Civil Society? A Proposed Methodology for International Comparative Research.' *Development in Practice* 17 (3): 338-52.
- Mascherini, Massimiliano, Daniele Vidoni und Anna Rita Manca. 2011. 'Exploring the Determinants of Civil Participation in 14 European Countries: One-Size-Fits None.' *European Sociological Review* 27 (6): 790-807.
- Monforte, Pierre. 2019. 'From Compassion to Critical Resilience: Volunteering in the Context of Austerity.' *The Sociological Review*. <https://doi.org/10.1177/0038026119858220>.
- Morales, Laura. 2009. *Joining Political Organizations: Institutions, Mobilization, and Participation in Western Democracies*. Colchester: ECPR Press.
- Morales, Laura und Peter Geurts. 2007. 'Associational Involvement.' In *Citizenship and Involvement in European Democracies: A Comparative Analysis*, Herausgegeben von Jan W. van Deth, José Ramón Montero und Anders Westholm, 135-57. London: Routledge.
- Moro, Giovanni und Ilaria Vannini. 2006. 'Italian Civil Society Facing New Challenges.' Rome. www.civicus.org/media/CSI_Italy_Executive_Summary.pdf.
- Nash, Robert, Alan Hudson und Cecilia Luttrell. 2006. 'Mapping Political Context: A Toolkit for Civil Society Organizations.' London. <https://www.odi.org/publications/152-mapping-political-context-toolkit-civil-society-organisations>.
- OECD. 2017. *How's Life?* Paris: OECD Publishing. https://doi.org/10.1787/how_life-2017-en.
- Oorschot, Wim van und Wil Arts. 2005. 'The Social Capital of European Welfare States: The Crowding out Hypothesis Revisited.' *Journal of European Social Policy* 15 (1): 5-26.
- Pichler, Florian und Claire Wallace. 2007. 'Patterns of Formal and Informal Social Capital in Europe.' *European Sociological Review* 23 (4): 423-35.
- Putnam, Robert D. 1993. *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Quality of Government Institute. 2010. 'Measuring the Quality of Government and Subnational Variation.' Brussels: European Commission, Directorate-General Regional and Urban Policy, Nr: 2016.CE.16.BAT.066.

- Reimer, Sabine. 2005. 'Civicus Civil Society Index Report for Germany.' http://www.civicus.org/media/CSI_Germany_Executive_Summary.pdf.
- Rothstein, Bo und Dietlind Stolle. 2008. 'Political Institutions and Generalized Trust.' In *The Handbook of Social Capital*, Herausgegeben von Dario Castiglione, Jan W. van Deth und Guglielmo Wolleb, 273-302. Oxford: Oxford University Press.
- Sarracino, Francesco. 2012. 'Money, Sociability and Happiness: Are Developed Countries Doomed to Social Erosion and Unhappiness?' *Social Indicators Research* 109 (2): 135-88.
- Schnaudt, Christian, Michael Weinhardt, Rory Fitzgerald und Stefan Liebig. 2014. 'The European Social Survey: Contents, Design, and Research Potential.' *Schmollers Jahrbuch* 134 (4): 487-506.
- Shahin, Jamal, Alison Woodward und Georgios Terzis. 2013. 'Study on the Impact of the Crisis on Civil Society Organizations in the EU - Risks and Opportunities.' Brussels: submitted to The European Economic and Social Committee Communication Unit.
- Simiti, Marilena. 2017. 'Civil Society and the Economy: Greek Civil Society During the Economic Crisis.' *Journal of Civil Society* 13 (4): 357-73.
- Sotiropoulos, Dimitri A. und Evika Karamagioli. 2006. 'Greek Civil Society: The Long Road to Maturity.' Athens. www.civicus.org/media/CSI_Greece_Executive_Summary.pdf.
- Theocharis, Yannis und Jan W. van Deth. 2015. 'A Modern Tragedy? Institutional Causes and Democratic Consequences of the Greek Crisis.' *Representation* 51 (1): 63-7.
- van der Meer, Tom. 2009. 'States of Freely Associating Citizens: Cross-National Studies into the Impact of State Institutions On Social, Civic und Political Participation.' Nijmegen: Radboud University.
- van der Meer, Tom. 2016. 'Neither Bridging nor Bonding: A Test of Socialization Effects by Ethnically Diverse Voluntary Associations on Participants' Inter-Ethnic Tolerance, Inter-Ethnic Trust and Intra-Ethnic Belonging.' *Social Science Research* 55: 63-74.
- van Deth, Jan W. und William A. Maloney. 2015. 'Associations and Associational Involvement in Europe.' In *Routledge Handbook of European Politics*, Herausgegeben von José M. Magone, 826-42. Abingdon/New York: Routledge.
- Wallace, Claire und Florian Pichler. 2009. 'More Participation, Happier Society? A Comparative Study of Civil Society and the Quality of Life.' *Social Indicators Research* 93 (2): 255-74.

Danksagung

Für hilfreiche Kommentare zu früheren Versionen dieses Kapitels danke ich Paolo Segatti, José Ramón Montero und Christian Schnaudt. Zudem danke ich Christian Schnaudt für die sprachliche Überarbeitung der deutschen Fassung.

Wahlen und Demokratie

“This is not what I expected”:

The Meaning of Democracy as Freedom in Post-Apartheid South Africa

Katrin Voltmer

1. Introduction

When in April 1994 South Africans voted in the first free and fair election of the country, the Apartheid regime finally came to an end and one of the most fascinating democratic transitions of the ‘third wave’ of democratization (Huntington 1991) got underway. The long meandering lines of people queuing for hours on dusty fields to cast their vote, most of them for the first time in their life, have become one of the most iconic imageries of the hopes and aspirations people around the world attach to democratic change. However, a quarter of a century on, this spirit of optimism has given way to a more pessimistic outlook, as South Africa struggles with a plethora of social, political and economic problems: sharp inequality, poverty, corruption, recurrent violent civil unrest to name but a few (von Holdt 2013; Mkhize 2015; Project 2020). In this paper, I explore what democracy means to South Africans, what values and expectations they associate with it and how they evaluate the transformation their country has undergone over the past couple of decades. In doing so, the study aims to shed light on the everyday epistemologies of democracy, i.e., the arguments and considerations people draw upon when making sense of democratic politics and how it affects their own lives.

Even though South African democracy has achieved a notable level of stability, it shares the same problems as many other emerging democracies and can thus be seen as part of a wider trend in global democratization. Despite broad support for democracy, evidence from public opinion research casts doubts on citizens’ commitment to democracy and democratic values. In developing countries especially, democracy might be supported for more instrumental reasons that focus on the gains and benefits that are associated with democratic governance than for intrinsic reasons, as an end in its own right (Bratton/Mattes 2001). Other studies suggest that citizens support democracy merely as an abstract ideal, but when confronted with

specific issues or trade-offs tend to reject the principles and values that are constitutive of liberal democracy. Schedler and Sarsfield's study (2007) of public opinion in Mexico highlights the ambivalence of citizens' attitudes towards democracy. Drawing on the notion of 'democracy with adjectives' introduced by Collier and Levitsky (1997) to classify flawed democratic regimes, the authors suggest the notion of 'democrats with adjectives'. They find that a significant proportion of the population combines generic support for democracy with illiberal attitudes. Furthermore, many citizens in new democracies have a limited understanding of what democracy actually is and often mistakenly take aspects of authoritarian politics as democratic (Kruse et al. 2019). Meanwhile, even generic support for democracy is dwindling, as citizens lose trust that democratic institutions can bring about change (Moosa/Hofmeyr 2021). After decades of democratic transition, many citizens are disillusioned; what they got is not what they had hoped for. "The light [has] failed", as Krastev and Holmes (2019) describe the mood in post-communist Eastern Europe.

While current research on citizens' perception and support of democracy in emerging democracies highlights the problems of political culture in transition, it is marked by two principal shortcomings:

First, citizens' views are judged against abstract models of democracy, i.e. ideal-typical constellations of elements that reflect the desire for conceptual consistency of political theorists (Held 2006; Saward 2003), but rarely capture the messiness of democratic politics and its constraints. Any discrepancies between citizens' understandings and the models of democracy are usually interpreted as deficiencies that need to be corrected in order for new democracies to fully consolidate. Schedler and Sarsfield (2007) are aware of this problem and caution against negative labelling and "cheap disqualifiers" (p. 644). Doorenspleet (2015) goes a step further and calls for "people-centred concepts and measurements of democracy" that take citizens' views and rationalities seriously. Such a bottom-up approach would deepen our understanding of the interplay between popular beliefs and political processes and their possible implications, either positive or negative, for democratic consolidation in different political, cultural and historical contexts.

Second, most of the existing research is based on national and cross-national surveys, such as the World Value Survey or regional Barometers, that use standardized instruments for measuring democratic attitudes. The questions asked in these surveys are derived from theoretical models of democracy but are largely detached from everyday language and its ambi-

guities. It is therefore questionable whether the meaning respondents give to the terms and phrases used in survey questions correspond with the definitions political scientists had in mind when designing the questionnaire. Indeed, it is unlikely that concepts such as ‘democracy’, ‘freedom’ or ‘equality’ are understood in the same way across cultures. Technically speaking, while survey research achieves a high level of reliability that enables comparisons and generalization, it lacks validity and an understanding of the cognitive processes through which individuals engage with the concepts in question. Schaffer (2014) states that survey research provides only “thin descriptions” of the meaning of democracy in different contexts.

This study aims to overcome these caveats. Theoretically, it takes a constructivist approach to the conceptualization of democracy to avoid the rigidity of deductive concepts and models. Methodologically, it uses a qualitative approach that allows individuals to express their views in their own words, thus enabling a more nuanced understanding of the meaning of democracy from below. The data used in this paper was collected in semi-structured interviews with political activists in South Africa two decades after the end of apartheid. The aim is not to develop new models or theories of democracy but to unearth the grassroots epistemologies that people in an emerging democracy use to make sense of the dramatic changes they are witnessing.

2. A Constructivist Approach to Democracy

The theory of constructivism stipulates that our knowledge of the social and physical world is filtered and transformed through interpretative frames that are shared by the members of a society at a particular point in time (Berger/Luckmann 1990; Searle 1995). From this perspective, knowledge and meaning emerge from a web of communicative interactions rather than from individual ‘objective’ observations (Leeds-Hurwitz 2016). Taking a constructivist approach to democracy shifts the focus from studying a fixed object of interest and its characteristics to the process of negotiating and (re)interpreting its meaning. Rather than asking ‘what is democracy?’, a constructivist approach to democracy is interested in how people within a particular historical or cultural context understand democracy and the multiple narratives that constitute their views and perceptions. These interpretative frames include elements of the ‘grand narratives’ of theoretical models of democracy (Saward 2003) but are also shaped by

actual elite discourses and the news media (Johnson-Cartee 2005) as well as by interpersonal conversations that take place in ad-hoc encounters of everyday life (Schmitt-Beck/Grill 2020).

Models of democracy tend to conceptualize democracy in an essentialist way, attempting to pin down its universal features and how it should work. What is overlooked, though, is that democracy as we know it was not ‘invented’ as a coherent system of government. Instead, since its early manifestations in ancient Greece about 2,500 years ago, democracy has changed its meaning and practice in fundamental ways (Arblaster 2002; Dunn 1993). A citizen of the ancient city-state of Athens would not recognize modern-day democracy as democratic because elections were dismissed as a means to ensure equality of participation. Conversely, modern visitors to ancient Greece would be concerned about the vulnerability of Athenian democracy to populist manipulation. A crucial turning point in the history of democracy was what Dahl (1989: 24–30) calls “the second transformation of democracy.” This occurred from the late 18th century onwards when social philosophers combined the democratic principle of popular decision-making with the medieval, non-democratic practice of representation. It was only through this ingenious innovation that democracy was possible in large-scale territorial nation-states.

Thus, democracy has to be understood as a flexible concept that has adapted to changing circumstances and needs. As a consequence, the elements that constitute democracy – institutions, processes, values – are to some extent incongruent and open to interpretation (Shapiro/Hacker-Cordón 1999). In fact, beyond the very basic idea of democracy as “rule by the people” (Encyclopedia Britannica 2023), all ‘real existing’ democracies are “democracies with adjectives” (Collier/Levitsky 1997) – liberal, delegative, participative, direct etc. – emphasizing different values and developing different practices within similar institutions to make it work. Blokker (2010: 6–10) therefore suggests the notion of “multiple democracies” to emphasize the variety of “democratic grammars” that co-exist both within and across democratic polities.

Throughout its history, democracy was, and still is, both a set of institutions and practices and an ideal. Procedural models of democracy that focus on institutions and formal processes largely ignore the power of democracy as an ideal, the utopian vision of a better world beyond the mechanics of how democracy works in the here and now. Yet democratic imagination is essential for the vitality of democracy and a driving force that mobilizes people to stand up against authoritarianism, protect demo-

cracy against its enemies and find solutions for new problems (Browne/Diehl 2019; Ezrahi 2012).

By focusing on historical trajectories, language, communicative interactions and collective meaning-making, the constructivist approach is particularly suitable for the study of third-wave democratization, when democracy took hold in a large variety of countries outside the Western world where it originates.¹ Different historical experiences and frameworks of evaluation are most likely to transform the meaning of democracy, resulting in a “global divergence of democracy” (Diamond/Plattner 2001) that reflects the diversity of pathways and imaginaries that shape diverse democratization processes.

A constructivist approach also emphasizes the contested nature of democracy and democratization. During transitions, democracy is not only contested between democrats and supporters of the old regime but equally between different democratic factions who struggle over the question of what democracy should look like in their country. As Whitehead (2002) points out, these conflicts are essential for democracy to become meaningful:

“If ‘democracy’ is viewed as a contested and to some extent unstable concept, anchored through the invocation of practical knowledge and a deliberative filter of collective deliberation, then democratization can only come about through a lengthy process of social construction that is bound to be relatively open-ended.” (ibid.: 30)

While deliberating democracy as an open-ended process resonates with the ideals of a rational public sphere (Habermas 1989), it can also generate a level of uncertainty and polarization that may exceed the coping capacity of a society. Indeed, many new democracies are locked in high levels of conflict between unbridgeable positions that frequently spiral into violence and in some cases even civil war (Snyder 2000). South Africa is an illuminating example of this transitional struggle. The country engaged in an extensive public debate about its past and future, most visibly manifested in the Truth and Reconciliation Commission. However, South Africa is also marred by extremely high levels of violence, indicated by high crime rates and

1 Arguably, there have been numerous ancient examples of small-scale democracies, for example in African communities or the Indus valley civilization. However, it was Athenian democracy that left us with a rich body of philosophical discourses that still shape our ideas of democracy today (Isakhan/Stockwell 2012).

recurring attacks against immigrants from neighbouring countries (Gready 2010; Lieberman 2022).

3. *Investigating the Meaning of Democracy*

Despite the frequently emphasized importance of qualitative research to arrive at a more nuanced and context-sensitive understanding of how citizens perceive democracy, only a very small number of qualitative studies exist so far. For example, van Wessel (2010, 2017) conducted semi-structured interviews with citizens in the Netherlands to investigate political disaffection and citizens' notions of political responsiveness. Her material reveals a "clash of rationalities" (Wessel 2010: 513) between policies and the lifeworlds of citizens. Though citizens' complaints often remain a "poorly aggregated set of diverse demands" (ibid.: 521), people's views also suggest new avenues of problem-solving that would be a valuable resource for effective policy making.

Schaffer's (2000) study on the meaning of democracy in Senegal is the most thorough investigation into the impact of culture on the interpretation of democracy in a non-western context. Taking a language-centred approach, Schaffer shows how the translation of the word 'democracy' into the indigenous word 'demokrataasi' shifts and transforms its meaning, absorbing the existing norms and practices. Schaffer doubts whether there is a universal notion of democracy. Instead, he draws on Wittgenstein's concept of 'family resemblances' whereby cases overlap with some but not with others, although ultimately all cases are recognized as 'democracy'.

The present paper aims to contribute to this strand of qualitative research into citizens' perceptions of democracy. Focusing on South Africa, a new democracy in the Global South, the paper provides insights into democratization as a process of making sense of democracy. The analysis presented here is part of a larger comparative project on "Media, Conflict and Democratisation"² that investigates the dynamics and impact of public communication during democratization conflicts, i.e. conflicts that accompany, and are triggered by, democratic transitions (Voltmer 2019).³

2 www.mecodem.eu.

3 The project has received funding from the European Union's Seventh Framework Programme, grant agreement no 613370. The project run from 1 February 2014 until 31 January 2017. Fieldwork was conducted in four countries: Egypt, Kenya, Serbia and

We conducted semi-structured interviews with political activists who were selected as interview partners because of their central role in shaping public discourses in contemporary South Africa (Brooks et al. 2020). Unlike politicians, political activists are lay persons who engage in political matters voluntarily. It can therefore be assumed that their views are close to the everyday epistemologies that are shared by ordinary citizens. Semi-structured interviews are particularly suitable to encourage focused, yet unrestricted responses to a set of questions related to the respondents' political work and their views on various political issues (Arksey/Knight 1999). Fieldwork was undertaken during August and September 2015. The interviews were conducted in English⁴ and transcribed in full⁵. On average, they lasted 62 minutes, ranging from ca. half an hour to ca. two hours.

All participants were actively involved in two major democratization conflicts that dominated South Africa's public agenda during the project. First, service delivery conflicts describe a variety of protests by poor, mainly urban populations demanding access to basic goods, such as water, sanitation, electricity and housing. Service delivery protests have become a permanent feature of South African politics with an estimated 13,000 protest events per year. Many of these protests involve violence ranging from burning tyres to destroying infrastructure. Protests intensified in 2014 and have seen recurrent waves ever since (Duncan 2016; Twala 2014). The second democratization conflict of the study is a single event, the State of the Nation Address (SONA) 2015. The annual speech to the South African parliament given by then President Jacob Zuma was disrupted by members of the Economic Freedom Fighters (EFF) to protest against the corruption and inefficiency of the Zuma government. Protesting MPs were removed from parliament by undercover police forces and the broadcast transmission of the speech was interrupted. This response was widely regarded as authoritarian interference by the executive and triggered a nationwide de-

South Africa, and included interviews with three sets of actors: politicians, political activists and journalists. The present paper builds on the work package "Civil society, political activism and communications in democratisation conflicts" led by Herman Wasserman (University of Stellenbosch); fieldwork in South Africa was led by Tanya Bosch (University of Cape Town).

- 4 The decision to limit sampling to English speaking interview partners was taken for practical reasons, but it has to be kept in mind that this excludes individuals who only speak indigenous languages.
- 5 Speech features, such as pauses or 'ums' and 'ers' were omitted, but individual sentence constructions and expressions were not altered.

bate about state power and freedom of speech (Chuma et al. 2017; Sorensen et al. 2019).

The sample of interview partners was obtained in a two-step process starting from compiling civil society organizations that were involved in one or both of the democratization conflicts mentioned above. Within these organizations, we identified activists who took the lead in organizing campaigns or protests. The resulting sample consists of 26 interviews⁶ that reflect a reasonably good balance of socio-demographic categories. Several interviewees came from a very disadvantaged background and had hardly any formal school education, while others were from middle-class backgrounds with well-paid professions, such as lawyers. There is a slight over-representation of male interview partners (15 male, 11 female). Most respondents chose not to have their race recorded, but the majority were black or coloured (for more detailed information about the sample see Appendix).

This analysis focuses on the responses to a specific question within the interview that invited participants to reflect on the meaning and quality of democracy. The question wording was: “What is your impression of the current state of democracy in South Africa? What has been achieved, and what are the shortcomings?” The wording discourages responses that reproduce learned knowledge and focuses instead on the participants’ observations and thoughts. Statements about the state of democracy that were expressed elsewhere in the interview were also included in the corpus of text. The coding was assisted by the software programme NVivo and combined deductive and inductive concepts. In the first round, the material was coded into broad categories describing the quality of democracy (Bühlmann et al. 2012; Diamond/Morlino 2005). In a second round, these categories were broken down into specific arguments.

The section that follows presents the results of the second round of analysis. After a brief overview of people’s general evaluation of democracy, the analysis focuses on one aspect that dominates the narratives about democracy across all interviews: freedom. While this restriction of the epistemic scope of democracy excludes other dimensions, it allows for the detailed, comprehensive investigation of people’s understanding of democracy that is missing in other standardized approaches, such as surveys. Where appropriate, the arguments and viewpoints of our interview part-

6 The initial sample consists of 28 interviews. However, two interviews were excluded because of technical problems in the relevant parts of the interviews.

ners are embedded in current theoretical debates concerning the meaning of freedom. The aim is not to determine whether people's views are correct but to show how certain themes and arguments resonate in both everyday and philosophical discourses.

4. Evaluation of Democracy: A Glass Half Empty

About two decades after the end of the apartheid regime, the activists of our sample provide a rather mixed evaluation of the new democratic dispensation, as one participant summarizes it: "Democracy is 5 points out of 10" (A22). On the positive side, many respondents are aware of the remarkable journey their country has taken since the end of the apartheid regime. They acknowledge that "we have achieved a lot. We have achieved a transition, a fairly successful transition" (A15) which did not end in civil war and revenge killings as many had feared. Participants also value the construction of "the democratic architecture" (A18), encompassing the institutions of governance, elections and the rule of law.

In particular, the Constitution is referred to with reverence and pride. With its extensive protection of civil liberties, the inclusion of socio-economic rights and numerous institutional safeguards against state power, South Africa's constitution prides itself on being "one of the most progressive in the world" (South African Government 2023). The commitment to humanist values enshrined in the constitution delineates a vision of the South African society that motivates activists to fight for a better future:

"What guides us is our constitution, we always want to uphold our constitution to ensure that it does not become a useless paper ... Our constitution moves us forward. Should our constitution be fully implemented, we are going to live in a just society, we are going to live in an equal society. Let's all be respected as human beings irrespective of the colour of your skin, irrespective of your race." (A23)

However, almost all respondents point to the huge gap between the ambitions of the constitution and reality, between promises and implementation. Some respondents have only cynical words for the idea of democracy in South Africa. Their responses are marked by disappointment and bitterness. They call South Africa's democracy a "so-called democracy, ... a lie" (A28) or even deny its existence altogether: "I think the word democracy in South Africa is a joke. I think there's no democracy." (A07)

This is a shattering judgment, and although it is expressed in extreme words, it echoes the views of many other individuals we interviewed. What is the reasoning behind these judgments? What values and principles do respondents draw upon when justifying their view of democracy?

5. *Democracy Means Freedom*

Across all of the interviews with activists, freedom is the dominant point of reference that frames their understanding and evaluation of democracy. Other principles, such as equality, accountability and outcomes, follow with some distance and are, as will be shown below, closely linked to the idea of freedom.⁷ Freedom was the grand narrative that mobilized decades of resistance to the apartheid regime. From the Freedom Charter of 1955 to Nelson Mandela's autobiography titled "Long Walk to Freedom" (2013), the call for freedom encapsulates both memories of past struggles and visions of the future (Brooks et al. 2020). However, like democracy, freedom is a contested concept whose meaning is 'constructed' through multiple layers of discourses that (re-)interpret an ideal with universal appeal within a domestic context.

The following analysis explores how participants of our study understand freedom and how this affects their perception of democracy. Successive coding processes as described in the previous section revealed three clusters of the meaning of freedom:

- Freedom as civil liberties
- Freedom as equality
- Freedom as a decent life

5.1 Freedom as Civil Liberties

In a country that excluded the majority of the population from most physical and social spaces with the sign "Whites only", the newly-won freedom is felt in a very concrete way in everyday life. Black people are now free

7 The same pattern can be found in the interviews with politicians and journalists, which are not included in the present analysis. This uniformity across different types of actors indicates that the interpretation of democracy as freedom is the dominant narrative in South Africa.

to make choices about their own lives. They are able “to live where they want to and do what they want to” (A18). In a very fundamental way, this has restored their humanity and autonomy which was denied to them under apartheid. Freedom from racial discrimination also opens up social relationships that would have been impossible before, as a black participant points out to a white interviewer: “that now we’re able to, like now, sitting with you right now, it was something that was difficult in apartheid.” (A14)

Beyond regaining agency over one’s personal life, freedom also means being a citizen. Civil liberties such as the freedom of speech, that “give[s] people a platform to speak out” (A09), and freedom of assembly, “the freedom to join and not to join” (A22), enable people to actively take part in public life and have their voices heard. However, for many activists, these civil liberties are fragile and at risk of being undermined by an increasingly oppressive state. Activists who are involved in freedom of information campaigns saw the events surrounding the State of the Nation Address as indicative of what one participant called “state dictatorship” (A26). In their view, the removal of protesting MPs from parliament with police forces revealed the “true character of our state” (A03).

Street protests are another arena where the state becomes an oppressive force, as protesters are frequently met by “extremely aggressive and repressive responses from whoever holds power” (A08). A turning point in the public perception of the state was an event in August 2012 that became known as the Marikana massacre. After a weeks-long wild strike at a platinum mine, police opened fire at the protesting workers, killing 34 and injuring 78 (Alexander 2013). Witnessing state violence of this scale was a shock for the country. History seemed to repeat itself. For many, Marikana triggered memories of the massacres in Sharpeville in 1960 and during the Soweto uprisings in 1976 that became synonymous with the brutality of the Apartheid regime. The fact that Marikana happened in a democratic state only indicates that the old forces of oppression were still at work under the surface of democratic institutions:

“We cannot deny the ANC take-over being a democratic state ... has been a massive change. But again, the fundamental power structures have not been addressed, so those very systems that existed then take over the system without changing it. Certain things are replicating themselves. For me that is why Marikana is such a huge thing because before Marikana I saw a lot of mini Marikanas and I see them every single day.” (A21)

Facing the danger of authoritarian state power, many participants regard South Africa's civil society, of which they are an active part, as a protective force. Otherwise, "this government will take us to slavery". (A26)

These arguments that understand democratic freedom as civil liberties are aligned with the liberal conceptualisation of negative freedom (Berlin 1966). In this school of thought, freedom manifests itself in the absence of external coercion, be it by political, religious or other powers, that would interfere with the autonomy of the individual and their right to make choices about their own lives. Another central element of the liberal conception of freedom is the perception of the state as an antagonistic force that has to be held at bay. Many of our participants are deeply suspicious about the state as a continuation of the apartheid state, which, hidden under a democratic veneer continues to be a threat to freedom.

5.2 Freedom as Equality

The following statement takes a very different perspective on freedom:

"So how can they say there is democracy when there is no freedom? Because it's still that there is no freedom yet for our community because the rich is getting richer and the poor is getting poorer. So that is my opinion from democracy." (A02)

Here, democracy, freedom and socio-economic equality are put into one equation: just as there is no democracy without freedom, there is no freedom without equality. The expression 'the rich are getting richer and the poor are getting poorer' is used by many participants when they talk about inequality and the injustices associated with it. It expresses frustration, despair, and even resignation about the continuing socio-economic division of South Africa's society. For some, the parameters of inequality have shifted: "There is a new kind of apartheid, if you like, but it's at class level" (A07); for others, it is the same old evil: "the exploitation of black people" (A21).

The relationship between freedom and equality has long been disputed amongst democratic theorists. Following the thinking of John Locke, traditional libertarians maintain that there is an unsurmountable tension between freedom and equality. The freedom to acquire and use property inevitably results in inequality of wealth, as some individuals are more successful at making use of their resources than others. Redistributive policies are rejected as interference with individual freedom while opening

avenues for undue state power (Hayek 1944). In a similar vein, procedural approaches to democracy confine the principle of equality to a set of institutions and practices, in particular free and fair elections. The assumption is that effective equality of formal representation is sufficient to address societal inequalities regarding class, race and gender (Bühlmann et al. 2012; Munck 2016).

The participants of our study could not disagree more. For them, inequality contradicts democratic ideals and even poses a threat to democratic development for several reasons.

First, inequality negates the intrinsic value of the person whose needs and aspirations deserve equal recognition. As a relational concept, (in)equality manifests itself in the distribution of a resource that is valued amongst the members of a society, be it wealth, power, fame or something else (Anderson 2018). If a society values physical appearance, then beautiful people rank high in public esteem. Meanwhile, if it is economic wealth, then those who are poor not only have to cope with the hardships of daily life but also with societal neglect or even contempt. Consequently, as several participants point out, “the poor and the working class do not count in society” (A28), they “are made invisible and treated beneath the law” (A28), they are treated “with disregard” (A06). The interviews are full of stories about disrespectful treatment by political officials. For many activists, measures to strengthen the self-esteem of poor citizens, inform them about their rights and enable them to speak up in front of authority is therefore one of the most important aims of their work.

Further, socio-economic inequality not only affects the social standing of a person, but also their effectiveness as a citizen vis-à-vis power institutions, thus undermining the very civil liberties that are afforded to the individual under the new democratic order:

“There is a saying that says: ‘Justice is one thing and equality is something else’. So justice does not mean equality, whether you like it or not, we are not equal based on the constitution. The constitution can say ‘We are all equal in front of the law’, but even in front of the law we are not equal. Those with resources are more equal than those who do not have. That’s a matter of reality.” (A05)

This statement, which many disadvantaged people in advanced democracies would equally subscribe to, challenges the assumptions of the procedural approach to equality and democracy. The experience that cognitive capabilities and the ability to pay for professional advice can bend the

effectiveness of equal justice has eroded this participant's trust in the rule of law. For him, procedural inequality is a fact of life.

Finally, inequality does not only divide a population into rich and poor but it also results in a divided democracy where, for some people, the realization of democratic rights and opportunities is severely restricted. Meanwhile, others can employ their citizenship effectively to exercise influence on political decision-making. A participant who describes himself as a male, white, middle-class person is aware of the differences in the democratic experience between people like himself and those who are less privileged:

“The quality of democracy for people like me is very rich, very rich indeed. It becomes less rich the further down the food chain we go.” (A08)

Another participant in a similar position points out the flaws of unequal representation but is confident that the dynamics of party competition and electoral realignment will eventually result in a more democratic and more representative system:

“I think democracy is extremely messy and in a country as unequal as ours – and as I would argue, politically dysfunctional in the sense that the majority party doesn't represent the majority interests very well. It's going to be messy and conflictual and we have to ride that out looking at quite a long timeline of election cycles and at what point does the ANC reform, at what point do other parties secure big enough numbers of votes and enough consensus to form alternative governments. That's all good ... That's what democracy is – regime change. It's like: 'Alleluia, let's do that'.” (A03)

The optimism of this person is infectious and even more remarkable as he is an ANC supporter. For the sake of the democratic development of the country, he knows that it would be best for the ANC to split up so that other parties may form new majorities which would be more responsive to the needs and demands of their voters.

There is markedly less enthusiasm and hope among participants from disadvantaged backgrounds. In their experience, “the ANC focuses on a certain elite, so the economy is only enjoyed by a certain number of people” (A23). Being in power and having to deal with the multiple pressures of diverging interests has detached the ANC from its main electoral basis in the townships; the party has “turned its back on its own constituencies

and that's the poor and the working class." (A18) A significant number of ANC leaders have become enormously rich, often using their access to resources and networks to enrich themselves, family members and friends. As a consequence, politicians are no longer seen as representative, i.e. being like those they are representing (Dovi 2014), and therefore less able to act on behalf of their voters, as this emotional statement demonstrates:

"They don't really have a heart to help people in that way because they were never in that situation. They have always had money, there was always food put on the table, they always had a job. Unlike us, we had to struggle to have what we have today." (A24)

Because of the broken link between large sections of the electorate, especially at the lower end of the socio-economic spectrum, and their representatives, many citizens have lost trust in the effectiveness of elections. While the ANC still secures absolute majorities, though by an ever-smaller margin, street protest has become the major avenue for the poor population to express their demands. Almost all activists in our sample have been involved in organising these protests which they regard as "the only language they [politicians] understand" (A28). In these processes of public mobilization activists claim to be the true representatives of the people, their "mouths and ears and eyes" (A04), the true "voice of the people on the ground" (A12). The broad mobilization of citizens beyond elections is often regarded as an indication of the vitality of South Africa's democracy. However, the shift of the "representative claim" (Saward 2006) from electoral institutions to civil society organizations also points to the crisis of representation and the deep split of South Africa's society: While the poor blockade roads, wealthy motorists follow instructions issued by the public service broadcaster SABC to avoid delays – and the sight of angry, violent crowds.

Thus, the way in which South African activists experience and understand democracy establishes a close link between freedom and equality. For some, it is even the same; for others, the sharp socio-economic inequalities constitute a threat to democracy because it prevents large parts of the population from taking ownership of their citizen rights. These views correspond with a strand of political theory that takes a counter-position to the libertarian and procedural conceptualizations of freedom mentioned above. Beetham (2004) maintains that freedom that cannot be fully exercised because of a lack of capacities and resources loses its value. Hence, civil and political rights cannot be separated from economic and social

rights. Other authors go even further by arguing that both sets of rights reinforce each other since diminishing one would compromise the other (Dworkin 1996; Steiner 2018). There is empirical evidence that the influence of well-educated and well-off citizens on political decision-making exceeds their electoral power by far, thus translating socio-economic power into political power (Schlozman, Brady, and Verba 2020). What is more, through their ability to shape public discourse in the media, the more privileged sections of society can secure cultural hegemony whereby their norms and narratives become the dominant frame for evaluating the status quo (Rueschemeyer 2004). For example, the celebration of the emergence of a new black middle class in South Africa has promoted a narrative that attributes success to individual abilities and determination, implying that everybody has the opportunity to make the best of the new freedoms. Hence, the poor eventually bear responsibility for their situation (Southall 2016).

5.3 Freedom as a Decent Life

However, how equal is equal? The norm of ‘one wo/man one vote’ allocates the same electoral weight to any individual ballot. Yet there is no similarly legitimate measure to determine social and material entitlements. The question as to what is regarded as an acceptable level of inequality and what is too much thus has to be negotiated in each society: Is the emphasis on equal opportunities rather than outcomes? Is the desired equality of wealth defined by equal distribution or sufficiency of resources? What role does the state play in achieving equality?

Only a few interviewees address these questions explicitly. It appears that due to its centrality in public discourse in South Africa, the meaning of equality is largely taken for granted. The thoughts expressed in the following statement capture several fundamental issues about the relationship between freedom and equality:

“As long as we still have people living without water and electricity, then we don’t have freedom. We don’t need to all live in same conditions, we cannot obviously. We’re not saying that we live in suburb houses with nice white sheets. But what we need to have is something other people have: decent living. So if we can all have decent living then that means we’re there.” (A14)

Leaving behind the anger about the highly unequal distribution of wealth in South Africa, this participant rejects the idea of everybody having the same. Instead, he claims that the availability of basic provisions is a manifestation of freedom. He also defines the fundamental moral value on which this claim is based: a decent life. Both arguments appear in several other interviews and shed light on how people in South Africa understand freedom and its link to material resources. Many believe that the arrival of democracy is marked by the provision of basic goods, thus setting people free:

“We are not asking for much. We are asking for toilets and proper shelter, not the zinc structures that are here. We are asking for tarred roads, we are asking for lights. We also want to enjoy democracy, the freedom that everyone is enjoying.” (A23)

In the light of the conceptual fusion of democracy, freedom and redistributive justice that comes to the fore in many interviews, service delivery protests can be understood as people’s demand for a full transition to democracy; or as one participant puts it: “democracy [should] become wholesome” (A22). Freedom essentially means freedom from poverty and democracy means the end to a system that systematically excluded the majority of the population from access to basic commodities and services. During apartheid, poverty was experienced as an instrument that the regimes used to control the black majority. Overcoming poverty was therefore a major motivation for the anti-apartheid struggle.

“I grew up in Soweto ... and we thought we were fighting for the right thing. We thought we were fighting, you know, to enjoy the fruits of the struggle. And it turned out to be not as I expected. I don't know about others, but from my side it's not what I expected what I see today ... We were fighting to have a better life for all. I don't see any better life for all at all.” (A10)

This statement expresses the big disappointment of many South Africans about the post-apartheid transition, which did not fulfil their hopes for a better life. Since poverty is so closely associated with the injustices of the apartheid regime, its continuation after 1994 puts the democratic transition into question and for some “it’s apartheid in reverse ... it’s still apartheid.” (A04)

Besides the government’s failure to alleviate poverty, service delivery protests were further fuelled by the introduction of a new policy that

charged for the supply of water and electricity. The notion of freedom again provides a powerful narrative in the fight against the marketization of basic services.

“The government was promising that everything is going to be free, like water, they’d have water free, health, you know, housing and all these things you know ... But now as the years go by these things were changed. This is the struggle that we have to carry it on. And so we must claim what belongs to us.” (A12)

In the popular imagination, freedom as access to basic goods takes on the meaning of ‘for free’, undoubtedly fostered by electoral promises over the past decades. However, beyond government rhetoric, there is a strong feeling that resources like water and electricity are public goods, provided by nature, just as the air we breathe. As public goods, electricity and water belong to everybody and therefore cannot be charged. Their supply should be governed by human needs rather than market price. In some cases, people even take things into their own hands by reclaiming what they regard as their democratic rights:

“There is no democracy besides creating your own. There are hardly any services like water, sanitation and electricity in settlements ... Now, we have created our own service delivery. We will not steal water, we will go to the hardware store and get pipes and connect our own because we know where the main pipes go as we have our own plumbers ... We also connect our own electricity. We did this to liberate ourselves and to create our own democracy.” (A28)

This is quite a radical step: tapping water pipes and electricity connections as an act of liberation and democracy from below!

Theories of the quality of life have addressed similar issues revolving around the link between freedom and material goods, both in the context of advanced Western democracies and in societies of the Global South (Nussbaum/Sen 1993). Sen (1995) argues that freedom and resources have to be distinguished as two different concepts. Freedom is about the choices a person can make in their life. In other words, the freedom to choose is the ultimate end of a ‘good life’, resources are a means to achieve those choices. Sen would therefore reject the view expressed by several interview partners who equate resources such as electricity, clean water and housing with the value of freedom. Instead, Sen proposes an approach that focuses on capabilities as the opportunities of choosing to be or do something rather

than the means to support these choices. These capabilities are regarded as “real or substantive freedoms” that allow a person to flourish and realise their potential (Robeyns/Byskov 2023).

However, distinguishing between means and ends is less clear-cut when looking at concrete examples. As a major avenue for citizen participation, democratic elections are an end in their own right. However, they are also a means to select leaders who act on behalf of their voters. Similarly, Nussbaum’s list of capabilities can be interpreted as a set of interlocking ‘factors’ (means) that together constitute a good life (end). For example, health is a valuable end in itself, but also a precondition, or means, for a range of human activities.

For the poorest of South Africa’s society, a distinction between means and ends, resources and freedom does not make sense, because freedom is meaningless if one does not have the resources to make choices beyond mere survival. Throughout the interviews, the demands for basic commodities and services are rarely legitimized by the choices people would make if given the opportunity – travelling, becoming an architect, running a restaurant etc. To have these options seems to be beyond their imagination. Instead, respondents legitimize their demands with something more fundamental, namely the recognition of their dignity as human beings. Hence, the demands for resources are not to be seen as requests for hand-outs but as claiming constitutional rights: People “have a right to these things. It’s their dignity and it has to be respected.” (A23)

Indeed, it is the struggle for respect and dignity that motivates activists to get involved in service delivery campaigns: “to make sure that people even if they’re in informal settlements, live dignified lives. That’s the ultimate goal” (A06); or “the integrity of the person was the centre of what the fight [against water cut-offs and evictions] was about” (A01). Boycotts, street protests and other actions are aimed at getting the government to recognize that “this is people and not animals” (A02).

One participant describes, in a rather drastic way, how the material conditions of lacking water and sanitation affect human dignity in a day-to-day situation. What is also striking in this statement is the seamless connection between poor sanitation and democracy:

“It’s appalling to me that there are still communities that do not have access to adequate toilets, adequate sanitation. Instead, people are being given portable toilets ... This is how reality is like: I’m staying in this one room here and you are my visitor. Now, there is no toilet here, now you

want to use the toilet, how would you feel then I'll give you a portable toilet half full of my shit, you just want to pee – you must use that. Come on, where is your dignity as a person! But that's democracy, you know.” (A05)

In the course of reading through these interviews, you learn a lot about toilets: how different models protect or don't protect, privacy and how a lack of toilets affects both the safety of women and the relationship between generations living in one room. These experiences make it clear that dignity is not just an abstract concept of moral philosophy; rather, it is rooted in physical well-being and the means we have to care for and protect our bodies.

In these struggles, the state often seems to be reduced to a service provider, something like a company that has been contracted to deliver certain goods by an agreed time. There is a strong sense of entitlement that legitimizes itself through the suffering experienced during the apartheid regime. Moreover, the demand for basic goods draws much of its energy from the values and principles that underpin democracy, such as freedom and equality. The appeal of democracy is essentially the hope for a better life and a better society – a society where the value of human beings is acknowledged and protected by the provision of the material and structural conditions that would allow individuals to flourish. Thus, the persistence of inequality and poverty makes several of our interview partners doubt whether South Africa can be called a democracy.

6. Conclusion

This paper took a bottom-up perspective on the meaning of democracy and democratization. By asking people to explain in their own words what they think about democracy, we can better understand the reasoning behind their perceptions – something which is lost in more standardized interview techniques, such as surveys. Listening to the opinions and experiences of South African political activists reveals a conception of democracy that sounds at once familiar and strange, like a shared language spoken in a peculiar dialect. For South Africans, the meaning of democracy revolves around central concepts that can be found in any textbook about democratic theory and are part of an epistemic core of democracy that is universally shared. At the same time, these concepts are re-interpreted and 'domesticated' within the framework of the country's historic and current struggles,

resulting in a specific meaning of democracy that differs from mainstream liberal models.

In South Africa, freedom has established itself as the grand narrative that provides people with an interpretative framework to express their hopes and expectations and to evaluate the achievements of the country's transition. Freedom was the driving force that motivated the struggle against the apartheid regime, and it remains the driving force in today's political controversies. Carrying the narratives of past, present and future, freedom becomes an exceptionally broad concept that comprises liberal ideas of individual autonomy, a strong emphasis on socio-economic equality and demands for policy provisions to ensure a decent life for all. With such a broad range of meanings, freedom is the central building block of the country's vision of a better, democratic future. However, the close link between freedom, equality and outcomes also bears risks, as the failure of the government to alleviate poverty is perceived as a failure of democracy itself.

While the scope of the analysis of this paper is limited to civil society groups in post-apartheid South Africa, the findings raise broader questions about the conceptualization of democracy in an age when citizens worldwide call for democratic change but also challenge the legitimacy of existing democratic arrangements. One conclusion that can be drawn is that a procedural model that confines the meaning of democracy to institutions and formal processes does not resonate in the imagination of most citizens. The democratic promise is a promise of a better society and a better life where freedom means that individuals have the opportunity to flourish. Thus, outcomes have to be an integral part of any conceptualization of democracy. However, the arguments brought forward by the participants of this study indicate that outcomes have a deeper meaning beyond material gains, as people's living conditions are associated with demands for recognition, individual dignity and effective citizenship. Finally, divergent conceptions of the meaning of democracy highlight its contested nature and openness to different interpretations and practices. Indeed, the ability to engage in renegotiating and reimagining democratic principles and goals is essential for democracy to adapt to different contexts and new challenges.

References

- Alexander, Peter. 2013. 'Marikana, Turning Point in South African History'. *Review of African Political Economy* 40(138): 605–19.
- Anderson, Elizabeth. 2018. 'Freedom and Equality'. In *The Oxford Handbook of Freedom*, eds. David Schmidtz and Carmen E. Pavel. New York: Oxford University Press, 90–105.
- Arblaster, Anthony. 2002. *Democracy*. 3rd ed. Buckingham: Open University Press.
- Arksey, Hilary, and Peter T. Knight. 1999. *Interviewing for Social Scientists: An Introductory Resource with Examples*. Los Angeles, CA: Sage.
- Beetham, David. 2004. 'The Quality of Democracy: Freedom as the Foundation'. *Journal of Democracy* 15(4): 61–75.
- Berger, Peter L., and Thomas Luckmann. 1990. *The Social Construction of Reality: A Treatise in the Sociology of Knowledge*. New York: Anchor Books.
- Berlin, Isaiah. 1966. *Two Concepts of Liberty*. Oxford, UK: Clarendon Press.
- Blokker, Paul. 2010. *Multiple Democracies in Europe: Political Culture in New Member States*. London & New York: Routledge.
- Bratton, Michael, and Robert Mattes. 2001. 'Support for Democracy in Africa: Intrinsic or Instrumental?' *British Journal of Political Science* 31(3): 447–74.
- Brooks, Heidi, Trevor Ngwane, and Carin Runciman. 2020. 'Decolonising and Re-Theorising the Meaning of Democracy: A South African Perspective'. *The Sociological Review* 68(1): 17–32.
- Browne, Craig, and Paula Diehl. 2019. 'Conceptualising the Political Imaginary: An Introduction to the Special Issue'. *Social Epistemology* 33(5): 393–97.
- Bühlmann, Marc, Wolfgang Merkel, Lisa Müller, and Bernhard Weßels. 2012. 'The Democracy Barometer: A New Instrument to Measure the Quality of Democracy and Its Potential for Comparative Research'. *European Political Science* 11(4): 519–36.
- Chuma, Wallace, Tanja Bosch, and Herman Wasserman. 2017. 'The Media, Civil Society and Democracy in South Africa: State of the Nation Address 2015'. *Communication* 43(2): 93–108.
- Collier, David, and Stephen Levitsky. 1997. 'Democracy with Adjectives: Conceptual Innovation in Comparative Research'. *World Politics* 49(3): 430–51.
- Dahl, Robert Alan. 1989. *Democracy and Its Critics*. New Haven, CN: Yale University Press.
- Diamond, Larry, and Leonardo Morlino. 2005. *Assessing the Quality of Democracy*. Baltimore, MD: Johns Hopkins University Press.
- Diamond, Larry, and Marc F. Plattner. 2001. *The Global Divergence of Democracies*. Baltimore & London: Johns Hopkins University Press.
- Doorenspleet, Renske. 2015. 'Where Are the People? A Call for People-Centred Concepts and Measurements of Democracy'. *Government and Opposition* 50(3): 469–94.
- Dovi, Suzanne. 2014. 'Political Representation'. *The Stanford Encyclopedia of Philosophy*. <http://plato.stanford.edu/archives/spr2014/entries/political-representation/> (August 18, 2015).

- Duncan, Jane. 2016. *Protest Nation: The Right to Protest in South Africa*. University of KwaZulu-Natal Press.
- Dunn, John. 1993. *Democracy: The Unfinished Journey, 508 BC to AD 1993*. Oxford: Oxford University Press.
- Dworkin, Ronald. 1996. 'Do Liberty and Equality Conflict?' In *Living as Equals*, ed. Paul Barker. New York: Oxford University Press, 39–57.
- Encyclopedia Britannica. 2023. 'Democracy | Definition, History, Meaning, Types, Examples, & Facts'. <https://www.britannica.com/topic/democracy> (June 19, 2023).
- Ezrahi, Yaron. 2012. *Imagined Democracies: Necessary Political Fictions*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gready, Paul. 2010. *The Era of Transitional Justice: The Aftermath of the Truth and Reconciliation Commission in South Africa and Beyond*. Abingdon: Routledge.
- Habermas, Jürgen. 1989. *The Structural Transformation of the Public Sphere: An Inquiry Into a Category of Bourgeois Society*. Cambridge, UK: Polity.
- Hayek, Friedrich August. 1944. *The Road to Serfdom*. Abingdon & New York: Routledge.
- Held, David. 2006. *Models of Democracy*. 3rd ed. Stanford, CA: Stanford University Press.
- von Holdt, Karl. 2013. 'South Africa: The Transition to Violent Democracy'. *Review of African Political Economy* 40(138): 589–604.
- Huntington, Samuel P. 1991. *The Third Wave: Democratization in the Late 20th Century*. Norman: University of Oklahoma Press.
- Isakhan, Benjamin, and Stephen Stockwell. 2012. *Edinburgh Companion to the History of Democracy*. Edinburgh, UK: Edinburgh University Press.
- Johnson-Cartee, Karen S. 2005. *News Narratives and News Framing: Constructing Political Reality*. Lanham, MD: Rowman & Littlefield.
- Krastev, Ivan, and Stephen Holmes. 2019. *The Light That Failed: A Reckoning*. London: Penguin UK.
- Kruse, Stefan, Maria Ravlik, and Christian Welzel. 2019. 'Democracy Confused: When People Mistake the Absence of Democracy for Its Presence'. *Journal of Cross-Cultural Psychology* 50(3): 315–35.
- Leeds-Hurwitz, Wendy. 2016. 'Social Construction'. In *Oxford Bibliographies in Communication*, ed. Patricia Moy. DOI: 10.1093/OBO/9780199756841-0106. <https://www.oxfordbibliographies.com/display/document/obo-9780199756841/obo-9780199756841-0106.xml> (June 8, 2023).
- Lieberman, Evan. 2022. *Until We Have Won Our Liberty: South Africa after Apartheid*. Princeton and Oxford: Princeton University Press.
- Mandela, Nelson. 2013. *Long Walk To Freedom*. London: Little, Brown.
- Mkhize, Mbekezeli C. 2015. 'Is South Africa's 20 Years of Democracy in Crisis? Examining the Impact of Unrest Incidents in Local Protests in the Post-Apartheid South Africa'. *African Security Review* 24(2): 190–206.

- Moosa, Mikhail, and Jan Hofmeyr. 2021. 'South Africans' Trust in Institutions and Representatives Reaches New Low'. *Africa Portal*. <https://www.africaportal.org/publications/south-africans-trust-institutions-and-representatives-reaches-new-low/> (May 5, 2022).
- Munck, Gerardo L. 2016. 'What Is Democracy? A Reconceptualization of the Quality of Democracy'. *Democratization* 23(1): 1–26.
- Nussbaum, Martha, and Amartya Sen. 1993. *The Quality of Life*. Oxford & New York: Oxford University Press.
- Project, Borgen. 2020. 'Poverty on the Rise in South Africa'. *The Borgen Project*. <https://borgenproject.org/poverty-in-south-africa/> (April 14, 2023).
- Robeyns, Ingrid, and Morten Fibieger Byskov. 2023. 'The Capability Approach'. In *The Stanford Encyclopedia of Philosophy*, eds. Edward N. Zalta and Uri Nodelman. Metaphysics Research Lab, Stanford University. <https://plato.stanford.edu/entries/capability-approach/> (May 5, 2023).
- Rueschemeyer, Dietrich. 2004. 'The Quality of Democracy: Addressing Inequality'. *Journal of Democracy* 15(4): 76–90.
- Saward, Michael. 2003. *Democracy*. Cambridge, UK: Polity.
- Saward, Michael. 2006. 'The Representative Claim'. *Contemporary Political Theory* 5(3): 297–318.
- Schaffer, Frederic Charles. 2000. *Democracy in Translation: Understanding Politics in an Unfamiliar Culture*. Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Schaffer, Frederic Charles. 2014. 'Thin Descriptions: The Limits of Survey Research on the Meaning of Democracy'. *Polity* 46(3): 303–30.
- Schedler, Andreas, and Rodolfo Sarsfield. 2007. 'Democrats with Adjectives: Linking Direct and Indirect Measures of Democratic Support'. *European Journal of Political Research* 46(5): 637–59.
- Schlozman, Kay Lehman, Henry E. Brady, and Sidney Verba. 2020. *Unequal and Unrepresented: Political Inequality and the People's Voice in the New Gilded Age*. Princeton and Oxford: Princeton University Press.
- Schmitt-Beck, Rüdiger, and Christiane Grill. 2020. 'From the Living Room to the Meeting Hall? Citizens' Political Talk in the Deliberative System'. *Political Communication* 37(6): 832–51.
- Searle, John R. 1995. *The Construction of Social Reality*. London: Penguin.
- Sen, Amartya. 1995. *Inequality Reexamined*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Shapiro, Ian, and Casiano Hacker-Cordón. 1999. *Democracy's Edges*. London, UK & New York, NY: Cambridge University Press.
- Snyder, Jack L. 2000. *From Voting to Violence: Democratization and Nationalist Conflict*. New York: Norton.
- Sorensen, Lone, Heather Ford, Walid Al-Saqaf, and Tanja Bosch. 2019. 'Dialogue of the Deaf: Listening on Twitter and Democratic Responsiveness during the 2015 South African State of the Nation Address'. In ed. Katrin Voltmer et al. Basingstoke, UK: Palgrave Macmillan, 229–54.

- South African Government. 2023. 'The Constitution'. <https://www.gov.za/constitution/> (August 11, 2023).
- Southall, Roger. 2016. *The New Black Middle Class in South Africa*. Suffolk (UK): James Currey.
- Steiner, Hillel. 2018. 'On the Conflict between Liberty and Equality'. In *The Oxford Handbook of Freedom*, eds. David Schmidtz and Carmen E. Pavel. New York: Oxford University Press, 76–89.
- Twala, Chitja. 2014. 'The Causes and Socio-Political Impact of the Service Delivery Protests to the South African Citizenry: A Real Public Discourse'. *Journal of Social Sciences* 39(2): 159–67.
- Voltmer, Katrin. 2019. 'Democratization Conflicts as Communicative Contestations'. In *Media, Communication and the Struggle for Democratic Change. Case Studies on Contested Transitions*, ed. Katrin Voltmer et al. Basingstoke, UK: Palgrave Macmillan, 1–31.
- van Wessel, Margit. 2010. 'Political Disaffection: What We Can Learn from Asking the People'. *Parliamentary Affairs* 63(3): 504–23.
- van Wessel, Margit. 2017. 'Citizens as Sense-Makers: Towards a Deeper Appreciation of Citizens' Understandings of Democratic Politics'. *Political Studies* 65(1): 127–45.
- Whitehead, Laurence. 2002. *Democratization: Theory and Experience*. Oxford: Oxford University Press.

Appendix

Table A1: Sampled organizations

Organization	Field of activism	Number of interviews
Abahlali baseMjondolo/ Informal Settlements in Struggle https://abahlali.org/	Housing, land reform	3
Anti Privatisation Forum https://apf.org.za/htm/03-09-09%20appeal%20solidarity.htm	Housing	3
Anti-eviction campaign https://westerncapeantieviction.wordpress.com/	Housing	2
Centre for Civil Society http://ccs.ukzn.ac.za/	Community, resources	1
Cities Alliance https://www.citiesalliance.org/who-we-are/about-cities-alliance/overview	Housing	1
Gauteng Concerned Communities https://www.facebook.com/www.gautengconcernedcommunities.org/	Community, resources	2
IndyMedia & Soweto Media Project	Community	1
Inner City Resource Centre https://icrc.org.za/	Housing, resources	1
Lawyers for Human Rights https://www.lhr.org.za/	Constitutional rights	1
Right2Know (R2K) https://www.r2k.org.za/	Civil liberties, freedom of information	6
Social Justice Coalition https://sjc.org.za/	Constitutional rights, housing	2
Socio Economic Rights Institute https://seri-sa.org/index.php/archive/archived-popular-education/262-2012	Constitutional rights	2
Soweto Electricity Crisis Committee https://www.facebook.com/people/Soweto-Electricity-Crisis-Committee/100069436606839/	Resources	1

Table A2: Profile of interview partners

ID	Gender	Position in organization	Field of activism
A01	male	Mid-level functionary	Housing
A02	female	Top-level functionary	Housing
A03	male	Active member	Civil liberties, freedom of information
A04	female	Top-level functionary	Housing
A05	male	Top-level functionary	Housing
A06	male	Active member	Constitutional rights, resources (sanitation)
A07	female	Top-level functionary	Housing
A08	male	Top-level functionary	Civil liberties, freedom of information
A09	male	Mid-level functionary	Civil liberties, freedom of information, housing
A10	female	Top-level functionary	Housing, resources (water, electricity)
A11	male	Active member	Resources (water, electricity)
A12	female	Top-level functionary	Community, resources
A13	female	Mid-level functionary	Community, resources
A14	male	Mid-level functionary	Civil liberties, freedom of information, resources
A15	male	Top-level functionary	Constitutional rights
A16	female	Mid-level functionary	Constitutional rights
A17	female	Mid-level functionary	Housing
A18	male	Mid-level functionary	Housing
A20	female	Mid-level functionary	Resources
A21	female	Mid-level functionary	Housing
A22	male	Top-level functionary	Resources (electricity)
A23	male	Top-level functionary	Constitutional rights
A24	female	Top-level functionary	Housing
A26	male	Active member	Civil liberties, freedom of information
A27	male	Active member	Civil liberties, freedom of information
A28	male	Top-level functionary	Housing

Electoral integrity and voting: The interplay of individual perceptions and contextual conditions

Christian Schnaudt, Christof Wolf

1. Introduction

Representative democracy is unthinkable without regular elections and citizens' participation in the electoral process. By providing citizens with an opportunity to actively take part in the selection of political representatives, elections not only bestow legitimacy upon governments but also invigorate the public's acceptance of the political regime as a whole (Nohlen 2014: 28). Given their important legitimizing function, elections and citizens' participation in the electoral process have long been identified as crucial yardsticks for the overall quality of democracy (van Deth 2018: 96).

Evidently, elections and voting are mutually dependent. To render voting a meaningful and worthwhile democratic activity, elections must abide by certain standards and qualities that preserve their democratic character as free and fair. Only if the electoral process lives up to such standards of electoral integrity, voting may serve its intended purpose of giving citizens an effective opportunity to select political representatives that best represent their interests. By contrast, if elections lack integrity or citizens feel the electoral process is rigged, participation in elections may evolve into a purely expressive activity while no longer representing an expedient means for influencing electoral outcomes or the direction of public policies (Carreras/İrepoğlu 2013: 611; Norris 2014: 133; Schnaudt 2023a).

These interdependencies notwithstanding, research into the integrity of elections and citizens' voting behavior has been largely disconnected. While extant studies have accumulated a plethora of findings concerning the relevance, foundations, and measurement of electoral integrity (e.g., Norris 2013, 2014; van Ham 2015) as well as the antecedents of citizens' participation in elections (e.g., Smets/van Ham 2013; Arzheimer et al. 2017), with only few exceptions the apparent nexus between both phenomena has been mostly overlooked. Accordingly, electoral integrity and citizens' perceptions pertaining to the fairness of the electoral process have not

featured prominently in explanations of individual voting behavior (see also Birch 2008: 307; Norris 2018: 223).

To date, only few studies have investigated the relationship between electoral integrity (perceptions) and citizens' propensity to vote. At the macro level, these studies find that voter turnout is higher in contexts in which elections are free from manipulation and in which the electoral process adheres to standards of electoral integrity (Simpser 2012; Norris 2014: 137–138). At the micro level, extant research shows that citizens who believe that elections are conducted in a free and fair manner are more likely to cast a vote than those who lack confidence in the integrity of the electoral process (McCann/Domínguez 1998; Birch 2010; Carreras/İrepoğlu 2013; Norris 2014: 140; Schnaudt 2023a). While these studies have provided important insights into the behavioral implications of electoral integrity (perceptions) at both the macro and micro level, they have considered the relevance of contextual-level electoral integrity and individual-level electoral integrity perceptions as antecedents of citizens' voting behavior only in isolation.

Against this backdrop, our study aims to provide a fresh perspective on the nexus between electoral integrity and voting by simultaneously considering the influence of both countries' "objective" electoral integrity, as assessed by experts, and individual citizens' electoral integrity perceptions. In doing so, the study advances our understanding of the "democratic value" of electoral integrity in contemporary political systems by offering new empirical insights on (1) the congruence between measurements of objective electoral integrity and citizens' perceptions (*Do citizens' perceptions reflect the objective integrity of elections in their country?*), (2) their relative importance in shaping citizens' voting behavior (*What matters more for citizens' participation in elections, objective conditions or individual perceptions?*), and (3) the conditionality of the individual-level relationship between integrity perceptions and voting (*Are electoral integrity perceptions equally relevant for citizens' voting behavior in contexts with high and low levels of objective electoral integrity?*). In line with previous research, we posit that more positive perceptions concerning the integrity of elections as well as a higher objective quality of the electoral process go hand in hand with an increased propensity to vote. In addition, and as a novel contribution to extant research, we argue that the impact of individual-level electoral integrity perceptions on citizens' propensity to vote is conditional on the objective quality of elections in a given context. Specifically, we put forward that citizens' perceptions about the fairness and integrity of the

electoral process are more decisive for their participation in elections when the objective integrity of elections in their country is higher.

For the empirical test of these propositions, we rely on comprehensive individual-level data from the World Values Survey (WVS) and the European Values Study (EVS) enriched with contextual-level data on the integrity of elections taken from the Electoral Integrity Project (Norris et al. 2014). Overall, our analysis is based on approximately 130,000 individual respondents from a total of 75 countries, covering 94 country-years in the period from 2011 to 2021.

With our study, we contribute to the literature on the behavioral implications of electoral integrity (perceptions) in at least two distinct ways: theoretically, we offer novel arguments on the conditional interplay between contextual- and individual-level electoral integrity (perceptions) in bringing about individual voting behavior. Empirically, we provide a more encompassing test of our propositions than previous cross-national studies (e.g., Birch 2010; Norris 2014) by looking at a broader and more diverse set of countries and elections and considering an extended time frame.

The remainder of this study is structured as follows. Section 2 specifies the conceptual underpinnings of electoral integrity and elaborates on the conditional relationships between contextual- and individual-level electoral integrity (perceptions) and citizens' voting behavior. Section 3 outlines the various data sources, operationalizations, and statistical methods employed in the empirical analysis. Section 4 illustrates the empirical findings. Section 5 summarizes the study's main insights and discusses their implications.

2. Theory and hypotheses

While elections and voting behavior are long-established themes on the political science agenda, questions of electoral integrity have only recently become a topic of scholarly concern. The emerging interest in electoral integrity can be interpreted as a direct response to relevant developments across many political systems, with instances of electoral malpractices becoming more commonplace even in established democracies and (unfounded) allegations about voter fraud turning into a prime theme of populist rhetoric aiming to discredit the legitimacy of democratic elections and outcomes (Schnaudt 2023a, 2023b). But what do we mean when talking about electoral integrity?

2.1 Electoral integrity: citizen-based and expert-based approaches

Conceptually, electoral integrity pertains to universal principles in the conduct of elections whose fulfillment at the various stages of the electoral process is essential to render elections as ‘free and fair’. As such, electoral integrity “refers to agreed upon international conventions and universal standards about elections reflecting global norms applying to all countries worldwide throughout the electoral cycle, including during the pre-electoral period, the campaign, on polling day, and its aftermath” (Norris 2014: 21).

Previous research has identified a total of eleven stages that together comprise the electoral cycle. These stages pertain to electoral laws, electoral procedures, district boundaries, voter and candidate registration, campaign media and finance, the voting process and vote count, as well as the declaration of results and the work of electoral management bodies (Norris 2013: 567–568; Norris et al. 2014: 790). Each of these stages has to meet certain standards that define the overall integrity of the electoral process. Among other things, these standards posit that electoral laws have to be impartial, there is transparent information about the voting process, there are equal opportunities for parties and candidates to run for office, and there is a fair coverage of parties and candidates in the media. In addition, these standards imply that all eligible citizens have a fair and equal chance to cast their votes, that votes are counted correctly, and election authorities act in a fair and transparent manner (Norris/Grömping 2019a: 29; Schnaudt 2023a: 83). If these principles and standards of electoral integrity are met, elections help to strengthen and foster democracy by guaranteeing and enabling inclusiveness, policy-directed voting, and effective aggregation of votes (Birch 2011: 16–26).

To assess the democratic quality of the electoral process in its entirety, the fulfillment or violation of the abovementioned universal standards of electoral integrity has to be checked against the actual conduct of elections. To accomplish this goal, previous studies have mostly relied on two different approaches. Citizen-based approaches focus on citizens’ perceptions about the fairness and integrity of the electoral process at the individual level. Extant studies relying on this approach employ data from large-scale population surveys that ask respondents a variety of questions pertaining to different aspects of the electoral process. Examples include whether respondents consider elections in their country as free and fair;

how confident they are that their votes are counted correctly; whether election authorities act in a fair manner; whether all parties have a fair chance to present their positions; and whether voting by absentee ballot is considered a secure procedure (cf. Alvarez et al. 2008; Birch 2008; Norris 2014; Bowler et al. 2015; Schmitt-Beck/Faas 2021; Schnaudt 2023a, 2023c). In comparison, expert-based approaches aim to measure the actual quality of elections at the macro or contextual level. To assess the integrity of the electoral process, previous studies relying on this approach have primarily considered judgements by experts from the scholarly community.¹ One of the most comprehensive and exhaustive attempts to measure the actual integrity of elections is exemplified by the Electoral Integrity Project (Norris et al. 2014; Garnett et al. 2022). As part of this world-wide survey, experts answer a total of 49 questions pertaining to different aspects of electoral integrity along the different stages of the electoral cycle, resulting in an encompassing evaluation of the overall integrity of different elections around the globe.

Citizen- and expert-based approaches provide us with different kinds of information about the quality of elections. While citizen-based approaches are primarily interested in what ordinary citizens – at the individual level – think about the conduct of elections, expert-based approaches aim to offer an objective picture about the integrity of a given election at the contextual level (for challenges in achieving this aim, see Martínez i Coma/van Ham 2015). In the following, we argue that a simultaneous consideration of both approaches combining individual-level and contextual-level perspectives enables us to generate novel insights on the behavioral implications of electoral integrity (perceptions).

2.2 Electoral integrity and voting behavior

While the “concept of electoral integrity can be seen as having introduced a new contextual and individual level variable relevant for models of political behavior” (Norris 2018: 229), research on how the quality of elections and individual perceptions about the integrity of the electoral process affect citizens’ voting behavior remains scarce. As Norris (2018: 223) asserts,

1 In addition, studies have relied on assessments by electoral administrators and officials (Clark 2017; Garnett 2019; Garnett/James 2021) as well as election agents of candidates (Fisher/Sällberg 2020).

“[m]icro-level studies of voter attitudes and behavior in established and newer democracies in particular have generally displayed very little interest in citizens’ evaluations of the integrity of electoral processes and how this might influence voting choices and participation.” In line with this assertion, a comprehensive meta-analysis of individual-level determinants of voting behavior shows that, while previous research has identified an “embarrassment of riches” (Smets/van Ham 2013), citizens’ perceptions of electoral integrity do not belong to the long list of antecedents usually considered. It thus comes as no surprise that the number of studies that so far have analyzed the behavioral implications of individual electoral integrity perceptions is rather limited (but see McCann/Domínguez 1998; Birch 2010; Carreras/İrepoğlu 2013; Norris 2014; Schnaudt 2023a). With regard to contextual-level electoral integrity, the picture looks very similar: Whereas some studies considered the actual quality of elections as explanatory factor in their analyses, these studies were interested in outcomes other than voting behavior (cf. Birch 2008; Bowler et al. 2015; Fortin-Rittberger et al. 2017; Flesken/Hartl 2018).

Overall, then, the theoretical and empirical potential of individual- and contextual-level electoral integrity as antecedents of citizens’ voting behavior has not been fully assessed yet. Only a limited number of studies have actually analyzed these factors in (cross-national) empirical studies, and hardly any have considered a simultaneous assessment of individual- and contextual-level electoral integrity (perceptions) as antecedents of voting. Against this background, the present study sheds light on the relationship between electoral integrity and voting behavior by considering the impact of (1) individual-level integrity perceptions, (2) contextual-level objective electoral integrity, as well as (3) their interplay in affecting citizens’ participation in elections. Finally, (4) by including individual level data from 75 countries in the period from 2011-2021, our study is more comprehensive than previous research in this field.

2.2.1 Individual-level perceptions of electoral integrity and voting

Citizens’ participation in elections can be expected to be a direct function of the integrity and fairness they attribute to the electoral process. To render voting more than a purely expressive activity, citizens must have the impression that their participation in the electoral process is worthwhile, i.e., that they have a tangible chance of influencing the outcome of an electoral contest and the direction of public policies by casting a vote (Car-

reras/İrepoğlu 2013: 611). From this perspective, confidence in the fairness and integrity of elections works as a motivational booster, assuring citizens that the parties and candidates running for office are competing on a level playing field and that the outcome of the election has not already been determined prior to election day (Norris 2014: 133; Schnaudt 2023a: 86). Conversely, if “voters fear that polls are corrupt, they have less incentive to bother casting a vote; participating in a process in which they do not have confidence will be less attractive, and they may well perceive the outcome of the election to be a foregone conclusion” (Birch 2010: 1603). If these propositions are true, it can be expected that citizens who perceive the electoral process as free and fair exhibit a higher propensity to vote than those who feel the electoral process is rigged.

As mentioned earlier, empirical evidence on the relationship between electoral integrity perceptions and voting is limited. Yet, the few existing studies are mostly supportive of the abovementioned expectation. For example, in their single-country study on Mexico, McCann and Dominguez (1998: 495) show that citizens who feel that electoral fraud is a widespread phenomenon are less likely to turn out to vote. In their study on Latin America, Carreras and İrepoğlu (2013: 615) find that citizens’ trust in the electoral process fosters participation in elections, while exposure to vote buying practices lowers the probability of taking part in future elections.² In a more recent study investigating the German case, Schnaudt (2023a) as well finds that more positive evaluations regarding the integrity of different facets of the electoral process come with a higher propensity to take part in elections. These results from single-country studies have also been found in cross-national research (cf. Birch 2010; Norris 2014). In our empirical analysis, we reassess these earlier findings from extant research by testing the following hypothesis with more comprehensive data spanning 94 country-years over the period 2011-2021.

H1: The more positive individual-level perceptions of electoral integrity, the higher citizens’ likelihood to participate in elections.

2.2.2 Contextual-level electoral integrity and voting

Electoral integrity can also be expected to affect citizens’ turnout levels when understood as a characteristic of the context in which citizens reside.

2 In a study on Nigeria, Bratton (2008: 626) finds no statistically significant relationship between perceived vote buying and turnout.

As Birch (2010: 1603, emphasis in original) asserts, it is likely “that low *quality* opportunities for participation might translate into lower *quantitative* levels of turnout”. Following this assertion, citizens living in contexts that are characterized by a free and fair electoral process and that, hence, provide meaningful opportunities for citizens to influence electoral outcomes, should exhibit a higher propensity to participate in elections than citizens residing in a context in which the electoral process is flawed and electoral malpractices more commonplace. Comprehensive empirical tests of this expectation are lacking. In a bivariate, aggregate-level analysis, Norris (2014: 138) finds that average levels of (self-reported) turnout in both national and local elections are higher in countries in which the electoral process lives up to universal standards of electoral integrity. Similarly, in his state-level analysis of turnout levels in Mexico, Simpser (2012: 793) shows that “the practice of electoral manipulation [...] significantly depressed voter participation.” Overall, these findings suggest that the actual integrity of elections as measured at the contextual level comes with an important signaling function informing citizens whether taking part in elections represents a worthwhile democratic activity.

Yet, the existing evidence is based on aggregate-level studies only. Therefore, no conclusions can be drawn with regard to the influence of contextual-level electoral integrity on individual voting behavior. What is more, extant research lacks a simultaneous investigation of individual-level electoral integrity perceptions and contextual-level electoral integrity. This situation leaves open by which exact mechanism the objective integrity of a country might affect citizens’ participation in elections, i.e., whether any observed relationships between contextual-level electoral integrity and individual voting behavior are based on genuine, direct contextual effects of the actual quality of elections or rather result from not taking into account the composition of individual-level electoral integrity perceptions across contexts (see also Segatti et al. 2021: 14–15). To shed light on this question, our study investigates how the objective integrity of elections as measured at the contextual level affects individual citizens’ voting behavior while simultaneously considering individual-level perceptions about the fairness and integrity of the electoral process. To that end, the following hypothesis will be tested:

H2: The higher a country’s contextual-level electoral integrity, the higher citizens’ likelihood to participate in elections (while controlling for individual-level perceptions of electoral integrity).

2.2.3 The micro-macro conditionality of electoral integrity (perceptions)

Finally, we posit that (1) individual-level perceptions of electoral integrity and (2) a country's actual, contextual-level electoral integrity interact in affecting citizens' participation in elections. Specifically, we contend that the impact of individual-level perceptions is conditional on (i.e., moderated by) a country's actual adherence to standards of electoral integrity, with individual-level perceptions being more consequential for voting behavior in contexts in which the actual conduct of elections corresponds more closely with the ideal of free and fair elections. In other words, we argue that the strength of the individual-level relationship between electoral integrity perceptions and voting behavior should be more pronounced in contexts with higher levels of actual electoral integrity.

This general proposition is based on the underlying premise that, for individual electoral integrity perceptions to feature as a relevant factor in citizens' voting calculus, citizens need to hold expectations towards the political system in which the proper conduct of elections plays a prominent role. However, the prevalence and, hence, the impact of such expectations is likely to vary across contexts: In contexts in which the integrity of elections is severely compromised and the electoral process characterized by a wide variety of electoral malpractices, the apparent lack of quality associated with the electoral process establishes common knowledge among most citizens. In particular direct experiences with electoral malpractices, such as vote buying or violence at the polls (Bratton 2008), provide unmistakable cues that the electoral process is rigged. Such deviations from the ideal of electoral integrity usually also reflect more general deficiencies with regard to the overall functioning of democracy (Norris 2018: 227). Following insights generated by system justification theory (Jost 2019), in such contexts most citizens can be expected to update and adapt their expectations towards the political system in light of its actual handling of the electoral process. Specifically, by engaging in the process of system justification, citizens develop coping strategies that aim to avoid cognitive dissonances which result from "living under unjust conditions, but wanting to live in a just and fair environment" (Schnaudt et al. 2021: 7). One such coping strategy may include downgrading the relative importance of electoral integrity perceptions and instead relying on other factors (e.g., expected benefits from a particular election outcome) when it comes to

the decision on whether or not to vote.³ In contexts with apparent and widespread practices of electoral fraud, and as a consequence of citizens' engagement in system justification, deviations from universal standards of electoral integrity thus become 'normalized', with expectations concerning the proper conduct of elections and perceptions of the integrity of the electoral process playing only a minor role in citizens' voting calculus. In contrast, in contexts in which elections are overall free and fair, adherence to universal standards of electoral integrity is the norm. In such contexts, citizens are used to be governed democratically, and hence are likely to hold expectations according to which the electoral process has to provide a fair and effective means for influencing the outcome of elections and the direction of public policies. Therefore, perceptions concerning the proper conduct of elections should generally play a more important role for citizens' voting calculus in contexts with higher levels of actual electoral integrity.

Overall, then, perceived deviations from universal standards of electoral integrity in the actual conduct of elections can be expected to exert a particularly detrimental effect on citizens' propensity to vote in high-integrity contexts, while having a reduced impact in low-integrity contexts. If this argument is correct, the propensity to vote should differ most strongly between citizens with very positive and very negative electoral integrity perceptions in contexts with high quality elections. To assess these propositions empirically, the following hypothesis will be tested:

H3: The effect of individual-level perceptions of electoral integrity on citizens' likelihood to participate in elections is more pronounced in countries in which the contextual-level electoral integrity is higher.⁴

3 Another coping strategy may consist in "whitewashing" one's perceptions of electoral integrity. However, this mechanism would imply a weaker correlation between objective levels of electoral integrity and individual perceptions in low-integrity contexts rather than a weaker individual-level relationship between electoral integrity perceptions and voting.

4 Given the coding of the relevant electoral integrity variables in our empirical analysis according to which higher values reflect more positive individual-level perceptions of electoral integrity as well as higher levels of objective electoral integrity (for details, see section 3.2), we expect a positive interaction effect.

3. Data, operationalization, and methods

3.1 Data

For our empirical analysis, we combine individual-level data with contextual-level data on elections in countries. The individual-level data come from different waves of the European Values Study (EVS) and the World Values Survey (WVS). From the WVS, we used waves 6 and 7. Wave 6 data, collected between 2010 and 2014, was taken from the second version of the WVS trend file (Haerpffer et al. 2022). These data were combined with the integrated EVS/WVS data for EVS wave 5 and WVS wave 7 which were collected between 2017 and 2022 (EVS/WVS 2022).

At the contextual level, our core variable of interest comes from the *Perceptions of Electoral Integrity* (PEI) project (Norris et al. 2014; see also <https://www.electoralintegrityproject.com>). Based on expert judgements, this project collects data on different aspects of the electoral process for most countries across the world. Because our individual data cover the period from 2010 to 2022, we combine data from versions 3.0 (Norris et al. 2015) and 7.0 (Norris/Grömping 2019b) of the *Perceptions of Electoral Integrity* project. With this strategy, we ensure that we attribute to individual respondents from different waves of the EVS/WVS adequate contextual-level information on the objective integrity of elections, i.e., information that reflects the objective integrity of elections at the time individual respondents were surveyed. Furthermore, for conducting additional robustness and sensitivity checks, we also make use of contextual-level data taken from the *Varieties of Democracy* (V-Dem) project (Coppedge et al. 2022).

Figure A1 in the Online Appendix gives an overview of the several steps we have taken in combining the different data sets as well as the sample sizes regarding individual respondents and countries. Our final data set comprises 128,416 respondents from 75 countries, spanning a total of 94 country-years in the period of 2011-2021.

3.2 Operationalization

At the individual level, the main concepts of interest are voting behavior and electoral integrity perceptions. For measuring voting behavior, the EVS

and WVS ask respondents if they always, usually, or never participate in national elections or if they are ineligible to vote (E264)⁵. In our final operationalization, we dichotomize this variable distinguishing those who always or usually vote (1) from those who never vote or are not eligible to vote (0).⁶

For measuring individual perceptions of electoral integrity, the EVS/WVS data offer an item battery of several questions capturing respondents' evaluations of different aspects of the electoral process. In line with previous research based on the WVS data only (Norris 2019: 10–11), we rely on an additive scale reflecting the average of valid responses to the following three items: “votes are counted fairly” (E265_01); “journalists provide fair coverage of elections” (E265_05), and “election officials are fair” (E265_06).⁷ These items were preceded by the following question: “In your view, how often do the following things occur in this country's elections?” For each item, answer options ranged from “not at all often” to “very often” on a four-point scale.

To assess the relative importance of electoral integrity perceptions as antecedent of voting and to control for any spurious relationships, we include several control variables at the individual level. To increase the comparability and compatibility of our analysis and findings with extant research, the selection of control variables follows earlier studies (cf. Birch 2010; Norris 2014: 140; Schnaudt 2023a) and comprises attitudinal factors related to both voting and electoral integrity perceptions as well as socioeconomic background variables. Specifically, we consider political interest (E023), importance of politics (A004), left-right placement (E033), satisfaction with democracy (E236), life satisfaction (A170), social trust (A165), church attendance (F028), sex (X001), age (X003), and education (X025R).

With the exceptions of left-right placement and education all continuous individual-level variables were normalized to range from 0 to 1, with higher values indicating a higher intensity on the underlying concept. Left-right placement was used as categorical variable distinguishing respondents at the center (values 4 to 7 on a 10-point scale), those at the extreme left

5 To facilitate replication, we include the variable names in parentheses.

6 Coding “usually” responses as non-voting or excluding ineligible from the analysis does not alter the results and conclusions presented in this study.

7 The uni-dimensionality of the scale was confirmed in an exploratory factor analysis yielding a single factor that explains 61 percent of all items' variance (Eigenvalue = 1.8; Cronbach's alpha = 0.7).

(values 1 to 3), those at the extreme right (values 8 to 10), and those who could not or did not want to place themselves on this scale (a strategy employed to reduce the loss of cases available in the statistical analysis). Finally, education was categorized in lower, middle, and upper levels of education (pre-specified coding in the EVS/WVS data). For the estimation of cross-level interactions, continuous individual-level variables have been group-mean centered.

At the contextual level, we are mainly interested in the impact of objective electoral integrity. Our operationalization relies on the Perceptions of Electoral Integrity (PEI) index provided by the EIP project (*PEIIndexp*). The PEI index is an encompassing measure summarizing 49 indicators reflecting the integrity of different stages and aspects of the electoral process based on assessments by country experts (for details, see Norris et al. 2014).⁸ As with all continuous variables at the individual level, we normalize this index to range from 0 to 1 with higher values reflecting higher levels of objective electoral integrity. Additionally, for the estimation of cross-level interactions, the index has been grand-mean centered.

For further sensitivity analyses and robustness checks only, we use additional contextual-level variables from the V-Dem data (Coppedge et al. 2022). These are the electoral democracy index (*v2x_polyarchy*), the political corruption index (*v2x_corr*), the rule of law estimate (*e_wbgi_rle*), and GDP per capita (*e_gdppc*). Again, all these continuous measures were normalized to a range from 0 to 1. Additionally, we control for compulsory voting (*v2elcomvot*, dummy-coded).

3.3 Analytical approach

To test our hypotheses concerning the effects of individual- and contextual-level electoral integrity perceptions on the likelihood to vote, we use mixed-effects logistic regression models. These models are suitable to model individual-level and contextual-level variables simultaneously. Because we observe 19 countries at two timepoints (i.e., in the period from 2011–2021, information on objective electoral integrity in these countries is available for two elections), we use country-years rather than countries as nesting factor at the contextual level.

8 While the PEI index is thus one of the most comprehensive and rigorous attempts to measure the actual or objective integrity of elections across countries, its reliance on expert perceptions does not render it a strictly objective measure.

Equation (1) depicts a model for the likelihood of voting with all main effects we study: the effect of individual-level perceptions of electoral integrity ($i.PEI_{ij}$), the country-year-level objective electoral integrity ($c.PEI_j$) as well as some individual-level control variables (C_{kij}). The characteristic of mixed-effects models is that they do not only contain the named “fixed” effects but, in addition, random effects. In our models these are an individual error term (ε_{ij}) as well as a term reflecting variation on the country-year-level (γ_j).

$$\ln\left(\frac{P_{ij}}{1-P_{ij}}\right) = \beta_1 \times i.PEI_{ij} + \beta_2 \times c.PEI_j + \sum \beta_k \times C_{kij} + \gamma_j + \varepsilon_{ij} \quad (1)$$

The model given in equation (1) allows us to assess hypotheses 1 and 2. To test hypothesis 3, we need to also introduce the cross-level interaction between individual-level and contextual-level electoral integrity perceptions on the likelihood to vote ($i.PEI_{ij} \times c.PEI_j$; see equation (2)). In addition to the interaction term, this equation contains a third random term reflecting a “random slope” for the country-year-specific impact of individual-level perceptions of electoral integrity on voting behavior (cf. Heisig and Schaeffer 2019).

$$\ln\left(\frac{P_{ij}}{1-P_{ij}}\right) = \beta_1 \times i.PEI_{ij} + \beta_2 \times c.PEI_j + \beta_3 \times i.PEI_{ij} \times c.PEI_j + \sum \beta_k \times C_{kij} + i.PEI_{ij} \times \gamma_{1j} + \gamma_{0j} + \varepsilon_{ij} \quad (2)$$

In section 4.2, we present the results of these models in graphic form to ease interpretation. Numerical results of estimates, significance levels and fit statistics can be found in Table A1 in the Online Appendix. To assess the robustness of our results, we also perform a number of sensitivity analyses (see section 4.3). Before discussing the findings from these mixed-effects models, we present some descriptive results to give readers a first impression of the relationship between electoral integrity perceptions and voting behavior.

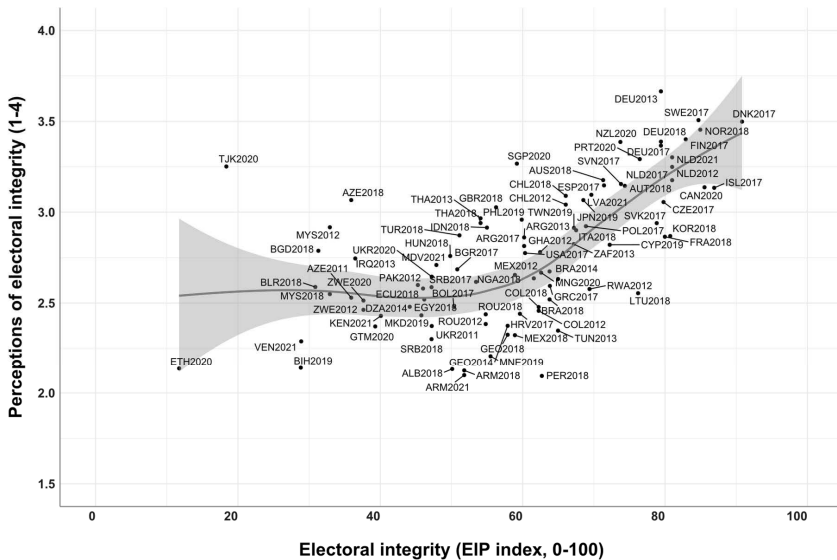
4. Analysis

4.1 Citizen and expert evaluations of electoral integrity and voter turnout: a first descriptive analysis

In this study, our main focus is on the effect of electoral integrity on turnout in national elections. Because we have two independent measures

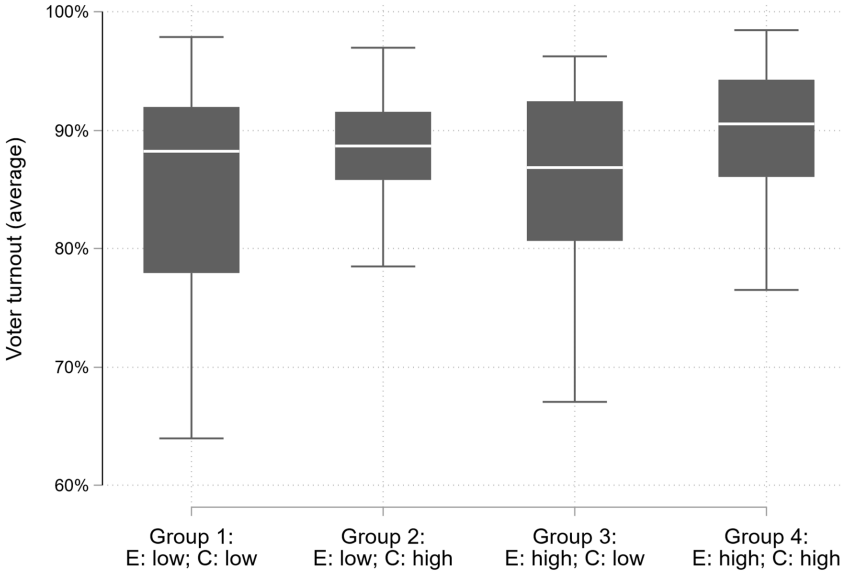
of electoral integrity – ordinary citizens’ perceptions and expert ratings of objective electoral integrity – we first explore the relationship between these variables. Do experts and citizens evaluate the integrity of the electoral process in the same way or do their evaluations differ? To study this question, we correlated expert ratings with the mean respondent rating in each of the 94 country-year samples. With a correlation of $r = 0.6$, the relationship between the two ratings is substantial but not perfect. A closer look at Figure 1 shows that for elections which are rated with a value of less than 50 by experts (mid-point of scale, x-axis), aggregated respondent perceptions of electoral integrity are inconsistent and largely unrelated to expert judgement. In contrast, for systems with expert ratings above a value of 50, citizens’ perceptions and experts’ ratings are far more closely and positively linked.

Figure 1: The relationship between expert ratings and citizen perceptions of electoral integrity



Notes: Loess regression fit, bandwidth = .75; N = 94.

Figure 2: Average voter turnout by expert (E) ratings and citizen (C) evaluations of electoral integrity



Notes: Observed mean differences between groups 1 and 4 as well as groups 3 and 4 are statistically significant at $p < 0.05$ ($N = 94$).

Before modeling the effects of individual- and contextual-level electoral integrity perceptions on voting, let us briefly explore the relationship between these three variables in a simple descriptive analysis. Figure 2 shows box plots of voter turnout at the country-year level across four different settings: settings with low electoral integrity according to experts and citizens (group 1); settings with low electoral integrity according to experts but high integrity according to citizens (group 2); settings with the opposite pattern (group 3); and settings in which experts and citizens agree on high levels of electoral integrity (group 4). At least three interesting observations can be taken from this graph. First, average voter turnout is highest in settings in which the electoral process exhibits high levels of integrity according to both experts and citizens (group 4). However, it is noteworthy that average voter turnout is lowest in settings with high electoral integrity according to experts but low integrity perceptions by citizens (group 3). Second, in countries in which the electoral process is compromised according to experts (groups 1 and 2), citizens' perceptions do not seem to be systemat-

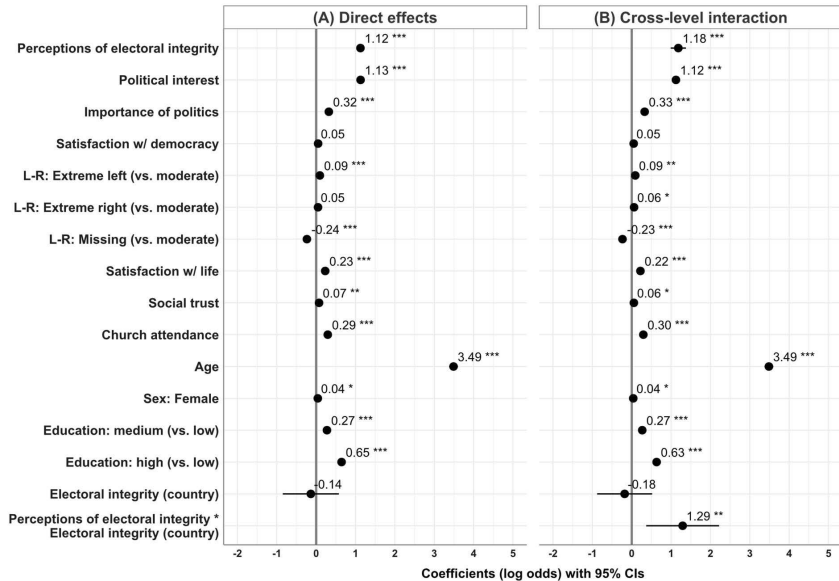
ically related to mean turnout, i.e., average turnout is virtually identical. Together with the findings for settings with high objective levels of electoral integrity (groups 3 and 4), this observation can be interpreted as a first indication of an interaction effect between expert and citizen electoral integrity perceptions on turnout: average turnout levels between citizens with positive and negative perceptions of electoral integrity differ more strongly in settings with high objective electoral integrity than in settings with low objective integrity. We assess this hypothesis more formally in the next section. Finally, Figure 2 indicates that turnout is much more varied and dispersed in settings in which citizens believe the integrity of the electoral process is compromised (groups 1 and 3) than in settings in which citizens feel elections correspond with standards of electoral integrity (groups 2 and 4).

4.2 Multivariate analysis

Following this first descriptive glance at the empirical relationship between electoral integrity (perceptions) and voting, we now turn to a more thorough, multivariate assessment of the hypotheses specified earlier. Figure 3 presents the results from a mixed-effects logistic regression analysis predicting individual participation in elections. Starting with the influence of individual-level perceptions of electoral integrity (H1), in Panel A we observe a positive and statistically significant association with the propensity to vote. Accordingly, citizens who believe that elections in their country correspond with universal standards of electoral integrity are more likely to turn out on election day than citizens who feel that the electoral process is rigged. These differences in the propensity to vote are substantial: while the predicted probability to vote amounts to 93 percent for a person with most positive electoral integrity perceptions, the same person with most negative perceptions of electoral integrity exhibits a probability of only 80 percent – a notable difference of 13 percentage points (results not shown). In addition, the empirical relevance of individual electoral integrity perceptions for citizens' propensity to vote is also evident when comparing their effects with traditional antecedents of individual voting behavior. As Panel A in Figure 3 shows, perceptions of electoral integrity belong to the strongest predictors of voting behavior, exerting an influence that is similar to that of political interest as one of the most established determinants of voting behavior (cf. Smets/van Ham 2013: 356). Overall, these findings underline the status of

individual electoral integrity perceptions as an important factor in citizens' voting calculus and thus lend empirical support to H1.

Figure 3: Individual- and contextual-level electoral integrity (perceptions) as antecedents of voting



Notes: Mixed-effects logistic regression (results based on Models 6 and 8 in Table A1 in the Online Appendix). Logit coefficients with 95% confidence intervals. N (individuals) = 128,416; N (country-years) = 94. Source data: WVS, EVS, EIP.

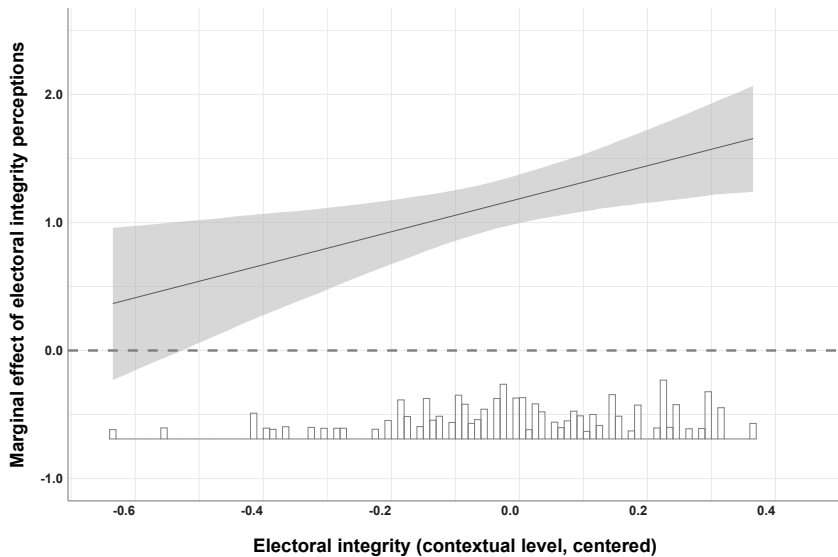
Turning to the results concerning the effect of contextual-level electoral integrity (H2), Panel A in Figure 3 shows that there is no statistically significant association between a country's actual quality of the electoral process and individual citizens' participation in elections. Apparently, then, whether citizens reside in a context in which elections are free and fair or live in an environment in which the electoral process is characterized by malpractices and fraud is not of direct relevance for citizens' participation in elections. When simultaneously considering individual perceptions of electoral integrity (and other relevant individual-level determinants of voting behavior), the contextual-level integrity of elections is thus largely negligible for citizens' propensity to vote. This finding is at odds with the expectation stated in H2.

To shed light on this null finding and to explore the relevance of contextual-level electoral integrity for individual voting behavior in more detail, we estimated additional regression models that are summarized in Table A1 in the Online Appendix. As Model 4 shows, when not taking into account individual-level determinants of voting behavior, there is a positive and statistically significant effect of contextual-level electoral integrity, indicating that citizens living in contexts in which the actual integrity of elections is higher are, on average, more likely to vote. However, this observed positive effect of contextual-level integrity vanishes as soon as individual-level integrity perceptions are included in the estimation (see Model 5). These findings point to the presence of an indirect contextual or composition effect (cf. Segatti et al. 2021: 14–15 and section 2.2.2): In contexts in which elections are free and fair, the average propensity to vote is higher because these contexts are characterized by an overall greater share of citizens' exhibiting positive perceptions about the electoral process. Once the composition of individual-level electoral integrity perceptions across contexts is taken into account, the effect of contextual-level electoral integrity on individual voting behavior disappears. In summary, then, the actual quality of elections is not directly relevant for citizens' voting behavior but rather indirectly by eliciting more positive perceptions about the electoral process.

In a last step of our empirical analysis, we assess the micro-macro conditionality of electoral integrity (perceptions) in affecting citizens' participation in elections (H3). To investigate the conditional interplay between individual-level electoral integrity perceptions and the contextual-level quality of elections, an additional interaction term between both has been added to the regression model shown in Panel B in Figure 3. As can be seen, the interaction between individual-level perceptions and contextual-level electoral integrity is positive and statistically significant, indicating that the effect of electoral integrity perceptions on citizens' propensity to vote is more pronounced in contexts in which the actual integrity of elections is higher – a finding in line with H3.

To provide a more intuitive assessment of the observed interaction effect, Figures 4 and 5 display conditional marginal effects of individual electoral integrity perceptions as well as predicted probabilities of voting along the empirical spectrum of contextual-level electoral integrity.

Figure 4: Marginal effect of individual-level electoral integrity perceptions conditional on contextual-level electoral integrity

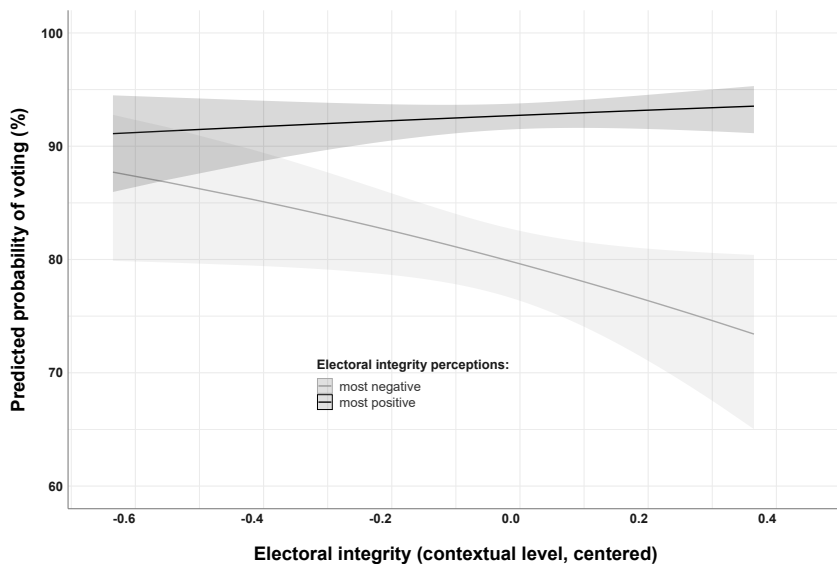


Notes: Mixed-effects logistic regression (results based on Model 8 in Table A1 in the Online Appendix). Logit coefficients with 95% confidence intervals. Control variables not shown. N (individuals) = 128,416; N (country-years) = 94. Source data: WVS, EVS, EIP.

In Figure 4 it is evident that citizens' perceptions concerning the proper conduct of elections in their country are relevant antecedents of voting in both high- and low-integrity contexts. Only in countries with the lowest levels of objective electoral integrity (minimum on the x-axis), individual electoral integrity perceptions do not seem to matter for citizens' participation in elections (the 95% confidence interval of the marginal effect includes 0). Yet, it is also evident that the relative impact of electoral integrity perceptions on citizens' propensity to vote is overall stronger in contexts in which elections abide by universal standards of electoral integrity. This conditional relevance of individual-level electoral integrity perceptions across contexts is also reflected in the predicted probabilities of voting for citizens with most positive and most negative perceptions. Looking at Figure 5, we observe that, in contexts in which the integrity of elections is severely compromised, the probability to vote hardly differs between citizens with diverging perceptions about the quality of elections.

In contrast, in contexts in which elections adhere to universal standards of electoral integrity, the difference in predicted probabilities amounts to approximately 20 percentage points: whereas citizens with very positive perceptions exhibit a probability of 93 percent, the probability to vote for those with very negative integrity perceptions reaches only 73 percent. These findings underline that perceptions of electoral integrity are more decisive in citizens' voting calculus when the actual integrity of elections is high, and that it is first and foremost negative perceptions that lower the inclination to vote rather than positive perceptions boosting citizens' participation in elections. Overall, these findings provide empirical support for H3.

Figure 5: Predicted probabilities of voting conditional on contextual-level electoral integrity



Notes: Mixed-effects logistic regression (results based on Model 8 in Table A1 in the Online Appendix). Logit coefficients with 95% confidence intervals. N (individuals) = 128,416; N (country-years) = 94. Source data: WVS, EVS, EIP.

4.3 Sensitivity analysis

To assess the sensitivity of the empirical findings presented above, we conducted several robustness checks pertaining to (1) the inclusion of additional control variables at the country-level, (2) the composition of the country sample, as well as (3) the specification of the statistical models. First, to ascertain that the observed (conditional) relationships between contextual-level electoral integrity, individual integrity perceptions, and voting are not driven by other contextual characteristics that are closely related to the integrity of elections in a country, we estimated additional models controlling for the level of democratization, corruption, and adherence to the rule of law. Moreover, we also took into account the effects of economic performance and compulsory voting. The substantive findings and conclusions presented earlier do not change when controlling for these additional contextual-level factors in our regression models (see Tables A2-A6 in the Online Appendix). Second, we assessed to what extent the empirical results are driven by the composition of our country sample. Therefore, we excluded countries with particularly low (Ethiopia and Tajikistan) and high (Denmark) levels of electoral integrity from the analysis. In addition, we re-estimated all statistical models using only a subset of countries exhibiting higher-than-average levels of electoral integrity. These additional robustness checks do not lead to any substantively different findings and conclusions than the ones presented above (see Tables A7 and A8 in the Online Appendix). Finally, we also considered a different nesting structure for our empirical analysis, with citizens nested in country-waves rather than country-years. Using this alternative nesting structure does not affect the empirical findings illustrated before (see Table A9 in the Online Appendix). In summary, our sensitivity analysis thus confirms the substantive findings and conclusions presented in the main analysis.

5. Conclusion

Elections and citizens' participation in the electoral process are at the heart of representative democracy. In the absence of free and fair elections, citizens lack a meaningful opportunity to take part in the selection of political representatives and, hence, are deprived of an effective means to influence the direction of public policies in their country. Elections and

voting thus fulfill an important legitimizing function that is indispensable for the long-term viability of modern democratic systems.

Despite its overall relevance for democratic well-being, the nexus between the integrity of the electoral process and citizens' inclination to participate in elections has been largely overlooked in extant research. Accordingly, the theoretical and empirical picture with regard to the behavioral implications of electoral integrity (perceptions) remains incomplete. Against this background, our study has aimed to shed new light on how the integrity of the electoral process and individual perceptions about the proper conduct of elections are related to citizens' voting behavior. In doing so, the study contributes to the extant literature in at least three distinct ways: First, it provides a more comprehensive analysis than previous research by simultaneously considering both individual-level electoral integrity perceptions and countries' actual, contextual-level electoral integrity as antecedents of individual citizens' participation in elections. Second, it highlights the micro-macro conditionality of electoral integrity by arguing that the relevance of individual-level electoral integrity perceptions as determinants of citizens' voting behavior depends on the actual, contextual-level electoral integrity of a country. Third, it offers a more encompassing empirical test than previous studies by analyzing information from 130,000 individual survey respondents, covering a total of 75 countries over a period of eleven years (2011-2021).

The study's empirical analysis based on individual-level data from the World Values Survey (WVS) and the European Values Study (EVS) combined with contextual-level data on the actual integrity of elections provided by the Electoral Integrity Project (Norris et al. 2014) brings to light three key insights: First, individual perceptions concerning the proper conduct of elections constitute a decisive factor in citizens' voting calculus. If citizens perceive the electoral process to be free and fair, they are more likely to take part in elections. Second, there is no direct effect of a country's contextual-level electoral integrity on individual voting behavior. While citizens' propensity to vote is, on average, higher in contexts in which elections are free and fair, this observation results from a composition rather than a genuine contextual effect. More precisely, citizens in high-integrity contexts are more likely to vote because in those contexts the share of citizens exhibiting positive perceptions of the electoral process is greater than in low-integrity contexts. Accordingly, what matters for citizens' participation in the electoral process is their perception of an election's integrity which reflects – but is not identical with – the objective level of integrity.

Third, the impact of individual-level electoral integrity perceptions on citizens' propensity to vote is conditioned by the actual electoral integrity across contexts. Specifically, individual perceptions are more relevant for citizens' voting calculus when the actual quality of the electoral process is higher.

These findings come with important implications for the functioning of modern democracies. First of all, it is good news that citizens' perceptions about the conduct of elections (largely) correspond with the actual quality of the electoral process in their country. This observation indicates that citizens, on average, are able to sense instances of electoral misconduct and to diagnose the overall quality of elections in their environment. At the same time, there appears to be a 'normalization process' in countries characterized by electoral malpractices and fraud by which citizens' perceptions about the electoral process are rendered less meaningful in their voting calculus. Accordingly, while most citizens in low-integrity contexts are aware of deficiencies in the electoral process, this information is less relevant for their decision to vote when compared to citizens in contexts in which elections are free and fair. Apparently, then, once electoral malpractices are normalized, issues of electoral integrity feature less prominently in citizens' decision to vote. By contrast, in countries in which elections adhere to universal standards of electoral integrity, individual perceptions concerning the conduct of elections establish an important determinant of voting. Whereas in these countries most citizens perceive the electoral process as free and fair and hence turn out to vote, it is first and foremost the small share of citizens who (erroneously) believe that elections are rigged who may pose a potential challenge to the functioning of (electoral) democracy. This group of citizens which, despite residing in an environment in which elections are overall free and fair, perceives electoral fraud to be commonplace withdraws more often from the electoral process and, in doing so, renounces one of the most basic and fundamental democratic rights to influence government formation and gain political representation.

In light of these findings, future research may delve more deeply into the reasons behind 'biased' electoral integrity perceptions, including the roles of political actors and elites (Berlinski et al. 2023; Schnaudt 2023b) as well as the media (Karp et al. 2018) in portraying the electoral process across countries. In addition, future studies may extend the arguments and findings presented in this study by considering citizens' political behavior more broadly. If citizens, for whatever reason, feel that the electoral process is rigged and for that reason decide to abstain from elections, a crucial ques-

tion for democratic well-being concerns whether they withdraw completely from the political process or engage in other political activities aside from voting instead (for such an analysis for Germany, see Schnaudt 2023a). Providing encompassing, cross-national evidence on these questions will further advance our understanding of electoral integrity and its behavioral implications, and further clarify the relevance of electoral integrity for the viability of democratic systems.

References

- Alvarez, R.M., Hall, T.E., Llewellyn, M.H., 2008. Are Americans Confident Their Ballots Are Counted? *The Journal of Politics* 70, 754–766. <https://doi.org/10.1017/S0022381608080730>
- Arzheimer, K., Evans, J., Lewis-Beck, M.S. (Eds.), 2017. *The Sage Handbook of Electoral Behaviour*. Sage, Los Angeles.
- Berlinski, N., Doyle, M., Guess, A.M., Levy, G., Lyons, B., Montgomery, J.M., Nyhan, B., Reifler, J., 2023. The Effects of Unsubstantiated Claims of Voter Fraud on Confidence in Elections. *Journal of Experimental Political Science* 10, 34–49. <https://doi.org/10.1017/XPS.2021.18>
- Birch, S., 2008. Electoral Institutions and Popular Confidence in Electoral Processes: A Cross-national Analysis. *Electoral Studies* 27, 305–320. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2008.01.005>
- Birch, S., 2010. Perceptions of Electoral Fairness and Voter Turnout. *Comparative Political Studies* 43, 1601–1622. <https://doi.org/10.1177/0010414010374021>
- Birch, S., 2011. *Electoral Malpractice*. Oxford University Press, Oxford.
- Bowler, S., Brunell, T., Donovan, T., Gronke, P., 2015. Election Administration and Perceptions of Fair Elections. *Electoral Studies* 38, 1–9. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2015.01.004>
- Bratton, M., 2008. Vote Buying and Violence in Nigerian Election Campaigns. *Electoral Studies* 27, 621–632. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2008.04.013>
- Carreras, M., İrepoğlu, Y., 2013. Trust in Elections, Vote Buying, and Turnout in Latin America. *Electoral Studies, Special Symposium: The New Research Agenda on Electoral Integrity* 32, 609–619. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2013.07.012>
- Clark, A., 2017. Identifying the Determinants of Electoral Integrity and Administration in Advanced Democracies: the Case of Britain. *European Political Science Review* 9, 471–492. <https://doi.org/10.1017/S1755773916000060>
- Coppedge, M., Gerring, J., Knutsen, C.H., Lindberg, S.I., Teorell, J., Alizada, N., Altman, D., Bernhard, M., Cornell, A., Fish, M.S., Gastaldi, L., Gjerløw, H., Glynn, A., Grahn, S., Hicken, A., Hindle, G., Ilchenko, N., Kinzelbach, K., Krusell, J., Marquardt, K.L., McMann, K., Mechkova, V., Medzihorsky, J., Paxton, P., Pemstein, D., Pernes, J., Rydén, O., von Römer, J., Seim, B., Sigman, R., Skaaning, S.-E., Staton, J., Sundström, A., Tzelgov, E., Wang, Y., Wig, T., Wilson, S., Ziblatt, D., 2022. *V-Dem Country-Year Dataset v12*. <https://doi.org/10.23696/vdemds22>

- EVS/WVS, 2022. Joint EVS/WVS 2017-2022 Dataset. <https://doi.org/10.4232/1.14023.ZA7505> Data file version 3.0.0. GESIS, Cologne.
- Fisher, J., Sällberg, Y., 2020. Electoral Integrity – The Winner Takes it All? Evidence from Three British General Elections. *The British Journal of Politics and International Relations* 22, 404–420. <https://doi.org/10.1177/1369148120912668>
- Flesken, A., Hartl, J., 2018. Party Support, Values, and Perceptions of Electoral Integrity. *Political Psychology* 39, 707–724. <https://doi.org/10.1111/pops.12431>
- Fortin-Rittberger, J., Harfst, P., Dingler, S.C., 2017. The Costs of Electoral Fraud: Establishing the Link between Electoral Integrity, Winning an Election, and Satisfaction with Democracy. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties* 27, 350–368. <https://doi.org/10.1080/17457289.2017.1310111>
- Garnett, H.A., 2019. On the Front Lines of Democracy: Perceptions of Electoral Officials and Democratic Elections. *Democratization* 26, 1399–1418. <https://doi.org/10.1080/13510347.2019.1641797>
- Garnett, H.A., James, T.S., 2021. Measuring Electoral Integrity: Using Practitioner Knowledge to Assess Elections. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties* 31, 348–367. <https://doi.org/10.1080/17457289.2020.1824186>
- Garnett, H.A., James, T.S., MacGregor, M., 2022. Year in Elections Global Report: 2019-2021. The Electoral Integrity Project.
- Haerpfer, C., Inglehart, R., Moreno, A., Welzel, C., Kizilova, K., Diez-Medrano, J., Lagos, M., Norris, P., Ponarin, E., Puranen, B., 2022. World Values Survey Trend File (1981-2022) Cross-National Data-Set. <https://doi.org/10.14281/18241.23>. Data File Version 2.0.0. Madrid & Vienna: JD Systems Institute & WWSA Secretariat.
- Heisig, J.P., Schaeffer, M., 2019. Why You Should Always Include a Random Slope for the Lower-Level Variable Involved in a Cross-Level Interaction. *European Sociological Review* 35, 258–279. <https://doi.org/10.1093/esr/jcy053>
- Jost, J.T., 2019. A Quarter Century of System Justification Theory: Questions, Answers, Criticisms, and Societal Applications. *British Journal of Social Psychology* 58, 263–314. <https://doi.org/10.1111/bjso.12297>
- Karp, J.A., Nai, A., Norris, P., 2018. Dial ‘F’ for Fraud: Explaining Citizens’ Suspicions about Elections. *Electoral Studies* 53, 11–19. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2018.01.010>
- Martínez i Coma, F., van Ham, C., 2015. Can Experts Judge Elections? Testing the Validity of Expert Judgments for Measuring Election Integrity. *European Journal of Political Research* 54, 305–325. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12084>
- McCann, J.A., Domínguez, J.I., 1998. Mexicans React to Electoral Fraud and Political Corruption: An Assessment of Public Opinion and Voting Behavior. *Electoral Studies* 17, 483–503. [https://doi.org/10.1016/S0261-3794\(98\)00026-2](https://doi.org/10.1016/S0261-3794(98)00026-2)
- Nohlen, D., 2014. *Wahlrecht und Parteiensystem*, 7th ed. Budrich, Opladen.
- Norris, P., 2019. Do Perceptions of Electoral Malpractice Undermine Democratic Satisfaction? The US in Comparative Perspective. *International Political Science Review* 40, 5–22. <https://doi.org/10.1177/0192512118806783>

- Norris, P., 2018. Electoral integrity, in: Fisher, J., Fieldhouse, E., Franklin, M.N., Gibson, R., Cantijoch, M., Wlezién, C. (Eds.), *The Routledge Handbook of Elections, Voting Behavior and Public Opinion*. Routledge, Abingdon, 220–231. <https://doi.org/10.4324/9781315712390.ch18>
- Norris, P., 2014. *Why Electoral Integrity Matters*. Cambridge University Press.
- Norris, P., 2013. The New Research Agenda Studying Electoral Integrity. *Electoral Studies*, Special Symposium: The New Research Agenda on Electoral Integrity 32, 563–575. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2013.07.015>
- Norris, P., Frank, R.W., Martínez i Coma, F., 2014. Measuring Electoral Integrity around the World: A New Dataset. *PS: Political Science & Politics* 47, 789–798. <https://doi.org/10.1017/S1049096514001061>
- Norris, P., Grömping, M., 2019a. *Electoral Integrity Worldwide*. University of Sydney, Sydney.
- Norris, P., Grömping, M., 2019b. Perceptions of Electoral Integrity Data, version PEI-7.0. <https://doi.org/10.7910/DVN/PDYRWL>
- Norris, P., Martínez i Coma, F., Grömping, M., 2015. Perceptions of Electoral Integrity Data, version PEI-3.0. <https://doi.org/10.7910/DVN/29114>
- Schmitt-Beck, R., Faas, T., 2021. Wie frei und fair war die Bundestagswahl 2017? Elektorale Integrität aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger, in: Weßels, B., Schoen, H. (Eds.), *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2017*. Springer, Wiesbaden, 139–161. https://doi.org/10.1007/978-3-658-33582-3_8
- Schnaudt, C., 2023a. Exit or Voice? Behavioral Implications of Electoral-Integrity Beliefs in Germany. *Politische Vierteljahresschrift* 64, 79–105. <https://doi.org/10.1007/s11615-022-00403-9>
- Schnaudt, C., 2023b. Sowing the Seeds of Skepticism? Electoral-integrity Beliefs among Political Elites. *Electoral Studies* 84, 102654. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2023.102654>
- Schnaudt, C., 2023c. Mind the Gap(s): Winning, Losing, and Perceptions of Electoral Integrity in Mixed-member Proportional Systems. *Electoral Studies* 83, 102611. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2023.102611>
- Schnaudt, C., Hahn, C., Heppner, E., 2021. Distributive and Procedural Justice and Political Trust in Europe. *Frontiers in Political Science* 3, 24. <https://doi.org/10.3389/fpos.2021.642232>
- Segatti, P., Schmitt, H., van der Eijk, C., 2021. Comparing Individual Behaviour across Contexts: The Core Research Question, in: Schmitt, H., Segatti, P., Eijk, C. van der (Eds.), *Consequences of Context: How the Social, Political, and Economic Environment Affects Voting*. ECPR Press, London; Lanham, 1–20.
- Simpser, A., 2012. Does Electoral Manipulation Discourage Voter Turnout? Evidence from Mexico. *The Journal of Politics* 74, 782–795. <https://doi.org/10.1017/S0022381612000333>
- Smets, K., van Ham, C., 2013. The Embarrassment of Riches? A Meta-analysis of Individual-level Research on Voter Turnout. *Electoral Studies* 32, 344–359. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2012.12.006>

van Deth, J.W., 2018. Voting and the Expanding Repertoire of Participation, in: Fisher, J., Fieldhouse, E., Franklin, M.N., Gibson, R., Cantijoch, M., Wlezien, C. (Eds.), *The Routledge Handbook of Elections, Voting Behavior and Public Opinion*. Routledge, Abingdon, 96–107.

van Ham, C., 2015. Getting Elections right? Measuring Electoral Integrity. *Democratization* 22, 714–737. <https://doi.org/10.1080/13510347.2013.877447>

Vertretungslücke, Rechtsextremismus und AfD-Wahl

Bernhard Weßels, Hans-Dieter Klingemann

1. Einleitung

Die Etablierung politischen Extremismus⁴ im Parteienwettbewerb ist ein neues Phänomen in Deutschland. Nicht, dass es in Deutschland keinen politischen Extremismus gegeben hätte. So gab es die Wahlerfolge der NPD in den 1960er-Jahren und nach der Wiedervereinigung hier und da nicht zu übersehende Stimmengewinne anderer Parteien rechts-außen. Die größten Wahlerfolge der politisch weit rechts-stehenden Parteien gab es für die NPD 1968 mit einem Stimmenanteil von 9,8 Prozent bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg, dann z. B. für die Republikaner mit 7,5 Prozent bei der Abgeordnetenhauswahl 1989 in Berlin (West) oder auch der DVU mit 12,9 Prozent bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 1998. Aber eine Flächendeckung haben Parteien rechts-außen vor 2016 nicht erreicht. Dann aber war die AfD bereits im Frühjahr 2016 in zehn Landtagen vertreten, in sieben davon zog sie mit zweistelligem Stimmenanteil ein (Schroeder et al. 2017). Der Einzug in den Bundestag gelang 2013 knapp nicht (Schmitt-Beck 2014), dann aber 2017 und 2021 mit zweistelligem Ergebnis.

Der Verfassungsschutz stuft die gesamte AfD inzwischen als rechtsextremistischen Verdachtsfall ein. Der Weg der Radikalisierung der AfD ist von 2013, ihrem ersten Antreten bei einer Wahl, der Bundestagswahl, bis heute verfolgt worden. Von einer national-konservativen, anti-europäisch orientierten Partei unter der Führung Bernd Luckes hat sie sich inzwischen durch mehrfachen Führungswechsel entfernt. Die extreme Rechte der Partei gewinnt mehr und mehr Gewicht (Schroeder/Weßels 2023). Haben wir es im Sinne des Ansatzes von Scheuch und Klingemann (1967) mit einer „normalen Pathologie“ des Politischen zu tun? Was sind die Erklärungsansätze für den Erfolg der AfD?

Um diese Frage zu beantworten, werden im Folgenden Thesen formuliert, die sich aus dem Erklärungsmodell von Scheuch und Klingemann ableiten lassen. Diese Thesen werden in einem zweiten Schritt einzeln geprüft und in zwei Modelle zur Erklärung der Stimmabgabe zugunsten der AfD überführt. Die empirische Grundlage für die Analysen liefert die

GLES, die German Longitudinal Election Study, die es zum ersten Mal zur Bundestagswahl 2009 gab (GLES 2009, 2013, 2017, 2021). Hier werden aber nur die Wahlen 2013, 2017 und 2021 berücksichtigt, da es die AfD 2009 noch nicht gab.

2. Politischer Extremismus – Theorie und Hypothesen

Im Ansatz von Scheuch und Klingemann (1967) steckt ein komplexer Erklärungsansatz für das Aufkommen von Rechtsradikalismus, der Gründe im Zusammenspiel zwischen Makro- und Mikroebene und hier zwischen verschiedenen Dimensionen wie sozio-ökonomischen und kulturell-ideologischen und ihrem Wechselspiel sieht (s. auch Klingemann 2020). Es ergibt sich ein komplexes kausales Geflecht, das nicht einfach in einen Kausaltrichter umzusetzen ist. Aber wie Arzheimer und Falter (2002) gezeigt haben, lassen sich kausale Sequenzen rekonstruieren, die sich für eine Formulierung von Erwartungen anbieten.

Eine der von Scheuch und Klingemann formulierten Makrobedingungen deckt sich auffallend mit der von der AfD formulierten Kritik am politischen System und seinen Trägern und den Wahlmotiven der AfD-Wählerinnen und -Wähler. So stellte Schmitt-Beck für die Bundestagswahl 2021 fest, dass Einstellungen zur repräsentativ-demokratischen politischen Ordnung selbst von Bedeutung für die Stimmabgabe zugunsten der AfD waren (Schmitt-Beck 2021). In ihrem Erklärungsansatz für Rechtsextremismus sehen Scheuch und Klingemann als Bedingungen für politischen Extremismus eine prekär gewordene Beziehung zwischen Bürgerinnen und Bürgern einerseits und politischer Führung andererseits an, sowie politische Fehlleistungen und Defizite bei den demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten. Das führe zusammen mit weiteren Faktoren dazu, dass Defizite nicht angemessen artikuliert und Konflikte nicht ausgetragen würden (Arzheimer/Falter 2002: 88f.). Wenn es derartige Wahrnehmungen von Defiziten und einer Vertretungslücke auf der Systemebene, also der gesamtgesellschaftlichen Makroebene, gäbe, müsste sich das in den Orientierungen und Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger auf der Mikroebene widerspiegeln. Damit lässt sich eine Erwartung oder Hypothese für die Mikroebene formulieren: Aus diesen Phänomenen, die als gesamtgesellschaftliche auf der Makroebene anzusiedeln sind, lässt sich eine Erwartung auf der Mikroebene formulieren:

- (1) Wenn auf der Individualebene eine Vertretungslücke wahrgenommen wird, ist die Wahrscheinlichkeit eines Wahlverhaltens zugunsten der AfD größer, als wenn keine Vertretungslücke wahrgenommen wird.

Die These von der Vertretungs- oder Repräsentationslücke als Grund des Erfolgs der AfD ist schon früh formuliert worden. Es habe mit den wiederholten Großen Koalitionen eine „Entkoppelung von Regierungsbildung und Wählervotum“ geben und so „hat die Bundestagswahl vom 24. September 2017 eine Integrations- und Repräsentationslücke offenbart“, konstatiert Mielke (2018; siehe auch Klingemann/Canan-Sokullu 2022). Auch Schroeder und Weßels (2019) sehen eine mögliche Repräsentationslücke zwischen Nachfrage und Angebot und Ruhose (2023) spricht von einer Vertretungslücke.

Zum Rechtsextremismus gehört auch eine passende Ideologie oder passende Einstellungen. Für eine Ideologie bedarf es eines politischen Anbieters, für extreme Einstellungen nicht unbedingt. Diese können auch einhergehen mit einem rigiden Denkstil (Scheuch/Klingemann 1967: 18). Extreme politische Orientierungen wiederum stärken das Gefühl eines Vertretungsdefizits, da diese zumeist nicht von den etablierten politischen Akteuren vertreten werden. Daraus folgt die Erwartung:

- (2) Personen mit extremen politischen Orientierungen und Zielsetzungen sehen sich weniger vertreten als andere.

Damit Wahrnehmungen von Vertretungsdefiziten und extreme politische Orientierungen handlungsrelevant werden können, muss es zum einen kulturell eine entsprechende Ideologie und zum anderen einen politischen Anbieter geben. Mit der AfD ist das seit 2013 der Fall.

Ein Beispiel dafür sind die Einstellungen zur Migration. So zeigt Schmitt-Beck bereits für die Bundestagswahl 2013, dass die „Neigung zur AfD ... erheblich durch immigrationsskeptische Einstellungen befördert“ wurde, insbesondere von strikten Gegnern „einer multikulturellen Einwanderungspolitik“ (Schmitt-Beck 2014: 107). Es lässt sich also folgende Erwartung formulieren:

- (3) Es ist davon auszugehen, dass insbesondere Personen mit extremen politischen Orientierungen die AfD wählen.

Allerdings gibt es Randbedingungen, die dafür förderlich oder weniger förderlich sind. Das bekannte „wasted vote“-Theorem legt nahe, dass Stimmen ungenügend verschenkt werden, es also darauf ankommt, dass die Partei

mindestens die Fünf-Prozent-Hürde überspringt. Fisher hat das bereits 1973 für Deutschland gezeigt (Fisher 1973). Es gibt also eine Rückkoppelung zwischen Wahlerfolg und Wahlverhalten (Scheuch/Klingemann 1967: 21). Die AfD hat 2013 die Fünf-Prozent-Hürde fast und 2017 mit großem Erfolg geschafft. Damit kann davon ausgegangen werden, dass die Randbedingung für die AfD gegeben ist. Mehr noch: Die AfD hat enorme Mobilisierungserfolge zu verzeichnen, die sich insbesondere bei den Landtagswahlen gezeigt haben. Zwischen erstem Antritt und letzter Wahl vor der Coronapandemie ab 2020 hat die AfD im Durchschnitt aller bis dahin stattgefundenen Wahlen 9,9 Prozentpunkte dazugewonnen (Schroeder/Weßels 2023: 50) – im Vergleich der Wahlen vor und mit Corona (vor 2/2020 zu ab 2/2020) aber leicht verloren, in der Gesamtbilanz aber stetig zugenommen. Daher geht unsere Erwartung über eine bloße Verhaltenswirksamkeit des Angebots der AfD bei Wahlen hinaus von einer Politisierung durch die AfD aus:

- (4) Die AfD verstärkt durch Politisierung den Effekt politischer Ideologie auf das Wahlverhalten.

Im Folgenden werden zunächst empirisch geprüft, ob eine Vertretungslücke überhaupt existiert und ob diese Lücke insbesondere auf Personen mit extremen politischen Einstellungen zutrifft. Danach werden dann die Erwartungen zu den Bestimmungsgründen der Wahl der AfD sowie die Politisierungsthese geprüft.

3. Vertretungslücke – eine Operationalisierung

Dass nicht nur die AfD damit mobilisiert, eine Differenz zwischen Bürgern und politischen Eliten zu artikulieren und damit zu unterstellen, die politischen Repräsentanten würden nicht mehr repräsentieren, sondern auch die Forschungsliteratur davon ausgeht, dass es eine Vertretungs- oder Repräsentationslücke gibt, wurde bereits angemerkt. Auch die öffentlichen Medien vermehren immer häufiger eine Repräsentationslücke, die dem AfD-Erfolg Vorschub leiste. So beschrieb Der Tagesspiegel am 11.10.2022 die Gefahr der Repräsentationslücke, der Cicero (9.7.2015) beobachtete, die CDU habe am rechten Rand eine große Vertretungslücke gelassen, Der Freitag (9.8.2018) sieht die AfD in diese Vertretungslücke hineinbrechen. Diese Aufzählung ließe sich beliebig fortsetzen.

Wie aber bestimmt sich eine Repräsentations- oder Vertretungslücke, wie kann man sie messen? Sie auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene, also auf der Makroebene festzustellen, macht sie noch nicht verhaltenswirksam. Sie muss von den Individuen *wahrgenommen* werden. Eine allgemeine Definition gibt es unseres Wissens noch nicht. Im Bereich der Interessenvermittlung wird der Begriff zum Beispiel bei den Lücken in der betrieblichen Interessenvertretung benutzt, oder auch in Bezug auf die Präsenz und Mitgliederstärke von Interessenorganisationen (Weßels 2001). Auf der Mikroebene muss das Konzept erst operationalisiert werden. Aus einer theoretisch-analytischen Perspektive kann sich eine Repräsentations- oder Vertretungslücke auf unterschiedliche Aspekte des politischen Systems beziehen. Eine sinnvolle Unterscheidung ist die von Easton in Autoritäten und Regime (Easton 1965) oder auch Institutionen sowie die Unterscheidung in Prozess und Struktur oder in politikwissenschaftlicher Begrifflichkeit in *politics* und *polity*. Autoritäten sind die handelnden Akteure in der Politik – Parteien, Personen; Institutionen sind die formalen Regeln der Demokratie und die durch sie festgelegte Ordnung und Verfassungsorgane. Im strukturellen Sinne kann eine Vertretungs- oder Repräsentationslücke (1) bei den Autoritäten auftreten, wenn diese selektiv sind und nicht das Spektrum von Interessen abdecken, sei dies sozial, kulturell oder politisch. Die Prozessebene bezieht sich auf die konkreten Handlungen und Funktionsweisen von Autoritäten und Institutionen. Ein Defizit existiert dann, wenn (1) die Wahrnehmung vorherrscht, die Autoritäten machten keine gute Arbeit, ihre Performanz sei nicht hinreichend für die Vertretung oder Repräsentation der jeweils eigenen Interessen. (2) Defizite auf der Ebene der *polity* beziehen sich direkt auf die Struktur oder Prozesse im Regime. (3) Strukturbezogen liegt ein Defizit dann vor, wenn davon ausgegangen wird, dass diese falsch konstruiert sind, also z.B. ein anderes Demokratiemodell oder gar ein anderen nicht-demokratisches Ordnungsmodell bevorzugt wird. (4) Prozess bezogen kennzeichnet ein Defizit, dass die Wahrnehmung vorherrscht, die Institutionen funktionieren nicht gut.

In den GLES-Wahlstudien stehen einige Befragungsinstrumente zur Verfügung, die als Indikatoren für eine Vertretungslücke im (partei-)politischen Raum herangezogen werden können. Sie decken die strukturelle und Prozess bezogene Dimension bezogen auf Autoritäten ab, also (1) und (2). Für die Regime- oder Institutionendimensionen werden hier keine Indikatoren herangezogen.

Als indirektes Maß können die Partei-Skalometer, die Maße zur Wahlwahrscheinlichkeit (*propensity to vote*) und zur Perzeption der Lösungs-

kompetenz von wichtigen Problemen herangezogen werden. Sie sind Ergebnis der Evaluierung der Handlungen von Parteien, beziehen sich daher auf die Prozessdimension bezogen auf Autoritäten, also das unter (2) oben definierte Defizit. Die Partei-Skalometer fragen: „Was halten Sie so ganz allgemein von den einzelnen politischen Parteien? Sagen Sie es mir bitte anhand dieser Skala. -5 heißt, dass Sie überhaupt nichts von der Partei halten, +5 heißt, dass Sie sehr viel von der Partei halten. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.“ Hier wird als Indikator für eine Vertretungslücke angesehen, wenn für keine der etablierten Parteien, also alle Bundestagsparteien (CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne, Linke) mit Ausnahme der AfD, kein positiver Skalenwert vergeben wird. Die Überlegung dabei ist, dass wenn keine Partei positiv beurteilt wird, davon auszugehen ist, dass diese auch nicht für die politische Repräsentation taugen. Das Maß hält also fest, dass für keine der etablierten Parteien eine positive Beurteilung ihrer Performanz abgegeben wird.

Ähnlich ist es bei den Maßen zur Wahlwahrscheinlichkeit. Auch das ist ein indirekter, weil auf Evaluation basierender Indikator für ein Prozess bezogenes Defizit in der Dimension Autoritäten (2). Hier wird gefragt: „Es gibt eine Reihe von politischen Parteien in Deutschland. Jede davon würde gerne Ihre Stimme bekommen. Geben Sie bitte für jede der folgenden Parteien anhand dieser Skala an, wie wahrscheinlich es ist, dass Sie diese Partei jemals wählen würden.“ Vorgelegt wird eine Skala von 1 („Würde diese Partei mit Sicherheit nicht wählen“) bis 11 („Würde diese Partei mit Sicherheit wählen“). Wenn die etablierten Parteien als kaum oder gar nicht als wählbar angesehen werden (Werte 1 bis 3), spricht das dafür, dass die Befragten diese Parteien nicht als ihre Vertreter in die Parlamente schicken wollen. Im Unterschied zu den Parteiskalometern, die einen Nullpunkt haben und sich damit Positiv und Negativ klar voneinander trennen lassen, ist bei der Frage nach der Wahlwahrscheinlichkeit mit dem Wert 4 bereits eine relativ starke positive Wahrscheinlichkeit von 30 Prozent gegeben, wenn der Wert 1 eine Wahrscheinlichkeit von 0 und jeder weitere Wert einen Zuwachs in der Wahrscheinlichkeit um 10 Prozentpunkte bedeutet, so dass der Wert 11 dann 100 Prozent, die Partei zu wählen bedeutet. Daher werden hier die nur die ersten drei Werte für die Operationalisierung eines Defizits herangezogen.

Der dritte Indikator fragt nach der Problemlösungskompetenz der Parteien bezogen auf die von den Befragten als wichtig wahrgenommenen Problemen. Auch das ist ein Indikator für ein Defizit bezogen auf die Leistung von Autoritäten im politischen Prozess (2), aber da direkt auf Interesse

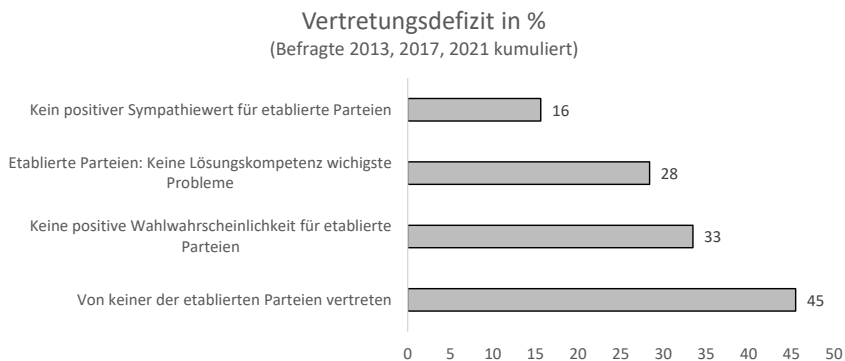
bezogen ein direktes Maß. Zunächst wird nach der Problemeinschätzung gefragt: „Sie werden jetzt nach den zwei wichtigsten politischen Problemen gefragt. Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste politische Problem in Deutschland? Bitte nennen Sie zunächst nur das allerwichtigste Problem.“ Danach wird gefragt: „Und welche Partei ist Ihrer Meinung nach am besten geeignet, das Problem <wichtigstes Problem einfügen> zu lösen?“. Diese Fragen werden für das zweitwichtigste Problem wiederholt. Das hier verwendete Maß der Vertretungslücke bestimmt sich durch den Umstand, dass keine der *etablierten* Parteien als kompetent genannt wird, das wichtigste und zweitwichtigste Problem zu lösen.

Ebenfalls ein direktes Maß für die Vertretungslücke ist die Frage „Sind Sie der Meinung, dass irgendeine der Parteien in Deutschland Ihre persönlichen politischen Ansichten gut vertritt?“ Die Antwortmöglichkeiten sind „Ja“ und „Nein“, es folgt bei „Ja“ die Nachfrage, welche Partei das sei. Ein „Nein“ ist ein direktes Maß einer Vertretungslücke im parteipolitischen Raum. Bei einem „Ja“ wird für die Befragten, die AfD und alle Parteien, die nicht im Bundestag vertreten sind, genannt haben, dennoch von einer Vertretungslücke durch die etablierten Parteien ausgegangen. Bezogen auf die Typologie der Vertretungs- oder Repräsentationsdefizite wäre das ein auf Akteure bezogenes Defizit in der Struktur (2), das vor dem Auftreten der AfD die entsprechenden Interessen in der Bevölkerung keine Vertretung in der Struktur des Angebots erfahren hätte.

4. Extreme Politikziele und Vertretungslücke

Die empirischen Ergebnisse zu diesen Indikatoren liefern ein eindeutiges Bild: die Vertretungslücke existiert in der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger. Zusammengefasst sind in Abbildung 1 die Ergebnisse für die Wahlen 2013, 2017 und 2021.

Abbildung 1: Indikatoren und Verteilungen zur Vertretungslücke



Sample-Größen der jeweiligen Wahlstudie 2013, 2017, 2021 sind gleichgewichtet (2000).

Quelle: GLES 2013, 2017, 2021. Eigene Berechnungen.

Parteisympathien und Unzufriedenheit mit der Regierung verweisen auf nur geringe Vertretungsdefizite. Bezogen auf die Lösungskompetenz sind es dann aber schon fast 30 Prozent, bezogen auf die Wahlwahrscheinlichkeiten genau ein Drittel. Das direkte Vertretungsmaß verweist auf ein recht großes Vertretungsdefizit. 45 Prozent sehen sich von keiner der etablierten Parteien vertreten. Die Gründe können in den vorher genannten Defiziten liegen., Eine entsprechende Analyse spricht dafür (Tab. 1).

Tabelle 1: Wahrscheinlichkeit, sich von keiner Partei vertreten zu fühlen in Abhängigkeit von Vertretungsdefiziten im Bereich Sympathie, Lösungskompetenz und Wahlwahrscheinlichkeit

Anzahl Defizite	% von keiner der etablierten Parteien vertreten
0	26
1	51
2	72
3	90

Geschätzte Wahrscheinlichkeiten (margins) einer logistischen Regression von „durch keine etablierte Partei vertreten“ auf Defizite bestimmt über Skalometer, Wahlwahrscheinlichkeit und Problemlösungsfähigkeit (s. Tab. 1). Alle Wahrscheinlichkeiten hochsignifikant voneinander verschieden.

Mit der Anzahl wahrgenommener Prozess bezogener Defizite von Autoritäten kumuliert sich der Anteil derjenigen, die strukturelle Defizite im Bereich der Autoritäten sehen, also derjenigen, die im etablierten Parteienset keine Vertretung finden. Das direkte Maß zur Vertretungslücke, also die Frage danach, ob eine der Parteien die persönlichen politischen Ansichten gut vertritt, kann damit als eine Generalisierung der spezifischeren Indikatoren zur Vertretungslücke angesehen werden.

Als wichtigstes Ergebnis lässt sich festhalten, dass es aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger eine beträchtliche Vertretungslücke in Deutschland gibt. Wird das direkte Maß im Zeitverlauf betrachtet, was auch für die Bundestagswahl 2009 möglich ist, vergrößert sich die Lücke: 2009 gaben 41 Prozent der Befragten an, von keiner der etablierten Parteien vertreten zu sein, 2013 sind es 42 Prozent, 2017 dann 48 und 2021 47 Prozent.

Das Wachsen der Lücke in der Vertretung durch die etablierten Parteien kann nicht in vollem Maße auf die nunmehr wahrgenommene Vertretung durch die AfD erklärt werden. Durch die AfD vertreten sahen sich 2013 lediglich 1,6 Prozent, 2017 dann 3,2 und 2021 3,1 Prozent. Die Lücke ist um etwa 6 Prozent größer geworden und von der AfD nur etwa zur Hälfte kompensiert.

Unsere Erwartung, dass es vor allem diejenigen sind, die sich nicht vertreten fühlen, die extreme politische Zielsetzungen anstreben (Hypothese 2), soll im Folgenden überprüft werden. Dazu haben wir sechs politische Issues ausgewählt und dazu die extremen Positionen bestimmt.

Für vier der Issues waren die Antwortvorgaben (1) stimme voll und ganz zu; (2) stimme eher zu; (3) teils/teils; (4) stimme eher nicht zu; (5) stimme überhaupt nicht zu.

Bei den folgenden zwei Fragen ist der eher auf der politischen Rechten liegende Pol die Ablehnung der Position. Als extreme rechte Einstellung wurde daher die negative Antwort (5) kodiert:

- „Für die Besetzung der Aufsichtsräte großer Unternehmen sollte es eine gesetzlich verankerte Frauenquote geben.“
- „Deutschland sollte EU-Mitgliedsstaaten, die starke wirtschaftliche und finanzielle Schwierigkeiten haben, finanziell unterstützen.“

Bei den folgenden beiden Fragen liegt die Befürwortung eher auf der politisch rechten Seite. Es wurde die positive Antwort (1) als extreme Einstellung kodiert:

- „Einwanderer sollten verpflichtet werden, sich der deutschen Kultur anzupassen.“
- „Bürger sollten einen bindenden Volksentscheid auf Bundesebene herbeiführen können.“

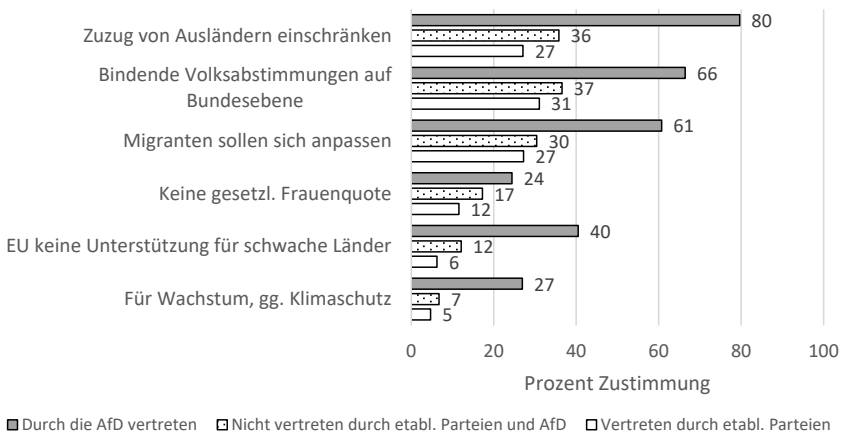
Die folgenden beiden Issues sind die Pole von Positions-Issues, die auf einer Skala von 1 bis 11 beantwortet werden konnten. Hier wurden die Werte 9, 10, und 11 des aufgeführten Pols als extreme rechte Orientierungen kodiert.

- „Vorrang für Wirtschaftswachstum, auch wenn es die Bekämpfung des Klimawandels erschwert“
- „Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten eingeschränkt werden“

Betrachtet man die Zustimmung zu diesen extremen Orientierungen im Vergleich der Befragten, die sich von etablierten Parteien vertreten fühlen, mit denen, die sich weder von ihnen noch der AfD vertreten fühlen und denen, die sich von der AfD vertreten fühlen, ergibt sich, dass unter denjenigen in der Vertretungslücke die extremen Orientierungen stärker verbreitet sind als unter denjenigen, die sich vertreten fühlen und am stärksten unter den etwa 3 Prozent, die sich von der AfD vertreten fühlen (Abb. 2).

Es sind die vielfach als „rechts-populistische“ Einstellungen bezeichneten Issues, die in besonderer Weise Zustimmung durch diejenigen, die sich nicht von den etablierten Parteien und insbesondere durch diejenigen, die sich von der AfD Vertretenen, erfahren: die Ablehnung des Zuzugs von Ausländern, die Zustimmung zu bindenden Volksabstimmungen auf Bundesebene, und die Forderung, Migranten sollten sich anpassen. Hier sind es zwischen 30 und knapp 40 Prozent bei den Nicht-Vertretenen, zwischen 60 und 80 Prozent bei den AfD-Vertretenen. Unter denjenigen, die sich von einer der etablierten Partei vertreten fühlen, ist die Zustimmung zwischen 3 und 9 Prozentpunkte geringer als bei den Nicht-Vertretenen und 30 bis 50 Prozentpunkte geringer als bei den durch die AfD Vertretenen. Sichtlich weniger Unterstützung erfahren die Ablehnung einer gesetzlichen Frauenquote, die Ablehnung der Unterstützung für schwächere EU-Staaten und die Ablehnung des Klimaschutzes zu Lasten des Wachstums. Aber auch hier sind diejenigen, die sich nicht vertreten sehen, stärkere Unterstützer rechter politischer Einstellungen als diejenigen, die sich vertreten sehen und wiederum die stärksten Unterstützer die AfD-Vertretenen.

Abbildung 2: Extreme politische Einstellungen und Vertretungslücke



Sample-Größen der jeweiligen Wahlstudie 2013, 2017, 2021 sind gleichgewichtet (2000).

Quelle: GLES 2013, 2017, 2021. Eigene Berechnungen.

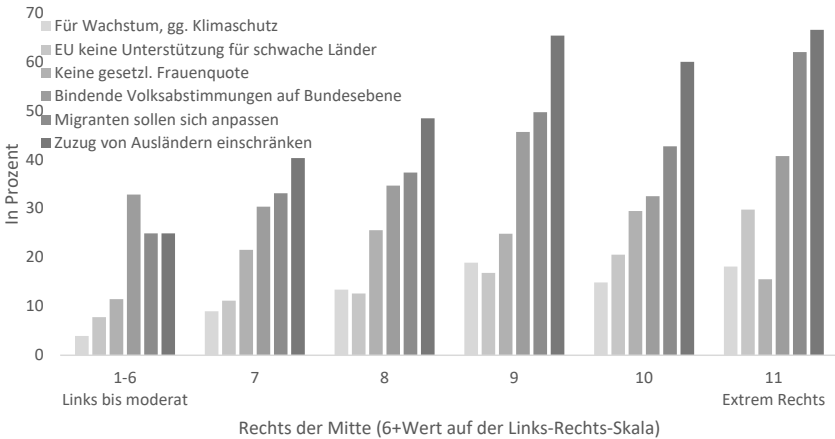
5. Ideologisierung und Politisierung: Erklärung der Wahl der AfD

Eine zentrale Frage ist, ob die AfD die Vertretungslücke politisiert und politische Einstellungen radikalisiert. Wie von Scheuch und Klingemann (1967) festgehalten, ist es für die Entwicklung von politischem Extremismus notwendig, dass es kulturell ideologische Deutungs- und Orientierungsangebote gibt. Die sogenannte „Neue Rechte“ mit ihren Think Tanks macht dazu sicherlich Angebote. Messen lässt sich deren Wirksamkeit allerdings nicht. Eine Dimension, die einen ideologischen Gehalt hat, ist die Links-Rechts-Dimension. Links und Rechts stellen ein politisches Koordinatensystem dar, in dem sich konkrete politische Inhalte sortieren und generalisieren lassen. Durch beständige Spezifizierung und Re-Spezifizierung in den öffentlichen und politischen Diskursen behält dieses Koordinatensystem eine große Orientierungsfunktion (Fuchs/Klingemann 1989).

In der Tat zeigt sich eine politische Ladung der politischen Ziele je stärker Rechts die Orientierung. Auf einer Skala von 1 bis 11, wobei 1 für Links und 11 für Rechts steht, können die Befragten sich selbst einordnen. Präsentiert werden in Abbildung 3 die Befragten mit einer Orientierung von politischer Mitte bis zur politischen Linken (Skalenwerte 1 bis 6) im Vergleich zu den rechten Orientierungen (jeweils einzelne Skalenwerte

von 7 bis 11). Dabei zeigt sich, dass die Unterstützung für die extremen politischen Ziele mit der Intensität der rechten Orientierung zunimmt.

Abbildung 3: Zustimmung zu extremen politischen Zielen und politische Rechts-Orientierung



Sample-Größen der jeweiligen Wahlstudie 2013, 2017, 2021 sind gleichgewichtet (2000).

Quelle: GLES 2013, 2017, 2021. Eigene Berechnungen.

So ist die Unterstützung für die Forderung nach der Einschränkung des Zuzugs von Ausländern unter extrem Rechten fast dreimal so hoch wie unter denen in der politischen Mitte bis zur politischen Linken. Die Unterstützung für extreme Politikziele steigt fast durchgehend sukzessive an, je weiter rechts. Damit scheint es eine ideologische Politisierung extremer politischer Zielsetzungen zu geben und damit eine weitere Bedingung für politischen Extremismus erfüllt zu sein.

Die Ideologisierung politischer Streitfragen trägt nicht unmaßgeblich zum Wahlerfolg der AfD bei. Arzheimer und Falter (2002) haben das bereits früher anhand von ideologischen und ordnungspolitischen Orientierungen gezeigt. Die Rechts-Orientierung im Sinne der Links-Rechts-Dimension zeigt einen deutlichen Effekt auf die Wahlentscheidung. Hier wurden die weit rechten Einstellungen (Werte 8-11) zusammengefasst, die zusammen etwa 10 Prozent der Befragten umfassen. Darüber hinaus zeigen unsere Daten auch, dass es ebenfalls konkrete politische Zielsetzungen sind, die zur Wahl der AfD beitragen. Ein logistisches Regressionsmodell ergibt einen eindeutigen Zusammenhang dieser Orientierungen mit der

AfD-Wahl. Das Modell bindet 19 Prozent der Varianz der AfD-Wahl. Das Thema ‚Ausländerzuzug‘ und eine weit rechte ideologische Orientierung sind die stärksten Prädiktoren, gefolgt von den Streitfragen: Volksentscheide, EU-Solidarität und Frauenquote. Auch das Wahljahr hat einen signifikanten Einfluss, was darauf hinweist, dass der AfD-Erfolg über Zeit wächst (Tabelle 2). Die Erwartung, dass Personen mit extremen politischen Zielsetzungen die AfD wählen, wird damit bestätigt.

Tabelle 2: Logistische Regression von AfD-Zweitstimme auf extreme Einstellungen zu politischen Streitfragen

AfD Zweitstimme	Coef.	P>z
Migranten sollen sich anpassen	0,23	0,10
Keine gesetzl. Frauenquote	0,41	0,01
Keine EU-Solidarität	0,68	0,00
Verbindl. Volksentscheide	0,92	0,00
Gg. Klimaschutz für Wachstum	0,59	0,00
Gg. Ausländerzuzug	1,28	0,00
Weit Rechts (8-11 auf LR-Skala)	1,06	0,00
Wahljahr	0,09	0,00
Konstante	-188,66	0,00
R ²	0,19	
N	6.876	

Sample-Größen der jeweiligen Wahlstudie 2013, 2017, 2021 sind gleichgewichtet (2000). Die Variablen sind standardisiert von 0 bis 1, die Koeffizienten daher vergleichbar. Quelle: GLES 2013, 2017, 2021. Eigene Berechnungen.

Trifft auch die Erwartung zu, dass die Vertretungslücke zur Wahl der AfD beiträgt? Die Ergebnisse einer weiteren logistischen Regression mit den Indikatoren zur Vertretungslücke zeigen, dass auch diese einen starken Beitrag zur AfD-Wahl leisten.

Tabelle 3: *Logistische Regression von AfD-Zweitstimme auf Indikatoren der Wahrnehmung schlechter politischer Vertretenheit*

AfD Zweitstimme	Coef.	P>z
Keine positive Wahlwahrscheinlichkeit für etabl. Parteien	1,38	0,00
Keine Lösungskompetenz wichtigste Probleme	1,39	0,00
Von keiner der etabl. Parteien vertreten	1,15	0,00
AfD-Vertretenheit	3,14	0,00
Kein positiver Sympathiewert für etabl. Parteien	-0,27	0,10
Wahljahr	0,04	0,04
Konstante	-83,38	0,03
R2	0,31	
N	6.161	

Sample-Größen der jeweiligen Wahlstudie 2013, 2017, 2021 sind gleichgewichtet (2000). Die Variablen sind standardisiert von 0 bis 1, die Koeffizienten daher vergleichbar. Multikollinearität liegt nicht vor. Quelle: GLES 2013, 2017, 2021. Eigene Berechnungen.

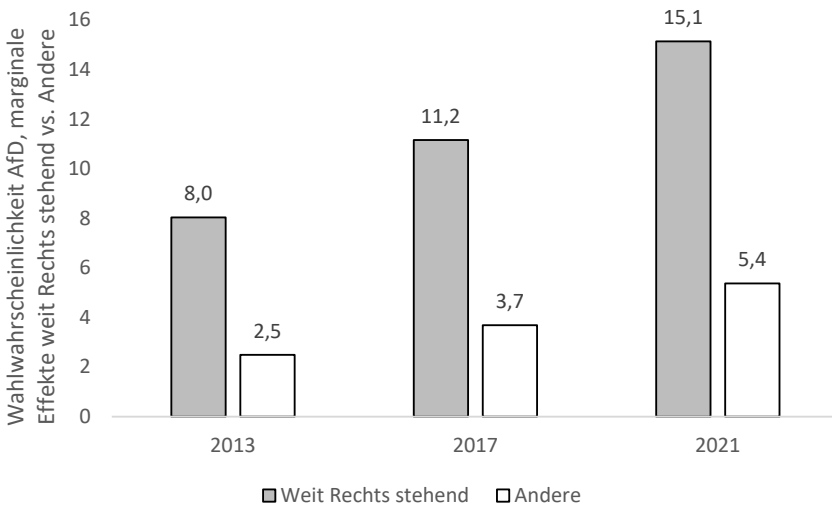
An erster Stelle trägt zur AfD-Wahl das Gefühl, von ihr vertreten zu werden, bei, gefolgt von der Einschätzung, dass keine der etablierten Parteien eine Lösungskompetenz für die von den Befragten als am wichtigsten und zweitwichtigsten angesehenen politischen Probleme aufweist. Eine geringe Wahlwahrscheinlichkeit für die etablierten Parteien steht an dritter Stelle und dass keine der etablierten Parteien als eine Partei angesehen wird, die die eigenen Ansichten vertritt, steht an vierter Stelle. Schwache Sympathiewerte für die etablierten Parteien haben keinen statistisch signifikanten Effekt (Tabelle 3).

Ein Gesamtmodell, das sowohl Variablen zur Vertretungslücke aus Tabelle 3 als auch politische Einstellungen aus Tabelle 2 in einem Modell zusammenführt, verweist darauf, dass beide Dimensionen ihren Einfluss auf die AfD-Wahl behalten, auch wenn für die jeweils andere Dimension „kontrolliert“ wird. Während alle Variablen zur Vertretungslücke, die im Modell von Tabelle 3 signifikant waren, das auch bleiben, verlieren zwei der Indikatoren die statistische Signifikanz. Aber der Einfluss der Einstellung zu Volksentscheiden, die Position gegen den Zuzug von Ausländern und die weit rechte Orientierung bleiben signifikant und in ihrem Einfluss relativ stark. Damit sprechen die Ergebnisse auch nach Analyse eines Gesamtmodells jeweils für die Hypothesen 1 und 3, die einen jeweils eigenständigen Einfluss postuliert haben.

Es bleibt zu prüfen, ob die Erwartung zutrifft, dass die AfD durch Politisierung den Effekt politischer Ideologie auf das Wahlverhalten verstärkt.

Auf der Basis des Regressionsmodells zur Rückführung der AfD-Wahl auf politische Einstellungen lassen sich die marginalen Wahrscheinlichkeiten der Wahl der AfD durch einzelne Modellfaktoren berechnen. Hierzu wird der Effekt der Ideologie, gemessen am Grad der rechten politischen Orientierung (Werte 8 bis 11 auf der Links-Rechts-Skala) betrachtet. Abbildung 4 zeigt das Ergebnis: Die Wahlwahrscheinlichkeit für die AfD aufgrund rechter politischer Orientierungen steigt im Zeitverlauf deutlich an. Ergab eine ausgeprägte rechte politische Orientierung 2013 noch eine Wahlwahrscheinlichkeit von acht Prozent und 2017 von elf Prozent, so waren es 2021 bereits 15 Prozent.

Abbildung 4: Wahrscheinlichkeit der AfD-Wahl nach politisch weit rechter politischer Orientierung im Zeitverlauf



Sample-Größen der jeweiligen Wahlstudie 2013, 2017, 2021 sind gleichgewichtet (2000).

Quelle: GLES 2013, 2017, 2021. Eigene Berechnungen.

Es sollte angemerkt werden, dass dieser Effekt nicht darauf zurückgeht, dass es mehr und mehr Bürgerinnen und Bürger mit weit rechten politischen Orientierungen gibt. Das ist nicht der Fall. Der Anteil ist weitgehend konstant. Wiederum kann das am Beispiel der Bundestagswahlen von 2009 bis 2021 betrachtet werden. 2009 waren elf Prozent weit rechts orientiert, 2013 und 2017 etwa zehn Prozent und 2021 wiederum elf Prozent. Wie in Hypothese 4 vermutet, gibt es also in der Tat die Mobilisierung der

AfD durch ideologische Politisierung, die die Effekte erklärt und nicht der Anstieg rechter Orientierungen.

6. Fazit

Seit der Bundestagswahl 2013 finden extreme und radikale Aussagen und Forderungen der politischen Rechten in Deutschland zunehmend Gehör. Die Ursachen sind vielfältig und ohne die Wechselbeziehung zwischen der Makroebene des Politischen und der Individualebene kaum zu verstehen. Scheuch und Klingemann haben 1967 vor dem Hintergrund des damaligen Wahlerfolgs der NPD Überlegungen zum Rechtsextremismus angestellt, die heute wieder als Erklärungsmodell herangezogen werden können. Zu den Makrobedingungen gehört demnach ein prekäres Verhältnis zwischen politisch Vertretenen und politischen Vertretenden. In der Diktion der AfD ist es der Gegensatz zwischen dem Volk und denen „da oben“. In der öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte wird von einem Vertretungs- oder Repräsentationsdefizit gesprochen. Damit begründet sich aber noch kein Extremismus. Dazu bedarf es der entsprechenden politischen Einstellungen und ideologischen Orientierungen, so Scheuch und Klingemann. Ihre Interpretation des Extremismus als einer „normalen Pathologie“ impliziert, dass Extremismus existiert, auch wenn er sich nicht artikuliert. Für die Artikulation ist wiederum auf der Makroebene kulturell ein ideologisches Angebot und strukturell ein entsprechendes Angebot notwendig.

Mit den vorliegenden Ergebnissen zeigt sich in der Tat, dass auf Seiten zahlreicher Bürgerinnen und Bürger eine Vertretungslücke wahrgenommen wird und dass unter diesen Bürgern die Vorstellungen zu politischen Zielsetzungen und die eigene ideologische Orientierung extremer und konservativ bis rechts sind. Es sind sowohl die wahrgenommene Vertretungslücke als auch die substantiellen Vorstellungen zu politischen Zielen, die maßgeblich die Stimmabgabe zugunsten der AfD erklären. Es ist, wie Schmitt-Beck zu Recht feststellt, ein nur ein wahlsoziologisch orthodoxes Verständnis von Valenzpolitik nicht hinreichend, um den Erfolg der AfD zu verstehen (Schmitt-Beck 2021).

Es sind die Repräsentationsdefizite, die in der Zeit der Großen Koalitionen aufgelaufen sind, von denen die rechtspopulistische AfD in für politisch rechte Parteien bisher unbekanntem Maße profitiert (Klingemann/Canan-Sokullu 2022). Darüber hinaus sorgt sie mit ihrer geschickten Mobilisierungsstrategie und durch ihre Erfolge dafür, dass eine rechts-ideo-

logische Orientierung bestimmender für die Wahl der AfD wird, sie immer größere Teile von der politisch rechten Seite für sich gewinnen kann. Die Wechselwirkung zwischen der Makroebene politischer Bedingungen und des politischen Angebots einerseits und den Orientierungen und Handlungen der Bürgerinnen und Bürger spielen hier Hand-in-Hand, ganz wie von Scheuch und Klingemann (1967) postuliert.

Die Gefahr für die Demokratie durch einen zunehmenden Rechtsextremismus ist evident, ein Durchbrechen der Wechselwirkung zwischen Makro- und Mikroebene zugunsten der AfD notwendig. Die etablierten politischen Parteien müssen ihre Integrationskraft zurückgewinnen und sie müssen die Vertretungslücke schließen. Das impliziert nicht, auf den Kurs der AfD einzuschwenken, sondern vielmehr, politische Lösungen für die Probleme zu finden, von denen die AfD durch starke Emotionalisierung und Mobilisierung von Affekten derzeit profitiert. Das heißt zum Beispiel bezogen auf Migration nicht Ausschluss, sondern Integration, bezogen auf die Europäische Union nicht Austritt, sondern Gestaltung, im Hinblick auf Klimaschutzpolitik Erklärung und Kompensation der Kosten für sozial Schwache und für Perspektiven auf dem Wohnungsmarkt mehr Staat - insgesamt bedarf die Politik des Rückgewinns des Eindrucks, dass sie positiv gestalten kann. Andere Alternativen, zum Beispiel für die Integration einer de-radikalisierten AfD in die Gruppe der etablierten demokratischen Parteien als rechts-konservative Kraft ist angesichts der Radikalisierung der AfD sehr unwahrscheinlich. Es bleibt die Verantwortung der etablierten Parteien, Antworten zu finden und die Potenz von Politik unter Beweis zu stellen.

Literatur

- Arzheimer, Kai, und Jürgen W. Falter. 2002. „Die Pathologie des Normalen. Eine Anwendung des Scheuch-Klingemann-Modells zur Erklärung rechtsextremen Denkens und Verhaltens“. In *Bürger und Demokratie in Ost und West*, herausgegeben von Dieter Fuchs, Edeltraud Roller, und Bernhard Weißels, 85–107. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Easton, David. 1965. *A System Analysis of Political Life*. New York, London, Sydney: John Wiley and Sons.
- Fisher, Stephen L. 1973. „The Wasted Vote Thesis: West German Evidence“. *Comparative Politics* 5 (2): 293–99. <https://doi.org/10.2307/421245>.
- Fuchs, Dieter, und Hans-Dieter Klingemann. 1989. „The Left-Right Schema“. In *Continuities in Political Action*, herausgegeben von M. Kent Jennings und Jan W. Deth, 203–34. Berlin/New York: Walter de Gruyter.

- Klingemann, Hans-Dieter. 2020. „Was macht Menschen zu Extremisten?“ *Lagemaß. Infas - Institut für angewandte Sozialforschung* 12: 11–13.
- Klingemann, Hans-Dieter, und Ebru Canan-Sokullu. 2022. „Democracy under pressure? Support of democracy in Germany and Italy“. In *Democracy Under Pressure. Resilience or Retreat?*, herausgegeben von Ursula van Beek, 271–311. Palgrave Macmillan.
- Mielke, Gerd. 2018. „Die repräsentative Demokratie und ihre Herausforderungen. Anmerkungen und Interpretationsversuche“. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 31 (1–2): 22–31.
- Ruhose, Fedor. 2023. *Rechtspopulismus in der Opposition. Die AfD-Fraktion im Bundestag (2017–2021)*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Scheuch, Erwin K., und Hans-Dieter Klingemann. 1967. „Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften“. In *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialpolitik* 12, 11–19.
- Schmitt-Beck, Rüdiger. 2014. „Euro-Kritik, Wirtschaftspessimismus und Einwanderungsskepsis: Hintergründe des Beinahe-Wahlerfolges der Alternative für Deutschland (AfD) bei der Bundestagswahl 2013“. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 45 (1): 94–112. <https://doi.org/10.5771/0340-1758-2014-1-94>.
- 2021. „Wahlpolitische Achterbahnfahrt. Wer wählte wen bei der Bundestagswahl 2021?“ *Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament* 71 ((47–49)): 10–16.
- Schroeder, Wolfgang, und Bernhard Weßels. 2019. „Rechtspopulistische Landnahme in der Öffentlichkeit, im Elektorat und in den Parlamenten“. In *Smarte Spalter. Die AfD zwischen Bewegung und Parlament*, herausgegeben von Wolfgang Schroeder und Bernhard Weßels, 9–43. Bonn: Dietz Verlag.
- 2023. *Radikalisiert und etabliert. Die AfD vor dem Superwahljahr 2024*. OBS-Arbeitspapier 59. Frankfurt a. M.: Otto-Brenner-Stiftung.
- Schroeder, Wolfgang, Bernhard Weßels, Alexander Berzel, und Christian Neusser. 2017. „Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten“. *WZB Discussion Paper SP V 2017-102*.
- Weßels, Bernhard. 2001. „Vermittlungsinstitutionen und Interessenvertretung: Zur Performanz von Mitgliederorganisationen in Deutschland“. In *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland, Reihe Blickpunkt Gesellschaft* 6, herausgegeben von Achim Koch, Martina Wasmer, und Peter Schmidt, 221–46. Opladen: Leske + Budrich.

Datenquellen

- GLES (2009), Nachwahl-Querschnitt. Rattinger, Hans; Roßteutscher, Sigrid; Schmitt-Beck, Rüdiger; Weßels, Bernhard; Wolf, Christof. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5301 Datenfile Version 4.0.2, <https://doi.org/10.4232/1.13229>.
- GLES (2013), Nachwahl-Querschnitt. Rattinger, Hans; Roßteutscher, Sigrid; Schmitt-Beck, Rüdiger; Weßels, Bernhard; Wolf, Christof. Erhebungszeitraum: 23.09.2013 - 23.12.2013. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5701 Datenfile Version 3.0.1, <https://doi.org/10.4232/1.13232>.

GLES (2017), Nachwahl-Querschnitt. Roßteutscher, Sigrid; Schmitt-Beck, Rüdiger; Schoen, Harald; Weßels, Bernhard; Wolf, Christof. Erhebungszeitraum: 25.09.2017 - 30.11.2017. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA6801 Datenfile Version 4.0.1, <https://doi.org/10.4232/1.13235>.

GLES (2021), Nachwahl-Querschnitt. Roßteutscher, Sigrid; Debus, Marc; Faas, Thors-ten; Schoen, Harald. Erhebungszeitraum: 27.09.2021 - 21.11.2021. GESIS, Köln. ZA7701 Datenfile Version 2.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.14074>.

Voting for the Populist Radical-Right in Austria and Germany: A Comparative Analysis

Julia Partheymüller, Stefanie Walter

1. Introduction

One of the most notable trends in recent European elections has been the rise of populist radical-right parties. This trend gained some momentum, particularly in the aftermath of the 2015 European ‘refugee crisis’, when such parties were able to capitalize on the situation and achieved remarkable electoral victories. For example, at the 2017 German federal election the emergent populist radical-right party Alternative for Germany (AfD) secured 12.6 percent of the vote and entered parliament for the first time. In a parallel development, just a few weeks later, the Austrian Freedom Party (FPÖ), a political party with a long-standing parliamentary presence, gained 26.0 percent of the vote – one of its strongest performances. Considering the historical legacy of right-wing authoritarianism in both nations and the potential threat that populist radical-right parties may pose to democratic norms and institutions as well as to social cohesion, such developments seem quite worrisome and a close examination of the phenomenon seems therefore warranted.

Previous research has already uncovered a multitude of factors related to the vote for populist radical-right parties. One line of investigation has primarily concentrated on the demand-side, identifying various attitudes that provide fertile grounds for the populist radical-right. Among them, in particular, anti-immigrant sentiments stand out as a factor uniting supporters of radical-right parties (Ivarsflaten 2008; Rooduijn 2018). But also economic pessimism (Sipma/Berning 2021; Steenvoorden/Harteveld 2018) as well as populist attitudes (Akkerman et al. 2014) have been identified as further relevant correlates of voting for the populist radical-right.

Another line of research has emphasized the importance of supply-side factors, such as the response by mainstream parties to the populist challenge. In this context, a debate has arisen concerning the strategic approach that mainstream parties should adopt – whether to opt for a dismissive, adversarial or accommodative strategy (Meguid 2005, 2008). While initial

studies suggested that accommodation could potentially diminish the electoral support of the populist radical-right, more recent research finds little support for this notion (Krause et al. 2023) and warns instead against the related risks of legitimization and normalization, potentially undermining key pillars of liberal democracy in the long-run.

Against the background of this ongoing discourse, Austria and Germany present themselves as compelling cases for a comparative analysis. The Austrian Freedom Party has long been among the most successful populist radical-right parties in Europe and Austrian mainstream parties have at times adopted an accommodative approach towards it (Heinisch/Werner 2021). In contrast, Germany's emerging populist radical-right has so far been treated as a pariah. However, there is growing uncertainty whether a *cordon sanitaire* can be maintained in the future. For German politics and other countries facing the rising success of radical right parties, it therefore seems essential to understand what can be learned from the Austrian experience.

With this in mind, the objective of this chapter is to conduct a systematic comparative analysis of the factors driving electoral support for the populist radical-right in both Austria and Germany. We first investigate to what extent the populist radical-right's support is driven by the same underlying factors in both nations. Subsequently, our analysis shifts to scrutinizing whether the elevated levels of populist radical-right support in Austria can be attributed to demand-side or supply-side factors. Or in other words: Is Austria structurally 'more conservative and reactionary' than Germany, or can the success of the Austrian populist radical-right instead be understood as the result of the normalization of the populist radical-right?

To answer these questions, we focus on the year 2017 as the temporal proximity of the elections in that year provides a suitable circumstance for comparison, holding numerous latent contextual elements constant. Relying on data from Module 5 of the Comparative Study of Electoral Systems (CSES; CSES 2019), embedded in the 2017 German Longitudinal Election Study (GLES; Roßteutscher et al. 2019) and the Austrian National Election Study (AUTNES; Aichholzer et al. 2019), we compare attitudes typically underlying the support for populist radical-right parties and study the perceptions of party positions. The analysis also involves an assessment of the extent to which attitudes or rather party positions contribute to the observed disparity in support between Austria and Germany. The results show the extent to which demand- and supply-side factors contribute to the vote for the populist radical-right in the two countries, thereby enriching

the ongoing discourse on the normalization of the populist radical-right and the further trajectory of German politics.

2. Determinants of Voting for the Populist Radical-Right: Between Demand and Supply

Populist radical-right parties fuse populism and radical-right ideology, as defined by Mudde (2007). Populism has been conceptualized as a thin ideology built around an imagined antagonism between the 'pure people' and the 'corrupt elite' (Mudde 2004: 543). As a thin ideology it can easily be combined with other ideologies, such as the radical-right's nativism, an ideology that regards the non-native group as a threat to the vision of a homogeneous nation-state (Mudde 2007). Although the party family is somewhat heterogeneous, populist radical-right parties typically adopt firm stances against immigration (Ennsner 2012). Examples of populist radical-right parties include the French National Rally, the Dutch Party for Freedom, the Austrian Freedom Party, and as a rather recent addition the Alternative for Germany.¹

Previous research has already intensely studied the determinants of voting for the populist radical-right. One strand of this research has been dedicated to exploring demand-side explanations, with a primary objective of identifying the psychological and attitudinal drivers linked to voting for the populist radical-right. Cross-country comparative analyses in this context have identified a consistent commonality among the voters of the populist radical-right, namely, their vehement opposition to immigration (Ivarsflaten 2008; Rooduijn 2018). Their vote based on anti-immigration preferences can to some extent be comprehended as a sincere expression of an ideological preference rather than a mere protest-driven decision (van der Brug et al. 2000). These latent anti-immigration preferences get activated, in particular, when immigration-related news becomes highly salient (Burscher et al. 2015; Boomgaarden/Vliegenhart 2007). During and in the aftermath of the European 'refugee crisis' such activation was particularly likely, as the immigration issue attained unprecedented prominence on the media agenda. Consequently, it seems reasonable to hypothesize that voting for the populist radical-right in both Germany and Austria was quite strongly related to the prevailing anti-immigration sentiment:

1 For further examples and rules for classification, see the list compiled by Rooduijn et al. (2019).

H1: Anti-immigration attitudes positively correlate with the likelihood of voting for the populist radical-right.

A second constitutive element of the mindset of the voters of the populist radical-right is economic and societal pessimism. Considerable discourse has revolved around the question of whether supporters of the populist radical-right come predominantly from groups that can be described as the 'losers' of globalization (Kriesi et al. 2006), such as the unemployed or unskilled workers. The socio-demographic composition of supporters, however, appears to be quite heterogeneous across countries (Rooduijn 2018) and a recent meta-analysis finds no consistent relationship between objective economic conditions, such as the unemployment rate, and the vote for the populist radical-right (Sipma/Lubbers 2020).

Nevertheless, when shifting the focus away from objective circumstances to subjective perceptions, a more consistent relationship emerges between economic or societal pessimism and the vote for the populist radical-right (Sipma/Berning 2021; Steenvoorden/Harteveld 2018). This may suggest that a 'sense of crisis' (Taggart 2004) and societal decline can take root quite independently of tangible economic realities. One reason for this could be amplification of pessimistic sentiments during times of great change by the widespread prevalence of negative news frames ('t Hart/Tindall 2009; Damstra/Vliegenthart 2018). We therefore expect that subjective economic pessimism was another factor contributing to the vote of the populist radical-right in Austria and Germany in 2017:

H2: Economic pessimism positively correlates with the likelihood of voting for the populist radical-right.

Populist attitudes constitute a third crucial factor, underlying the demand for populist radical-right parties, identified by previous research. Initial studies have focused on the conceptual and measurement aspects of such attitudes, trying to provide an assessment of how populist people are, while also addressing methodological intricacies related to measurement (Akkerman et al. 2014; Hobolt et al. 2016; Geurkink et al. 2019; Hamelers/de Vreese 2020; Wuttke et al. 2020; Castanho Silva et al. 2020). A recent assessment of the measurement of populist attitudes by Jungkunz and colleagues (2021) has shown that the predictive power of populist attitudes is most pronounced when these parties are in opposition, which is mostly true within the European context. Yet, the measure works less well in cases where populist parties are in government. Overall, considering the

established correlation between populist attitudes and support for populist parties, in conjunction with the fact that the populist radical-right parties were in opposition roles prior to the 2017 elections in Austria and Germany, we expect that

H3: Populist attitudes positively correlate with the likelihood of voting for the populist radical-right.

When it comes to supply-side factors, past research has in particular focused on the reaction of mainstream parties in response to the populist challenge. According to Meguid's theory of competition between unequal party types (Meguid 2005, 2008), mainstream parties should opt for a 'dismissive' approach towards niche parties as long as issue salience is low to avoid granting undue prominence to issues championed by niche parties. However, if an issue cannot be ignored, mainstream parties are advised to adopt an 'accommodative' approach instead. The rationale behind this tactic is to co-opt the niche party's 'unique selling point' by adopting a similar issue stance, offering voters an alternative choice that possesses superior legislative experience and government efficacy. In line with this theory, mainstream-right parties indeed appear to have responded with an accommodative approach in the face of challenges posed by the populist radical-right, supposedly with the intent of undermining the populist radical-right support (Han 2015; Abou-Chadi 2016; Abou-Chadi/Krause 2018; van Spanje/de Graaf 2018).

Yet, recent research suggests that such an accommodative tactic may not generally yield the intended outcomes. For instance, Krause et al. (2023), studying 70 elections across 13 West European countries, find no evidence that accommodative strategies reduce the support for the radical-right. If anything, these strategies seem to foster further defections to the populist radical-right camp. One possible reason for this is that accommodation inadvertently validates and popularizes the populist radical-right narratives in public discourse and increases the salience of issues that benefit the populist radical-right (Bale 2003; Down/Han 2020; Hjorth/Larsen 2022; Spoon/Klüver 2020, Williams/Hunger 2022; Arzheimer 2009). Previous research has shown that various factors can indeed contribute to the normalization and legitimization of radical-right parties, such their parliamentary presence (Bischof/Wagner 2019; Valentim 2021) as well as the shift in the positions of other parties and the overall discourse (van Spanje 2010; Chua et al. 2023) in reaction to their emergence. Furthermore, additional research suggests that the electoral availability of populist radical-right

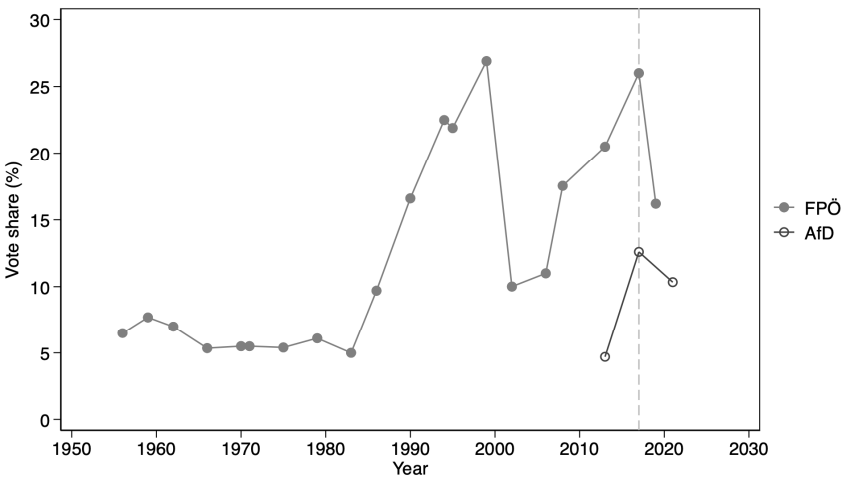
voters is low, due to their deeply entrenched populist attitudes that shield them against persuasion by mainstream parties (Lewandowsky/Wagner 2022). As a result, accommodative tactics might backfire by unintentionally contributing to the normalization and increased salience of the positions of the populist radical-right, resulting in a reduced perception of its radicalism and ideological distance. This heightened sense of proximity could, in turn, foster increased electoral support for populist radical-right parties. Based on these considerations, we formulate the following hypothesis:

H4: The perceived ideological proximity of voters to the populist radical-right positively correlates with the likelihood of voting for the populist radical-right.

3. Comparative Cases: Austria and Germany

Austria and Germany present well-suited comparative cases for applying Mill's method of difference, as they share commonalities in terms of institutional characteristics, history, and culture, but vary quite distinctively with regard to their experiences with the populist radical-right. The Austrian Freedom Party stands out as one of Europe's most established and successful cases of a populist radical-right party. The rise of the FPÖ began with Jörg Haider assuming leadership in 1986, shaping the party's identity as a populist radical-right entity. Due to Haider's utilization of anti-migration and anti-establishment rhetoric, the FPÖ gained significantly in support, culminating in the 1999 election where it captured 26.9 percent of the vote, elevating it to the position of the second-largest party (Figure 1; Luther 2007; Wodak/Pelinka 2002). After the election, a coalition with the Austrian People's Party (ÖVP) was formed, causing considerable controversy in Austria and, even more so, in Europe (Müller 2000).

Figure 1: Vote Shares of FPÖ and AfD at General Elections



Note: Based on ParlGov data (Döring et al. 2022).

Subsequently, following internal conflicts, Heinz-Christian Strache assumed the chairmanship in 2005 and steered the party towards renewed success by leveraging anti-immigration and Islamophobic rhetoric (Krzyżanowski 2013). This series of electoral victories culminated in the 2017 election in which the FPÖ gained 26.0 percent of vote (Figure 1). This achievement was to some extent facilitated by the prevailing dissatisfaction with the incumbent grand coalition between the Social Democratic Party of Austria (SPÖ) and the Austrian People’s Party, which had built up in the context of the European ‘refugee crisis’ (Bodlos/Plescica 2018). After the election, the FPÖ entered a coalition with the New Austrian People’s Party, led by Sebastian Kurz. This time, the atmosphere in Austria after coalition formation was described as ‘rather relaxed’ (Jenny 2018).

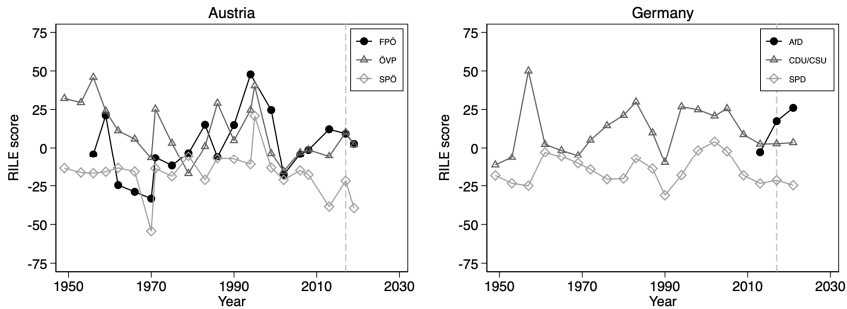
In stark contrast, Germany’s political landscape had long been devoid of a prominent populist radical-right party until the emergence of the Alternative for Germany. The AfD was founded initially in 2013 as a Euro-sceptic party, opposing financial rescue packages for debt-ridden countries in the Eurozone in the aftermath of the global economic and financial crisis (Schmitt-Beck 2014, 2017; Arzheimer 2015). Although the party initially failed to surpass the five percent electoral threshold in the 2013 federal elections, it managed to secure a foothold in the European Parliament in

2014, with 7.1 percent of the vote. Following internal quarrels, the AfD subsequently adopted the ideological profile of a more prototypical populist radical-right party, focusing on immigration, refugees, and the Islam as their new core issues (Schmitt-Beck et al. 2017; Arzheimer/Berning 2019). In the aftermath of the European ‘refugee crisis’ the party secured 12.6 percent of the vote at the 2017 federal elections (Figure 1), entering the national parliament for the first time as the third-strongest party (Poguntke/Kinski 2018; Faas/Klingelhöfer 2019). This was a critical juncture, potentially marking the end of ‘German exceptionalism’, as up until this point, Germany had effectively contained radical-right parties through exclusionary practices such as stigmatization, marginalization, and non-cooperation (Art 2007, 2018; Arzheimer 2019).

Looking at the two countries in comparison, the question arises what Germany – and other countries – can learn from the more long-standing experience with the populist radical-right. German mainstream parties have thus far maintained a *cordon sanitaire* (Arzheimer 2019), since the AfD entered parliament, but recently a discourse has emerged, pondering whether a shift from exclusion to inclusion of the AfD is warranted. Notably, Austria has already amassed experience with the latter approach (Heinisch/Werner 2021), and, hence, lends itself as a suitable case for comparison.

This prompts the question: Why is there such widespread electoral support for the Austrian Freedom Party? In particular, can its success be attributed to demand- or to supply-side factors? Political observers of Austrian politics have often pointed to demand-side explanations, for instance, by referring to the often-cited quote from Thomas Bernhard’s play *Heldenplatz* (1988), according to that the “mentality of the Austrians is like a ‘Punschkrapfen’: Red on the outside, brown on the inside and always a little drunk.” We are, however, not aware of any quantitative empirical study that would have demonstrated an unusual predominance of a ‘structurally more conservative and reactionary mentality’ in Austria compared to other countries.

Figure 2: Left-Right Positions of the Populist-Radical Right and Mainstream Parties



Note: Based on data from the Manifesto Project (Lehmann et al. 2023). Positive values indicate more right-leaning positions, whereas negative values indicate left-leaning positions. In line with the literature and to simplify the visualization, the figure focuses on the positions the major center-right (CDU/CSU, ÖVP) and center-left (SPD, SPÖ) mainstream parties in relation to the populist radical-right, leaving aside the positions of other niche parties, such as green and far-left parties.

It seems equally plausible that the different experiences with the populist radical-right, as described above, alongside the ensuing degree of normalization, underlie the greater success of the Austrian populist radical-right. Particularly noteworthy is the oscillation of the ÖVP between rejecting and adopting strategies employed by the radical-right (Heinisch/Werner 2021: 92). In particular in 2017, the ÖVP positioned itself in close alignment with the FPÖ, in stark contrast to the noticeable gap separating the German mainstream parties from the AfD in that same year (see Figure 2).

Based on these considerations, we derive the following two hypotheses regarding country differences:

- H5: Disparities in voting for the populist radical-right can be accounted for by a higher prevalence of predisposing attitudes in Austria compared to Germany.
- H6: Disparities in voting for the populist radical-right can be accounted for by a greater perceived proximity to the populist radical-right in Austria relative to Germany.

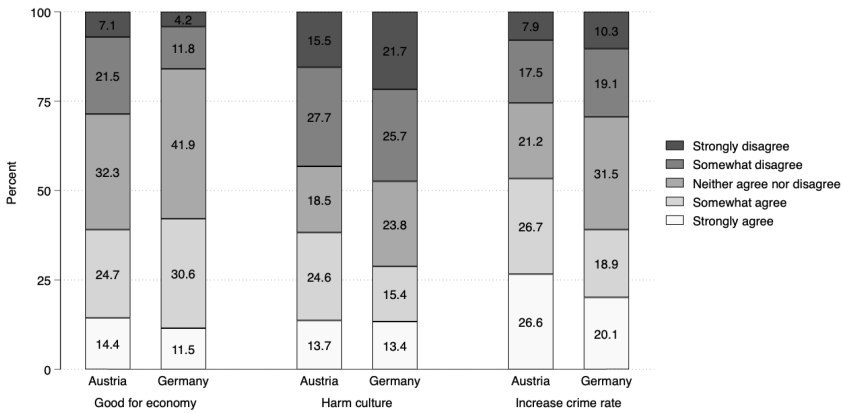
4. Data and Methods

To evaluate our hypotheses, we rely on survey data from the Module 5 of the Comparative Study of Electoral Systems that was embedded in the Austrian National Election Study and the German Longitudinal Election Study in 2017 (Aichholzer et al. 2019; Roßteutscher et al. 2019; CSES 2019). In both countries, the cross-sectional survey data was collected after the parliamentary elections that were held on September 24, 2017, in Germany, and, only a few weeks later, on October 15, 2017, in Austria. In Austria, a total of 1203 eligible voters were interviewed by telephone, and in Germany 2112 face-to-face interviews were conducted.

The dependent variable in our analysis is party choice at the 2017 elections. We recoded the vote variable to four categories: (1) “populist radical-right party” (FPÖ or AfD), (2) “mainstream-right party” (ÖVP or CDU/CSU), (3) “mainstream-left party” (SPÖ or SPD), (4) “other parties”. As our focus is on choosing between parties, we exclude invalid votes and non-voters as well as non-response and refusals from the analysis. This leaves us with a sample of 1080 cases with valid responses in Austria and 1690 in Germany. In both samples voters of the populist radical-right are slightly underrepresented in the raw data, with a vote share of 9.6 percent in Germany and 20.0 percent in Austria, but we correct for that in descriptive analyses by applying post-stratification weights that adjust sociodemographics and vote shares to match with official statistics and the election results.

Immigration attitudes were assessed through a series of three statements, to which respondents indicated their agreement levels. The statements included: (1) Immigrants contribute positively to [Country]’s economy (reversed item), (2) Immigrants have a detrimental impact on [Country]’s culture, and (3) Immigrants lead to an increase in crime rates within [Country]. Participants rated their responses on a 5-point scale, ranging from “strongly agree” to “strongly disagree”. The distribution of these responses is shown in Figure 3 for both countries. Based on these statements, we constructed an index with an acceptable internal consistency (Cronbach’s $\alpha = 0.78$) by averaging across items. We subsequently transformed the index to a range of 0 to 1. Within this rescaled range, a value of 0 signifies minimal anti-immigration sentiment, while a value of 1 indicates a pronounced level of anti-immigration sentiment.

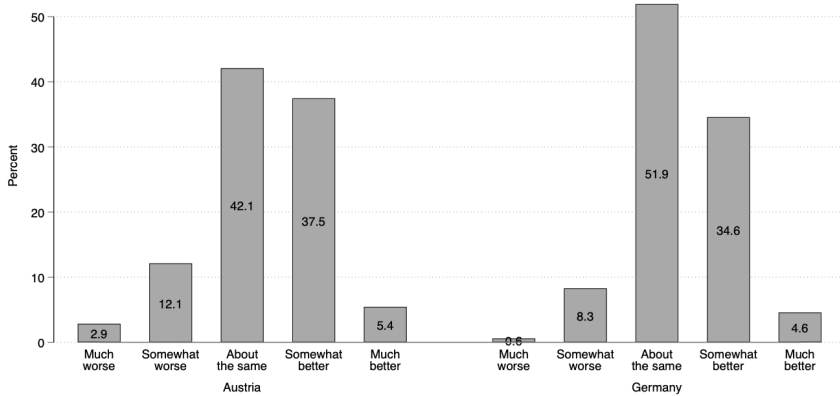
Figure 3: Attitudes toward Immigrants



Note: Weighted data are from CSES Module 5, embedded in the 2017 GLES and AUT-NES post-election surveys (N(AT) = 1026–1075 voters; N(DE) = 1672–1681 voters).

To capture a sense of economic pessimism, we rely on retrospective economic perceptions. Participants’ perceptions regarding the state of their respective country’s economy were captured on a 5-point scale, ranging from ‘gotten much better’ to ‘gotten much worse’. It is important to note that, when evaluating against objective indicators, both the Austrian and German economy experienced robust growth in 2017, coupled with a decrease in unemployment rates (Statistisches Bundesamt 2018; OENB 2017). Therefore, we consider respondents as pessimistic the more negatively they assessed the economy. Figure 4 displays the distributions of economic perceptions for both countries. For the analysis, we rescale the variable to a 0 to 1 range, with the value 1 indicating the highest level of economic pessimism.

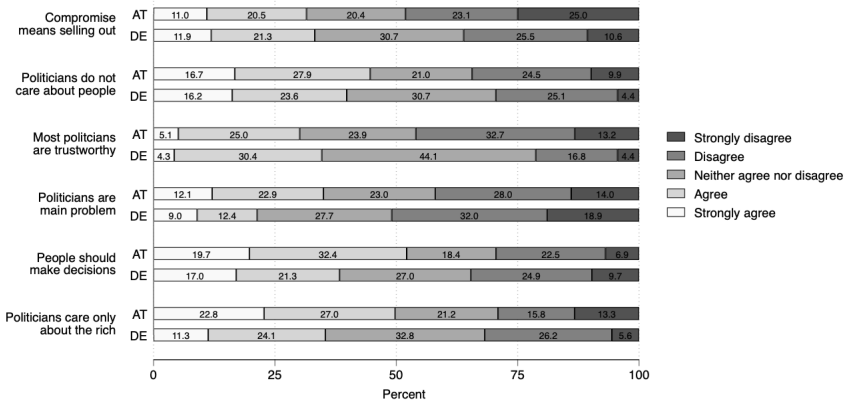
Figure 4: Perceptions of Economic Conditions



Note: Weighted data are from CSES Module 5, embedded in the 2017 GLES and AUTNES post-election surveys (N(AT) = 1037 voters; N(DE) = 1644 voters).

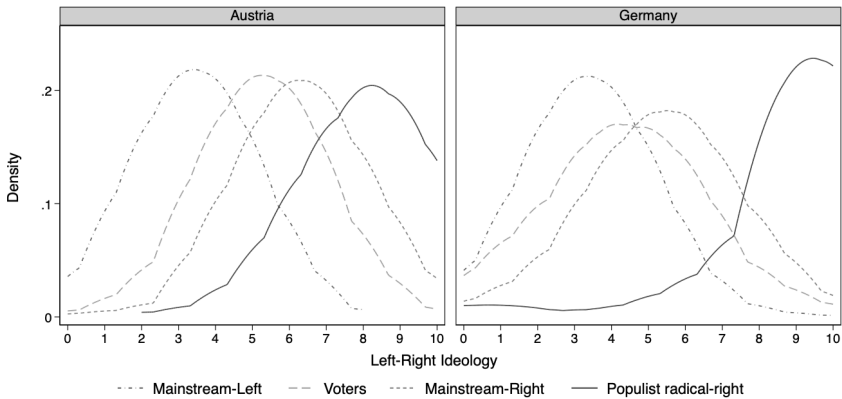
In measuring populist attitudes, we follow the one-dimensional approach and rely on six statements used by previous research (Castanho Silva et al. 2020; Jungkunz et al. 2021): (1) What people call compromise in politics is really just selling out on one's principles, (2) Most politicians do not care about the people, (3) Most politicians are trustworthy (reversed item), (4) Politicians are the main problem in [Country], (5) The people, and not politicians, should make our most important policy decisions, and (6) Most politicians care only about the interests of the rich and powerful. Responses were recorded on a 5-point agree-disagree scale. Figure 5 shows the univariate distributions for the individual items. Based on these items, we again build an index with a good internal consistency (Cronbach's $\alpha = 0.83$) by averaging across items and rescaling its values to a 0-1 range, with high values indicating high levels of populist sentiment.

Figure 5: Populist Attitudes



Note: Weighted data are from CSES Module 5, embedded in the 2017 GLES and AUTNES post-election surveys (N(AT) = 1022 to 1077 voters; N(DE) = 1612 to 1684 voters).

Figure 6: Perceptions of Party Positions and Self-Placement on the Left-Right Dimension



Note: Weighted data are from CSES Module 5, embedded in the 2017 GLES and AUTNES post-election surveys (N(AT) = 1055 to 1061 voters; N(DE) = 1590 to 1596 voters).

To evaluate the role of supply-side factors, we focus on the perceptions of party positions on the left-right dimensions. Left-right positions were

measured on a 11-point-scale from 0 'left' to 10 'right'. Figure 6 displays the perceived party positions of the mainstream parties, the populist radical-right as well as the voters' positions. We calculate the absolute distance between perceived positions and the voter's own position and rescale them to a 0 to 1 range.

The analysis proceeds in several steps. In the first part, we test the first four of our hypotheses by estimating a multinomial model for each country separately, including simultaneously all of our core predictors as well as a set of standard sociodemographic control variables. The control variables include age (<=30, 31-40, 41-50, 51-60, 61-70, >70), gender (male, female), education (low education [no schooling, only compulsory education]; medium education [vocational training]; high education [Abitur/Matura]; very high education [University-level degree]), religious denomination (Catholic, Protestant, Other/None), church attendance (never, once a year, several times a year, once a month, two to three times a month, once a week), union membership (yes, no/don't know), social class (based on the 5-class schema by Oesch (2013): higher-grade service class, lower-grade service class, small business owners, skilled workers, unskilled workers, retirees and other), and regional structure (rural area or village, small or medium-sized town, suburb of a large town or city, large town or city). This allows us to account for the influence of basic sociodemographic factors as well as the protective effect of social cleavages (Marcinkiewicz/Dassonneville 2022; Arzheimer/Carter 2009; Falter 1991). By estimating separate models for each country and comparing the effects across countries, we can evaluate to what extent the determinants of voting for the populist radical-right were equally relevant in both nations.

In the next step, we then aim to assess why the overall level of support for the populist radical-right is higher in Austria than in Germany to test the fifth and sixth hypothesis. For this purpose, we estimate a series of multinomial models including both countries at once as well as a country dummy to account for the gap between countries. We, then, stepwise estimate models including the demand- and supply-side factors and observe to what extent the gap between countries is shrinking when adding the explanatory variables. This allows us to evaluate to what extent the difference between countries can be attributed either to the prevalence of predisposing attitudes or perceptions of party positions. The same control variables as before are included in this analysis, too.

To present the results, we focus on the visualizations of the vote for populist radical-right parties and our core variables, leaving aside the results for

other outcome categories and control variables to reduce complexity. We rely on predicted probabilities and average marginal effects for interpreting the results as recommended in the context of non-linear models (Hanmer/Kalkan 2013).

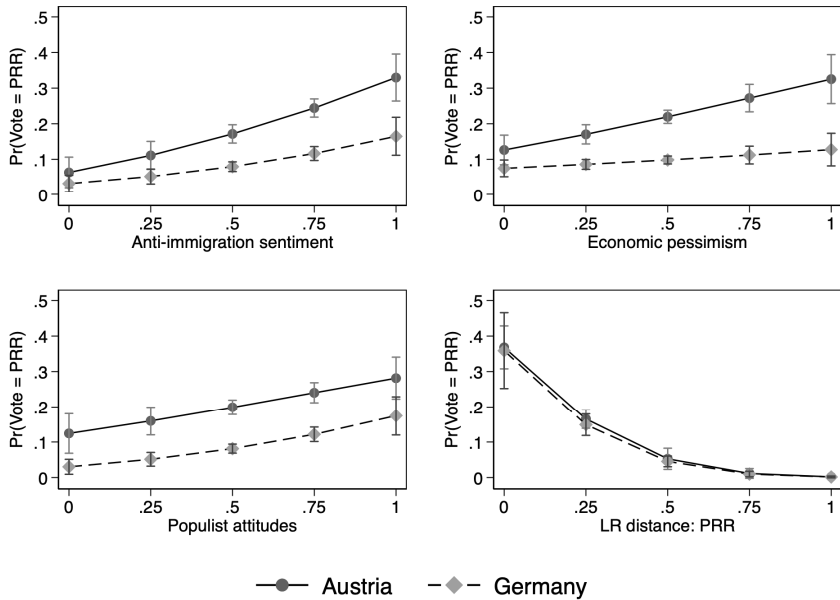
5. Analysis

To evaluate our first four hypotheses, Figure 7 displays the predicted probabilities of populist radical-right voting for each of the four core predictors. We observe that, in line with previous research and hypothesis H1, anti-immigration sentiment consistently predicts voting for the populist radical-right. The effect seems somewhat more pronounced in Austria than in Germany. While at low levels of anti-immigrant sentiment the probability to vote for a populist-radical right party is fairly low in both countries, it reaches up to 33 percent in Austria and only about 16 percent in Germany at the highest level. Overall, anti-immigrant attitudes appear to be a strong predictor of populist radical-right voting in both countries.

Regarding economic pessimism, we also find a relationship in the expected direction, with higher levels of economic pessimism being associated with more populist radical-right voting. This association is, however, stronger in Austria than in Germany, where, in fact, there is only a mild and statistically insignificant trend. Hence, we find only partial support for hypothesis H2, which is to some extent in line with previous research that has uncovered inconsistent patterns with regard to the role of economic factors in voting for the populist radical-right.

Next, we turn to the role of populist attitudes. In line with hypothesis H3 and most of previous research, we find a consistent positive association. High levels of populist attitudes correlate with high levels of support for the populist-radical right. In fact, the slope of the curve is almost identical in the two countries, suggesting that populist attitudes contributed to the electoral success of the populist radical-right equally in both nations. The overall level of support for the populist radical-right was somewhat higher in Austria at all levels of populist sentiment, except the highest level, where the confidence intervals slightly overlap and the propensities to vote for the populist radical-right converge.

Figure 7: Predicted Probabilities of the Vote for FPÖ and AfD



Note: Predicted probabilities of populist radical-right voting based on separate multinomial models for Austria and Germany, including sociodemographic control variables. Data are from CSES Module 5, embedded in the 2017 GLES and AUTNES post-election surveys (N(AT) = 947 voters; N(DE) = 1463 voters; McFadden's R2 (AT) = 0.56; McFadden's R2 (DE) = 0.28).

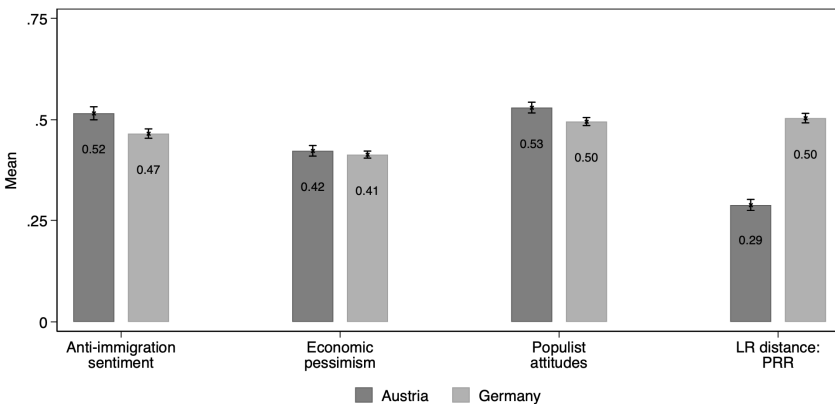
Lastly, we see that greater proximity on the left-right dimension is strongly associated with higher levels of voting for the populist radical-right. Voters who perceive zero distance between themselves and the populist radical-right on the left-right spectrum had a propensity of 36 to 37 percent to vote for the populist radical-right in both countries, making it the strongest predictor among the four determinants of voting that were included in the analysis. Thus, the evidence provides strong support for hypothesis H4.

On the whole, the findings indicate a strong resemblance in the factors influencing voting behavior for the populist radical-right across both nations. In particular, anti-immigrant sentiment, populist attitudes and ideological proximity showed similar effects, while economic pessimism mattered more in Austria than in Germany. Based on these findings, however, it remains unclear why support for the populist radical-right was

overall higher in Austria than in Germany, which is what we will take a closer look at in the following.

To evaluate what could explain the disparities in voting for the populist radical-right between the two countries, we first compare the levels of our core predictors across the two countries. Figure 8 shows a comparative overview of the predictor means. We see that regarding the demand-side factors, there are only minor differences. Austrian voters exhibited only slightly higher anti-immigrant sentiments and somewhat more pronounced populist attitudes compared to their German counterparts, whereas there was no significant difference in the average levels of economic pessimism. A large gap, though, can be observed with regard to the perceived distance to the populist radical right. German voters expressed a significantly greater sense of distance to the populist radical-right in contrast to Austrian voters. That is a very interesting finding as it suggests that Austrian voters are not ‘structurally more conservative and reactionary’ – at least not much more in comparison to German ones. Instead, we observe differences in perceived ideological distance that could potentially explain the gap between the countries in the level of populist radical-right voting.

Figure 8: Comparison of Predictor Means



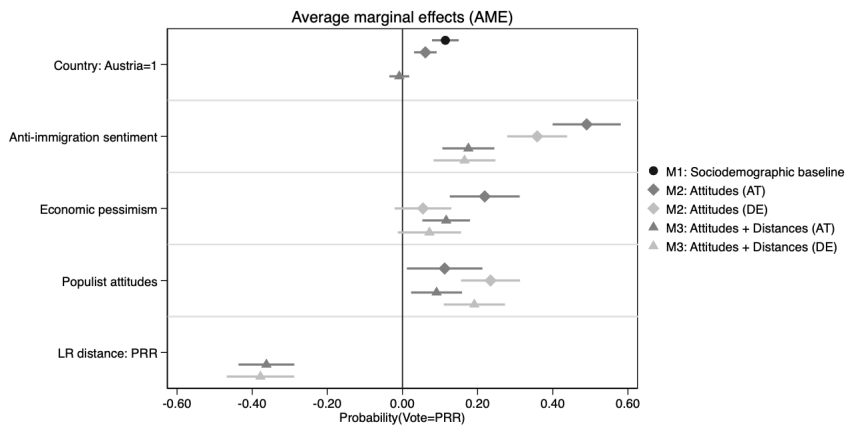
Note: Weighted data are from CSES Module 5, embedded in the 2017 GLES and AUTNES post-election surveys. All variables were re-scaled to a 0 to 1 range. Bars show mean values with 95% confidence intervals (N(AT) = 1029 to 1080 voters; N(DE) = 1582 to 1687 voters).

To assess this possibility and evaluate hypotheses H5 and H6, we estimated a model including both countries at once as well as a country dummy and

interactions of all predictors with that dummy variable. We entered the predictors in a stepwise fashion to observe how the effect of the dummy variable capturing the gap in populist radical-right voting between countries shrinks when adding the explanatory variables. More precisely, we first estimated a baseline model including only sociodemographic controls and the country dummy (plus the interaction terms), before entering the demand-side factors and finally the perceptions of the supply-side. Figure 9 shows the results.

In the sociodemographic baseline model, there is a significant difference in the probability to vote for the populist radical-right between the two countries, with Austria showing a higher propensity, even when controlling for the sociodemographic composition. Upon incorporating the demand-side factors, the gap diminishes to some extent, although confidence intervals still overlap with the baseline estimate. This implies that only a limited portion of the countries' differences can be explained by the distribution and salience of predisposing attitudes, leaving a significant portion unaccounted for. Hence, we find only limited support for hypothesis H5 that disparities in voting for the populist radical-right are tied to a higher prevalence of predisposing attitudes in Austria compared to Germany.

Figure 9: Explaining Country Differences



Note: Average marginal effects on populist radical-right voting based on joint fully interactive multinomial model, including sociodemographic control variables (N(AT+DE; M1-M3) = 2410; McFadden's R2(M1)=0.18; McFadden's R2(M2)=0.28; McFadden's R2(M3)=0.41).

When we also take the perceptions of party positions along the left-right spectrum into account, the estimate of the country dummy shrinks effectively to zero and confidence intervals no longer overlap with the baseline. This observation aligns with the normalization thesis, indicating that the variance in populist radical-right voting between the two countries can largely be attributed to the heightened perception of Austrian voters being closer to the populist radical-right. Thus, hypothesis H6 is confirmed.

6. Conclusion

The growing support for the populist radical-right is one of the major trends in recent elections across Europe. Populist radical-right parties were particularly successful in the 2017 elections in Germany and Austria that took place only a few weeks apart in the aftermath of the European 'refugee crisis'. This temporal coincidence offered an opportunity to study the commonalities and differences in the determinants of populist radical-right voting in the two countries. Based on previous research, we specifically aimed to assess the respective role of demand- vs. supply-side factors, trying to discern lessons that Germany and other countries can learn from Austria's long-standing experience with the populist radical-right.

The results showed that all of the identified demand-side factors – anti-immigration sentiment, economic pessimism and populist attitudes – mattered, although to a varying degree. While anti-immigration and populist attitudes showed consistent positive associations with the vote for the populist radical-right, the influence of economic pessimism was more pronounced in Austria than in Germany. At the same time, also the perceptions of the supply-side, namely the perceived ideological proximity to the populist radical-right, was strongly associated with such voting behavior. Overall, the analysis suggested that broadly the same underlying factors contributed to the electoral success of the populist radical-right parties in Austria and Germany in 2017.

However, we also investigated why Austrian voters were nevertheless somewhat more likely to vote for the populist-radical right relative to their German counterparts. A comparative analysis of the mean levels of the various determinants of populist radical-right voting showed only slightly heightened levels of anti-immigration sentiment and populist attitudes among Austrian voters, and no significant difference in economic pessimism. This suggests that – contrary to popular belief – the Austrian electorate

is not ‘structurally more conservative and reactionary’ – at least not much more so than the German one.

One striking difference, however, concerns the perceptions of the supply side: Austrian voters deemed the FPÖ less extreme and more aligned with their own views, whereas German voters perceived the AfD as radical and distant. The perceived ideological gap from the populist radical-right was markedly wider in Germany. This peculiar difference in the perceptions of the supply-side explains nearly all of the differences in populist radical-right voting between the two countries, while the differences in demand-side factors could only account for a limited fraction of cross-country variation.

In terms of theoretical implications, the findings confirm the relevance of the core determinants of populist radical-right voting, with anti-immigrant and populist attitudes standing out as the most consistent correlates in our two-country comparison. The nuanced relationship between economic pessimism and populist radical-right support hints at a potential limitation to populist parties’ mobilization potential based on fears of economic decline when the public faces and accurately perceives a robust economy.

Apart from that, we also find indications that perceptions of the supply-side matter. In particular, the two-country comparison illuminates the variability of how populist radical-right parties are perceived, whether as more or less radical entities. Future research should delve deeper into the factors contributing to such perceptions, including the role of their parliamentary presence, the behavior of mainstream parties, and their potential participation in government coalitions. Based on the evidence from the Austrian case, it seems likely that such factors can influence the normalization of the populist radical-right and the extent of perceived radicalism.

However, our own analysis cannot fully answer such questions and is subject to certain constraints that warrant acknowledgment. Most notably, our examination was confined to a single point in time in both countries. While the comparability of these elections was strong, a comprehensive understanding necessitates the tracking of long-term developments in both nations. Moreover, our focus has remained centered on the arguments pertaining to the rivalry between mainstream parties and the populist radical-right. By doing so, we have disregarded the potential for left-authoritarian parties to engage in competition with the populist radical-right, an avenue explored by Wagner et al. (2023), which warrants further attention. In addition, a broader comparative framework incorporating additional countries would enhance our understanding of the normalization process and the dynamics of perceptions of populist radical-right parties. Specifically, it

would be pertinent to disentangle the extent to which various factors – such as electoral achievements, parliamentary representation and the positioning of mainstream parties – play a role in shaping social norms (Dinas et al., 2023), diminishing political stigmatization, and moderating the perceived radicalism of the populist radical-right.

Despite those limitations, we believe that our comparative analysis yields insightful guidance within the context of contemporary German politics, but also for other nations confronted with similar challenges. First, our results shed light on the role of relevant demand-side factors, contributing to the populist radical-right's success. We found that voting for the populist radical-right in Germany was broadly driven by the same factors as in Austria – in particular, anti-immigration and populist sentiment. At the same time, the relatively small impact of economic pessimism in the 2017 context underscores the potential to curtail demand by addressing real and perceived challenges. This could be achieved by building favorable economic and political trajectories and promoting accurate perceptions of these trajectories. Furthermore, strengthening civic education about representative democracy could immunize future generations against populist sentiment over the long haul.

In addition, however, supply-side dynamics will play an even more crucial role in the immediate future. While the FPÖ, with its long-standing parliamentary presence in Austria, has achieved a certain level of normalization, the AfD in Germany, during 2017 and beyond, has so far sustained a perception of greater radicalism (Arzheimer 2019). This is the main difference that sets Germany apart from the Austrian situation. The Austrian Christian Democrats' fluctuation between rejecting and embracing strategies from the radical right (Heinisch/Werner 2021) has so far shown only limited effectiveness in undermining the support of the populist radical-right. This observation aligns with recent cross-country research (Krause et al. 2023), which advises against accommodating approaches due to their potential to yield undesired results and contribute unintentionally to the normalization of radical-right ideology. Given that, a more vigilant and careful response by Germany's mainstream parties to the challenge posed by the populist radical-right seems warranted in order to protect the democratic system from the potential risks of destabilization.

References

- Abou-Chadi, T. (2016). Niche party success and mainstream party policy shifts—how green and radical right parties differ in their impact. *British Journal of Political Science*, 46(2), 417–436.
- Abou-Chadi, T., & Krause, W. (2018). The causal effect of radical right success on mainstream parties' policy positions: A regression discontinuity approach. *British Journal of Political Science*, 50(3), 1–19.
- Aichholzer, J., Kritzinger, S., Wagner, M., Berk, N., Boomgaarden, H., & Müller, W. C. (2019). AUTNES Comparative Study of Electoral Systems Post-Election Survey 2017 (SUF Edition). AUSSDA Dataverse. <https://doi.org/doi/10.11587/W193UZ>.
- Akkerman, A., Mudde, C., & Zaslove, A. (2014). How populist are the people? Measuring populist attitudes in voters. *Comparative Political Studies*, 47(9), 1324–1353.
- Art, D. (2007). Reacting to the Radical Right: Lessons from Germany and Austria. *Party Politics*, 13(3), 331–349.
- Art, D. (2018). The AfD and the end of containment in Germany? *German Politics and Society*, 36(2), 76–86.
- Arzheimer, K. (2009). Contextual Factors and the Extreme Right Vote in Western Europe, 1980 – 2002. *American Journal of Political Science*, 53(2), 259–275.
- Arzheimer, K. (2015). The AfD: Finally a successful right-wing populist Eurosceptic party for Germany? *West European Politics*, 38(3), 535–556.
- Arzheimer, K., & Berning, C. C. (2019). How the Alternative for Germany (AfD) and their voters veered to the radical right, 2013–2017. *Electoral Studies*, 60(4), 102040.
- Arzheimer, K., & Carter, E. (2009). Christian Religiosity and Voting for West European Radical Right Parties. *West European Politics*, 32(5), 985–1011.
- Arzheimer, K. (2019). Don't Mention the War: How Populist Right-Wing Radicalism Became (Almost) Normal in Germany. *Journal of Common Market Studies*, 57(Annual Review), 90–102.
- Bale, T. (2003). Cinderella and her ugly sisters: the mainstream and extreme right in Europe's bipolarising party systems. *West European Politics*, 26(3), 67–90.
- Bernhard, T. (1988). *Heldenplatz*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Bischof, D., & Wagner, M. (2019). Do voters polarize when radical parties enter parliament?. *American Journal of Political Science*, 63(4), 888–904.
- Bodlos, A., & Plescia, C. (2018). The 2017 Austrian snap election: a shift rightward. *West European Politics*, 41(6), 1354–1363.
- Boomgaarden, H. G., & Vliegenthart, R. (2007). Explaining the rise of anti-immigrant parties: The role of news media content. *Electoral Studies*, 26(2), 404–417.
- Burscher, B., van Spanje, J., & de Vreese, C. H. (2015). Owning the issues of crime and immigration: The relation between immigration and crime news and anti-immigrant voting in 11 countries. *Electoral Studies*, 38(2), 59–69.
- Castanho Silva, B., Jungkunz, S., Helbling, M., & Littvay, L. (2020). An empirical comparison of seven populist attitudes scales. *Political Research Quarterly*, 73(2), 409–424.

- Chua, J., Valentim, V., Dinas, E., & Ziblatt, D. (2023). How Mainstream Politicians Erode Norms: Evidence from two survey experiments. <https://doi.org/10.31219/osf.io/mjbnf>
- CSES. (2019). The Comparative Study of Electoral Systems: Module 5 [dataset and documentation], May 21, 2019 version. <https://doi.org/doi:10.7804/cses.module5.2019-05-21>.
- Damstra, A., & Vliegenthart, R. (2018). (Un) covering the economic crisis? Over-time and inter-media differences in salience and framing. *Journalism Studies*, 19(7), 983–1003.
- Dinas, E., Martínez, S., & Valentim, V. (2023). Social Norm Change, Political Symbols, and Expression of Stigmatized Preferences. *Journal of Politics*. <https://doi.org/10.1086/726951>.
- Döring, H., Huber, C., & Manow, P. (2022). ParlGov 2022 Release. Harvard Dataverse. <https://doi.org/doi:10.7910/DVN/UKILBE>.
- Down, I., & Han, K. J. (2020). Marginalisation or legitimisation? Mainstream party positioning on immigration and support for radical right parties. *West European Politics*, 43(7), 1388-1414.
- Ennsner, L. (2012). The homogeneity of West European party families: The radical right in comparative perspective. *Party Politics*, 18(2), 151–171.
- Faas, T., & Klingelhöfer, T. (2019). The more things change, the more they stay the same? The German federal election of 2017 and its consequences. *West European Politics*, 42(4), 914–926.
- Falter, J. W. (1991). *Hitlers Wähler*. München: Beck.
- Geurkink, B., Zaslove, A., Sluiter, R., & Jacobs, K. (2019). Populist Attitudes, Political Trust, and External Political Efficacy: Old Wine in New Bottles? *Political Studies*, 68(1), 247–267.
- Hameleers, M., & de Vreese, C. H. (2020). To whom are “the people” opposed? Conceptualizing and measuring citizens’ populist attitudes as a multidimensional construct. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties*, 30(2), 255–274.
- Han, K. J. (2015). The impact of radical right-wing parties on the positions of mainstream parties regarding multiculturalism. *West European Politics*, 38(3), 557–576.
- Hanmer, M. J., & Kalkan, O. K. (2013). Behind the Curve: Clarifying the Best Approach to Calculating Predicted Probabilities and Marginal Effects from Limited Dependent Variable Models. *American Journal of Political Science*, 57(1), 263–277.
- Heinisch, R. K., & Werner, A. (2021). Austria: Tracing the Austrian Christian Democrats’ Adaptation to the Silent Counter-Revolution. In T. Bale & C. R. Kaltwasser (Eds.). *Riding the Populist Wave: Europe’s Mainstream Right in Crisis*. Cambridge: Cambridge University Press, 91-112.
- Hjorth, F., & Larsen, M. V. (2022). When does accommodation work? Electoral effects of mainstream left position taking on immigration. *British Journal of Political Science*, 52(2), 949-957.
- Hobolt, S. B., Anduiza, E., Carkoglu, A., Lutz, G., & Sauger, N. (2016). *Democracy Divided? People, Politicians and the Politics of Populism (CSES Planning Committee Module 5 Final Report)*.

- Ivarsflaten, E. (2008). What unites right-wing populists in Western Europe? Re-examining grievance mobilization models in seven successful cases. *Comparative Political Studies*, 41(1), 3–23.
- Jenny, M. (2018). Austria: Political development and data for 2017. *European Journal of Political Research Political Data Yearbook*, 57(1), 23–30.
- Jungkunz, S., Fahey, R. A., & Hino, A. (2021). How populist attitudes scales fail to capture support for populists in power. *Plos One*, 16(12), e0261658.
- Krause, W., Cohen, D., & Abou-Chadi, T. (2023). Does accommodation work? Mainstream party strategies and the success of radical right parties. *Political Science Research and Methods*, 11(1), 172–179.
- Kriesi, H., Grande, E., Lachat, R., Dolezal, M., Bornschier, S., & Frey, T. (2006). Globalization and the transformation of the national political space: Six European countries compared. *European Journal of Political Research*, 45(6), 921–956.
- Krzyżanowski, M. (2013). From anti-immigration and nationalist revisionism to Islamophobia: Continuities and shifts in recent discourses and patterns of political communication of the Freedom Party of Austria (FPÖ). In Wodak, R., KhosraviNik, M., & Mral, B. (Eds.). *Right-wing populism in Europe: Politics and discourse*. London: Bloomsbury, 135–148.
- Lehmann, P., Franzmann, S., Burst, T., Regel, S., Riethmüller, F., Volkens, A., Wefels, B., Zehnter, L. (2023). The Manifesto Data Collection. Manifesto Project (MRG/CMP/MARPOR). Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).
- Lewandowsky, M., & Wagner, A. (2022). Fighting for a lost cause? Availability of populist radical right voters for established parties. The case of Germany. *Representation*, 1–28.
- Luther, K. R. (2007). Wahlstrategien und Wahlergebnisse des österreichischen Rechtspopulismus, 1986–2006. In F. A. Plasser & P. Ulram (Eds.). *Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006*. Wien: Facultas, 231–254.
- Marcinkiewicz, K., & Dassonneville, R. (2022). Do religious voters support populist radical right parties? Opposite effects in Western and East-Central Europe. *Party Politics*, 28(3), 444–456.
- Meguid, B. M. (2005). Competition Between Unequals: The Role of Mainstream Party Strategy in Niche Party Success. *American Political Science Review*, 99, 347–359.
- Meguid, B. M. (2008). *Party competition between unequals: Strategies and electoral fortunes in Western Europe*. New York: Cambridge University Press.
- Mudde, C. (2004). The Populist Zeitgeist. *Government and Opposition*, 39(4), 541–563.
- Mudde, C. (2007). *Populist radical right parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Müller, W. C. (2000). The Austrian election of October 1999: A shift to the right. *West European Politics*, 23(3), 191–200.
- OENB. (2017). Wirtschaftswachstum beschleunigt sich 2017 – Arbeitslosigkeit sinkt. Retrieved from <https://www.oenb.at/Presse/Pressearchive/2017/20170609.html>.

- Oesch, D. (2013). The class basis of the cleavage between the New Left and the Radical Right: An analysis for Austria, Denmark, Norway and Switzerland. In J. Rydgren (Ed.). *Class Politics and the Radical Right*. London: Routledge, 31–51.
- Poguntke, T., & Kinski, L. (2018). Germany: Political development and data for 2017. *European Journal of Political Research Political Data Yearbook*, 57(1), 108–120.
- Rooduijn, M. (2018). What unites the voter bases of populist parties? Comparing the electorates of 15 populist parties. *European Political Science Review*, 10(3), 351–368.
- Rooduijn, M., van Kessel, S., Froio, C., Pirro, A., De Lange, S., Halikiopoulou, D., ... Taggart, P. (2019). The PopuList: An overview of populist, far right, far left and Eurosceptic parties in Europe. Retrieved from www.popu-list.org.
- Roßteutscher, S., Schmitt-Beck, R., Schoen, H., Weßels, B., Wolf, C. (2019). Post-election Cross-section (GLES 2017). *GESIS Datenarchiv, Köln. ZA6801 Datenfile Version 4.0.1*. <https://doi.org/doi:10.4232/1.13235>.
- Schmitt-Beck, R. (2014). Euro-Kritik, Wirtschaftspessimismus und Einwanderungs-skepsis: Hintergründe des Beinah-Wahlerfolges der Alternative für Deutschland (AfD) bei der Bundestagswahl 2013. *Zeitschrift Für Parlamentsfragen*, 45, 94–112.
- Schmitt-Beck, R. (2017). The 'Alternative für Deutschland in the electorate': between single-issue and right-wing populist party. *German Politics*, 26(1), 124–148.
- Schmitt-Beck, R., van Deth, J. W., & Staudt, A. (2017). Die AfD nach der rechtspopulistischen Wende. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 27(3), 273–303.
- Sipma, T., & Berning, C. C. (2021). Economic conditions and populist radical right voting: The role of issue salience. *Electoral Studies*, 74, 102416.
- Sipma, T., & Lubbers, M. (2020). Contextual-level unemployment and support for radical-right parties: A meta-analysis. *Acta Politica*, 55, 351–387.
- Spoon, J. J., & Klüver, H. (2020). Responding to far right challengers: does accommodation pay off? *Journal of European Public Policy*, 27(2), 273–291.
- Statistisches Bundesamt. (2018). German economy continued to grow strongly in 2017. https://www.destatis.de/EN/Press/2018/01/PE18_011_811.html.
- Steenvoorden, E., & Harteveld, E. (2018). The appeal of nostalgia: The influence of societal pessimism on support for populist radical right parties. *West European Politics*, 41(1), 28–52.
- Taggart, P. (2004). Populism and representative politics in contemporary Europe. *Journal of Political Ideologies*, 9(3), 269–288.
- 't Hart, P., & Tindall, K. (2009). From “market correction” to “global catastrophe”: Framing the economic downturn. In P. 't Hart, K. Tindall, & R. A. W. Rhodes (Eds.). *Framing the global economic downturn: Crisis rhetoric and the politics of recessions*. Canberra: ANU E Press, 3–19.
- Valentim, V. (2021). Parliamentary representation and the normalization of radical right support. *Comparative Political Studies*, 54(14), 2475–2511.
- van der Brug, W., Fennema, M., & Tillie, J. (2000). Anti-immigrant parties in Europe: Ideological or protest vote? *European Journal of Political Research*, 37(1), 77–102.
- van Spanje, J. (2010). Contagious parties: Anti-immigration parties and their impact on other parties' immigration stances in contemporary Western Europe. *Party Politics*, 16(5), 563–586.

- van Spanje, J., & de Graaf, N. D. (2018). How established parties reduce other parties' electoral support: the strategy of parroting the pariah. *West European Politics*, 41(1), 1–27.
- Wagner, S., Wurthmann, L. C., & Thomeczek, J. P. (2023). Bridging left and right? How Sahra Wagenknecht could change the German party landscape. *Politische Vierteljahresschrift*, 1–16.
- Williams, C. J., & Hunger, S. (2022). How challenger party issue entrepreneurship and mainstream party strategies drive public issue salience: evidence from radical-right parties and the issue of immigration. *European Political Science Review*, 14(4), 544–565.
- Wodak, R., & Pelinka, A. (2002). *The Haider Phenomenon in Austria*. New Brunswick: Transaction Publishers.
- Wuttke, A., Schimpf, C., & Schoen, H. (2020). When the Whole is Greater Than the Sum of its Parts: On the Conceptualization and Measurement of Populist Attitudes and Other Multi-dimensional Constructs. *American Political Science Review*, 114(2), 356–374.

The Relationship between Populist Attitudes and Antisemitism

Mark Peffley, Robert Rohrschneider

1. Introduction

Are populist preferences associated with antisemitic attitudes? Despite the burgeoning research on populism – especially their right-wing manifestations – very few studies examine the relationship between antisemitism and populist attitudes. This is a surprising gap because many of the characteristics typically associated with populist orientations – e.g., far-right ideology, anti-immigration, and economic discontents – are also correlated with antisemitic attitudes. For example, individuals with lower education and economic fears disproportionately endorse antisemitic views (Bergmann 1988; Kurthen et al. 1997); the very same demographic traits often correlate with populist orientations (Akkerman et al. 2017; Canovan 1999; Mudde 2004; Schedler 1996). Moreover, Schmitt-Beck's (2017) authoritative analysis of the surging electoral support for the Alternative für Deutschland (AfD), found it was motivated early on by the Euro crisis and the economy but transitioned to xenophobia and anti-immigration attitudes – traits that also underlie antisemitic attitudes. Thus, we argue that it is hardly a coincidence that populist parties – especially right-wing ones – and antisemitic parties tend to fish in the same pool of voters. Despite this general convergence in party type and voter pool, however, we could not find a single empirical study that examines the connection between populism and antisemitism in Germany or elsewhere. This chapter begins to fill this gap.

Just how these two orientations are related in Germany is an important question, given the horrific legacy of antisemitism and the government's persistent efforts to eradicate it in the postwar era. With the recent entry of the AfD, a right-wing newcomer to Germany's party system (Schmitt-Beck 2017), the question of whether populism is connected to antisemitism in Germany takes on increased urgency. The Pew Research Center reports that hate crimes against Jews, attacks on synagogues, and skepticism about the Holocaust are on the increase in Germany and elsewhere in Europe and

the Americas.¹ To illustrate, the 2022 Documenta affair, where a group of artists mostly from the Global South exhibited crass, antisemitic pictures of Jews, suggests that even officials in charge of one of the “art world’s most important events”² may be partially responsible for normalizing antisemitic sentiments. The connection between antisemitism and populism – if it exists – must be documented and understood.

In this chapter, with the aid of a representative March 2020 German Ipsos survey, we first examine the degree to which partisans in Germany, who feel close to either the AfD or one of six other political parties, express acceptance of antisemitism, measured with a standard battery of survey questions. To anticipate the paper’s findings, we first note that the level of support for antisemitism is unquestionably and unsurprisingly highest among AfD voters. However, it is also not universally rejected by other, more mainstream partisan groups. Given these unsettling findings, we next investigate: to what degree is endorsement of antisemitic beliefs due to Germans’ support for populist attitudes?

To study this question, we interviewed about 2,760 respondents in the Ipsos survey (described in appendix table A1), with equal numbers of the sample recruited from residents in the former East and West Germany to examine potential East-West differences in the relationship between populism and antisemitism. Our findings are striking. Populism accounts for the largest share of variance in antisemitism and its differential support among partisan groups. But why? We test three very different types of explanations: demographic characteristics (e.g., education, income), social and political orientations and, finally, economic and performance assessments. Crucially, the analyses show that the connection between populism and antisemitism goes beyond common explanations based on demographic and socio-political views as the link remains strong *after* we control for common predictors of both concepts, including individuals’ partisanship, ideology, and authoritarian predispositions. We therefore speculate, in a final section, why citizens with populist preferences display a high degree of antisemitism regardless of other factors, paying close attention to the way Germany’s established elites have attempted to tamp down antisemitic attitudes in postwar decades – the very same elites that populists denounce.

1 https://www.pewresearch.org/short-reads/2023/03/17/anti-jewish-harassment-occurred-in-94-countries-in-2020-up-from-earlier-years/ft_23-03-17_harassment-jewish-people_01/.

2 New York Times “Documenta Takes Down Art After Antisemitism Accusations,” June 21, 2022 (accessed July 1, 2022).

Our study has important implications for the populism and antisemitism literatures because it sheds light on the democratic character of the populist phenomenon, and it illuminates how populism may help to revitalize anti-semitic orientations. To be sure, populist parties can play a beneficial role in the democratic process (Canovan 1999; Mudde 2004) because they address topics mainstream parties neglect. Others are more skeptical, however, viewing populists as undemocratic *sui generis* (Caramani/Manucci 2019; Urbinati 2019; Müller 2016) because they derive much of their popularity from the same forces as Europe's fascist past. Resolution of this controversy is beyond the scope of our chapter. But our findings underscore concerns about the undemocratic character of populist citizens who tend to hold stereotypes about Jews. Thus, any beneficial by-product of populism comes with a steep cost of mass appeals – direct, indirect or subliminal – to antisemitism, an appeal that extends to supporters of left-wing as well as right-wing parties.

To show how we arrived at these conclusions, and to theorize why the association exists, we begin by discussing the conceptual reasons for examining the relationship between populism and antisemitism, after which we present the analyses. We then discuss why further research is needed as well as the broader implications of our study. Importantly, we make no assumption about populism causing antisemitism, or vice versa. It is the disturbingly large association between the two orientations that concerns us here. As we will discuss in the conclusion, we will speculate about the reasons for this linkage which will have to be investigated further in future research.

2. The Relationship between Antisemitism and Populism

Prior research on populism and antisemitism points to the overlap of their cultural foundations. To show this, we consider each concept in turn.

2.1 Understanding Populism

Populism is typically defined as a “thin ideology” (Mudde 2004) where anti-establishment and anti-elite orientations coincide with an emphasis on the greater articulation of the “people’s” interests. Populist parties, such as the National Rally – previously Front National – in France (Mayer

2018), the PVV in the Netherlands (Rooduijn/Akkerman 2017), and the AfD in Germany (Schmitt-Beck 2017; Arzheimer/Berning 2019) have used the populist frame to attract substantial segments of voters who often share the anti-establishment message of these parties. Beyond the anti-party and anti-establishment character, recent research in Europe and the Americas consistently points to cultural orientations as the major reason why we observe the growing support for these leaders, parties and movements in the last decades – a pattern of explanations that bears a remarkable resemblance to models of antisemitism (more on this below). In the U.S., for example, Mutz (2018a, 2018b) demonstrates in detailed and comprehensive analyses that Donald Trump’s election to the presidency in 2016 was clearly due to the cultural, not the economic, considerations of his supporters. Likewise, Stenner and Haidt (2018) found that support for Trump in the U.S. and the National Rally in France were based, in large part, on authoritarian attitudes, with economic concerns carrying relatively little weight. Similarly, in Europe, economic considerations only have a moderate influence on voters’ reasons for supporting populist parties, whereas cultural issues – like objections to immigration or national-ethnic considerations – typically raise individuals’ support for these parties (Ivarsflaten 2008; Pardos-Prado 2015; Rooduijn 2018). This has become perhaps most visible in the Brexit referendum where post-referendum studies point to cultural issues as the primary reason why the referendum succeeded (Evans/Mellon 2019; Hobolt 2016) whereas, again, economic factors played a secondary role. In Germany, Schmitt-Beck’s (2017: 125) meticulous analysis of the rise of support for the right-wing populist party, the AfD, in Germany’s 2013 and 2014 elections, shows that initially the AfD was a single-issue party “criticizing the ... federal government ... on the Euro crisis”, with economic and conservative market ideology driving its support. The transformation in the AfD’s rhetoric and support base to a right-wing xenophobic party motivated by immigration issues by 2017 was first noted by Schmitt-Beck and has been fully documented by more recent studies. For example, Arzheimer and Berning (2019: 1-2) conclude that “[t]he AfD’s support now resembles the image of European radical right voters“ motivated by the party’s “focus on immigration, refugees, and Islam as their new core issues.”

All told, most analyses for Germany and the broader comparative context point to cultural predispositions as the chief reason populist parties gained enough support to win elections in the 2014 election to the European parliament in 2014 and thereafter. Anti-immigration attitudes are particularly important in these studies as well as xenophobic nationalism, along with

authoritarian predispositions. In contrast, economic considerations play a distinctly secondary role in explaining the rise of populist attitudes. While this brief summary cannot do justice to the nuances of populism, it does point to the emergence of right-wing populism and its distinctly cultural roots in Germany as well as other European countries.

2.2 Understanding Antisemitism

While antisemitism can be defined and measured in a variety of ways, we adopt a minimalist definition appropriate for survey research as *the acceptance of negative stereotypes and attitudes toward Jews as a group of people*, leaving to others the important topics of hate crimes, hate speech and other expressions of antisemitism (e.g., Waxman et al 2022). Defining antisemitism in this way, we note there has been a steady supply of anti-semitic attitudes in Germany since scientific public opinion polls were employed after the second World War until the present. Silberman and Sallen (1976: 720) concluded their 1973-1975 West German study by noting that about “15 to 20% hold well-developed antisemitic prejudices.” But they also argued that antisemitism exists “latently” for an additional 30 percent. This latent group with ambivalent attitudes about Jews is crucially important because many of these individuals could be mobilized by political elites to greater antisemitism under the right conditions. Thus, by the mid-1970s, nearly three decades after the end of the second World War, the authors concluded that almost 50 percent of the West German public could be loosely characterized as antisemitic (see also Bergmann 1988; Kurthen et al. 1997: 212). Remarkably, a recent study by Decker et al. (2018: 212) reaches similar conclusions: “10% [of the German public] in the recent authoritarianism study explicitly support antisemitic statements; and the proportion increases to over 50% when latent agreement is included.” Furthermore, the American Jewish Committee, based on a 2022 Allensbach survey, also asserts that nearly one fifth of the German public believes that Jews have too much influence in the economy (American Jewish Congress 2022: 15). Although studies provide a range of estimates of the level of antisemitism among the German public, they tend to conclude that up to 50 percent of the German public endorses some negative stereotypes of Jews.

Who supports antisemitic views? Ample research in Germany and elsewhere reveals that the profile of antisemites resembles that of right-wing authoritarians: less educated men are more likely to endorse antisemitism;

the economically vulnerable are more susceptible to it; and authoritarian predispositions increase the odds of endorsing antisemitic attitudes (Bergmann 1988; Kurthen et al. 1997; Silberman 1976). This literature echoes the findings from Adorno et al.'s (1950) seminal study, *The Authoritarian Personality*, which more than any other study is identified with the exploration of the dispositional roots of antisemitism. Adorno and his collaborators viewed antisemitism as part of an expansive form of ethnocentrism rooted in the “fascist” personality, a disposition they knew only too well as Jews who fled the Frankfurt School to the U.S. to escape Hitler and the Nazis.

The original study, along with the F (“fascist”) scale used to measure authoritarianism and its psychoanalytic roots, were eventually buried in an avalanche of criticism. At the same time, however, social scientists have largely validated Adorno et al.'s original thesis that, when appropriately measured, authoritarians express prejudice, intolerance and hostility toward a range of outgroups with widely varying characteristics – Jews, Blacks, Asians, Latinos, Muslims, immigrants and LGBTQ (Stenner 2003). As conceptualized by Feldman and Stenner (1997) and Hetherington and Weiler (2009; 2018), authoritarianism is defined by a need to maintain order and conformity. Because authoritarians tend to view the world in more concrete, black and white terms, they adopt a more rigid separation of “us” versus “them” and an aggressive intolerance toward groups that they view as a threat to their normative order. In short, despite the limitations of the original study, the basic insight of Adorno that authoritarianism and ethnocentrism lead to antisemitism and other forms of intolerance has found consistent empirical support over the years (e.g., Sniderman/Piazza 1993.).

In addition to authoritarianism, scholars have identified several other orientations that give rise to exclusionary views of social groups in Europe and the Americas, and by extension, antisemitism. Narrow, ethnocultural views of what constitutes “true” nationals, for example, draw an exclusionary boundary between “us,” the dominant ethnic ingroup, and “them,” ethnic and religious minorities not considered true nationals (e.g., Muslims, immigrants, Blacks and Jews) (e.g., Citrin/Wright 2009; Pehrson et al. 2009). Such views are associated with the far right in many countries (e.g., Semyonov et al. 2006; Talshir 2005). To illustrate, in Germany, antisemitism is likely to be fueled by the belief that being “truly German” is defined, in part, by being a Christian and being born in Germany.

2.3 Linking Populism and Antisemitism

In light of these accounts of the nature and sources of populism and antisemitism, we note at least three distinct parallels. First, there is considerable convergence in conceptual characteristics: populists often reject liberal-democratic rights and minority protections; in fact, they often consider any minorities to be cultural outsiders. Immigrants fit this bill, of course, but so do Muslims and Jews in a Christian-dominated society. Put this way, right-wing populism in many ways appears like a version of antisemitism. Second, attitudes about populism and antisemitism often coalesce with other attitudes in the cultural domain (about immigration and lifestyles, for example) that typically do not align neatly with left-right welfare preferences. In other words, populist and antisemitic orientations are only weakly constrained by economic considerations, and thus are likely to be activated in response to identity issues raised by elites across the party spectrum (Lavine et al. 2012). Third, populist orientations and antisemitic attitudes are concentrated at the right-extreme end of the ideological spectrum which emphasize culturally conservative issues. Federico and Malka's (2018, Malka et al. 2022) comprehensive review of research on ideology and mass belief systems in western countries argues that more attention should be focused on social instead of economic considerations as the primary drivers of ideological orientations like populism and, presumably, antisemitism. Furthermore, Dalton's recent longitudinal study (2018) of cultural and economic conflicts shows that the salience of culture has increased whereas the relevance of economic concerns has remained largely steady or perhaps even decreased. In short, both antisemitism and populism are likely driven by the same culture war issues dividing both political elites and the public these days.

For all these reasons, right-wing populism and antisemitism are likely to be highly related in Germany and elsewhere. As populist parties like the AfD transition to far-right parties whose activists and leaders espouse either blatant or subtle forms of antisemitism, their followers may also rely on populist and antisemitic orientations to inform their political views and voting behavior. In addition, far-right populist parties traffic in rabid anti-elitism as well as xenophobia, ethnocentrism, and authoritarian world-views. Thus, their followers may also place more weight on the predispositions that provide the psychological constraint or glue binding together strains of populism and antisemitism. One important question below is

whether the hypothesized linkage emerges primarily among supporters of the AfD or whether we can find it across the partisan spectrum.

Our discussion suggests a straightforward hypothesis which we will test in the next section:

Hypothesis 1: Populist orientations are related to antisemitic views even when controlling for a range of individual-level predispositions and socio-demographic traits.

We first describe our measures of antisemitism and populism. We then turn to voters' partisanship, demographic, and social orientations along with economic considerations (all measures are described in appendix table A2).

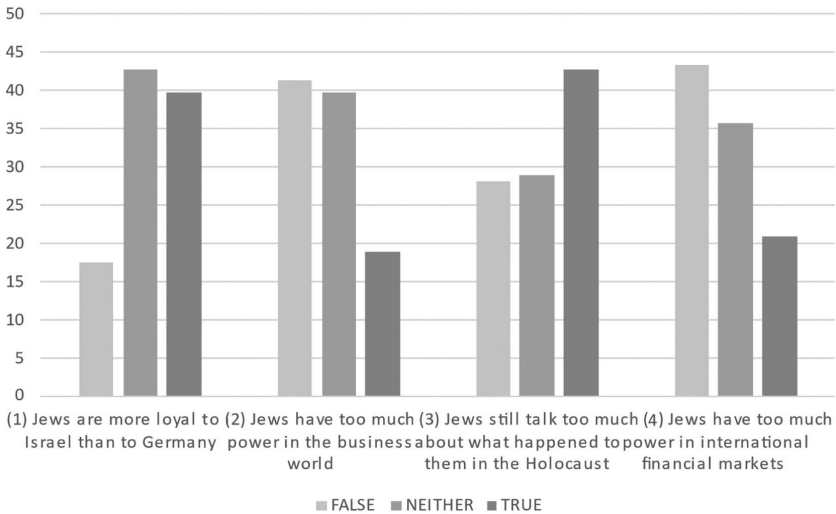
3. *Measuring Antisemitism*

We follow many other studies by using four survey items from the much longer 11-item index of antisemitism developed for the Anti-Defamation League (ADL), which was first used in the U.S. to measure antisemitic attitudes in 1964 and then in 2014 in over 100 countries, with three follow up comparative surveys thereafter. Our survey asked German respondents the extent to which they think each of the four statements is “definitely false, probably false, neither true nor false, probably true or definitely true.”³

Figure 1 collapses the probably and definitely false (or true) to show the percentage of respondents rated the statements as False, Neither true nor false, or True. The second and fourth statements tap traditional and some would say ancient, negative stereotypes or grievances against Jews being too influential in the business world and international financial markets. Surprisingly, approximately one-fifth of the German public endorses each statement, expressing sentiments that have evolved over centuries, harking back to the way pecuniary laws developed during the medieval ages (Becker/Pascali 2019). And a bit over a third of all responses select the middle category. Thus, clear non-stereotypic views of Jews still constitute a minority in Germany to this day!

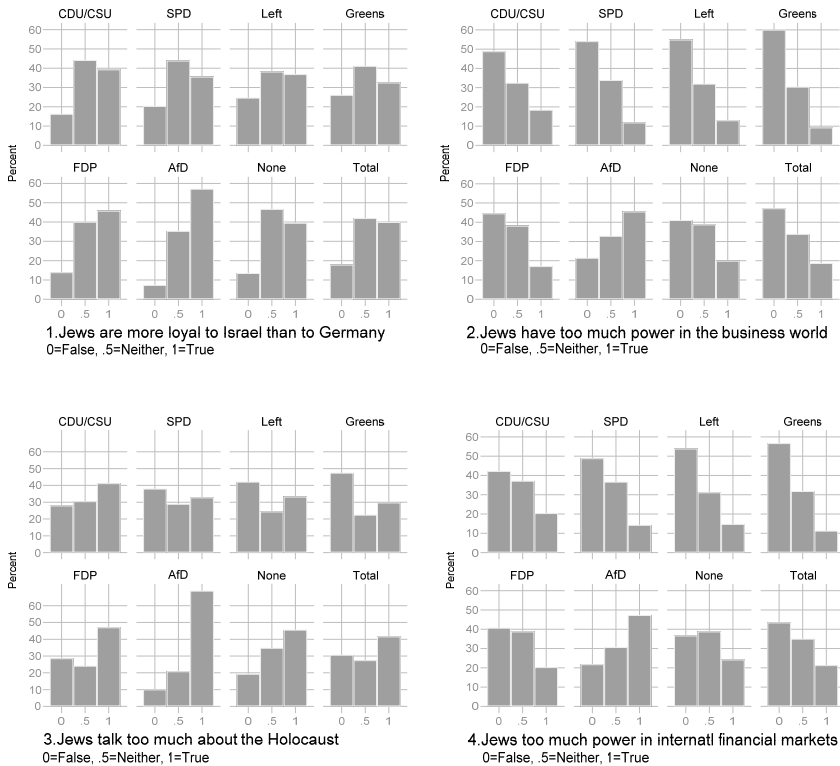
3 The order of statements was randomized.

Figure 1: Responses to Antisemitism Indicators, Germany 2020



The other two statements expressing complaints about Jews’ loyalty to Germany and talking “too much about the Holocaust” have been labeled “indirect” antisemitism (Decker et al. 2022: 134) because instead of describing ancient stereotypical traits, they refer to how these issues play out in contemporary political debates. The first indicator, for example, claims Jews are more loyal to Israel than Germany, thus questioning Jews’ willingness to be a fully integrated member of the community in Germany and, in effect, insinuating that Jews are outsiders. The third indicator faults Jews for talking too much about the Holocaust, as if one of the most horrific, organized genocides in history is better forgotten. In other words, these two “secondary” indicators provide antisemites with an ulterior motive for expressing negative views about Jews. Twice as many respondents, about 40 percent, find statements one and three probably or definitely true, compared to statements two and four.

Figure 2: Public Support for Antisemitic Statements, by Partisan Support



Note: The figure shows the percentage of respondents who rated the statements as (definitely or probably) False (0), Neither true nor false (.5), or (definitely or probably) True (1). The “Total” category represents responses of the entire sample; the partisan supporter group denotes respondents who identify with a party; the “None” category contains respondents without a partisan identity.

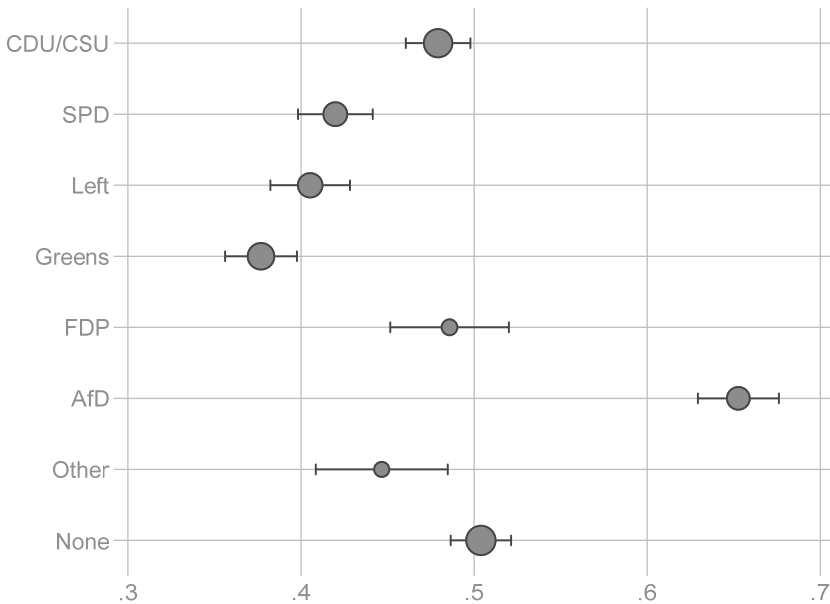
How are antisemitic views as measured by each statement distributed across partisan groups on the right and left? In Figure 2 we display the distribution of partisan responses to each of the items, along with a bottom-right panel for the pooled sample. Within partisan groups, by far the highest concentration of antisemitic stereotypes on all four items emerges within the AfD. For the two traditional antisemitic stereotypes, over half of AfD supporters believe it is probably or definitely true that Jews have too much power in the business world (51 percent); and Jews influence financial markets too much (54 percent). At the other end of the spectrum, only around 10

percent of Green partisans endorse the notion of Jews having too much influence in the business world or that Jews are too influential in financial markets (11 percent). The remaining partisan supporters fall in-between these two extremes, located near the distribution for the totals, with about 20 percent endorsing these traditional antisemitic stereotypes. For the two indirect or secondary antisemitism indicators, a majority of AfD supporters believe Jews are more loyal to Israel (60 percent) and “talk too much about the Holocaust” (69 percent). Importantly, one third of Green supporters believe Jews are more loyal to Israel (37 percent), while nearly a third is critical of Jews talking about the Holocaust (31 percent). Thus, even in the most liberal corners of German society, a nontrivial portion of the public agrees with secondary, antisemitic stereotypes.

We summed the responses to the four items to form the Antisemitism Index ($\alpha=.82$). After recoding it to a 0-1 scale, higher values indicate greater antisemitism (mean = .47, $sd=.24$). We present in Figure 3 a summary comparison of the average antisemitism score across the partisan groups. The size of the circles in the figure represents the proportion of the partisan group in the pooled sample. Unsurprisingly, the average antisemitism score for AfD partisans is about three quarters of a standard deviation (.24) above the average for the pooled sample.⁴

4 For partisan supporters, the index obtains the expected frequency patterns we observed for the individual items. For the AfD, about 70 percent of partisans obtain values greater than .5, meaning that over two thirds of AfD supporters openly hold some or even strong antisemitic views. Only 19 percent of AfD supporters fall below the value of .5 where respondents on balance hold weaker or no antisemitic views; and about 10 percent fall right at the mid-point (.5). At the other end of the spectrum, about 65 percent of Green supporters fall below the midpoint suggesting little or no sympathies for antisemitic statements, eleven percent are located right at the middle, and about 24 percent endorse antisemitic sentiments to some degree. The other parties more closely approximate the patterns for the population: CDU/CSU (45 percent below the midpoint; 16 at the midpoint; and about 39 percent in the antisemitism range above the midpoint); FDP (46 percent below the midpoint, eight percent at the midpoint, and 46 percent in the antisemitism range above the midpoint); the SPD (55 percent below the midpoint, 14 percent at the midpoint, and 31 percent in the antisemitism range above the midpoint); Die Linke with 57 percent below the midpoint, 13 percent at the midpoint, and about 30 percent above the midpoint in the antisemitism range.

Figure 3: Mean Level of Antisemitism among Partisans



Note: Antisemitism ranges from 0 to 1.0. Size of circles is proportional to party support in the full sample. Tails are 95% confidence intervals. Overall mean = .47, sd = .24.

All told, our data confirm that there remains a substantial segment among the German public that holds antisemitic beliefs.

4. Measuring populism

Turning our attention to measuring populist attitudes, respondents were asked the extent to which they agreed or disagreed with the following five statements presented in randomized order:

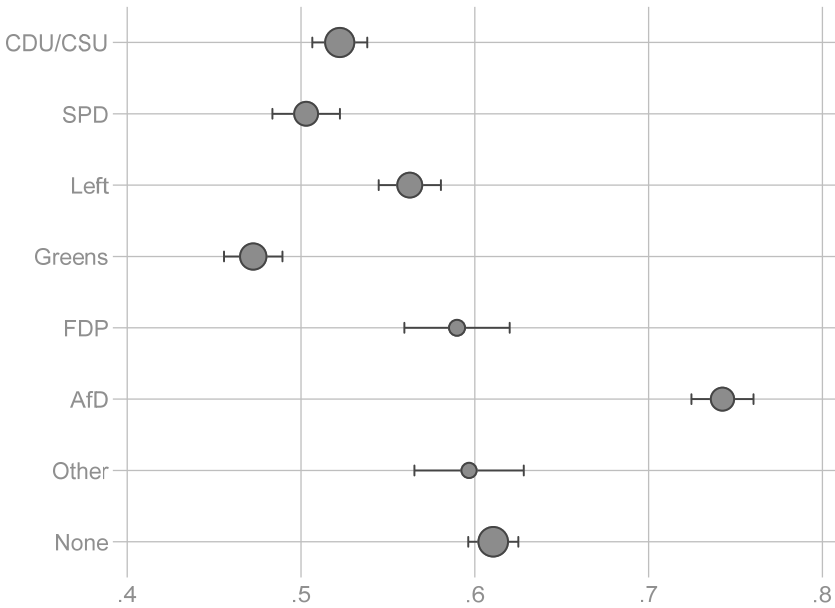
- (1) What people call “compromise” in politics is really just selling out on one’s principles.
- (2) Politicians always end up agreeing when it comes to protecting their own privileges.
- (3) The politicians in the German Bundestag must always follow the will of the people.

- (4) Germany needs a strong leader who does not have to bother with parliament.
- (5) When it comes to making policy decisions, ordinary people should be trusted more than so-called experts.

The items gauge different aspects of the populism concept. Indicator one taps a manichean aspect, whereas indicators three and five assess respondents' views about the relative influence of elites and ordinary citizens in politics. Question two gauges the public's distrust in political elites; and indicator four stresses a preference for a strong executive over the checks and balances of liberal democracies. Like other studies using similar items, a confirmatory factor analysis (CFA) finds that a one-dimensional solution underlies individual responses (Akkerman et al. 2014; Geurkink et al. 2020). In addition, we also show that the populism indicators form a separate dimension apart from responses to the antisemitism indicators (see the online appendix table A3).

We therefore created a Populism Index of the five indicators ($\alpha=.75$) and recoded it to range from zero (low populist preferences) to one (high populism preferences). Scores on the Populism Index are almost normally distributed with a slight skew towards the populism side of the index (data not shown). Figure 4 shows the mean scores, by partisan group, of the populism index. We clearly see that AfD partisans are much more likely to hold populist orientations than any other partisan group. However, we also note that most partisan groups fall around the mid-point of the index (.5) and thus suggest that populist orientations are widely present in most partisan groups. Moreover, although antisemitism and populism constitute separate constructs, individuals scoring higher on the populism scale are far more likely to endorse antisemitic statements (Pearson's $r=.49$). The degree of overlap between the two measures is staggering and requires investigation which we will turn to next.

Figure 4: Mean Level of Populism among Partisans



Note: Populist Attitudes range from 0 to 1.0. Size of circles is proportional to party support in the full sample. Tails are 95% confidence intervals. Overall mean = .57, sd = .19.

5. Multivariate Analyses

What explains the substantial relationship between antisemitism and populism? And to what extent can populist attitudes account for the different concentrations of antisemitism among German partisans and among the sample as a whole? To answer these questions, we estimate four equations predicting antisemitism. Model 1 predicts antisemitism using respondents' partisanship. The results serve as a baseline showing the bivariate support of a partisan group for the antisemitism index. Model 2 adds the populism index in order to test how much of the populism index explains in antisemitic attitudes net of individuals' partisanship. Model 3 adds to model 2 demographic variables in order to evaluate whether the effects of populism are mainly due to these characteristics, as lower education is associated with both greater antisemitism and populism, along with the sex

of respondents (Silbermann/Sallen 1976; Lubbers/Coenders 2017; Urbinati 2018).

Model 4 adds a host of social and political variables as well as economic perceptions. We include the standard left-right ideological self-placement indicator. Populism and right-wing orientations often coincide; and prior research has provided ample evidence that antisemitism is concentrated among right-wing parties (Cohen 2018). We also know that authoritarian attitudes relate to antisemitism and populism; this is a staple finding of research in Germany (Kurthen et al. 1997) and elsewhere (Adorno et al. 1950; Cohen 2018). We further consider the influence of national identity and immigration attitudes. An ethno-nationalist identity stresses cultural and genealogical ties to a mystic German people that likely relate to anti-semitism and populism (Lindstam et al. 2019). This ethnic identity brings about negative views about immigrants (Ivarsflaten 2008); and it fuels support for the AfD (Arzheimer/Berning 2019) and other radical-right parties (Downes/Loveless 2018; Pardos-Prado 2015). We also include a variable measuring the democratic value orientations of mass publics, on the grounds that individuals who do not appreciate democracy are more likely to express populist and antisemitic views (Norris/Inglehart 2019; Welzel 2020). Additionally, we include a measure of how much individuals value the protection of minority rights since both antisemitism and populism reject such protection elements (Müller 2016). Finally, model 4 includes perceptions of economic and governing performance because antisemitism and populism both may reflect individuals' disappointment with their personal circumstances or the national economy (Georgiadou et al. 2018) even though economic perception seem only tenuously related to populist party support (Arzheimer 2009; Rooduijn 2018: 361). We include a measure of the perceived performance of the federal government in order to control for the possibility that disgruntled individuals use antisemitism as a scapegoat for their unhappiness with the national government (Cohen 2018), just as populists believe that established elites ignore their interests (Kriesi 2014). We finally included an East-West dummy, on the grounds that eastern Germans may have learned to avoid giving an antisemitic response as a result of their socialist regime experience; and because the economic context is shakier than in the West.

All told, this group of controls includes many cultural and psychological predictors of both populism and antisemitism. The goal is to assess how much the association between populism and antisemitism exists independently of these predictors.

5.1 Measuring controls

The indicators for each control variable are recoded to a 0 to 1 scale to make the coefficients easier to interpret. Left-Right self-placement ranges from 0 (Left) to 10 (Right). Authoritarianism is assessed by asking respondents to select from a series of four paired qualities “the one you think is more important for a child to have”: “Independence or Respect for elders,” “Obedience or Self-reliance” (reflected), “Curiosity or Good manners,” and “Being considerate or Being well-behaved,” with the initial scale ranging from 0 to 4. True German Ethnonationalism is based on the degree to which respondents rated “how important on a scale from “Not at all important” (1) to “Very important” (4) “you think each is for being *truly German*: “To be born in Germany,” “To have German ancestors,” and “To be a Christian,” with the initial scale ranging from 3 to 12. Attitudes toward Immigrants consists of three items rating how immigration impacts Germany: “Cultural life is undermined” (0) to “Cultural life is enriched” (10), “Bad for Germany’s economy” (0) to “Good for Germany’s economy” (10), [making Germany] a “Worse place to live” (0) to “a Better place to live” (10). Support for Democracy is measured by agreement with two statements: “Democracy is preferred to any other system,” and “The existing democracy in Germany is the best system.” Support for Minority Rights is assessed by agreement from 1 (Strongly disagree) to 5 (Strongly agree) scale with the statement, “People in the minority should be free to try to win majority support for their opinions.” To measure retrospective economic performance judgments, respondents were asked to: “rate the general economic situation in Germany over the last twelve months (National Economic Judgments) and their “personal economic situation over the last twelve months” (Personal Economic Judgments) on 5-point scales ranging from “much worse” (1) to “much better” (5). Performance judgments of “The Federal Government” were rated from “Completely satisfied” (0) to “Completely dissatisfied” (10). Again, all variables were recoded to a 0 to 1 scale.

5.2 Results

Table 1 presents the OLS results. In model 1, antisemitism is predicted solely by partisanship, where each party is a dummy variable compared to the AfD, the excluded reference category. As expected, antisemitism is

significantly lower among all the partisan groups, compared to the AfD, with the Greens, the Left and the SPD, in that order, producing the largest differences in antisemitism to partisans of the AfD. Clearly, the AfD fits the template of a right-wing European party in terms of the relatively high level of antisemitism among its supporters.

To what extent can these party differences be statistically explained by populist attitudes? To answer this question, we add the populism index in model 2, where we see, first, the large coefficient ($b=.54$) associated with populism, meaning that, independently of partisanship, higher levels of populism are *strongly* associated with antisemitism. This clearly indicates that partisanship alone does not absorb the importance of populist preferences; to the contrary: compared to the zero-order correlation between populism and antisemitism (Pearson's $r=.49$), the populism coefficient is largely unchanged. Remarkably, regardless of respondents' partisanship, supporters across parties evidently exhibit a propensity to relate their populist preferences to antisemitic orientations. Given the considerable support for both antisemitism and populism within various partisan groups (figures 3 and 4), this finding is disconcerting as it suggests that the link emerges in multiple partisan constituencies and not just among AfD partisans. Additionally, we also note that by adding populist attitudes, the differences between partisan groups and the AfD shrink by about half. This means that the relationship between partisanship and antisemitism is to a significant degree based on voters' populist preferences—confirming general commentators who identified the dramatic transformation of the AfD from a mostly Euro-skeptic party to a right-wing ethno-nationalist party (Schmitt-Beck 2017).

To what degree is the relationship between populism and antisemitism (and the partisan differences in antisemitism) due to shared socio-demographic characteristics? Model 3 adds respondents' demographic characteristics. The coefficients show that while education and age are significant, they neither explain a substantial portion of party differences nor the linkage between populism and antisemitism. To be sure, being less educated, older, male, and growing up in the former West versus the East, makes one appear more antisemitic, even after controlling for the effects of populism and partisanship. In contrast, the coefficient for family income is both small and insignificant. Overall, however, adding demographic variables has only a marginal impact in reducing the coefficient between populist attitudes and antisemitism; and it increases the explained variance by a modest 4 percent.

Table 1: Predicting Antisemitism from Partisanship, Populism & Controls

	Model 1	Model 2	Model 3	Model 4
	Antisemitism	Antisemitism	Antisemitism	Antisemitism
Populism	---	.54**	.47**	.35**
Party (v AfD)		(.02)	(.02)	(.02)
CDU/CSU	-.17** (.02)	-.06** (.02)	-.07** (.02)	-.01 (.02)
SPD	-.23** (.02)	-.11** (.02)	-.13** (.02)	-.04 [†] (.02)
Left	-.25** (.02)	-.15** (.02)	-.15** (.02)	-.04 [†] (.02)
Greens	-.28** (.02)	-.14** (.02)	-.14** (.02)	-.03 (.02)
FDP	-.15** (.02)	-.07** (.02)	-.06** (.02)	-.00 (.02)
Other	-.21** (.02)	-.14** (.02)	-.12** (.02)	-.05 [†] (.02)
None	-.16** (.02)	-.10** (.02)	-.10** (.02)	-.03 [†] (.02)
Demographic				
Education			-.12** (.01)	-.08** (.01)
Age			.07** (.01)	.07** (.01)
Female			-.02** (.01)	-.03** (.01)
Income			-.02 (.02)	-.02 (.02)
East			-.02 [†] (.01)	-.02 [†] (.01)
Soc-Pol Att				
Left-Right				.08** (.02)
Authoritarian				.03 [†] (.02)
True German				.13** (.01)
Immigrants				-.10** (.02)
Democracy				-.03 [†] (.01)
Min Rights				-.07** (.02)
Perform-Econ				
Dissatis Gov				-.01 (.02)
Nat Econ				-.01 (.02)
Pers Econ				-.01 (.02)
Constant	.67** (.01)	.27** (.02)	.38** (.03)	.38** (.04)
N	2639	2639	2639	2639
Adj-R2	.10	.27	.31	.37

Standard errors in parentheses * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$. All variables coded to a 0-1 scale (see appendix Table A2).

Model 4 adds more general social and political orientations as well as performance and economic assessments to explain antisemitism. First, social and political orientations account for much of the remaining party differences and a good deal of the covariance between populism and antisemitism: model 4 explains six percent of the variance more than model 3. Also, the populism coefficient is significantly lower than in model 3. In short, some of the association between populism and antisemitism flow through various ideological and social attitudes. Among them, the coefficient for holding an ethno-nationalist identity of a “true” German is the strongest ($b=.13$), which expectedly shows that a blood and soil conception of Germanness shapes antisemitism. Another relevant predictor

is holding a preference for minority protection ($b=-.07$) as is a rightist ideology ($b=.08$). However, we also note that the populism coefficient remains the largest coefficient by far ($b=.35$), attesting to its explanatory power. Finally, note that performance and economic assessments have no effect on antisemitism or explaining the covariation, and this remains true regardless of what order these variables are included.

All told, despite support for the hypothesized predictors, there remains a strong covariation between populism and antisemitism. A key question, thus, is: what explains this relationship? Why are populists so much more likely to provide an antisemitic response after controlling for a host of known correlates of antisemitism and populism? We speculate about the likely mechanisms in the conclusion next.

5. Conclusion

The intriguing result of our study is that over half the original covariance between populism and antisemitism remains unexplained by the fully specified model that includes many established predictors of antisemitism. What might account for the association? Of course, by definition, we do not know for sure, but it is well worth speculating about the source of this surprisingly persistent covariation. We offer two related explanations. One focuses on elite opinion leadership of rank-and-file supporters of far-right populist parties. Opinions expressed by far-right populist leaders and activists in both legacy and social media communicate a clear hostility toward a variety of outgroups as well as established political elites who defend protections for minorities. We know, for example, that anti-foreigner sentiment is more pronounced in European countries with greater support for right-wing extreme parties (e.g., Semyonov et al. 2006). And panel analysis shows that exposure to right-wing populists' Facebook posts in Germany (the AfD) and Austria (the FPÖ) in 2017 "fueled anti-immigrant attitudes...and anti-elitist attitudes and anxiety" (Heiss/Matthes 2020: 303). This opinion leadership perspective, as applied to Germany, pins special importance to the transformation of the AfD into a clear far-right antisemitic party (Schmitt-Beck 2017; Arzheimer/Berning 2019), leading rank-and-file followers to also express such beliefs. In short, there is a clear explanation for populists' antisemitic orientations among AfD supporters.

But this does not adequately explain why populism and antisemitism are strongly connected beyond the AfD and its supporters. After all, AfD

partisans constitute only about 11 percent of our sample. Our study therefore suggests a darker possibility: People with antisemitic sentiments – even while denying more blatant antisemitic statements – may feel more comfortable expressing antisemitic views when they are wrapped in a populist, anti-elite veneer. Two arguments support the logic of this conjecture. First, antisemites share with populists a deep hostility toward elites and minorities. For example, rejection of a financial (read Jewish) elite—one measure of antisemitism—comes precipitously close to expressing the view that a “selfish elite” ignores the preferences of the people—a measure of populism. Relatedly, populism contains a clear majoritarian (anti-minority) element as it rejects a canon of liberal-democratic rights that protects minorities (a Jewish minority, for instance). Both elements—the anti-elitist and anti-minority thrust of populism—doubtless create an affinity between populism and antisemitism that exists among average citizens outside the AfD. Thus, individuals may express populist orientations *because of* their antisemitic views since it is more socially acceptable to be a populist than an antisemite.

A second, related possibility is that populism is critical of the very elites – i.e., the mainstream elites in the mass media, political parties, and the economy – who have strongly and consistently advocated that the country and its citizens acknowledge Germany’s responsibility for the atrocities perpetrated during the second World War. In other words, mainstream elites have repeatedly argued that Germany must remain accountable and mindful of the horrors committed during the Third Reich. Populism is critical of precisely these mainstream elites. Thus, questioning Jews’ loyalty to Germany and preferring to downplay the Holocaust may be rationalized as pushing back against the exhortations of mainstream elites instead of acknowledging one’s antisemitic bias.

Of course, more research is needed to assess these conjectures. At a minimum, however, we have demonstrated the strong relationship between antisemitism and populism among populist, radical-right partisans but also those of many everyday German citizens. More research is required to determine how Germany’s historical experience may have contributed to the rise of populism – and the way antisemitism has become revitalized by it.

References

- Acock, A. C. 2013. *Discovering Structural Equation Modeling Using Stata*. Revised edition, College Station: Stata Press.
- Adorno, T. W., E. Frenkel-Brunswik, D. Levinson, R. Nevitt Sanford, and Betty Aron. 1950. *The Authoritarian personality: Studies in prejudice*. New York: Harper.
- Akkerman, A., A. Zaslove, and B. Spruyt. 2017. "‘We the People’ or ‘We the Peoples’? A Comparison of Support for the Populist Radical Right and Populist Radical Left in the Netherlands." *Swiss Political Science Review* 23: 377-403. doi: 10.1111/spsr.12275.
- Akkerman, A., C. Mudde, and A. Zaslove. 2014. "How Populist Are the People? Measuring Populist Attitudes in Voters." *Comparative Political Studies* 47: 1324-1353.
- American Jewish Congress. 2022. *Antisemitismus in Deutschland: Eine Representativebefragung*. Berlin: American Jewish Congress Berlin Ramer Institute.
- Arzheimer, K., and C. C. Berning. 2019. "How the Alternative for Germany (AfD) and their voters veered to the radical right, 2013-2017." *Electoral Studies* 60: 102040. doi: 10.1016/j.electstud.2019.04.004.
- Becker, S.O., and L. Pascali. 2019. "Religion, division of labor, and conflict: Anti-semitism in Germany over 600 years." *American Economic Review* 109: 1764-1804.
- Bergmann, W. 1988. "Public beliefs about Anti-Jewish attitudes in West Germany: A case of ‘pluralistic ignorance’." *Patterns of prejudice* 22: 15-21.
- Canovan, Margaret. 1999. "Trust the people! Populism and the two faces of democracy." *Political studies* 47: 2-16.
- Caramani, D., and L. Manucci. 2019. "National past and populism: the re-elaboration of fascism and its impact on right-wing populism in Western Europe." *West European Politics* 42: 1159-1187. doi: 10.1080/01402382.2019.1596690.
- Citrin, Jack, and Matthew Wright. 2009. "Defining the circle of we: American identity and immigration policy." *The forum* 7. doi: <https://doi.org/10.2202/1540-8884.1319>.
- Cohen, J. E. 2018. "Left, right, and antisemitism in European public opinion." *Politics and Religion Journal* 12: 341-371.
- Dalton, R. 2018. *Political Realignment*. Oxford: Oxford University Press.
- Decker, Oliver, E. Brähler, and D. Baier. 2018. *Flucht ins Autoritäre: Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018*. Giessen: Psychosozial-Verlag.
- Decker, O., Johannes K., and Elma B. 2022. "Anti-semitic Attitudes in Germany: Their Prevalence and Causes." In: *The Dynamics of Right-Wing Extremism Within German Society*, edited by Oliver Decker, Johannes Kiess and Elma Brähler, 127-154. London: Routledge.
- Downes, J. F., and M. Loveless. 2018. "Centre right and radical right party competition in Europe: Strategic emphasis on immigration, anti-incumbency, and economic crisis." *Electoral studies* 54: 148-158. doi: 10.1016/j.electstud.2018.05.008.
- Evans, G., and J. Mellon. 2019. "Immigration, Euroscepticism, and the rise and fall of UKIP." *Party Politics* 25: 76-87. doi: 10.1177/1354068818816969.

- Federico, C. M., and A. Malka. 2018. "The Contingent, Contextual Nature of the Relationship Between Needs for Security and Certainty and Political Preferences: Evidence and Implications." *Political Psychology* 39: 3-48. doi: 10.1111/pops.12477.
- Georgiadou, V., L. Rori, and C. Roumanias. 2018. "Mapping the European far right in the 21st century: A meso-level analysis." *Electoral Studies* 54: 103-115. doi: 10.1016/j.electstud.2018.05.004.
- Heiss, R., and J. Matthes. 2019. "Stuck in a Nativist Spiral: Content, Selection, and Effects of Right-Wing Populists? Communication on Facebook." *Political Communication*. 37: 303-328. doi: 10.1080/10584609.2019.1661890.
- Hetherington, M.J., and J.D. Weiler. 2009. *Authoritarianism and polarization in American politics*. New York: Cambridge University Press.
- Hetherington, M. J., and J. Weiler. 2018. *Prius or Pickup? How the Answers to Four Simple Questions Explain America's Great Divide*. New York: Houghton Mifflin Harcourt.
- Hobolt, S. B., and C. E. de Vries. 2016. "Public Support for European Integration." *Annual Review of Political Science* 19: 413-432.
- Ivarsflaten, E. 2008. "What Unites Right-Wing Populists in Western Europe?" *Comparative Political Studies* 41: 3-23. doi: 10.1177/0010414006294168.
- Kline, R. B. 2016. *Principles and practice of structural equation modeling: Methodology in the social sciences*, 4th ed., New York: The Guilford Press.
- Kriesi, H. 2014. "The populist challenge." *West European Politics* 37: 361-378. doi: 10.1080/01402382.2014.887879.
- Kurthen, H., W. Bergmann, and R. Erb. 1997. *Antisemitism and xenophobia in Germany after unification*. New York: Oxford University Press.
- Lavine, H., C. D. Johnston and M. R. Steenbergen. 2012. *The ambivalent partisan: How critical loyalty promotes democracy*. New York, NY, Oxford University Press.
- Lindstam, E., M. Mader, and H. Schoen. 2019. "Conceptions of National Identity and Ambivalence towards Immigration." *British Journal of Political Science*: 1-22. doi: 10.1017/S0007123418000522.
- Lubbers, M., and M. Coenders. 2017. "Nationalistic attitudes and voting for the radical right in Europe." *European Union Politics* 18: 98-118. doi: 10.1177/1465116516678932.
- Malka, A., Y. Lelkes, Y. Bakker, B., and E. Spivack. 2022. "Who Is Open to Authoritarian Governance within Western Democracies? Perspectives on Politics.", 20: 808-827. doi:10.1017/S1537592720002091.
- Mayer, N. 2018. "The Radical Right in France." In: *The Oxford Handbook of the Radical Right*, edited by Jens Rydgren, 433-451. Oxford: Oxford University Press.
- Mudde, C. 2004. "The populist Zeitgeist." *Government and Opposition* 39: 541-563. doi: 10.1111/j.1477-7053.2004.00135.x.
- Mudde, C. 2007. *Populist Radical Right Parties in Europe*. New York: Cambridge University Press.
- Müller, J.-W. 2016. *What is populism?* Philadelphia, University of Pennsylvania Press.

- Mutz, D. C. 2018a. "Status threat, not economic hardship, explains the 2016 presidential vote." *Proceedings of the National Academy of Sciences*. 115: E4330-E4339. doi: 10.1073/pnas.1718155115.
- Mutz, D. 2018b. "Response to Morgan: On the role of status threat and material interests in the 2016 election." *Socius* 4: 2378023118808619.
- Norris, P., and R. Inglehart. 2019. *Cultural backlash: Trump, Brexit, and the rise of authoritarian populism*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Pardos-Prado, S. 2015. "How Can Mainstream Parties Prevent Niche Party Success? Center-Right Parties and the Immigration Issue." *The Journal of Politics* 77: 352-367. doi: 10.1086/680040.
- Pehrson, S., R. Brown, and H. Zagefka. 2009. "When does national identification lead to the rejection of immigrants? Cross-sectional and longitudinal evidence for the role of essentialist in-group definitions." *British journal of social psychology* 48: 61-76. doi: 10.1348/014466608X288827.
- Rooduijn, M. 2018. "What unites the voter bases of populist parties? Comparing the electorates of 15 populist parties." *European Political Science Review* 10: 351-368. doi: 10.1017/s1755773917000145.
- Schedler, A. 1996. "Anti-Political-Establishment Parties." *Party Politics* 2: 291-312. doi: 10.1177/1354068896002003001.
- Schmitt-Beck, R. 2017. "The 'Alternative für Deutschland in the Electorate': Between Single-Issue and Right-Wing Populist Party." *German Politics* 26: 124-148. doi: 10.1080/09644008.2016.1184650.
- Semyonov, Moshe, Rebeca Raijman, and Anastasia Gorodzeisky. 2006. "The rise of anti-foreigner sentiment in European societies, 1988-2000." *American Sociological Review* 71: 426-449. doi: 10.1177/000312240607100304.
- Silbermann, A., and H. A. Sallen. 1976. "Latent anti-semitism in west-germany." *Kölner Zeitschrift Für Soziologie und Sozialpsychologie* 28: 706-723.
- Sniderman, M., and T. L. Piazza. 1993. *The scar of race*. Cambridge, Massachusetts: Belknap Press of Harvard University Press.
- Stenner, K., and J. Haidt. 2018. "Authoritarianism is not a momentary madness, but an eternal dynamic within liberal democracies". In: *Can It Happen Here? Authoritarianism in America*, edited by C. R. Sunstein, 175-195. New York: Dey Street Books.
- Talshir, G. 2005. "Knowing right from left: The politics of identity between the radical left and far right." *Journal of Political Ideologies* 10: 311-335. doi: 10.1080/13569310500244339.
- Urbinati, N. 2019. "Political Theory of Populism." *Annual Review of Political Science*, 22: 111-127.
- Waxman, D., D. Schraub, and A. Hosein. 2022. "Arguing about antisemitism: why we disagree about antisemitism, and what we can do about it." *Ethnic and Racial Studies* 45: 1803-1824. doi: 10.1080/01419870.2021.1960407.
- Welzel, C. 2020. "The Cultural Pre-Requisites of Democracy." In: *The Oxford Handbook of Political Representation in Liberal Democracies*, edited by Robert Rohrschneider and Jacques Thomassen, 77-94. Oxford: Oxford University Press.

Mark Peffley, Robert Rohrschneider

Online Appendix

https://www.nomos-shop.de/shopfiles/anhang_978-3-7560-0800-1_mat_online_anhang.pdf

Antisemitische Einstellungen in Deutschland: Eine Forschungsnotiz zu den Desiderata einstellungsbezogener Antisemitismus-Forschung

Stefan Liebig

1. Einleitung

Die Sozialwissenschaften in Deutschland können auf einen vergleichsweise großen Bestand an qualitativ hochwertigen Forschungsdaten zurückgreifen. Insbesondere die seit Anfang der 1980er Jahre regelmäßig erhobenen großen Bevölkerungsumfragen erlauben es, den sozialen Wandel in Deutschland über längere Zeiträume hinweg zu beobachten. Genau diese langfristige Perspektive ist notwendig, um tatsächliche Veränderungen oder Stabilitäten in der sozio-ökonomischen Situation, der Wahrnehmung und Bewertung der eigenen oder gesellschaftlichen Lage, aber auch der politischen Einstellungen und Überzeugungen feststellen sowie langfristige Trends von kurzfristigen Meinungsschwankungen unterscheiden zu können. Wesentlich sind dabei längsschnittliche Forschungsdesigns, bei denen entweder die gleichen Individuen und Haushalte über längere Zeiträume (Paneldesign, z. B.: Sozio-oekonomisches Panel, SOEP) oder querschnittliche Stichproben mit den gleichen Erhebungsinstrumenten wiederholt befragt werden (Trenddesign, z. B.: Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften, ALLBUS).

Rüdiger Schmitt-Beck hat zum Aufbau dieser Forschungsdateninfrastruktur einen maßgeblichen Beitrag geleistet. Sein Name ist nicht nur mit der nunmehr 14 Jahre laufenden *German Longitudinal Election Study* (GLES) eng verbunden, die er mitinitiiert und maßgeblich mitgestaltet hat. Eine seiner wissenschaftlichen Stationen war auch der ALLBUS, den er sowohl als wissenschaftlicher Leiter der entsprechenden Abteilung des damaligen ZUMA, aber auch als langjähriges Mitglied und Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats mitgestaltet hat. Der ALLBUS eignet sich ganz besonders für die Beobachtung langfristiger gesellschaftlicher Entwicklungen, weil sein Fragenprogramm eine Reihe von politisch relevanten Inhalten umfasst, die im Zentrum gesellschaftlicher Debatten stehen. Dieses Potential einer auf gesellschaftspolitisch relevante Inhalte bezogenen

sozialwissenschaftlichen Dauerbeobachtung hat Rüdiger Schmitt-Beck bereits 2004 in einem mit Martina Wasmer und Achim Koch gemeinsam herausgegebenen Sammelband mit dem Titel „Sozialer und politischer Wandel in Deutschland“ herausgestellt. Die in diesem Band versammelten Beiträge nutzten die ALLBUS-Daten der ersten zwölf Erhebungswellen, um Kontinuitäten und Wandel im Zeitraum von 1980 bis 2000 in Feldern wie Heiratsverhalten, Wahrnehmung sozialer Ungleichheit, soziale Mobilität, Säkularisierung, Wertewandel, Vertrauen in politische Institutionen oder auch Integration von „Ausländerinnen und Ausländern“ zu untersuchen. 20 Jahre später gehören manche dieser Themen zwar immer noch zu den gesellschaftspolitisch diskutierten Feldern – womit deutlich wird, dass es durchaus gesellschaftliche „Dauerthemen“ gibt, die immer wieder die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, der Politik und der Forschenden auf sich ziehen. Es sind aber auch andere Themen hinzugekommen. Eines dieser Themen ist der seit geraumer Zeit wieder stärker in der Öffentlichkeit diskutierte Antisemitismus und die in der Bevölkerung verbreiteten antisemitischen Einstellungen.

2. Die Erforschung antisemitischer Einstellung in Deutschland

Anlass für die neuere Thematisierung des Antisemitismus in Deutschland ist die zunehmende Enttabuisierung judenfeindlicher Aversionen, antisemitischer Aussagen und Denkfiguren, für das die Frankfurter Paulskirchenrede des kürzlich verstorbenen Schriftstellers Martin Walser nur ein Beispiel „aus der Mitte der Gesellschaft“ war (Dondera 2019). Es sind auch die Zunahme antisemitischer Delikte, wie sie in den offiziellen Kriminalstatistiken vermerkt werden, die alltäglichen Übergriffe und die Etablierung von „No-Go-Areas“ für Jüdinnen und Juden (Poensgen/Steinitz 2019) sowie der Anstieg der subjektiv empfundenen Bedrohungslage von Jüdinnen und Juden. Während in den 2000er Jahren die Anzahl der ausgewiesenen antisemitischen Delikte auf einem recht stabilen Niveau verharrte und in der ersten Hälfte der 2010er Jahre sogar ein Rückgang zu verzeichnen war, wird seit 2017/2018 ein deutlicher Anstieg beobachtet. Umfragedaten aus den Jahren 2012 und 2018 zeigen, dass die von Jüdinnen und Juden erlebte subjektive Bedrohung von 2012 bis 2018 in Deutschland deutlich anstieg und sich der Anteil derjenigen, die aufgrund antisemitischer Bedrohung über eine Auswanderung nachdenken, im gleichen Zeitraum verdoppelt hat.

Um einschätzen zu können, inwieweit diese Befunde Ausdruck eines allgemeinen Anstiegs antisemitischer Einstellungen in der Bevölkerung sind, ist man auf repräsentative Befragungen der in Deutschland lebenden nicht-jüdischen Bevölkerung angewiesen. In den letzten Jahren wurde dazu eine Reihe empirischer Studien durchgeführt (für einen Überblick vgl. Zick et al. 2017). Im Zentrum stehen dabei die inhaltlichen Dimensionen des traditionellen, sekundären und israelbezogenen Antisemitismus.¹ Die Forschung adressiert dabei drei Fragen: (1) Wie verbreitet sind antisemitische Einstellungen in der Bevölkerung (Vermessung), (2) welche psychischen Merkmale und welche sozialen Kontextbedingungen befördern antisemitische Einstellungen (Erklärung) und (3) wie werden antisemitische Einstellungen in der Gesellschaft wirksam (gesellschaftliche Konsequenzen). Überblickt man den aktuellen Forschungsstand,² so lassen sich drei methodische und zwei inhaltliche Desiderata identifizieren.

Was die *Vermessung* antisemitischer Einstellungen anbelangt, so kommen bisherige Studien zu dem einhelligen Urteil, dass sie in den zurückliegenden zehn Jahren deutlich abgenommen haben. Dies liegt konträr zu den eingangs genannten Verweisen zunehmender antisemitischer Äußerungen in der Öffentlichkeit, zunehmender Delikte und objektiver und subjektiver Bedrohungslagen für Jüdinnen und Juden. Eine gängige Erklärung ist, dass diese antisemitischen Phänomene ihren Ursprung an den „Rändern“ der Gesellschaft haben und die Mitte durchaus auf einem guten Weg sei. Doch dies setzt voraus, dass die durch Umfragen vorgenommene Vermessung des Antisemitismus tatsächlich das widerspiegelt, was in der Gesellschaft gedacht wird. Im Kern geht es um das Problem der Konventionen und der Qualität umfragebasierter Antisemitismusforschung. Ein genauerer Blick zeigt mindestens drei Probleme: Erstens ein Klassifikationsproblem: Wann liegt eine antisemitische Einstellung vor? Zweitens das Problem des Umgangs mit sozial erwünschtem Antwortverhalten (vgl. Bergmann/Erb

1 Im Weiteren steht der traditionelle Antisemitismus im Mittelpunkt, es handelt sich dabei um „die offene Abwertung und Diskriminierung von Menschen alleine aufgrund ihrer tatsächlichen oder auch vermeintlichen Zugehörigkeit zum Judentum. Die Abwertung basiert auf einer religiös-kulturellen Differenzkonstruktion (Juden als Gegenentwurf zu Christen), auf negativen und tradierten Stereotypen (z. B. zugeschriebene ‚Geldgier‘), historisch überlieferten Mythen, Klischees und negativen Stereotypen (z. B. Konspiration, Einflussnahme), emotionalen Ressentiments und Aversionen (Hass, Abscheu etc.).“ (Zick et al. 2017: 10).

2 Vgl. dazu die sehr ausführliche und informative Übersicht des Berichts des unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus beim Bundesministerium des Inneren aus dem Jahr 2017 (BMI 2017).

1991b) und drittens das Problem der Repräsentation und Definition der Grundgesamtheit: Wen müssen wir fragen, um ein adäquates Bild des Antisemitismus in der Gesellschaft zu bekommen? Je nachdem, welchem Lösungsweg man für diese methodischen Probleme folgt, erhält man auch unterschiedliche Ergebnisse zur Verankerung antisemitischer Einstellungen in Deutschland.

Für die *Erklärung* antisemitischer Einstellungen werden neben psychologischen Konstrukten (z. B. Autoritarismus) drei ursächliche Antisemitismus-Dimensionen unterschieden, die zu den oben genannten drei inhaltlichen Dimensionen (traditionell, sekundär, israelbezogen) gleichsam quer liegen: (1) Ein in der – vorwiegend rechten – politischen Ideologie verwurzelter „ideologisch-geprägter Antisemitismus“, (2) ein durch die Zugehörigkeit zu und Identifikation mit dem Islam beförderter „islamisch-geprägter Antisemitismus“ (Öztürk/Pickel 2022) sowie (3) ein durch die Vermittlung antijüdischen Stereotype und Ressentiments in der NS-Zeit weiterhin wirksamer „historisch-geprägter Antisemitismus“ (vgl. Voigtländer/Voth 2015).

Auch wenn alle drei ursächlichen Dimensionen für die Beantwortung der Frage nach dem aktuellen Wandel des Antisemitismus in der Bevölkerung relevant sind, so gilt dies insbesondere für den islamisch- und historisch-geprägten: Beide sind strukturell an bestimmte Bevölkerungsgruppen gebunden. Die primäre Trägergruppe des historisch-geprägten Antisemitismus sind die vor 1945 Geborenen, da sie in der Frühphase ihres Lebensverlaufs unmittelbar der NS-Indoktrination im Bildungssystem und den NS-Kinder- und Jugendorganisationen ausgesetzt waren. Die Trägergruppe des islamisierten Antisemitismus sind vorwiegend Personen aus islamischen Staaten des Mittleren Ostens und Nordafrikas, in denen Antisemitismus vielfach zur Staatsideologie gehört oder deren Bevölkerung ein hohes Maß an antisemitischen Einstellungen aufweist (vgl. dazu Enstad 2021; Öztürk/Pickel 2022). Während die Trägergruppe des historisch-geprägten Antisemitismus aufgrund des generationalen Wandels kleiner wird, vergrößert sich die potentielle Trägergruppe des islamischen Antisemitismus spätestens seit 2015 durch Zuwanderung. Dementsprechend müsste der historisch-geprägte Antisemitismus abnehmen und der islamisierte zunehmen. Die Forschung kann dazu bislang keine eindeutige Antwort geben, weil empirische Belege über Stabilität oder Veränderung des islamisch- oder historisch-geprägten Antisemitismus, seine strukturelle Verankerung oder auch möglicher Selektionseffekte bei den Zugewanderten fehlen.

Hinzu kommt, dass die Verankerung des Antisemitismus in einer Gesellschaft auch daran ablesbar ist, inwieweit Trägergruppen entlang sozial-

struktureller Merkmale identifiziert werden können, die gleichsam „in der Mitte der Gesellschaft“ verortet sind. Methodisch bezieht sich dies auf die Frage nach der Erklärungskraft sozio-demographischer Merkmale. Wenn Geschlecht, Alter, Bildung, ökonomische Lage oder auch der Wohnort das Ausmaß an antisemitischen Einstellungen systematisch beeinflussen, dann lassen sich damit auch Trägergruppen in der „Mitte der Gesellschaft“ und nicht nur an den Rändern identifizieren. Überblickt man aktuelle Primärstudien (vgl. Zick et al. 2017; Decker et al. 2022; Hirndorf 2023), so wird dort auf die fehlende Erklärungskraft sozio-demographischer Merkmale hingewiesen. Dies bedeutet entweder, dass antisemitische Einstellungen unsystematisch von allen irgendwie, oder lediglich von extremen Randgruppen der Gesellschaft vertreten werden. Beides ist angesichts der Forschungsbefunde aus den 1990er Jahren nicht wirklich plausibel (vgl. Bergmann/Erb 2000). Ob die abweichenden Befunde der neueren *ad hoc* Studien auf einen grundlegenden Wandel hinweisen oder eher (stichproben-)methodische Gründe dafür verantwortlich sind, kann anhand von Referenzstudien der sozialwissenschaftlichen Forschungsdateninfrastruktur abgeglichen werden.

Für die gesellschaftlichen Konsequenzen antisemitischer Einstellungen gilt zunächst, dass seit 1945 antisemitische Ressentiments und antisemitische Einstellungen aus der Öffentlichkeit gedrängt und – so Bergmann und Erb (1986) – in einen Latenzraum verschoben waren. Sie existierten weiter, wurden aber nicht mehr kommuniziert. Aktuell finden sich eine Reihe von Beispielen, wie diese Kommunikationslatenz aufgebrochen wird. Dies manifestiert sich im Erstarken der AfD, die sich mittlerweile zum Sammelbecken für Personen mit antisemitischen Einstellungen entwickelt hat. Eine Allensbach-Umfrage aus dem Jahr 2018 will herausgefunden haben, dass zu diesem Zeitpunkt 50 Prozent der AfD-Wähler antisemitisch eingestellt waren (Institut für Demoskopie Allensbach 2018). Auch wissenschaftliche Studien verweisen auf den hohen Anteil an antisemitisch eingestellten AfD-Wählerinnen und -Wählern (Decker et al. 2022). Sie zeigen bisher aber nicht, welches Potential an Wählerinnen und Wählern mit antisemitischen Einstellungen in der Wählerschaft in und jenseits der demokratischen Parteien existiert. Dazu ist es vor allem wichtig, die Affinität der Nicht-Wahlberechtigten, der Nicht-Wählerschaft oder der Wahlverweigernden zu antisemitischen Einstellungen abschätzen zu können – was den Bezug zum Anlass dieser Festschrift wieder herstellt. Diese fünf Desiderata sollen im nächsten Schritt näher erläutert und anhand von Einstellungen

zu traditionellem Antisemitismus mit den Daten des ALLBUS aus einem Zeitfenster von 25 Jahren bearbeitet werden.

3. *Desiderata der Erforschung antisemitischer Einstellungen in Deutschland*

Desiderat 1: Die Vermessung antisemitischer Einstellungen geschieht in der empirischen Sozialforschung in der Regel über geprüfte Erhebungsinstrumente zu den drei *inhaltlichen* Dimensionen des traditionellen, sekundären und israelbezogenen Antisemitismus. Zu deren Messung werden den Befragten jeweils Aussagen vorgelegt, zu denen sie über eine fünf- oder siebenstufige Antwortskala ihre Zustimmung bzw. Ablehnung äußern sollen. Darauf aufsetzend werden über die Einzelitems Mittelwerte berechnet, die Aussagen über die Intensität antisemitischer Einstellungen und deren Verteilung erlauben. Mittelwerte sind jedoch nicht selbst explikativ und eignen sich nur bedingt für die Kommunikation eines Forschungsthemas in die breite Öffentlichkeit. Denn sie beschreiben nur relative Zustimmung- oder Ablehnungstendenzen und nehmen Werte zwischen den beiden Extremwerten der Skala (1 und 5 bzw. 1 und 7) an. Deshalb wird auch auf die Berechnung relativer Anteile der Zustimmung oder Ablehnung zurückgegriffen. Antworten bzw. Befragte werden danach klassifiziert, ob sie den verwendeten Aussagen zustimmen oder diese ablehnen. Dazu werden Antwortkategorien der verwendeten Skalen zusammengefasst. Die „Leipziger Autoritarismus-Studie“ (Decker et al. 2022) ordnet die beiden Zustimmungskategorien („stimme überwiegend zu“ und „stimme voll und ganz zu“) der Kategorie „manifesten Antisemitismus“ zu. Die Mittelkategorie („stimme teils zu, teils nicht zu“) wird als Indikator für „latenten Antisemitismus“ verwendet (Decker et al. 2022: 39). Für beide Kategorien werden dann relative Anteile in den Stichproben errechnet und so das Ausmaß antisemitischer Einstellungen in der Grundgesamtheit beschrieben. Für „manifesten“ traditionellen Antisemitismus werden seit 2002 zwischen sechs und sieben Prozent, für „latenten“ traditionellen Antisemitismus, d. h. der Mittelkategorie der Antwortskala, zwischen 17 und 22 Prozent ausgewiesen (Decker et al. 2022: 42). Die Art und Weise, wie Kategorien definiert und zusammengefasst werden, ist inhaltlich bedeutungsvoll. So werden in der Leipziger Autoritarismus-Studie Personen auch dann als „nicht-antisemitisch“ klassifiziert, wenn sie traditionell-antisemitische Aussagen lediglich „überwiegend ablehnen“. Eine „überwiegende“ Ablehnung schließt aber Ressentiments gegenüber Jüdinnen und Juden nicht aus, son-

dern lässt weiterhin Raum dafür. Wittenberg (2000) hat demgegenüber eine striktere Kategorisierung vorgeschlagen. Bei ihm werden Personen nur dann als vorurteilsfrei gegenüber Jüdinnen und Juden klassifiziert, wenn sie alle antisemitischen Aussagen vollständig ablehnen (Wittenberg 2000: 121). Für den Zeitraum 1994 bis 1998 beträgt der Anteil dieser Personengruppe rund 23 Prozent (Wittenberg 2000: 121). Auf dieser Basis haben in den 1990er Jahren in Deutschland rund 75 Prozent der Bevölkerung Ressentiments gegenüber Jüdinnen und Juden. Bei der „Leipziger“-Klassifikation liegt der entsprechende Anteil (manifest und latent) antisemitisch Eingestellter für das Jahr 2021 zwischen 23 *und* 28 Prozent. Aus einer gesellschaftspolitischen Perspektive ist es nicht unerheblich, ob drei Viertel oder nur ein Viertel der Bevölkerung antisemitische Einstellungen vertritt. Da die Erhebung von Wittenberg (2000) Daten aus den 1990er Jahren verwendet, kann der massive Unterschied aber auch an einem deutlichen Rückgang antisemitischer Einstellungen liegen. Die mit Daten des ALLBUS im Folgenden zu untersuchende Frage ist deshalb, wie sich das Ausmaß und die Entwicklung antisemitischer Einstellungen in den 2000er Jahren darstellt, wenn man eine striktere Kategorisierung anwendet.

Desiderat 2: Wenn man davon ausgeht, dass traditionell-antisemitische Tendenzen dann vorliegen, wenn die in den Messinstrumenten verwendeten Aussagen nicht kategorisch abgelehnt werden, dann wird der in der Bevölkerung in Deutschland verbreitete traditionelle Antisemitismus unterschätzt. Diese Unterschätzung kann aber bereits auf der Ebene der Erhebung geschehen und zwar dann, wenn Befragte ihre tatsächliche Meinung nicht äußern (sozial erwünschtes Verhalten) oder die Beantwortung komplett verweigern (vgl. Bergmann/Erb 1991b). Seit 1945 ist Antisemitismus in Deutschland geächtet, die Äußerung antisemitischer Ressentiments – besonders im öffentlichen Raum – ist sozial als nicht statthaft markiert (Bergmann/Erb 1991a). Dementsprechend ist es auch sozial unerwünscht, antisemitische Einstellungen zu haben bzw. diese zu äußern. Dies kann dazu führen, dass „unter den Bedingungen der öffentlichen Vorurteilsrepression sich Befragte verstellen und durchweg sozial erwünschte Antworten geben“ (Bergmann/Erb 1991b: 280, vgl. auch Cohen 2021; Krumpal 2013; Bergmann/Erb 1991a). Dies gilt insbesondere für Befragungen, die auf einer Interaktion zwischen Interviewerinnen bzw. Interviewern und Befragten aufsetzen, also klassische face-to-face oder telefonbasierte Befra-

gungen.³ Für die Maskierung der eigenen antisemitischen Einstellungen im Interview gibt es aber auch die Möglichkeit, die Antworten komplett zu verweigern. Bergmann und Erb (1991b) haben darauf hingewiesen, dass gerade beim Thema Antisemitismus Unsicherheit, Unkenntnis und Desinteresse weitere Gründe für eine Antwortverweigerung sind. Da Antwortverweigerung mit sozialen Kosten in der interviewergestützten Befragungssituation verbunden ist (d. h. Enttäuschung der Erwartung der Interviewerin bzw. des Interviewers), ist sie insbesondere in selbstadministrierten Befragungen stärker zu erwarten. In beiden Fällen kann es im Ergebnis zu einem „underreporting“ antisemitischer Einstellungen in der Grundgesamtheit kommen, weil entweder niedrigere Antisemitismuskwerte gemessen oder die Angaben von Personen mit höheren (Maskierung) oder auch niedrigeren Antisemitismuskwerten (Desinteresse) bei der Berechnung aggregierter Maßzahlen nicht einbezogen werden. Eine systematische Berücksichtigung des sozial erwünschten Antwortverhaltens oder fehlender Angaben ist somit für eine adäquate Vermessung antisemitischer Einstellungen notwendig. Dementsprechend müssen deskriptive Analysen auch diese Gruppe von Befragten ausweisen.

Desiderat 3: Eine Unterschätzung des Ausmaßes des in Deutschland verbreiteten traditionellen Antisemitismus ist auch zu erwarten, wenn maßgebliche Trägergruppen entweder aus der Grundgesamtheit oder den verwendeten Stichproben ausgeschlossen werden. Eine der neuesten Erhebungen aus den Jahren 2021/2022 kommt zu dem Schluss, dass das Ausmaß an Antisemitismus „im Bevölkerungsdurchschnitt sehr gering“, bei Personen mit Migrationshintergrund und Angehörigen des Islam jedoch umso ausgeprägter sei (Hirndorf 2023: 16). Dem liegt ein Verständnis zugrunde, dass die Bezugsgröße bei der Vermessung antisemitischer Einstellungen in Deutschland die in Deutschland lebende Wohnbevölkerung ist, unabhängig davon, ob sie eine deutsche Staatsangehörigkeit hat oder nicht. Dies ist insofern einleuchtend, als die soziale Realität und das politisch-gesellschaftliche Klima nicht nur von Personen geprägt werden, die eine deutsche Staatsangehörigkeit haben. Dementsprechend müssen für empirische Studien auch Stichproben aus der Grundgesamtheit der deut-

3 Cohen (2021) kann für die USA keine Modeeffekte für antisemitische Einstellungen finden. Dieses Ergebnis ist aber nicht übertragbar, da antisemitische Einstellungen in Deutschland aufgrund der Shoa deutlich stärker moralisch verpönt sein sollten und statt des in der bisherigen Forschung verwendeten Standard-Messinstruments ein „*Jewish feeling thermometer*“ verwendet wurde.

schen Wohnbevölkerung verwendet werden. Da dies in der Vergangenheit nicht immer erfolgte und zudem die meisten Studien, die Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit mit Migrationshintergrund und Zugehörigkeit zum Islam erfassen, bislang lediglich Querschnittserhebungen (so etwa Öztürk/Pickel 2022) sind, lassen sich Entwicklungen wie sie sich z. B. mit dem in öffentlichen Debatten benannten Erstarken eines islamisch-geprägten Antisemitismus verbinden, im Zeitverlauf nicht adäquat untersuchen. So erfasst zwar die „Leipziger Autoritarismus-Studie“ seit 2002 mit wiederholten Querschnittstichproben antisemitische Einstellungen detailliert, bis 2018 wurden jedoch nur Personen mit einer deutschen Staatsangehörigkeit befragt.⁴ Hinzukommt, dass gerade Trägergruppen eines islamisierten Antisemitismus möglicherweise schwer für klassische sozialwissenschaftliche Umfragen erreichbar sind, mit hohen Selektionseffekten zu rechnen ist und zudem für detailliertere Analysen nicht in ausreichender Anzahl in den Studien repräsentiert sind (Babka v. Gostomski 2021). Da der ALLBUS von Anfang an dem Konzept der Wohnbevölkerung bei der Definition seiner Grundgesamtheit gefolgt ist, sind auch nicht-deutsche Staatsangehörige Teil der Stichprobe. Seit Anfang der 2000er Jahre sind hinreichende Fallzahlen vorhanden und erlauben zumindest Tendenzaussagen zum Phänomen des islamisch-geprägten Antisemitismus und dessen Entwicklung in den zurückliegenden Jahren.

Desiderat 4: Was die Bestimmungsgründe traditionell-antisemitischer Einstellungen anbelangt, so liegt dazu eine breite Literatur vor. Sie lässt sich im Wesentlichen danach unterteilen, inwieweit primär strukturelle oder persönlichkeitsbezogene Einflussfaktoren in den Blick genommen werden (vgl. Zick et al. 2017). Bei den strukturellen Einflussgrößen sind die Befunde über einzelne Studien und Erhebungszeitpunkte hinweg sehr heterogen. Es dominiert gerade in neueren Studien die Sichtweise, die in der Sozialstrukturanalyse relevanten Standardmerkmale wie Geschlecht, Alter, Bildung oder ökonomische Situation könnten unterschiedlich starke Ausprägungen antisemitischer Einstellungen nur sehr bedingt erklären. So resümieren etwa Zick et al. (2017: 6): „Mit Blick auf soziodemografische Unterschiede[n] zeigen sich keine substanziellen Geschlechts- und Altersunterschiede. Der Wohnort in den neuen oder alten Bundesländern beziehungsweise die Herkunft sind tendenziell irrelevant ... Konfessionszugehö-

4 Information auf der Webseite der Studie: <https://www.theol.uni-leipzig.de/kompetenzzentrum-fuer-rechtsextremismus-und-demokratieforschung/leipziger-autoritarismus-studie/faq-zu-den-leipziger-autoritarismus-studien> (zuletzt abgefragt: 08.08.2023).

rigkeit und Religiosität erweisen sich als nur wenig belastbare Prädiktoren für die differenziertere Beschreibung und Erklärung von Antisemitismus.“ Insbesondere die angeblich fehlenden Alterseffekte sind unplausibel, da das Nachwirken einer frühen Sozialisation durch das NS-Regime bei älteren Geburtskohorten in der Vergangenheit bereits nachgewiesen wurde (Voigtländer/Voth 2015). Auch andere Studien finden etwa Ost/West-Unterschiede (Decker et al. 2022) oder zeigen, dass die Religionszugehörigkeit (Öztürk/Pickel 2022) eine wichtige Rolle spielt. Ein Grund für diese heterogenen und zum Teil unplausiblen Befunde liegt auch daran, dass viele Studien in der deutschsprachigen Antisemitismus-Forschung auf der deskriptiven Ebene und der Analyse bivariater Zusammenhänge bleiben. Dort, wo multivariate Methoden angewandt werden (z. B. Öztürk/Pickel 2022; Voigtländer/Voth 2015) zeigen sich durchaus Effekte sozio-demographischer Merkmale, dies gilt auch für die von Bergmann und Erb (2000) für das Jahr 1996 vorgelegten Analysen. Dementsprechend gibt es durchaus Anhaltspunkte, die für eine Strukturierung antisemitischer Einstellungen „in der Mitte der Gesellschaft“ entlang klassischer sozio-demographischer Merkmale sprechen und deshalb antisemitische Einstellungen kein Phänomen ideologisch geprägter, extremer sozialer Randgruppen ist. Wichtig ist dafür auch die Identifikation, aber ebenso die Abgrenzung von Alters-, Kohorten- und Perioden-Effekten. Denn Kohorteneffekte sind durch gemeinsame Erfahrungen einzelner Geburtsjahrgänge in einzelnen Phasen ihres Lebensverlaufs geprägt. Für Deutschland spielen die Sozialisations-erfahrungen in der NS-Zeit eine zentrale Rolle (Voigtländer/Voth 2015), die gerade auch in der „Mitte der Gesellschaft“ wirksam waren. Alters- oder Lebenszykluseffekte verweisen demgegenüber auf Prozesse des Einstellungswandels, die sich unabhängig von wechselnden historischen Erfahrungen aus dem jeweiligen Alterungsprozess ergeben. Periodeneffekte ergeben sich schließlich aus entsprechenden zeithistorischen Ereignissen – etwa die aktuelle Zunahme antisemitischer Delikte, die alle in gleicher Weise wirken. Die Trennung und Identifikation dieser Mechanismen ist wichtig, weil damit nicht nur die Breite der Verankerung antisemitischer Einstellungen gezeigt, sondern auch deutlich gemacht werden kann, wie stabil antisemitische Ressentiments in einer Gesellschaft über Generationen hinweg sind und welche Effekte strukturelle Veränderungen, wie sie etwa die primäre Trägergruppe des historisch-geprägten Antisemitismus betreffen, auf die Verbreitung antisemitischer Einstellungen haben. Um die Bedeutung klassischer sozio-demographischer Merkmale sowie Lebenszyklus-, Kohorten- und Periodeneffekte genauer analysieren zu können, sind

bevölkerungsrepräsentative, in einem möglichst großen Zeitfenster verfügbare längsschnittliche (Panel- oder Trenddaten) notwendig.

Desiderat 5: Im Kontext dieser Festschrift sind gesellschaftlichen Konsequenzen individueller antisemitischer Einstellungen vor allem mit Blick auf das Wahlverhalten und die Parteienlandschaft in Deutschland von Interesse. Die von Bergmann und Erb (1986) entwickelte Theorie der Kommunikationslatenz verweist darauf, dass Parteien als Sammelbecken und als Echokammer verstanden werden können, in denen man gleichsam „unter sich“ antisemitische Ressentiments formulieren kann. Damit könnten Parteien zur Normalisierung antisemitischer Einstellungen beitragen und durch ihre Kanalisierung ihre Wirksamkeit in den politischen Prozessen befördern. Die AfD gehört zu den Parteien, bei der ausweislich Studien ein großer Anteil ihrer Anhängerinnen und Anhänger antisemitische Ressentiments teilen. Damit existiert mittlerweile am rechten Rand eine Partei, die potentiell die Funktion einer derartigen „Echokammer“ erfüllen und antisemitische Einstellungen wieder „sagbar“ machen kann. Wie groß das antisemitische Potential jenseits der Wählerschaft der demokratischen Parteien ist und welche Mobilisierungspotential sich daraus für die AfD ergeben würde, ist bislang systematisch nicht erforscht.

Diese fünf Desiderata sollen im Folgenden mit Hilfe der Daten des ALLBUS bearbeitet werden. Die Analysestrategie beinhaltet dementsprechend fünf Schritte:

- (1) Zur Vermessung antisemitischer Einstellungen werden die beschriebenen Kategorisierungen auf die Daten des ALLBUS angewandt und über das gleiche Zeitfenster mithilfe von bivariaten Analysen miteinander verglichen (Desiderat 1).
- (2) Die Effekte sozial erwünschter Antwortverzerrung oder fehlender Angaben sollen in einer ersten Näherung untersucht werden. Dazu wird die Gruppe von Befragten identifiziert, die keine Angaben in den Instrumenten zur Messung des Antisemitismus gemacht hat. Die Annahme lautet: Befragte mit einer Antwortverweigerung und fehlenden Angaben möchten vermeiden, Einstellungen zu berichten, die einer Norm widersprechen, die ein öffentliches Kundtun antisemitischer Ressentiments verbietet (Beyer/Krumpal 2010). Dieses Verhalten sollte zu Zeitpunkten stärker sein, wenn Antisemitismus im öffentlichen (Diskurs-)Raum stärker präsent ist. Einen ersten Hinweis finden wir, wenn sich der Anteil an Antwortverweigerungen dann erhöht, wenn es zu einem Anstieg antisemitischer Delikte kommt (Desiderat 2).

- (3) Wesentlich ist bei den folgenden Analysen, dass sie sich auf die Wohnbevölkerung in Deutschland beziehen und Personen berücksichtigt werden, die über keine deutsche Staatsbürgerschaft verfügen. Zugleich liegen im ALLBUS Informationen über die Zugehörigkeit zum Islam vor, so dass auch diese Bevölkerungsgruppe hinreichend in die Analysen einbezogen werden kann (Desiderat 3).
- (4) Die Erklärungskraft sozio-demographischer Merkmale und das daraus abgeleitete Ausmaß an sozialer Strukturiertheit in der „Mitte der Gesellschaft“ wird über regressionsanalytische Modelle überprüft. Zusätzlich wird die Bedeutung der drei *ursächlichen* Dimensionen antisemitischer Einstellungen (ideologisch-, islamisch- und historisch-bedingt) über die Verwendung üblicher Indikatoren und Proxys untersucht. (Desiderat 4).
- (5) Anhand dieser Modelle soll auch das antisemitische Potential im Gesamt-Elektorat eingeschätzt werden. Entscheidend ist der Blick auf die Wahlberechtigten, die bislang Präferenzen für kleinere Parteien geäußert haben oder die zu den Nicht-Wählern und Wahlverweigerern gehören und damit potentiell unterstützend für die AfD als mögliches Sammelbecken wirken können (Desiderat 5).

4. Daten, Variablen und Methode

Datengrundlage der folgenden Analysen ist der kumulierte ALLBUS bis zur Erhebung 2018 und die Erhebung aus dem Jahr 2021. Für fünf Erhebungszeitpunkte (1996, 2002, 2012, 2016 und 2021) liegen über ein identisches Instrument gemessene Einstellungen zu traditionellem und sekundären Antisemitismus vor. Die Befragten sollen ihre Zustimmung oder Ablehnung über eine siebenstufige Skala zu einzelnen Aussagen äußern. Für die folgenden Analysen werden nur die Einstellungen zum traditionellen Antisemitismus berücksichtigt. Die entsprechenden Aussagen lauten: „Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss“ und „durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen nicht ganz unschuldig“.⁵ Aus den Antworten zu beiden Aussagen wird ein Mittelwertindex gebildet, dessen Wertebereich von 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 7 (stimme voll und ganz zu) reicht. Aufsetzend auf diesem Mittelwertindex wird zur Berechnung von relativen

5 Vgl. Baumann 2021; Baumann et al. 2022.

Häufigkeiten den beiden beschriebenen Klassifikationen gefolgt: (1) Die in den Publikationen der Leipziger Autoritarismus Studie verwendete Unterteilung in „manifesten“ (Indexwerte: 4,5 bis 7), „latenten“ (Indexwert: 4) und „kein“ Antisemitismus (Indexwerte: 1 bis 3,5), sowie (2) in Anlehnung an Wittenberg (2000) die striktere Kategorisierung für „kein“ (Indexwert: 1), „latent“ (Indexwerte: 1,5 bis 4) und „manifest“ (Indexwerte: 4,5 bis 7).⁶ Zusätzlich wird bei dieser strikteren Klassifikation eine weitere Kategorie berücksichtigt, die Personen umfasst, die keine Angaben zu ihren antisemitischen Einstellungen gemacht haben (*Desiderat 2*).

Der für den zweiten Analyseschritt (*Desiderat 2*) notwendige Indikator für „sozial erwünschtes Antwortverhalten“ wird auf der Grundlage der beiden im ALLBUS verwendeten Codes für „Antwort verweigert“ (-8) und fehlende Angabe (-9) gebildet. Befragte, die bei einem oder bei beiden Items zur Messung des traditionellen Antisemitismus einen der beiden Missing-Codes aufweisen, werden als „Verweigererinnen bzw. Verweigerer“ im Sinne der oben beschriebenen Vermeidung normwidersprechenden Verhaltens verstanden.

Die abhängige Variable in den Regressionsmodellen bildet der beschriebene Mittelwertindex aus den beiden Items zur Messung traditionell-antisemitischer Einstellungen. Die erklärenden Variablen in den Regressionsmodellen beziehen sich zunächst auf die klassischen sozio-demographischen Merkmale: Geschlecht, Alter in Jahren sowie wohnhaft in den Alten oder Neuen Bundesländern. Entgegen der zum Teil widersprüchlichen Ergebnisse bei diesen Merkmalen hat sich das Bildungsniveau bislang als sehr guter Indikator für antisemitische Einstellungen bewährt (negativer Zusammenhang). Die verwendete Variable beruht auf der ISCED-Klassifikation.⁷ Als weitere Kontrollvariable wird das logarithmierte Haushaltsnettoeinkommen berücksichtigt. Zugleich weisen auch einige Studien auf die Bedeutung städtischer oder ländlicher Wohnorte hin – mit dem Befund, dass in großstädtischen Regionen ein geringerer Antisemitismus zu beobachten ist. Dementsprechend wird die Größe des Wohnorts (Großstadt vs. Rest) berücksichtigt. Auf der Grundlage der BIK-Klassifikation⁸ werden Wohnorte mit mehr als 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern zusam-

6 Listenweiser Ausschluss bei fehlenden Werten bei einem oder beiden Items.

7 Es wird die in den beiden verwendeten ALLBUS Studien verfügbare fünfstufige Bildungsvariable entsprechend der *International Standard Classification of Education* (ISCED) 1997 verwendet (vgl. Baumann 2021; Baumann et al. 2022).

8 Es werden die in den beiden verwendeten ALLBUS Studien verfügbaren BIK-Regressionsgrößenklassen verwendet und entsprechend zusammengefasst (vgl. Baumann

mengefasst und mit den übrigen Größenregionen verglichen. Zudem wurde bei *Desiderat 3* darauf hingewiesen, dass in bisherigen Studien nur Personen befragt wurden, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und damit eine verbundene Unterschätzung des Antisemitismus in Deutschland einhergehen könnte. Die Rolle der deutschen Staatsangehörigkeit bei der Zustimmung zu den traditionell-antisemitischen Einstellungen soll deshalb geprüft werden. Dies geschieht über eine Dummy-Variable, die den Wert 1 für diejenigen annimmt, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und den Wert „0“, wenn sie diese nicht besitzen oder eine weitere Staatsangehörigkeit besteht.

Zusätzlich finden die entsprechenden Indikatoren für ideologisch-, islamisch- und historisch-geprägten Antisemitismus (*Desiderat 4*) Eingang in die Regressionsmodelle. Im ersten Fall ist dies die Selbstplatzierung auf der Links-rechts-Skala als Ausdruck der politisch-ideologischen Orientierung. Um eine klare Identifikation von links- und rechts-motiviertem Antisemitismus vornehmen zu können, wird die Originalvariable in zwei Variablen aufgeteilt, die die Skalenwerte 0-5 aufweisen. Die Werte 1 bis 5 beschreiben jeweils die Intensität der ideologischen Orientierung derjenigen, die sich entweder dem rechten oder dem linken Spektrum zuordnen. Die Messung islamisch-begründeter antisemitischer Einstellungen erfolgt über den Indikator „Zugehörigkeit zum Islam“. Die entsprechende Frage ist Teil des ALL-BUS-Moduls zu religiöser Zugehörigkeit und Orientierung und ist nicht an die Staatsangehörigkeit gebunden. Die Intensität der religiösen Orientierung wird nicht berücksichtigt. Eingang in die Modelle findet somit eine Dummy-Variable, deren Wert 1 alle Personen markiert, die angeben, dem Islam zuzugehören (alle übrigen Befragten erhalten den Wert 0).

Um die Wirksamkeit der (frühen) Sozialisierung im NS-Regime und zugleich auch mit gemeinsamen Erfahrungen verbundene Prägungen antisemitischer Einstellungen identifizieren zu können, werden insgesamt fünf Geburtskohorten in den Modellen unterschieden. Deren Abgrenzung folgt der Literatur (Klein/Ohr 2004). Wesentlich ist zunächst die Betroffenheit durch die Nazi-Ideologie bis ins frühe Kindesalter. Diese Kohorte wird gebildet durch diejenigen, die bis 1945 geboren sind und bei denen ein höheres Ausmaß an Antisemitismus vermutet wird. Die 1946 bis 1953 Geborenen sind in starker Auseinandersetzung mit der NS-Zeit sozialisiert und dürften einen deutlich geringeren Antisemitismus vertreten. Ähnliches gilt für

2021; Baumann et al 2022, sowie: https://www.bik-gmbh.de/download/BIK-Regionen_780_Kurzbeschreibung.pdf).

die „Boomer“-Generation der 1954 bis 1964 Geborenen, die „während der Hochphase der Friedens- und Umweltschutzbewegung“ sozialisiert wurden (Klein/Ohr 2004: 167). Darüber hinaus wird die Geburtskohorte der in den 1970er und 1980er Jahren Geborenen (1965 bis 1989) und die Nachwende-Generation (1990 bis 2003) unterschieden.

Zur Analyse des antisemitischen Potentials im Gesamt-Elektorat (*Desiderat 5*) wird die ALLBUS Standardabfrage zur Wahlintention (Zweitstimme, „wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre“) verwendet. Neben den Angaben zu den klassischen großen Parteien (CDU, SPD, FDP, Grüne, Die Linke, AfD) werden vier weitere Kategorien berücksichtigt: Einmal ist dies eine zusammengefasste Kategorie für alldiejenigen, die eine der nicht im Fragebogen aufgelistete Parteien (z. B. Kleinstparteien) wählen würden. Zusätzlich werden weitere Kategorien zu den Gründen einer nicht geäußerte Parteipräferenz unterschieden: Wahlverweigerung (Person würde nicht wählen gehen), Person wäre bei einer Bundestagswahl nicht wahlberechtigt sowie eine Kategorie „keine Angabe“, wenn die Befragten die Antwort verweigert oder keinerlei Angaben gemacht haben. Diese vier Kategorien sollen Auskunft über das „Mobilisierungspotential“ antisemitischer Einstellungen bei denjenigen geben, die weder die etablierten demokratischen Parteien noch die AfD wählen würden.

Angesichts des Fehlens entsprechender Instrumente zur Kontrolle der „sozialen Erwünschtheit“ gilt es, die möglichen Verzerrungen in den Regressionsmodelle zu kontrollieren, die durch die Antwortverweigerung in den Antisemitismus-Items verursacht werden kann (*Desiderat 2*). Dies geschieht in zwei Schritten: Zunächst werden die fehlenden Einstellungswerte für alle, die die beiden Items zur Messung von traditionellem Antisemitismus verweigert haben, durch ein gesondertes Regressionsmodell imputiert. Dies bedeutet, dass diese Befragtengruppe in die Analysestichprobe damit integriert und in den Modellen berücksichtigt werden kann. Im zweiten Schritt wird in die Regressionsmodelle eine Dummy-Variable eingefügt, durch die die Befragten mit imputierten Einstellungen markiert sind.⁹

Die deskriptiven bzw. bivariaten Ergebnisse zu *Desiderat 1* werden über Balkendiagramme mit relativen Anteilen (Prozent) dargestellt (Abbildung 1). Zur Veranschaulichung des vermuteten Zusammenhangs von Antwortverweigerung und antisemitischen Delikten werden Daten der offi-

9 In der Analysestichprobe (N = 16.125) beträgt der Anteil der imputierten Fälle getrennt nach Jahren: 25 (1996), 184 (2006), 87 (2012), 112 (2016), 285 (2021) Fälle.

ziellen Kriminalstatistik mit dem Anteil der Antwortverweigerungen zu den einzelnen Erhebungszeitpunkten verglichen (*Desiderat 2*, Abbildung 2). Für die Schätzung der Effekte der genannten erklärenden und kontrollierenden Variablen werden schrittweise vier OLS-Regressionsmodelle spezifiziert (Tabelle 1). Das erste Modell umfasst lediglich die sozio-demographischen Kontrollvariablen mit den entsprechenden Zeit-Dummies und dem Imputations-Dummy (*Desiderat 2*). Dieses Ausgangsmodell wird dann im zweiten Schritt um die ideologische Orientierung und die Zugehörigkeit zum Islam sowie im dritten Schritt um die Geburtskohorten erweitert (*Desiderat 4*). Damit ist es möglich, die Bedeutung der drei *ursächlichen* Dimensionen traditionell-antisemitischer Einstellungen abzuschätzen. Um die Identifikation von Lebensphasen-, Perioden- und Kohorteneffekte im Modell 3 abzusichern, wurde zusätzlich eine im Anhang dokumentierte APK-Analyse durchgeführt. Im letzten Modell wird schließlich die Wahlintention hinzugefügt (*Desiderat 5*). Neben dem tabellarischen Bericht werden die Effekte des Endmodells über einen Koeffizienten-Plot veranschaulicht. Um Unterschiede und Verläufe deutlich zu machen, werden zusätzlich Grafiken mit marginalen Effekten berichtet (Abbildungen 4 und 5 sowie im Anhang). Die Regressionsanalysen wurden mit Stata in der Version 18.0 und dem Kommando „reg“ und der Berechnung robuster Standardfehler („robust“) durchgeführt.¹⁰

5. Ergebnisse

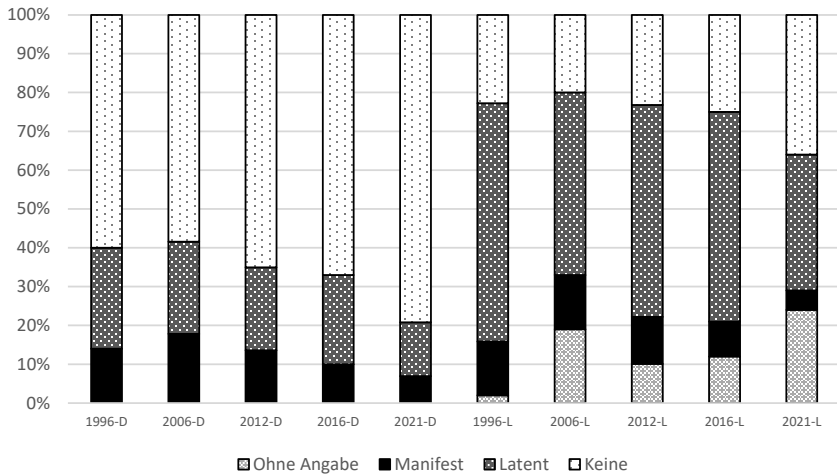
Abbildung 1 vergleicht zunächst die relativen Anteile der Kategorien manifeste, latente, keine traditionell-antisemitische Einstellung und keine Angaben für die beiden beschriebenen Kategorisierungsansätze über die Zeit.¹¹ Bei beiden Ansätzen ist manifeste Antisemitismus gleich definiert, so dass hier keine Unterschiede zu erwarten sind. Für die „Leipziger Kategorisierung“ liegt der Anteil von manifestem und latentem Antisemitismus im Jahr 1996 bei rund 40 Prozent, im Jahr 2021 bei rund 15 Prozent. Wendet man die striktere Klassifizierung an und berücksichtigt bei der Berechnung der Anteilswerte auch die Befragten, die sich nicht zu den beiden Aussagen zur Messung traditionell-antisemitischer Einstellungen äußern (keine An-

10 Der Stata-Code (do-file) für die gesamten Analysen kann beim Autor (stefan.liebig@fu-berlin.de) erfragt werden.

11 Die Tabelle AT1 im Anhang listet die relativen Häufigkeiten und die 95 % Konfidenzintervalle auf.

gaben), so sind es im Jahre 1996 rund 75 Prozent und 2021 rund 40 Prozent. In beiden Klassifikationen nehmen also die antisemitischen Einstellungen über die letzten 25 Jahre ab, wobei die Abnahme in der Leipziger-Kategorisierung stärker ausfällt, da sich der Anteil manifest oder latent antisemitischer Personen mehr als halbiert; bei der strikteren Kategorisierung geht der Anteil dagegen nur um ein Viertel zurück. Umgekehrt gilt, dass nach der Leipziger Klassifikation der Anteil von Personen ohne tendenziell antisemitische Einstellungen im Jahr 1996 bei 60 Prozent und im Jahr 2021 80 Prozent lag. Bei der strikteren Klassifikation sind es für beide Erhebungsjahre lediglich 23 und 36 Prozent.

Abbildung 1: Entwicklung traditionell-antisemitischer Einstellungen für zwei Kategorisierungsansätze (D/L)

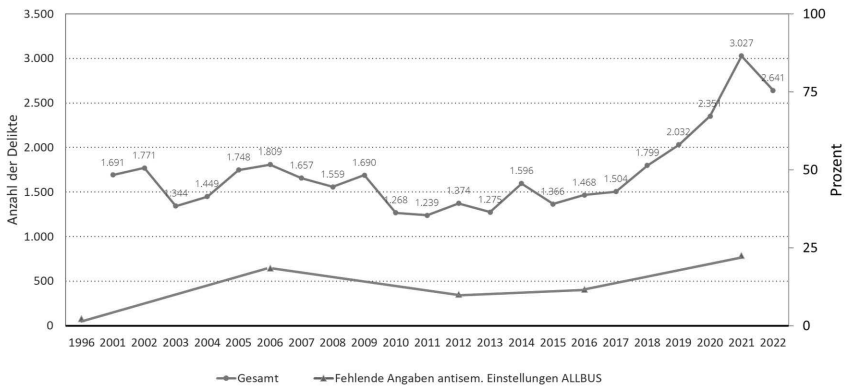


Anm.: Datengrundlage kumulierter ALLBUS (bis 2018, Studiennummer ZA 5274, doi: 10.4232/1.13774) und ALLBUS 2021 (Studiennummer ZA 5280, doi: 10.4232/1.14002), angegeben sind relative Anteile. Klassifikationen nach Decker et al. (2022) (D) (N = 16.479) und der im Text beschriebene restriktiver Klassifikation (L) (N = 17.430).

Deutlich wird bei beiden Klassifikationen, dass der Rückgang im Übergang von 2016 auf 2021 besonders ausgeprägt ist. Dies kann tatsächliche Einstellungsveränderungen im Aggregat widerspiegeln, kann aber auch die Folge einer Zunahme der fehlenden Angaben (Antwortverweigerung und keine Angabe) bei den verwendeten Items sein. Diese lag im Jahr 2016 bei einem

Anteil von rund 12 Prozent, im Jahr 2021 bei 24 Prozent.¹² Wie dargestellt, kann Antwortverweigerung eine Vermeidungsstrategie sein, um als sozial unerwünscht geltende eigene Meinungen nicht zu äußern oder Ausdruck von Unsicherheit, Unkenntnis und Desinteresse. Die Wahl dieser Strategie ist dann wahrscheinlicher, wenn Antisemitismus aufgrund aktueller Ereignisse in der Öffentlichkeit missbilligt wird (vgl. Bergmann/Erb 1991a). Einen Hinweis auf die Tragfähigkeit dieser Erklärung gibt die Gegenüberstellung des Verlaufs antisemitischer Delikte und der relativen Häufigkeiten der fehlenden Angaben in Abbildung 2. Die Abnahme der Anzahl antisemitischer Delikte von 2006 bis 2012 geht einher mit einer Abnahme der fehlenden Angaben in der ALLBUS-Erhebung 2012. Der Anstieg der Delikte ab 2012 korrespondiert mit ansteigenden Anteilen fehlender Angaben in den Erhebungen 2016 und 2021.¹³

Abbildung 2: *Polizeilich erfasste antisemitische Delikte und fehlende Angaben bei der Abfrage traditionell-antisemitischer Einstellungen im ALLBUS*



Anm.: Kriminalstatistik: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/829792/umfrage/polizeilich-erfasste-antisemitische-delikte-in-deutschland/>, „fehlende Angaben Antisemitismus“: eigene Berechnung auf der Grundlage kumulierter ALLBUS (bis 2018, doi: 10.4232/1.13774) und ALLBUS 2021 (doi: 10.4232/1.14002).

12 Die Anteile der fehlenden Angaben sind für alle Erhebungsjahre: 1996: 2 Prozent, 2006: 19 Prozent, 2012: 10 Prozent, 2016: 12 Prozent, 2021: 24 Prozent. Die Zahlen sind nicht unmittelbar miteinander vergleichbar, da 2021 im Vergleich zu den vorherigen Erhebungen ein Moduswechsel zu selbstadministriert durchgeführt wurde (siehe dazu auch unten).

Der relativ hohe Anstieg der Befragten, die im Jahr 2021 keine Angaben machen, kann aber auch durch einen Wechsel des Befragungsmodus befördert worden sein. Denn die Erhebung 2021 wurde als selbstadministrierte Befragung durchgeführt (CAWI oder PAPI). Im Unterschied zu den Vorjahren bestand 2021 somit keine soziale Kontrolle durch einen Interviewer oder eine Interviewerin. Befragte, die ihre antisemitischen Resentiments nicht äußern wollten, denen „das Thema Juden unangenehm“ war (Bergmann/Erb 1991a) oder die aus anderen Gründen zu Judentum, Juden und Jüdinnen keine Stellung beziehen mochten, konnten sehr leicht das entsprechende Fragemodul überspringen und keine Angaben machen. Inhaltlich bedeutet dies, dass damit die Unsicherheit bei der Vermessung antisemitischer Einstellungen deutlich zugenommen hat.

Der Mode-Wechsel kann aber auch Auswirkungen auf die Verwendung der Antwortskalen gehabt haben. Ob die Ergebnisse also tatsächlich einen so deutlichen Wandel im Antisemitismus der Deutschen im Jahr 2021 widerspiegeln, kann erst auf der Grundlage weiterer Erhebungen im gleichen Interviewmodus in den Folgejahren eingeschätzt werden. Für die folgenden multivariaten Analysen ist dies weniger problematisch, da es (1) um die Identifikation von Einflussgrößen geht und (2) durch die Berücksichtigung der Effekte der einzelnen Erhebungswellen („Jahresdummies“) mögliche methodische Verzerrungen in einzelnen Erhebungsjahren kontrolliert werden.

13 Nicht ausgewiesen ist der Anteil fehlender Angaben bei Angehörigen des Islams. Er liegt über alle Erhebungszeitpunkte mit 25 Prozent deutlich über dem der restlichen Bevölkerung mit 17 Prozent (vgl. Babka v. Gostomski 2021). Detailliertere Analysen dazu sind jedoch aufgrund der geringen Stichprobengröße für Personen mit Zugehörigkeit zum Islam in den einzelnen Jahren nicht möglich.

Tabelle 1: Bestimmungsgrößen traditionell-antisemitischer Einstellungen im Zeitraum 1996 bis 2021 (OLS Regression)

	Modell 1		Modell 2		Modell 3		Modell 4	
Ost/West (Ost=1)	-0,079**	(0,025)	0,012	(0,025)	0,008	(0,025)	-0,038	(0,026)
Geschlecht (Frauen = 1)	-0,322***	(0,025)	-0,272***	(0,024)	-0,271***	(0,024)	-0,245***	(0,024)
Alter (in Jahren)	0,025***	(0,001)	0,024***	(0,001)	0,014***	(0,002)	0,014***	(0,002)
Bildung (ISCED)	-0,242***	(0,013)	-0,212***	(0,013)	-0,213***	(0,013)	-0,197***	(0,013)
HH-Nettoeinkommen	-0,195***	(0,028)	-0,185***	(0,027)	-0,181***	(0,028)	-0,160***	(0,028)
Großstadt (=1)	-0,186***	(0,025)	-0,173***	(0,024)	-0,178***	(0,024)	-0,168***	(0,024)
Dt. Staatsb. (Ref.: nein/doppelt) Erhebung (Ref.: 1996)	-0,581***	(0,055)	-0,430***	(0,055)	-0,431***	(0,055)	-0,492***	(0,084)
2006	0,131**	(0,042)	0,100*	(0,041)	0,183***	(0,044)	0,166***	(0,044)
2012	-0,110**	(0,040)	-0,111**	(0,039)	0,037	(0,048)	0,010	(0,048)
2016	-0,168***	(0,041)	-0,194***	(0,040)	-0,003	(0,053)	-0,062	(0,053)
2021	-0,657***	(0,042)	-0,636***	(0,041)	-0,392***	(0,061)	-0,432***	(0,060)
Imputierte Fälle	-0,011	(0,018)	-0,035+	(0,019)	-0,039*	(0,019)	-0,053**	(0,020)
L-R Selbsteinstufung: Links			-0,099***	(0,011)	-0,098***	(0,011)	-0,078***	(0,012)
L-R Selbsteinstufung: Rechts			0,169***	(0,015)	0,169***	(0,015)	0,154***	(0,015)
Zugehörigkeit Islam			1,284***	(0,111)	1,284***	(0,111)	1,311***	(0,111)
Geburtskohorten (Ref.: - 1945)								
1946-1953					-0,156**	(0,053)	-0,150**	(0,053)
1954-1964					-0,322***	(0,061)	-0,324***	(0,061)
1965-1989					-0,458***	(0,086)	-0,454***	(0,086)
1990-2003					-0,695***	(0,127)	-0,682***	(0,127)
Elektorat (Ref.: CDU)								
SPD							0,034	(0,039)
Grüne							-0,267***	(0,040)
FDP							0,106+	(0,054)
AfD							0,667***	(0,088)
LINKE							0,003	(0,061)
Andere Parteien							0,272***	(0,074)
Wahlverweigerung							0,256***	(0,052)
Nicht wahlberechtigt							-0,060	(0,107)
Keine Angabe							0,121**	(0,039)
Konstante	5,068***	(0,194)	4,673***	(0,190)	5,345***	(0,225)	5,129***	(0,238)
N	16.125		16.125		16.125		16.125	
R ²	0,167		0,205		0,207		0,217	

Anm.: Datengrundlage kumulierter ALLBUS (bis 2018, Studiennummer ZA 5274, doi: 10.4232/1.13774) und ALLBUS 2021 (Studiennummer ZA 5280, doi: 10.4232/1.14002), OLS Regressionen mit STATA 18.0 MP (reg), unstandardisierte Koeffizienten mit robusten Standardfehlern in Klammern, + p<0,10, * p<0,05, ** p<0,01, *** p<0,001.

Die Ergebnisse der vier multivariaten Modelle sind in Tabelle 1 im Detail aufgelistet und in Abbildung 3 für Modell 4 grafisch dargestellt.¹⁴ Insgesamt erreichen die Modelle mit einem R^2 von 0,17 bis 0,22 eine vergleichsweise hohe Varianzaufklärung. Die Ergebnisse des ersten Modells widersprechen der in einzelnen Publikationen formulierten Behauptung, sozio-demographische Merkmale hätten nur eine geringe Erklärungskraft bei antisemitischen Einstellungen. Von 1996 zu 2021 ist auch keine Abnahme über den Zeitverlauf zu beobachten, sondern eher eine leichte Erhöhung der Varianzaufklärung.¹⁵ Alle einbezogenen Basis-Merkmale zeigen höchst signifikante Effekte auf dem 0,001 Niveau. Frauen weisen einen niedrigeren traditionellen Antisemitismus auf als Männer, höhere Bildung und höheres Haushaltseinkommen korrespondieren mit geringerem Antisemitismus. Gleiches gilt für Bewohnerinnen und Bewohner von Großstädten und Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Schließlich zeigt sich in den neuen Bundesländern ein niedrigeres Niveau an Antisemitismus als für die alten Bundesländer. Der positive Effekt des Alters – d. h. mit zunehmendem Alter steigen antisemitische Einstellungen – verweist zunächst auf einen starken Lebenszykluseffekt. Über den Lebensverlauf entwickeln Personen in Deutschland offenbar eine negativere Einschätzung gegenüber Jüdinnen und Juden.

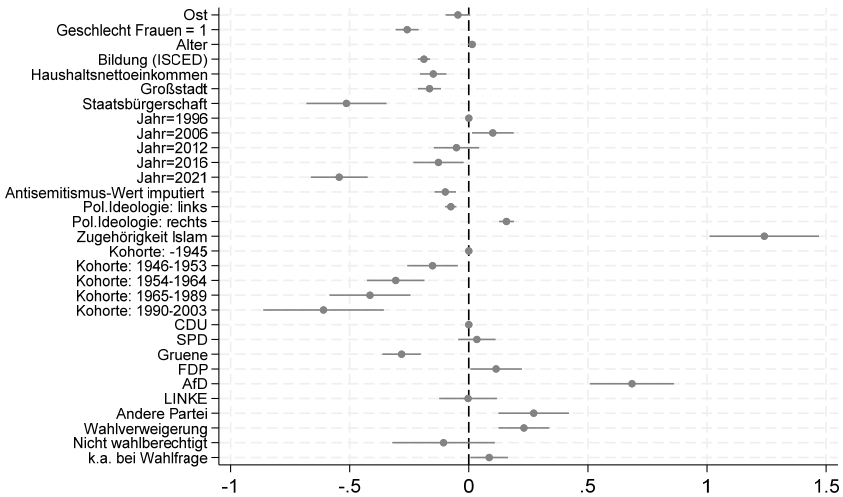
Die eingefügte Kontrollvariable für imputierte Antisemitismuswerte ist nicht signifikant, d. h. auch diejenigen, die keine Angaben zu ihren antisemitischen Einstellungen gemacht haben, unterscheiden sich nicht von denjenigen, die sich dazu geäußert haben. Insgesamt erweisen sich Alter, Bildung und Geschlecht als die stärksten Prädiktoren in diesem Modell.¹⁶ Der negative Jahreseffekt von 2021 ist erwartungsgemäß am stärksten und verweist auf eine deutliche Absenkung des Antisemitismuskoeffizienten in diesem Jahr. Hoch signifikante Effekte und eine vergleichsweise hohe Varianzaufklärung zeigen, dass die hier untersuchten antisemitischen Einstellungen eine klare soziale Strukturierung aufweisen – sie lassen sich sozio-demographisch beschreibbaren Gruppen in der „Mitte“ der Gesellschaft zuordnen und sind kein Phänomen extremer Randgruppen.

14 Wegen möglicher methodischer Effekte durch den Wechsel des Befragungsmodus 2021 wurden die Modelle auch ohne die Erhebungswelle 2021 geschätzt (vgl. Tabelle A1). Die Ergebnisse sind praktisch identisch.

15 Modell 3 (reduziert um Zugehörigkeit zum Islam) weist ein R^2 von 0,150 für 1996 und 0,172 für 2021 auf.

16 Die standardisierten Koeffizienten lauten: Alter β : 0,273, Bildung β : 0,163, Geschlecht β : 0,100.

Abbildung 3: Grafische Darstellung der Effekte aus Modell 4 zur Vorhersage traditionell-antisemitischer Einstellungen (Koeffizientenplot)



Anm.: Zur Datengrundlage siehe Tabelle 1, Darstellung der unstandardisierten Koeffizienten aus Modell 4.

Im zweiten Modell werden die Effekte der politisch-ideologischen Orientierung und die Zugehörigkeit zum Islam hinzugefügt, um die Bedeutung des ideologisch- und islamisch-geprägten Antisemitismus zu überprüfen. Die verwendeten drei Indikatoren haben einen hoch signifikanten Effekt. Wie Abbildung 3 auch auf der Grundlage von Modell 4 veranschaulicht, ist der Einfluss der politischen Orientierung gegenläufig, d. h. wer sich links verortet, zeigt geringeren, wer sich rechts einordnet dagegen einen stärkeren Antisemitismus. Dabei ist der Effekt der rechten Orientierung deutlich stärker als jener der linken – was letztlich nicht verwunderlich ist, da Antisemitismus in Deutschland fundamentaler Bestandteil rechter Ideologie ist.

Die Zugehörigkeit zum Islam – bei Kontrolle aller anderen im Modell berücksichtigten Merkmale – zeigt erwartungsgemäß einen positiven Effekt auf traditionell-antisemitische Einstellungen. Der Unterschied zu Befragten, die nicht dem Islam zugehören, beträgt bei der Punktschätzung mehr als einen Skalenpunkt auf der 7-stufigen Antwortskala. Bei einem Mittelwert in der Gesamtanalysestichprobe (N = 16.125) von 2,7 ist dies beträchtlich. Die Entwicklung dieser Differenz veranschaulicht Abbildung 4 anhand

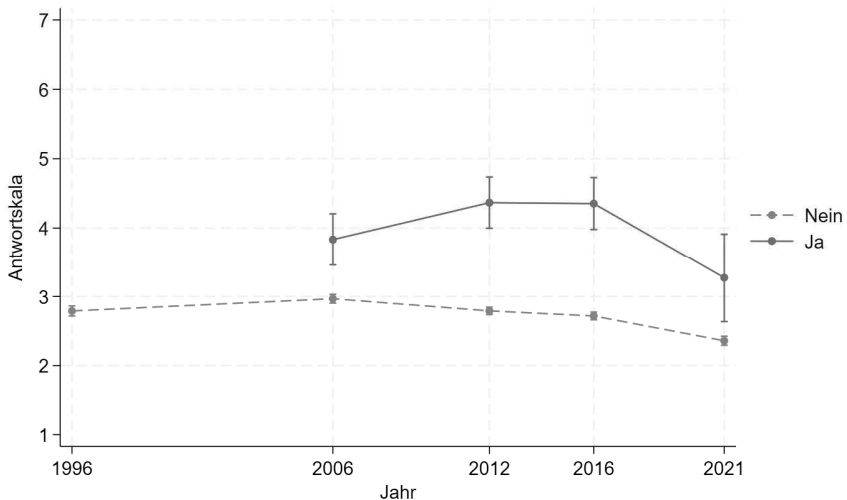
durchschnittlicher marginaler Schätzwerte. Die Differenz zu Befragten ohne Zugehörigkeit zum Islam beträgt im Jahr 2012 mehr als eineinhalb Skalenpunkte bei der Punktschätzung, die Streuung der Einstellungen ist in der Gruppe der Angehörigen des Islam erwartungsgemäß groß, was vor allem auch das Ergebnis geringerer Fallzahlen ist. Die Differenz vergrößert sich 2016 leicht, weil die antisemitischen Einstellungen der Angehörigen des Islam auf gleichem Niveau verbleiben, in der übrigen Bevölkerung jedoch eine Abnahme zu beobachten ist. Die Differenz beträgt auch dann mindestens einen Skalenpunkt, wenn man die größere Streuung der Einstellungen in der Gruppe der Angehörigen des Islam in Rechnung stellt. Wichtig ist auch, dass die Differenz zwischen Angehörigen des Islams und allen anderen im Zeitverlauf abnimmt. Die in der gesamten Stichprobe des ALLBUS für 2021 zu beobachtende Reduktion des Antisemitismus ist somit auch bei Angehörigen des Islam festzustellen. Diese Ergebnisse (zusammen mit dem negativen Effekt der deutschen Staatsangehörigkeit) zeigen, dass bisherige Studien, die Zugehörige des Islam ausschließen und/oder ausschließlich Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit für ihre Analysen berücksichtigten, das Niveau an Antisemitismus in Deutschland unterschätzen (Desiderat 3).

Herauszustellen ist aber auch, dass mit der Berücksichtigung der zusätzlich eingefügten Merkmale in Modell 2 der vorher beobachtete Unterschied zwischen den alten und neuen Bundesländern (Ost/West) nicht mehr existiert. Die vorher gemessene Differenz des Antisemitismus-Niveau geht somit auch auf die eingefügten Variablen der politischen Orientierung und der Zugehörigkeit zum Islam zurück.

Mit Modell 3 soll die Persistenz der Prägung antisemitischer Einstellungen durch zwölf Jahre Nationalsozialismus in Deutschland geprüft und die Entwicklung in jüngeren Kohorten beleuchtet werden (Desiderat 4). Auch hier macht Abbildung 3 sehr deutlich, dass die älteste Geburtskohorte (bis 1945 Geborene) das höchste Niveau an Antisemitismus aufweist. Dies steht im Einklang mit unserer Vermutung einer wirksamen Prägung dieser Personen durch die NS-Ideologie. Alle folgenden Kohorten unterscheiden sich signifikant von jener der vor 1945 Geborenen und weisen ein tendenziell geringeres Niveau als ihre Vorgängerkohorten auf. Die Abnahme des Antisemitismus über die Zeit ist somit wesentlich auch durch die Entwicklung der Geburtskohorten bestimmt. Dabei werden offenbar Sozialisierungseffekte im Sinne der Ablehnung antisemitischer Einstellungen in den späteren Kohorten wirksam. Kann dies aus einer normativen Position als positive Entwicklung gewertet werden, so ist ein weiteres Ergebnis

bedenkenswert: Die Konfidenzbänder der Kohorteneffekte werden bis zur jüngsten Kohorte zunehmend breiter. Dies bedeutet, dass gerade bei der jüngsten Kohorte ein heterogenes Antwortverhalten mit Blick auf die Zustimmung oder Ablehnung von Antisemitismus besteht. Es kommt also nicht zu einer einheitlichen Verringerung des Antisemitismus, sondern die Meinungen gehen in der jüngsten Kohorte viel stärker auseinander.

Abbildung 4: Schätzwerte traditionell-antisemitischer Einstellungen nach selbstberichteter Zugehörigkeit zum Islam



Anm.: Datengrundlage kumulierter ALLBUS (bis 2018, Studiennummer ZA 5274, doi: 10.4232/1.13774) und ALLBUS 2021 (Studiennummer ZA 5280, doi: 10.4232/1.14002), dargestellt sind marginale Effekte auf der Grundlage von Modell 4 aus Tabelle 1. Antwortskala: 1 „stimme überhaupt nicht zu“ bis 7 „stimme voll und ganz zu“.

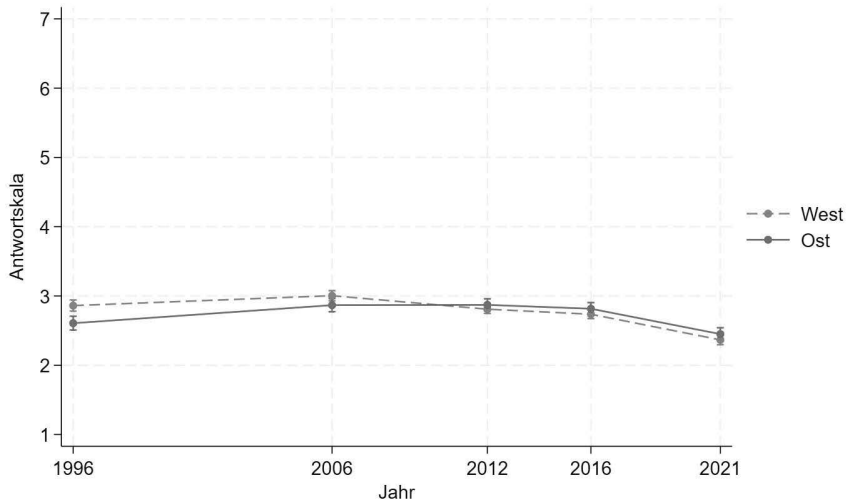
Vergleicht man die Höhe des Alterseffekts in Modell 2 mit dem in Modell 3, so schwächt sich dieser nahezu um die Hälfte ab. Dies zeigt auch die im Anhang berichtete APK-Analyse. Beides zeigt, dass der in Modell 1 identifizierte Lebenszykluseffekt nur die eine Seite der Erzählung ist, die Prägung aufgrund gemeinsamer Erfahrung einzelner Geburtskohorten die andere darstellt. Antisemitische Einstellungen werden somit in der Zeitdimension sowohl durch den Lebenszyklus als auch die Kohortenzugehörigkeit geprägt. Hinzu kommen die in Modell 3 identifizierten Periodeneffekte mit einer Zunahme im Jahr 2006 und einer signifikanten Abnahme im Jahr 2021: Modell 3 zeigt für die Periodeneffekte, dass eine signifikante Abnah-

me im Vergleich zum Referenzjahr 1996 erst im Jahr 2021 erfolgt. Dieser Periodeneffekt muss nicht substantiell sein, sondern durch den Wechsel des Befragungsmodus in 2021 getrieben sein.

Die Ergebnisse der Modelle 2 und 3 (Desiderat 4) zeigen somit, dass politisch-ideologischer, islamisch- und historisch-geprägter Antisemitismus in Deutschland weiter fest verankert sind. Ein Vergleich der einzelnen Geburtskohorten macht deutlich, dass die vor 1945 Geborenen in Westdeutschland das höchste Niveau an traditionellen antisemitischen Einstellungen aufweisen. Sie unterscheiden sich darin signifikant nicht nur von jüngeren Geburtskohorten in ganz Deutschland, sondern insbesondere auch von ihren Altersgenossen in den neuen Bundesländern (vgl. Abbildung 5). Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland gehen deshalb auch auf die unterschiedlichen Niveaus bei der älteste Geburtskohorte zurück. Die Entwicklung der Einstellungen in dieser Altersgruppe zeigt jedoch, dass auch hier in den letzten Jahren ein abnehmender Antisemitismus zu verzeichnen ist, was entweder auf dahinterliegende strukturelle Ursachen (z. B. selektive Sterblichkeit) oder tatsächlichen Einstellungswandel hinweist. Eine genauere Analyse mit Paneldaten könnte darüber mehr Auskunft geben.

Modell 4 berücksichtigt schließlich die Wahlintention der Befragten. Die Referenz bildet die Wählerschaft der CDU/CSU. Im Unterschied zu dieser, weist das Elektorat der Grünen eine deutliche und sehr homogene Ablehnung des Antisemitismus auf. Demgegenüber stehen Anhängerinnen und Anhänger der AfD, die gleichsam die andere Seite des Spektrums repräsentieren. Auch die Anhängerinnen und Anhänger der „anderen Parteien“, bei denen neben NPD und DKP auch Wählerinnen und Wähler der Kleinstparteien zugerechnet werden, ist ein vergleichsweise größeres antisemitisches Potential vorhanden. Dies gilt auch für Personen, die nicht zur Wahl gehen würden oder die keine Angaben zu ihrer Wahlintention gemacht haben. Außerhalb des Spektrums der im Bundestag aktuell vertretenen demokratischen Parteien und deren Anhängerinnen und Anhänger besteht somit ein deutliches antisemitisches Potential. Bemerkenswert ist, dass im Vergleich zum CDU/CSU-Elektorat in der Anhängerschaft der FDP ebenfalls eine größere Zustimmung zum Antisemitismus zu beobachten ist. Möglicherweise wird hier die „nationalliberale“ Wählerschaft der FDP sichtbar.

Abbildung 5: Schätzwerte traditionell-antisemitische Einstellungen der Geburtskohorte vor 1945 geborene nach Ost und West



Anm.: Zur Datengrundlage siehe Tabelle 1, dargestellt sind marginale Effekte auf der Grundlage von Modell 4 aus Tabelle 1. Antwortskala: 1 „stimme überhaupt nicht zu“ bis 7 „stimme voll und ganz zu“.

6. Zusammenfassung und Diskussion

Die Ergebnisse der vorgestellten Analysen in einem Zeitfenster von 25 Jahren lassen sich entlang der identifizierten Desiderata umfragebasierter Antisemitismusforschung in Deutschland zusammenfassen:

Erstens wurde deutlich, dass die Verwendung unterschiedlicher Kategorisierungen tatsächlich auch zu sehr unterschiedlichen substantiellen Ergebnissen zum Ausmaß antisemitischer Einstellungen führt. Mit der hier vorgeschlagenen „strikeren“ Kategorisierung wird ein differenzierteres Bild gezeichnet als das bisher durch den Mainstream der deutschen Antisemitismusforschung vermittelte. Es ist deutlich, dass in Deutschland weiterhin eine Mehrheit antijüdische Ressentiments hegt. Gleichwohl ist der Anteil von 1996 bis 2021 von 76 auf 56 Prozent abgesunken. Im Ergebnis bestätigt sich durch die vorgestellten Schätzmodelle aber das Bild, antisemitische Einstellungen seien nicht nur in den „Randgruppen“, sondern in der „Mitte“ der Gesellschaft strukturell verankert. (Desiderat 1)

Zweitens zeigt sich, dass in den letzten Jahren der Anteil derjenigen, die bereitwillig ihre Einstellungen zu Antisemitismus in Bevölkerungsumfragen äußern, zurückgegangen ist. Dies gilt insbesondere auch für Personen, die sich selbst dem Islam zurechnen (vgl. auch Babka v. Gostomski 2021). Damit verbunden ist eine Erhöhung der Messfehler und eine damit verbundene Unsicherheit über das tatsächliche Ausmaß antisemitischer Einstellungen. Die vorgestellten Analysen zeigen, dass eine Verweigerung der Meinungsäußerung tendenziell eher bei Befragten mit niedrigeren Antisemitismuswerten stattfindet. Dies würde im Ergebnis zumindest kein *under-reporting* bezogen auf extreme Einstellungen zur Folge haben. Gleichwohl sollte gerade deshalb in der umfragebasierten Antisemitismus-Forschung sozial erwünschtes Antwortverhalten und verweigerter Meinungsäußerung stärker beachtet werden. Insbesondere dann, wenn der Trend zu selbst-administrierten Umfragen in den Sozialwissenschaften anhält und weniger interviewer-gestützte Umfragen realisiert werden, müssen Lösungen gefunden werden, die eine Abschätzung und Kontrolle derartiger Methodeneffekte erlauben. Entsprechende Erhebungsinstrumente müssten in den Grundbestand der jeweiligen Frageprogramme übernommen und systematisch in den Auswertungen berücksichtigt werden. (Desiderat 2)

Drittens verweisen die berichteten Effekte zur Zugehörigkeit zum Islam, dass es sehr deutliche Unterschiede im Ausmaß der jeweils vertretenen traditionell-antisemitischen Einstellungen gibt. Eine nicht adäquate Berücksichtigung insbesondere der islamisch geprägten Bevölkerungsgruppen führt zu einer Unterschätzung des Antisemitismus. Die hier identifizierten Veränderungen in den Einstellungen der Angehörigen des Islams über die Zeit sind aufgrund des Umstiegs im Befragungsmodus in der 2021er ALL-BUS-Erhebung nur bedingt belastbar. Mögliche Anpassungsprozesse an die Aufnahmekultur von Migrantinnen und Migranten finden sich jedoch auch in anderen Einstellungsbereichen. Deshalb wären die laufenden, großen Panelstudien mit Fokus auf Migrationspopulationen (DeZIM Panel, IAB-BAMF-SOEP Studie) der geeignete Rahmen, um auch die weitere Entwicklung des islamisch geprägten Antisemitismus empirisch zu untersuchen. Darüber hinaus zeigen internationale vergleichende Studien, dass der Antisemitismus in den ost- und zentraleuropäischen Ländern deutlich größere Ausmaße einnimmt als in Mittel- und Südeuropa (Estad 2021). Dementsprechend wären zu einer adäquaten Vermessung des Antisemitismus in Deutschland auch Einwanderergruppen aus dieser Region explizit einzubeziehen (vgl. Babka v. Gostomski 2021) (Desiderat 3).

Die vorgestellten inhaltlichen Analysen zu den Bestimmungsgründen traditionell-antisemitischer Einstellungen zeigen, viertens, einen klaren – durchaus zu einigen Publikationen des Mainstreams deutscher Antisemitismus Forschung entgegenlaufenden – Befund: Antisemitische Einstellungen sind in einem vergleichsweise hohen Grad sozial-demographisch strukturiert, sie variieren entlang der Standardmerkmale Geschlecht, Lebensalter, Zugehörigkeit zu einer Geburtskohorte, Bildung, ökonomische Lage, Stadt/Land, Staatsangehörigkeit, der Zugehörigkeit zum Islam, der politischen Ideologie und über die Zeit. Negative Einstellungen gegenüber Jüdinnen und Juden speisen sich aktuell vor allem aus einer rechten Ideologie, einer Identifikation mit dem Islam und einem in der NS-Zeit vermittelten Antisemitismus und sind in den entsprechenden Trägergruppen verankert. Die zwölf Jahre des NS-Regimes sind auch nach rund 80 Jahren noch wirksam. Es spielen aber nicht nur frühe Prägungen eine Rolle, sondern es gibt auch Lebensphaseneffekte, d. h. mit dem Alter steigen antijüdische Ressentiments. Gleichwohl scheint der historisch-geprägte Antisemitismus abzunehmen, er wird gleichsam ersetzt durch eine Zunahme von islamisch-geprägtem Antisemitismus in den letzten acht Jahren. Auch hier deuten sich aber Anpassungsprozesse im Sinne einer Verringerung antisemitischer Einstellungen bei den hier lebenden Angehörigen des Islam an. Dies verweist auf mögliche Sozialisations- bzw. Anpassungsprozesse, die im Rahmen von Panelstudien (z. B. das DeZIm Panel oder die IAB-BAMF-SOEP Geflüchtetenbefragung) genauer untersucht werden müssten (Desiderat 4).

Fünftens weist die Wählerschaft einzelner Parteien klar unterscheidbare Antisemitismus-Profile auf. Die Anhängerschaft der Grünen markiert dabei das niedrigste Niveau, Wählerinnen und Wähler der AfD das höchste. Ein ähnlich hoher Antisemitismus findet sich bei Wahlverweigererinnen und Wahlverweigerern, Personen die keine Angabe zu ihrer Wahlabsicht machen und bei der Wählerschaft der kleinen Parteien. Insgesamt zeigt sich somit ein deutlich höheres Antisemitismuskniveau in der Wählerschaft, die sich jenseits der aktuell im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien bewegt. Bislang ist dieser Teil des Elektorats weitgehend zersplittert offen ist, ob es der AfD gelingt, diese Wählerschaft einzubinden und damit zu einem Erstarken und zu einer Kanalisierung antisemitischer Tendenzen beizutragen.

Diese Befunde schlagen direkt den Bogen zu den Forschungsthemen von Rüdiger Schmitt-Beck, nämlich der Forschung zu politischen Einstellungen und Verhalten sowie der politischen Kommunikation. Eine Folge des aktuellen Erstarkens der AfD liegt darin, dass seit Jahrzehnten gelten-

de gesellschaftliche Tabus der politischen Kommunikation und Grenzen des öffentlich Sagbaren erodieren. Die Gefahr besteht, dass die AfD sich zum Sammelbecken antisemitisch eingestellter Gruppen, die sich bisher in den Nischen der Nichtwählerschaft oder in kleinen Parteien bewegten, weiterentwickelt und diesen Zugang zu parlamentarischen Prozessen und breiterer öffentlicher Wahrnehmung verhilft. Dann wäre es – wie es Salzborn (2019) formulierte – „lediglich eine Frage der Zeit, wann aus der Partei für Antisemiten auch eine dezidiert antisemitische Partei werden wird (Salzborn 2019: 211) (Desiderat 5).

Die Analysen zeigen auch, dass erst langlaufende Befragungsprogramme wie der ALLBUS oder die GLES die empirische Grundlage schaffen, um Aussagen über die Dynamik gesellschaftspolitischer Themen und – allgemein – Verläufe und Geschwindigkeiten des sozialen Wandels abzuleiten. Voraussetzung dafür sind standardisierte Erhebungsinstrumente, die auch regelmäßig in gleicher Weise wiederholt werden, sowie ein Stichprobendesign, das relevante Personengruppen adäquat berücksichtigt. Gerade durch die zunehmenden Migrationsströme ist die Integration „neuer“ gesellschaftlicher Gruppen eine besondere Herausforderung der empirischen Sozialforschung. Wie die identifizierten Brüche zwischen 2016 und 2021 gezeigt haben, sind Änderungen in der Methodik ein besonderes Problem, weil damit Zeitreihen unterbrochen oder Ergebnisse zu Tage treten, bei denen unklar ist, ob sie substantiell oder „lediglich“ methodisch verursacht sind. Um antisemitische Tendenzen und deren Wandel in der Gesamtgesellschaft genauer erfassen und erklären zu können, sind deshalb längsschnittliche Studien notwendig, die insbesondere auch Sozialisations- und Anpassungseffekte des arabisch- bzw. islamisch-geprägten Antisemitismus erlauben.

Die Ergebnisse zu den methodischen Desiderata des Klassifikations-, Mess- und Repräsentationsproblems verweisen auch auf ein Dilemma, in dem sich die umfragebasierte Antisemitismus-Forschung befindet: Je sichtbarer Antisemitismus in der Gesellschaft wird und je stärker er auch in ideologisch-homogenen oder herkunftshomogenen Teilgruppen vertreten wird, umso schwieriger ist es, ihn über Bevölkerungsumfragen zu vermessen. Denn einerseits schwindet die Bereitschaft, sich zu einem derart „heiklen“ Thema zu äußern, andererseits sind bestimmte gesellschaftliche Teilgruppen (insbesondere migrantische) zunehmend weniger durch die empirische Sozialforschung erreichbar. Die ausschließlich umfragebasierte Vermessung und Erklärung antisemitischer Einstellungen sowie die Identifikation ihrer gesellschaftlichen Konsequenzen hat damit auch grundsätzliche Grenzen. Umso mehr gilt es die Qualität von bevölkerungsrepräsentativen

tiven Befragungen weiter zu erhöhen und vor allem auch Potentiale der „neuen Daten“ (z. B. Social Media) systematisch mit einzubeziehen.

Was Antisemitismus insgesamt in Deutschland anbelangt, so scheint dieser – zumindest in den letzten 25 Jahren – tendenziell abzunehmen, ist gleichwohl aber auf einem relativ hohen Niveau präsent. Gerade die gefundenen Effekte der Geburtskohorten machen wiederum deutlich, dass sich gesellschaftliche Wandlungsprozesse über längere Zeiträume vollziehen und gesellschaftliche Prägungen über den Lebensverlauf relativ stabil sind. Daraus leitet sich unmittelbar auch ein politischer Auftrag ab: Die Wurzeln für Antisemitismus werden sehr früh im Lebensverlauf gelegt. Deshalb gilt es, die Anstrengungen zum Abbau von Vorurteilen gerade in der frühen Lebensspanne weiterhin zu verstärken. Auch deshalb, weil die vorliegenden Analysen darauf hinweisen, dass in den jüngeren Geburtskohorten ein deutlich breiteres Spektrum an Einstellungen gegenüber Jüdinnen und Juden besteht. Diese Streuung zu verringern und damit die Verfestigung antisemitischer Einstellungsmuster über den Lebensverlauf der nachwachsenden Generationen einzudämmen und zu verhindern, ist Aufgabe von Politik und Zivilgesellschaft. Dies gilt insbesondere auch für den migrantisch und islam-geprägten Antisemitismus, der nur dann wirksam bekämpft werden kann, wenn er in seinem Umfang und seiner Wirkung benannt und diskutiert wird. Denn erst wenn man die Ursache kennt, kann man sie auch bekämpfen – ein Verschweigen hat zur Folge, dass sie weiterwirken. Den empirisch arbeitenden Sozialwissenschaften kommt dabei eine besondere Pflicht zu. Sie muss das Phänomen exakt beschreiben und die identifizierten Ursachen klar benennen. Wie man dabei auf der Grundlage qualitätsgeprüfter Forschungsdaten vorgehen sollte, zeigen die Forschungsarbeiten von Rüdiger Schmitt-Beck aus den vergangenen Jahrzehnten auf beeindruckende Weise!

Literatur

- Babka von Gostomski, C. 2021. Facetten antisemitischer Einstellungen bei ausgewählten Migrantengruppen in Deutschland. In: S. Schulz, P. Siegers, B. Westle, O. Hochman (Hg.), (In)Toleranz in der Einwanderungsgesellschaft? Einstellungen zu Migranten in Deutschland und Europa (Reihe Blickpunkt Gesellschaft), Wiesbaden: Springer, S. 199-240.
- Baumann, H. (ed.), (2021). GESIS-Variable Reports No. 2021|08. German General Social Survey (ALLBUS): Cumulation 1980-2018. Study No. 5276. GESIS Leibniz Institute for the Social Sciences.
- Baumann, H., Schulz, S., Thiesen, S. (2022). GESIS-Variable Reports No. 2022|10. ALLBUS 2021, Studien-Nr. 5280. GESIS Leibniz Institute for the Social Sciences.

- Bergmann, W., Erb, R. (1986). Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 38: 223–246.
- Bergmann, W., Erb, R. (1991a). „Mir ist das Thema Juden irgendwie unangenehm.“ Kommunikationslatenz und die Wahrnehmung des Meinungsklimas im Fall des Antisemitismus. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 43: 502–519.
- Bergmann, W., Erb, R. (1991b). Latenter Antisemitismus, in: dies., *Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 275–298.
- Bergmann, W., Erb, R. (2000). Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland 1996, in: Schmidt, P., Wasmer, P., Alba, R. (Hg.), *Deutsche und Ausländer: Freunde, Fremde oder Feinde*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 401–438.
- Beyer, H., & Krumpal, I. (2010). „Aber es gibt keine Antisemiten mehr“: Eine experimentelle Studie zur Kommunikationslatenz antisemitischer Einstellungen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 62: 681–705.
- BMI (2017). Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen. Bericht des unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus. <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/expertenkreis-antisemitismus/antisemitismus-in-deutschland-bericht.html> .
- Cohen, J. E. (2021). Survey Mode, Social Desirability Effects, and Antisemitic Attitudes: A Survey Experiment. *Journal of Contemporary Antisemitism*, 4: 27–36.
- Decker, O., Kiess, J., Heller, A., Schuler, J., Brähler, E. (2022). Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: Decker, O., J. Kiess, A. Heller, E. Brähler (Hg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022*. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 31–90.
- Dondera, C. (2019) Was gesagt werden muss: Günther Grass und der inszenierte Tabubruch, in: S. Salzborn (Hg.) *Antisemitismus seit 9/11. Ereignisse, Debatten, Kontroversen*. Baden-Baden: Nomos, S. 65–88.
- Enstad, J. D. (2021). An Integrated Perspective on Contemporary Antisemitism: Reviewing Cross-National Data on Attitudes, Incidents, and Exposure. https://files.de-1.osf.io/v1/resources/adqkn/providers/osfstorage/6087b70ef16160018d9cc6e6?action=download&direct&version=3_
- Hirndorf, D. (2023). Antisemitische Einstellungen in Deutschland. Repräsentative Umfrage zur Verbreitung von antisemitischen Einstellungen in der deutschen Bevölkerung. *Monitor Wahl und Sozialforschung* hrsg. v. Konrad Adenauer Stiftung eV. Berlin. (<https://www.kas.de/documents/252038/22161843/Antisemitische+Einstellungen+in+Deutschland.pdf/cead70cb-a767-65f8-82a1-5f3537c409d1?version=1.0&t=1689837878953>).
- Institut für Demoskopie Allensbach, (2018). Wie antisemitisch ist Deutschland? Eine Dokumentation des Beitrags von Dr. Thomas Petersen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 140 vom 20. Juni 2018 https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/kurzberichte_dokumentationen/FAZ_Juni2018_Antisemitismus.pdf.

- Klein, M., & Ohr, D. (2004). Ändert der Wertewandel seine Richtung? Die Entwicklung gesellschaftlicher Wertorientierungen in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1980 und 2000. In: R. Schmitt-Beck, M. Wasmer, A. Koch (Hg.), Sozialer und politischer Wandel in Deutschland: Analysen mit ALLBUS-Daten aus zwei Jahrzehnten (Reihe Blickpunkt Gesellschaft), Wiesbaden: Springer, S. 153-178.
- Krumpal, I. (2013). Determinants of Social Desirability Bias in Sensitive Surveys: A Literature Review. *Quality & Quantity* 47: 2025–47.
- Öztürk, C., & Pickel, G. (2022). Der Antisemitismus der Anderen: Für eine differenzierte Betrachtung antisemitischer Einstellungen unter Muslim:innen in Deutschland. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik* 6: 189-231.
- Poensgen, D., Steinitz, B. (2019). Alltagsprägende Erfahrung, in: S. Salzborn (Hrsg.) Antisemitismus seit 9/11. Ereignisse, Debatten, Kontroversen. Baden-Baden: Nomos, S. 11-28.
- Salzborn, S. (2019). Antisemitismus in der „Alternative für Deutschland“, in: S. Salzborn (Hrsg.) Antisemitismus seit 9/11. Ereignisse, Debatten, Kontroversen. Baden-Baden: Nomos, S. 197-216.
- Schmitt-Beck, R., M. Wasmer, A. Koch (Hg.) (2004). Sozialer und politischer Wandel in Deutschland: Analysen mit ALLBUS-Daten aus zwei Jahrzehnten (Reihe Blickpunkt Gesellschaft), Wiesbaden: Springer.
- Voigtländer, N., & Voth, H. J. (2015). Nazi indoctrination and anti-Semitic beliefs in Germany. *Proceedings of the National Academy of Sciences* 112: 7931-7936.
- Wittenberg, R. (2000). Antisemitische Einstellungen in Deutschland zwischen 1994 und 1998. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 52: 118.
- Zick, A., Jensen, S., Marth, J., Krause, D., & Döring, G. (2017). Verbreitung von Antisemitismus in der deutschen Bevölkerung. Ergebnisse ausgewählter repräsentativer Umfragen. Expertise für den unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus. Institut für Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) Bielefeld. (zuletzt abgefragt 08.08.2023: <https://core.ac.uk/download/pdf/211847472.pdf>)
- Ziemer, C. T., Decker, O., & Brähler, E. (2021). Antisemitismus in Sachsen, in: Sachsen zwischen Integration und Desintegration: Politisch-kulturelle Heimaten. Wiesbaden: Springer, S. 185-215.

Anhang

Tabelle A1: APK-Analyse traditionell-antisemitischer Einstellungen im Zeitraum 1996 bis 2021 (OLS Regression)

	APK-1	APK-2	APK-3
Erhebungsjahr (Ref.: 1996)			
2006	0,183*** (0,044)	0,095* (0,042)	0,175*** (0,045)
2012	-0,110** (0,042)	-0,206*** (0,040)	-0,069 (0,049)
2016	-0,221*** (0,041)	-0,341*** (0,040)	-0,166** (0,055)
2021	-0,773*** (0,039)	-0,940*** (0,038)	-0,721*** (0,060)
Alter in Jahren		0,025*** (0,001)	0,015*** (0,002)
Geburtskohorte (Ref.: bis 1945)			
Kohorte: 1946-1953			-0,242*** (0,055)
Kohorte: 1954-1964			-0,401*** (0,064)
Kohorte: 1965-1989			-0,472*** (0,091)
Kohorte: 1990-2003			-0,559*** (0,135)
Konstante	2,932*** (0,029)	1,802*** (0,043)	2,482*** (0,139)
N	16.125	16.125	16.125
R ²	0,040	0,109	0,112

Anm.: Datengrundlage kumulierter ALLBUS (bis 2018, Studiennummer ZA 5274, doi: 10.4232/1.13774) und ALLBUS 2021 (Studiennummer ZA 5280, doi: 10.4232/1.14002), OLS Regressionen mit Stata 18.0 MP (reg), unstandardisierte Koeffizienten mit robusten Standardfehlern in Klammern, * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$.

Politische Teilhabe als Treiber der Transformation: Zum Potential von Citizen Science für die Erforschung der „Nachfrage-Seite“ politischer Teilhabe und politischer Partizipation

Karl-Rudolf Korte, Kristina Weissenbach

1. Einleitung

Welche Rolle spielen politische Teilhabe, politische Partizipation – und schlussendlich Routinen – von Bürgerinnen und Bürgern in Transformationsprozessen? Welche Bedeutung hat es für die derzeitigen Transformationsnotwendigkeiten in Deutschland, wenn Bürgerinnen und Bürger innerhalb der politischen Institutionen der repräsentativen Demokratie keine Teilhabemöglichkeiten mehr erkennen? Wie wünschen sich Bürgerinnen und Bürger in Deutschland politische Teilhabemöglichkeiten und wie können wir dies empirisch erforschen?

Diese Fragen strukturieren den folgenden Beitrag. Er liefert (a) eine Auseinandersetzung mit dem Transformationsbegriff und (b) eine Bestandsaufnahme politischer Teilhabe und politischer Partizipation in Deutschland zu einem Zeitpunkt, zu dem das politische System Deutschlands vor Transformationsnotwendigkeiten unterschiedlicher Art und in unterschiedlichen Sektoren steht. Digitale Transformation, Transformation in Identitätsfragen wie Gleichstellung der Geschlechter oder von Zugewanderten, die Transformation zur Nachhaltigkeit – diese gesellschaftlichen Herausforderungen liegen quer zu Politikfeldern und Sektoren: Bildungspolitik, öffentliche Verwaltung, Wissenschaft oder der Wirtschaftssektor stehen hier nur exemplarisch. In solchen Zeiten von Unsicherheit findet politische Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern häufig außerhalb der politischen Institutionen statt, die im engeren Sinn Teil des politischen Prozesses sind, außerhalb politischer Parteien oder Wahlen. Die Konsequenzen hiervon werden (c) im zweiten Teil des Beitrags hergeleitet. Grundlegende Erkenntnis ist, dass in den unsicheren Zeiten des aktuellen Transformationsdrucks ein höherer Bedarf herrscht, Bürgerinnen und Bürger an gesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Prozessen teilhaben zu lassen, um Akzeptanz für Transformation zu schaffen. Gelingt dies, so das Argument, kann

politische Teilhabe zum Treiber der Transformation werden. Abschließend (d) wird die „Wie“-Frage gestellt: Die Nachfrage-Seite politischer Teilhabe und politischer Partizipation wird in den Blick genommen: Wie wünschen sich die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands politische Partizipation und Teilhabe? Das Potential von Ansätzen der *Citizen Science* für die Erforschung von Teilhabe als Treiber der Transformation – exemplarisch für den Sektor der Wissenschaft – wird dabei herausgearbeitet, Gütekriterien der Citizen Science reflektiert und einem Praxistest unterzogen.

2. Der Transformationsbegriff

„Du hast Dich gar nicht verändert!“ Wer hat so einen Satz nicht auch schon einmal gehört? Wenn er auf das Äußere zielt und ehrlich gemeint ist, kommt das als Kompliment daher – immerwährende Frische und alterslose Dynamik? Doch wenn der Satz auf das Innere zielt, beleidigt er. Denn wer würde nicht zugeben müssen, sich ständig anpassen und ändern zu können, um mit Komplexitäts-Kompetenz zu protzen?

Bei Transformationen im Sinne tiefgreifender Veränderungen nehmen wir als Bürgerinnen und Bürger oft eine reaktive, manchmal aber auch eine aktive Rolle ein. Die Policy-Forschung arbeitet dabei mit den Begriffen von „dosiertem Wandel“ und „offensichtlicher Stabilität“ (Cairney 2011; Lowi 1972; Plümer/Schiffers 2022). Andere wissenschaftliche Perspektiven finden sich beim Soziologen Hartmut Rosa. Er hat auf die jeder Veränderung innewohnende Motivation in der Begrifflichkeit der Unverfügbarkeit verwiesen (Rosa 2021): „Das kulturelle Antriebsmoment jener Lebensform, die wir modern nennen, ist die Vorstellung, der Wunsch und das Begehren, Welt verfügbar zu machen. Lebendigkeit, Berührung und wirkliche Erfahrung aber entstehen aus der Begegnung mit dem Unverfügbaren. Eine Welt, die vollständig gewusst, geplant und beherrscht wäre, wäre eine tote Welt“ (Rosa 2021: 8). Das Motiv der Veränderung führt offenbar zu paradoxen Effekten, die im Hinblick auf den Klimawandel aber auch den Verlust der Identität zerstörerisch wirken, wenn wir es nicht abwenden.

Veränderungen haben zudem nicht nur anthropologisch-kulturelle Hintergründe. Auch systemtheoretisch erhält sich das System als moderne Gesellschaft nur im Modus der stetigen Veränderung (Nassehi 2021). Systeme verändern sich meist langsamer als ihre Umwelt (Easton 1965). Die Gründe liegen zumeist darin, sich als System zu stabilisieren, um in volatilen Umwelten zu überleben. Routinen stabilisieren uns wiederum in sozialen

Rollen. Veränderungsdruck halten wir in der Regel nur mit solchen retardierenden und verlangsamenen Techniken aus. Deswegen ist die Trägheit von Ordnungsbildungen und Handlungsoptionen erwartbar. Man kann es sogar noch zuspitzen: Selbst in disruptiven Momenten der Veränderung durch Schocks – wie wir sie gegenwärtig erleben – versuchen die Systeme und wir als Bürgerinnen und Bürger eher das Fortsetzen von Routinen zu organisieren, als produktiv mit der Veränderung als Angebot umzugehen. Die Konsequenz ist ernüchternd. Denn wenn wir die Systeme nur dynamisch stabilisieren können – und dabei im Modus der Steigerung (mehr, höher, weiter, schneller) agieren – bedarf es ständiger Transformationen. Wir müssen uns also verändern, um das zumindest zu erhalten, was uns wichtig erscheint.

Auch die Diversitätsforschung liefert Argumente mit ähnlicher Wucht. Denn schon der Evolutionsforscher Charles Darwin wusste: „Es ist nicht die stärkste Spezies, die überlebt, auch nicht die intelligenteste, sondern diejenige, die am besten auf Veränderungen reagiert.“ Vielfalt statt Monokulturen – in der Politik ebenso wie in der Gesellschaft – sichert dauerhaftes Überleben. Darin stecken gleich zwei Argumente. Die Widerstandsfähigkeit ist größer, wenn man über diverseres, heterogenes Wissen verfügt. Für unser Erkenntnisinteresse – die politische Teilhabe und politische Partizipation – bedeutet dies die Notwendigkeit, dass Bürgerinnen und Bürger a) Zugang zu Wissen über das Zusammenspiel der Prozesse des politischen Systems erhalten und b) ihnen politische Teilhabemöglichkeiten und kontextspezifische Routinen erklärt werden und sie diese im besten Fall selbst gestalten können. Nur dann erscheint ein Anpassen an und Vertrauen in die Institutionen der repräsentativen Demokratie im Sinne von Resilienz (Kimhi/Eshel 2022) möglich. Denn neben dem Wissen, gilt die Anpassungsleistung durch Veränderung als Garant, neue Einflüsse produktiv für das System zu generieren (Endreß/Maurer 2015). Wir erkennen, wie trügerisch die Begrüßungsformel „Du hast dich gar nicht verändert“ sein kann. Heutige Realität ist ganz offensichtlich von Veränderungen als Transformation geprägt.

Das hat Geschichte. „The Great Transformation“ (Polanyi 1944) – mit diesem Titel beschrieb 1944 Karl Polanyi einen paradigmatischen Wandel der Gesellschaft. Gemeint war die Ausdifferenzierung von zwei Teilsystemen, der bürgerlichen Gesellschaft und der Ökonomie. Wandel existierte, Veränderung erfolgte, Transformation geschah. Die Treiber dieses Prozesses sind von Polanyi differenziert beschrieben – und der politische Begriff der Transformation ist seitdem mit diesem Titel verbunden, wenngleich

Transformation immer neue Bedeutungsinhalte erhielt (Kristof 2020). So fand der Begriff etwa für den Prozess der deutschen Einheit und die damit einhergehenden Umwälzungen 1989/90 Anwendung (Kollmorgen et al. 2015; Schleicher 2021; Schmidt 2010).

In der Demokratisierungsforschung und der vergleichenden Politikwissenschaft wird der Begriff der Transformation abgegrenzt von dem der politischen Transition und hilft Demokratiestandards zwischen politischen Systemen (Kollmorgen et al. 2015) zu ordnen. Bereits hier kommt der Entwicklung, Aktivierung und des Erhalts einer Bürgergesellschaft bei der Konzeptualisierung der Konsolidierung der Demokratie eine besondere Bedeutung zu (Merkel/Puhle 1999; Weissenbach 2016). Die Erkenntnis, dass die Akzeptanz der (im Kontext dieses Forschungsstrangs neu geschaffenen) Institutionen des politischen Systems, die Entwicklung einer Bürgergesellschaft und die Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern am politischen Prozess zentral für den Bestand der Demokratie sind, wird auch hier verhandelt.

Eine Renaissance erfuhr der Begriff schließlich im Kontext des Klimawandels (Kristof 2020). Im Hauptgutachten „Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ hat der „Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen“ 2011 eine Umprägung vorgenommen, die bis heute anhält. Danach sind Transformationen von Gesellschaften, von Politik und Wirtschaft erforderlich, um die planetarischen Grenzen des Klimawandels einzuhegen. Der Fokus liegt dabei auf der transformativen Wirkung, die paradigmatisch in eine digitalisierte Nachhaltigkeitsgesellschaft führt – global und aktiv gestaltet.

3. Politische Teilhabe, politische Partizipation und Transformationsnotwendigkeiten in Deutschland

Daran knüpft auch die Ampel-Koalition der Bundesregierung mit dem Koalitionsvertrag „Mehr Fortschritt wagen“ (2021) an. Die Vereinbarung könnte auch in Anlehnung an Willy Brandt („Mehr Demokratie wagen“, 1969) „Mehr Transformation wagen“ lauten. Denn die drei Ampel-Parteien, SPD, Grüne und FDP, beschreiben in vielen Kapiteln, wie sich Deutschland wandeln soll: gesellschaftlich integrativ, nachhaltig und innovationsgetrieben. So soll der Industriestandort Deutschland in eine sozial-ökologische Marktwirtschaft transformiert werden, was keine Bereiche des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens auslässt. Das ist ein sehr

hoher Anspruch. Denn wie steuert man in Deutschland einen Wandel als Transformation und welche Rolle spielt dabei politische Teilhabe? Die Bundesrepublik ist – mit Ausnahme spezifischer Phasen – eher als veränderungsresistent bekannt (Delhees et al. 2008), was an institutionellen-politikverflechtenden Barrieren und politisch-kulturellen Befindlichkeiten der Sicherheitsdeutschen liegt (Korte 2001; Korte/Fröhlich 2009; Korte et al. 2023b; Derrig 2020; Druyen 2018). Hier spielen sich Veränderungen eher langsam ab, was gleichzeitig den hohen Standard an gesellschaftlichem und sozialem Frieden sichert. Disruptionen und externe Schocks können allerdings zu Veränderungen führen (Rüb 2014). Es ist deshalb sicher kein Zufall, dass sich die Ampel-Koalition erstmals im Zeichen der „Coronakratie“ (Florack et al. 2021) auf Bundesebene konstituierte. Das Virus hatte seit 2020 alle Bereiche unseres Lebens auf die Probe gestellt und sowohl Veränderungen erzwungen, als auch die Sehnsucht nach Kontinuität beflügelt. Das politische Denken kreist in einem demokratischen Verfassungsstaat um die Ordnung der Freiheit (Kielmansegg 2013). Das Corona-Virus setzte dieses Denken einem Stresstest aus. Der demokratische Modus des Regierens (Korte 2022; Korte 2024; Korte/Florack 2022) war extrem herausgefordert, ging es doch nicht nur um effiziente Mechanismen zur Problemlösung, sondern, viel existenzieller, um das Überleben der Bürgerinnen und Bürger. Die Risikoentscheidungen standen nicht nur unter besonderen Unsicherheitsbedingungen, sondern waren auch strukturell als Dilemma angelegt: Freiheit oder Gesundheit? Diese Zielkonflikte alarmierten. Die „Coronakratie“ ist die Antwort auf diese Herausforderungen. Es bedarf keiner besonderen Weitsicht, dass Krisen unser politisches System weiter erschüttern werden. So erfahren wir seit Februar 2022 in europäischer Nachbarschaft, was es heißt, Interessen mit Gewalt durchzusetzen. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat erneut disruptive Qualität.

4. Wandel politischer Partizipation – Teilhabe als Treiber der Transformation

Die Forschung an der Schnittstelle von Bewegungs-, Partizipations- und Parteienorganisationsforschung zeigt: Unsicherheit mobilisiert – häufig aber zur Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern außerhalb der politischen Institutionen, die im engeren Sinne Teil des politischen Prozesses sind, außerhalb politischer Parteien oder Wahlen (Hutter et al. 2019; Korte 2023a). Oder zumindest nicht im Rahmen der klassischen Organisations-

grenzen der Parteien (zu alternativen Reaktionsmöglichkeiten innerhalb oder jenseits von Organisationen: Hirschman 1970), sondern entlang gewandelter Logiken politischer Partizipation – die dann das Potential haben zum Treiber der Transformation zu werden. Besonders deutlich sieht man das einerseits am Entstehen neuer Parteien in allen europäischen Mitgliedstaaten, die häufig mit neuen Formen der (Mitglieder-)Partizipation experimentieren (Heidar 1994; Scarrow 2013) und besondere Bindungen zu Vorfeldorganisationen oder Online Communities als alternativen Kanälen politischer Teilhabe aufweisen (Lefkofridi/Weissenbach 2019; Weissenbach/Beyer 2022). Andererseits fällt auf, dass Bürgerinnen und Bürger – gerade in den Feldern, in denen Deutschland unter „Transformationsdruck“ steht, wie Nachhaltigkeit, Digitalisierung oder Zuwanderung – auf neue Art und Weise politisch teilhaben und damit den Transformationsprozess vorantreiben: Bewegungen (im Netz oder auf der Straße), aktivistische Initiativen (hashtag activism), disruptive und informale Formen des Protests. Gemeinsam ist diesen Formen politischer Partizipation das konnektive und vernetzte Handeln (Bennett/Seeger 2013): Diese Akteure passen sich schnell an, bringen eine manchmal rekordverdächtige Mobilisierung hervor, sind ungewöhnlich flexibel bei der Verfolgung politischer Ziele, wissen diverse Themen mittels flexibler Instrumente politischen Protests und Open-Source-Software zu bedienen und folgen damit einem demokratischen Inklusivitätsethos. Internationale Beispiele hierfür sind die im Nachgang der Wirtschafts- und Finanzkrise entstandene *Los-Indignados*-Bewegung („Bewegung 15. Mai“) in Spanien oder auch Occupy Wall Street. Digitalisierung hat die Schwelle für diese Art kollektiver Aktionen zusätzlich gesenkt, und zwar sowohl durch virale Kommunikations- und Mobilisierungsmöglichkeiten über soziale Medien als auch durch digitale Deliberation und Entscheidungsfindung auf Plattformen. So erklärt sich auch der weltweite Erfolg der Aktionen der Fridays-for-Future-Bewegung, die sich einerseits über formale Organisation koordiniert, andererseits die Planung und Durchführung der Proteste über Social-Media-Kanäle organisiert. Dabei erweitern Formen konnektiven Handelns bestehende Intermediäre und Akteurskonstellationen des politischen Systems. Politische Teilhabe ist hier gekennzeichnet durch netzwerkartige Aushandlungsprozesse zwischen Bürgerinnen und Bürgern, die häufig auf internetbasierte Technologien zurückgreift (Bieber et al. 2022).

Grundlegende Erkenntnis daraus ist, dass in den unsicheren Zeiten des aktuellen Transformationsdruck verstärkt die Notwendigkeit besteht, Bürgerinnen und Bürger an gesellschaftlichen, politischen und wissenschaftli-

chen Prozessen teilhaben zu lassen, wenn das Ziel sein soll, Teilhabe *innerhalb* der Institutionen der repräsentativen Demokratie zu ermöglichen. Gleichzeitig erscheint der „Nachfrage-Seite“ politischer Teilhabe und politischer Partizipation, der Frage also, wie Bürgerinnen und Bürger sich politische Partizipation vorstellen, für das Gelingen von Transformationsprozessen eine besondere Bedeutung zuzukommen (Klandermanns 2006).

5. Das Potential von Citizen Science: Einbezogen sein im Forschungsprozess und die „Nachfrage-Seite“ politischer Teilhabe und Partizipation in der Analyse

Die Bürgergesellschaft beim Wandel nicht nur mitzunehmen, sondern sie als „Agent des Wandels“ (Leggewie/Welzer 2009: 149) aktiv teilhaben zu lassen, erscheint grundlegend für das Gelingen von Transformationsprozessen. Diese Akzeptanz herzustellen ist in der Realität oft schwierig (Butzlaff/Messinger-Zimmer 2019). Denn Veränderungen bedeuten oft Zumutungen und lösen Gegenkräfte oder den Rückzug in Routineverhalten aus. Beides hindert einen angemessenen Umgang mit der Notwendigkeit des Neuen. Routineverhalten ist dabei nicht per se schlecht – für das Gelingen von Transformationsprozessen ist das (Prozess-)Wissen über dieses Routineverhalten von Bürgerinnen und Bürgern vielmehr notwendig, wenn Institutionen wie politische Parteien der „Nachfrage-Seite“ politischer Partizipation gerecht werden soll. Die zentrale Frage für anschließende Forschung ist daher: Wie sehen die Routinen politischer Teilhabe auf Seiten der Bürgerinnen und Bürger aus und welche Logik politischer Teilhabe lässt sich für die Institutionen des politischen Systems nutzbar machen um Vertrauen und Akzeptanz auf Seiten der Bürgerinnen und Bürger zu generieren? Vertrauen und Akzeptanz in Institutionen, Akteure und Prozesse unseres politischen Systems – zwei Faktoren, die für die Bewältigung anstehender Transformationsnotwendigkeiten als notwendig erscheinen. Das Wissen hierfür und empirische Evidenz zu diesen Fragen lässt sich durch transdisziplinäre Forschung generieren. Im letzten Abschnitt dieses Beitrags werden deswegen Ansätze der Citizen Science (Vicens et.al. 2019; Heigl et. al. 2023) reflektiert, die Bürgerinnen und Bürger aktiv teilhaben lassen – in „Citizen Social Labs“ (Vicens et. al. 2018), durch Community-Forscher (Richardson 2014) oder durch Ko-Kreation von Ideen und Lösungen in Online Communities, durch Smartphone apps oder via Video Game. Diese Forschungszugänge helfen uns dabei durch neues Wissen zu

verstehen unter welchen Bedingungen Bürgerinnen und Bürger Teilhabeperspektiven entwickeln und aktiv partizipieren. Für unser Erkenntnisinteresse politische Teilhabe ist das doppelte Potential von *Citizen Science* Projekten dabei einerseits politische Partizipation unter Realbedingungen zum Gegenstand der Untersuchung zu machen, andererseits ein Feld das selbst unter Vertrauensverlust auf Seiten der Bürgerinnen und Bürger leidet – Forschung und Wissenschaft – erfahrbar und teilhabbar zu machen. Das Potential der „Bürger:innenforschung“ für Teilhabe ist dabei der partnerschaftliche Forschungsansatz, der über Sektoren hinweg Politikerinnen und Politiker, Gemeindemitglieder, Vertreterinnen und Vertreter von Organisationen aus unterschiedlichen Sektoren und akademische Forscherinnen und Forscher gleichberechtigt in alle Aspekte des Forschungsprozess einbezieht.

Die European Citizen Science Association (ECSA) hat sich 2015 auf Voraussetzungen für eine „gute Praxis“ im Feld der Citizen Science geeinigt:

1. „Citizen Science Projekte binden Bürgerinnen und Bürger aktiv in wissenschaftliche Unternehmungen ein, die zu neuem Wissen und Verstehen führen.
2. Citizen Science Projekte führen zu echten wissenschaftlichen Ergebnissen.
3. Alle Teilnehmenden profitieren von der Teilnahme, sowohl die institutionell beschäftigten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als auch die ehrenamtlich Beteiligten.
4. Wenn sie möchten, können die Bürgerwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler sich an verschiedenen Phasen im wissenschaftlichen Prozess beteiligen.
5. Bürgerwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler erhalten eine Rückmeldung (Feed-back) vom Projekt.
6. Citizen Science ist ein Forschungsansatz, der, wie andere auch, Limitationen und Vorannahmen hat, die berücksichtigt und kontrolliert werden müssen.
7. Die Daten und Metadaten aus Citizen Science Projekten werden öffentlich zugänglich gemacht und die Ergebnisse soweit möglich in einem open-access Format publiziert.
8. Bürgerwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern wird Dank und Wertschätzung in den Projektergebnissen und -publikationen ausgesprochen.

9. Die Evaluierung von Citizen Science Programmen erfolgt auf Grundlage der wissenschaftlichen Ergebnisse, der Qualität der Daten, des Mehrwerts für die Beteiligten sowie der breiteren gesellschaftlichen Wirkung.
10. Die Projektverantwortlichen berücksichtigen bei sämtlichen Aktivitäten legale und ethische Aspekte, die Urheberrechte, Rechte des geistigen Eigentums, Datenprotokolle, Vertraulichkeit, Verantwortlichkeiten oder Auswirkungen auf die Umwelt betreffen.“

Reflektiert man diese Gütekriterien und unterzieht sie dem „Praxistest“¹ zeigt sich eine Vielfalt an unterschiedlichen Rollen die Bürgerinnen und Bürgern in *Citizen Science* Projekten zukommen und über die Rolle als ‚Datensammlerinnen und Datensammler‘ hinaus geht. *Citizen Science* bricht die Distanz zwischen Privatheit und Wissenschaft auf und hat den Anspruch das ‚alle‘ Expertinnen und Experten sind: Bürgerinnen und Bürger können projektleitend sein, Teilhabe am wissenschaftlichen Prozess ist möglich durch Beiträge, durch Mitarbeit oder als Multiplikatoren. Der Zugang der *Citizen Science* ergänzt bestehende Methoden der Datenerhebung und -analyse triangulär und hat das Potential einerseits rein wissenschaftliche Fragen zu bearbeiten und andererseits Brücken zu schlagen zu praxisrelevanten Fragen im Bereich unterschiedlicher ‚Transformationsthemen‘ wie Nachhaltigkeit oder Digitalisierung. Das individuelle Gefühl auf Seiten von Bürgerinnen und Bürger tatsächlich Einfluss auf Politik zu haben und von wissenschaftlicher Seite gehört zu werden trägt zur Akzeptanz von Wandel und Transformation bei – eben weil die Prozesse die hinter dem Wandel liegen transparent geworden sind und zu jedem Zeitpunkt in diesem Prozess ‚mitgemacht‘ werden konnte: Bei der Herleitung der forschungsleitenden Fragen, bei der Ausgestaltung der Methode der Datenerhebung und -analyse, sowie schließlich bei der Kommunikation der Ergebnisse. Darüberhinaus profitieren in *Citizen Science* Projekten – entlang der aufgestellten Gütekriterien – alle Teilnehmenden individuell: soziale Interaktion, Spaß, Weiterbildung oder Publikationen sind für alle Beteiligten Ansporn. Soll dieser Zugang tatsächlich für Akzeptanz auf Seiten der teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger sorgen, erscheint zentral Trans-

1 Für die gemeinsame kritische Reflektion sei an dieser Stelle den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Seminars „Citizen Science in der Politikwissenschaft. Politische Partizipation in und um Parteien“ bei Kristina Weissenbach im Bachelorstudiengang Politikwissenschaft am Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen gedankt.

parenz darüber herzustellen, wie die Daten genutzt werden, zu welchen wissenschaftlichen Ergebnissen das Projekt kommt und welche politischen oder gesellschaftlichen Ergebnisse daraus resultieren. Doch nicht nur die Publikation der Ergebnisse, sondern die Veröffentlichung ihrer Prämissen und Vorüberlegungen ist zentral. Reflektiert man *Citizen Science* im Verhältnis zu ‚traditionellen‘ Forschungszugängen wird der Plattformcharakter, die flachen Hierarchien im Prozess, die Teilhabemöglichkeiten für eine breite Öffentlichkeit und grundlegend eine Demokratisierung von Wissen und Wissenschaft sichtbar.

In der Politikwissenschaft steckt die *Citizen Science* noch in den Kinderschuhen (Tauginiene et al. 2020) und muss sich – trotz des Potentials des Ansatzes für Fragen der politischen Teilhabe – hüten, nicht den ‚Fehler der Politik‘ zu machen und in der ‚Bubble‘ zu forschen, sondern tatsächlich die Gesellschaft in ihrer Vielfalt einzubinden. In der praktischen Umsetzung scheitert es häufig genau daran. Diskutiert werden muss: Wen spricht man an, wenn man Bürgerschaft meint – den Faktor den wir eingangs als so zentral für Transformationsprozesse eingeordnet haben. Welchen Logiken folgt man bei der Bewerbung, Einladung und Auswahl von Bürgerinnen und Bürgern für das Projekt? Wie sieht das Screening aus und wird rekrutiert an Universitäten, in Arbeitsämtern, Fußballstadien oder Golfclubs und wie kann für Chancengleichheit bei der Teilhabe am Projekt gesorgt werden? Wer entscheidet welche Themen ‚relevant‘ sind wie behandelt zu werden?

6. Schlussfolgerung: Routinen in Umbruchzeiten verstehen

Bürgerinnen und Bürger an gesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Prozessen teilhaben zu lassen und dadurch Akzeptanz für notwendige politische Transformationen zu schaffen waren eingangs die Vorüberlegungen. Gelingt dies, so die Prämisse, kann politische Teilhabe zum Treiber der Transformation werden. Zentral für dieses Gelingen erscheint nach der konzeptionellen Diskussion der Befund, dass sich die Nachfrageseite politischer Partizipation vor dem Hintergrund wahrgenommener Unsicherheit zu Zeiten der Transformation verändert. Bürgerinnen und Bürger ziehen sich zurück in Alltagsroutinen oder brechen in ihrem Verhalten daraus aus. Auf der Straße oder im Netz – die Logik ist häufig dieselbe: konnektiv. Diese Veränderung von Partizipationsroutinen in unterschiedlichen Gruppen unserer Gesellschaft besser zu verstehen – und

in konkrete Teilhabemöglichkeiten innerhalb der Institutionen der repräsentativen Demokratie und neue Modelle demokratischer Willensbildung zu übersetzen – ist die abzuleitende Forschungsagenda. Die Zugänge der *Citizen Science* haben das Potential diese ‚Nachfrage-Seite‘ politischer Partizipation beobachtbar zu machen, ergänzen hierbei Umfrageforschung, Experimente oder Fokusgruppen und generieren durch das Einbeziehen von Bürgerinnen und Bürger in den Forschungsprozess neues Wissen, das über Praxiswissen hinaus geht.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Bennett, Lance W., Segerberg, Alexandra (2013): *The Logic of Connective Action*, New York: Cambridge University Press.
- Bieber, Christoph, Borucki, Isabelle, Ruttloff, Daniel, Weissenbach, Kristina, Ziegler, Stine (2022): Digital, divers, dynamisch. Perspektiven der Parteiendemokratie, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, 72:10-11, 35-41.
- Butzlaff, Felix, Messinger-Zimmer, Sören (2019): Undermining or defending democracy? The consequences of distrust for democratic attitudes and participation, *Critical Policy Studies*, 14:3, 249-266, DOI: 10.1080/19460171.2019.1584120.
- Cairney, Paul (2011): *Understanding public policy*, London: MacMillan Education.
- Delhees, Stefanie, Korte, Karl-Rudolf, Switek, Niko, Schartau, Florian, Weissenbach, Kristina (2008): *Wohlfahrtsstaatliche Reformkommunikation*, Baden-Baden: Nomos.
- Derrig, Rían (2020): Was Menschen dazu bringt, auch strenge Regeln zu befolgen. Die Pandemie zeigt Grenzen der Nudging-Theorie auf, *WZB-Mitteilungen*, H. 168, 66-72.
- Druyen, Thomas (Hrsg.) (2018): *Die ultimative Herausforderung – über die Veränderungsfähigkeit der Deutschen*, Wiesbaden: Springer VS.
- Easton, David (1965): *A Systems Analysis of Political Life*, New York/London/Sydney: John Wiley & Sons.
- ECSA (European Citizen Science Association) (2015): *Ten Principles of Citizen Science*. Berlin. <http://doi.org/10.17605/OSF.IO/XPR2N>
- Endreß, Martin, Maurer, Andrea (Hrsg.) (2015): *Resilienz im Sozialen*, Wiesbaden: Springer VS.
- Florack, Martin, Korte, Karl-Rudolf, Schwanholz, Julia (Hrsg.) (2021): *Coronakratie. Demokratisches Regieren in Ausnahmezeiten*. Frankfurt/M.: Campus.
- Heigl, Florian, Kieslinger, Barbara, Paul, Katharina T., Uhlik, Julia, Dörler, Daniel (2023): Toward an international definition of citizen science, *Proceedings of the National Academy of Sciences (PNAS)*, 116:17, 8089-8092.
- Hirschman, Albert O. (1970): *Exit, Voice, Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organizations, and States*, Cambridge: Harvard University Press.

- Hutter, Swen, Kriesi, Hanspeter, Lorenzini, Jasmine (2019): Soziale Bewegungen im Zusammenspiel mit politischen Parteien. Eine aktuelle Bestandsaufnahme, *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 32:2, 163-177, DOI: 10.1515/fjsb-2019-0023.
- Kielmansegg, Peter Graf (2013), *Die Grammatik der Freiheit*, Baden-Baden: Nomos.
- Kimhi, Shaul, Eshel, Yohanan (2022): Politische Psychologie und Resilienz, in: Zmerli, Sonja, Feldmann, Ofer (Hrsg.): *Politische Psychologie*, Baden-Baden: Nomos, 453-462.
- Klandermands, Bert (2006): The Demand and Supply of Participation: Social-Psychological Correlates of Participation in Social Movements, in: Snow, David A., Soule, Sarah A., Kriesi, Hanspeter (Hrsg.): *The Blackwell Companion to Social Movements*, Oxford: Blackwell Publishing, 360-379.
- Heidar, Knut (1994): The Polymorphic Nature of Party Membership, *European Journal of Political Research*, 25:1, 61-86, DOI: 10.1111/j.1475-6765.1994.tb01201.x.
- Kollmorgen, Raj, Merkel, Wolfgang, Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2015): *Handbuch Transformationsforschung*, Wiesbaden: Springer VS.
- Korte, Karl-Rudolf (2022): Politische Mechanik. Über Entscheidungsheuristiken in der Politik, in: Korte, Karl-Rudolf, Scobel, Gert, Yildiz, Taylan (Hrsg.): *Heuristiken des politischen Entscheidens*, Berlin: Suhrkamp, 289-321.
- Korte, Karl-Rudolf (2024): Wählermärkte. Wahlverhalten und Regierungspolitik in der Berliner Republik, Frankfurt/M./ New York: Campus (i.E.).
- Korte, Karl-Rudolf, Florack, Martin (Hrsg.) (2022): *Handbuch Regierungsforschung*, Wiesbaden: Springer VS.
- Korte, Karl-Rudolf, Fröhlich, Manuel (2009): *Politik und Regieren in Deutschland*, Paderborn: UTB.
- Korte, Karl-Rudolf, Schiffers, Maximilian, Schuckmann, Arno von, Plümer, Sandra (Hrsg.) (2023a): *Die Bundestagswahl 2021*, Wiesbaden: Springer VS (i.E.).
- Korte, Karl-Rudolf, Richter, Philipp, Schuckmann, Arno von (Hrsg.) (2023b): *Regieren in der Transformationsgesellschaft. Impulse aus Sicht der Regierungsforschung*, Wiesbaden: Springer VS.
- Kristof, Kora (2020): *Wie Transformation gelingt*, München: oekom.
- Lefkofridi, Zoe, Weissenbach, Kristina (2019): The institutionalisation of new parties in Greece. (How) does it matter for success?, in: Harmel, Robert, Svåsand, Lars G. (Hrsg.): *Institutionalisation of political parties: Comparative cases*, London/ New York: ECPR Press Rowman & Littlefield International.
- Leggewie, Claus, Welzer, Harald (2009): *Das Ende der Welt, wie wir sie kannten*, Frankfurt/M: Fischer-Taschenbuch.
- Lowi, Theodore J. (1972): Four Systems of Policy, Politics and Choice, *Public Administration Review*, 32:4, 298-310.
- Merkel, Wolfgang, Puhle, Hans-Jürgen (1999): Die Konsolidierung der Demokratie, in: Merkel, Wolfgang, Puhle, Hans-Jürgen (Hrsg.): *Von der Diktatur zur Demokratie*, Wiesbaden: Springer VS, 135-183, DOI: 10.1007/978-3-322-83336-5_5.

- Plümer, Sandra, Schiffers, Maximilian (2022): Dynamics of Policy Change. Conceptualizing policy change and stability in a transforming society, *der modern staat (dms)*, 15:2, 275-292.
- Polanyi, Karl (2021): *The Great Transformation*, Berlin: Suhrkamp.
- Richardson, Liz (2014): Engaging the public in policy research: Are Community Researchers the Answer? *Politics and Governance*, 2:1, 32-44, DOI: 10.17645/pag.v2i1.19.
- Rosa, Hartmut (2021): *Unverfügbarkeit*, Berlin: Suhrkamp.
- Rüb, Friedbert W. (Hrsg.) (2014): *Rapide Politikwechsel in der Bundesrepublik*, Baden-Baden: Nomos.
- Scarrow, Susan (2013): New Challenges of Intra-Party Democracy: Grassroots Activists, Instant Members, and Cyber-Militants, in: Avril, Emmanuelle, Zumello, Christine (Hrsg.): *New Technology, Organizational Change and Governance*, London: Palgrave Macmillan, 85-101.
- Schleicher, Katharina (2021): *Von alternativen Paradigmen zur umfassenden Transformation*, Wiesbaden: Springer VS.
- Schmidt, Vivian (2010): Taking ideas and discourse Seriously: explaining change through discursive institutionalism as the fourth 'new institutionalism', *European Political Science Review*, 2:1, 1-25.
- Tauginienė, Loreta, Butkevičienė, Egle, Vohland, Katrin, Heinisch, Barbara, Daskolia, Maria, Suškevičs, Monika, Portela, Manuel, Balázs, Bálint, Prüse, Baiba (2020): Citizen science in the social sciences and humanities: the power of interdisciplinarity, *Palgrave Communications* 6:89, DOI: 10.1057/s41599-020-0471-y.
- Vicens, Julián, Perelló, Josep, Duch, Jordi (2018): Citizen Social Lab: A digital platform for human behavior experimentation within a citizen science framework, *PLoS one*, 13:12, DOI: 10.1371/journal.pone.0207219.
- Weissenbach, Kristina (2016): *Parteienförderung im Transitionsprozess*, Wiesbaden: Springer VS.
- Weissenbach, Kristina, Beyer, Jessica (2022): Party institutionalization via platform? A comparative analysis of highly populated online communities on their route to institutionalized parties, Konferenzpapier, Jahrestagung AK Digitalisierung und Politik der DVPW, September 2022.

Autor:innen / List of Contributors

Andrea Römmele is a professor for Communication in politics and Civil Society at the Hertie School in Berlin.

Anne Schäfer is Executive Advisor of the President at the Technical University of Darmstadt. She worked as a research associate at the University of Mannheim from 2013 to 2021.

Ansgar Wolsing is Director Data & Analytics at Kaiser X Labs, a company of Allianz. He worked as a research associate at the Mannheim Centre for European Social Research (MZES) from 2008 to 2010.

Bernhard Ebbinghaus is Professor of Sociology and holds the Chair of Macrosociology at the University of Mannheim.

Bernhard Weißels is Senior Fellow at the WZB Berlin Social Science Center, Center for Civil Society Research and Professor of Political Science at the Humboldt University in Berlin.

William P. Eveland, Jr. is Professor of Communication and Professor of Political Science by courtesy at The Ohio State University.

Christian Schnaudt is a lecturer and postdoctoral researcher at the School of Social Sciences, Department of Political Science, University of Mannheim, Germany.

Christof Wolf is president of GESIS – Leibniz-Institute for the Social Sciences and professor of sociology at the School of Social Sciences, University of Mannheim, Germany.

Franz Urban Pappi is professor emeritus of political science at the School of Social Sciences at the University of Mannheim and honorary fellow at the Mannheim Centre for European Social Research.

Hans-Dieter Klingemann is director emeritus at the WZB Berlin Social Science Center at the “Institutions and Social Change“ department and professor emeritus of political science at the Free University of Berlin.

Jacob A. Long is an Assistant Professor in the School of Journalism and Mass Communications at the University of South Carolina.

Jan W. van Deth is professor emeritus of political science and comparative social science research at the School of Social Sciences at the University of Mannheim.

Julia Partheymüller is Senior Scientist at the Department of Government at the University of Vienna and a member of the team of the Austrian National Election Study (AUTNES).

Karl-Rudolf Korte is professor of political science and director of the NRW School of Governance at the Institute for Political Science at University of Duisburg-Essen.

Katrin Voltmer is Professor emerita at the School of Media and Communication, University of Leeds (UK).

- Klaus Armingeon is an associate researcher at the Institute of Political Science at the University of Zurich and professor emeritus of Comparative and European politics at the University of Bern.
- Kristina Weissenbach is associate professor of political science at the NRW School of Governance at the Institute for Political Science at University of Duisburg-Essen and currently acting as interim professor of the research unit “Ethics in Politics and Civil Society“.
- Laura Morales is Professor of Political Science/Comparative Politics at Sciences Po, CEE, LIEPP, CNRS and a Fellow of the French Collaborative Institute on Migration.
- Luis Ramiro is a tenured Associate Professor at the Department of Political Science of the National Distance Learning University of Spain (UNED) and a Research Fellow at SciencesPo.
- Manuel Neumann is a research associate at the Mannheim Centre for European Social Research (MZES) and a doctoral candidate at the School of Social Sciences at the University of Mannheim, Germany.
- Marc Debus is professor of political science, comparative government, at the School of Social Sciences at the University of Mannheim.
- María Jiménez-Buedo is a Lecturer at the Department of Logic, History and Philosophy of Science of the National Distance Learning University of Spain (UNED).
- Mark Peffley is a University Research Professor in Political Science at the University of Kentucky.
- Mona Krewel is Senior Lecturer for Comparative Politics in the School of History, Philosophy, Political Science and International Relations and Director of the Internet, Social Media and Politics Research Lab at Victoria University of Wellington in New Zealand.
- Oana Lup is a lecturer in the Department of Social Work, Journalism, Public Relations, and Sociology at “Lucian Blaga“ University of Sibiu.
- Osei Appiah is a Professor in the School of Communication at The Ohio State University.
- Patrick Kraft is a Ramón y Cajal Research Fellow at the Juan March Institute and Department of Social Sciences at Carlos III University of Madrid.
- Paul A. Beck is Academy Professor of Political Science, Distinguished Professor Emeritus of Social and Behavioral Science, and Senior Faculty Fellow in the Mershon Center for International Security Studies at The Ohio State University.
- Philipp Darius is a postdoctoral researcher at the Hertie School’s Center for Digital Governance. His research interests are at the intersection of regulation, technology and democratic elections.
- Richard Johnston is Professor and Canada Research Chair Emeritus at the University of British Columbia, Vancouver, Canada.
- Robert Rohrschneider is the Sir Robert Worcester chair in Public Opinion Research at the University of Kansas.
- Sascha Huber is professor of empirical political research at the Department of Political Science at Johannes Gutenberg University Mainz.

Sigrid Roßteutscher is a professor of sociology and political science at Goethe University in Frankfurt am Main. She is also the chairwoman of the German Society for Electoral Research (DGfW).

Simon Ellerbrock is a research associate at the Mannheim Centre for European Social Research (MZES) and a doctoral candidate at the Center for Doctoral Studies in Social and Behavioral Sciences (CDSS) at the University Mannheim, Germany.

Stefan Liebig holds the chair of “Social Structure Analysis and Survey-Methodology” at the Institute for Sociology at Freie Universität Berlin.

Stefanie Walter is Emmy Noether Fellow and leading the “Media Portrayal of Majority and Minority Groups” research project at the Department of Governance, School of Social Science and Technology at Technical University of Munich.

Steven B. Kleinman is an Associate Professor of Communication at Indiana University of Pennsylvania.

Thomas Bräuninger is professor of political science at the School of Social Sciences at the University of Mannheim and head of department B at the Mannheim Centre for European Social Research.

Thorsten Faas is Professor of Political Science and Head of the Research Unit “Political Sociology of the Federal Republic of Germany“ at the Otto Suhr Institute for Political Science at Freie Universität Berlin.

